

**Zwischen Kooperation und Konkurrenz
Europäische Netzwerke Sozialer Arbeit**

Inauguraldissertation
zur Erlangung des Akademischen Grades
eines Dr. phil.,

vorgelegt dem Fachbereich 02: Sozialwissenschaften, Medien und Sport
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

von
Eva Stauf
aus Mainz / Rheinland-Pfalz

Mainz 2008

Tag des Prüfungskolloquiums: 20. März 2008

Inhalt

1 Einführung	1
2 Europäisierung und Transnationalisierungsprozesse	4
2.1 Transnationalisierung und Transnationalität	6
2.2 Organisationen Sozialer Arbeit als Dritt-Sektor-Organisationen in Europa	19
2.3 Europäisierung der Multifunktionalisten	31
2.4 Zwischen Tradition und Transnationalisierung	42
3 Europäische Zivilgesellschaft und Transnationalität.....	51
3.1 Die Renaissance der Zivilgesellschaft	53
3.2 Auf der Suche nach der europäischen Zivilgesellschaft.....	59
3.2.1 Grenzüberschreitungen der Zivilgesellschaft?	59
3.2.2 Ein Fall von transnationaler Zivilgesellschaft: „Europa“	62
3.3 Zivilgesellschaftliche Akteure, NGOs und Netzwerke	68
3.3.1 NGOs und Netzwerke	69
3.3.2 NGOs als Organisationen	74
3.3.3 Europäische Netzwerke und europäische Interessenvertretung	77
3.3.4 Europäische Netzwerke Sozialer Arbeit.....	83
3.3.5 Binnenstrukturen und Handlungswidersprüche.....	89
3.4 Der zivile Dialog in der Europäischen Union	97
3.4.1 Entwicklungsschritte des zivilen Dialogs.....	98
3.4.2 Ziviler Dialog im Visier	106
3.5 Ein transnationaler Ausblick auf zivilgesellschaftliche Akteure.....	109
3.5.1 Zwischen national und transnational: Zivilgesellschaft in Europa.....	111
3.5.2 Netzwerke als Produzenten von Transnationalität	113
3.5.3 Typische Prozesse im transnationalen Raum der EU	115
4 Methodische Verortung	120
4.1 Das leitfadengestützte Experteninterview	122
4.1.1 Der Begriff des Experten	123
4.1.2 Experteninterviews als qualitative Interviews	124
4.2 Forschungsdesign	127

4.2.1	Quantitative Befragung.....	127
4.2.2	Experteninterviews: Zugang zum Untersuchungsfeld.....	129
4.2.3	Durchführung der Interviews	135
4.2.4	Reflexion des Interviewverlaufs und der Interviewerrolle.....	136
4.2.5	Auswertung der Experteninterviews	140
5	Feld und Kapital: Analyserahmen für europäische Netzwerke.....	144
5.1	Methodisches Grundverständnis Bourdieus	146
5.2	Die Kapitalarten nach Bourdieu	147
5.3	Der Begriff des Felds: Kraft- und Kampffelder	154
5.4	Fokus: Feldeigenschaften und das Feld der Macht	161
6	Startkapital: Das nationale Feld	169
6.1	Das Feld der Freien Wohlfahrtspflege und seine Beziehungen	170
6.1.1	Merkmale der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege.....	176
6.1.2	Strategische Intensivierung der Interessenvermittlung.....	178
6.1.3	Das Kapital der Wohlfahrtsverbände als Chance und Risiko.....	182
6.2	Transnationalisierte Interessenvertretung.....	184
6.2.1	Der Deutsche Caritasverband	185
6.2.2	Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland	189
6.2.3	Arbeiterwohlfahrt	193
6.2.4	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband	197
6.2.5	Interessenvertretung der deutschen Wohlfahrtsverbände.....	201
6.2.6	Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Europaarbeit	204
6.3	Die Europaarbeit aus deutscher Sicht.....	206
6.3.1	Europa: Hip, aber abstrakt?	207
6.3.2	Märchenhafte Kooperation und mächtige Konkurrenz	214
6.4	Zwischenresümee I: Startkapital für Europa?	222
7	Das Feld der europäischen Netzwerke Sozialer Arbeit.....	229
7.1	Überblick: Akteure im Feld.....	229
7.2	Europa so nah und doch so fern?.....	239
7.3	Die Beziehungen zum politischen Feld: Freunde und Feinde.....	252
7.3.1	Freunde und Feinde: Die Sicht der Netzwerke auf das politische Feld	253

7.3.2 Die Kinder der Kommission.....	255
7.3.3 Autonomie und Heteronomie	262
7.3.4 Das hohe Gut der Autonomie	265
7.4 Struktur der Positionen und Kämpfe im Feld: Was ist Trumpf?.....	267
7.4.1 Konkurrenz im knallharten Geschäft: ökonomisches Kapital.....	268
7.4.2 Privilegierte Zugänge und Familienzugehörigkeit: Soziales Kapital.....	274
7.4.3 Kooperationen als Strategie sozialer Kapitalbildung	285
7.4.4 Institutionalisiertes kulturelles Kapital: Tradition und Zugehörigkeit	289
7.4.5 Professionalität und Feldwissen: Organisations- und Informationskapital	292
7.4.6 „Visibility muss sein“ – symbolisches Kapital.....	298
7.4.7 Zwischenresümee II: Von Kapital-Kombinationen und Kompensationen.....	301
7.5 Konfliktlinien und Spannungsverhältnisse im Feld europäischer Netzwerke.....	318
7.5.1 Gewinner und Verlierer	319
7.5.2 Insider und Outsider	320
7.5.3 Alte und neue Generation	324
7.5.4 Zwischenresümee III: Positionen, Identitäten und Strategien	333
7.6 „Kommunikation ist das Ein und Alles“	339
7.6.1 Kommunikation von Mitgliedern und transnationalem Netzwerk	342
7.6.2 Kommunikation und Ungleichheit	348
8 Transnationale Netzwerke zwischen Konkurrenz und Kooperation	360
8.1 Verflechtungen des nationalen und transnationalen Kapitals.....	361
8.2 Typische Prozesse im Feld der Netzwerke Sozialer Arbeit in Europa.....	366
8.3 Ungleichheiten im transnationalen Feld und in Netzwerken.....	368
8.4 Anschlussfragen für Folgestudien	370
Literaturverzeichnis	372
Abbildungsverzeichnis	400
Anhang.....	401
A. Verzeichnis der befragten Organisationen.....	401
B. Leitfäden	403

1 Einführung

Für die Soziale Arbeit stellt Europa zunehmend eine Realität dar, mit der auch zivilgesellschaftliche Akteure aus dem sozialen Feld Hoffnungen sowie Ängste verknüpfen. Neben der Ausbildung des transnationalen Wirtschaftsraums und der Entstehung des politischen Mehrebenensystems der EU beeinflusst der europäische Integrationsprozess soziale Probleme, verändert oder verschärft sie. Europa als identitätsstiftender Bezugshorizont dient nun nicht mehr als „eine Art kultureller Trost und kulturelle[r] Beschwörung“ (Kaelbe 1997, S. 61), sondern zeichnet sich durch vielfältige soziale Prozesse wie Integration und Differenzierung, Gleichzeitigkeiten und Ungleichzeitigkeiten, ambivalente und widersprüchliche Prozesse und Phänomene aus. Insofern verschränkt sich der Diskurs über Europa mit der Hoffnung auf ein „soziales Europa“ und damit auch auf eine europäische Zivilgesellschaft, die der Macht des Marktes demokratische Prinzipien, Partizipation und Gerechtigkeit entgegenzusetzen vermag.

Die grenzüberschreitenden Strukturen der transnationalen Netzwerke ermöglichen es, die lokale, regionale und nationale Ebene mit den Entwicklungen und Prozessen der transnationalen Ebene zu verbinden. Die Organisationen der Sozialen Arbeit müssen auf der nationalen Ebene zu einer „Europäisierung ihrer Situationseinschätzungen, ihrer Konzeptionen und Handlungsstrategien“ gelangen (vgl. Bernhard 1999, S. 341) und darüber hinaus den Anforderungen von „Kooperation und Netzwerkbildung als funktionaler Notwendigkeit“ im Kontext der Modernisierungsprozesse begegnen (Hamburger 2004, S. 187). Für die transnationalen Netzwerke der Sozialen Arbeit stellt sich nunmehr die Frage, wie sie diesen Prozess der Kooperation zwischen den zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammenführen und gestalten.

Die Fragestellung der vorliegenden Studie konzentriert sich vor diesem Hintergrund auf die transnationalen Kooperations- und Netzwerkbeziehungen deutscher Organisationen Sozialer Arbeit.

Dabei stellt sich erstens die Frage, über welches „Startkapital“ die nationalen Akteure für die Transnationalisierungsprozesse verfügen, um den komplexen Spannungsfeldern auf europäischer Ebene zu begegnen. Zum zweiten wird das transnationale Feld der europäischen Netzwerke Sozialer Arbeit sowie die transnationalen Netzwerke als ein bestimmter Ausschnitt zivilgesellschaftlichen Handelns analysiert und im Hinblick auf notwendige Ressourcen bzw. auf erforderliches „Kapital“ betrachtet. Im Spannungsfeld von Koopera-

tion und Konkurrenz geraten auf diese Weise Konfliktlinien und Ungleichheiten in dem betrachteten Feld in den Blick.

In dieser Studie geht es dabei weniger um die Einschätzung, inwieweit die zivilgesellschaftlichen Akteure die identitätsstiftende Idee eines „sozialen und gerechten Europas“ befördern können. Vielmehr kann durch die Perspektive der sozialwissenschaftlichen Forschung eine realitätsnähere Betrachtung von „Europa“ ermöglicht werden, da sie „die Stärken und Schwächen der gesellschaftlichen und kulturellen Gemeinsamkeiten und Verflechtungen Europas“ untersucht (Kaelbe 1997, S. 61).

Diese Konstellationen bilden die Ausgangspunkte für die empirische Studie, die in den folgenden Ausführungen vertiefend dargestellt werden. Die europäischen Netzwerke Sozialer Arbeit werden als Akteure fokussiert, sie sind Arenen zivilgesellschaftlichen Handelns und fungieren zugleich als Multifunktionalisten, in denen sich die transnationale und nationale Ebene dialektisch verschränkt und vermittelt. Die Netzwerke als komplexe Organisationen nehmen anspruchsvolle Aufgaben wahr, die durch subjektive Deutungen der befragten Experten¹ rekonstruiert werden: Entwickeln sich die europäischen Netzwerke zu Produzenten von Transnationalität? Wie könnte die Transnationalität von zivilgesellschaftlichen Akteuren im sozialen Bereich charakterisiert werden?

Auf der Grundlage qualitativer Experteninterviews werden die Ergebnisse vor dem Hintergrund der theoretischen Bezugspunkte sowie der Bourdieu'schen Feld- und Kapitaltheorie verdichtet. Auf diese Weise soll eine kritische Perspektive auf kooperative und konkurrente Beziehungen zwischen nationalen und transnationalen Akteuren sowie auf Ungleichheiten und Machtverhältnisse ermöglicht werden. Die Studie kann – im Kontext ihrer qualitativen Verortung – nicht an Ansprüchen der Repräsentativität bewertet werden. Die Rekonstruktion des subjektiven Deutungswissens der Akteure erlaubt es jedoch, typische Strukturmerkmale und Handlungsorientierungen der Akteure in den Feldern nachzuzeichnen und sie zu analysieren.

¹ Im weiteren Verlauf wird aus Gründen der Lesbarkeit die männliche Form verwendet, wobei damit die weibliche Form impliziert wird.

Der Aufbau der Arbeit folgt der Differenzierung in eine nationale und transnationale Ebene der Akteure und den daraus resultierenden Herausforderungen:

Das *zweite Kapitel* fokussiert den nationalen Kontext der Wohlfahrtsorganisationen aus verschiedenen Blickwinkeln. Dabei werden die Reaktionen der nationalen Akteure und Auswirkungen der europäischen Ebene als „Transnationalisierungsprozess“ diskutiert.

Im *dritten Kapitel* steht die transnationale Ebene bzw. das Strukturmerkmal „Transnationalität“ im Vordergrund. Die sozialwissenschaftlichen Konzepte einer transnationalen Zivilgesellschaft sowie die trans- und internationale NGO-Forschung werden unter besonderer Berücksichtigung der sozialen Akteure in Europa analysiert.

Insgesamt steht weniger eine umfassende Diskussion der Ansätze, als eine Darstellung der Bezugspunkte des „nationalen“ und des „transnationalen“ Felds zivilgesellschaftlicher Akteure im Zentrum. Eine gemeinsame Rahmung der beiden Ebenen wird durch das „Forschungskonzept Transnationalität“ (Hamburger 2008) ermöglicht und in Kapitel 3.5. zusammengeführt und verdichtet.

Im *vierten und fünften Kapitel* wird das methodische Design der Studie sowie der Ansatz von Bourdieu expliziert. Die angewandte Methode der leitfadengestützten Interviews wird vorgestellt und reflektiert. Kapitel 5 dient als grundlegende Orientierung über die Feld- und Kapitaltheorie Bourdieus, die im Auswertungsprozess im Zuge einer theoretischen Verdichtung im Sinne eines ergänzenden „Analyseinstruments“ mit einbezogen wurde.

Im *sechsten und siebten Kapitel* werden die empirischen Ergebnisse in Bezug auf das nationale Feld (Kap. 6) und das transnationale Feld (Kap. 7) vorgestellt. Neben einer einführenden Darstellung der Charakteristika der Felder schließen sich daran die rekonstruierten Sichtweisen und Deutungen der Akteure auf der Stufe der theoretischen Verdichtung und Generalisierung an.

Im *achten Kapitel* werden vor dem Hintergrund des „Forschungskonzeptes Transnationalität“ (Hamburger 2008) zentrale Ergebnisse verdichtend zusammengeführt. Daran anknüpfend werden vor dem Hintergrund der Ergebnisse weitere Anschlussfragen für Folgestudien entworfen.

2 Europäisierung und Transnationalisierungsprozesse

Im März 2007 feierte die EU das 50-jährige Bestehen der Römischen Verträge und blickte damit auf eine umfassende Entwicklung zurück, die sich in einer ökonomischen und politischen Realität Europas ausdrückt. Europa ist Wirklichkeit geworden. Neben der Herausbildung des Binnenmarktes mit dem Ziel der Konkurrenzfähigkeit auf globalen Märkten zeichnet sich ein „Europa des harten Wettbewerbs, der scharfen Konkurrenz nach innen und außen, der Verteilungskämpfe um Geld und Macht, kurz: ein Europa des Marktes“ ab (Hamburger 2002b, S. 23). Diese Dominanz der europäischen Wirtschafts- und Rechtsgemeinschaft sowie der damit verbundenen Entgrenzung der Nationalökonomien und Nationalstaaten verursacht „neue soziale Probleme“ (Hamburger 1994, S. 1), die den romantisierenden Vorstellungen von einem Europa als idealem Ort von Frieden und Freiheit gegenüberstehen.

Zugleich produziert der wirtschaftliche Internationalisierungsprozess einen transnationalen europäischen Wirtschafts- und Währungsraum mit einem europäischen, „dynamischen Mehrebenensystem“, das neue Formen des Regierens evoziert (Jachtenfuchs/Kohler-Koch 2003, vgl. Platzer 1998, S. 238). Die europäische Ebene entwickelt eine eigene Dynamik und „das Geflecht der Zuständigkeiten und Akteuren“ verlangt zunehmend nach differenzierten Konzepten zur Analyse der neu-entstandenen Strukturen und Prozesse (Hamburger 2002b, S. 25).² Darüber hinaus zieht der Integrationsprozess Ausdifferenzierungen nach sich, die zu Homogenität und Heterogenitäten in Politik, Kultur und Sozialstruktur führen (vgl. Hamburger/Lauer/Stauf 2004a, S. 80).

Diese Prozesse beeinflussen die Organisationen Sozialer Arbeit im nationalen sowie im europäischen Kontext, da sich die Beziehungen staatlicher und nicht-staatlicher Akteure zugleich vereinheitlichen und ausdifferenzieren. Ferner entstehen im europäischen Mehrebenensystem neue Verhandlungsarenen zivilgesellschaftlicher Akteure³ (vgl. ebd.).

Die konstituierenden Einheiten, die Nationalstaaten, stellen eine wesentliche „Größe“ in den neuen Verflechtungszusammenhängen dar, wenngleich sie zunehmend auf grenzüber-

² Hamburger konstatiert für diese Analyse fünf Akteursebenen – globaler Weltmarkt, Europa, Nationalstaat, Regionen, lokale Ebene – die in wechselseitiger Abhängigkeit stehen. Zugleich entstehen in diesem Mehrebenensystem neue Labilitäten: „Die politische Identifikation der Bürger verlagert sich nach unten in die nahen, überschaubaren Räume der Kommunen und Regionen, die wichtigen Entscheidungen verlagern sich in einen Raum jenseits des Nationalstaates“ (Hamburger 2002b, S. 26).

³ Die begriffliche Klärung wird in Kapitel 3 vorgenommen, im Verlauf der Arbeit werden die Begriff „Netzwerke“, „zivilgesellschaftliche Akteure“ und Nichtregierungsorganisationen (NRO) bzw. Non-Governmental Organisation (NGO) synonym verwandt.

schreitende Kooperation angewiesen sind. In der Semantik des EU-Präsidentschaftsprogramms der Bundesregierung Deutschland wird dies offenkundig: „Europa gelingt gemeinsam“ beschreibt die Notwendigkeit der transnationalen Zusammenarbeit, um „auf die weltumspannenden Wettbewerbsprozesse vorbereitet zu sein und die europäischen Vorstellungen in einen „globalen Gestaltungsprozess“ (Bundesregierung 2007, S. 4) einbringen zu können.

Durch Globalisierungsprozesse und die Herausbildung transnationaler europäischer Mehrebenenpolitik löst sich der enge Zusammenhang von Sozialpolitik und Gestaltungsmacht der Nationalstaaten zunehmend auf (vgl. Hamburger 2002b, S. 26). Inwiefern vor diesem Hintergrund zukünftig noch von einer Definition der Sozialen Arbeit „innerhalb nationaler Sozialstaatskonzepte ausgegangen werden“ kann, wird skeptisch bewertet (Hering/Waaldijk 2002, S. 11). Dennoch können die transnationalen Prozesse aus der Perspektive der Sozialen Arbeit nur unter Berücksichtigung nationaler Kontexte erfolgen. Denn nach wie vor markiert „Soziale Arbeit“ die in das nationale System der sozialen Sicherung eingebundenen Dienste, Einrichtungen und Praxiszusammenhänge, die sich in einer engen Anbindung an die Entstehung der Nationalstaaten entwickelten. Die nationalen Sozialpolitiken⁴ begrenzen bis heute die Gestalt der Sozialen Arbeit in den verschiedenen Ländern, wenngleich die nationalen Akteure, im Rahmen dieser Studie insbesondere die Organisationen Sozialer Arbeit, zunehmend von Europäisierungs- bzw. Transnationalisierungsprozessen betroffen sind.

Um sich nun diesen Prozessen anzunähern, widmen sich die folgenden Ausführungen zunächst analytischen und methodologischen Fragen eines Transnationalitäts-Konzepts (Kap. 2.1) und schließt eine vergleichende Betrachtung der Organisationen Sozialer Arbeit im Dritten Sektor an (Kap. 2.2). Sie werden durch eine theoretische Analyse der Europäisie-

⁴ Butterwegge fasst Sozialpolitik als ein Produkt der Moderne: Waren die Armen zunächst „Objektive karitativer Zuwendung“, gerieten sie im Zuge der kapitalistischen Gesellschaft zu Adressaten gezielter Eingriffe, um die Reproduktion von Arbeitskräften sicherzustellen (vgl. Butterwegge 1999, S. 16f.). Sozialpolitik sei „nicht von den gesellschaftlichen Produktions-, Eigentums- und Machtverhältnissen zu trennen“ (ebd.) „Das wohlfahrtstaatliche Arrangement verbindet den Markt, die Familie und den Staat als Sphären gesellschaftlicher Reproduktion und Distribution so miteinander, dass sich der Kapitalismus relativ frei entfalten kann, ohne seiner sozialen Verantwortung für Leistungsschwächere und Benachteiligte zu entfliehen“ (ebd., S. 17). Er differenziert folgende Formen der Sozialpolitik: „Die emanzipatorische Sozialpolitik dient der Befreiung unterversorgter bzw. unterprivilegierter Gesellschaftsmitglieder von Zwängen; die kompensatorische Sozialpolitik gleicht Nachteile aus, welche durch das Wirtschaftssystem verursacht sind; schließlich sucht die kompetitorische Sozialpolitik dessen Funktionieren durch Übernahme seiner Konkurrenzprinzipien zu befördern. Letztere gewann im Rahmen der Diskussion über die ökonomische Globalisierung sowie die Notwendigkeit und Möglichkeiten, den ‚Wirtschaftsstandort Deutschland‘ zu sichern, ganz erheblich an Bedeutung (ebd., S. 18).

rungsprozesse von Organisationen Sozialer Arbeit ergänzt (Kap. 2.3). Die Ausführungen dienen als Grundlage der in Kapitel 6 (und Kapitel 7) vorgestellten Ergebnisse der Untersuchung.

2.1 Transnationalisierung und Transnationalität

Der Begriff der „Transnationalität“ erfasst „Verflechtungen im ökonomischen, politischen, kulturellen und sozialen Bereich sowie die hierauf bezogenen Organisationsformen, die gesellschaftliche Formationen hervorbringen, die quer zu nationalstaatlichen und gesellschaftlichen Grenzen verlaufen“ (Homfeldt/Schwepe/Schröer 2006, S. 7) bzw. diese überschreiten. Daher findet die Forschungsperspektive sowohl in Organisations- und Managementsoziologie bei der Analyse transnationaler Unternehmen, in der politikwissenschaftlichen Forschung sowie in der Sozialanthropologie, die sich mit „transnational communities“ befasst, ihre Anwendung (vgl. ebd., S. 11; Pries 2002). Pries erkennt in dem Zugang eine Ergänzung des Konzepts der Globalisierung, das er als „zu globale Wahrnehmungschiffre“ kritisiert (Pries 2002, S. 1). In der Sozialen Arbeit erfährt der Begriff zunehmend Konjunktur; das Konzept wird vor allem im Kontext bildungstheoretischer Studien in der Migrationsforschung aufgegriffen (Pries 1997; 2001; 2002; Han 2005; Hamburger 2008), bei organisationsbezogener Fragestellung europäischer Vernetzung angewandt (Hamburger/Stauf/Lauer 2004a/b) oder zur Analyse transnationaler Unterstützungsstrukturen in der Sozialen Arbeit verwendet (Homfeldt/Schwepe/Schröer 2006).

Wendet man sich den Begriffen „Transnationalisierung“ und „Transnationalität“ zu, wird deren Bezogenheit auf die Kategorie des Nationalen deutlich. Hamburger verweist auf die territoriale Ordnung der Nationalstaaten, die durch Ökonomie, wohlfahrtsstaatliche Regulierungen und Demokratisierungsprozesse die Lebenswelten und Erfahrungsräume als „national“ konstruieren und bestimmen.⁵ Grenzüberschreitende Prozesse werden durch

⁵ Zur Konstruktion der Nationalstaaten siehe exemplarisch Han 2005; Bommes 1999. Bommes analysiert die Nationalstaatsbildung aus systemtheoretischer Perspektive als ein „Prinzip[s] der Gesamtklusion der dem staatlichen Territorium zugehörigen Bevölkerung in den Staat als Nation, verstanden zugleich als fundierendes Prinzip und Form der Teilnahme: Demokratie“ (Bommes 1999, S. 108, Hervorh. im Orig.). Die Beziehung zwischen Individuen und Staat werden in der nationalen Semantik als wechselseitiges Verpflichtungsverhältnis auf der Basis von Gemeinschafts- und Schicksalskategorien definiert, die es modernen Gesellschaften ermöglicht, sich als nationale oder ethnische Gemeinschaften zu konstruieren (vgl. ebd.). Insofern entstehen keine Staaten aus ethnisch oder republikanisch definierten Völkern, „sondern an ihrer Struktur kristallisieren politisch mobilisierende ethnische und nationale Semantiken, die zunächst die Binnendifferenzierung dieser Staaten vorantrieben“ (ebd., S. 113). Die nationalen Wohlfahrtsstaaten legen darüber hinaus

diese Rahmung als Besonderheit wahrgenommen (Hamburger 2008, S. 260). In dieser Weise argumentiert Simsa, die vor dem Hintergrund schwindender Regulierungsoptionen der Nationalstaaten unterstreicht, dass „Grenzüberschreitungen dialektisch die Bedeutung von Grenzen impliziert, d.h. Gesellschaft als Nationalgesellschaft konzipiert bleibt. Die meisten theoretischen Ansätze der Globalisierung werden gerade vor dem mitgedachten Hintergrund nationalstaatlicher Grenzen formuliert“ (Simsa 2001, S. 23). In gleicher Weise unterstreichen Beck/Grande, dass auch das Konzept des Transnationalismus auf die Prinzipien von Nationalität und Internationalität bezogen bleibt (Beck/Grande 2004, S. 87).

In der Begriffsbestimmung von Pries zeigt sich diese Dialektik ebenfalls; er entwickelt ein weites und enges Begriffsverständnis:

„*transnationalism* [bezieht sich im weiten Verständnis, E.S.] auf Zugehörigkeitsgefühle, kulturelle Gemeinsamkeiten, Kommunikationsverflechtungen, Arbeitszusammenhänge und alltägliche Lebenspraxis sowie die hierauf bezogenen gesellschaftlichen Ordnungen und Regulierungen, die die Grenzen von Nationalstaaten überschreiten. In einer eher engen Fassung des *transnationalism*-Begriffs werden damit nur sehr dauerhafte, massive und strukturierte bzw. institutionalisierte Beziehungen bezeichnet, die pluri-lokal über nationalgesellschaftliche Grenzen hinweg existieren (Pries 2002, S. 3).

Der Begriff „transnational“ verdrängt zunehmend die Begriffe „international“ und „supranational.“⁶ Der Begriff „international“ bezieht sich im engeren Sinne auf die Beziehungen *zwischen* einzelnen Staaten; er wurde aber zugleich in seiner weiteren Verwendung auf Strukturen und Prozesse angewandt, die jenseits einzelner Staaten lagen (vgl. Hamburger 2008, S. 261f.). Die internationalen formalen Abkommen und Regelungen sind bis heute wesentliche Grundlage für Organisationen, Prozesse und Strukturen, die mittlerweile als „transnational“ definiert werden. Demzufolge bleibt Transnationalität mit Internationalität eng verknüpft, wobei transnationale Organisationen oder Prozesse nicht ausschließlich als Ergebnis internationaler Vereinbarungen zu verstehen sind, sondern auch als gegenstaatliche oder zwischen-staatliche Interessenartikulation fungieren können, wie sich anhand der transnationalen Nichtregierungsorganisationen zeigt (vgl. ebd.). Internationalisierung und Transnationalisierung können somit als spezifisches Merkmal von Modernisierungsprozessen gefasst werden (vgl. Hamburger 1994, S. 1). Transnationalität wiederum

eine Innen/ Außen-Struktur an, die durch die moderierende Filterfunktion des politischen Systems Ungleichheitsschwellen nach außen errichtet. Nach innen bildet der Wohlfahrtsstaat qua Staatsbürgerschaft eine spezifische Inklusionsbeziehung aus, die sich auf die Dimensionen der Loyalität und der Leistung bezieht (ebd., S. 118); vgl. ebenfalls Nassehi 1997.

⁶ Der Begriff „supranational“, wird zunehmend durch den Begriff „transnational“ zurückgedrängt, obgleich seine „über den Staaten thronende Instanz als Friedensmacht“ eine wichtige Regulierungsfunktion einnahm (vgl. Hamburger 2008, S. 262).

kann als „ein Merkmal von Institutionen und Strukturen oberhalb von Nationalstaaten definiert werden“ (Hamburger 1999, S. 343).

Die Abgrenzungsmechanismen der Nationalstaaten geraten unter europäischer und globaler Perspektive unter Handlungsdruck, da die allseits proklamierte Globalisierung⁷ widersprüchliche Prozesse hervorruft: Sie evoziert einerseits die *Entgrenzung* nationalstaatlichen Handelns durch die entstehenden Verflechtungszusammenhänge des globalen kapitalistischen Warenverkehrs und supranationaler Institutionen wie der Europäischen Union (vgl. Leibfried/Pierson 1998, Altvater 1997). Demgegenüber führt Globalisierung zugleich zu einer *Verfestigung* nationalstaatlicher Ordnungen, da der ökonomische Warenverkehr sowie die Notwendigkeit kollektiver Entscheidungsfindung und Garantierung sozialer Rechte auf nationalstaatliche Gefüge verwiesen bleibt: Wer soll die post-national erworbenen Rechte in einer konzipierten Weltgesellschaft garantieren, wenn nicht die territorial organisierten Wohlfahrtsstaaten? (vgl. Bommers 1999, S. 16)

In den Sozialwissenschaften entwickelten sich traditionell Konzepte nicht-territorialer Räume wie z.B. das Modell „sozialer Räume“ von Bourdieu: Diese sind in ihrer Grundstruktur auf die Kapitalverteilungen und nicht auf Territorien bezogen (vgl. Simsa 2001, S. 23).⁸ Ein weiterer Ansatz findet sich bei Elias, der nicht-territoriale Räume als interdependente Verflechtungszusammenhänge analysiert, die sich auf unterschiedliche Ebenen erstrecken können (Elias 2006, S. 92ff.). Diese Verflechtungszusammenhänge fokussiert Elias als Spielmodelle, die den Prozesscharakter von Beziehungen interdependenter Individuen sowie die Veränderung der Verteilung der Machtdifferenziale in den Verflechtungen unterstreichen.

Die nicht-territorialen Konzepte können bei der Analyse des europäischen Mehrebenensystems herangezogen werden, da das Mehrebenensystem unterschiedliche Entgrenzungs- und Verfestigungsprozesse evoziert, die u.a. von der politikwissenschaftlichen Integrationsfor-

⁷ Der schillernde Begriff der Globalisierung verheißt den Befürwortern Fortschritt, den Gegnern den Siegeszug des Kapitalismus. Bös konstatiert eine Zweiteilung des Diskurses; einerseits werden kulturelle Austauschprozesse betont, zum zweiten richtet sich der Begriff auf ökonomische Beziehungen. Dabei erlangt Globalisierung als Verflechtungsbeziehung des weltweiten Wirtschaftsverkehrs zunehmend Bedeutung in der Debatte (Bös 1997, S. 37). „Waren die Weltkriege des 20. Jahrhunderts schon global – ihnen gingen Kolonialismus und Imperialismus voraus -, so findet seitdem die Globalisierung vor allem ökonomisch statt“ (Hamburger 2008, S. 260). Zum Verhältnis des Globalisierungsbegriffs und des Begriffs der „Weltgesellschaft“ vgl. Nassehi 2003, S. 188ff.; Stichweh 2000, zu dem Modell transstaatlicher Räume vgl. Faist 2000.

⁸ Auf das Konzept des Felds von Bourdieu wird im Zuge der Arbeit weiter Bezug genommen (vgl. Kap. 5).

schung bearbeitet werden (vgl. Beiträge in Leibfried/Person 1998; Simsa 2001; Jachtenfuchs/Kohler-Koch 2003; Bieling/Lerch 2005; Holzinger et al 2005). Dabei werden unter Berücksichtigung verschiedener theoretischer Konzepte die Einwirkungen auf nationale Politiken sowie Strukturen und Prozesse in der neuen Politikarena der EU analysiert.

Ob und inwiefern Europäisierung einen Autonomieverlust der Nationalstaaten nach sich zieht, ist umstritten. Allerdings zeigt sich, dass „Brüssel“ als politisches Zentrum Politikverflechtungen produziert, die über die nationalen Grenzen hinausreichen: „Die Grundlagen der politischen Steuerung und des demokratischen Regierens in Europa“ sind einem tiefgreifenden Wandel unterworfen (Leibfried/Person 1998; Bach 2000; Jachtenfuchs/Kohler-Koch 2003). Diese Prozesse betreffen jedoch nicht allein das politische System, sie wirken sich auch auf gesellschaftliche Prozesse aus. Insofern votiert Pries für eine Perspektive der transnationalen sozialen Räume:

„Die nationalstaatlich verfassten Container-Gesellschaften als Sozialräume werden zunehmend ‚durchlöchert‘ von transnationalen sozialen Praktiken, Symbolen und Artefakten, die sich als pluri-lokale Netzwerke stabilisieren. Die Sozialräume verdichteter institutionalisierter Verflechtungsbeziehungen, für die sich die Soziologie angesichts von Globalisierung besonders interessiert, sind in der Regel nicht global im Sinne einer ubiquitären oder de-lokaliserten Ausdehnungen, sondern vielmehr transnational im Sinne relativ dauerhafter pluri-lokaler Extensionen“ (Pries 2001, S. 69).

Für die vorliegende Studie sind beide Prozesse von Interesse: Zum einen wird durch Analyse der Wohlfahrtsverbände und der „Europaarbeit“ ausgewählter deutscher Organisationen Sozialer Arbeit ein Ausschnitt eines spezifischen Europäisierungs- bzw. Transnationalisierungsprozess bearbeitet (vgl. Kap. 6). Zum anderen zeigt die Analyse des transnationalen Felds zivilgesellschaftlicher Akteure aus dem sozialen Bereich, welche Strukturmerkmale und Prozesse sich in dem Feld ausbilden und welches „Kapital“ die Akteure benötigen (vgl. Kap. 7). Insofern geraten die zivilgesellschaftlichen Akteure vor dem Hintergrund der veränderten Bedingungen der politischen Steuerung auf nationaler, europäischer sowie internationaler Ebene in den Blick: Es bilden sich zunehmend Verhandlungsarenen mit tendenziell heterarchischem Charakter aus, in die nicht-staatliche Akteure aufgrund ihrer Spezialisierung und Ausdifferenzierung als Experten und Implementierungsakteure eingebunden werden:

„Fast alle sozialwissenschaftlichen Ansätze, die in dieser Situation als Antworten auf Veränderungen nationalstaatlicher Souveränität, verringerter Lösungskompetenzen der Politik und internationale Interdependenzen formuliert werden, zeichnen sich durch eine starke Hoffnung auf die Beteiligung der Zivilgesellschaft und von NPOs an politischen Prozessen aus. Nahezu alle Modelle gehen von einer wachsenden Pluralisierung gesellschaftlichen Einflusses aus und sehen in zivilgesellschaftlichen Aktivitäten und Organisationen sowohl beobachtbare wesentliche Aspekte von Politik als auch einen wichtigen Hoffnungsträger für eine demokratische globale Koordination von Gesellschaft“ (Simsa 2001, S. 25).

Wie kann nun ein Forschungskonzept diese veränderten Bedingungen bearbeiten und einrahmen?

Transnationales erforschen

Für die Sozialwissenschaften entstehen vor dem Hintergrund der skizzierten Entwicklungen und Modernisierungsschübe vielfältige Forschungsfragen; das „Transnationale“ ergänzt das Mehrebenenmodell als neue Handlungs- und Institutionenebene und überwindet die Konzentration auf staatliches Handeln. Für die Erforschung des Transnationalen entwirft Hamburger ein Konzept, das den dialektischen Bezug von Transnationalität und Nationalität aufgreift und durch kritische Analyse der Prozesse („Transnationalisierung“) und Strukturmerkmale („Transnationalität“) eine Idealisierung des Transnationalen zu vermeiden sucht. „Transnationalität“ als Gegenstand der Sozialpädagogik kann nach Hamburger mit Hilfe von sechs Kriterien bearbeitet und erforscht werden.

(1) Die Transnationalitätsforschung der Sozialpädagogik wird dialektisch auf das „Nationale“ hin entworfen. Sie sei damit notwendigerweise dekonstruktivistisch, da sie „das Nationale“ sowie „das Transnationale“ hinterfragt, und die Bezogenheit des Nationalen auf „Kontexte, die das Nationale immer schon transzendieren“, untersucht: Die als „national“ klassifizierten Phänomene, Prozesse oder Strukturen können Ergebnis internationaler oder transnationaler Entwicklungsgänge sein, die nur als national konstruiert werden (vgl. Hamburger 2008, S. 263). Hamburger unterstreicht, dass sich das vermeintlich Nationale der Analyse entziehen muss, da es immer in andere, trans- oder internationale, Zusammenhänge eingebettet ist. Durch die Re- und Dekonstruktion des Nationalen eröffnet sich der Blick auf Kontexte, die das Entstehen des Nationalen charakterisieren. Das ***dialektische Verhältnis des Nationalen und des Transnationalen*** zu erkennen, wird für eine Analyse der Transnationalität unabdingbar.

In diesem Kontext können der deutsche Sozialstaat sowie das Konzept der Freien Wohlfahrtspflege als *spezifisch* nationale Erscheinungen begriffen und analysiert werden (vgl. Kap. 6.1). Demgegenüber lassen sich europäische Modernisierungsprozesse rekonstruieren, die auf *Gemeinsamkeiten* der europäischen Sozialstaaten als „transnationale“ Erscheinung hinweisen. Das *europäische* Gesellschaftsmodell zeichnet sich beispielsweise durch Kongruenz der kulturellen und politischen Identität der Bevölkerung eines Territoriums, durch kollektive Ziele, durch ein politisches Zentrum sowie durch die Idee eines Staates mit natürlichen Grenzen aus, d.h. „einer spezifischen ‚territorialisierten‘ Form der nationa-

len politischen Integration von Gesellschaft“ (Bach 2000, S. 16). Schiffauer verweist in ähnlicher Argumentation auf die *europäische* Tradition, den Staat als „eine anthropomorphe Entität zu konzipieren, als eine Rechtsperson, eine *Körperschaft*, einen *body politic*“ (Schiffauer 1997, S. 81, Hervorh. i. Orig.). Diese als europäisch-klassifizierte Anthropomorphisierung des Staates kann „als eine Grenzziehung und Entgegensetzung“ (Hamburger 2008, S. 264) rekonstruiert werden, die dann erst in einer essentialistischen Umdeutung in eine „Nation“ mündet. Dies wird an wechselseitigen Zuschreibungen von stereotypen Deutungsmustern erkennbar: so werden Eigenschaften in Deutschland als typisch deutsch klassifiziert, die ebenfalls andere Nationen als für sich typisch reklamieren.

(2) Die Erforschung des Verhältnisses von Nationalität und Transnationalität bedarf zweitens einer *historischen Perspektive*, in der sich die Dialektik von allgemeingültigen Kategorien und konkreten Gegebenheiten erschließen lässt. Am Beispiel der Wohlfahrtsorganisationen verdeutlicht sich diese Dialektik: Sie sind durch ihre weltanschauliche und normative Ausrichtung auf allgemeingültige Vorstellung von Humanität und Hilfe bezogen und stellen zugleich eine konkrete Manifestation dar, in der sich die allgemeine Vorstellung mit der konkreten Organisationsgeschichte verbindet und transformiert. Dennoch ist die besondere Ausprägung von dem „Allgemeinen“ zu unterscheiden. Hamburger betont, dass sich z.B. das nationale Selbstverständnis häufig als „das Allgemeine“ missversteht und sich zugleich in seiner Spezifität als einzig begreift – dies gilt es zu hinterfragen. Das Prinzip der Subsidiarität ist in nahezu allen europäischen Staaten gegenwärtig und kann nicht von einem Staat als Besonderheit beansprucht werden.

Dieses „Missverständnis“ zeigt sich z.B. in Auseinandersetzungen auf der europäischen Bühne der zivilgesellschaftlichen Netzwerke im sozialen Bereich: Vertraten Europareferenten die „einzigartige“ Idee der deutschen Wohlfahrtspflege als Ideal für ein „Europäisches Sozialmodell“, wurde dieser Anspruch auf Allgemeingültigkeit und Einzigartigkeit von der transnationalen Öffentlichkeit in ihre nationalen Schranken verwiesen:

„Da sitzen ihnen drei, vier am Tisch gegenüber, die aus anderen EU-Staaten kommen, die sagen, es ist völlig anders, bei uns ist es völlig anders und nun kapieren sie doch nun mal, Herr Schwarzer, dass ihr Modell nicht das einzig Wahre ist“ (B 22, S. 26, 3-8).

Die transnationale Auseinandersetzung bietet die Möglichkeit, allgemeingültige Bezugshorizonte und nationale Besonderheiten „auseinander zu denken“ und kritisch zu diskutieren. In diesen sich transnationalisierenden Verständigungsprozessen kann die Suche nach „den Transnationalen“ begonnen und weitergeführt werden.

(3) Der *internationale Vergleich* wird drittens als epistemologische Grundlage für die Erforschung der Transnationalität notwendig, da auf diesem Wege nationale Analysen von ihrem „Verblendungszusammenhang“ gelöst werden können (Hamburger 2008, S. 264), wie sich am Beispiel (2) bereits zeigte.

Für die vorliegende Studie bildet die international-vergleichende Dritt-Sektor-Forschung und Wohlfahrtsverbandsforschung (vgl. Kap. 2.) einen Bezugspunkt und eine Grundlage, auf der die zentralen Akteure analysiert werden können. Wenngleich die Studie selbst nicht komparatistisch angelegt ist, wird in der Untersuchung deutlich, dass die europäischen Netzwerke Sozialer Arbeit als „transnationale Organisationen“ die europäische Diversifikation implizieren, die aus der Perspektive der deutschen Organisationen rekonstruiert wird. Der komparatistische Blick ermöglicht es, Herausforderungen und Konflikte aufzuzeigen, die für nationale Akteure einer europäischen Zivilgesellschaft bedeutsam werden:

„(...), dass diese traditionellen Unterschiede so groß sind, dass man auch gar nicht so schnell auf den Punkt kommen kann bei Fragen, die man in Deutschland nicht für möglich hält. Also, allein die Frage, sollte man als ein Wohlfahrtsverband seine Ideen, die man hat, an den Staat herantragen. Dass, wo wir in Deutschland sagen, natürlich, was jeder tut, wird in Frankreich völlig anders beantwortet und dort sagen die, natürlich, der Staat ist verantwortlich und die müssen sehen, dass sie diesen Sozialbereich ordnen, nicht, wir ordnen ihn und ihn zu bitten das und das zu tun, das tun wir nicht. Diese Frage habe ich auch lernen müssen, die wir in Deutschland selbstverständlich beantworten, beantworten die nicht, das heißt, sie scheitern möglicherweise bei ETWelfare oder Eurodiaconia alleine schon, wenn sie eine gemeinsame Position hätten, scheitern sie schon, weil einige sagen, Moment, also, das jetzt von der EU zu fordern, das können wir doch nicht tun. Da braucht es wahrscheinlich noch eine ganze Reihe von Jahren, um wirklich da diese Konflikte, die man hat, zu lösen und um dann so in ein gemeinsames Handeln hineinzuführen, das dauert immer lange. Ich habe mir das viel einfacher vorgestellt, viel einfacher“ (B 22, S. 19, 38-51, S. 20, 1-3).

Dies zeigt, dass eine vergleichende Perspektive die für die handelnden Personen bedeutsamen Gemeinsamkeiten *und* Unterschiede herausarbeiten kann, die auf unterschiedliche Weise im transnationalen zivilgesellschaftlichen Feld sowie unter nationalen Akteuren wirksam werden.

(4) Die sozialpädagogischen Forschungsfragen orientieren sich viertens an *Prozessen* und *Strukturmerkmalen*. Transnationalität entsteht in einem Prozess der „Transnationalisierung“. Im Zuge dieses Prozesses können sich Strukturmerkmale der Transnationalität ausbilden, wie z.B. die Gründung transnationaler Organisationen.

Im Zuge von Transnationalisierungsprozessen deutscher Organisationen Sozialer Arbeit überschreiten Akteure (z.B. die „Europareferenten“) ihre national begrenzten Handlungsmuster und transformieren ihr Wissen durch die inter-kulturellen Lernprozesse. Die Orga-

nisationen entwickeln in diesem Prozess neue Arbeitsstrukturen wie z.B. EU-Repräsentanzen, Europa-Abteilungen und gehen Mitgliedschaften in europäischen Netzwerken ein. Auf diese Art und Weise versuchen sie, das transnationalisierte Wissen in die eigenen Kommunikations- und Organisationsstrukturen zu vermitteln. Die Europaarbeit deutscher Organisationen Sozialer Arbeit können insofern als Transnationalisierungsprozess bzw. als EU-isierungsprozess rekonstruiert und konzipiert werden (vgl. Kap. 2.3).

Neben der Rekonstruktion von Prozessen bleibt die Bestimmung „der Transnationalität“ eine Herausforderung; denn inwieweit z.B. die ausgewählten europäischen Netzwerke der Sozialen Arbeit „Transnationalität“ ausbilden, bleibt zunächst schwer bestimmbar (vgl. Hamburger 2008, S. 263). Das Feld der europäischen Netzwerke Sozialer Arbeit kann zwar als transnationales charakterisiert werden, da es sich auf „Europa“ bezieht, ob aber damit spezifische Sinnhorizonte und Handlungsmuster einhergehen, die „Transnationalität“ hervorbringen, kann erst in weiteren Forschungsvorhaben bestimmt werden (vgl. Kap. 3.5). Die Ergebnisse der Studie weisen darauf hin, dass in dem betrachteten Feld der europäischen Netzwerke transnationale Kapitalsorten notwendig werden, um sich in dem Feld zu positionieren, da z.B. zentrale Plattformen nur transnationale Mitglieder aufnehmen und die Europäische Kommission nur europäische Organisationen als Ansprechpartner akzeptiert. Dies stellt nationale Organisationen vor neue Herausforderungen, sich zu diesen Kapitalien Zugang zu verschaffen. Darüber hinaus deutet sich in der Untersuchung an, dass in den transnationalen Netzwerken zumindest die Chance auf einen transnationalen Konsens unter den Akteuren besteht, der über einen Interessenausgleich im Sinne eines Kompromisses hinausreicht. Diese konsensorientierten Handlungsmuster in den europäischen Netzwerken beziehen sich auf ein verständigungsorientiertes Handeln, dass die Anerkennung der anderen Netzwerkakteure als verschieden und gleich ermöglicht (vgl. Kap. 7.4).

(5) Die Entwicklungsdynamik von Transnationalisierung und Transnationalität kann fünftens durch die Rekonstruktion *typischer Prozesse* analysiert werden, innerhalb derer Akteure sich „transnational“ orientieren.

Exemplarisch kann auf ein im Projekt „Netzwerke der Sozialen Arbeit in Europa“ entwickeltes idealtypisches Stufenmodell des europabezogenen Interesses der Organisationen Sozialer Arbeit verwiesen werden, das eine Steigerungslogik von einem allgemeinen Interesse an Europa über transnationale Kontakte, Projekte und Netzwerkmitgliedschaften entwickelt (vgl. Hamburger/Lauer/Stauf 2004b). Für eine weitere Rekonstruktion typischer

Verläufe bietet sich die in dieser Studie als Analysemodell verwendete Terminologie von Bourdieu an, der die Positionierung von Akteuren in einem Feld nicht allein an Ressourcen rückbindet, sondern die *Relation* zum politischen Feld bzw. Feld der Macht als wesentlich für die Entwicklungsdynamik von Akteuren beschreibt. Dies lässt sich in der Betrachtung des Verhältnisses staatlicher und nicht-staatlicher Akteure in Europa nachzeichnen: Obgleich die „europäische Zivilgesellschaft“ zunächst unabhängig von staatlichen Entscheidungen ist, so ist das Feld der europäischen Zivilgesellschaft mit der EU, ihren Kompetenzen in Politikbereichen sowie ihrer Haltung gegenüber den zivilgesellschaftlichen Organisationen unabdingbar verknüpft. Der Zugang zu finanziellen Ressourcen und zu Informationen, die Absicht der Beeinflussung politischer Entscheidungen und die Finanzierung durch die Europäische Kommission haben gleichermaßen die Dynamik einer zivilgesellschaftlichen Transnationalisierung in Gang gebracht (vgl. Hamburger 2008; Hamburger/Lauer/Stauf 2004b). Die in Kapitel 6 und 7 aufgezeigten Dynamiken im Feld europäischer Netzwerke Sozialer Arbeit ermöglichen es ferner, das Spannungsverhältnis von Kooperation und Konkurrenz als typischen Prozess des Felds zu rekonstruieren.

(6) Sechstens bedarf die Erforschung des Transnationalen eine kritische Analyse der „**Dominanzen und Herrschaftsstrukturen**, die im Prozess der Transnationalisierung etabliert werden“ (Hamburger 2008, S. 266).

In den transnationalen Netzwerken Sozialer Arbeit verdeutlicht sich beispielhaft die Aufschichtung unterschiedlicher Interessenlagen, die innerhalb des transnationalen Organisationsrahmens bearbeitet werden muss. Dabei spielen machtvoll staatliche Interessen ebenso wie Ungleichheitsverhältnisse zwischen Mitgliedern als dominierende Faktoren eine zentrale Rolle. Die in Kapitel 7.5 aufgezeigten Kämpfe und Konflikte in den transnationalen Netzwerken zeigen, dass die ungleiche Kapitalausstattung den sozialen Raum *zwischen* Netzwerken sowie *innerhalb* von Netzwerken beeinflusst und damit auf die Konstruktionen von „national/transnational“ zurückwirkt. Die reflexiv-kritische Bearbeitung dieser Machtverhältnisse in transnationalen Organisationen wird zu einer bedeutsamen Aufgabe für die Netzwerkkoordinatoren, da „durch Transnationalisierung Ungleichheiten abgesichert oder neu geschaffen“ (ebd., S. 266) werden können – dies zeigt sich z.B. anhand der Dominanz deutscher Wohlfahrtsverbände in den Familiennetzwerken der deutschen Wohlfahrtsverbände (vgl. Kap. 7.6).

Hamburger favorisiert ein *mehrdimensionales Modell* zur Untersuchung der Transnationalität, das in Untersuchungsfelder konkretisiert wird und durch einen ethnografisch geprägten Zugang die transnationale Wirklichkeit aufschlüsselt. Gegenüber dem Mehr-Ebenen-Modell reicht das Konzept der Transnationalität „über die Ebenen staatlichen und innerstaatlichen Handelns hinaus und berücksichtigt auch Nichtregierungsorganisationen auf beiden Ebenen sowie die sozialen Bewegungen und die Beziehungen von Personen (...)“ (ebd.). Durch die Betrachtung der verschiedenen Ebenen und Akteurskonstellationen werden Prozesse analysiert, die zur Ausbildung „transnationaler sozialer Räume“ führen. Darin liegt die Chance, die Institutionenorientierung der Politikwissenschaft zu überwinden und sich „in ethnografischer Manier der transnationalen Wirklichkeit“ zuzuwenden (ebd.). Die Transnationalität materialisiert sich insbesondere durch die Analyse von Konflikten (Hamburger 2008, S. 267), wie ebenfalls die Ergebnisse in Kapitel 7.5 aufzeigen: Konflikthafte Auseinandersetzung unter den Mitgliedern wirken als Motoren für diskursive Prozesse, die zugleich re-nationalisierende sowie trans-nationalisierende Effekte auf die Akteure und ihre Deutungsmuster entfalten können.

Ferner eignen sich Untersuchungsdesigns, die eine Perspektivverschränkung von Akteuren der verschiedenen Ebenen einbeziehen (z.B. der nationalen und europäischen Ebene) und dadurch die Deutungsmuster der Betroffenen aufeinander beziehen. Die Berücksichtigung der nationalen Akteure unterstreicht ebenfalls Fetzer:

„Nicht nur die Tatsache, dass viele nationale Organisationen und Verbände eigene Büros in Brüssel oder Strasbourg unterhalten, rechtfertigt es, sie in gewisser Weise als autonome Akteure innerhalb der europäischen Zivilgesellschaft zu betrachten, Akteure zudem, die durch die konstitutive Bedeutung des Nationsprinzip für die Strukturierung der meisten europäischen NGO auch den größten Einfluss auf die Entwicklung dieser Euro-Verbände ausüben. (...) Vergleichende, durch Transferanalysen ergänzte Untersuchungen der europäischen Dimension mehrerer nationaler Organisationen erscheinen damit als vielversprechender Weg, tiefere Einblicke in die interne Dynamik der europäischen Zivilgesellschaft zu gewinnen – in Prozesse der Machtausübung und des gegenseitigen Lernens, der Identitätsbildung, aber auch der Entsolidarisierung. Auch das dialektische Verhältnis der nationalen Organisationen zu den europäischen Dachverbänden ließe sich auf diese Weise besser untersuchen als bei einer analytischen Beschränkung auf die jeweilige europäische NGO, weil die Hintergründe kontroverser Debatten und längerfristigen Wandels genauer ausgeleuchtet werden können“ (Fetzer 2002, S. 386f.).

Weiterhin ist zu überprüfen, inwieweit sich theoretische Konzepte wie die Feld-Theorie Bourdieus dazu eignen, *transnationale soziale Räume zu analysieren bzw. transnationalisierte Arbeitszusammenhänge als Felder von Akteuren mit unterschiedlicher Kapitalausstattung zu begreifen*. Die Positionen im Feld und die ungleiche Ressourcenausstattung der Akteure eröffnen den Blick auf Entwicklungsdynamiken von Organisationen und NGO-

Netzwerken, deren „Transnationalität“ sich fallspezifisch aus der jeweiligen Entstehungsgeschichte und Gestalt entwickelt.

Ergänzend zu diesen Ausführungen soll auf integrale Untersuchungsmodelle hingewiesen werden, die Europäisierung fokussieren (Platzer 1998) und sich auf Organisationen Sozialer Arbeit bezogen werden können. „Europäisierung“ liegt aus der politikwissenschaftlichen Perspektive vor, „when something in the domestic political system is affected by something European“ (Vink 2002, S. 1).⁹ Platzer analysiert in seinem Modell Wandlungsprozesse, die auf der nationalen Ebene eine „verstärkte Einbeziehung und Verarbeitung des europäischen Integrationssystems“ bedingen und darüber hinaus in Wechselwirkung mit nationalen Entwicklungspfaden „spezifische Muster transnationaler Vergesellschaftung“ generieren, die durch den europäischen Integrationsprozess ausgelöst werden (Platzer 1998, S. 238). Europäisierung umfasst demzufolge einen Vergemeinschaftungsprozess, der vergleichbare Anpassungsprozesse in den Mitgliedstaaten hervorruft, „die in der Tendenz ein Konvergenzmuster und insoweit eine Europäisierung erkennen lassen, welches sich von den Anpassungspfaden in anderen Industrieländern (...) signifikant unterscheidet“ (ebd., S. 240f.). Da sich die nationalen Praxen und Rollen zwar spezifisch anpassen, diese zugleich aber die Grundlage grenzüberschreitender und überstaatlicher Interaktionen in konkreten Politikfeldern darstellen, wird eine komparatistische Analyse notwendig. Auf diese Weise kann die wachsende Bedeutung transnationaler Interdependenzen unter der Berücksichtigung „der nationalen Institutionen, Verfahren und Normen“ untersucht werden (ebd., S. 242f.). Da es sich bei der Europäischen Union um ein spezifisches politisches Institutionengefüge handelt, können diese Prozesse auch als *EU-isierung* konzipiert werden (vgl. Bauer/Pfaffenberger 2004, S. 56). Dabei differiert die Europäisierung in den jeweiligen Politikbereichen entsprechend den politischen und rechtlichen Kompetenzen der EU in den Politikfeldern (vgl. Bach 2000, S. 11).

Platzer formuliert drei notwendige Verdichtungsebenen für ein angemessenes Untersuchungsmodell von Europäisierungsprozessen:

⁹ Weiterführend Vink 2002; Radaelli 2004.

- Ein Untersuchungsmodell soll erstens die Beeinflussung der Orientierungen und *Handlungsmuster nationaler Akteure durch europäisch-transnationale Wirkungszusammenhänge* analysieren. Auf diese Weise können „gleiche oder vergleichbare Handlungspraxen und Reaktionsmuster der Akteure“ in Bezug zu der ‚Marktintegration‘ oder der politischen Integration gesetzt werden (Platzer 1998, S. 241).
- Zweitens verändert eine reaktive und adaptive Europäisierung die Definition und Wahrnehmung nationaler Interessen. Als Indikator für diesen Veränderungsprozess entstehen zunehmend „*transnationale Netzwerke formeller und informeller Kommunikation, Kooperation und Koordination*“ (ebd., S. 241f.). Ein EU-spezifisches Muster der Transnationalisierung bildet sich daran anschließend aus, wenn sich die „horizontalen und vertikalen transnationalen Netzwerke auf den verschiedenen (...) Organisations- und Handlungsebenen im Verlauf der Integration zunehmend“ verdichten (vgl. ebd.).
- Ein dritter Verdichtungsschritt wird erkennbar, wenn sich *Systeme kollektiver Arbeitsbeziehungen* innerhalb der supra- und transnationalen Arenen der (...) Kommunikation, Kooperation und Konfliktregelung formieren. Diese Systeme werden in Bezug auf die Organisationen Sozialer Arbeit im Kontext des zivilen Dialogs aufgegriffen, der wiederum die nationalen Systeme mit beeinflusst und verändert (vgl. ebd.; Kap. 3.4).

In der Feldtheorie Bourdieus finden sich ebenfalls Ansatzpunkte, um Veränderungsprozesse und Wandel in Feldern zu erklären, die neue Akteurskonfigurationen und Organisationsformen nach sich ziehen (vgl. Bourdieu 1981; Dederichs/Florian 2002; Kap. 5). Bourdieu charakterisiert in seiner Feldstudie zum Strukturwandel im Unternehmensbereich „den Prozeß des stetigen Abbaus der Schutzmaßnahmen und die Politik der europäischen Integration“ als Auslöser einer Entwicklung, die wiederum die „Intensität des Wettbewerbs steigert und die Unterwerfung unter ‚Marktgesetze‘ unausweichlich werden lässt“ (Bourdieu 1981, S. 26). Dieser Strukturwandel (in der Wirtschaft) evoziert in national verfassten Feldern zugleich einen „Wandel der Unternehmensstruktur“ (ebd., S. 25). Diesen Zugang greifen Dederichs/Florian in ihrer Untersuchung zum Wandel im Transportwesen auf und analysieren die Geschäftspraktik der neuen Unternehmenskooperationen in diesem Feld auf der Grundlage eines Strukturwandels, der die Akteure zu einer *Strategie sozialer Kapitalbildung* zwingt. Die Kooperationen ermöglicht es, durch die Vernetzung positional annähernd Gleichgestellter die Konkurrenzfähigkeit des eigenen Unternehmens beizubehalten (Dederichs/Florian 2002, S. 75ff.). In dieser Perspektive können analog die transna-

tionalen Kooperationsbeziehungen deutscher Organisationen Sozialer Arbeit als angemessene Reaktion auf den Strukturwandel der Europäisierung eingeordnet werden (vgl. Kap. 6).

In der vorliegenden Untersuchung erlangt „Transnationalität“ insbesondere in Bezug auf das Verhältnis nationaler und transnationaler Organisationen Bedeutung, wobei internationale Kooperationen ein relativ neues Forschungsfeld darstellen, da den Dritt-Sektor-Organisationen bislang „wenig Beachtung (...) als transnationale Akteure“ zuteil wurde (Simsa 2001, S. 67). Dennoch geraten sie als transnationale Akteure zunehmend in den Blick, so dass das Konzept der Transnationalisierung für die Analyse zivilgesellschaftlicher Organisationen in Europa ergiebig erscheint: Die transnationalisierten Arbeitszusammenhänge in den zivilgesellschaftlichen Feldern kreisen um die „Mobilität von Informationen und Personen (...), die relativ dauerhafte Verflechtungssysteme mit sozialen Praktiken, Symbolsystemen ausbilden (vgl. Pries 2002, S. 3) und die zugleich zwischen einer Transnationalisierung „von oben“ und „von unten“ aufgespannt sind (vgl. ebd., S. 8).

Insofern orientiert sich die vorliegende Untersuchung an das bereits dargestellte „*Forschungskonzept Transnationalität*“: Die Befragung deutscher und europäischer Akteure ermöglicht es erstens, das Verhältnis und die Perspektiven des „*Nationalen*“ und „*Transnationalen*“ kritisch aufeinander zu beziehen. Darüber hinaus ermöglicht der Zugang der Feld- und Kapitaltheorie Bourdieus als Analyseinstrument zweitens einen Blick auf spezifische *Prozesse* und *Strukturen* in dem gewählten Untersuchungsfeld. Drittens können mit Hilfe des analytischen Instrumentariums Konkurrenzen und Kooperationen betrachtet werden sowie *Ungleichheiten* zwischen Akteuren rekonstruiert werden. Insofern wird eine handlungs- und akteurszentrierte Sichtweise verfolgt, die sich auf soziale Prozesse und „auf das Entstehen transnationaler sozialer Formationen und transnationaler Sozialräume“ bezieht (Pries 2002, S. 11).

Die folgenden Ausführungen dienen als theoretische Grundlage und Verortung für die in Kapitel 6 und 7 vorgestellten Ergebnisse der Studie: Die vergleichenden Studien der Dritt-Sektor-Forschung sowie die Betrachtungen zu der Europaarbeit von Wohlfahrtsakteuren bilden ebenso wie die Perspektiven auf „die“ europäische Zivilgesellschaft und transnationale NGOs einen Hintergrund, um sich der Forschungsprogrammatik in einem ersten Schritt zu nähern.

2.2 Organisationen Sozialer Arbeit als Dritt-Sektor-Organisationen in Europa

Die Soziale Arbeit/Sozialpädagogik verortete sich traditionell in einem internationalen und europäischen Zusammenhang, wie die „Historiographie der Sozialen Arbeit“ aufzeigt (Hering/Waaldijk 2002, S. 9), in der Entwicklungsprozesse der internationalen Ausrichtung der Sozialen Arbeit rekonstruiert werden. Die historische Perspektive zeichnet verschiedene Facetten und Entwicklungslinien vor dem internationalem Hintergrund nach wie z.B. die Entwicklungsgeschichte der Profession und der Ausbildungssysteme (exemplarisch Steinmetz et al 2004; Kessl 2006), die Rezeption in der Methodenlehre (exemplarisch Müller 1982; Sachße 1993), den internationalen Austausch von Akteuren der Wohlfahrtspflege (Eilers 2002) sowie den Austausch von Studierenden¹⁰ oder die Intensivierung international ausgerichteter Studiengänge (vgl. Friesenhahn 2002). Dieser Zugang eröffnet die Sicht auf „die internationalen Verflechtungen, die sich wie ein feines Netz über die Entwicklung der Handlungs- und Ausbildungskonzepte gleichermaßen spannen“ (Hamburger 1994, S. 1) und damit das vermeintlich neue Phänomen der Internationalisierung als „Wiedergewinnung einer zwischenzeitlich verlorengegangenen Dimension“ historisch einordnen (Pfaffenberger 1994, S. 8).

Die Notwendigkeit internationaler und transnationaler Kooperationen wird vor dem Hintergrund des fortschreitenden europäischen Integrationsprozesses zunehmend dringlicher. Dabei kann der Rückbezug auf die internationale Tradition der Sozialen Arbeit sowie deren Weiterführung als Chance gefasst werden, um „an historische Entwicklungen anzuknüpfen, welche die Entstehung und Entfaltung der Wohlfahrtspflege in Europa“ prägten (Hering/Waaldijk 2002, S. 12). Die Rückbesinnung eröffnet den Blick auf bereits bestehende internationale Akteurskonfigurationen, die bereits zum Zwecke gegenseitigen Lernens, der Entwicklung von Lösungsstrategien und der gegenseitigen Unterstützung eines Fachdiskurs über die „Umsetzung fortschrittlicher Zielsetzungen“ etabliert wurden – wenngleich die Kooperationen erst zunehmend wieder aufgenommen werden (ebd., S. 15). Dieser Blickwinkel erlaubt es zugleich, die aktuellen „EU-isierungsprozesse“ als *eine* Konjunkturphase der Internationalisierungsprozesse Sozialer Arbeit zu konzipieren (vgl. Pfaffenberger 1994).

Die historische Verschränkung von Sozialer Arbeit und Internationalisierungsprozessen erweitert aber zugleich den Blick über europäische Integrationsprozesse hinaus: Entstan-

¹⁰ Diese Entwicklungslinie findet heute ihre Fortsetzung in internationalen und europäischen Kooperationen und Austauschprogrammen wie z.B. ERASMUS.

dene Formen der fachlichen europäischen Zusammenarbeit zeigen, dass die *internationale Dimension der Sozialen Arbeit* nicht allein als „en vogue-Reaktion“ klassifiziert werden kann, sondern ein wesentliches Strukturelement der Sozialen Arbeit darstellt.

Die in der historischen Betrachtung von Internationalisierungsprozessen angelegte Komparatistik¹¹ weitet sich vor dem Hintergrund des europäischen Integrationsprozesses sukzessive aus: In den Sozialwissenschaften verbindet sich mit dem Begriff „Europa“ zunächst eine *vergleichende* Perspektive, die unterschiedliche Ebenen sowie Untersuchungsfelder analysiert: Verschiedene Wohlfahrts- bzw. Sozialstaaten¹² (vgl. Schulte 1990; 1996a/b; Schmid 1997; Kaufmann 2003; Kaelbe/Schmid 2004) werden ebenso analysiert wie die soziale Ungleichheit in Europa (Heidenreich 2006). Ferner gerät die Gestalt der Sozialen Arbeit in die Diskussion (Herrmann/Kusche 1998b) sowie die Systeme der sozialen Dienste *in* den jeweiligen Nationalstaaten (vgl. Treptow 1996; Puhl/Maas 1997; Anheier 2000, Anheier et al. 2002; Züchner 2007). In der Disziplin werden vergleichend die Ausbildungssysteme diskutiert (vgl. Hamburger et al 2004; 2005; Lorenz 2006) oder professions-theoretische¹³ Fragestellungen erläutert. Einzelne Handlungs- und Forschungsfeldern wie z.B. die Jugendhilfe (Thimmel 2004; Gabriel 2004) oder Heimerziehung (Trede 1996; 2004) werden ebenfalls im europäischen Vergleich untersucht.

Der komparatistische Blick fokussiert auf Gemeinsamkeiten und Widersprüchlichkeit europäischer Länder, wobei die europäische Heterogenität als „typisch europäisch“ charakterisiert und als Impuls für gegenseitiges bzw. gemeinsames Lernen konzipiert werden kann. Die heterogene Gestalt Europas wird zugleich mit einer „Ähnlichkeit infolge einer gemeinsam durchlaufenen Modernisierung“ ergänzt (Hradil/Immerfall 1997b, S. 11): Europa drückt sich in der Gleichzeitigkeit von Unterschieden und Gemeinsamkeiten aus, die zu

¹¹ Treptow verweist zum Beispiel hier auf die angelegte Komparatistik bei Alice Salomon durch die Rezeption des Werks „Social Diagnosis“ von Mary Richmond (vgl. Treptow 1996, S. 9). Zur Bedeutung des Vergleichs in den Sozialwissenschaften vgl. exemplarisch Alemann/Wessels 1997, S. 8ff.

¹² Schulte verweist auf die Unterschiede zwischen Wohlfahrts- und Sozialstaaten: Das kontinental-europäische Sozialversicherungsprinzip sowie das Prinzip der Subsidiarität wird mit dem Begriff des „Sozialstaat“ verbunden, demgegenüber fasst der „Wohlfahrtsstaat“ („welfare state“) eher die „britischen“ Elemente mit einer Dominanz des Staates im Sozialversicherungsbereich und in der Wohlfahrtspflege (vgl. Schulte 1990, S. 49). Zur weiteren Diskussion um Begriff und Konzept des „Wohlfahrtsstaates“ vgl. Butterwege 1999; Ullrich 2005.

¹³ Lorenz begründet die entstehenden Ambivalenzen für Professionen Sozialer Arbeit in Europa mit ihrer Position zwischen öffentlichem und privatem Raum, wenngleich keine einheitlichen Tendenzen der Sozialen Arbeit in Europa festzustellen sind (Lorenz 2006, S. 151ff.; Lorenz 1996).

Widersprüchlichkeiten und Vielstimmigkeit im europäischen Integrationsprozess führen (vgl. ebd.; Pfetsch 2001, S. 118ff.).¹⁴

Im Kontext der vorliegenden Studie können Forschungsergebnisse aus der vergleichenden (Wohlfahrts-)verbandsforschung bzw. der Dritt-Sektor-Forschung aufgegriffen werden, da diese eine Verortung der institutionell-organisatorischen Strukturen der Sozialen Arbeit als Teil des Dritten Sektors ermöglicht und einen kritischen Blick auf die Transnationalisierungsprozesse eröffnet. Da sich die vorliegende Untersuchung an den in dem Projekt „Netzwerke der Sozialen Arbeit in Europa“ entwickelten Bestimmungskriterien für *Organisationen der Sozialen Arbeit* sowie an den untersuchten „europäischen Netzwerken“ als Typus transnational-kooperierender NGO-Verbände orientiert, verschränkt sich „Soziale Arbeit“ und „Europa“ in Bezug auf die Dritt-Sektor-Organisationen in unterschiedlicher Weise. Ferner ermöglicht diese vergleichend angelegte Forschungsrichtung, modernisierungstheoretische Überlegungen zu der Begrenzung nationalstaatlicher Handlungsfähigkeit vor dem Hintergrund von Globalisierungsprozessen und translokalen Interdependenzen (vgl. Simsa 2001, S. 18ff.) auf das Feld europäischer Netzwerke der Sozialen Arbeit bzw. auf das zivilgesellschaftliche Potenzial dieser Akteure zu beziehen. Dies ist für diese Arbeit insofern relevant, als an die Wohlfahrtsorganisationen Erwartungen in Bezug auf ihre politische Handlungsfähigkeit formuliert und adressiert werden, die sie nicht nur im nationalen politischen System, sondern auch durch Mitgliedschaften in europäischen Netzwerken bearbeiten und umsetzen können.

In der sozialwissenschaftlichen Forschung werden *Organisationen* in Bezug auf deren vermittelnde Position zwischen Gesellschaft und Politik bzw. konfligierende Interessen analysiert. Die deutsche Begriffstradition verwendet dabei den Begriff des „*Verbands*“, der vornehmlich den organisatorischen Charakter unterstreicht. Demgegenüber fokussieren begriffliche Konzeptionen wie „*pressure group*“ die Vorgehensweise der Organisationen in der Interessensvertretung. Der Begriff des „*Lobbying*“ bezieht sich meist auf die Handlungsstrategien mächtiger Verbände, die gezielt politische Institutionen adressieren (vgl. Sebaldt/Straßner 2004, S. 19ff.). Sebaldt/Straßner unterstreichen demzufolge die analyti-

¹⁴ Für eine vertiefende Betrachtung der nationalen Entwicklungspfade sei hier auf das theoretische Modell von Stein Rokkan verwiesen (vgl. Flora 2000), zu Gemeinsamkeiten und Unterschieden vgl. auch Kaelbe 1997. Allerdings wird die Entwicklung der sozialstrukturellen Konvergenzen, die die nationale Vielfalt überlagert, als weitgehend unabhängig von der politischen Integration konzipiert (Bach 2000, S. 18).

sche Erklärungskraft des Begriffs der „Interessengruppe“¹⁵, der das soziologische Kriterium einer Gruppe, die gemeinsame Einstellungen und Zielsetzungen teilt, betont (ebd., S. 22).¹⁶

Im Zuge der sich entwickelnden Forschungszweige innerhalb der sozialwissenschaftlichen Verbändeforschung wird die Frage nach der Organisierbarkeit von Interessen, nach Interessenselektion, -vermittlung und -artikulation unterschiedlich aufgegriffen.¹⁷

Die *Pluralismustheorie* setzt gleichberechtigte Interessen in der Gesellschaft voraus und sieht Interessengruppen als legitime Gestalter des politischen Willensbildungsprozesses an. Die Heterogenität der Interessen wird positiv bewertet, und entstehende Konflikte werden durch minimale Konsensbildung bearbeitet.

Demgegenüber verweisen Vertreter der *Konflikttheorie* wie z.B. Offe auf die ungleiche strukturelle Verteilung politischer Einflusschancen bzw. der ungleichen Organisierbarkeit von Interessen. Die Konflikttheorie wendet sich kritisch gegen die Markt-analoge Interessendefinition des Pluralismus und versteht Institutionen des politischen Systems als Machtmittel, die bereits im vorpolitischen Bereich die sozioökonomische Interessenstruktur befestigen und reproduzieren (vgl. Offe 1969). Dieser Analyse folgt Bauer, der die *mediatisierende Pufferfunktion* der Wohlfahrtsverbände analysiert, die dazu dient, die Interessengegensätze ab[zu]polstern und die Politisierung des Klassenkampfes“ öffentlich unkenntlich [zu] machen (Bauer 1978, S. 71).¹⁸

Der (*Neo*)-*Korporatismus* betrachtet zwar wie der Pluralismus die Interessenvielfalt, analysiert aber insbesondere das System der Interessenvermittlung zwischen Staat und Interessengruppen, die als wechselseitig voneinander abhängig konzeptualisiert werden (vgl. ebd., S. 41). Die Vertreter wenden sich dem politisch-administrativen System als aktiven und steuernden Part in dem Beziehungsgeflecht von Staat und Interessenorganisationen zu. Hierbei rücken „Institutionalisierungsformen und -prozesse der Vermittlung gesellschaftli-

¹⁵ Der Interessenbegriff ist eine zentrale Kategorie in der politischen Theorie (vgl. Sebaldt/Straßner 2004, S. 17). Dem Interesse liegen internalisierte Werteorientierungen zugrunde, die durch die soziale Lage mitbestimmt werden und als eine „zielorientierte, längerfristig-zukunftsbezogene, (...) kognitiv ausgeformte und durch Eigenverantwortung gekennzeichnete motivationale Fixierung“ gefasst werden können (Hillmann 1994, S. 383). Alemann setzt die Widersprüchlichkeit von Interessen als konstitutiv und unterscheidet eine individuelle, materielle und politische Dimension des Interesse-Begriffs (vgl. Schmid 1998a, S. 8).

¹⁶ Die Frage, inwieweit sich der Begriff der Interessengruppe für die Analyse der transnationalen Organisationen eignet, wird in Kap. 3.3.3 erneut aufgegriffen.

¹⁷ Zur Vertiefung der politik- und sozialwissenschaftlichen Ansätze siehe Birle/Wagner 2003, S. 119ff.; Sebaldt/Straßner 2004. Die Perspektive des Pluralismus wird verstärkt im angelsächsischen Kontext angewandt, während die kontinentale Tradition sich mit Institutionalisierungsprozessen der Verbände vor dem Hintergrund einer etatorientierten Verbände- bzw. Neokorporatismusforschung befasst.

¹⁸ Zur Vertiefung des neo-marxistischen Zugangs vgl. Bauer 1978.

cher Interessen“ (Olk 1996, S. 103) verstärkt in den Vordergrund¹⁹, wobei die Herausbildung funktional unterschiedlicher Dach- bzw. Spitzenverbände im Mittelpunkt steht. Diesen Akteuren wird einerseits zumeist ein Repräsentationsmonopol in bestimmten Bereichen zugesprochen, andererseits übernehmen sie partiell staatliche Aufgaben, was wiederum Versäulungs- und Vermachtungsprozesse verstärkt (vgl. Sebaldt/Straßner 2004, S. 43). Die Einbindung – sowohl in den politischen Entscheidungsprozess als auch in die Politikimplementierung – stellt die Verbände vor spezifische Herausforderungen: Um die Interessen ihrer Mitglieder mit den gesamtstaatlichen Interessen auszurichten, muss eine Mäßigung der Interessen durchgesetzt werden (vgl. ebd., S. 42; Kap. 6.1.2).

Neben diesen klassischen Ansätzen der Verbändeforschung beziehen neuere Modelle wie der Ansatz der „Politiknetzwerke“ und der „Netzwerktheorie“ die Tatsache mit ein, dass

„in modernen Industriegesellschaften eine Vielzahl interessenpolitischer Akteure auf unterschiedlichen staatlichen Ebenen mitwirkt. Neben den ‚klassischen‘ Akteuren Regierung, Verwaltung, Parteien und Verbänden können dazu je nach Politikbereich und anstehender Entscheidung auch Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen oder andere zivilgesellschaftliche Akteure gehören“ (Birle/Wagner, S. 120f.).

Die Perspektive der *Netzwerkanalysen* analysiert insofern komplexe und sektorübergreifende Akteurskonstellationen, die insbesondere für die Entgrenzung nationalstaatlicher Entscheidungsspielräume mit Blick auf das europäische Mehrebenensystem bedeutsam werden. Der theoretische Ansatz konzentriert sich dabei auf die Policies²⁰ unter der Perspektive wechselseitiger Informationspreisgabe in den unterschiedlichen Politikzyklen der Problemwahrnehmung, des Agenda-Settings und der Politikentwicklung (vgl. Sebaldt/Straßner 2004, S. 54). Die Netzwerktheorie versucht in diesem Kontext, die pluralistisch oder korporatistisch geprägten Kommunikationsstrukturen in diesen Politiknetzwerken zu betrachten. Darüber hinaus werden die Akteure als intermediäre Organisationen betrachtet, wodurch die „ökonomische Blickverengung der US-amerikanischen Dritt-Sektor-Forschung“ überwunden werden kann (Evers/Olk 1996, S. 16). Dessen ungeachtet stellt die Dritt-Sektor-Forschung bedeutsame Ergebnisse für die Betrachtung von Organisationen Sozialer Arbeit zur Verfügung.

¹⁹ Bezogen auf die besondere Stellung der Freien Wohlfahrtsverbände erörtert Olk, das die Verflechtungen zwischen Staat und den Wohlfahrtsverbänden in der deutschen Sozialpolitik ein Beispiel für einen Meso-Korporatismus darstellen. Dabei werden organisierte Privatinteressen mit öffentlichen Regulierungsaufgaben zum Zweck der Staatsentlastung beauftragt. Meso-korporatistische Gefüge sind zumeist historisch gewachsen und strukturell stabil, da die Akteure die wechselseitige Abhängigkeit „nur um den Preis der Gefährdung ihrer eigenen Bestandvoraussetzungen verlassen“ (Olk 1996, S. 104).

²⁰ Dies bezieht sich auf die Trias *policy* (Politik-Inhalte), *polity* (Rahmenbedingungen) und *politics* (Politik-Prozesse), vgl. Sebaldt/Straßner 2004, S. 54.

Als institutionell-ausgerichteter Forschungszweig analysiert die *Dritter-Sektor-Forschung* international-vergleichend ein weites Spektrum von Organisationen des Dritten Sektors bzw. des Nonprofit-Sektors²¹ vor dem Hintergrund gesellschaftlichen Wandels und der damit verknüpften Steuerungsproblematik in Gesellschaften. Zentrale Untersuchungsergebnisse wurden seit 1990 in dem international vergleichenden „Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project“ erhoben, das unter der Federführung der Johns Hopkins University in Baltimore durchgeführt wurde (vgl. Anheier/Seibel 1990; Priller/Zimmer 2001a).²² Die Studie stand vor der Herausforderung, vor dem Hintergrund der nationalen Unterschiede Kriterien für eine vergleichende Betrachtung zu entwickeln.

Die Forschungsperspektive „Dritter Sektor“ nimmt heterogene Organisationsformen wie Vereine, Verbände und Stiftungen aus den unterschiedlichsten Bereichen in den Blick (Sportvereine, Umweltinitiativen, Selbsthilfegruppen usw. sowie die Wohlfahrtsverbände; vgl. Priller/Zimmer 2001b, S. 12), so dass kein klar abzugrenzender Sektor bestimmt werden kann. Dessen ungeachtet können die Organisationen des Dritten Sektors zwischen dem dreidimensionalen Modell von Markt, Staat und Familie bzw. informellen Beziehungen angesiedelt bzw. durch diesen Kontext bestimmt werden; sie stellen gleichsam „eine Resultante des Zusammenspiels von Markt, Staat und Gemeinschaft/Familie“ dar (Priller/Zimmer 2001a, S. 9)²³ und teilen das Merkmal einer gemeinnützigen Organisationsform.²⁴ Priller/Zimmer verstehen unter Dritt-Sektor-Organisationen – angelegt an die Definition des Johns-Hopkins-Projekt – „alle diejenigen Organisationen (...), die formell strukturiert, organisatorisch unabhängig vom Staat und nicht gewinnorientiert sind, eigen-

²¹ Die Begriffe Dritter-Sektor und Nonprofitsektor werden meist synonym verwandt, wobei ökonomische und politikologische Forschungsrichtungen verstärkt den Begriff „Dritter Sektor“ anwenden, die betriebswirtschaftliche Richtung hingegen auf den *Nonprofit*-Aspekt, auf Konkurrenzfähigkeit der NPOs und Managementfragen fokussieren (vgl. Simsa 2001, S. 69). Die Politikwissenschaft wendet sich dem Sektor vor allem im Rahmen von Politikfeldanalysen zu, die Soziologie widmete sich u.a. dem Dritten Sektor unter der mikrosoziologischen Perspektive des bürgerschaftlichen Engagements oder in Bezug auf spezifische NPO-Typen wie Verbände und neue soziale Bewegungen (vgl. ebd.). Zur Betonung der menschenrechtlichen Ausrichtung und des politischen Engagements dieser Organisationen wird kontextabhängig auch die ‚negative‘ Bestimmung „NGOs/NRO“ (*Nichtregierungsorganisationen*) verwendet.

²² Umfassende Informationen zu dem internationalen Forschungsprojekt sowie den Länderstudien vgl. <http://www.jhu.edu/~cnp/>. Zu weiteren Ergebnissen des Projekts vgl. Salamon/Anheier 1997. Die deutsche Teilstudie der zweiten Projektphase wurde von Zimmer/Priller geleitet, vgl. Anheier et al 1997.

²³ Auf die Schwierigkeiten, vor dem Hintergrund des heterogenen Sektors einheitliche Definitionen zu entwickeln, verweist auch Simsa. Sie orientiert sich ebenfalls an der Definition des Johns Hopkins Project, auch wenn durch die Negativabgrenzungen der Definition Schwächen entstünden, da nicht bestimmt wird, durch was sie sich auszeichnen. Die Begriffe „Freiwilligensektor, intermediärer Sektor, Dritter Sektor, Non-Governmental-Organisations/Nichtregierungsorganisationen und NPOs werden häufig synonym bzw. kontextabhängig verwendet (vgl. Simsa 2001, S. 68). Zur weiteren Vertiefung der Definition vgl. Anheier/Salamon 1993.

²⁴ Zur Definition der Nonprofit-Organisationen im Johns-Hopkins-Projekt vgl. Anheier/Salamon 1993.

ständig verwaltet werden (...) sowie keine Zwangsverbände darstellen“ (Priller/Zimmer 2001b,

S. 11). Ferner nehmen die Dritt-Sektor-Organisationen

„als Teil der Zivilgesellschaft (...) politische Funktionen wahr und wirken direkt auf die Weiterentwicklung der Demokratie im nationalstaatlichen, europäischen und internationalen Rahmen ein; als Dienstleistungsproduzenten bilden sie ein Gegengewicht zu globalisierten Produktionszusammenhängen und tragen wesentlich zur Wohlfahrtsproduktion vor Ort bei; als organisatorische Infrastruktur unserer Lebenswelt arbeiten Dritt-Sektor-Organisationen im Dienst einer Modernisierung ‚von unten‘, indem sie Sozialisationsaufgaben übernehmen und Raum für Selbstorganisation, individuelles Engagement und kollektives Handeln bieten“ (Priller/Zimmer 2001a, S. 11).

Anhand dieser Definitionen wird deutlich, dass Organisationen der Sozialen Arbeit unter diesem Blickwinkel als *ein* spezieller Fall von Organisationen des Dritten Sektors im Bereich der Sozialpolitik betrachtet werden können (vgl. Salamon/Anheier 1994; Alemann/Weßels 1997; Herrmann 2004), an die – auf der nationalen sowie auf der europäischen Ebene – Erwartungen hinsichtlich der „Reaktivierung des Wohlfahrtsstaates als auch der Entwicklung einer Zivilgesellschaft“ formuliert werden (Priller/Zimmer 2001b, S. 9).²⁵

Die von Anheier/Salamon entwickelten strukturalistischen Kriterien gerieten im Anschluss in die Kritik, da die Organisationen allein unter der Perspektive des Markt- und Staatsversagens betrachtet wurden; dies homogenisiere bestehende Differenzen und nivelliere die Vielfalt der Organisationen (vgl. kritische Einschätzung Herrmann 1998, S. 50ff.; Schmid 1997, S. 88).²⁶

Die aus der angelsächsischen Diskussion²⁷ entstandene Dritter-Sektor-Forschung korreliert mit dem quantitativen Anwachsen des Sektors, das auf Koordinationsprobleme in Gesellschaften zurückgeführt wird. Auf der Grundlage von Markt- und Staatsversagen geraten alternative Akteure in den Blick, die diese Steuerungsproblematik kompensieren sowie

²⁵ In Deutschland erfährt der Dritte Sektor insbesondere eine Funktionszuweisung als Element des etatistisch-paternalistischen deutschen Sozialstaats; innovative Potenziale werden vergleichsweise selten erkennbar, da der Dritte Sektor in den „traditionellen Strukturen verhaftet blieb“. Das „Beharrungsvermögen der Dachorganisationen setzte verstärkt auf die „Einflusslogik als auf die Mitgliedschaftslogik“ (vgl. Priller/Zimmer 2001c, S. 224f.).

²⁶ Die Kritik bezog sich dabei auf den amerikanischen Forschungskontext, der kontinentaleuropäische Entwicklungen unzureichend berücksichtige. Schmid weist darauf hin, dass insbesondere die europäischen Wohlfahrtsverbände nicht aufgrund des Staatsversagens anwachsen, sondern sich analog mit dem Wachstum der Wohlfahrtsstaaten entwickelten. Zur weiterführenden Kritik an den Theoremen der „Dritten-Sektor-Forschung“ vgl. exemplarisch Schmid 1996a, S. 95ff.; Birkhölzer et al 2004/2005.

²⁷ Die amerikanische Forschungstradition lokalisiert vor dem Hintergrund neoliberaler Entwicklungen und kommunitaristischer Ansätze eine „aktive Gesellschaft“ im Dritten Sektor; die europäische Diskussion analysiert demgegenüber den „Dritten Sektor“ unter der Frage nach den Entwicklungspotenzialen von Sozial- und Wohlfahrtsstaaten sowie deren Zusammenspiel mit staatlichen Akteuren (vgl. Simsa 2001, S. 62).

politische Entwürfe einer „Zivilgesellschaft“ als deren organisatorische Träger im Dritten Sektor realisieren sollen (vgl. Simsa 2001, S. 61). Zimmer/Priller konstatieren nach der zweiten Projektphase des Johns-Hopkins-Projekts die Veränderungen der nationalstaatlichen Steuerungsmöglichkeiten durch Globalisierungsprozesse. Demzufolge werden Herausforderungen und Perspektiven für den Dritten Sektor diskutiert, in dem der strukturfunktionalistische Zugang durch eine akteurspezifische Akzentuierung erweitert wird: Der Dritte Sektor soll nicht allein als abhängige Variable von Markt und Staat betrachtet werden, sondern er soll „gestaltend auf seine Kontextbedingungen einwirken“ (vgl. Priller/Zimmer 2001a, S. 10) und Entwicklungspotenziale oder Erneuerungsimpulse für eine Bürgergesellschaft offerieren (vgl. Arbeitskreis NPO 1997, S. 3).

In diese Richtung schließt die Diagnose an, dass die *zivilgesellschaftliche Relevanz der Nonprofitorganisationen*²⁸ zunehmende Resonanz erfährt (vgl. Priller/Zimmer 2001b; Simsa 2001). In der Perspektive der Dritten-Sektor-Forschung wird Zivilgesellschaft „als Raum der freien Tätigkeiten der Organisationen und als Wirksamkeitsoption auf die Politikgestaltung“ hin konzipiert (Priller/Zimmer 2001b, S. 33). Die Organisationen tragen durch die Vielfalt und Vielgestaltigkeit zur sozialen Selbstorganisation, Förderung des Gemeinsinns und des bürgerschaftlichen Engagements bei und stärken als *Themenpioniere und -anwälte* zivilgesellschaftliche Strukturen (vgl. Simsa 2001).²⁹ Die Akzentuierung der politischen Funktion von Dritt-Sektor-Organisationen rückt die Akteure als Träger der Zivilgesellschaft in den Blick und findet in der Begrifflichkeit der „Nichtregierungsorganisationen“ (NRO/NGOs) ihren Niederschlag.³⁰ Diese Aufwertung der zivilgesellschaftlichen Perspektive und die Einbettung der Organisationen in diesen „normativ“ aufgeladenen Bezugshorizont, erfährt insbesondere vor der prekären Legitimationsgrundlage nationaler Regierungen im Zuge von Prozessen der Globalisierung und Individualisierung einen Bedeutungszuwachs, da nationalstaatliche Legitimationen nicht allein mehr über wohlfahrtsstaatliche Begründungen hergestellt werden können (vgl. Priller/Zimmer 2001b, S. 44). Insofern erstaunt es nicht, dass die Organisationen ebenfalls auf europäischer und internationaler Ebene als Hoffnungsträger einer sich entwickelnden internationalen Zivilgesell-

²⁸ Zu den NPOs vgl. Beiträge in Badelt 1997.

²⁹ Priller/Zimmer beurteilen die Möglichkeit, zivilgesellschaftliche Strukturen durch die „Themenanwälte“ zu stärken und eine Gegenmacht zu staatlichen Akteuren zu entwickeln, vor dem Hintergrund der deutschen etatistischen Tradition skeptisch (Priller/Zimmer 2001b, S. 44), obwohl die Dynamik „von unten“ den Sektor verändert (Priller/Zimmer 2001c, S. 226).

³⁰ Zur weiteren Klärung des Verhältnisses der NPOs/NGOs und der Zivilgesellschaft vgl. Simsa 2001, S. 45ff. bzw. Kap. 3.

schaft betrachtet werden (vgl. Priller/Zimmer 2001c, S. 225; Altwater/Brunnengräber 2002; Klein 2002).

Diese Akzentverschiebung hin zu der politischen Funktion der Organisationen und ihrer Bedeutung für die Erweiterung zivilgesellschaftlicher Handlungsräume bietet insbesondere für die Analyse europäischer Netzwerke der Sozialen Arbeit bedeutsame Anknüpfungspunkte. Die Organisationen Sozialer Arbeit müssen ihre politische und zivilgesellschaftliche Funktion insbesondere für die europäische Ebene stärken, um in dem europäischen Mehrebenensystem ausreichende Handlungsfähigkeit und Autonomie zu erhalten. Insofern werden in der Studie die Begriffe „Organisationen Sozialer Arbeit“, Wohlfahrtsorganisationen, NGOs oder zivilgesellschaftliche Organisationen synonym verwandt, da insbesondere ihre zivilgesellschaftliche Funktion im europäischen Feld der Netzwerke Sozialer Arbeit im Zentrum der Betrachtung stehen.

Den europäischen Ländern³¹ wird insgesamt ein unzureichendes „Sektorbewusstsein“ unterstellt, da die spezielle Organisationsform bislang nicht als „Motor einer weitergehenden Demokratisierung und gesellschaftlichen Modernisierung“ erkannt werden (vgl. Priller/Zimmer 2001a, S. 10). Die Sektoren in den europäischen Ländern weisen zwar als spätindustrielle Erscheinung Gemeinsamkeiten auf, sie manifestieren sich aber zugleich in heterogenen Ausprägungen und Erscheinungsformen.³² Der Blick der Dritt-Sektor-Forschung auf die *deutschen* Wohlfahrtsverbände verdeutlicht insofern ihre spezifische und *vergleichsweise* dominante Stellung im Dritten Sektor aufgrund des korporatistischen Gefüges und ihrer kooperativen Beziehungen zum Staat (vgl. Priller/Zimmer 2001b, S. 27).

Die *vergleichende Verbändeforschung* nimmt als einen bestimmten *Typus* von Dritt-Sektor-Organisationen die Verbände bzw. die Wohlfahrtsverbände in den Blick. Hierbei konzentrieren sich Forschungsergebnisse auf die *intermediäre* Stellung der Verbände³³ in Bezug auf „die Interessenvermittlung zwischen *Staat* und *Gesellschaft* bzw. auf die intermediären Organisationen als ‚hybride‘ Organisationsbildungen (...), die stets unterschiedliche Aufgaben bzw. Funktionen zugleich erfüllen“ (Olk 1996, S. 100).

³¹ Zu den Sektoren in einzelnen europäischen Ländern siehe Priller/Zimmer 2001a.

³² Anheier führt folgende Konzepte und Modelle auf: *Économie Sociale* in Frankreich, *Assozianismus* in Italien, *Charity* in Großbritannien, die *Volksbewegung* in Schweden, das deutsche Modell der *Subsidiarität*, vgl. Anheier 2001, S. 63.

³³ Zum Begriff der intermediären Organisation vgl. auch Streeck 1987.

Innerhalb dieses Zugangs bildet sich die komparatistische Wohlfahrtsverbändeforschung³⁴ als eine spezifische Forschungsrichtung aus.³⁵ Die Vielfalt der soziokulturellen und wohlfahrtsstaatlichen Rahmenbedingungen in Westeuropa unterstreicht die Sonderstellung der deutschen Organisationen Sozialer Arbeit: In keinem anderen europäischen Land erreichten wohlfahrtsstaatliche Akteure eine vergleichbare wohlfahrtsverbandliche „Verdichtung“ (vgl. Schmid 1997, S. 85ff.).³⁶ Um vor dem Hintergrund dieser „Sonderstellung“ vergleichende Studien durchführen zu können, legt Schmid eine typische Eigenschaft von Wohlfahrtsverbänden zugrunde: Die Produktion von sozialen Dienstleistungen,³⁷ die alle „Wohlfahrtsorganisationen“ in Europa als gemeinsames Element verbindet (vgl. ebd.).³⁸ Herrmann favorisiert demgegenüber eine weite Definition und versteht Wohlfahrtsverbände als Organisationen,

„die personenbezogene Dienste erbringen, die entweder direkt mit dem staatlichen Sozialsystem verbunden sind und einen Teil dessen darstellen oder aber dieses ergänzen, möglicherweise auch in gewisser Hinsicht dagegen stehen. Diese Dienste können in unterschiedlicher Weise organisiert sein (...). Charakteristisch ist nicht zuletzt ihre intermediäre Stellung zwischen Staat, Profitwirtschaft und Familie/informellen Sektor. Außerdem sind die auch mit anderen Funktionen wie etwa Interessenvertretung und oder weltanschaulichen Einbettung verbunden“ (Herrmann, 2004, S. 78).

Neben der vielfältig ausgeprägten Dienstleistungsfunktion werden die intermediären Organisationen folglich durch Vergemeinschaftungs- und Solidaritätspotenziale³⁹ (vgl. Schmid

³⁴ Aus der sozialwissenschaftlichen Perspektive wird die Rolle der Wohlfahrtsverbände in Gesellschaft und Staat fokussiert, Forschungsrichtungen wie „Pluralismus“, „Neokorporatismus“, „Mediatisierung“ beschreiben Zugänge für die Betrachtung. Inwieweit sich eine eigene „Wohlfahrtsverbändeforschung“ herauskristallisiert, wird dabei kontrovers diskutiert. Boeßenecker betont zwar, dass sich der sozialwissenschaftliche Forschungsstand verbessert habe, von einer Wohlfahrtsverbändeforschung jedoch nicht ausgegangen werden könne (vgl. Boeßenecker 2005, S. 12). Weiterführend vgl. Boeßenecker 2005, S. 12f.; Bauer 1978.

³⁵ Zu den vergleichenden Studien vgl. Schmid 1996a, 1996b, 1996c; Butterwegge 1999. Schmid verweist zwar auf die bestehenden Konvergenzen und Ähnlichkeiten wie z.B. den zunehmenden Wohlfahrtspluralismus in allen europäischen Ländern. Er betont aber zugleich die Vielgestaltigkeit und Divergenz der europäischen Wohlfahrtslandschaft. Dabei bezieht sich Schmid auf die Untersuchungen von Stein Rokkan und verweist auf Erklärungsschemata für die unterschiedlichen wohlfahrtsverbandlichen Systeme wie den Staat-Kirchen-Konflikt und die Entwicklung staatlicher Sozialpolitik (vgl. Schmid 1996c, S. 432ff.).

³⁶ Die Besonderheit der deutschen Wohlfahrtsverbände wird dennoch bislang nur unzureichend bearbeitet: Schmid konstatiert, dass sie ungeachtet ihrer Sonderstellung als „Spitzenverbände“ sowie ihrer umfassenden Dienstleistungen, Mitarbeiterschaft und Umsätzen „die ‚unbekannten Riesen‘ der (nationalen) politikwissenschaftlichen Verbändeforschung“ (Schmid 1997, S. 86) darstellen.

³⁷ Zum Begriff der Sozialleistungs- und Sozialanspruchsvereinigungen vgl. Alemann 1987.

³⁸ Zu weiteren theoretischen Konzepten in der politikwissenschaftlichen Verbandstheorie, vgl. Schmid 1996a, S. 42ff., Alemann 1987. Schmid konstatiert in der Wohlfahrtsstaatforschung eine Verschiebung vom „Etatismus über den Korporatismus zum Pluralismus“, da zunehmend nicht-staatliche Akteure in der Forschung berücksichtigt werden und somit der „welfare mix“ in den Blick gerät (Schmid 1996a, S. 25ff.). Zur weiteren Debatte des heuristischen Konzepts des Wohlfahrtspluralismus siehe exemplarisch Evers/Olk 1996.

³⁹ Schmid beschreibt diese Funktionen: „Verbandliche Dienstleistungsproduktion umfasst dabei weitaus mehr als das Angebot an selektiven Anreizen für Mitglieder (...); sie zielt vor allem auf Dritte, wobei hier in der Regel zugleich eine staatliche Finanzierung eintritt. Ferner bilden die soziokulturellen ‚Assoziationsver-

1997, S. 83ff.) sowie durch ihren anwaltschaftlichen Vertretungsanspruch als Interessenorganisationen charakterisiert (vgl. Rauschenbach et al 1996). Die Wohlfahrtsverbände sind als „Multifunktionalisten“ der Einflusslogik sowie Mitgliederlogik unterworfen (vgl. Streeck 1987), die durch verbandliche Strategien „vorläufig und instabil“ miteinander versöhnt werden müssen (Olk 1996, S. 106).⁴⁰

Diese Definition der Wohlfahrtsorganisationen weist auf eine der Funktionen hin, die insbesondere für die vorliegende Studie von Belang ist: Die Funktion der Interessenorganisation und -vermittlung. Zum einen entwickelten die Wohlfahrtsverbände in Deutschland ein vergleichsweise spezifisches Selbstverständnis einer anwaltschaftlichen Vertretung auf nationaler Ebene⁴¹, das sich nicht umstandslos auf die europäische Ebene übertragen lässt und folglich durch die Europäisierungs- und Transnationalisierungsprozesse unter Transformationsdruck gerät. Zum zweiten nimmt die vorliegende Untersuchung „europäische Netzwerke der Sozialen Arbeit“ als transnationale Organisationsgefüge in den Blick, deren Funktion u.a. in der Interessenorganisation und -vertretung einer äußerst heterogenen Mitgliedschaft besteht (vgl. Kap. 3). Die Frage nach einer angemessenen Interessenvertretung auf europäischer Ebene wird demzufolge für nationale sowie für europäische Akteure relevant. Doch ungeachtet der nationalen Unterschiede und Entwicklungspfade von Interessenorganisation – die Heterogenität der Interessen und die unterschiedlichen Systeme der Interessenvermittlung werden nicht als Hindernis für die Gestaltung einer europäischen Interessenorganisation bewertet.

Die vorliegende Arbeit nimmt explizit keine vergleichende Perspektive ein, sondern verschränkt die Einschätzungen nationaler Akteure – die als Mitglieder in europäische Netzwerke eingebunden sind – mit der Perspektive europäischer Netzwerkvertretern. In den europäischen Netzwerken beteiligen sich NGOs aus den europäischen Ländern in unterschiedlicher Ausprägung. Ohne vertiefend darauf eingehen zu können, wird deutlich, dass

hältnisse' (...) und die sozialdemokratischen Milieus auch heute noch ein nicht zu unterschätzendes Moment der Verbändelandschaft. Auch wenn gegenwärtig die individuelle Bindekraft nachlässt, haben sich in historischer Perspektive doch nachhaltige Struktureffekte auf der Organisationsebene ergeben und verfestigt, ja zum Teil haben sich Verbände inzwischen erfolgreich von der sozialstrukturellen Basis entkoppelt“ (Schmid 1997, S. 18).

⁴⁰ Die Einflusslogik ist an Imperativen der Systemintegration, die Mitgliederlogik an Imperativen der Sozialintegration orientiert (vgl. Streeck 1987, S. 455f.).

⁴¹ Auf die spezifische Form der Interessenorganisation der deutschen Wohlfahrtsverbände wird in Kapitel 6 eingegangen.

dieser unterschiedlichen Beteiligung multifaktorielle Ursachen zugrunde liegen (vgl. Hamburger/Lauer/Stauf 2002b). Die Art und Weise der Interessenartikulation sowie die Ausprägung der Partizipationskulturen entwickeln sich im Zusammenhang mit den je spezifischen nationalen Verbändekulturen (vgl. Herrmann/Kusche 1998; Reutter 2001). Ferner unterscheidet sich jeweils die „Pfadabhängigkeit“ von Markt- und Machtstrukturen, so dass sich die Muster der Interessenvermittlung je spezifisch ausbilden (vgl. Eising/Kohler-Koch 1994, S. 182): „*national traditions do matter*“ (Kohler-Koch/Quittkat 1999, S. 7). Eising/Kohler-Koch analysieren die britische und deutsche Interessenvermittlung und konstatieren, dass der britische, individualisierte und informelle Stil der Interessenvermittlung einen erfolgreicherer Zugang in das EU-Mehrebenensystem eröffne als das eher formelle und verbandorientierte deutsche Muster der Interessenvertretung (vgl. Eising/Kohler-Koch 1994, S. 184).⁴²

In den transnationalen Netzwerken können sich unter den heterogenen europäischen Mitgliedern national-vergleichende Argumentationsmuster aktualisieren: Zum Beispiel produziert die spezifische (und damit dominante) Position und Rolle der deutschen Wohlfahrtsverbände in einigen Netzwerken Konflikte, die unter einem Rückbezug auf vergleichende Argumentationsmuster von nationalen Zugehörigkeiten vorgenommen werden. Insofern stellt sich für transnationale Arbeitszusammenhänge die Aufgabe, durch die *Reflexion der Gemeinsamkeiten und Unterschiede* zu einem europäischen Selbstverständnis zu gelangen, um fernab von nationalen Argumentationsmustern eine europäische Netzwerkarbeit im Sozialen Bereich gestalten zu können.

Wenngleich der international-vergleichenden Perspektive in der Sozialen Arbeit noch keine selbstverständliche Position zugesprochen wird (vgl. Homfeldt/Brandhorst 2004), obwohl das komparatistische Denken in der Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit die Reflexivität und steigern kann (vgl. Treptow 1996, S. 3f.),⁴³ wird indessen ein kritischer Um-

⁴² Eising und Kohler-Koch weisen in der vergleichenden Perspektive darauf hin, dass die nationalen Institutionen und Traditionen dominant für die Entwicklung eines neuen Systems der Interessenvermittlung sind. Für die nationalen Traditionen werden die Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft sowie zum Dritten Sektor relevant (vgl. Eising/Kohler-Koch 1995, S. 181ff.).

⁴³ Dies wird mit dem Theorie-Praxis-Verhältnis begründet: „Die Zumutung, aus praktischem Engagement heraus theoretische Sätze mit praktischen Erfahrungen zu vergleichen und in selbstorganisierter Reflexivität Theorie erst zu generieren - das war im Kern die Herausforderung, die mit einem solchen Theorie-Praxis-Problem auf Dauer gestellt war: nicht als internationaler Vergleich, sondern als praktische und praxeologische „Denkarbeit“ aus dem Blickwinkel der Profession“ (Treptow 1996, S. 4).

gang mit internationalen Vergleichen angemahnt, da im Zuge des Vergleichs mit anderen Ländern vermeintlich notwendige Veränderungen argumentativ begründet und durchgesetzt werden können, „die im Inland faktisch zu einem Abbau sozialer Sicherung führen“ (ebd., S. 14). Die kritische und skeptische Analyse der den Vergleichen zugrunde liegenden Interessenkonstellationen bilde einen Bezugspunkt für eine sozialpädagogische Komparistik, die „stets beide Sphären des Vergleichs, die der Pragmatik der Profession und die der Wissenschaft“ betrachtet und dieses spezifische Spannungsverhältnis als „sozialpädagogisches“ begreift (ebd., S. 18).

Hier deuten sich Forschungsdesiderate an; Simsa sieht die Entwicklung transnationaler Organisationen als Interessenorganisationen auf europäischer Ebene noch im Entstehen begriffen und verweist auf die Notwendigkeit, die Akteure sowie die zivilgesellschaftlichen Prozesse gesellschaftstheoretisch einzubetten (vgl. Simsa 2001, S. 67).

2.3 Europäisierung der Multifunktionalisten

Vor dem Hintergrund der vergleichenden Wohlfahrtsverbändeforschung konnten die besondere Rolle und die vielfachen Funktionen der Organisationen Sozialer Arbeit aufgezeigt werden. Bevor nun aber der Blick auf das zivilgesellschaftliche Feld der Netzwerke gewendet wird, sollen Europäisierungsprozesse betrachtet werden, die nationale Organisationen der Sozialen Arbeit zu einer aktiveren Europaarbeit auffordern. Denn erst durch die aktivere Ausgestaltung der Europaarbeit wenden sich die Akteure zunehmend dem relativ neuen Feld der „europäischen Zivilgesellschaft“ zu: Die Auswirkungen europäischer Politik wirken als „Motoren“ auf das nationale Feld ein und initiieren Transnationalisierungsprozesse deutscher Organisationen Sozialer Arbeit, die letztlich transnationale Kooperationen nach sich ziehen.

Die Analyse der Kooperations- und Vernetzungsstrukturen sozialer NGOs, die sich grenzüberschreitend und auf europäischer Ebene entfalten und verdichten, steht noch am Anfang (vgl. Hamburger/Lauer/Stauf 2002a/b).⁴⁴ Die in der Prognos-Studie von 1991 getroffene Feststellung, die deutschen Wohlfahrtsverbände seien unzureichend für Europa gerüstet und träfen in Europa auf keine Verbündete für ihre Anliegen und Interessen, erscheint mittlerweile unzutreffend (vgl. auch Schmid 1996a, S. 168f.). Neben den historisch gewachse-

⁴⁴ Die „transnationale Perspektive“ bzw. die Aktivitäten der Europäischen Kommission in Bezug auf die „Zivilgesellschaft“ werden in Kapitel 3.4 aufgegriffen und diskutiert.

nen transnationalen Kooperationsbeziehungen einzelner Organisationen entwickelte sich ab Mitte der 80er Jahre ein Europäisierungsprozess der Organisationen Sozialer Arbeit in Deutschland, da zu diesem Zeitpunkt die europäische Agenda in die nationalen Handlungsstrukturen integriert und Lobbyaktivitäten ausgeweitet wurden. Platzer definiert diese Merkmale im Sinne eines ausgebildeten „Adaptionsmusters“ (Platzer 1998, S. 258). Auch Lange konstatiert in ihrer Untersuchung, dass ab Mitte der 80er Jahre Nichtregierungsorganisationen im sozialen Bereich die Bedeutung der europäischen Ebene für ihre Tätigkeitsfelder und ihren Bestand erkannten, „wobei diese Erkenntnis in den verschiedenen Verbänden und hier nochmals in den jeweiligen Untergliederungen sicherlich unterschiedlich stark ausgeprägt ist“ (Lange 2001, S. 89).⁴⁵

Zwar kann die von Bauer im Anschluss an die Prognos-Studie formulierte These, die deutschen Wohlfahrtsverbände sähen sich vor allem in ihrem „Status“ durch europäische Entwicklungen „in Gefahr“ (vgl. Bauer 1992b, S. 167), nur noch als partiell zutreffend relativiert werden. Dennoch zeigt sich, dass sich die europabezogenen Aktivitäten der Wohlfahrtsverbände zumeist auf die Dimension institutioneller Rahmenbedingungen und Regelungen, und nicht auf eine fachliche Dimension, bezogen waren, wie zum Beispiel anhand der Debatte um die Dienstleistungs-Richtlinie, die Dienste der Daseinsvorsorge und das europäische Vereinsstatut abzulesen ist (vgl. Lange 2001).

Loges attestierte den Wohlfahrtsverbänden Anfang der 90er Jahre lediglich eine anlassbezogene Auseinandersetzung bzw. ein defensives Agieren gegenüber europäischen Entwicklungen, das aus seiner Sicht „so schnell wie möglich aufgegeben werden“ sollte (Loges 1993, S. 301; Lange 2001a).⁴⁶ Er analysiert in seiner Studie „Entwicklungstendenzen Freier Wohlfahrtspflege im Hinblick auf die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes“ Konsequenzen und Auswirkungen des EG-Binnenmarktes. Diese verfolgt er in zwei Dimensionen, *der sozialen Dimension* des Binnenmarkts und der *Dimension der institutionellen Rahmenbedingungen* der freien Träger, die von europäischen Initiativen betref-

⁴⁵ Knodt/Finke spreche sich für einen weiten Begriff der Europäisierung aus, der auf die *Einheit der Politikgestaltung* verweist, so dass Europäisierung als Prozess verstanden wird, der die Reichweite eines spezifischen Politikausschnitts erweitert. Die Beiträge im Band zeigen, dass sich die Europäisierung in nahezu allen Bereichen der zivilgesellschaftlichen Akteure ausgeweitet hat - wenngleich in unterschiedlichem Maße. Indikatoren einer Europäisierung seien nicht zwingend Prozesse der Supranationalisierung, sondern können gleichfalls als Phänomen der grenzüberschreitenden horizontalen Vernetzung beobachtet werden (vgl. Knodt/Finke 2005b, S. 21f.).

⁴⁶ Ebenso Schmid, der 1994 in den Selbstdarstellungen der Verbände keine Hinweise auf die Europaarbeit findet (vgl. Schmid 1994, S. 470).

fen werden. Loges zeichnet anhand verschiedener sozialpolitischer Entwicklungen sowie einzelner Handlungsfelder (z.B. Grundsätze der Sozialpolitik, Armutspolitik, Integration behinderter Menschen, Initiativen zugunsten Älterer) nach, dass „die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege als Träger von sozialen Einrichtungen und Diensten auf dem Weg zu einer echten Sozialgemeinschaft – trotz der auf dem Maastrichter Gipfel verabredeten Zusatzserklärungen (...) bisher eine eher untergeordnete Rolle“ einnahmen (Loges 1993, S. 180).

Die Phase der anlassbezogenen und defensiv-abwehrenden Haltung gegenüber kann als überwunden angesehen werden, da in den letzten 15 Jahren die Europäisierungstendenzen auf die Sozialwirtschaft mehr und mehr zunahmten: Die Zuständigkeiten der EU weiteten sich aus, die Anbietermärkte dehnen sich aus und der Informationshorizont erweitert sich über die nationalen Grenzen hinweg. Insofern entwickelte sich Europa für die Organisationen Sozialer Arbeit Europa zunehmend zu einer „target structure“ (vgl. Prognos 1991, S. 31; Lauer 2005, S. 5), deren Bearbeitung grenzüberschreitende Kooperationen nach sich zog (vgl. Becher 2001, S. 1ff.).

Sebaldt/Straßner weisen auf die Ausdifferenzierung der Verbandsorganisationen vor dem Hintergrund der europäischen Integration hin, die auch die Verbände und Organisationen im sozialen Bereich berührt. Durch die Integrationsschübe entstand eine „Europäisierung der verbandlichen Arbeit“ (Sebaldt/Straßner 2004, S. 254), die sich je nach den betreffenden Säulen der EU-Politik in ihrer Entscheidungs- und Handlungslogik voneinander unterscheidet.⁴⁷ Dominieren die Gemeinschaftspolitiken, bleibt eine verbandliche Tätigkeit in Brüssel meist unumgänglich. Allerdings ist die Europäische Sozialpolitik von eingegrenzten Kompetenzen gekennzeichnet, die zu einer „äußert selektiven und restringierten Bearbeitung sozialpolitischer Probleme durch die EU“ führen (Schmid 1996a, S. 162). Infolgedessen stellt der Nationalstaat weiterhin *den* Adressaten für die für die Anliegen und Interessen der Organisationen Sozialer Arbeit dar. Dennoch lassen sich z.B. in Politikfeldern

⁴⁷ Die erste Säule umfasst die europäischen Gemeinschaftspolitiken innerhalb derer den Europäischen Institutionen Mitwirkungsbefugnisse zukommt. Die Säulen II und III umfassen die Felder der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Innen- und Justizpolitik, denen intergovernmentaler Charakter zukommt: „Je nach Säulenzugehörigkeit ‚seines‘ Politikfelds bedeutet dies für den einzelnen Lobbyisten also zunächst, die jeweilige Entscheidungslogik zu erkennen“ (Sebaldt/Straßner 2004, S. 255). Im Rahmen der Gemeinschaftspolitik bzw. der Gemeinschaftsmethode unterbreitet die Europäische Kommission Vorschläge für Gesetzgebung und Politik, die daraufhin vom Europäischen Parlament beraten und vom Europäischen Rat angenommen oder abgelehnt werden (vgl. Kommission 2001, S. 11).

wie der Armutspolitik Europäisierungsschube verzeichnen, die zu einem Koordinierungszwang auf europäischer Ebene führen (vgl. ebd.).

Insofern sollen im Anschluss die unterschiedlichen „Europäisierungsmotoren“ identifiziert werden, die eine Europäisierung der deutschen Organisationen Sozialer Arbeit auch ohne europäische Sozialpolitik initiieren.

Folgt man der Einteilung Loges und betrachtet das Verhältnis der Wohlfahrtsorganisationen und der *sozialen bzw. sozialpolitischen Dimension* Europas, wird zumeist kritisiert, dass die deutschen Wohlfahrtsverbände den „Sozialraum Europa“ relativ spät als Bezugspunkt aufgriffen und bearbeiteten. Das Interesse erfolgte

„weniger unter dem Impetus einer eigenständigen, positiven Option, sondern vielmehr unter dem Druck der Verhältnisse, nämlich angesichts der anti-europäischen Stimmungen (...) und der absehbar negativen Sozialwirkungen der (Binnen-) Marktperspektive“ (Herrmann 1993, S. 99).

Die fachlich-politischen Interessen verknüpften sich, insbesondere bei den deutschen Spitzenverbänden, mit institutionellen Interessen der Besitzstandswahrung. Eine weitere Ursache für das verzögerte Interesse liegt in der generellen Nachrangigkeit der europäischen Sozialpolitik bzw. der „sozialen Dimension“ Europas innerhalb des europäischen Mehrebenensystems begründet. Die Sozialpolitik kann als sekundäre Politikstrategie der EU klassifiziert werden, die eine „Absicherung gegen die negativen sozialen Folgen“ des Binnenmarkts ohne eigene sozialpolitische Zielsetzung darstellt (Pfaffenberger 1994, S. 15). Kommt der Sozialpolitik im nationalen Kontext eher eine umverteilende Funktion zu, stehen demgegenüber bislang auf der europäischer Ebene punktuelle und arbeitsmarktbezogene Vorhaben im Vordergrund (vgl. Lange 2001, S. 76), die als „Annex“ zur wirtschaftlichen Integration fungieren. Die Gestaltung der Sozialpolitiken verbleiben in dem Kompetenzbereich der Mitgliedstaaten (ebd., S. 77; Sachße 1996, S. 141), obwohl europäische Regelungen die nationalen Sozialpolitiken zunehmend in das europäische Mehrebenensystem einbinden und sich soziale Problemlagen als „europäische“ interpretieren lassen. Daher wird die Frage, ob „eine“ europäische Sozialpolitik existiert und welche Auswirkungen sie auf die Soziale Arbeit entwickelt, kontrovers diskutiert (vgl. Hamburger 1999; Bauer/Pfaffenberger 2004, S. 52ff.).⁴⁸ Aus Sicht von Herrmann konzentriert sich die Diskussion über ein Soziales Europa „auf Effizienz- und Konkurrenzkalküle; auf Positionssi-

⁴⁸ Zum Policyprozess auf europäischer Ebene im Bereich der Sozialpolitik vgl. Herrmann 2005; zur Sozialpolitik weiterführend Leibfried/Pierson 1998; Hamburger 1999; Leibfried 2000; Schulte 2002.

cherung; auf die Bestimmung von Politik als Strategie zur institutionellen Absicherung; auf die Überformung sozialer Probleme durch formale, rechtliche und ökonomische Regulierungen“ (Herrmann 1993, S. 99f.). Dies verdeutlicht die Definitionsmacht der Spitzenverbände, „Europa“ unter der für sie relevanten Perspektive zu interpretieren.

Ohne in diesem Rahmen auf die einzelnen Etappen und Phasen der europäischen Sozialpolitik eingehen zu können, zeigt sich, dass die Entwicklung des Politikfelds – sowie die Entwicklung der EU insgesamt – für die Europaarbeit und transnationale Vernetzung deutscher Organisationen einen zentralen Bezugspunkt darstellen.⁴⁹ Zum Beispiel weisen Erfahrungen aus anderen Politikbereichen darauf hin, dass zunehmende Kompetenzen der EU, wie nach dem Vertrag von Maastricht, das europäische Engagement nationaler Akteu-

⁴⁹ Die europäische Sozialpolitik kann anhand verschiedener Meilensteinen in Phasen unterteilt werden: In der **Gründungsphase** beschränkten sich sozialpolitische Aktivitäten auf die allgemeinen Sozialvorschriften (Art. 117-122 EG-V, heute Art. 136), auf die Beseitigung der Benachteiligungen für Wanderarbeitnehmer sowie die 1965 verabschiedete Sozialcharta. In den „**goldenen 70er Jahren**“ entwickelten sich zunehmend Bestrebungen, der Sozialpolitik ein größeres Eigengewicht zu geben, erste Aktionsprogramme wurden aufgelegt. Leider **stagnierte** diese Phase **Ende der 70er** und die Versprechungen wurden nicht eingelöst. Die 80er Jahre zeichnen sich durch eine **Politik der kleinen Schritte** aus, in der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) wurde 1986 der soziale Dialog eingeführt und die Forderungen nach einem sozialen Europa nahmen zu. Die Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte 1989 enthielt vor allem politische Deklarationen, die aber als Basis weiterer Initiativen dienten. Durch den **Vertrag von Maastricht (1992)** wurden die umfassendsten Änderungen seit den Römischen Verträgen eingeleitet. Im Zentrum stand die Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion, allerdings wurde dem Vertrag ein Abkommen über die Sozialpolitik beigelegt (Sozialprotokoll), das erst 1997 von Großbritannien ratifiziert wurde und 1999 in den Vertrag von Amsterdam integriert wurde. Weitere Meilensteine der 90er Jahre waren der Grün- bzw. Weißbuchprozess „Europäische Sozialpolitik“ sowie ein sozialpolitisches Aktionsprogramm. Nach dem **Vertrag von Amsterdam** und der Integration des Sozialprotokolls entwickelte sich die europäische Sozialpolitik weiter. Ein wesentliches Ziel der europäischen Sozialpolitik wurde die Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung und die Sicherstellung von Beschäftigung und Chancengleichheit. Dies mündete u.a. in der Entwicklung der Europäischen Beschäftigungsstrategie. Eine weitere Phase beginnt mit dem **Vertrag von Nizza (2000)**. In Nizza wurde die „Charta der Grundrechte der Europäischen Union“ verabschiedet sowie die Verpflichtung formuliert, nationale Aktionspläne gegen Armut und soziale Ausgrenzung zu erstellen. Weiterhin wird die **Lissabon-Strategie (2000-2010)** mit dem Ziel, die EU innerhalb dieser zehn Jahre zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen, durch die Sozialpolitische Agenda (2000-2005/2006-2010) ergänzt. Die dabei angewandte Strategie basiert auf der **Offenen Methode der Koordinierung (OMK)** als dezentrales Politikverfahren, an dem Mitgliedstaaten, regionale und lokale Akteure, Sozialpartner und die Zivilgesellschaft partizipieren können. Sie beinhaltet u.a. Leitlinien zur Bekämpfung von Armut und wird durch die NAP' incl. (Nationalen Aktionspläne) implementiert. In der **Phase des Konvents** bzw. der Krise um den neuen europäischen „Verfassungsvertrag“ sollte die Charta der Grundrechte in den Verfassungsvertrag übernommen werden. Der neue Verfassungsvertrag sollte die EU auf die Erweiterung hin reformieren. Allerdings wurden durch Referenden z.B. in Frankreich und den Niederlanden der Verfassungsvertrag abgelehnt, so dass sich der Ratifizierungsprozess verlängert und 2007 noch nicht abgeschlossen ist. Im Verfassungsentwurf werden geteilte Zuständigkeiten in der Sozialpolitik vorgesehen (Abschnitt 2, Art. III 209-213), die der EU das Recht auf koordinierende Maßnahmen im sozialpolitischen Feld eröffnen würden. Da in diesem Rahmen auf eine systematische Darstellung und Einordnung der europäischen Sozialpolitik verzichtet werden soll, wird weiterführend auf Bauer 1992a; Hamburger 1992a; Platzer 1997; Leibfried/Pierson 1998; Kowalsky 1999; Pauwen 2001; Pfetsch 2001; Däubler 2004 und Jarré 2005 hingewiesen, auf die sich die obigen Ausführungen beziehen.

re mitbestimmen. Dies kann sich auch durch einen indirekten Wandel vollziehen, „sozusagen ‚über die Bande‘ des politischen und juristischen Billardtisches“ (Jarré 2005, S. 245).

Die „europäische Sozialpolitik“ kann als *eine* Zieldimension der Europaarbeit deutscher Wohlfahrtsverbände gefasst werden, in der sich monetäre, fachliche und organisationsbezogene Interessen verschränken. Die EU steuert auch in der Sozialpolitik ihre Vorstellung z.B. durch Programme, die durch die Vergabe von Fördermitteln implementiert werden (vgl. Becher 2001, S. 3). Daher versuchen die Organisationen Sozialer Arbeit an Förderprogrammen im sozialen Bereich zu partizipieren, um diese finanziellen Quellen sowie die Beteiligung an fachlichen Innovationen auszuschöpfen (vgl. Kap. 6). Da sich der Bereich „Sozialpolitik“ in der EU in verschiedene Felder wie Jugend, Rassismus, Gleichstellung, behinderte Menschen usw. auffächert, orientieren sich thematisch-spezifischere Organisationen Sozialer Arbeit insbesondere auf diese Zieldimension hin, während sich die Bundes- oder Spitzenverbände zunächst auf institutionelle und allgemeinere Fragen konzentrieren. Aus der fachlich-bezogenen Orientierung, der Partizipation an Programmen und der Ausgestaltung transnationaler Projekte, erwächst allerdings nicht umgehend eine umfassende Beteiligung an der Lösung der sozialen Herausforderungen in Europa, die in Artikel 117 der Römischen Verträge formuliert sind (vgl. Loges 1993).⁵⁰ Darüber hinaus zeigt sich, dass vor allem die „großen Multifunktionalisten“ – die deutschen Wohlfahrtsverbände – den *aktiven* Gebrauch der sozialanwaltschaftlichen Vertretung auf europäischer Ebene erst zunehmend entdecken. Diese wichtige Funktion wird von Organisationen aus anderen Ländern stärker betont und umgesetzt, so dass von einer Entwicklungsverzögerung in dieser Dimension auszugehen ist, die sich erst in der Debatte um eine „europäische Zivilgesellschaft“ stärker herausbildete (vgl. auch Kap. 3 und Kap. 6).

Eine Verschränkung der sozialen Dimension mit institutionellen Interessen wird zum Beispiel anhand der Erklärung Nr. 23 deutlich, die dem Maastrichter Vertrag im Anhang beigefügt wurde und die Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden unterstreicht.⁵¹ Die

⁵⁰ Der Artikel 117 im Wortlaut: Art. 117/136 EG-V: „Die Mitgliedstaaten sind sich über die Notwendigkeit einig, auf eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitskräfte hinzuwirken und dadurch auf dem Wege des Fortschritts ihre Angleichung zu ermöglichen. Sie sind der Auffassung, dass sich eine solche Entwicklung sowohl aus dem eine Abstimmung der Sozialordnungen begünstigenden Wirken des gemeinsamen Marktes als auch aus den in diesem Vertrag vorgesehenen Verfahren sowie aus der Angleichung ihrer Rechts- und Verwaltungsvorschriften ergeben wird.“

⁵¹ Die Erklärung lautet wie folgt: „Die Konferenz betont, daß zur Erreichung der in Artikel 117 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft genannten Ziele eine Zusammenarbeit der Europäischen Ge-

Bundesverbände der freien Wohlfahrtspflege setzen sich für diese Erklärung mit Unterstützung der Bundesregierung zur Berücksichtigung der Verbände im sozialpolitischen Feld der EU ein. Die Aufnahme dieser Erklärung in den Maastrichter Vertrag stellt einen Erfolg der Lobbyarbeit deutscher Wohlfahrtsverbände dar, wenngleich der Erklärung vor allem symbolischer Wert zukam. Lange schildert, dass sich die Formulierung der Erklärung Nr. 23 an den deutschen Einigungsvertrags anlehnt, die der Wohlfahrtspflege in den „neuen“ Bundesländern den entsprechenden Sonderstatus zukommen ließ. Die Erklärung ist zwar nicht rechtsverbindlich, habe dennoch eine politische Signalwirkung entfaltet (Lange 2001, S. 127), die zu der Einrichtung einer Haushaltslinie führte, die sich den Ausbau des Dritten Sektors auf europäischer Ebene zum Ziel setzte (Haushaltslinie B3-4101). Diese nicht mehr existierende Haushaltslinie ermöglichte den Wohlfahrtsorganisationen erstmals eine Förderung durch die Europäische Kommission. Die Deklaration wertete die Wohlfahrtsverbände insgesamt auf, eine längerfristige Anerkennung ihres Status oder ihrer Beteiligung verknüpfte sich jedoch damit nicht (vgl. Lauer 2005, S. 2).

In dieser frühen Phase gelang es den deutschen Wohlfahrtsverbänden 1994 über die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAG FW) im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA/WSA) als Mitglied in der Gruppe III vertreten zu werden. Dieser Zugangsweg nach „Europa“ war vergleichsweise einzig im sozialen Bereich, auch wenn dem WSA als beratendem Ausschuss keine Kompetenzen im Policy-Prozess der EU zukamen. Seit 1998 sind im WSA ebenfalls Wohlfahrtsverbände aus Frankreich, Portugal und Spanien vertreten (vgl. <http://www.bagfw.de/?id=925>).

Die symbolische Aufwertung Mitte der 90er Jahre kann jedoch als „Auftakt“ für eine intensivere Beschäftigung der EU mit den sozialen Organisationen gewertet werden. Dies kommt z.B. in der Mitteilung „Die Förderung der Rolle gemeinnütziger Vereine und Stiftungen“ von 1997 zum Ausdruck⁵² oder durch die Einberufung eines „Forums für Europäische Sozialpolitik (1996).“⁵³ In der Mitteilung von 1997 erkannte die Europäische Kommission die sozialen Nichtregierungsorganisationen als „Repräsentanten der Bürger und als

meinschaft mit den Verbänden der Wohlfahrtspflege und den Stiftungen als Träger sozialer Einrichtungen und Dienste von großer Bedeutung ist.“

⁵² Vgl. Ausführungen bei Smismans 2005.

⁵³ Vor dem Hintergrund des Sozialpolitischen Forums 1998 entstand die „European Platform of Social NGOs“ (Social Platform), um einen Ansprechpartner im sozialen Bereich für die Europäische Kommission zu schaffen. Die Plattform setzte sich darüber hinaus von Beginn an für einen systematischen zivilen Dialog ein (vgl. Lange 2001, S. 152ff.; vgl. Kap. 3.4).

Akteure der Zivilgesellschaft“ an (vgl. Lange 2001, S. 152) und interessierte sich vor dem Hintergrund des diskutierten europäischen Demokratiedefizits für eine verstärkte Zusammenarbeit mit den gemeinnützigen Vereinen. Diese Initiativen führten u.a. zum Aufbau des eingeforderten zivilen Dialogs (zu den weiterführenden Initiativen bzw. dem Verhältnis der EU zur „europäischen Zivilgesellschaft“ vgl. Kap 3). Dieser Entwicklungsstrang zog eine Diskussion über eine „europäischen Zivilgesellschaft“ bzw. deren Beteiligung durch strukturierte Konsultationsmechanismen nach sich, die im folgenden Kapitel aufgegriffen wird.

Eine weitere Zieldimension bzw. ein weiteres Motiv für das europapolitische Engagement deutscher Organisationen Sozialer Arbeit entsteht nach Loges durch die Auswirkungen europäischer Regelungen, die sich auf *institutionelle Rahmenbedingungen* der Organisationen Sozialer Arbeit in den jeweiligen Mitgliedsstaaten bzw. auf das ökonomische System der EU beziehen. Die Europäische Kommission unternahm verschiedene Versuche, den Sektor der sozialen Dienstleistungen in den europäischen Binnenmarkt einzugliedern und ihn damit Wettbewerbsregeln zu unterwerfen.⁵⁴ Loges schildert z.B. anhand der Entwicklung der Soziallotterien und der Frage der Steuervergünstigungen für gemeinnützige Körperschaften (wie sie in Deutschland für die Freien Wohlfahrtsverbände gelten), wie das Interesse der Freien Wohlfahrtspflege anstieg, „die bestehenden Steuervergünstigungen aufrecht zu erhalten“ (Loges 1993, S. 254).

In diese Richtung kann die Debatte um die „Dienstleistungs-Richtlinie“ eingeordnet werden, die Wohlfahrtsverbände zunächst nicht explizit in den Blick nahm, sie aber auch nicht von vorneherein als nicht-wirtschaftliche Unternehmen ausschloss (vgl. Lauer 2005, S. 2). Der damalige Binnenmarkt-Kommissar, Frits Bolkestein, legte 2004 eine Richtlinie für die Durchsetzung der Dienstleistungsfreiheit vor. Dieser als „Bolkestein-Hammer“ bekannt gewordene Regelungsversuch zog eine ausdauernde Protestphase nach sich, die sich u.a. an dem Herkunftslandprinzip⁵⁵ entzündete. Im Frühjahr 2006 wurde eine neue Richtlinie vor-

⁵⁴ Dabei war das Konzept der *Économie Sociale* sehr zentral, vgl. dazu Kuper 1990; Schwarzer 1997; Bauer 2000; Lange 2001.

⁵⁵ Das Herkunftslandprinzip stellt ein Instrument dar, um den gemeinsamen Binnenmarkt bzw. die Freizügigkeit zu regeln. Die Generaldirektion Binnenmarkt definiert das Herkunftslandprinzip dahingehend, „dass ein Dienstleistungserbringer, der seine Leistungen in einem anderen Mitgliedstaat erbringen möchte, in dem er keine dauerhafte Niederlassung hat, lediglich die Rechts- und Verwaltungsvorschriften seines Niederlassungsstaates erfüllen muss. Das heißt, dass Mitgliedstaaten Dienstleistungen, die von einem in einem anderen Mitgliedstaat niedergelassenen Dienstleistungserbringer erbracht werden, nicht zusätzlich zu den Bestimmungen, denen der Dienstleistungserbringer bereits in seinem Niederlassungsstaat unterliegt, durch Anwendung ihrer eigenen Rechts- und Verwaltungsvorschriften beschränken dürfen. Wenn beispielsweise ein

gelegt, die Ende 2006 durch den Europäischen Rat und das Europäische Parlament verabschiedet wurde. Da der Geltungsbereich der neuen Richtlinie nicht-wirtschaftliche Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, Gesundheitsdienstleistungen und soziale Dienstleistungen ausnimmt, konnten die Organisationen der Sozialen Arbeit erleichtert aufatmen. Diese Ausnahme der nicht-wirtschaftlichen und sozialen Dienstleistungen bewertete die BAG FW als Erfolg ihres europapolitischen Handelns: „Der Protest hat sich gelohnt. Die Politik hat gelernt: Die Menschen wollen ein soziales Europa“ (BAG FW 2007, S. 9). Die Gefahr, dass Anbieter auf den deutschen Markt drängen bzw. die Sonderstellung der deutschen Wohlfahrtsverbände in Gefahr gerät, konnte aus Sicht der Spitzenverbände zunächst abgewehrt werden.⁵⁶ Bestehen bleibt dennoch die Sorge, dass diese Form der Europäisierung eine weitere Ökonomisierung nach sich ziehen wird (vgl. Schmid 1996a, S. 164ff.).

Dennoch ist das Interesse der EU, die Wohlfahrtsverbände als Erbringer – zumindest partiell wirtschaftlicher Leistungen – als Akteure des Marktes zu behandeln, nicht letztlich abgeflaut. Seit Mitte der 90er Jahre wird im Zuge der Debatte um die Dienstleistungsrichtlinie die Einordnung sozialer Dienstleistungen unter dem Label „Leistungen der Daseinsvorsorge/Services of General Interest (SGI)“ in der EU diskutiert.⁵⁷ Dabei differenziert die Kommission zwischen marktbezogenen Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, Sozialversicherungen und den Diensten mit nicht-wirtschaftlichem Charakter, die wiederum von den Binnenmarktregeln ausgenommen sind (vgl. Europäische Kommission 2000a). Die deutschen Organisationen Sozialer Arbeit reagierten kritisch auf diese Initiativen, auf die ein Grün- und ein Weißbuch folgten.⁵⁸ Dieser Politikbereich befindet sich weiterhin in Entwicklung.⁵⁹ Jarré sieht aber eine Forderung in der Mitteilung von 2005 erfüllt, da diese

Dienstleistungserbringer in seinem Niederlassungsmitgliedstaat bereits eine Genehmigung erhalten hat, benötigt er für einen anderen Mitgliedstaat keine neue Genehmigung“ (http://ec.europa.eu/internal_market/services/services-dir/faq/200410-faq-point06_de.htm#63, 30.05.2007).

⁵⁶ Die Auswirkungen auf die Wohlfahrtsverbände als Dienstleister werden weiterhin diskutiert, siehe weiterführend Schulte 2001; Deutscher Verein 2001; Bauer 2001; Linzbach et al 2005

⁵⁷ Die Mitteilung der Kommission „Leistungen der Daseinsvorsorge in Europa“ von 1996 betrifft die sozialen NROs indirekt. Die Mitteilung behandelt hier die Versorgung der Bevölkerung mit Grundgütern wie Post, Energie, Telekommunikation etc. und mit den „Gemeinwohlverpflichtungen.“ Es wird die „Neutralität der Gemeinschaft im Hinblick auf öffentlich-rechtliche oder privat-rechtliche Organisationsformen“ betont, wobei das wettbewerbskonforme Handeln gewährleistet sein muss. Weiterhin wird festgestellt, dass die EU nur im Sinne eines Subsidiaritätsprinzips eingreife und die Wirtschafts- und Sozialordnungen der Mitgliedsländer respektiere (vgl. Lange 2001, S. 124f.; Kommission 2006a).

⁵⁸ Zu dem Konsultationsprozess des Grünbuchs, vgl. http://ec.europa.eu/services_general_interest/index_de.htm.

⁵⁹ Weiterführende Zusammenstellung aus Sicht europäischer sozialer Netzwerke unter <http://www.socialplatform.org/Policy.asp?DocID=8261>. Die NGO-Vertreter argumentieren, beim Aufbau

in Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Organisationen erarbeitet wurde (vgl. Jarré 2005, S. 248).

Die Geschichte dieser Entwicklungslinie, von dem favorisierten Konzept der *Économie Sociale* bis hin zu den sozialen Diensten der Daseinsvorsorge, prägt bis heute die Diskussion um den institutionellen Status der Träger der sozialen Dienste in der EU. Dies zeigt, dass die Realisierung des Binnenmarktes die Wohlfahrtsorganisationen zentral betrifft, da die sozialen Organisationen in der Logik der EU-Kommission ebenfalls als „Anbieter“, d.h. wirtschaftliche Unternehmen, in den Blick geraten. Die von Lange entwickelte These bestätigt sich, dass die Ökonomie als Motor und Impulsgeber der europäischen Integration fungiert (Lange 2001). Die vergleichsweise privilegierte Position deutscher Wohlfahrtsverbände widerspricht der „marktorientierten Logik“ der Europäischen Union (Priller/Zimmer 2001b, S. 43), da die Dienstleistungsorganisationen auf gleiche Chancen und Zugangsvoraussetzungen in den Märkten treffen sollen, die durch die nationale „Subventionierung“ der deutschen Wohlfahrtsverbände verzerrt werden.⁶⁰ Insofern geriet die sozialrechtliche Sonderstellung der deutschen Wohlfahrtsverbände sowie die öffentliche Subventionierung aufgrund ihrer wettbewerbsverzerrenden Auswirkungen in den Blick. Weiterhin ist noch nicht entschieden, ob das deutsche Gemeinnützigkeitsrecht⁶¹ durch die europäische Politik eingeschränkt werden kann. Darüber hinaus steht insbesondere in den Grenzregionen eine Öffnung der Sozialmärkte bevor, so dass einerseits ausländische Anbieter mit auf dem deutschen Markt konkurrieren, andererseits aber auch deutsche Organisationen in anderen europäischen Ländern ihre Dienste anbieten können (vgl. Olk 1996, S. 110).

Lange konstatiert, dass die Wohlfahrtspflege in Deutschland sich „im Zangengriff von nationalen Entwicklungen zur Marktförmigkeit und europäischen Bestrebungen zur Öffnung nationaler Grenzen und Märkte – auch der ‚Sozialmärkte‘ befindet“ (Lange 2001, S. 11) und dies eine Zunahme konkurrierender Strukturen impliziert. Tendenziell wird bereits Mitte

eines europäischen Sozialmodells einen Beitrag zu leisten, daher sei die zivilgesellschaftliche Dimension der sozialen Dienste zu berücksichtigen (vgl. Memorandum der BAG FW-Europavertretung 2004).

⁶⁰ Zur Umsetzung der Grundfreiheiten der EU und damit verknüpfte Maßnahmen und Regelungen für Dienstleistungen vgl. Lange 2001, S. 92ff.

⁶¹ Nach EU-Wettbewerbsregeln sollen auch Dienstleistungsunternehmen keine staatlichen Beihilfen erhalten, die den Wettbewerb verfälschen. Dies berührt das Finanzierungsmodell deutscher Wohlfahrtsverbände erheblich, da es noch offen ist, ob sie langfristig von der Beihilferegelung ausgenommen werden. Letztlich wird sich dies erst durch EuGH-Entscheidungen klären, vgl. Lange 2001, S. 101ff.

der 90er Jahre die These vertreten, dass diese Prozesse einen verstärkten Modernisierungs- und Rationalisierungsdruck auslösen:

„Es ist daher zu erwarten, dass die Europäisierung der Wohlfahrtspflege in Deutschland die wertgemeinschaftlichen Grundlagen der freien Wohlfahrtspflege in Deutschland weiter aushöhlen und Entwicklungstendenzen zum professionellen Dienstleistungsunternehmen weiter befördern wird“ (Sachße 1996, S. 142).

Die Durchsetzung der Grundfreiheiten stellen europäische Prozesse dar, die nationale Organisationen Sozialer Arbeit „aufrütteln“ und als Bezugspunkte ihres europapolitischen Engagements fungieren. Dabei steht das verbands- bzw. organisationsbezogene Interesse (noch) im Vordergrund, da der rechtliche Status der Wohlfahrtsverbände in Europa nicht abschließend geklärt ist: Die Rechtsunsicherheit besteht fort.

Eine weitere Entwicklungslinie, die den sozioökonomischen Status des europäischen Dritten Sektors betrifft, zeichnete sich ab Mitte der 90er Jahre ab, als die Europäische Kommission erste Initiativen unternahm, ein *Vereinsrecht* für länderübergreifende Vereine zu entwickeln (Statut des Europäischen Vereins).⁶² Die Initiative ging vom Europäischen Parlament aus und wurde von der Kommission weiter bearbeitet. Auch dieser Regelungsversuch kann im Kontext des Interesses eingeordnet werden, die sozialen NGOs in den Wirtschaftssektor zu integrieren, da sie durch das Konzept der *Économie Sociale* als Vereine den Wettbewerbsregeln unterliegen würden. Allerdings wurden diese Vorhaben der EU, durch welche ihr Regelungsbereich stark angewachsen wäre, nicht von allen Regierungen unterstützt. Die deutschen Wohlfahrtsverbände sahen ihre gewachsenen Strukturen bedroht und wurden gegen das Vereinsstatut aktiv: „In ihrem Jahresbericht 1993 konnte die EU-Vertretung der BAG FW (...) dann vermelden, dass das Statut ‚vorläufig auf Eis gelegt‘“ sei (vgl. Lange 2001, S. 91). Diese vorläufige Verhinderung des Europäischen Vereinsstatuts wurde von den deutschen Wohlfahrtsverbänden als Etappensieg gewertet.

Die Mitteilung „Förderungen der Rolle gemeinnütziger Vereine und Stiftungen in Europa“ von 1997 markierte eine neue Phase in der Beziehung der Europäischen Kommission und der Nichtregierungsorganisationen (vgl. Lange 2001, S. 120ff.). Diese neue Phase stand in Zusammenhang mit einem „Wechsel“: Die damalige Generaldirektion Unternehmenspolitik und Handel teilte sich die Idee, ein europäisches Vereinsstatut zu entwickeln, mit der

⁶² Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1991): Entwurf für eine Verordnung über das Statut des Europäischen Vereins (EUV-Statut). KOM (91) 273. endg. vom 05.03.1992.

Generaldirektion Beschäftigung & Soziales. Durch die gemeinsame Initiative der beiden Generaldirektionen verstärkte sich unter dem Kommissar Padraig Flynn das Interesse an der „Lobbyarbeit sozialer NRO“ – die Förderung des „Dialogs mit den sozialen NRO“ rückte in den Blick (vgl. ebd., S. 125). Die Mitteilung unterstützte das Ziel, im Sozialbereich systematische Konsultationen zu entwickeln, die in anderen Politikbereichen bereits etablierten und Nichtregierungsorganisationen „Einflussnahme auf die europäische Politikformulierung“ ermöglichten (ebd.). In der Mitteilung wird den sozialen NGOs ein intermediärer Status zugesprochen, da die Kommission zugleich das Interesse verfolgte, „Informationen von der europäischen Ebene über den Dritten Sektor besser zu den Bürgerinnen zu transportieren und Transparenz zu schaffen“ (ebd., S. 126). Hieran wird die neue Strategie der Europäischen Kommission gegenüber sozialen NGOs erkennbar: Sie werden „nicht mehr ausschließlich als Objekte europäischer Regelungsabsichten, sondern (...) als potentielle[n] Gesprächspartner[n] wahrgenommen“ (ebd.). Dies führte zu der in Kapitel 3.4 vorgestellten Institutionalisierung von Konsultationen und Dialogformen.

2.4 Zwischen Tradition und Transnationalisierung

Betrachtet man die *Zieldimensionen* der Europaarbeit deutscher Organisationen Sozialer Arbeit, begann das Engagement deutscher Wohlfahrtsorganisationen auf europäischer Ebene mit einer Politik der Besitzstandswahrung und Gefahrenabwehr (vgl. Lange 2001, S. 136). Noch heute stellt dies eine zentrale Strategie dar, die sich in den letzten 20 Jahren aber zunehmend erweiterte und ausdifferenzierte. Darüber hinaus weitete sich durch Erfolge wie die Aufnahme der Erklärung Nr. 23 in den Anhang des Maastrichter Vertrages und die Initiativen der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure im sozialen Bereich insgesamt zunehmend aus (vgl. Kap 3.). Diese Prozesse gingen im nationalen Feld mit einer Beruhigung einher, da das „Schreckgespenst der *Économie Sociale*“ von der Kommission nicht weiter verfolgt wurde. Auf die Tätigkeiten der Wohlfahrtsverbände werden insofern bislang nicht die Regelungen der Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit angewandt. Dies ermöglichte es, den Raum für eine umfassendere Europäisierung der nationalen Organisationsstrukturen sowie für deren transnationale Vernetzung zu eröffnen. Ergänzend zu dieser veränderten Haltung verfolgten die deutschen Wohlfahrtsverbände nicht mehr allein institutionell-monetäre Interessen: Das Interesse an einer fachlich-ideellen Dimension der Europaarbeit

nahm zu und Akteure betonen nunmehr zunehmend ihre zivilgesellschaftliche und anwaltschaftliche Rolle im europäischen Feld.

Insofern manifestierte sich dies in einer veränderten Haltung der deutschen Wohlfahrtsverbände: Die anfänglich vehemente Ablehnung von „Europa“ wich einer vorsichtig-kritischen, aber kooperativen Einstellung (Lange 2001, S. 148). Lange konstatiert bereits 2001, dass sich im Verlauf der 90er Jahre eine „partnerschaftliche Beziehung mit Ansätzen einer institutionalisierten Zusammenarbeit“ herausbildete (ebd., S. 160).⁶³ Die Ausgestaltung dieses partnerschaftlichen Gefüges zwischen Europäischen Institutionen und transnationalen sowie deutschen Akteuren wird in dieser Studie in der Folge aufgegriffen, wengleich neben den Beziehungen *zur* EU insbesondere die Beziehungen *zwischen* und *in* den transnationalen Netzwerken von Interesse sind.

Neben den spezifischen Verflechtungen zwischen EU-Politik und nationalen Bedingungen führte die Randständigkeit der EU-Sozialpolitik zu eher instabilen und verzögerten Interaktionsmustern zwischen EU und Organisationen im sozialen Bereich, wengleich die Analyse von Schmid heute nicht mehr vollends zutreffend ist, dass „statt eindeutig korporatistischer und pluralistischer Strukturen (...) ad-hoc-Formen, Distanz- und Nichtverhältnisse oder ein politisches Vakuum“ dominieren (vgl. Schmid 1994, S. 473).⁶⁴ Mittlerweile etablierte sich als Strukturmerkmal zwischen den zivilgesellschaftlichen Akteuren und der Europäischen Kommission ein „korporatistisches Auftreten in einem pluralistischen System“ (Steidle 2005, S. 55). Dies trifft dabei insbesondere auf die Beziehungen *europäischer* Organisationen und Netzwerke zu, da die Europäische Kommission tendenziell an institutionalisierten Kooperationen mit *europäischen* Akteuren interessiert ist.⁶⁵

⁶³ Dies kann für Akteure aus anderen Ländern nicht in gleicher Weise angenommen werden: „Geht es bei starken nationalen Wohlfahrtsverbänden (vor allem den deutschen) primär um die Sicherung ihrer Vorrangstellung, die durch europäische De-Regulierung gefährdet wird, so bedeuten diese Maßnahmen für die schwachen Verbände in den meisten anderen EU-Ländern vielfach eine Verbesserung ihrer bisherigen Position. Dieser Umstand legt es nahe, weniger über ‚gemeinsame‘ europäische Verbände als über die nationale Regierung ihren Einfluß wahrzunehmen“ (Schmid 1994, S. 472).

⁶⁴ Schmid begründet dies mit den Interdependenzen, die durch europäische Integration und den „divergenten nationalen Entwicklungspfaden der Wohlfahrtsmodelle und der verbandlichen Systeme bzw. genauer am Sonderfallcharakter der deutschen Wohlfahrtsverbände“ entstehen, dem Handlungsfeld der Sozialpolitik mit geringen Kompetenzen und dem zentralen Effekt, der aus der Binnenmarktintegration für die Wohlfahrtsverbände resultiert (vgl. Schmid 1996a, S. 173).

⁶⁵ In der Studie von Steidle formulieren nationale Vertreter, dass die Interessenvertretung gegenüber der Kommission am „schwierigsten“ sei. Von Seiten der Kommission wird demgegenüber das „un-europäische“ Auftreten der deutschen Verbände beklagt. Nationalen Wohlfahrtsverbände wird unterstellt, ausschließlich ihre nationalen Interessen vertreten zu wollen (vgl. Steidle 2005, S. 73f.).

Die Präferenz der EU, mit europäischen Akteuren zusammenzuarbeiten, zwingt die Wohlfahrtsverbände in ein eher ungewohntes Muster pluralistischer Interessenvertretung. Die aus dem nationalen Kontext vertrauten korporatistischen und institutionalisierten Strukturen bilden sich auf europäischer Ebene eher zwischen den EU-Institutionen und den europäischen Netzwerken aus, in denen die deutschen Wohlfahrtsverbände und andere nationale Organisationen „nur“ *indirekt* vertreten sind. Allerdings verlassen sich insbesondere die Spitzenverbände nicht allein auf diese indirekte Repräsentation ihrer Interessen durch europäische Akteure, sondern ergänzen dies durch die favorisierten „traditionellen“ Wege über Bund und Länder, über die Vertretung im WSA und die verbandlichen Familiennetzwerke (vgl. ebd., S. 60).

Die Europaarbeit der deutschen Organisationen Sozialer Arbeit differenzierte und professionalisierte sich seit den 90er Jahren zunehmend. Die verschiedenen Funktionsbereiche der Organisationen sind dabei in unterschiedlicher Weise betroffen, so dass sich die „Säulen der Freien Wohlfahrtspflege“ (Olk 1996, S. 119f.) auf unterschiedliche Zieldimensionen hin europäisieren bzw. transnationalisieren (vgl. Schmid 1996a, S. 159). Durch die komplexe Struktur der Organisationen Sozialer Arbeit können nur einzelne Organisationssegmente oder verschiedene Verbandsebenen von Europäisierungs- bzw. Transnationalisierungsprozessen betroffen sein. Dabei agieren die deutschen Wohlfahrtsorganisationen auf zwei Ebenen bzw. es zeichnen sich zwei Strategien ab:⁶⁶

„national route“

- Zum einen gestalten die Organisationen auf nationaler Ebene ihre europäische Interessenvertretung, indem sie über ihre etablierten Wege versuchen, die Regierung zu beeinflussen, ihre Interessen (mit) zu vertreten (dies wurden wie dargestellt, erfolgreich bei der Erklärung Nr. 23 durchgesetzt).

„european route“

- Zum zweiten versuchen sie, die direkte Zusammenarbeit mit den europäischen Organen zu stärken und aktiv bei der europäischen Agenda mitzuwirken, wobei formelle und informelle Kontakte gleichermaßen genutzt werden (vgl. Lange 2001, S. 89f.). Darüber hinaus aktivieren die Organisationen bestehende und neue Kooperationsbeziehungen, die ihnen den Zugang zum europäischen Feld sozialer Akteure ermöglicht.

⁶⁶ Diese Zweigleisigkeit bestätigt sich in der Studie von Steidle, vgl. Steidle 2005, S. 50; Greenwood 2003.

Neben den eigenständigen Beziehungen zum politischen Feld bilden sich transnationale Kooperationsbeziehungen aus.⁶⁷

Im Zuge dieser unterschiedlichen Zugänge zu Europa hin entwickeln sich verschiedene *Organisationsmuster* der Europaarbeit wie z.B. nationale Vertretungen in Brüssel, gemeinsame Repräsentanzen der Spitzenverbände oder die Beteiligung an transnationalen Familiennetzwerken und thematischen Netzwerken (vgl. Schmid 1994, S. 471). Die national orientierte Interessenvertretung erweitert sich folglich auf „Brüssel“, sie wird „europäisiert“ und differenziert sich aus. Diese Prozesse wirken auf den nationalen Kontext zurück, die Organisationen überschreiten ihre nationalen Bezüge der Interessenvertretung und agieren im europäischen Feld. Diese Mitwirkung regte Schulte bereits 1990 an: „Eine – gewiss nicht leichte – Aufgabe der Verbände der freien Wohlfahrtspflege müsste es dann sein, zunächst einmal in Brüssel präsent zu sein und dort auch die für sie adäquaten Gesprächspartner zu finden“ (Schulte 1999, S. 55). Dieser Aufforderung sind die Organisationen Sozialer Arbeit nachgekommen: Die europäischen Beziehungen und die transnationale Vernetzung produziert nunmehr ein komplexes Set verschiedener Beziehungen, Strategien und Beteiligungsformen, das noch immer in Entwicklung begriffen ist.

Die Entwicklung in Richtung eines „lobbyistischen Mehrebenensystems“ bestätigen Sebaldt/Straßner: Die Interessenvertretung differenziert sich in dem „strukturell bedingten Kompetenzwirrwarr“ (Sebaldt/Straßner 2004, S. 259) in ein simultanes „multi-voice-lobbying“ aus (ebd., S. 266). Dabei verdeutlicht sich, dass korporatistische Verbandssysteme zusätzliche Wege über ihre bestehenden nationalen Dachorganisationen generieren können. Das nationale Verbandsgefüge „dupliziert“ sich auf europäischer Ebene (vgl. ebd., S. 265), wenngleich die jeweilige „Prägewirkung der institutionellen Strukturen der EU (...) nach dem Ausmaß an Betroffenheit von europäischer Politik“ variiert (Schmid 1996a, S. 158).

⁶⁷ Lauer (2005) entwickelt in ihrer Studie drei strategische Handlungsmuster innerhalb der „europäischen Route“, auf die in Kapitel 7.4.7 Bezug genommen wird.

Abbildung 1: Zieldimensionen der Europaarbeit

Zieldimension	Interesse	Organisationsform	Strategie
<i>Institutionell</i>	Besitzstandswahrung	Partikulare Interessenvertretung über national-etablierte Wege	defensiv, politisierend
<i>Fachlich</i>	Fachlicher Informations- und Erfahrungsaustausch, Akquise von Fördermitteln	Beteiligung an europäischen Netzwerken und transnationalen Projekten und Programmen	kooperativ, zivilisierend
<i>Politisch-zivilgesellschaftlich</i>	anwaltschaftliche Vertretung sowie Eintreten für universalistische Werte	Aktivierung aller transnationalen Kooperationen und Einflusswege	zivilisierend und politisierend

Diese idealtypische Darstellung zeigt *modellhaft* die Pluralisierungstendenzen in der transnationalen Interessenvertretung bzw. in der „Europaarbeit“ auf. Die Darstellung differenziert idealtypisch drei Zieldimensionen, die empirisch jedoch nicht immer voneinander zu trennen oder zu unterscheiden sind. Ebenso sollen die Dimensionen keine Chronologie entwerfen, wenngleich für die Spitzenverbände eher eine Steigerung von institutionellen Themen hin zu fachlich-politischen Dimensionen zu konstatieren ist. Fachorganisationen gestalten ihre transnationalen Kooperationen eher aus einem inhaltlich-fachlichen Interesse heraus. Insofern können die Motive für die „Einstiege“ in die Europaarbeit unterschiedlich verlaufen, sich überlagern und vermischen. Die Organisationen kombinieren dabei konkurrente und kooperative Handlungsorientierungen, da sie partikularistisch ihre eigenen Interessen vertreten, zugleich aber kooperativ mit anderen Akteuren agieren, um für universalistische und allgemeine Anliegen mehr Einfluss zu erlangen. Darüber hinaus beeinflussen die Aktivitäten der Europäischen Kommission die Wahrnehmung der Zieldimensionen, da sie durch zunehmende Kompetenzen als Motor für weitere Europäisierungsschritte wirken kann wie die Debatte um eine „europäische Zivilgesellschaft“ exemplarisch zeigt (vgl. Kap. 3).

Zur Bearbeitung dieser pluralisierten Vertretungsmuster wird den deutschen Wohlfahrtsorganisationen eine Stärkung der anwaltschaftlichen Vertretung angeraten. Dies würde es ermöglichen, den vielfältigen Modernisierungsanforderungen zu begegnen, Handlungsoptionen zu erweitern und einer drohenden Depolitisierung zu entgehen (vgl. Olk 1996; Steidle 2005, S. 68ff.). Allerdings wird die advocacy-Funktion der deutschen Spitzenverbände durch das korporatistische Muster der Interessenvermittlung erschwert (vgl. Kohler-

Koch/Quittkat 1999). Steidle unterstreicht in ihrer Studie, dass sich die advokatorische Interessenvertretung eher unzureichend entfaltet; sie läuft gar Gefahr, für die Besitzstandswahrung instrumentalisiert zu werden (vgl. Steidle 2005, S. 68ff.). Dessen ungeachtet kann sich die Entwicklung der Wohlfahrtsverbände zu marktorientierten Dienstleistungsunternehmen im nationalen Kontext positiv auf die Beziehungen zu Europa hin auswirken, da Prozesse der Ökonomisierung und Vermarktlichung den Interessen der Europäischen Union entgegen kommen. Insofern wird einerseits zu prüfen sein, inwieweit den deutschen Wohlfahrtsverbänden ihre schwach ausgeprägte „advocacy-Funktion“ im Feld der europäischen Netzwerke zum Nachteil gereicht, und inwiefern sie andererseits ausreichendes „Startkapital“ für die Europaarbeit aufweisen (vgl. Kap. 6), um für das europäische Feld der transnationalen Kooperationsbeziehungen anschlussfähig zu werden (vgl. Kap. 6 und 7).

Über die Stärkung der anwaltschaftlichen Interessenvertretung hinaus, stellt sich für die Organisationen Sozialer Arbeit das Problem, dass aufgrund der Auffächerung von Themen und Zieldimensionen sowie der komplexen Organisationsstrukturen die Europaarbeit oft uneinheitlich, zersplittert und unkoordiniert verläuft. Becher betont daher die Notwendigkeit, die Europaarbeit als integralen Bestandteil von Geschäftspolitiken und operativer Ausrichtung zu betrachten: Europaarbeit müsse gewollt und verbindlich beschlossen werden, um erfolgreich zu sein. Die Organisationen Sozialer Arbeit müssen eine dezidierte Vorstellung über den Nutzen ihrer Europaarbeit entwickeln, klare Verantwortlichkeiten etablieren, qualifizierte Mitarbeiter einsetzen und ausreichend Ressourcen zur Verfügung stellen (vgl. Becher 2001, S. 4f.). Insbesondere die heterogenen und uneinheitlichen Erwartungen in den nationalen Organisationen an die „eigene“ Europaarbeit verwässern den Erfolg:

„Informationsmanagement? Antragsberatung? Lobbyarbeit in Brüssel? Die Kooperation mit europäischen Schwesterverbänden pflegen und sie unterstützen? Die Koordination und Unterstützung der dezentralen Europa-Stellen im Verband? Dies ist insgesamt nicht machbar (...). Es muss Klarheit bestehen, für welche Stellen im Verband die EU-Stellen welche EU-Informationen zu liefern haben, von ihnen zu unterstützen sind und für welche sie unmittelbar als Ansprechpartner zur Verfügung stehen“ (ebd., S. 5).

Eine effektive und systematische Verankerung bewahrt die Europaarbeit in ihrem „Mauerblümchendasein davor, „bemäkelt (...) und als nicht leistungsfähig und überflüssig“ (ebd., S. 6) beklagt zu werden. Eine systematische und operative Verankerung stellt organisationsintern erhebliche Herausforderungen an ein professionelles Kommunikationsmanage-

ment. Ergänzend dazu empfiehlt Becher grenzüberschreitende Kooperationen zur Bildung von „Leistungsketten“ und als Voraussetzung für eine erfolgreiche Interessenvertretung“ (ebd., S. 7). Diese Anforderungen finden sich auch in den Ergebnissen der Studie wieder, da die Verantwortlichen für die Europaarbeit diese Rahmenbedingungen beklagen (vgl. Kap. 6 und 7).

Welche typischen Merkmale und Prozesse lassen sich konstatieren?

Die deutschen Akteure Sozialer Arbeit befinden sich in mehrfacher Hinsicht zwischen „Tradition und Transnationalisierung“:

Sie befinden sich in einem Transnationalisierungsprozess,

- da spezifische europäisch-transnationale Wirkungszusammenhänge die Orientierungen und Handlungsmuster der nationalen Akteure beeinflussen (vgl. Platzer 1998, S. 241).
- auch wenn der „europäische Motor“ im sozialen Politikfeld durch die randständige Position der Sozialpolitik einen „delay“ in der Ausgestaltung der Beziehungen zu zivilgesellschaftlichen Akteuren evoziert. Aufgrund dessen dominierten zunächst die Wettbewerbspolitik, die Ausgestaltung der Europaarbeit bzw. die Transnationalisierungsschübe.
- der als sektoraler zu klassifizieren ist. Dies verdeutlicht die Dominanz der europäischen Institutionen, die durch ihre Politikinitiativen den „Fahrplan“ und die Richtung für die Transnationalisierungsprozesse bestimmen. Insofern kann nur von einem für den sozialen Sektor typischen Transnationalisierungsprozess gesprochen werden, der sich in den verschiedenen Mitgliedstaaten je spezifisch auswirkt.
- denn die deutschen Akteure müssen ihr Handlungsset erweitern. Die traditionelle Interessenvertretung über die „national route“ bleibt unzureichend. Demzufolge wachsen transnationale Kooperationsbeziehungen an, damit die „european route“ aktiviert werden kann. Insofern sind für die deutschen Akteure mehrgleisige Strategien und plurale Organisationsmuster der Europaarbeit typisch.

Die deutschen Akteure stehen in einer spezifischen Tradition,

- die ihnen im nationalen Kontext eine relativ „mächtige“ Position verspricht und sich durch eine umfassende Kapitalausstattung sowie durch die Nähe zum politischen Feld auszeichnet. Insofern wählen insbesondere die Spitzenverbände weiterhin die „national route“, um das Handlungsfeld Europa zu bearbeiten.
- die sich aus dem korporatistischen Arrangement und der daraus resultierenden Sonderstellung ergibt. Dies verdeutlicht, warum die deutschen Akteure anfänglich ablehnend-defensiv auf Europa reagierten, da sie ihre nationale Position in Gefahr sahen. Insofern ist dieser Verlauf von einer abwehrenden Haltung und einem reaktivem Muster der Europäisierung hin zu einem aktiven, kooperativen Muster als typisch für die deutschen Wohlfahrtsverbände zu charakterisieren. Sie kann darüber hinaus offensiv werden, wenn der Aktivitätsbereich in den mittel- und osteuropäischen Ländern ausgedehnt wird.
- der „Europaarbeit“, die nicht mit Transnationalität gleichzusetzen ist. Die geschilderten Prozesse der Transnationalisierung und der grenzüberschreitenden Interessenvertretung generieren nicht zwangsläufig „transnationale“ Handlungsorientierungen, denn der dekonstruktivistische Blick lässt die national-organisationsbezogenen Interessen hervortreten, die in der EU durchgesetzt werden sollen. Eine systematische Einbindung der europäischen Agenda und eine Herausbildung einer „transnationalen“ Perspektive sind noch in Entwicklung begriffen bzw. bilden sich nur an einigen Stellen der Organisationsstrukturen heraus.
- ***die Chancen und Risiken birgt.*** Die im europäischen Vergleich relativ starke Kapitalausstattung der Akteure kann im europäischen Feld nur unzureichend umgesetzt werden. Dies kann zum einen mit den unzureichenden Ressourcen für die Europaarbeit begründet werden. Zum zweiten wirkt sich der „delay“, sich an europäischen Netzwerken zu beteiligen, eventuell nachteilig aus. Drittens wird zu prüfen sein, ob es den deutschen Organisationen gelingt, ihre anwaltschaftliche Interessenvertretung und ihre zivilgesellschaftliche Rolle zu stärken – dies scheint als „Startkapital“ für das Feld der europäischen Netzwerke von Belang zu sein. Diesen Chancen und Risiken bzw. dem „Startkapital“ der deutschen Akteure soll in Kapitel 6 nachgegangen werden.

Die Betrachtung der Transnationalisierungsprozesse soll nunmehr in einem zweiten Schritt durch die Betrachtung einer transnationalen bzw. europäischen Zivilgesellschaft ergänzt werden. Die auf europäischer Ebene entstandenen transnationalen Netzwerke und Nichtre-

gierungsorganisationen (NGOs) sind selbst Ausdruck und Ergebnis eines Transnationalisierungsprozesses. Sie sind darüber hinaus zugleich konstituierende Elemente einer sich entwickelnden europäischen Zivilgesellschaft, in der europäische Netzwerke als „Gegenöffentlichkeit“ kritisches und reflexives Potenzial gegenüber dem Europäischen Projekt entfalten können und sich u.a. für die Stärkung eines „sozialen Europas“ bzw. eines „europäischen Sozialmodells“ in verschiedener Weise einsetzen.

Bezogen auf die Tradition des Erfahrungsaustauschs von Praktikern in unterschiedlichen Praxisfeldern oder die zunehmende Kooperation von Ausbildungsinstitutionen (die zugleich von der EU selbst angeregt wird), entsteht ebenfalls über die EU-Programmpolitik die Notwendigkeit, „Partner“ in europäischen Ländern zu identifizieren. Ferner befördern die europäischen Netzwerke durch ihre fachliche Expertise das Entstehen einer europäischen Fachlichkeit. Inwieweit sich in den transnationalen Netzwerken spezifische Handlungsorientierungen ausbilden und ob Transnationalität in den europäischen Netzwerken Sozialer Arbeit generiert werden kann – diesen Fragen soll in durch die folgende theoretische Einordnung (Kap. 3) sowie die empirische Studie (Kap. 7) nachgegangen werden.

3 Europäische Zivilgesellschaft und Transnationalität

Die vorangegangenen Ausführungen zeigten Transnationalisierungsprozesse von Akteuren aus dem sozialen Bereich auf, die zu spezifischen Reaktionsmustern in den Mitgliedstaaten bzw. in den nationalen Verbänden und Organisationen führten.

Nunmehr soll der Fokus auf die „europäische Ebene“ gelenkt werden. An diesem Ort verschränken sich Nationalität und Transnationalität auch durch die Aktivitäten und Interessen von NGOs aus dem sozialen Bereich. Zum einen bilden sich mit supranationalen Institutionen wie der Europäischen Kommission spezifische Beziehungen, die auf die Gestalt einer europäischen Zivilgesellschaft einwirken. Zum anderen werden die transnationalen NGO-Netzwerke im sozialen Bereich zu Mikrokosmen einer transnationalen Zivilgesellschaft.

Die NGOs traten im Zuge der Proteste anlässlich der Welthandels- und WTO-Treffen in Seattle, Sydney, Davos und Genua sowie den Europäischen Gipfeltreffen immer mehr in Erscheinung und evozierten die Frage nach Kooperation und Dialog mit politischen Institutionen. Diese erhoffen sich durch die Verflechtungszusammenhänge, die mit zivilgesellschaftlichen Akteuren eingegangen werden, erhöhte Legitimität und Anerkennung ihrer politischen Vorhaben.

„Fast alle sozialwissenschaftlichen Ansätze, die in dieser Situation als Antworten auf Veränderungen nationalstaatlicher Souveränität, verringerter Lösungskompetenzen der Politik und internationale Interdependenzen formuliert werden, zeichnen sich durch eine starke Hoffnung auf die Beteiligung der Zivilgesellschaft und von NPOs an politischen Prozessen aus. Nahezu alle Modelle gehen von einer wachsenden Pluralisierung gesellschaftlichen Einflusses aus und sehen in zivilgesellschaftlichen Aktivitäten und Organisationen sowohl beobachtbare wesentliche Aspekte von Politik als auch einen wichtigen Hoffnungsträger für eine demokratische globale Koordination von Gesellschaft“ (Simsa 2001, S. 25).

Vor dem Hintergrund der Fragestellung nach der Kapitalausstattung von zivilgesellschaftlichen Akteuren in einem spezifischen Feld der europäischen Zivilgesellschaft soll im Folgenden kursorisch auf die Begriffsentwicklung von „Zivilgesellschaft“ eingegangen werden. Insbesondere wird auf Konzepte Bezug genommen, die handlungstheoretische sowie konflikttheoretische Implikationen der Zivilgesellschaft berücksichtigen.

In einem weiteren Schritt wird die Frage behandelt, ob territorial-begrenzte Zivilgesellschaften existieren und inwieweit von einer europäischen Zivilgesellschaft mit spezifischen Charakteristika ausgegangen werden kann.

Daran anschließend wird ein akteurszentrierter Blick auf transnationale NGOs und NGO-Netzwerke eingenommen. Die Akteure werden aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachtet. Die Erkenntnisse aus NGO-Forschung, der Netzwerk-Programmatik, der Organi-

sationssoziologie und dem politikwissenschaftlichen Zugang der Interessenvermittlung ermöglichen ein differenziertes Bild der transnationalen Akteure.

Auf dieser Grundlage werden die NGOs auf ihre Funktionen im europäischen Kontext hin betrachtet. Diese stehen im Zusammenhang mit Handlungsanforderungen und Widersprüchen, die von den Organisationen durch ein anspruchsvolles Netzwerkmanagement bearbeitet werden müssen. Die Ausgestaltung von Kooperation, und damit von Kommunikation in den europäischen Netzwerken, wird vor diesem Hintergrund eine zentrale Herausforderung.

Als ein konkreter Fall von Beziehungen zwischen Zivilgesellschaft und Staat wird daran anschließend der „zivile Dialog“ rekonstruiert. Das Konzept des zivilen Dialogs entwickelte sich Ende der 90er Jahre zwischen der Europäischen Kommission und der so genannten „organisierten Zivilgesellschaft“ der EU. Auf dieser Basis entstand eine vertiefte Kooperation, aber auch Auseinandersetzungen zwischen den Akteuren: Das Konzept evoziert Konflikte um die Zugehörigkeit und Definition „der“ europäischen Zivilgesellschaft, um das Spannungsverhältnis von Autonomie und Instrumentalisierung sowie um den Repräsentativitätsanspruch der europäischen NGO-Netzwerke.

Abschließend soll auf das dargestellte Forschungskonzept von „Transnationalität“ von Hamburger (2008) zurückgegriffen werden, um sich der Dialektik von Nationalität und Transnationalität in dem gewählten Ausschnitt zivilgesellschaftlichen Handelns zu widmen. Auf diesem Hintergrund wird die These entwickelt, dass die transnationalen Netzwerke im sozialen Bereich als Produzenten von Transnationalität betrachtet werden können, da sie beständig die Dialektik von Nationalität und Transnationalität unter der Berücksichtigung von Machtungleichheiten bearbeiten müssen. Sie produzieren nicht allein einen „europäischen Kompromiss“ unter ihren Mitgliedern, sondern entwickeln bestenfalls einen transnationalen *Konsens* im Sinne eines „qualitativ hochwertigen“ Ergebnisses europäischer Netzwerkarbeit. Insofern sind die transnationalen Netzwerke nicht nur bedeutsame Verfechter eines zivilen Europas, sondern tragen zu der Entstehung eines kosmopolitischen Europas durch ihre Netzwerkkoordination bei.

3.1 Die Renaissance der Zivilgesellschaft

Der schillernde Begriff der Zivilgesellschaft erfuhr im letzten Jahrzehnt nicht nur Konjunktur und eine „fulminante Karriere“ (Gosewinkel et al 2004b, S. 11); er fungiert zugleich als „Pandoras box“ (Beger 2004, S. 2) und begriffliches „Chamäleon“ (Kocka 2000, S. 21). Um den Begriff entstand ein „semantischer Dschungel“, der in verschiedenen Ländern und Kontexten unterschiedliche Gestalt annimmt (vgl. ebd., S. 14). Zur Annäherung an den Begriff wird im Folgenden auf Entwicklungslinien der Konzeptionen von Zivilgesellschaft verwiesen, um sich daran anschließend der handlungslogischen und der konflikttheoretischen Perspektive eingehender zu widmen.

Das Phänomen „Zivilgesellschaft“ ist aufgrund der unterschiedlichen politischen Konnotationen,⁶⁸ der Vermischung normativer und deskriptiver sowie idealtypischer Konnotationen sowie der unterschiedlichen sozialwissenschaftlichen Verortung der Konzepte theoretisch wie empirisch schwer zu fassen. Der Begriff erhielt durch die Anwendung in verschiedenen Forschungsbereichen unterschiedliche Rollen und Konnotationen, z.B. im Paradigma des „Dritten Sektors“ (vgl. 2.1.), in der Theorie sozialer Bewegungen oder in der Politikwissenschaft im Kontext der Governance-Forschung (vgl. Gosewinkel et al 2004b, S. 13).⁶⁹

In einer bereichslogischen Definition fungiert Zivilgesellschaft als Abgrenzungsbegriff zu den Bereichen Markt, Staat und Privatheit, obgleich Zivilgesellschaft fortwährend mit die-

⁶⁸ Der Begriff fungiere als Kampfbegriff in politischen Auseinandersetzungen und wurde „zur Chiffre für die kompensatorische Aktivierung von Bürgerinnen und Bürgern in Reaktion auf schrumpfende wohlfahrtsstaatliche Leistungen und, im Gefolge globalisierungskritischer Bewegungen, für den Protest gegen einen aggressiven Neoliberalismus“ (Gosewinkel/Rucht 2004c, S. 29).

⁶⁹ Historisch kann der deskriptive und normative Begriff bis auf Aristoteles zurückgeführt werden, wobei sich verschiedene Bedeutungszuweisungen entwickelten: Erstens wurde der Bereich der ‚societas civilis‘ von der Sphäre der Familie abgegrenzt; eine Abgrenzung zu der Sphäre des Staates wurde damit nicht impliziert, da der Begriff das Gemeinwesen insgesamt umfasste. Zuletzt bezog sich die ‚societas civilis‘ auf das Gemeinwohl, auf Öffentlichkeit (vgl. Kocka 2000, S. 14f.). In der Aufklärung modifizierte sich die Begriffsverwendung, und ‚civil society‘ wurde als Prozess fortschreitender Zivilisierung dem absolutistischen Staat gegenübergestellt (ebd., S. 15). Nach Kocka zeigt sich im deutschen Aufklärungsdiskurs eine positive Konnotation des Begriffs, der mit einem utopischen Entwurf einer Zivilisation einherging. Dass im Deutschen häufig das Synonym ‚Bürgergesellschaft‘ und ‚bürgerliche Gesellschaft‘ verwandt wurde, weist auf eine Zuspitzung der Differenz von Staat und Gesellschaft hin. In der sozialistischen Kritik mündete dies in der nur noch als ‚Bourgeois-Gesellschaft‘ kritisierten Sphäre. Insofern konnte der englische Ausdruck ‚civil society‘ diese Zuspitzung hinter sich lassen und führte wieder positive Konnotationen in die internationale Begriffs-Diskussion ein. Das Comeback des Begriffs in den 80er Jahren wurde durch die Kritik an den diktatorischen Systemen Südamerikas und Osteuropas angeregt. In der Folge dieser Renaissance wurde das Konzept der Zivilgesellschaft u.a. von Habermas, Walzer und Taylor aufgenommen, die Zivilgesellschaft als Ort der sich selbst organisierenden Öffentlichkeit in Abgrenzung zu den ‚Systemen‘ fassten (vgl. Fetzer 2002, S. 356; Kocka 2000, S. 19).

sen Sphären verbunden bleibt (vgl. Stauf/Lauer/Hamburger 2007, S. 415). Demgegenüber betrachten einige Ansätze Zivilgesellschaft aus handlungslogischer Perspektive, die sich gegen eine Trennung von Bereichen wendet (Gosewinkel et al 2004b, S. 11).

Das wechselhafte Verständnis der „Zivilgesellschaft“ resultiert aus den verschiedenen Denktraditionen, die jeweils spezifische „Bereichs-Konzeptionen“ zugrunde legen:⁷⁰ Im liberalen Verständnis knüpft z.B. Locke an die Hegelsche Dichotomie von Staat und Gesellschaft an; die bürgerliche Gesellschaft wird als dem Staat vorrangig konzipiert und als durch eigene Gesetzmäßigkeiten strukturiert begriffen. Dabei dient Zivilgesellschaft in diesem Verständnis dem Schutz des Individuums vor Eingriffen des Staates. Die an Montesquieu anschließende kommunitaristische Denktradition versteht Zivilgesellschaft als eine Sphäre, die *in* das politische System integriert ist und durch diese Verbindung spezifische Strukturen ausbildet. In diesen normativ geprägten Konzepten (z.B. von Etzioni und Walzer)⁷¹ wird die Bedeutung kollektiver und sozialer Verantwortung gegenüber individuellen Freiheitsrechten betont. Dies drückt sich in einer Orientierung am Gemeinwohl aus, das durch stärkere Bürgerbeteiligung, politische, bürokratische und ökonomische Dezentralisierung sowie durch die Stärkung der lokalen Ebene unterstützt werden soll (vgl. Simsa 2001, S. 48f.). Darüber hinaus weisen Vertreter des Pluralismus auf die Notwendigkeit einer Vielzahl zivilgesellschaftlicher Akteure und deren Funktionsleistung hin, wie z.B. Entlastungsfunktionen für die Bestandserhaltung der repräsentativen Demokratien (vgl. Lauth/Merkel 1997, S. 19). Am Beispiel von Putnams Konzept des „Social Capital“ verdeutlicht sich: Durch ziviles Engagement wird „Social Capital“ erworben und kann als „Mikrofundierung“ funktionierender Demokratien fungieren (vgl. Simsa 2001, S. 47; Klein et al 2004).

Die Verbindung mit demokratietheoretischen Überlegungen findet sich bereits bei Tocqueville und wurde in der Kritischen Theorie weiterentwickelt: Durch die Ausweitung der Interessenartikulation und -aggregation innerhalb der Zivilgesellschaft als vopolitisches und pluralistisches Interessengeflecht können sich schwer organisierbare oder benachteiligte Interessen an die Öffentlichkeit wenden (vgl. Lauth/Merkel 1997, S. 19f.).

⁷⁰ Vgl. dazu weiterführend Simsa 2001, S. 46ff.

⁷¹ Walzer formuliert vor dem Hintergrund der amerikanischen Demokratie die Zivilgesellschaft als „Handlungsraum von Handlungsräumen“ (Walzer 1992, S. 96), wobei er Zivilgesellschaft als eine Einheit von politischem Handeln, wertschaffender Arbeit, Markttausch und Staat als gleichberechtigte Sphären integriert und für eine Politik der Differenz eintritt (vgl. ebd.; Simsa 2001, S. 49).

Habermas verortet in seinem diskurstheoretischen Ansatz Zivilgesellschaft in der Lebenswelt.⁷²

„Die Zivilgesellschaft setzt sich aus jenen mehr oder weniger spontan entstandenen Vereinigungen, Organisationen und Bewegungen zusammen, welche die Resonanz, die die gesellschaftlichen Problemlagen in den privaten Lebensbereichen finden, aufnehmen, kondensieren und lautverstärkend an die politische Öffentlichkeit weiterleiten. Der Kern der Zivilgesellschaft bildet ein Assoziationswesen, das problemlösende Diskurse zu Fragen allgemeinen Interesses im Rahmen veranstalteter Öffentlichkeiten institutionalisiert. Diese ‚diskursiven Designs‘ spiegeln in ihren egalitären und offenen Organisationsformen wesentliche Züge der Art von Kommunikation, um die sie sich kristallisieren und der sie Kontinuität und Dauer verleihen“ (Habermas 1997, S. 443f.).

Damit begrenzt Habermas die politische Macht der Zivilgesellschaft, wenngleich sie als Beobachtungs- und Reflexionsort von Gesellschaft eine bedeutsame Rolle einnimmt und durch das weitgespannte Netz ihrer Sensoren eine diskursive Rationalisierung der politischen Entscheidungen ermöglicht (vgl. Simsa 2001, S. 53).

Die Reichweite des zivilgesellschaftlichen Einflusses und ihrer Problemlösungskompetenz bleibt in der Debatte nach wie vor umstritten. Bourdieu kritisiert die auf diskursive Verständigung angelegten Entwürfe, da sie zu den strukturellen Bedingungen moderner Gesellschaften kein ausreichendes Gegengewicht darstellen können. Aus seiner Sicht bedarf es einer „Realpolitik, (...) die [verlangt], an die Strukturen selbst Hand anzulegen und sozialen Widerständen entgegenzutreten“ (vgl. Bourdieu 1998d, S. 58f.). Zugleich wird die demokratiepolitische Bedeutung mit dem Hinweis auf das entpolitischierende, progressive und konservierende Potenzial von Zivilgesellschaften kontrastiert.

Simsa beklagt die vielen ungeklärten Fragen, die ausbleibende gesellschaftstheoretische Einbettung sowie die Vermischung von normativen und deskriptiven Modellen.

„Offen bleibt (...), welche Institutionen als Komponenten der Zivilgesellschaft gelten und wie ihre Relation zu anderen gesellschaftlichen Bereichen zu verstehen ist. So ist insbesondere das Verhältnis der Zivilgesellschaft und dem Staat nicht geklärt, sowie auch deren Abgrenzung der Zivilgesellschaft von anderen nichtstaatlichen Akteuren“ (Simsa 2001, S. 56).

Wie bereits erwähnt, soll nunmehr die *handlungstheoretische* Einordnung der Zivilgesellschaft aufgegriffen werden, die u.a. durch Gosewinkel/Rucht und Knodt/Finke (2005b)

⁷² Vgl. Habermas 1981. Simsa merkt kritisch an, dass durch die Verortung der Zivilgesellschaft in der Lebenswelt systemisch-strukturelle Aspekte der *Organisationen* der Zivilgesellschaft unberücksichtigt bleiben (vgl. Simsa 2001, S. 52). Ebenso kritisiert Reichardt die voraussetzungreichen Prämissen für das kommunikative Handeln in der Lebenswelt, da dies einen konfliktorientierten Blick auf die Zivilgesellschaft verstellt (vgl. Reichardt 2004, S. 75).

ausgearbeitet wurde.⁷³ Diese Konzeptionierung ermöglicht es, die zivilgesellschaftlichen Handlungslogiken zu betrachten, die sich in den verschiedenen Sphären überlagern. Knodt/Finke (2005b) legen dabei ein weites Verständnis zivilgesellschaftlicher Akteure zugrunde, um einer Einengung auf NGOs und Interessengruppen zu entgehen.

Die *Handlungslogiken der Zivilgesellschaft* manifestieren sich in spezifischen Mustern sozialen Handelns. Zivilgesellschaftliches Handeln wird beschrieben als

- ein Handeln im öffentlichen Raum auf der Grundlage der Anerkennung von Heterogenität,
- friedliches Handeln, wengleich Proteste und Konflikte eingeschlossen sind,
- beruhend auf Selbstorganisation und Selbstständigkeit,
- ein Handeln, in dem sich partikulare Einzelinteressen mit einer Orientierung am allgemeinen Wohl, der Zivilität als „Erinnerung an eine Kultur des mündigen, friedlichen, selbstständigen, nicht egoistischen (...) Denkens, Handelns und Kommunizierens“ verschränkt (Gosewinkel et al 2004b, S. 11f.).⁷⁴

In diesem Zugang zeichnet sich Zivilgesellschaft durch eine *spezifische Art der Interaktion aus*: Auf der Grundlage wechselseitiger Anerkennungsverhältnisse⁷⁵ werden konfliktarme Koordination und Kooperation interessengeleiteter Individuen und Assoziationen möglich (vgl. Gosewinkel/Rucht 2004c, S. 45). Daraus entwickeln sich Regeln und Prozeduren, die zu Verhandlungsformen und deliberativen Mustern führen, die auf Kompromiss und Konsens ausgerichtet sind: „Die dadurch geregelte Interaktionssphäre kann als der Bereich der Zivilgesellschaft bezeichnet werden“ (ebd., S. 46).⁷⁶ Das kooperative Verhalten gründet sich dabei nicht auf eine affektiv aufgeladene Solidarität, sondern basiert auf der Überzeugungskraft, dass kooperatives Handeln trotz konkurrierender Interessen und Werte für die Akteure von Vorteil ist. Die handlungslogische Konzeption löst die Zivilgesellschaft aus territorialen Räumen heraus, da sich die Handlungspraktiken über Grenzen hinweg entfalten.

⁷³ Zu weiteren Ansätzen vgl. Kneer 2000.

⁷⁴ In Abgrenzung zu anderen Typen des sozialen Handelns wie z.B. Kampf, Tausch, Herrschaft, persönliche Beziehungen, vgl. Gosewinkel et al 2004b, S. 12.

⁷⁵ Zur anerkennungstheoretischen Fundierung vgl. Habermas 1981; Honneth 1994.

⁷⁶ Der Modus der Anerkennung des Anderen kann zum einen außer Kraft geraten, wenn systemfremde Handlungslogiken eingreifen und durch staatliche Übergriffe, Monetarisierung etc. eindringen und überformen. Zum anderen kann es zu einem übersteigerten Modus führen, in dem konfliktarme Vergesellschaftung normativ überhöht wird. Wichtig sei, dass auch partikularistische Tendenzen zum Feld der Zivilgesellschaft gehören (vgl. Gosewinkel/Rucht 2004c, S. 50).

ten: „Zivilgesellschaft ist also weder ein fixer Ort noch das Ensemble einer fixen Akteursklasse. Sie realisiert sich vielmehr in konkreten Handlungen und in sozialen Institutionen“ (ebd., S. 52). Ergänzt man dies mit einer transnationalen Perspektive, kann „Zivilgesellschaft in ihrer räumlichen, gegenständlichen und zeitlichen Dimension [begriffen werden, E.S.], denn sie grenzt sich allein als Kommunikationssphäre von dem „Unzivilen“ ab, so dass zivilgesellschaftliche Praktiken immer schon transzendental, translokal und transnational waren und sind“ (ebd., S. 31).⁷⁷ Dabei betonen die Autoren die notwendige Betrachtung von Machtverhältnissen und Exklusionsprozessen in „der“ Zivilgesellschaft. Ambivalenzen und Dissonanzen können mit einer relationalen Perspektive sowie durch eine Historisierung des Konzeptes der Zivilgesellschaft erfasst sowie eine zu positive Konnotation der Zivilgesellschaft als utopisches Ideal vermieden werden (vgl. ebd., S. 33ff.; Kocka 2000; Fetzer 2002, S. 359).

Dieses handlungslogische Verständnis von Zivilgesellschaft bezieht heterogene Interessen sowie Konflikte und Ungleichheiten mit ein. Ergänzend soll dies vor dem Hintergrund der empirischen Studie durch Aspekte erweitert werden, die den konfliktorischen Charakter der Zivilgesellschaft verstärkt in den Blick nehmen.

Lauth/Merkel begreifen Zivilgesellschaft⁷⁸ ebenfalls als durch einen zivilen Konsens geprägt, der mit der Ausrichtung auf Öffentlichkeit und der Orientierung am kommunikativen Handeln ein genuin zivilgesellschaftliches Ferment konstituiert (vgl. Lauth/Merkel 1997, S. 16). Dessen ungeachtet unterstreichen die Autoren, dass Konkurrenzen in der Zivilgesellschaft durch den normativen Grundkonsens nicht aufgehoben werden (vgl. ebd., S. 18).

Der Blick auf die Konflikte und Konkurrenzen ermöglicht es, sich empirischen Fragen zuzuwenden (vgl. Stauf/Lauer/Hamburger 2007, S. 416) und die in Evolution befindlichen Differenzierungen und die polymorphe Gestalt der Zivilgesellschaft mit ihren inneren Gegensätzen und Widersprüchen wahrzunehmen (vgl. Jarré 2005, S. 240). Zivilgesellschaft sei immer auch Konfliktgesellschaft (vgl. Lauth/Merkel 1997, S. 20), wengleich die positive, „ideale“ Beschreibung die Vorstellung eines machtfreien Raums evoziert. Zivilgesell-

⁷⁷ Allerdings soll kritisch angemerkt werden, dass diese Zivilität nur in Verbindung mit einem Staat erreicht werden kann, der Grundrechte garantiert, sowie einem Markt, der materielle Lebensbedingungen sichert (vgl. Stauf/Lauer/Hamburger 2007, S. 416).

⁷⁸ Lauth/Merkel beziehen folgende Organisationen in ihr Konzept der Zivilgesellschaft ein: Verbände, Interessengruppen, religiöse und kulturelle Vereinigungen, Bildungs- und Informationseinrichtungen, Entwicklungsorganisationen (NGOs, Selbsthilfegruppen), Bürgerinitiativen und Bürgerrechtsgruppen. Einige der Gruppierungen können auch den sozialen Bewegungen zugerechnet werden (vgl. Lauth/Merkel 1997, S. 17).

schaft indes stellt keinen herrschaftsfreien Raum dar, sondern ist durch Ungleichheit, interne Hierarchien und Konflikte bestimmt: „In ihr konkurrieren und konfliktieren unterschiedliche Interessen, Werte und Weltanschauungen, die mit unterschiedlichen Durchsetzungschancen ausgestattet sind und auf differierende Geltungsgründe verweisen können“ (ebd., S. 20). Die Betrachtungen der Zivilgesellschaft überschätzen zumeist die diskursiven und assoziativen Elemente und produzieren dadurch allzu harmonisierenden Beschreibungen, in denen verständigungsorientierte und kooperative Handlungsformen „unnötig überdehnt“ werden (vgl. Reichardt 2003, S. 67). Reichardt tritt daher für einen Begriff der Zivilgesellschaft als „konfliktive Arena der Selbstorganisation und Artikulation sozialer Gruppen“ ein. Damit rückt die Verhandlungs- und Kompromissorientierung stärker in den Mittelpunkt: „Zivilität war und ist eben auch Ausdruck und Resultat eines bestimmten Umgangs mit Konflikten“ (ebd., S. 67).

Die idealisierende Betrachtungsweise verstellt darüber hinaus den Blick auf die „dunklen Seiten“ der Zivilgesellschaft. Lauth/Merkel unterstreichen, dass nicht alle zivilgesellschaftlichen Organisationen den demokratischen Ansprüchen in ihren Binnenstrukturen genügen und eine proklamierte zivile Ausrichtung allein noch keine demokratische Wirkung garantiert. Vielmehr können zivilgesellschaftliche Akteure gleichfalls das Misstrauen gegenüber staatlichen Akteuren stärken und damit den Zweifel am demokratischen Gemeinwesen anwachsen lassen (vgl. Lauth/Merkel 1997, S. 20). Insofern ist die Auseinandersetzung über „das Zivile“ und die Abgrenzung gegenüber dem „Unzivilen“ nicht durch Proklamation allein zu erreichen, sondern diese Grenzziehung impliziert Auseinandersetzungen um Zugehörigkeiten, Inklusionen wie Exklusionen. Dadurch können sich zwischen den zivilgesellschaftlichen Akteuren Trennlinien verstärken und segmentierte Teilfelder entstehen (vgl. ebd., S. 20). Diese Ausführungen verdeutlichen, dass sich „Zivilgesellschaft“ nur kontextabhängig analysieren lässt.⁷⁹

Lauth/Merkel votieren daher für ein offenes und dynamisches Konzept von Zivilgesellschaft, das auf Elemente der liberalistischen und kommunitaristischen Denktradition zurückgreift:

⁷⁹ Lauth/Merkel beziehen ihre Ausführungen und die Entwicklungschancen zivilgesellschaftlicher Akteure auf die unterschiedliche Phase politischer – z.B. autoritärer oder totalitärer – Regime (Liberalisierung, Institutionalisierung und Konsolidierung der Demokratie) zum Beispiel in Transformationsstaaten (vgl. Lauth/Merkel 1997, S. 22ff.).

„Die Zivilgesellschaft befindet sich in einer vorstaatlichen oder nicht-staatlichen Handlungssphäre und besteht aus einer Vielzahl pluraler (auch konkurrierender), auf freiwilliger Basis gegründeter Organisationen und Assoziationen (im Einzelfall auch einzelne ‚Bürger‘), die ihre spezifischen materiellen und normativen Interessen artikulieren und autonom organisieren“ (ebd., S. 16).

Der konflikttheoretische Ansatz, der von widerstreitenden Interessen und unterschiedlich mächtigen Akteuren ausgeht, erweist sich insbesondere für empirische Studien als hilfreich und eröffnet Perspektiven auf kooperative *und* konkurrierende Handlungsorientierungen in zivilgesellschaftlichen Praktiken. Dieser Zugang soll für die Fragestellung der vorliegenden Arbeit herangezogen und mit den theoretischen Konzeptionen Bourdieus (vgl. Kap. 5) ergänzt werden.

3.2 Auf der Suche nach der europäischen Zivilgesellschaft

Die handlungslogischen Konzepte können nunmehr für die Betrachtung der Entwicklungen zivilgesellschaftlicher Organisationen und Netzwerke auf transnationaler bzw. europäischer Ebene herangezogen werden. Allerdings ist noch immer umstritten, ob „die“ europäische Zivilgesellschaft existiert und welche Phänomene damit bezeichnet werden sollen. Um sich diesen Fragen anzunähern, soll zunächst auf die Debatte um eine internationale bzw. transnationale Zivilgesellschaft eingegangen werden. Auf diesem Weg soll in einem ersten Schritt versucht werden, spezifische Handlungslogiken der transnationalen Ebene zu identifizieren. Sie sollen in einem zweiten Schritt auf zivilgesellschaftliche Akteure, die sich an der EU orientieren, bezogen werden.

3.2.1 Grenzüberschreitungen der Zivilgesellschaft?

Neben der vergleichenden Forschungsperspektive auf Zivilgesellschaften entwickelte sich vor dem Hintergrund der Globalisierungsprozesse zunehmend eine Forschungsperspektive seit Anfang der 90er Jahre, die das Phänomen der „transnationalen Zivilgesellschaft“ fokussiert (z.B. Batliwala /Brown 2006) und terminologisch damit die „internationale Zivilgesellschaft“ (Frantz/Zimmermann 2002) ersetzt oder zum Teil ablöst. Zumeist werden beide Begriffe jedoch synonym verwandt und mit NGO-Bewegungen assoziiert (vgl. Nanz/Steffek 2005, S. 83). In der Verdichtung von „international“ und „Zivilgesellschaft“ manifestiert sich die Forderung und der Wunsch, internationale politische Prozesse mit einer demokratischen Dimension zu versehen.

„Das internationalistische Modell akzeptiert bereits einen größeren Einfluß zwischenstaatlicher Organisationen und NGOs, der sich auf einen gewachsenen transnationalen Konsens über Menschenrechtsnormen stützt. Das kosmopolitische Modell geht von (...) individualrechtlichen Ansprüchen in Menschenrechtsfragen gegenüber Staaten aus und weist zwischenstaatlichen Organisationen und NGOs eine starke Rolle als Akteure einer internationalen Zivilgesellschaft zu“ (Klein 2001, S. 212).⁸⁰

Insofern beschreibt „internationale Zivilgesellschaft“ aus politologischer Sicht ein normatives Konzept, das zwischen Steuerungs- und Demokratietheorien verortet wird und auf den Raum internationalen Rechts und internationaler Politik bezogen ist sowie zugleich eine Entgrenzung im Hinblick auf eine globale, kosmopolitisch-orientierte Zivilgesellschaft impliziert (vgl. Zimmer 2000, S. 10).⁸¹

Die Perspektive auf die transnationale Zivilgesellschaft verdeutlicht, dass zivilgesellschaftliches Handeln von territorialen Grenzen abgelöst werden kann und muss, wie Rucht aufzeigt: Zivilgesellschaft existiert nicht in einem begrenzt-geographischen Raum, sondern entfaltet sich jenseits von Staatsgrenzen und beruht auf „zivilen Interaktionsformen in und jenseits Europa“ (vgl. Rucht 2005, S. 31) vor dem Hintergrund transnationaler Solidarität⁸² (vgl. Klein 2001, S. 207ff.) – ein räumlich-bestimmter Machtbegriff erscheint überholt. Vor dem entgrenzten Hintergrund lässt sich Guéhenno's These des „imperialen Zeitalters“ verorten, das eine postnationale Epoche begründet. Grenzen werden zu einem wandelbaren Ergebnis, wodurch die Notwendigkeit der Vernetzung von unterschiedlich machtvollen Akteuren unhintergebar wird:

„Von einer Weltrepublik sind wir wahrhaftig weit entfernt! Was zur Zeit entsteht, ist nicht ein universales politisches Gemeinwesen, sondern ein Gewebe ohne erkennbare Nähte, ein unendliches Aneinanderwachsen voneinander abhängiger Elemente. Das ist die Logik der vernetzten Welt, aber noch nicht ihre Wirklichkeit. Der Raum der Netzwerke ist nämlich weder neutral noch homogen. Es handelt sich um ein Kräftefeld mit Ungleichgewichten, auf dem die Absicht, Beziehungen zu mehrern, ebenso schwer wiegt wie die Sorge, die Kontrolle über bereits geknüpfte Netze zu verlieren. Diese Spannung bestimmt die Dynamik unserer Gesellschaften: Die Welt wird zur gigantischen Informationsbörse, und je mehr Informationen vorhanden sind, desto mehr Ungleichgewichte entstehen“ (Guéhenno 1994, S. 88f.).

Vergleichende Studien zeigen allerdings, dass die Aufhebung und Entgrenzung des nationalstaatlichen Rahmens nicht ausschließlich die erfahrbare Realität für zivilgesellschaftli-

⁸⁰ Zur Debatte um Weltgesellschaft, Weltgemeinschaft, Weltöffentlichkeit vgl. Luhmann 1984, S. 585ff; Narr/Schubert 1994; Richter 2000; Stichweh 2000; Klein 2001, S. 212ff.; Kaelbe/Kirsch/Schmidt-Gernig 2002; Stickler 2005.

⁸¹ Die Argumentationslinien in der kontroversen Debatte um eine globale und internationale Zivilgesellschaft können im Spannungsfeld von Partikularismus und Universalismus verortet werden (vgl. Klein 2001, S. 217f.; Köbler/Melber 1993).

⁸² Köbler/Melber analysieren in ihrer Streitschrift „Globale Solidarität“ aus historischer Perspektive auf unterschiedliche Formen transnationaler Solidarität hin und verbinden dies mit aktuellen Herausforderungen für die globale Solidarität nach dem 11. September 2001 sowie der Notwendigkeit, die Vermittlungsschritte zu analysieren, „ohne die wir keine realistische Vorstellung davon haben können, wie und mit welchen Folgen wir uns einmischen“ (vgl. Köbler/Melber 2002, S. 153).

che Akteure beschreibt. Theoretische Konzepte, die auf eine transnationale, territorial ungebundene Konzeption aufbauen, müssen zugleich historische und gesellschaftliche Besonderheiten zivilgesellschaftlicher Akteure und die sie umgebende (National-)Staatlichkeit berücksichtigen (vgl. Lauth/Merkel 1997). Erst dies ermöglicht den Blick auf epochenspezifische und regionale Unterschiede sowie heterogene Semantiken und Begriffstraditionen (vgl. Kocka 2000, S. 26f.). Darüber hinaus fordert dieser Blick die europäische Tradition auf, ihren „metropolitanen Begriff von Zivilgesellschaft“ zu reflektieren (Gosewinkel/Rucht 2004c, S. 40f.). Lauth/Merkel verbinden zivilgesellschaftliche Konzepte mit Erkenntnissen aus der Transformationsforschung und unterstreichen die Notwendigkeit eines vergleichenden Zuganges: Durch die Kombination und auf der Grundlage einer historisch-genetischen Pfadanalyse soll ein dynamisches Verständnis von Zivilgesellschaften gewonnen werden (vgl. Lauth/Merkel 1997, S. 13). Gerade im internationalen Vergleich reichen die zivilgesellschaftlichen Konzepte der Aufklärung und des Liberalismus nicht aus, um z.B. asiatische oder afrikanische Demokratieprozesse zu erklären (vgl. Lauth/Merkel 1997, S. 29). Die Verschränkung des Konzepts der Zivilgesellschaft mit der Transformationsforschung vermeidet eine Verengung der Perspektive auf Zivilgesellschaften in entwickelten Demokratien und sucht auf diesem Wege die Frage nach Erfolg und Misserfolg von Demokratisierungsprozessen angemessener zu beantworten (vgl. ebd., S. 30). Im Kontext der vergleichenden Perspektive auf Zivilgesellschaften können darüber hinaus Länderstudien wie z.B. die Analyse der ost- und mitteleuropäischen Zivilgesellschaften eingeordnet werden (Beiträge in Köbler/Melber 1993; Hann/Dunn 1996; Hildermeier/Kocka/Conrad 2000; Zimmer/Priller 2004).

Welche Akteure überschreiten nun also die Grenzen einzelner Staaten? Betrachtet man die *transnationale* Ebene von zivilgesellschaftlichen Praktiken, operieren transnationale Akteure „across more than one country“ und beteiligen sich als nicht-staatliche Akteure an transnational angelegten, öffentlichen Willensbildungsprozessen bzw. setzen sich auf trans- oder internationalen Ebene für Zivilität im politischen Prozess ein (Batliwala /Brown 2006, S. 3; Nanz/Steffek 2005, S. 84). Das transnationale Agieren ist kein neues Phänomen, die Autoren weisen auf historisch zurückliegende transnationale zivilgesellschaftliche Akteure hin, wie z.B. die internationale Bewegung gegen Sklaverei und Abtreibung oder die Entstehung des Roten Kreuzes (vgl. auch Martens 2002). Insgesamt nehmen die Analysen transnationaler und internationaler zivilgesellschaftlicher Prozesse eine Akteursperspektive ein (vgl. Beiträge in Frantz/Zimmer 2002), in deren Kontext die NGOs als Hoff-

nungsträger einer transnationalen Demokratisierung untersucht (vgl. Klein 2002) oder als Themenpioniere konzipiert werden (vgl. Simsa 2001).

Die anhaltenden Globalisierungs- und Verflechtungsprozesse führten auch zu verbesserten Kommunikations- und Informationstechnologien, die ein Anwachsen transnationaler Akteure erleichterten. Problemlagen wie Umweltzerstörung, HIV-Infektionen und Migrationsbewegungen werden zunehmend als grenzüberschreitende Phänomene wahrgenommen. Die Notwendigkeit trans- und internationaler Lösungsstrategien ruft infolgedessen die „advocacy networks around issues“ auf den Plan (Keck/Sikkink 1998, S. 203). „These challenges have often overload the capacity of existing transnational mechanisms, such as the United Nations (...) and so created the context for the rapid rise of TCS“ [Transnational Civil Society, E.S.] (Batliwala /Brown 2006, S. 4f.).

Den transnationalen „Activists beyond Borders“ (Keck/Sikkink 1998) kommen verschiedene Funktionen zu, u.a. identifizieren sie (transnationale) Themen und artikulieren sie auf internationaler Ebene. Ihre advokatorische Rolle ist daraufhin ausgerichtet, schwer organisierte Interessen zu vertreten und bestehende Machtungleichheiten auszubalancieren und ein Gegengewicht zu Machtkumulationen zu entwickeln. Ferner produzieren sie durch Kooperationen ein transnationales soziales Kapital unter den Akteuren in der Form von *Vertrauen* (vgl. Batliwala /Brown 2006, S. 5).

Auf die europäischen Akteure als eine spezifische Akteursgruppe transnationaler NGOs, die im Mittelpunkt dieser Studie stehen, wird in Kapitel 3.3 vertiefend eingegangen. Sie stellen eine heterogene Gruppe von Organisationen dar, die dessen ungeachtet allgemeine Merkmale der internationalen NGOs aufweisen.

3.2.2 Ein Fall von transnationaler Zivilgesellschaft: „Europa“

Ob eine „europäische“ Zivilgesellschaft existiert, ist in der sozialwissenschaftlichen Debatte umstritten, denn der Begriff führt einen hohen Unschärfegrad mit sich. Fetzer betrachtet das Konzept der Zivilgesellschaft als eine theoretische Alternative, um die Entwicklungsprozesse auf europäischer Ebene nachzuzeichnen, und um die auf Organisationsgeschichten angelegte NGO-Forschung zu überschreiten (Fetzer 2002, S. 385). Vor dem Hintergrund des europäischen Mehrebenensystems rückt – bereichslogisch gedacht – das Verhältnis von „Staat“ und „Zivilgesellschaft“ erneut in den Blick. Da die EU ein neues Staatsgebilde darstellt, das supranationale und intergovernmentale Elemente vereinigt, werden sich in diesem Spannungsgefüge zivilgesellschaftliche Strukturen sowie eine spezi-

fische Gestalt zivilgesellschaftlicher Akteure zwischen nationalen und transnationalen Bezugspunkten entwickeln. Die europäischen Akteure werden Formen der politischen Kulturen und Praktiken der nationalen Zivilgesellschaften aufnehmen sowie durch die supranationalen Elemente spezifische Handlungsorientierungen entwickeln (vgl. Boual 2003, S. 9). Für eine empirische Perspektive schlägt Rucht vor, die Orientierung an der Zivilität in Europa als Indikator für die Existenz einer europäischen Zivilgesellschaft anzuwenden, die damit de-territorial definiert wird. Es werden nur Akteure erkennbar, die sich „in dieser Region transnational organisieren“ (Rucht 2005, S. 50). Der Ansatz wird jedoch kritisiert, da er sich in Anbetracht der EU einer empirischen Anwendung verwehrt (vgl. Knodt/Finke 2005, S. 14). Denn über die Orientierung an der Zivilität hinaus produziert das europäische Mehrebenensystem eigene *Felder* für zivilgesellschaftliche Akteure mit spezifischen Konflikt- und Kooperationsstrukturen, die sich allein in Bezug auf das politische Gefüge der EU rekonstruieren lassen.

Perspektiven, die sich den zivilgesellschaftlichen Akteuren der EU empirisch nähern, beschreiben die „europäische Zivilgesellschaft“ als relativ junges Phänomen (vgl. Jarré 2005, Boual 2003), das als fragmentiert, pluralisiert und versäult charakterisiert wird (vgl. Knodt/Finke 2005b, S. 26; Platzer 1998, S. 264). In Anbetracht der Entwicklung der Europäischen Union ist nunmehr ein Staatsgebilde entstanden, das sich als Bezugspunkt zivilgesellschaftlicher Akteure manifestiert. Insofern soll im Folgenden auf einige europäische Entwicklungslinien hingewiesen werden, ohne die „Relativität“ dieses geographischen Begriffs der EU aus dem Blick zu verlieren.

Entstehungsprozesse

Die Herausbildung einer europäischen Zivilgesellschaft beschreibt Fetzer als „Ergebnis der mit Modernisierungsprozessen einhergehenden Internationalisierung von Erfahrungshorizonten europäischer Eliten seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts“ (Fetzer 2002, S. 361). Durch die Industrialisierung und die sich entwickelnde Weltwirtschaft entstanden transnationale Konzerne. Dadurch weitete sich die zwischenstaatliche Zusammenarbeit aus, neue Kommunikationswege ermöglichten bereits „ab den 1850er Jahren ein immer dichter werdendes Netz internationaler Nichtregierungsorganisationen“ (Fetzer 2002, S. 361).⁸³ Da sich die europäische Ebene zwischen Nationalstaat und Weltgesellschaft

⁸³ Zur Entstehung internationaler NGOs vgl. auch Stickler 2005; Kößler/Melber 1993.

entwickelte, wird die europäische Zivilgesellschaft in ihrer Genese durch den *Zusammenchluss* (nationaler Akteure) oder die *Abspaltung* (von internationalen Organisationen) charakterisiert (vgl. ebd., S. 362).

Fetzer beschreibt, dass zwischen den Jahren 1958 und 1964 ein Gründungsboom europäischer Nichtregierungsorganisationen stattfand, die bis Mitte der 90er Jahre auf ca. 500 europäische NGOs anwuchsen. Dabei differenziert er zwischen Bewegungen zur Verbreitung der europäischen Idee, wirtschaftlichen Interessenverbänden⁸⁴ (vor allem in den 50er/60er Jahren), politischen Gruppen sowie Akteuren, die sich auf Austauschprozesse in den Bereichen Wissenschaft, Kultur,⁸⁵ Sport usw. beziehen (ab der 70er Jahre) (vgl. ebd.). Die Periodisierung verläuft analog den Entwicklungsphasen der EU von einem ökonomischen Integrationsprojekt hin zu einer politischen Gemeinschaft.⁸⁶ In dieser dreiphasigen Entwicklung zeichnet ebenfalls Kaelbe (2003) die Entstehung zivilgesellschaftlicher Akteure nach, wenngleich bereits vor der Entstehung der EG/EU europäische Organisationen dieser Art entstanden. Erst in der dritten Phase in den späten 1980er Jahren nahmen durch die Ausweitung der Kompetenzen der EG/EU die Akteure einen stärkeren Bezug auf die europäischen Institutionen. Insofern ist es nicht überraschend, dass wirtschaftliche Interessenverbände das Geschehen in Europa lange dominierten und insgesamt weniger zu Instrumenten wie Mobilisierung und Protest gegriffen wurde:

„sie war eine stillere Zivilgesellschaft und beeinflusste die europäische Politik eher mit Berichten, Eingaben, Memoranden, Gesprächen, Telefonaten, Expertentagungen. Irrtümlicherweise wird sie deshalb auch als eine schwächere Zivilgesellschaft angesehen. Man hört sie nicht, also existiert sie für viele nicht. Diese stillere, unspektakuläre, in der Öffentlichkeit weniger wahrnehmbare Aktivität (...) hing mit der Arbeitsweise der europäischen Institutionen zusammen (Kaelbe 2003, S. 280).

⁸⁴ Weitere Ausführungen zu den wirtschaftlichen Interessensverbänden auf europäischer Ebene vgl. Fetzer 2002, S. 365ff.

⁸⁵ Fetzer weist bei der Analyse der kirchlichen europäischen Organisationen darauf hin, dass für die Kirchen Europa erst spät ein Bezugspunkt wurde. Im Vordergrund stand eine Zurückhaltung gegenüber der europäischen Idee und ein geringes Interesse an dem ökonomisch dominierten Konzept europäischer Integration (vgl. Fetzer 2002, S. 372f.).

⁸⁶ Fetzer schränkt diese Periodisierung jedoch ein, schließlich komme hier zum Tragen, dass viele zivilgesellschaftliche Organisationen nicht per se Einfluss nehmen wollten, sondern sich als autonom gegenüber der politischen Sphäre verstanden.

Charakteristika der europäischen Zivilgesellschaft

Im folgenden Abschnitt sollen einige charakteristische Merkmale der europäischen Zivilgesellschaft aufgezeigt werden, die für die Fragestellung der Studie bedeutsam werden.

Auch wenn die EG/EU in kein klassisches Prinzip von Staatlichkeit passt, wurde sie als politisches Machtzentrum mit weit reichenden Kompetenzen für die Tätigkeit europäischer NGOs ein zentraler Bezugspunkt. Im Wechselspiel mit der EG/EU entwickelte „die“ europäische Zivilgesellschaft eine besondere Logik, eine spezifische Form der Autonomie, einen besonderen Bezug zur Öffentlichkeit und eine charakteristische Pluralität. Im Unterschied zu nationalen Zivilgesellschaften zeichnen sich transnationale Zivilgesellschaften wie die europäische durch ein hohes Maß an Pluralität und Dezentralität aus.

Dessen ungeachtet bleiben die nationalen Zivilgesellschaften zugleich zentrale Bezugspunkte, da die EU stark an den intergovernmentalen Prinzipien der Nationalstaatlichkeit ausgerichtet ist (vgl. Fetzer 2002, S. 273). Darüber hinaus zeigen Europäisierungsprozesse, dass ungeachtet existierender Abwehrhaltungen nationaler NGOs schnell erkannt wurde, dass eine erfolgreiche Interessenvertretung nur durch aktives europapolitisches Engagement erreicht werden kann. Insofern erkannten die Akteure schnell den neuen politischen Bezugsrahmen an, den sie durch ihre Lobbytätigkeit bewusst nutzen und adressieren (ebd., S. 375).

Betrachtet man die ausdifferenzierten und segmentierten Felder zivilgesellschaftlichen Handelns in der EU, rückt *erstens* die Ausgestaltung der Beziehung zwischen dem politischen Akteur und den zivilgesellschaftlichen Organisationen in den Blick: Diese Beziehung wird häufig als Spannungsverhältnis zwischen ***Autonomie und institutioneller Einbeziehung*** gekennzeichnet (vgl. Kaelbe 2003, S. 273). Einige Bereiche wie z.B. Wissenschaft, Kultur, Religion waren zunächst in der Beziehung zur politischen Macht damit beschäftigt, europäische Eingriffe abzuwehren; andere Bereiche wie der Wirtschaftssektor können bereits auf eine längere Tradition kooperativer Zusammenarbeit zurückblicken. Die damit angesprochene Ausdifferenzierung und Segmentierung bildet sich auch in Bezug auf das Verhältnis von Autonomie und Heteronomie ab, da der Grad und die Art der Kooperation bzw. Konfrontation in den jeweiligen Teilbereichen differiert. Ob nun die Akteure autonom und strikt getrennt vom politischen Raum agieren oder eine „zu große Nähe gegenüber dem Ziehvater“ entsteht (ebd., S. 273), kann nur für die jeweiligen Segmente beantwortet werden. Am Beispiel der europäischen Kampagne gegen Rassismus zeigt Trenz auf, dass Vereinnahmungen zivilgesellschaftlicher Organisationen auch positive Auswir-

kungen nach sich ziehen können: Die Einbindung führte zu einem Ausbau transnationaler Netzwerke, die wiederum für Protest und Mobilisierung genutzt werden können. Die Vereinnahmung kann also als Resultat eine Steigerung der Handlungsfähigkeit zivilgesellschaftlicher Akteure nach sich ziehen (vgl. Trezz 1999, S. 83).⁸⁷

Ein weiteres Merkmal der europäischen Akteure stellt *zweitens die Vermittlungsleistung der zivilgesellschaftlichen Akteure zwischen nationaler und transnationaler Ebene* dar. Die europäischen NGOs und Netzwerke weisen eine hohe Diversität auf, die in den unterschiedlichen Traditionen der Herkunftsorganisationen begründet liegt und dazu führt, dass „there will never be only one form of organisational structure“ (Beger 2004, S. 3). In der europäischen Zusammenschau müssen unterschiedliche nationale Traditionen von „Zivilgesellschaft“ berücksichtigt werden, die in den NGO-Netzwerken auf europäischer Ebene aufeinandertreffen. Gemeinsamkeiten ergeben sich unter den Mitgliedern vor dem Hintergrund der gemeinsamen Erfahrung, dass der Staat förderliche Bedingungen für die Entwicklung der organisierten Zivilgesellschaft in politischer, rechtlicher, finanzieller und struktureller Hinsicht schafft, „sich hingegen (...) nicht in die Eigenverantwortung und die autonomen Prozesse und Entscheidungen dieser Organisationen einmischt“ (Jarré 2005, S. 240). Da die Strukturen durch nationale Organisationen und Verbände vermittelt werden, produziert dies – wie bereits in Kapitel 2 dargestellt – zu einer Vervielfältigung der Vertretungsmuster und zur Pluralisierung der Organisationsformen in Europa (vgl. Fetzer 2002, S. 364).

Ferner korrespondiert die stille Art der europäischen Zivilgesellschaft mit einer spezifischen Transnationalität, die von Experten gestaltet wird: Da europäische Organisationen oftmals nationale Dachorganisationen integrieren, besteht häufig kein direkter Kontakt zu den einzelnen Mitgliedern in den Ländern. Damit dominieren Funktionäre, Sprecher und professionelle Lobbyisten die europäische Zivilgesellschaft und repräsentieren nur stellvertretend die einzelnen Akteure nationaler oder transnationaler Bewegungen (vgl. Kaelbe 2003, S. 273).

Vor diesem Hintergrund rückt die Dialektik zwischen der europäischen und nationalen Ebene als „Sub-Einheit“ von zivilgesellschaftlichen Akteuren in der EU in den Blick der Sozialwissenschaften. Fetzer beschreibt nationale Akteure als autonome Akteure in der

⁸⁷ Die spezifische Relation der europäischen Netzwerken im sozialen Bereich und der Europäischen Kommission wird in Kap 3.4 skizziert.

europäischen Zivilgesellschaft, da sie eigene Vertretungen unterhalten können und auf die Strukturierung der meisten europäischen NGOs einen erheblichen Einfluss ausüben können. Um ein umfassenderes Verständnis der internen Dynamik der europäischen Zivilgesellschaft zu erlangen, können vergleichende Untersuchungen von nationalen Organisationen und deren dialektischem Verhältnis zu den europäischen Dachverbänden einen angemessenen Zugang darstellen. Werden die nationalen Akteure berücksichtigt, kann auf diesem Weg die analytische Beschränkung auf europäische NGO vermieden werden (vgl. Fetzer 2002, S. 386f.).

Wie bereits erwähnt, erscheint die europäische Zivilgesellschaft eher in einer „stillen Form“, was sich *drittens* auf die Gestalt der europäischen Öffentlichkeit auswirkt. Die europäische Öffentlichkeit kann als **Expertenöffentlichkeit** konzipiert werden (vgl. Kaelbe 2003, S. 273). Der Protest der Bürger verortet sich meist im Kontext nationaler Politik. Damit steht die Arbeit europäischer NGO-Lobbyisten nur geringfügig in Zusammenhang mit sozialen Bewegungen in den Mitgliedsstaaten. Die Lobbyarbeit kennzeichnet sich vielmehr durch die „zur Verfügung stehenden Ressourcen und Legitimitätspotentiale, die sie den Entscheidungsträgern der Kommission bieten können“ (ebd., S. 143). Für den Ausbau einer transnationalen Bewegungskultur stellt dieser Hintergrund erschwerende Bedingungen dar, die aber zukünftig von der Europäischen Kommission abgebaut werden können: Trezz zeigt bei der Analyse europäischer Kampagnen, dass sich die Europäische Kommission „der Bewegungskultur und den von ihr präferierten spontanen Aktionsformen [bedient, E.S.], um eine autonome, die nationalen Arenen übergreifende Infrastruktur für die Mobilisierung zivilgesellschaftlichen Protestes im europäischen Rahmen aufzubauen“ (Trezz 1999, S. 91).⁸⁸ Dies verdeutlicht, dass das Gebilde europäischer Institutionen den zivilgesellschaftlichen Akteuren zwar einerseits Handlungszwänge auferlegt, andererseits die Entstehung transnationaler sozialer Bewegungen in Europa stärken könnte (vgl. Imig/Tarrow 2003, S. 123f.).

Diese Charakteristika verdeutlichen einige Strukturmerkmale der europäischen Zivilgesellschaft. In der Folge soll die Betrachtung der Akteure vertieft werden und dabei auf die un-

⁸⁸ Die Debatte um die Gestalt einer europäischen Öffentlichkeit greift u.a. Berkel auf und verweist auf die Bedeutsamkeit von Konflikten für eine Europäisierung (Berkel 2006). Weitere Beiträge zu den sozialen Bewegungen im transnationalen Kontext und deren „Protestkompetenz“ in dem Band von Klein/Koopmans/Geiling (2001) zu „Globalisierung, Partizipation und Protest“ sowie dem Band von Brunengräber/Klein/Walk (2001) und Stickler 2005.

terschiedlichen Begrifflichkeiten von „NGOs“, „Netzwerken“ und „Organisationen der Interessenvertretung“ eingegangen werden. Dies dient einer Annäherung an die europäischen Netzwerke Sozialer Arbeit als einem spezifischen Typ zivilgesellschaftlicher Akteure, die für diese Studie relevant werden. Das Gefüge der EU sowie die Rekonstruktion des „zivilen Dialogs“ (vgl. Kap. 3.4) führt darüber hinaus zu Handlungswidersprüchen und Anforderungen an die zivilgesellschaftlichen Akteure, die zwischen nationaler und europäischer Ebene vermitteln und dabei zu Produzenten einer Transnationalität heranwachsen können.

3.3 Zivilgesellschaftliche Akteure, NGOs und Netzwerke

Die Debatte um Zivilgesellschaft verknüpft sich meist mit der Frage, welche Akteure die Zivilgesellschaft gestalten. Altvater/Mankopf weisen darauf hin, dass sich Zivilgesellschaft durch NGOs ausdrückt, ebenso finden sich bei Habermas, Etzioni, de Tocqueville oder Putnam Verweise auf die Bedeutung der Akteure als Träger der Zivilgesellschaft (vgl. Simsa 2001, S. 45). Diese Akteure werden durch unterschiedliche Begriffe definiert. Im Folgenden soll auf die Begriffe Nichtregierungsorganisation/Non Governmental Organisation (NRO/NGO) und den Begriff des Netzwerks eingegangen sowie Bezüge zur Organisationssoziologie aufgegriffen werden. Dadurch wird die Definition der Netzwerke Sozialer Arbeit als transnationale Organisationen ermöglicht und eingegrenzt.

Die Vorstellung von Zivilgesellschaft verbindet sich meist mit NGOs, wie z.B. öffentlichkeitswirksame Umwelt-NGOs wie Greenpeace oder Anti-Globalisierungs-Netzwerke wie attac. Die Negativ-Definition der „Nicht-Regierungs-Organisationen“ bzw. NGOs (Non Governemental Organisations)⁸⁹ fokussiert bei der Betrachtung der Akteure den Aspekt der Nicht-Staatlichkeit sowie deren Beteiligung an politischen Prozessen.⁹⁰ Die eher betriebswirtschaftliche Perspektive wendet sich u.a. im Kontext der Dritte-Sektor-Forschung durch den Negativterminus der „Non-Profit Organisationen (NPO) dem Aspekt dem nicht-gewinnorientierten Charakter der Akteure zu (vgl. Kap. 2.2).

⁸⁹ Im Kontext dieser Arbeit wird der Begriff NGO/NGOs verwandt.

⁹⁰ Dennoch sage der Tatbestand, dass internationale NGOs zu „medialen Shootingstars“ werden, nichts über ihren politischen Einfluss aus (vgl. Klein 2001, S. 228).

Eine weitere Abgrenzung stellt die Differenzierung von NGOs und sozialen Bewegungen dar, wenngleich NGOs vielfach ein zentrales Element sozialer (transnationaler) Bewegungen darstellen bzw. aus ihnen hervorgehen (vgl. Alhadeff/Wilson 2002, S. 2).⁹¹ Allerdings weisen die NGOs als Organisationen einen höheren Institutionalierungsgrad auf. Dies kommt z.B. in dem Begriff der „organisierten Zivilgesellschaft“ zum Ausdruck, der vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss verwendet wird.

In aktuellen Diskussionen setzt sich der Begriff der zivilgesellschaftlichen Organisationen durch, um auf diesem Weg die Orientierung am Gemeinwohl und die Funktion der advokatorischen Interessenvertretung zu unterstreichen.

Die transnationalen Akteure können folglich aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachtet werden, die jeweils spezifische Aspekte betonen. Nachfolgend werden die Perspektiven aus der NGO- und Netzwerkforschung sowie aus der Organisationssoziologie und der politikwissenschaftlichen Verbändeforschung vertiefend vorgestellt.

3.3.1 NGOs und Netzwerke

Unter dem Dach des „catch all-Begriffs der NGO“ (Martens 2002, S. 39) versammeln sich eine Vielzahl heterogener Akteure, die unterschiedlichen regionalen und historischen Entwicklungsprozessen unterliegen. Zumeist wird der Begriff für *transnationale* Organisationen und *advokatorische* NGOs aus dem Feld der internationalen Umwelt- und Menschenrechtspolitik verwendet. Nationale Organisationen wurden erst spät als NGOs wahrgenommen und definiert. Für die Durchsetzung des Begriffs zeichnen sich u.a. die Vereinten Nationen (UN) verantwortlich, die den Begriff insbesondere im Zusammenhang mit UN-Weltkonferenzen verwendeten (vgl. Simsa 2001, S. 73; Martens 2002).⁹² Die Forschungsperspektiven, international tätige NGOs betreffend, können im Kontext von Protest- und Ressourcenmobilisierung, Organisationsbildung, Professionalisierung, Institutionalisierung

⁹¹ Zu einzelnen transnationalen Bewegungen wie der Internationalen Arbeiterbewegung, der Umweltbewegung, Frauenbewegung, Friedensbewegung vgl. Beiträge in Batliwala/Brown 2006. Zu einzelnen internationalen NGOs wie dem Internationalen Roten Kreuz, Caritas International, Attac, Greenpeace oder Germanwatch vgl. Beiträge in Frantz/Zimmer 2002. Zu NGO-Studien aus exemplarischen Politikbereichen vgl. Altwater/Brunnengräber 1997/2002; Walk 1997; Furtak 2000; Brunnengräber/Klein/Walk 2001; Kohout/Mayer-Tasch 2002.

⁹² Zu den Definitionen der UN und der konsultativen Beziehungen vgl. Stoecker 2000.

sowie der Vernetzungsprobleme sozialer Bewegungen verortet werden (Klein 2001, S. 232).⁹³

Die Betonung verschiedener Aspekte der Organisationen differenziert sich innerhalb der NGO-Forschung durch weitere Abgrenzungsbegriffe aus. Klassische NGOs konkurrieren mit QUASI-NGOs („QUANGOs“, d.h. staatlich ausgegliederte NGOs), GRINGOs (Government Run/Inspired NGOs) oder GONGOs (Governmental Organized NGO), die als „NGO-Abweichler“ konzipiert werden (vgl. Martens 2002, S. 39).⁹⁴

Die NGOs weisen sehr unterschiedliche Strukturen und Organisationsgrade auf: Sie können transnationale Konzernstrukturen wie z.B. Greenpeace ausbilden oder als lose gekoppelte Netzwerke agieren (vgl. Klein 2001, S. 235); „Grasroot-NGOs“ können als unerwünschte Gipfelgegner angesehen werden und nur einen Platz „am Katzentisch“ erhaschen, während etablierte NGOs bereits als Experten in die Politikgestaltung einbezogen werden (vgl. ebd., S. 238). Einige transnational agierende Organisationen entwickeln Organisationsstrukturen mit einem „Headquarter“, das regionale Ableger koordiniert, andere wählen lose Koordinationsformen, wobei die Ausprägungen sich weltweit sehr unterscheiden.⁹⁵ In diesem Kontext zeigt sich erneut die Dialektik nationaler und transnationaler Bewegungsstrukturen, die einen gesteigerten Bedarf an Koordinierung und Strukturierung nach sich zieht, um die Handlungsebenen zu integrieren (vgl. ebd., S. 235).

Die meisten NGOs weisen zwei traditionelle Funktionen auf: Die Bereitstellung von Diensten und die advokatorische Interessenvertretung. Simsa untersucht Non-Profit-Organisationen (NPOs) auf ihre Einflussnahme hin: Sie analysiert NPOs als ergänzende oder zusätzliche Leistungserbringer sowie als Leistungs- oder Themenpioniere (vgl. Simsa 2001, S. 130ff.). Auf der Grundlage dieser Funktionen entwickeln die Organisationen konfrontative, kooperative oder schadensbegrenzende Strategien (vgl. ebd., S. 354ff.). Die Wahl für die Anwendung der Strategien verknüpft sich mit der jeweiligen politischen Aus-

⁹³ Für transnationale Organisationen, die aus den sozialen Bewegungen hervorgingen, wird der Begriff Transnational Social Movement Organizations (TSMOs) verwendet; vgl. Klein 2001, S. 233.

⁹⁴ Zur weiteren Debatte des (internationalen) NGO-Begriffs vgl. Altvater/Brunnengräber 1997; Simsa 2001; Martens 2002; Stickler 2005.

⁹⁵ In der Betrachtung der NGOs zeichnet sich ein Nord-Süd-Gefälle ab: NGOs aus nördlichen Ländern der Welt werden oftmals mit Dienstleistungs- und Anwaltsfunktionen identifiziert, während südliche NGOs mit Selbsthilfe und Interessenvertretung etikettiert werden. Daher existiere nur eine internationalisierte, aber keine internationale Zivilgesellschaft (vgl. Klein 2001, S. 236). Zugleich verfügen südliche NGOs meist über geringere Ressourcen, so dass internationale NGO-Netzwerke auch auf ihre ungleiche Machtverteilung und ihre Fallstricke hin betrachtet werden müssen (vgl. Altvater/Brunnengräber 2002, S. 10).

richtung der Akteure: In der (internationale) NGO-Szene lassen sich unterschiedliche Gruppierungen differenzieren, wie z.B. Reformisten, Radikale, Alternative, resistente Verteidiger traditioneller Lebensformen und Reaktionäre, die vor diesem Hintergrund ihre Strategien entwickeln (vgl. Altvater/Brunnengräber 2002, S. 10). Insgesamt kann aufgrund der zunehmenden Erreichbarkeit der politischen Akteure und im Zuge von Professionalisierungsprozessen in NGOs die Tendenz zu diskursiven Verfahren und Strategien konstatiert werden, die sich gegenüber anderen Protestformen in der NGO-Arbeit zunehmend ausweiten (vgl. Walk 1998, S. 121).

Im Kontext der NGO-Forschung und der Akteursperspektive werden Netzwerke als übergreifende Zusammenschlüsse von NGOs analysiert. Die Kooperation in Netzwerken stellt eine hohe Verdichtungsstufe von Kooperationen zwischen Organisationen dar, die für zivilgesellschaftliche Organisationen insbesondere im transnationalen Kontext notwendig wird. Da der Begriff des Netzwerks inflationär und vieldeutig verwendet wird, sollen die folgenden Ausführungen verdeutlichen, welches Netzwerkverständnis dieser Studie zugrunde liegt.

Von welchen Netzwerken ist die Rede?

Der schillernde Begriff des Netzwerks beschreibt sowohl moderne Sozialbeziehungen mit einem Unterstützungszusammenhang als auch Beziehungen mit negativen Konnotationen, wie an Phänomenen der „Verfilzungen“ oder der „Mafia“ deutlich wird. Im sozialwissenschaftlichen Gebrauch bezieht sich der Begriff auf ein Beziehungs- und Kontaktgeflecht von Individuen oder Organisationen:

„Typischerweise sind Netzwerke durch ein nicht hierarchisch geordnetes, lose gekoppeltes Beziehungsmuster gekennzeichnet. Ihre Verbindlichkeit liegt zwischen institutioneller Verfestigung und innerorganisatorischer Strukturiertheit einerseits, lockeren und unsteten Kontakten andererseits“ (vgl. Hamburger/Lauer/Stauf 2004a, S. 81).

Im Kontext der transnationalen Zivilgesellschaft wird der Begriff „Netzwerk“ bzw. „transnationales Netzwerk“ gegenüber sozialen Bewegungen und NGOs abgegrenzt und als ein ***Zusammenschluss verschiedener NGOs*** verstanden. „Networks are loosely linked collectives of organisations and individuals that hold common values, exchange information about shared interest, and engage in a common discourse about critical issues“ (Batliwala/Brown 2006, S. 7). Diese übergreifenden Kooperationsformen stellen „wichtige gesellschaftliche Selbstorganisationsprozesse und partizipative Entdeckungsreisen“ für

NGOs dar (Walk 1998, S. 120). Die komplexen Strukturen von NGOs, die bereits äußerst heterogene Mitglieder unter ihrem Dach vereinen können, werden durch diese Kooperationsebene weitgehend verdichtet, multipliziert und ergänzt.

Auch im Kontext der EU sind „Netzwerke“ en vogue: „Der Begriff symbolisiert Fortschritt, Bürgernähe, gesellschaftliche Selbststeuerung und demokratische Koordination“ (vgl. Hamburger/Lauer/Stauf 2002b, S. 93). Transnationale Vernetzung erfährt insbesondere im EU-Kontext eine programmatische Aufwertung, die eine zunehmende Aufweichung des Netzwerkbegriffs nach sich zieht, da er für eine Vielzahl an Kooperationsformen verwendet wird (vgl. Hamburger/Lauer/Stauf 2002b, S. 99).

Allerdings ist der Netzwerk-Begriff auch in den Sozialwissenschaften in unterschiedliche Bedeutungszusammenhänge eingebettet. Zum einen werden Netzwerkformen gesellschaftstheoretisch vor dem Hintergrund von Modernisierungsprozessen interpretiert, die aufgrund zunehmender Ausdifferenzierung und Interdependenz gesellschaftlicher Systeme netzwerkartige Organisationsformen generieren, die in unterschiedlicher Weise sozialwissenschaftlich bearbeitet werden. Gesellschaftstheoretische Ansätze analysieren diese Prozesse unter der Perspektive der Entstehung einer „*Netzwerkgesellschaft*“ (vgl. Castells 2001; Messner 1997). Politikwissenschaftliche Fragestellungen fokussieren sektorübergreifende Politiknetzwerke, die sich aus unterschiedlichen Akteuren bilden. Sozialwissenschaftliche Methoden stellen mit der Netzwerkanalyse ein Instrument zur Analyse von Beziehungen zur Verfügung. Gleichwohl bleibt ein terminologischer Dschungel bestehen: Netzwerke werden als Muster sozialen Tauschs, als Hybridform zwischen Markt und Hierarchie, als eigenständige Form jenseits von Markt und Hierarchie oder als Muster zwischenbetrieblicher Kooperation beschrieben (vgl. Windeler 2001, S. 20). Weyer definiert Netzwerke aus *soziologischer* Sicht als

„eine eigenständige Form der Koordination von Interaktion (...), deren Kern die vertrauensvolle Kooperation autonomer, aber interdependenter Akteure ist, die für einen begrenzten Zeitraum zusammenarbeiten und dabei auf die Interessen des jeweiligen Partners Rücksicht nehmen, weil sie auf diese Weise ihre partikularen Ziele besser realisieren können als durch nicht-koordiniertes Handeln“ (Weyer 2000, S. 11).

In der sozialwissenschaftlichen *Netzwerkanalyse* werden Netzwerke als „eine abgegrenzte Menge von Knoten oder Elementen und der Menge der zwischen ihnen verlaufenden sogenannten Kanten“ definiert (Jansen 2006, S. 58). Das Instrumentarium der Netzwerkanalyse ermöglicht die Untersuchung verschiedener Akteurskonstellationen von Dyaden, Gruppen bis hin zu umfassenden Netzwerken und verweist auf die Bedeutung des sozialen Kapitals (vgl. Jansen 2006, S. 26ff; Pappi 1987 sowie Kap. 3). Das Untersuchungsinstrument kann

in verschiedenen Handlungsfeldern angewandt werden, z.B. wird die Netzwerkanalyse von der Policyforschung aufgegriffen und angewandt (vgl. Beiträge in Jansen/Schubert 1995). In der *Policyforschung* werden gesellschaftliche Organisationsmuster und politische Steuerungs- und Einflussmöglichkeiten intersektoraler Netzwerke zwischen Staat, Wirtschaft und zivilgesellschaftlichen Akteuren untersucht (vgl. Mayntz 1996; Kenis/Schneider 1996). Die Policyforschung erhielt insbesondere vor dem Hintergrund der Diskussion um (Global) Governance einen Bedeutungszuwachs:⁹⁶ Politikwissenschaftliche Fragestellungen betrachten das Regieren im europäischen Mehrebenensystem als „Multi-Level Governance“ (Grande 2000), als ein Phänomen europäischer Politikverflechtung (Leibfried/Pierson 1998) und analysieren europäische Policy-Netzwerke als Verhandlungssysteme:⁹⁷ Die interorganisationalen Policy-Netzwerke produzieren ungeachtet der divergierenden Interessenlagen der Akteure kollektive Outputs, da der Modus der Verhandlung als dominante Logik dieser Netzwerke rekonstruiert werden kann (vgl. Mayntz 1996, S. 480). Die multilateralen Beziehungen zwischen den Akteuren auf der Grundlage einer kooperativen Orientierung sind anspruchsvoll, denn sie verlangen einen zusätzlichen Ressourceneinsatz sowie die Bereitschaft, auf die direkte Durchsetzung partikularer Interessen zu verzichten. Allerdings eröffnet die anspruchsvolle Form der Vernetzung auch Chancen für ressourcenschwache Akteure, sich besser durchzusetzen (vgl. Hamburger/Lauer/Stauf 2004a, S. 81). Im Sinne der Netzwerkanalyse können die einzelnen NGOs in den transnationalen Netzwerken, „die Knoten [darstellen], während die Interaktionen, Kommunikationsformen oder Inhalte der Vernetzung durch Linien angedeutet werden“ (Walk/Brunnengräber 1998, S. 119). Aus der Perspektive der Policy-Netzwerkforschung geraten insbesondere die Beziehungen zwischen den NGO-Netzwerken und den politischen Akteuren in den Blick. Für die vorliegende Fragestellung werden transnationale Netzwerke als ein **Typus von Organisationen** mit geringem Verfestigungsgrad betrachtet, in denen spezifische Handlungslogiken ausgebildet und bestimmte Ressourcen benötigt werden.⁹⁸ Charakterisierend für diese Form der Kooperation ist, dass nicht allein ein interner Interessenausgleich anvisiert wird, sondern die Akteure sich einem gemeinsamen übergeordneten Ziel (Zivilität!) verpflichtet fühlen (vgl. Walk 1998, S. 135). Dies unterscheidet die am Gemeinwohl orientierten NGOs und Netzwerke von anderen intermediären Organisationen.

⁹⁶ Vgl. Jäger/Schimank 2005.

⁹⁷ Vgl. Beiträge in Grande 2000, Jachtenfuchs/Kohler-Koch (2003), Kenis/Schneider 1996.

⁹⁸ Weitere Ansätze zu „Netzwerken“ sind z.B. das „issue network“ von Hecllo, oder der Zugang von Waardens, der Parameter von Netzwerken definiert, die zwischen Markt und formaler Organisation ansiedelt sind.

3.3.2 NGOs als Organisationen

Neben der wertgebundenen Ausrichtung zivilgesellschaftlicher Organisationen verweist bereits das „O“ im Begriff „NGOs“ auf deren Gemeinsamkeiten mit anderen Organisationen (vgl. Martens 2002, S. 36).⁹⁹ Insofern können die ausgewählten transnationalen Netzwerke ebenfalls organisationssoziologisch betrachtet werden. Die europäischen Netzwerke stellen einen komplexen organisatorischen Verflechtungszusammenhang dar, der aufgrund seiner konstituierenden Einheiten („Mitglieder“) unterschiedliche Organisationen vereint, die ihrerseits bereits einen hohen Grad an Verflechtungen und Organisationsstrukturen entfaltet haben. Insofern plädiert Anheier für die Einbeziehung der Organisationstheorie und -soziologie, um sich den zivilgesellschaftlichen Akteuren zu nähern:

„Aus der Organisationstheorie ist bekannt, dass multiple, überlappende Netzwerkstrukturen, die bereichsspezifische und sektorale Trennlinien überwinden, am ehesten Innovationsprozessen förderlich sind. (...) Für die weitere Theoriebildung dürfte es sich aber als fruchtbar erweisen, organisationssoziologische Erkenntnisse und Überlegungen zu sozialem Kapital und zivilgesellschaftlichen Strukturen miteinander zu verbinden“ (Anheier 2001, S. 69).

Auf diese Weise werden die Beziehungen zwischen den Akteuren eines transnationalen Netzwerks als *Interorganisationsbeziehungen* bzw. interorganisatorische Vernetzung konzipiert. Herausforderungen innerhalb dieser komplexen Netzwerkstrukturen stellen sich organisationssoziologisch u.a. im Hinblick auf die Bearbeitung der Kooperation und Konkurrenz und der damit verbundenen Kommunikationsleistungen.

Die Soziologie betrachtet Organisationen makrosoziologisch in ihrem Verhältnis zur „Gesellschaft“ und versucht auf der Grundlage sozialtheoretischer Ansätze wie beispielsweise der Strukturierungstheorie von Giddens das Verhältnis von Organisation und Gesellschaft neu zu fassen (vgl. Ortmann/Sydow/Türk 1997b, S. 22). Die Organisationstheorie sei bereits zu lange „affirmativ in die Reproduktion herrschender Verhältnisse eingebunden (...), sei es als Management- oder Organisationslehre, Human-Relation-Ansatz oder Transaktionskostentheorie“ (Türk 1997, S. 124).¹⁰⁰ Demgegenüber werden aus der Perspektive der

⁹⁹ Organisation meint hier „ein soziales System oder soziales Gebilde (...) im Hinblick auf die Gesamtheit aller geplanten und ungeplanten und unvorhergesehenen sozialen Prozesse, die darinnen oder in Beziehungen zu anderen (...) Systemen ablaufen.“ Weiterhin werden damit die Eigenschaften der Organisation umfasst wie z.B. Mitglieder, Grenzen, Rollengliederung, Werte und Normen (vgl. Hillmann 1994).

¹⁰⁰ Zu Türks Kritik an Ansätzen des Institutionalismus vgl. Türk 1997; zu weiteren Ansätzen aus der Organisationslehre und -soziologie vgl. exemplarisch Schreyögg 1996; Kieser/Walgenbach 2007.

Strukturierungstheorie Organisationen als reflexive Strukturierung konzipiert, die sich durch das Handeln zweckgerichteter Akteure reproduzieren (vgl. Ortman/Sydow/Windeler 1997, S. 325ff.). Interorganisationale Beziehungen entstehen dabei als intendiertes oder nicht-intendiertes Ergebnis organisationaler Praktiken. Wenngleich reziproke Beziehungen in Netzwerken überwiegen, können Kooperation und Wettbewerb in den Netzwerkstrukturen existieren.

Dies markiert z.B. einen Unterschied zu systemtheoretischen Ansätzen, innerhalb derer Netzwerke als Ergebnis von Selbstorganisation sowie als Resultat gleichberechtigter und vertrauensvoller Kooperation konzipiert werden (vgl. ebd.).¹⁰¹

Andere Zugänge nähern sich der „Organisationsgesellschaft“ (Jäger/Schimank 2005) aus der Perspektive Foucaults an: Organisationen werden in diesem Kontext „als ein allgemeines gesellschaftliches Dispositiv der Orientierung, Motivierung und Evaluation von Praktiken“ erfasst und analysiert (Bruch/Türk 2005, S. 90).

Türk betrachtet dagegen Organisationen als ein Prinzip der Verkörperung der kapitalistischen Gesellschaftsformation. Die Organisationen dienen der asymmetrischen Akkumulation von Ressourcen sowie der Strukturierung sozialer Ungleichheit (vgl. Türk 1991, S. 176).¹⁰² Die Interorganisationsbeziehungen werden vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Ausdifferenzierungsprozesse verortet, die (notwendige) Interdependenzen zwischen den gesellschaftlichen Handlungsfeldern evozieren. Die Interorganisationsbeziehungen entstehen als Reaktion der Organisationen auf komplexe Umwelteinflüsse, da die Akteure reduktive Strategien wie z.B. Kooperation und Koalitionsbildung entwickeln, um die jeweilige Bezugsorganisation kontrollieren zu können. Sie entfalten aber ebenso Strategien des Kampfs, der Kartellisierung, Kooptation, Personalverflechtung und Verfilzung (vgl. Türk 1978, S. 71f.). Die interorganisationalen Beziehungen können die Form von Input- oder Output-Beziehungen, von regulativen oder¹⁰³ kooperativen Beziehungen, von Konkurrenzbeziehungen zwischen Organisationen in einer ähnlichen Domäne oder von Konfliktbeziehungen annehmen (vgl. ebd., S. 69f.). Die Gestalt der Interorganisationsbeziehung verlagert damit die Steuerung an das Personal an den „Grenzstellen“ der Organisa-

¹⁰¹ Türk konstatiert im Jahr 1978 für die Organisationssoziologie die Paradigmen systemtheoretischer Konzeptionen (Parsons, Luhmann), strukturalistische Ansätze (zurückgehend auf Max Weber), ethnomethodologisch-phänomenologische und interventionistische Ansätze z.B. Agyris, Organisationsentwicklung (vgl. Türk 1978). Zur weiteren Diskussion vgl. Bruckmeier 1988, aus konstruktivistischer Sicht Kieser/ Kubicek 1992.

¹⁰² Zur Verknüpfung der Interorganisationsforschung und Netzwerkanalyse vgl. Jansen 1995.

¹⁰³ Hierbei nehmen Bezugsorganisationen vermittelnd oder regulierend auf die fokale Organisation Einfluss, z.B. durch Interessenorganisationen, Gerichte und Holdings (vgl. Türk 1978, S. 68).

tionen mit regulatorischer Funktion (ebd., S. 71). Im Kontext dieser vielfältigen Beziehungen können sich zur Steuerung der komplexen Interorganisationsbeziehungen Hierarchisierungen zwischen den Organisationen ausbilden, die sich in der Entstehung von Dachorganisationen ausdrücken können (vgl. ebd., S. 65f.).

Einen weiteren theoretischen Zugang eröffnet die Feldtheorie Bourdieus, die *Organisationen als Felder* unterschiedlich starker Akteure begreift. Die Vernetzungen und Interorganisationsbeziehungen zwischen den Organisationen resultieren aus der Sicht Bourdieus aus einem je spezifischen Strukturwandel, der die Kapitalverteilung im jeweiligen Feld verändert und dadurch Vernetzungsbestrebungen als Strategie von Kapitalakkumulation begünstigt. Diese Perspektive wird in Kapitel 5 eingehender dargestellt, da die Konzepte des Felds und des Kapitals als Analyse-Instrument für die empirische Studie herangezogen werden.

Auch in betriebswirtschaftlicher Sicht wird die Organisationslehre von Organisationen des Profitsektors mit sozialtheoretischen Ansätzen verbunden, wie Arbeiten von Sydow und Windeler zeigen. Die Studien zu Unternehmungsverflechtungen befassen sich u.a. mit Fragen des Netzwerkmanagements und der Netzwerkkoordination, die auch für „Nonprofit-Netzwerke“ relevant werden. Windeler konzipiert in einer strukturationstheoretisch angelegten Mehrebenenanalyse Netzwerke als Ausdruck von Macht, mit heterarchischen und hierarchischen Strukturen (Windeler 2001, S. 168f.). In den von Windeler analysierten Unternehmensnetzwerken wird den Netzwerkkoordinatoren ebenfalls eine zentrale Funktion zugesprochen, da sie die Kooperation der Mitglieder regulieren und überwachen (vgl. ebd., S. 49).¹⁰⁴ Darüber hinaus wird auf die Ausbildung eines spezifischen „Netzwerkwissens“ hingewiesen, das die Koordinatoren in dem doppelten Bezugsrahmen von Mitgliedern und Netzwerk vermitteln und moderieren. Dies geschieht in Form einer grenzüberschreitenden Vermittlung, dem „boundary spanning“: Die Drehpunktakteure („Pivot Player“) werden zu Vermittlungssystemen, die sich unterschiedlicher Medien bedienen und die widersprüchliche Handlungslogiken auszutarieren suchen (vgl. ebd., S. 195ff.), sie dienen

¹⁰⁴ Ein weiteren Zugang wählt Sydow, der aber den Begriff des „Strategischen Netzwerks“ von NGOs und Policy-Netzwerken abgrenzt. Strategische Netzwerke beziehen sich auf Unternehmensnetzwerke, die von einem fokalen Unternehmen mit dem Ziel des Wettbewerbsvorteils geführt werden. Die Kooperation dient hier allein dem Ziel größerer Wirtschaftlichkeit (vgl. Sydow 1993). Zu den Internationalisierungsprozessen im Unternehmensbereich und der damit verknüpften Ausdifferenzierungen von Unternehmensstrukturen vgl. Kieser/Walgenbach 2007, S. 260ff.

als „Antennen zur Warnung des Systems“ (Luhmann 1976, S. 224). Die Regulation im Sinne eines „boundary spannings“ stellt eine der herausragenden strategischen Aufgaben für eine gelingende Netzwerkarbeit dar, die zugleich eine Ansammlung von Netzwerkkapital nach sich zieht. Indem die Netzwerkkoordination ferner *reflexiv* wird, kann sie die Vernetzungsstrukturen überprüfen und dabei ein spezifisches Netzwerk-Wissen erwerben und generieren (vgl. ebd., S. 267ff.). Darüber hinaus werden aus betriebswirtschaftlicher Sicht die Organisationen (NPOs) analysiert. Schwarz formuliert ein Grundmodell von NPOs, das von mehrstufigen und mitgliedschaftlich-strukturierten Organisationen ausgeht und sich durch drei Subsysteme auszeichnet: Ein dezentrales Mitglieder-System, das durch Regional- oder Fachgliederungen gekennzeichnet wird, ein zentrales Leitungssystem, welches „ehrenamtliche Milizorgane“ umfasst und ein Realisationssystem, das operative Aufgaben ausführt. Die Koordination und Konfliktbewältigung zwischen den Subsystemen wird als das grundlegende Strukturproblem der NPOs angesehen (vgl. Schwarz 2005, S. 131ff.).

3.3.3 Europäische Netzwerke und europäische Interessenvertretung

Europäische NGO-Netzwerke werden nicht nur aus organisationssoziologischer Perspektive, sondern auch im Kontext politikwissenschaftlicher Untersuchungen zur verbandlichen Interessenvermittlung und -vertretung auf europäischer Ebene analysiert (Eichner/Voelzkow 1994; Pfeifer 1995; Teuber 2001; Greenwood 2003; Eising/Kohler-Koch 2005). Ohne auf diesen Forschungszusammenhang in Gänze eingehen zu können,¹⁰⁵ sollen einige Aspekte daraus dargestellt werden, um damit externe sowie interne Bedingungen für die Arbeit von NGOs und Netzwerken Sozialer Arbeit im europäischen Mehrebenengefüge zu verdeutlichen.

Interessenverbände vermitteln Interessen ihrer Mitglieder in den politischen Entscheidungsprozess hinein und informieren diese zugleich (vgl. Teuber 2001, S. 67). Entscheidend dabei ist, wie die Interessen vertreten werden, da einige Interessen besser artikuliert werden können als andere (vgl. ebd., S. 75). Aus dem Kontext des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung sind vielfältige Publikationen zu der Interessenpolitik in

¹⁰⁵ Zu den Entwicklungslinien und Entwicklungsphasen vgl. Eising/Kohler-Koch 2005b.

Europa entstanden (Eising/Kohler-Koch 2005a; 1995; Eising 1995).¹⁰⁶ Die Analysen beziehen sich auf verschiedene Sektoren, so konstatierten die Autoren bereits im Jahr 1995, dass das System der Interessenvertretung z.B. im Wirtschaftsbereich in der EU als heterogen und uneinheitlich charakterisiert werden kann (vgl. Eising/Kohler-Koch 1995, S. 179).¹⁰⁷ Dies ist auch auf andere Bereiche übertragbar, da die segmentierte und interdependente europäische Mehrebenenpolitik insgesamt eine Ausdifferenzierung der transnationalen Interessengruppenlandschaft verstärkte und eine Vielzahl an Zugangswegen eröffnete, der wiederum „eine Vielzahl verschiedenartiger Interessenorganisationen mit unterschiedlichen Einflussstrategien gegenüberstehen“ (ebd., S. 188f.).¹⁰⁸ In den meisten Sektoren der EU finden sich pluralistische Strukturen der Interessenvermittlung wieder, korporatistische Arrangements dagegen sind eher selten. In diesem Kontext erstaunt es nicht, dass die Europäischen Institutionen selbst einen pluralistischen Begriff von Interessengruppen favorisieren,¹⁰⁹ unter welchen die Interessenvertretung wirtschaftlicher und nicht-wirtschaftlicher Verbände subsumiert wird. Die Verwendung des Begriffs „Lobbying“¹¹⁰ im europäischen Kontext verweist ebenfalls auf pluralistische Strukturen sowie die (pluralistische) Rivalität von Interessengruppen auf europäischer Ebene (vgl. Teuber 2001, S. 76f.).

Bezogen auf Akteure der Interessenvertretung standen aus neofunktionalistischer Sicht zunächst die Interessenvertretung der Unternehmen, europäischer Verbände und professioneller Beratungsfirmen im Mittelpunkt. Erst seit kürzerer Zeit fokussiert sich die Aufmerksamkeit auf nicht-wirtschaftliche Interessengruppen in Europa. Nach Eising/Kohler-Koch

¹⁰⁶ Im Kontext des MZES ist eine Datenbank zum Thema "Regieren im Mehrebenensystem der Europäischen Union" unter dem Namen CONNEX (Connecting Excellence on European Governance) entstanden (vgl. <http://www.connex-network.org/>).

¹⁰⁷ Zu den Verbänden aus den unterschiedlichen Sektoren vgl. Eising 2001, S. 459ff. Furtak konstatiert für die Umwelt-NGOs, dass sie mittlerweile zu einflussreichen Akteuren in ihren Politikbereichen herangewachsen sind, auch wenn sie auf Leitlinien und Grundlagen der Politik kaum Einfluss nehmen können und im Vergleich zu wirtschaftlichen Interessengruppen weitaus weniger einflussreich sind. Im Vergleich zu den NGOs im Bereich der Menschenrechte und Soziales seien sie besser ausgestattet und können auf eine längere Präsenz in Brüssel zurückblicken (Furtak 2001, S. 262).

¹⁰⁸ Die Fragmentierung und Divergenzen europäischen NGOs resultieren ebenfalls aus ideologischen Spannungen, die sich z.B. entlang konfessioneller oder nationaler Konfliktlinien entfalten. Die Ausgestaltung dieser Konflikt- bzw. Konsenslinien steht in Zusammenhang mit der „rechtliche[n] und politische[n] Integration der Mitgliedsverbände in die jeweiligen Nationalstaaten, unterschiedliche[n] nationale[n] Organisationsprinzipien und -stile[n], divergierende[n] politische[n] Kulturen, schließlich die Prägung durch nationale Identitäten, bisweilen auch durch nationalistische Tendenzen“ (Fetzer 2002, S. 384). Fetzer zeigt auf, dass unter bestimmten politischen Fragestellungen die europäische Arbeit zugunsten nationaler Aktivitäten fallengelassen wird, da die europäische Ebene als eine von vielen Aktionsebenen verstanden wird.

¹⁰⁹ Vgl. dazu Ausführungen in Kapitel 3.3.3.

¹¹⁰ Zum Begriff des Lobbying auf europäischer Ebene vgl. Teuber 2001, S. 117.

stellen die nicht-wirtschaftlichen Interessengruppen eine vergleichsweise kleine Gruppe dar, nur ca. 17% der Euroverbände entfallen darauf (vgl. Eising/Kohler-Koch 2005, S. 17). Andere Akteure schätzen den Anteil der europäischen NGOs auf ca. 1/5 bis 1/3 der Akteure (vgl. EU Civil Society Contact Group, S. 19). Die NGOs sind trotz ihres schnellen Wachstums erst ab den 90er Jahren als „Nachzügler“ auf der europäischen Ebene erschienen (vgl. Garrec 2005, S. 29; Alhadeff/Wilson 2004, S. 3).

Einschneidende Ereignisse und Impulse, die zu einem Anwachsen europäischer Interessenvertretungen aus dem nicht-wirtschaftlichen Bereich führten, stellen europäische Vertragsabschlüsse wie z.B. der Vertrag von Maastricht dar. Im Zuge dieser Entwicklung der EU von einer wirtschaftlichen hin zu einer politischen Gemeinschaft erweiterte sich der Aktivitätshorizont zivilgesellschaftlicher Akteure. Allerdings weist Kohler-Koch auf die unterschiedlichen Bemessungsgrundlagen hin, die Anfang der 90er den Eindruck eines rasanten Wachstums vermittelten (vgl. Kohler-Koch 1992, S. 106). Dennoch manifestieren sich in den Entwicklungsphasen der Interessengruppen auch Auswirkungen europäischer Politikinitiativen, zumal von den europäischen Institutionen Impulse zur Gründung von NGOs in bestimmten Themenfeldern ausgehen.¹¹¹

Auf europäischer Ebene entwickelte sich die bereits dargestellte *stille* Interessenvertretung der Experten (vgl. Kaelbe, S. 131f.). Das europäische Entscheidungssystem sowie die schwächere Verbindung der NGOs zu politischen Parteien und der europäischen Öffentlichkeit führten zu einem sachlich-konsensualen Stil bei zurückhaltender Politisierung (vgl. Fetzer 2002) – dies trifft ebenfalls auf NGOs und Netzwerke im sozialen Bereich zu. Die europäischen Interessengruppen folgen tendenziell einer fachlichen Logik, während sich die nationale Interessenvertretung darüber hinaus auf die territoriale Dimension beziehen kann (vgl. Eising 2001, S. 457). Die stille Expertenöffentlichkeit bildet in Brüssel in den Sektoren spezifische „*communities*“ bzw. so genannte „cocktail circuits“ mit Vergemeinschaftungs- und Schließungstendenzen aus. Dabei können sich diese *communities* von Interessenvertretern gegenüber der nationalen Ebene abgrenzen oder aber sich gerade aufgrund von Gemeinsamkeiten entlang der nationalen Zugehörigkeit ausbilden wie z.B. gemeinsame Sprache oder Karrieremuster (vgl. Lahusen/Jauß 2001, S. 175). Unter dieser Perspektive rücken auch die *communities* der Organisationen und Netzwerke Sozialer Arbeit in den

¹¹¹ Am Beispiel der Gründung des EAPNs (European Anti-Poverty Network) im Rahmen des Armutsprogramms wird dies exemplarisch deutlich, die von deutschen Verbandsvertretern heftig kritisiert wurden (vgl. Schmid 1996a, S. 167).

Blick, die im weiteren Verlauf der Arbeit als Felder von zivilgesellschaftlichen Akteuren betrachtet werden können.

Betrachtet man nun die europäischen NGOs bzw. Netzwerke im sozialen Bereich, so werden diese Akteure sowie deren übergreifende Plattformen im Vergleich mit Interessengruppen aus dem Wirtschaftsbereich als relativ machtlos eingeschätzt (vgl. Beger 2004, S. 3). Übergreifende Kooperationen wie z.B. die European Platform of Social NGOs zollen diesem Tatbestand Rechnung und suchen mit Hilfe verschiedener Strategien ihre „Schlagkraft“ zu erhöhen (vgl. Kap. 7.3; 7.4.). Zugleich zwingt das komplexe europäische Lobbying-System nationale Akteure zur Kooperation mit europäischen NGOs und Netzwerken: „It is virtually impossible for any single interest or national association to secure exclusive access to the relevant officials or politicians“ (Kohler-Koch/Quittkat 1999, S. 16f.). Diese Prozesse werden von der Europäischen Kommission insofern gesteuert, da sie „prefer to communicate with one single interlocutor rather than with (...) different interest representatives“ (ebd., S. 5).

Insofern gelingt es den zivilgesellschaftlichen Akteuren im sozialen Bereich durch Kooperation und Vernetzung, ihre Zersplitterung und Heterogenität zu überwinden und sich aus der „ideologischen, thematischen wie auch geographischen Isoliertheit herauszubewegen“ (Boual 2003, S. 24). Dennoch dürfen die ausgeprägten europäischen Kooperationsstrukturen im sozialen Bereich nicht darüber hinwegtäuschen, dass zwischen den europäischen Interessengruppen auch Konkurrenzen entstehen und existieren (vgl. Teuber 2001, S. 76). Der Frage, inwiefern europäische Kooperationen wiederum neue Konkurrenzen und Kämpfe entfachen, soll in Kapitel 7 auf der Grundlage des empirischen Materials nachgegangen werden.

Das fragmentierte europäische Mehrebenensystem erleichtert einerseits den Zugang für Akteure, limitiert aber gleichzeitig „the impact of civil society actors“ (Greenwood 2003, S. 73). Die Widersprüchlichkeit steht im Zusammenhang mit den drei Politik-Säulen der EU, da diese Kontextbedingungen dazu führen, dass Interessenorganisationen nur in *bestimmten* Politikbereichen einen relativ guten Zugang erhalten. Dies trifft insbesondere auf die erste Politik-Säule der Gemeinschaftspolitik zu, innerhalb derer sich daher umfassende

Lobbyaktivitäten entfalten können (vgl. Sebaldt/Straßner 2004, S. 260).¹¹² Da die Gemeinschaftspolitik der EU sozialpolitische, umweltpolitische oder innenpolitische Aufgaben umfasst, können zivilgesellschaftliche Akteure aus dem sozialen Bereich ihre Aktivitäten in diesem Kontext entfalten.

Darüber hinaus eröffnen die europäischen Institutionen eine Vielzahl an Zugangspunkten und -wegen für Lobbying und zivilgesellschaftliche Organisationen: „In such a differentiated institutional setting, the problem of interest group is not a shortage but an over-supply of potential routes to influence“ (Europäisches Parlament 2003, S. 16). Die Vielzahl sowie die Zugänglichkeit von politischen Institutionen führt zu spezifischen Mustern der Interessenvertretung: Es bildet sich ein europäischer „Lobbyparcours“ aus (vgl. Sebaldt/Straßner 2004, S. 260), innerhalb dessen die europäischen Institutionen eine unterschiedliche Rolle spielen bzw. als unterschiedlich zugänglich wahrgenommen werden.¹¹³

- Die *Europäische Kommission* wird durch das Initiativrecht besonders in der Phase der Politikformulierung als Adressat bedeutsam. Über die Beeinflussung von Referenten in einem frühen Stadium, ergeben sich vielfältige Partizipationsmöglichkeiten für europäische NGOs und Netzwerke. Darüber hinaus bemühte sich die Kommission um den Aufbau europäischer NGOs, da sie auf externe Expertise angewiesen ist und sich durch die Nähe zu den zivilgesellschaftlichen Akteuren einen Legitimitätsgewinn erhofft (vgl. Fetzer 2002, S. 377). In der Beziehung zwischen Kommission und Interessengruppen hält die Kommission formal am Prinzip des offenen Zugangs fest und verzichtet bislang auf ein Akkreditierungssystem (vgl. Eising/Kohler-Koch 2005, S. 23).¹¹⁴
- Die Abgeordneten des *Europäischen Parlaments* stellen ebenfalls wichtige Adressaten für europäische Interessenvertreter dar (vgl. Sebaldt/Straßner 2004, S. 261). Neben den informellen Beziehungen strukturiert das Europäische Parlament die Beziehungen zu

¹¹² Weitere Kontextbedingungen ergeben sich aus den nationalen und internationalen Verbandssystemen, denen für die Organisation der Interessen eine Weichenfunktion zukommt (vgl. Eising/Kohler-Koch 2005, S. 24).

¹¹³ Zu der Bedeutung der einzelnen europäischen Institutionen für die Lobbyarbeit sowie den europäischen Entscheidungsprozess und Politikzyklus vgl. Pfeifer 1995; Fischer 1997; Lahusen/Jauß 2001; Teuber 2001.

¹¹⁴ Zu dem Rat der EU und der UN bzw. deren Beziehungen zu den akkreditierten NGOs vgl. EU Civil Society Contact Group, S. 23ff.

den Interessengruppen durch ein Akkreditierungssystem (Beger 2004, S. 6; Europäisches Parlament 2003).¹¹⁵

- Der *Rat der EU* und der *Europäische Rat* werden als relativ geschlossen und schwer zugänglich von den Interessengruppen erlebt. Allein einzelne Rats-Präsidentschaften sprachen ausgewählten NGOs gelegentlich Einladungen zu „consultation by grace and favour“ aus (vgl. Beger 2004, S. 6). Insofern adressieren europäische Interessengruppen den Rat vor allem im Hinblick auf seinen administrativen „Unterbau.“
- Der *Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss* (WSA) versteht sich als Repräsentationsorgan der „organisierten Bürger Europas“. Seine Aufgaben als „funktionale Versammlung“ ist noch immer auf die in den Römischen Verträgen festgelegten Ziele beschränkt (vgl. Smismans 2005, S. 117ff.). Allerdings versuchte der WSA im Zuge anwachsender Konsultationen der Kommission seiner Marginalisierung zu entgehen. Er profiliert sich daher als „Bridge between Europe and organised civil society.“ Die Begrenzung auf die „organisierte Zivilgesellschaft“ wird im europäischen Kontext häufig verwendet. Sie wird definiert als

„Gesamtheit aller Organisationsstrukturen, deren Mitglieder über einen demokratischen Diskurs- und Verständigungsprozess dem allgemeinen Interesse dienen und welche auch als Mittler zwischen öffentlicher Gewalt und den Bürgern auftreten (...). Zur organisierten Bürgergesellschaft zählen im einzelnen die so genannten ‚Arbeitsmarktparteien‘, also die Sozialpartner, Vertretungsorganisationen im sozialen und wirtschaftlichen Bereich, die nicht Sozialpartner im engeren Sinn sind; NGOs (‚Non-Governmental Organisations‘, also Nicht-Regierungsorganisationen), in denen Menschen gemeinsame Ziele verfolgen, z.B. Umweltorganisationen, Menschenrechtsorganisationen, Verbraucherschutzverbände, Wohlfahrtseinrichtungen, Aus- und Weiterbildungseinrichtungen etc; CBOs (Community-Based Organisations, also Organisationen, die aus der Mitte und von der Basis der Gesellschaft her entstehen und mitgliederorientierte Ziele verfolgen), z.B. Jugendorganisationen, Familienverbände und alle Organisationen, über die die Bürger am Leben in den Kommunen teilnehmen, und Religionsgemeinschaften“ (WSA 1999, S. 4f.).

Europäische Interessengruppen sind zumeist beratend eingebunden, erlangen aber selten Entscheidungs- und Implementationsbefugnisse im Kontext des WSA (Eising/Kohler-Koch 2005, S. 23).

Die Betrachtung zivilgesellschaftlicher Organisationen aus soziologischer und politologischer Sicht verdeutlicht die Kontextbedingungen und Gestalt der Akteure auf europäischer Ebene. In einem nächsten Schritt sollen diese allgemeinen durch spezifische Merkmale der europäischen Netzwerke Sozialer Arbeit ergänzt werden und damit auf den Untersuchungsgegenstand zugeführt werden.

¹¹⁵ Auf die Registrierungsstrukturen des Europäischen Parlaments soll hier nicht weiter eingegangen werden, da dem Europäischen Parlament für die hier im Zentrum stehenden europäischen Netzwerke nicht die zentrale Adressatenrolle zukommt, wie die Ergebnisse in Kapitel 7 aufzeigen.

3.3.4 Europäische Netzwerke Sozialer Arbeit

Welche Charakteristika bilden sich nun in dem Feld europäischer Akteure im sozialen Bereich aus? In der Folge sollen einige Strukturmerkmale der europäischen Netzwerke bzw. sozialen Nichtregierungsorganisationen skizziert werden. Neben den Funktionen der europäischen Netzwerke der Sozialen Arbeit wird das spezifische Beziehungsgefüge zur Europäischen Kommission für die Akteure relevant, die Gestalt und Handlungsorientierungen beeinflussen. Daran anschließend werden die Binnenstrukturen der Netzwerke unter dem Gesichtspunkt der Kommunikation und Kooperation in den Blick genommen.

Wie bereits dargestellt, bilden die europäischen Akteure eine heterogene Akteursgruppe, die darüber hinaus in den Segmenten und Sektoren verschiedene Entwicklungsphasen durchläuft. Schmid differenziert mit Blick auf die wohlfahrtsverbandlichen Organisationen in Europa unterschiedliche Typen von europäischen Verbänden, NGOs und NGO-Netzwerken:

1. Vertretungen nationaler Organisationen in „einer Familie“ wie z.B. Caritas Europa,
2. Gemeinsame Repräsentanzen wie z.B. das Büro der BAG FW in Brüssel,
3. Transnationale Arbeitsgemeinschaften in einem Handlungsfeld,
4. sektorale transnationale Kooperationen,
5. Organisationen, die gegen Honorar Lobbying anbieten,
6. bilaterale Einrichtungen (vgl. Schmid 1994, S. 471).

Eine weitere Einteilung nehmen zwei (ehemalige) Vertreter der Social Platform vor. Alhadeff/Wilson unterscheiden drei unterschiedliche Typen von Assoziationen auf europäischer Ebene mit Blick auf deren Entstehungszusammenhang: 1. Netzwerke, die auf Initiative der Kommission hin entstanden; 2. Netzwerke, die sich zur Erweiterung der Einflussnahme gründeten und nach Brüssel umsiedelten und 3. nationale oder internationale NGOs, die ein Büro in Brüssel eröffnen (Alhadeff/Wilson 2002, S. 3). Die EU Civil Society Contact Group führt ergänzend „umbrella-organizations“ an, die eine Vielzahl von NGOs in Europa bündeln (vgl. EU Civil Society Contact Group, 2006b).

Eine Differenzierung der Akteure nach der Art der Finanzierung führt Garrec an. Kommissionsinitiierte Netzwerkgründungen reichen bereits lange zurück, z.B. wurde die Plattform CLONG im Entwicklungshilfe-Bereich vor nahezu 30 Jahren durch die Kommission gegründet. Im sozialen Bereich entstanden durch die Kommission angeregte und finanzierte

Plattformen wie die Social Platform; Kommissionsgeförderte, thematische Netzwerke sind beispielsweise das European Anti-Poverty Network (EAPN), das European Disability Forum (EDF), die European's Women Lobby, European Network Against Racism (ENAR), die Platform AGE (The European Older People's Platform) und das Netzwerk ILGA (Europa International Lesbian and Gay Association – Europa) (vgl. Garrec 2005, S. 30ff.).¹¹⁶

Wenngleich die Heterogenität der Akteure auf europäischer Ebene auch im sozialen Bereich typisch ist, können anhand einiger Merkmale europäische Netzwerke im sozialen Bereich wie folgt definiert werden.¹¹⁷

Europäische Netzwerke im sozialen Bereich sind:

- durch mehr als zwei Organisationen konstituiert und damit *interorganisationale* Netzwerke, in denen NGOs bzw. Organisationen Sozialer Arbeit aus mehr als zwei Ländern zusammenarbeiten und kooperieren. Dies begründet zunächst rein deskriptiv den transnationalen Charakter der europäischen Netzwerke.
- Die europäischen Netzwerke Sozialer Arbeit weisen einen gewissen Grad an Organisiertheit und Strukturen auf. Diese Form europäischer Netzwerkarbeit überschreitet damit lose gekoppelte Beziehungen, die z.B. bei sozialen Bewegungen vorliegen können. Die auf Dauer gestellte Institutionalisierung zieht die Ausbildung von Organisationsstrukturen (meist nach belgischem Vereinsrecht), bestimmte Rollenverteilungen und Aufgabenteilungen unter hauptamtlich beschäftigtem Personal nach sich.
- Die multilateralen Beziehungsstrukturen bilden sich in unterschiedlicher Weise in den jeweiligen Netzwerken aus, da die Entstehungsgeschichte, die Zusammensetzung der Mitglieder und die Größe der Netzwerke erheblich variieren können. Neben den formalen Organisationsstrukturen des Netzwerks entstehen zugleich soziale Beziehungsnetzwerke, die quer zu den formalen Strukturen verlaufen können.

Der Begriff des *Netzwerks* wird folglich *deskriptiv* für eine *bestimmte Organisationsform* verwandt, die sich durch die Einbindung verschiedener Ebenen, heterogen-strukturierter

¹¹⁶ Zu der Budgetierung im Aktionsprogramm Kampf gegen Diskriminierung von 2001-2006, vgl. Kommission 2000c; Garrec 2005. In dem neuen europäischen Programm PROGRESS, das als integriertes Programm für Beschäftigung und soziale Solidarität für den Zeitraum von 2007-2013 anberaumt wurde, wird dem Ziel, die „Kapazität der Dachnetze auf europäischer Ebene zu entwickeln und die gemeinschaftlichen Strategien und politischen Ziele zur Bekämpfung von Diskriminierungen zu fördern und voranzutreiben“, ebenfalls Priorität eingeräumt (vgl. http://ec.europa.eu/employment_social/fundamental_rights/policy/prog_de.htm).

¹¹⁷ Dies lehnt sich an die Definition europäischer Netzwerke an, die im Kontext des Projekts „Netzwerke Sozialer Arbeit in Europa“ entstand (vgl. Hamburger/Lauer/Stauf 2004a, S. 84).

Mitgliedsorganisationen aus verschiedenen Ländern sowie durch eine Koordination auf europäischer Ebene auszeichnet. Diese deskriptive Verwendung des Begriffs für eine Organisationsform ist abzugrenzen von den *soziologischen* Begriffsverwendungen „soziale Netzwerke“ und „Policy-Netzwerke“, die nicht im Mittelpunkt dieser Studie stehen. Allerdings soll darauf hingewiesen werden, dass sich in den europäischen Netzwerken intern soziale Netzwerke ausbilden und dass sie durch Kooperationen mit anderen Akteuren an Policy-Netzwerken beteiligt sind.¹¹⁸

Im Sinne einer vorläufigen Typisierung wurde im Projekt „Netzwerke der Sozialen Arbeit in Europa“ auf der Grundlage der Entstehungsgeschichte von Netzwerken, der Gründungsakteure, der Gründungsmotivation, des Selbstverständnisses und des Aktivitätsspektrums des Netzwerks zwischen Selbsthilfenetzwerken, thematischen Netzwerken, politisch-infrastrukturellen Netzwerken, Protestnetzwerken und kirchlichen Netzwerken unterschieden.¹¹⁹ Wie die Ausführungen zur Organisationssoziologie zeigen, ist anzunehmen, dass die unterschiedlichen Netzwerktypen unterschiedliche Strukturen entwickeln und spezifische Herausforderungen innerhalb der Organisation oder des Netzwerks zu bewältigen haben. Zur Analyse einzelner Netzwerke empfiehlt sich daher eine fallorientierte Betrachtung, die im Kontext dieser Arbeit nicht geleistet werden kann.¹²⁰

Funktionen von europäischen Netzwerken

Den zivilgesellschaftlichen Netzwerken kommen vielfältige Funktionen zu, die insbesondere für die europäischen Institutionen von Interesse sind: Durch die Einbindung der Expertise der Netzwerke erlangen politische Entscheidungen eine Steigerung der Qualität und der Legitimität“ (Stauf/Lauer/Hamburger 2007, S. 418). Darüber hinaus ermöglichen die Themenpioniere ein Agenda-Setting, das sich nah an den Bedürfnissen von Betroffenen artikuliert, durch die Netzwerke als Diskurs konstruiert und in die politische Debatte eingebracht werden kann (Simsa 2001, S. 133). Insofern fungieren die zivilgesellschaftlichen Organisationen auch als Hoffnungsträger einer neuen europäischen und transnationalen Öffentlichkeit.

¹¹⁸ Der vorgestellte Netzwerkbegriff wird durch die Feldtheorie in Kapitel 5 erweitert. Hier werden Netzwerke als „Felder“ begriffen.

¹¹⁹ Zu der Beschreibung der Typen vgl. Hamburger/Lauer/Stauf 2004a.

¹²⁰ Zur fallorientierten Beschreibung z.B. des EAPNs vgl. Steffens 2005; für Netzwerke im Migrationsbereich vgl. Olk 2004 und Braun 2003.

Europäische Netzwerke

- Europäische Netzwerke stellen Wissen zur Verfügung und sorgen für Kompromisse und einen Konsens unter ihren Mitgliedern,
- Europäische Netzwerke beweisen, dass trotz der Sprachenvielfalt politische und theoretische Konzepte diskutiert und weiter entwickelt werden können, da durch die Auseinandersetzung ein fundierter Klärungs- und Verständigungsprozess angeregt wird (vgl. Boual 2003, S. 5),
- Europäische Netzwerke können Politikprozesse zwar nicht ersetzen, sie können aber als Katalysatoren der öffentlichen Meinung den Prozess unterstützen und qualitativ verbessern (Alhadeff/Wilson 2002, S. 10),
- Die europäischen Netzwerke ermöglichen den Zugang zu Informationen und Erfahrungs- und Informationsaustausch in ihrer Rolle als „Information Provider.“ Sie sind aber zugleich „Policy Maker“ und suchen im politischen Prozess die Interessen der Mitglieder zu vertreten,
- Europäische Netzwerke produzieren „rare Güter“ wie normative Konzepte, gemeinsame Überzeugungen und Solidarität, indem sie grenzüberschreitend ihre Ideen und Aktivitäten verknüpfen (Stauf/Lauer/Hamburger 2007; S. 423; Walk 1998, S. 139),
- Ferner beinhaltet die europäische Vernetzung die Chance, ein Gegengewicht zu dem ökonomischen Integrationsprozess zu entwickeln. Sie sind „Momente einer Integration von unten, d.h. von der Lebenswelt der sozial benachteiligten, kranken, behinderten, diskriminierten Menschen“ und vermitteln in dem komplexen Mehrebenensystem (vgl. Stauf/Lauer/Hamburger 2007, S. 418ff.).

Betrachtet man die Wettbewerbsstrategien der Interessengruppen bzw. die externen Relationen der zivilgesellschaftlichen Akteure, wird für die europäischen Netzwerke der „**europäische Ansatz**“ der Kommission entscheidend: Sie favorisiert *europäische* Akteure als Ansprechpartner. Die Institutionen benötigen innovative Partner und Multiplikatoren, die ihre Politik transportieren und dabei das Gleichgewicht der Macht nicht stören (vgl. Boual 2003, S. 24). Allerdings erwächst aus diesem Beziehungsgefüge die Gefahr eines staatlich geförderten Pluralismus, der aufgrund seiner administrativen Kalküle staatliche „Brückenköpfe (...) und Satelliten“ erschafft (vgl. Schmid 1996a, S. 159). Der europäische Ansatz birgt demzufolge für die europäischen (Dach-) Organisationen im sozialen Bereich Vor- und Nachteile:

- Die Organe der Europäischen Union sind an den Gesamtzielen der EU orientiert und müssen demzufolge einzelstaatliche Interessen gegenüber dem Ziel eines gemeinsamen Nenners zurückstellen.
- Darüber hinaus erscheint die Begrenzung auf europäische Gesprächspartner pragmatisch notwendig, da die europäischen Institutionen wie die Kommission nicht mit zivilgesellschaftlichen Organisationen aus 27 Ländern einen ausgewogenen Dialog führen können. Es wird als schlichtweg unmöglich angesehen, die unterschiedlichen Traditionen, Strukturen, Vielfältigkeiten und Widersprüchlichkeiten aller Akteure zu berücksichtigen und darüber hinaus deren Anliegen jeweils angemessen einordnen und beurteilen zu können (vgl. Jarré 2005, S. 257).
- Insofern adressieren die politischen Institutionen die europäischen Netzwerke als Repräsentanten der Akteure und verlagern die Kompromiss- und Konsensfindung in die europäischen Netzwerke hinein. Auf diese Weise fungieren sie für die Europäische Union als Garant, dass bereits intern ein Interessenausgleich und damit ein „europäischer Kompromiss“ generiert wurde. Dies entlastet die politischen Institutionen und schützt sie vor einer vermittelnden Richterrolle im Widerstreit divergierender Interessen (vgl. ebd., S. 256f.). Andererseits wird die Vielstimmigkeit und Pluralität der Zivilgesellschaft „verkürzt“ und in die Netzwerke selbst hineinverlagert.
- Die zivilgesellschaftlichen Akteure sind vergleichsweise schwach ausgestattet und größtenteils auf finanzielle Förderung und Unterstützung angewiesen. Insofern votieren europäische Vertreter von NGOs für eine Netzwerkförderung, damit europäische NGOs und Netzwerke ihre Funktionen optimal erfüllen können. Förderung impliziert dabei nicht allein die Bereitschaft zum Dialog sowie die politische und symbolische Aufwertung der Zivilgesellschaft, sondern umfasst gleichermaßen strukturelle Vorkehrungen für die Mitwirkung, eine offene und proaktive Informationspolitik und die finanzielle Unterstützung der Netzwerke (vgl. ebd., S. 258).
- Die intensive Arbeit der europäischen Netzwerke produziert ferner einen öffentlichen Raum, „in dem demokratische und politische Auseinandersetzungen über europäische Allgemeininteressen ausgetragen werden“ können (Boual 2003, S. 11).
- Die Mitglieder der europäischen Netzwerke sind darauf verwiesen, voneinander zu lernen, Konkurrenzen und Gegensätzlichkeiten auszutarieren und kompromissorientiert gemeinsame Lösungen zu erarbeiten. Daraus erwächst in den Netzwerken die Chance für Kooperationen, Koalitionen und strategische Allianzen (vgl. Jarré 2005, S. 258).

- Der europäische Ansatz kann einen Professionalisierungsschub auf nationaler Ebene auslösen. Durch die Partizipation in transnationalen NGO-Netzwerken können sich verstärkt nationale Dachorganisationen und Plattformen mit einer Filterfunktion herauszubilden (vgl. Klein 2001, S. 240f.). Allerdings kann die komplexe Kommunikation mit nationalen Organisationen die europäische Arbeit erschweren, da EU-Themen nicht anhaltend auf das Interesse unter den Mitgliedern stoßen. Die nationalen Mitglieder können an anderen europäischen Themen interessiert sein und delegieren daher Aufgaben an die Spezialisten vor Ort.

Die enge Beziehung zwischen Europäischer Kommission und den sozialen Nichtregierungsorganisationen, die z.B. über die Finanzierungsmodalitäten entsteht, stellt eine prekäre Situation für die NGOs dar: Da es sich zumeist um eine projektbezogene, temporäre und damit instabile Förderung der Netzwerke handelt, bleibt die Grundlage der Netzwerkarbeit immer von Planungsunsicherheiten belastet. Nur selten erhalten die europäischen Netzwerke ein „core funding“, das eine einjährige Finanzierung der Infrastrukturkosten ermöglichen soll.¹²¹ Kritisch wird angemerkt, dass sich viele europäische Organisationen der Hoffnung hingeben,

„in das Finanzierungskonzept der Kommission zu passen oder doch zukünftig eine solche Chance zu ergattern, oder die ganz einfach in der Erwartung überwintern, mit der Bezeichnung ‚europäisch‘ irgendwann zu Recht in die Brüsseler Existenz investiert zu haben“ (Kuper 1992, S. 57).

Insofern verwundert es nicht, dass die Europäische Kommission von der „organisierten Zivilgesellschaft“ spricht, an deren Organisation sie selbst teilhat. Betrachtet man die European Platform of Social NGOs („Social Platform“) - die auf Initiative der Kommission hin entstand und bis zu 90% von ihr finanziert wird – zeigt sich die Diffusität entlang der Frage nach der Autonomie: „Handelt es sich bei der Social Platform um einen Zusammenschluss „der selbst-organisierten Zivilgesellschaft oder um die Organisation der Zivilgesellschaft? (Boual 2003, S. 25). Diese Kritik wird an anderen Netzwerken deutlich, die

¹²¹ Ein „core funding“ erhalten z.B. die European Women Lobby (EWL), das European Network Against Racism (ENAR) und das European Environmental Bureau (vgl. EU Civil Society Contact Group 2006b, S. 20). Smismans verweist auf eine Finanzierungs Krise 1998, als der Europäische Gerichtshof 86 EU-finanzierte Projekte aus dem Programm „soziale Ausgrenzung“ stoppte. Dies zog für viele Netzwerke Probleme nach sich, da sie „gänzlich von der finanziellen Unterstützung von der EU“ abhängig waren (vgl. Smismans, S. 110). Diese Krise war ein Auslöser für eine intensivere Kooperation unter den sozialen NGOs, der in dem Zusammenschluss in der Social Platform mündete: „The NGOs had learnt the importance of alliance building between each other and of co-ordinating lobbying actions in Brussels with those in the capitals“ (Alhadeff/Wilson 2002, S. 5).

nicht nur gefördert, sondern von oben geschaffen wurden und nicht von unten gewachsen sind (vgl. Wasner 2005, S. 140). Durch die enge Verflechtung könnten sich zentrale Funktionen europäischer Netzwerke wie die Themenpionierschaft oder die Herstellung von Gegenöffentlichkeit einschränken. Daraus erwächst ein Spannungsfeld für europäische Netzwerke: Sie müssen ihr Handeln zwischen der notwendigen Kooperation mit den politischen Akteuren sowie der Notwendigkeit, gegenüber verschärfenden Problemlagen in Europa Position zu beziehen, austarieren (vgl. Boual 2003, S. 11). Dieser Balanceakt wird umso mehr dadurch erschwert, dass die NGOs und Netzwerke auf den Rückenwind der politischen Institutionen angewiesen bleiben, um ihre Forderungen überhaupt durchsetzen zu können: „Where the preferences of the institutions and the NGOs do not coincide, results are more difficult to achieve“ (Sudbary 2003, S. 92).

Darüber hinaus binden die Finanzierungskonzepte der Gemeinschaftsprogramme die Netzwerke in die Implementierung der Programmziele ein (vgl. Garrec 2005, S. 18) und erschweren damit die Ausübung der Funktionen europäischer Netzwerke. In diesem Kontext wird auch von den europäischen NGOs auf die daraus erwachsenden Risiken hingewiesen, die aus einer „over-dependency“ erwachsen können. Der Wettbewerb zwischen den Organisationen nimmt infolgedessen zu und bringt die Akteure dazu, „to be bound on the institutions agenda rather than being able to impose their own priorities“ (EU Civil Society Contact Group 2006b, S. 20).

3.3.5 Binnenstrukturen und Handlungswidersprüche

Wendet man sich den *Außenbeziehungen* und der nach außen orientierten advokatorischen Interessenvertretung zu, werden in der Literatur unterschiedliche Kriterien für eine erfolgreiche Interessenvertretung sowie unterschiedliche Strategien mit konfrontativer oder konsensuell-deliberativer Ausrichtung beschrieben (vgl. Lahusen/Jauß 2001, S. 106). Die Akteure bzw. die Netzwerkkoordinatoren und Lobbyisten müssen soziales Kapital erwerben, ihre fachliche Expertise und Informationskompetenz anbieten und die Interessen der Mitglieder organisationsfähig bearbeiten (vgl. Nollert 1997, S. 110ff.). Es bedarf demzufolge schnell arbeitender Netzwerkstrukturen, um effizient auf europäische Initiativen und Fragestellungen zu reagieren. Insofern empfiehlt sich für europäische Netzwerke eine sektorale Ausrichtung, d.h. eine Adressierung ausgewählter Generaldirektionen der Kommission. Weiterhin erhöht eine begrenzte Anzahl von Mitgliedern, eine geringe räumliche Distanz zu Brüssel und ein gewachsenes Dienst- und Fachwissen die Einflusschancen (vgl. ebd., S.

121). Brüssel avanciert auf diese Weise zu einer „insider town“ (Greenwood 2003, S. 73) mit einer spezifischen „Brussels strategy“ europäischer Interessengruppen, in der Vernetzung und Kooperation ein strategisches Handlungsmuster darstellt. Kooperationen, Koalitionen und Plattformen sichern den Netzwerken den Anspruch der Repräsentativität, ersparen eigene Kosten für eine Informationsbeschaffung und reduzieren die Unsicherheit im Feld, wie sich eine Nicht-Mitgliedschaft auswirken würde (vgl. Teuber 2001, S. 28). Netzwerkbildungen stellen insofern eine günstige Strategie dar „to synchronise their activities transnationally“ (Kohler-Koch/Quittkat 1999, S. 10). Insofern erstaunt es nicht, dass sich auch unter den NGOs ein „Vernetzungsfieber“ konstatieren lässt (vgl. Walk 1997, S. 195).

An die *Binnenstruktur* und das Management von europäischen Netzwerken stellen sich ebenso vielfältige Herausforderungen, die im folgenden Abschnitt betrachtet werden sollen. Nach Messner strukturieren sich europäische Netzwerke durch drei komplementäre Logiken: 1. Netzwerke optimieren ihre eigene Organisation (Binnenorientierung); 2. Sie definieren Interessen und vertreten sie gegenüber dem Staat/anderen Akteuren (Interessenvertretung); 3. Sie gestalten ihr Umfeld durch Kooperation im Sinne eines *cooperative competition* und müssen diese Spannungsgefüge im Sinne einer „*antagonistic cooperation*“ ausbalancieren (vgl. Messner 1997, S. 44ff.).

Diese Analyse wird von Walk erweitert, da neben den divergenten Interessen und unterschiedlichen Politikstilen in den vermeintlich heterarchischen Netzwerken die ungleiche Verteilung von Ressourcen bearbeitet werden muss, die zu unterschiedlichen Machtpositionen führt (vgl. Walk 1997, S. 195). Insofern zeigt ihre Analyse von NGO-Netzwerken im Kontext eines Klimagipfels, dass die drei Handlungslogiken von Messner um „Formen der Kommunikation, Kooperation und möglicher Konfliktstrategien“ ergänzt werden müssen. Auf diese Weise können erst Gefahren der Kooptation und Instrumentalisierung bearbeitet werden, die in den drei Subsystemen der NGOs (Mitglieder-, Leitungs- und Realisationssystem) ausgehandelt werden.¹²² Demzufolge nimmt die Bearbeitung und Reflexion des Spannungsverhältnisses von Konflikt und Kooperation eine zentrale Rolle ein. Bleibt diese

¹²² Walk entwickelt weitere Handlungsempfehlungen, wie z.B. gemeinsame Zieldefinitionen, gemeinsame Strategien auf der Grundlage einer homogenen Interessenlage, die Berücksichtigung von Kontextbedingungen, eine notwendige Institutionalisierung, um politikfähig zu werden, die Sicherstellung von Kommunikationsfluss als wichtigste Ressource des Netzwerks sowie das Vermeiden der Dominanz einzelner Akteure (Walk 1997, S. 216f.).

Auseinandersetzung aus, kann sich das Spannungsverhältnis als Fallstrick der NGO-Arbeit erweisen (vgl. Walk 1998, S. 130).

Kooperation und Kommunikation

Die Ansätze der Organisationstheorie und -soziologie verwiesen bereits auf die Bedeutung der „Knotenpunkte“ in netzwerkartigen Organisationsstrukturen. Diese Schnittstellen werden „zu hochempfindlichen Seismographen (...), dessen weltweit installierte Sensoren durch zahllose Erschütterungen pausenlos aktiviert werden“ (Guéhenno 1994, S. 90). In den vernetzten Strukturen avanciert Information zur Grundlage der Machtstruktur, die zugleich verteilter und verknüpfter wird (ebd., S. 91). Das Handeln von Personen lässt sich dann zunehmend – auf den verschiedenen Ebenen sozialer Differenzierung – als Management in Netzwerken rekonstruieren (vgl. Hamburger/Lauer/Stauf 2004a, S. 81). Die Leitung und Koordination in Netzwerken wird von „Vermittlern“ übernommen, die die Strukturen der Beziehungen im Netzwerk justieren.¹²³ Wesentliche Aufgaben erwachsen als Sensor nach außen sowie nach innen.

„Mächtig sein heißt dann, Kontaktstellen zu haben, im Netz verbunden zu sein, so dass Macht durch Einfluß, nicht durch Herrschaft definiert ist. Diese neuartige Struktur wird durch Kommunikationstechnologien möglich, die eine wesentlich flexiblere Informationsverarbeitung erlauben“ (Guéhenno 1994, S. 93).

Diese veränderten Bedingungen sind auch für europäische NGOs und Netzwerke von Bedeutung, da sich in den komplexen transnationalen Strukturen *Kooperation* intern sowie extern multipliziert. Die Kooperationsbeziehungen unter Mitgliedern und anderen NGOs sowie zu politischen Akteuren¹²⁴ verschieben Grenzen und be- und entgrenzen die Innen/Außen-Struktur fortwährend. Damit wird eine der zentralen Aufgaben der Kooperation erkennbar: Die Bearbeitung der Ungleichheit durch *Kommunikation über Differenz* – „Kooperation ist Kommunikation“ (vgl. Hamburger 2004, S. 192). Da Kooperationen umso ernsthafter betrieben werden, je schärfer die Konkurrenz unter Akteuren ausgebildet ist, versuchen Begriffsbildungen wie „coopetition“ die Dialektik von Konkurrenz und Kooperation zu erfassen (vgl. Howaldt/Ellerkmann 2005, S. 30). Frantz beschreibt NGOs zwar

¹²³ Die Thematik des Managements von NGOs im weiteren Sinne erhält Anregungen aus Publikationen, die z.B. „Lobbying als Beruf“ thematisieren (vgl. Lahusen/Jauß 2001) oder Struktur- und Managementprobleme aus betriebswirtschaftlicher Sicht aufgreifen (vgl. Badelt 1997; Schauer et al 2002; Becker et al 2005, Schwarz 2005).

¹²⁴ Natürlich trifft es auf alle Interessengruppen zu, dass ihre zentrale Funktion in der Aggregation, Selektion und Artikulation von Interessen liegt und damit in all diesen Funktionen „die besondere Bedeutung der Kommunikation“ deutlich wird (vgl. Sebaldt/Strassner 2004).

als herrschaftsfern, aufgrund des hohen kommunikativen Austauschs, allerdings stellen NGOs keinen herrschaftsfreien Raum dar, sondern sind in vielfacher Hinsicht durch Heterogenität bestimmt (vgl. Frantz 2005, S. 187ff.).

Im Wirtschaftssektor bilden sich vielfältige Kooperationsstrukturen aus (Franchising, Konsortium, virtuelle Strukturen, strategische Allianzen, Joint Venture), so dass spezifische Beratungszentren den Unternehmen Unterstützung bei ihrem Netzwerkmanagement anbieten.¹²⁵ Wenngleich sich die Kooperationsformen im sozialen Bereich vor allem als Interessengemeinschaften bilden, können dennoch Kriterien für erfolgreicher Kooperationen im Wirtschaftsbereich transferiert werden: Howaldt/Ellerkmann unterstreichen die Bedeutung der finanziellen Absicherung der Kooperation, um die gesetzten Ziele erreichen zu können. Ferner betonen sie den Aufbau einer Identität unter den Kooperationspartnern (vgl. auch Lauer 2005), vertrauensbildende Maßnahmen zwischen den Mitgliedern sowie die erfolgreiche Entwicklung „gemeinsamer Produkte“ (Howaldt/Ellerkmann 2005, S. 29). Faktoren wie Vertrauen, Konfliktfreundlichkeit, Lösungsorientierungen, Transparenz und Verbindlichkeit sind neben der Kommunikation zentral für gelingende Kooperationen (vgl. Dammer 2005, S. 38ff.). Zugleich sollte offen gelegt sein, wer von der Kooperation auf welche Weise profitiert, so dass Konkurrenzen und Machtverhältnisse offensiv gestaltet werden können (vgl. Daigler et al 1997, S. 344).

Die Kommunikation in europäischen Netzwerken der Sozialen Arbeit kann Auskunft über die (wahrgenommene) Machtverteilung in einem Netzwerk geben („Cliques“, „Eliten“) sowie über die bedeutsamen Kapitalarten in einem Netzwerk. Sie weist auf Widersprüche, Handlungslogiken und die Art und Weise der Informationsverarbeitung hin („Overload“, „Filter“). Im Kontext dieser Untersuchung steht weder ein mechanistisches Verständnis von Kommunikation im Sinne von „Sender-Empfänger-Modelle“ noch sollen technische Prozesse und Kommunikationsmedien betrachtet werden. Vielmehr soll in der Studie auf Fragen der Kommunikation in europäischen Netzwerken aus Sicht der Akteure und die damit einhergehende Kapital- bzw. Machtverteilung eingegangen werden. Dies wird z.B. auch in Organisations-Umwelt-Ansätzen wie der Theorie der Ressourcenabhängigkeit betont: Organisationen werden als abhängig von den Ressourcen in ihrer Umwelt verstanden; die organisationsinterne Machtverteilung wird von externen Prozessen mit beeinflusst (vgl.

¹²⁵ Vgl. das Kompetenzzentrum Netzwerkmanagement; Becker et al 2005, S. 8.

Pfeffer/Salancik 1978). Theis-Berglmair wendet sich der *Kommunikation* in Organisationen zu und fokussiert das Management der Interdependenzen in den Kommunikationsprozessen. Dabei wird für komplexe Organisationen zentral, wie wichtige von unwichtigen Mitteilungen unterschieden werden können, wie man zu einem gemeinsamen Kommunikationsstil findet, in welcher Art und Weise die Machtbeziehungen verhandelt und Koordinationsmechanismen entwickelt werden“ (Theis-Berglmair 1995, S. 189).

Unter den europäischen zivilgesellschaftlichen Akteuren kann in einem *weiteren* Sinne ein Konsens der Akteure in Bezug auf die „Zivilität“ angenommen werden. In einem *engeren* Sinne kann jedoch ein umfassender Konsens zwischen den einzelnen Netzwerkmitgliedern nicht vorausgesetzt werden. Dies stellt Herausforderungen an das Management von NGOs und NGO-Netzwerken.¹²⁶ Die Debatte um die Konsensfähigkeit in modernen Gesellschaften kann hierbei nicht in Gänze berücksichtigt werden, allerdings kann der Unterscheidung von drei Formen des Konsenses gefolgt werden: Der *Hintergrundkonsens* bezieht sich auf alle „selbstverständlichen Gegebenheiten, als welche sich die Grundstrukturen der gemeinsamen Welt vergesellschafteter Individuen darstellen“ (Giegel 1992, S. 9). Im *Ergebniskonsens* verstehen sich Akteure im Ergebnis, nicht jedoch in ihrer Argumentationsbasis. Ein Beispiel dafür sind Kompromisse, die aus unterschiedlichen Gründen Zustimmung erfahren. Der *Argumentationskonsens* dagegen erstreckt sich demgegenüber auf die Art der Begründung, die dann zu einem Ergebnis führt: „Dazu gehört, dass die Beteiligten fähig sind, Argumente einer kritischen Prüfung zu unterziehen und gegebenenfalls zurückzuweisen“ (ebd.). Inwieweit nun die Schwierigkeit überwunden werden kann, trotz eines hohen Dissenses in modernen Gesellschaften, Argumentationskonsense noch zu erreichen, kann hier nicht beantwortet werden.

Schimank unterstreicht aus systemtheoretischer Perspektive die Möglichkeit von einem „spezifischen Interessenkonsens trotz generellem Orientierungsdissens“ in modernen und polyzentrischen Gesellschaften, da der *grundsätzliche* Konsens nicht mehr zu erreichen sei (vgl. Schimank 1992). Die gesellschaftlichen Akteure verstehen wechselseitig die generellen Handlungslogiken der anderen und können sie strategisch reflektieren. Auf diesem Weg können sie prüfen,

„ob und wie sich die eigenen Interessen mit den von den anderen verfolgten Interessen vereinbaren lassen; dieses Wissen setzt einen Akteur dann in die Lage, die eigenen Interessen so in die Interessenhori-

¹²⁶ Zum Management in NGOs vgl. Beiträge zu Strategienentwicklung, Marketing, Personalmanagement, Controlling, Projekt- und Entscheidungsmanagement und Kooperationen in Badelt 1997; Becker et al 2005.

zonte der anderen zu projizieren, dass sich die eigenen Ziele den anderen als Mittel zur Erreichung ihrer Ziele darstellen“ (Schimank 1992, S. 258).

Um einen Interessenabgleich vornehmen zu können, bedarf es nach Schimank intensiver Kommunikationsbeziehungen in Form von Gesprächskreisen, Beratungsgremien und Verhandlungssystemen. In den Rahmungen können die eigenen Interessen repräsentiert und die anderen Akteure abgetastet werden, um auf dieser Basis „miteinander zu tragfähigen *spezifischen* Interessenskonsensen zu gelangen (vgl. ebd., S. 267). Diese Perspektive erscheint für die internen Koordinationsmechanismen der europäischen Netzwerke übertragbar, da sie die Konzeptionierung der Netzwerke als „Entscheidungsarenen“ (Eising/Kohler-Koch) oder als „Ergebnis von Strategien“ (Windeler 2001) bestätigt und verdichtet. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob in den europäischen Netzwerken Sozialer Arbeit Strukturbedingungen zu identifizieren sind, die die Chance auf einen lebensweltlich begründbaren verständigungsorientierten Argumentationskonsens vergrößern (vgl. Kap. 7.4.7).

Zauner/Simsa betrachten das Konfliktmanagement als zentrale Aufgabe in Non-Profit-Organisationen (NPOs), da gerade dort, „wo auf Konsens gesetzt wird, (...) mit Konflikt zu rechnen“ ist (Pankoke 1996, S. 65). Die Organisationskultur benötigt eine offene Kommunikation, um die Spannungsfelder und die Heterogenität durch Reflexivität zu bearbeiten¹²⁷ (vgl. ebd., S. 67ff.). Vor diesem Hintergrund können Konflikte als Motor der Weiterentwicklung konzipiert werden, die Unterschiede verdeutlichen und so eine Bearbeitung ermöglichen (vgl. Zauner/Simsa 1997, S. 332). Für NGOs bzw. NPOs werden allgemeine Spannungsfelder wie die Polarität von Person und Funktion, von Nähe und Distanz, Vertrauen und Kontrolle sowie die Veränderung und Bewahrung strukturgenerierend. Insbesondere vor dem Hintergrund gemeinsamer „Missionen“ der zivilgesellschaftlichen Organisationen entsteht die Gefahr, dass die Spannungsverhältnisse zugunsten der Vorstellung aufgelöst werden, man sei an einem „Ort der lebendigen Kooperation, der Gemeinschaft und Geselligkeit“ (ebd., S. 331). Da die NGOs aber meist aufgrund eines bestimmten gesellschaftlichen Konflikts entstanden, bilden sich innerorganisatorisch unterschiedliche Deutungsmuster ab, die Konflikte hervorrufen können (vgl. ebd., S. 334ff.). Insofern

¹²⁷ „Reflexivität bedeutet also nicht jene introvertierte Beschäftigung mit sich selbst (...). Reflexive Relationen (...) setzen die Bereitschaft voraus, sich sensibler auf ‚Umwelt‘ einzustellen, auf die Ideen und Interessen, Belange und Bedürfnisse der Zielgruppe und Bezugsgruppen zu hören, ja davon zu lernen“ (Pankoke 1996, S. 79).

sollte die harmonisierende Betrachtung zugunsten einer reflexiven und konfliktoffenen Perspektive aufgegeben werden.

Spezifische Konfliktlagen ergeben sich für NGOs, da sie erstens aufgrund ihrer vermittelnden Position für eine Vielzahl von Akteuren kommunikativ anschlussfähig sein müssen und aufgrund des *Mitglieder-, Leitungs- und Realisationssystems* (vgl. Schwarz 2005) unterschiedliche Handlungslogiken generieren. Zum Zweiten müssen die Organisationen Spannungen zwischen dem ehrenamtlichen und hauptamtlichen Personal bearbeiten. Wenngleich die Ehrenamtlichen (bei den europäischen NGOs insbesondere die Vorstände bzw. „Boards“ der Netzwerke) soziales Kapital und spezifische Kompetenzen einbringen, unterscheiden sie sich habituell und organisatorisch von der professionalisierten Arbeit der hauptamtlich Beschäftigten. In der Studie von Frantz werden vier Karrieretypen in NGOs aufgezeigt: Der NGO-Technokrat, NGO-Generalist, der NGO-Theologe und der NGO-Quereinsteiger, die sich je spezifisch auf eine professionelle Fachlichkeit berufen. Dessen ungeachtet ist ein inhaltliches Commitment in den wertgebunden NGOs notwendig (vgl. Frantz 2005, S. 293). Die ehrenamtlichen Engagierten können demgegenüber verstärkt an der Wertorientierung festhalten. Auch Schwarz unterstreicht, dass die Schnittstelle zwischen dem ehrenamtlichen und hauptamtlichen Personal den „neuralgischen Punkt“ der Organisationsstruktur markiert, an dem „massive Konflikte im Kompetenz- und Machtbereich“ entbrennen (Schwarz 2005, S. 136). Am Beispiel der internationalen NGOs konstatiert Klein, dass „Fallstricke“ der NGO-Arbeit in der Konkurrenz um Ressourcen, den internen Konfliktlinien, der zunehmenden Bürokratisierung und Kommerzialisierung, den Tendenzen der Kooption, der Entradikalisierung, der Abhängigkeit von staatlichen Akteuren (Kooptions- und Absorptionsfälle) liegen (vgl. Klein 2001, S. 241).

Dies allein verdeutlicht, dass von den NGO-Akteuren eine Streitkultur in den NGOs als wesentlicher Bestandteil einer Organisationskultur betrachtet wird, um die verschiedenen Vorstellungen von Interessen z.B. zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen auszubalancieren (vgl. Frantz 2005, S. 189). Ferner kann auch eine hohe Personalfuktuation in Kooperationen zu Konflikten führen (vgl. Howaldt/Ellerkmann 2005, S. 29).

Darüber hinaus entstehen zwischen nationalen Mitgliedern und europäischen Kooperationsstrukturen Konflikte, da nationale Mitglieder bereits eigene Zugänge z.B. zum europäischen Feld aufbauten und im Zuge der Kooperation – um in betriebswirtschaftlicher Terminologie zu sprechen – den „Verlust von zentralen Kompetenzen des eigenen Unternehmens und damit die Gefährdung der Wettbewerbsfähigkeit“ fürchten (vgl. ebd.).

Je nach Organisationskultur bilden sich verschiedene Muster der Konfliktbearbeitung aus. Zauner/Simsa unterscheiden Kompromiss und Konsens: Der Kompromiss wird als Einigung verstanden, bei der wesentliche Interessen berücksichtigt wurden. Der Konsens dagegen entwickelt auf der Grundlage der sich widersprechenden Interessenlagen eine kreative, neue Lösung und evoziert auf diese Weise Lernprozesse bei den Beteiligten. Für eine Konsens-orientierte Problemlösung bedarf es allerdings weitreichender und systematischer „interner Verhandlungs- und Reflexionssysteme“, um die Aushandlung von Konsens und Dissens zu institutionalisieren sowie die konfliktgenerierenden Widerspruchsfelder zu bearbeiten (vgl. Zauner/Simsa 1997, S. 341f.). Frantz referiert auf der Grundlage einer Befragung von Hauptamtlichen in NGOs Merkmale gewünschter Organisationskultur: Neben einer Inhaltsorientierung und Fachlichkeit, stellen Risikobereitschaft, Leistungsorientierung, Gestaltungsoptionen, Transparenz und Teamkultur sowie eine Kommunikations- und Streitkultur gewünschte Aspekte einer Organisationskultur dar (vgl. Frantz 2005, S. 192). Moser schildert vor dem Erfahrungshintergrund des EAPNs, dass für die europäische Netzwerkarbeit Fingerspitzengefühl und gegenseitiges Vertrauen notwendig sind: Man benötige Personen, „die mehr als nur sich selbst und ihre eigene Organisation vertreten und die auch abwägen können zwischen der politisch (...) notwendigen Provokation (...) und dem, was das Netzwerk und seine Mitglieder aushalten kann“ (Moser o.J., S. 4). Darüber hinaus verbindet sich die Arbeit in NGOs aufgrund der Sinnhaftigkeit mit einem hohen Prestige: „Die Arbeit für eine NGO begünstigt fast notwendigerweise die ständige Reflexion der Umwelt über kulturelle, soziale und nationale Grenzen hinweg“ (Frantz 2005, S. 190). Insofern treten organisationsintern soziale Kompetenzen in den Vordergrund, Reflexionsbereitschaft, Kontaktfähigkeit, Kommunikationsbereitschaft und Toleranz werden zu Schlüsselqualifikationen (ebd., S. 191).

Die dargestellten Rahmenbedingungen für europäische Netzwerke Sozialer Arbeit zeigen die Herausforderungen für die Wettbewerbs- und Governancestrategien auf, die durch die Auswertung der Experteninterviews in Kapitel 6 und 7 vertieft und ergänzt werden sollen. Im folgenden Kapitel rückt erneut das Beziehungsgefüge der europäischen Netzwerke im sozialen Bereich und der Europäischen Kommission in den Blick: Das Konzept des „zivilen Dialogs“ verweist auf den Versuch der Kommission, die Beziehungen zur „organisierten Zivilgesellschaft“ zu institutionalisieren.

3.4 Der zivile Dialog in der Europäischen Union

Die Beziehung zwischen den europäischen Institutionen und zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie den Interessengruppen insgesamt nahm über die Jahre eine spezifische Entwicklung. Wenngleich die Definitionen von Zivilgesellschaft innerhalb Europas voneinander abweichen, so besteht unter den europäischen NGOs und Netzwerken ein Konsens über die Notwendigkeit eines Dialogs mit den europäischen Institutionen. Für diese Zusammenarbeit der Kommission mit den europäischen Nichtregierungsorganisationen und Netzwerken wird mittlerweile der Begriff „*ziviler Dialog*“ verwandt. Allerdings fokussiert diese Debatte des zivilen Dialogs nur einen bestimmten Ausschnitt der „europäischen Zivilgesellschaft“, die im EU-Jargon als „organisierte Zivilgesellschaft“ bezeichnet wird.

Der zivile Dialog bezeichnet den Versuch, die Relationen und Interaktionen zwischen europäischem „Staat“ und „Zivilgesellschaft“ zu konzipieren und zu strukturieren. Mit diesem Konzept verspricht sich die Europäische Kommission erhöhte Expertise und Legitimitätszuwachs; die zivilgesellschaftlichen Organisationen im Umfeld der EU erhoffen sich demgegenüber eine stärkere Partizipation und eine Stärkung der europäischen Öffentlichkeit.¹²⁸ Um diesen Dialog möglichst offen zu führen, verzichtet die Kommission auf ein Akkreditierungs- und Registrierungssystem:

„Die Kommission möchte interessierte Parteien auf einer möglichst breiten Basis konsultieren und sicherstellen, dass jede interessierte Partei, ungeachtet ihrer Größe oder finanziellen Rückendeckung, die Möglichkeit erhält, von der Kommission angehört zu werden“ (http://ec.europa.eu/civil_society/apgen_de.htm).

Die Entwicklungsschritte dieses Dialogs und die damit verbundenen „Streitpunkte“ zwischen Europäischer Kommission und europäischen Netzwerken der Sozialen Arbeit sollen in der Folge nachgezeichnet werden.

Im Zuge des „Konvents über die Zukunft der Europäischen Union“ zur Vorbereitung des Verfassungsentwurfs wurde die Einbeziehung der Zivilgesellschaft¹²⁹ thematisiert und zugleich Realität, der Konvent war gleichfalls ein „Beweis für das Auftreten der Zivilgesellschaft durch die Beteiligung der NGOs“ (Boual 2003, S. 7). Diese Phase markierte einen „exceptional change“ in der Beziehung der europäischen Institutionen und zivilgesell-

¹²⁸ Das Generalsekretariat der Kommission unterhält eine Website, die den Dialog zur Zivilgesellschaft vorstellt und den Konsultationsprozess als Teil der Politikgestaltung einordnet, vgl. http://ec.europa.eu/civil_society/apgen_de.htm, Stand Juni 2007.

¹²⁹ Zur Einbindung der NGOs während des Konvents vgl. Maurer/Kietz/Crespy 2005.

schaftlichen Organisationen (vgl. Beger 2004, S. 8).¹³⁰ Die Partizipation zivilgesellschaftlicher Akteure fand ihren Niederschlag in dem Verfassungsentwurf, da der „zivile Dialog“ aufgenommen wurde (vgl. Artikel I-46 VVE).¹³¹ Nach dem Scheitern der Ratifizierung des Verfassungsvertrages wird nunmehr in den Reformverträgen von Lissabon¹³² die Charta der Grundrechte nicht explizit Teil der Verträge, doch sie genießt die gleiche Rechtsverbindlichkeit, wobei Ausnahmeregelungen im Sinne des „opting out“ für Polen und Großbritannien bestehen bleiben.

3.4.1 Entwicklungsschritte des zivilen Dialogs

Die Kommission ist laut Gründungsverträgen zum Dialog und zur Anhörung zivilgesellschaftlicher Akteure verpflichtet. Das *Protokoll Nr. 7 über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit* legt bereits im Vertrag von Amsterdam fest, dass die Kommission „vor der Unterbreitung von Vorschlägen für Rechtsvorschriften außer im Falle besonderer Dringlichkeit oder Vertraulichkeit umfassende Anhörungen durchführen und in jedem geeigneten Fall Konsultationsunterlagen veröffentlichen sollte“ (http://ec.europa.eu/civil_society/apgen_de.htm).¹³³

Die Entwicklung der Zusammenarbeit unterscheidet sich allerdings in den Politikbereichen: Die europäischen Umwelt-NGOs blicken bereits auf eine relativ lange Tradition einer Zusammenarbeit zurück und unterhalten mittlerweile regelmäßige Konsultationen mit der betreffenden Generaldirektion der Kommission (vgl. Alhadef/Wilson 2002, S. 6). Die Generaldirektion Handel etablierte bereits 1998 einen Dialog mit relativ offenen Zugangsvoraussetzungen:¹³⁴ Im Zuge einer Registrierung artikulieren die zivilgesellschaftli-

¹³⁰ Den zivilgesellschaftlichen Organisationen gelang es jedoch nicht, einen beratenden Status der Organisationen im Bereich von Bekämpfung sozialer Ausgrenzung zu erreichen. Diese Forderungen der Gruppe „Soziales Europa“ des Konvents fanden keine Berücksichtigung (vgl. Wasner 2005, S. 136).

¹³¹ Die Artikel aus dem VVE: 1. Die Organe geben den Bürgerinnen und Bürgern und den repräsentativen Verbänden in geeigneter Weise die Möglichkeit, ihre Ansichten in allen Bereichen des Handelns der Union öffentlich bekannt zu geben und auszutauschen; 2. Die Organe pflegen einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit den repräsentativen Verbänden der Zivilgesellschaft“ (vgl. Artikel I-46 VVE). Zur weiteren Einordnung der einzelnen Artikel des Verfassungsvertrages vgl. Beger 2004.

¹³² Die Reformverträge sollen im Dezember 2007 unterzeichnet und bis 2009 in den Mitgliedsstaaten ratifiziert werden.

¹³³ In den Gründungsverträgen sind die spezifischen Konsultationsrahmen für die beiden institutionalisierten Beratungsgremien – den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – festgelegt (vgl. http://ec.europa.eu/civil_society/apgen_de.htm).

¹³⁴ “The objective of this dialogue is to develop a confident working relationship between all interested stakeholders in the trade policy field and to ensure that all perspectives to EU trade policy can be heard” (<http://trade.ec.europa.eu/civilsoc/index.cfm>). In der Generaldirektion Außenhandel besteht seit 1998 ein institutionalisierter Rahmen für den Dialog mit NGOs: Neben regelmäßigen Treffen entstanden ebenfalls

chen Organisationen, an welchen Meetings und Delegationen sie partizipieren möchten. Die Generaldirektion Handel richtete darüber hinaus als erste Generaldirektion ein Civil Society Liaison Office ein (vgl. Beger 2004, S. 5f.). Dieses Modell avancierte zum Vorbild der Zusammenarbeit mit europäischen NGOs (vgl. Alhadeff/Wilson 2002, S. 7). Im Feld der Entwicklungshilfe wurde bereits 1993 ein „Partnerschaftsrahmenvertrag“ (PR) mit europäischen NGOs geschlossen, der im Jahr 2000 von über 160 NGOs unterzeichnet wurde.¹³⁵ Die Zusammenarbeit im Bereich der Menschenrechtspolitik war eher unstrukturiert, da nur größere NGOs wie Amnesty International oder Human Rights Watch durch umfassendes Lobbying und Öffentlichkeitsarbeit eine effiziente Netzwerkarbeit gestalten konnten (vgl. Alhadeff/Wilson 2002, S. 6). Im sozialen Bereich entwickelte sich erst relativ spät eine strukturierte Form der Zusammenarbeit. Die European Platform of Social NGOs („Social Platform“) mit ihren über 40 europäischen Mitgliedern entwickelte sich zu der treibenden Kraft, die einen strukturierten und rechtlich abgesicherten Dialog im Sinne eines Vertragsartikels forderte. Mittlerweile wird die Social Platform durch die Kommission zweimal jährlich konsultiert, wobei die formalen Kommunikationsstrukturen durch informelle Kommunikation ergänzt wird (vgl. Beger 2004, S. 5; Alhadeff/Wilson 2002, S. 6).

Ungeachtet dieser Segmentierung und der Entwicklung der verschiedenen Formen der Zusammenarbeit lässt sich mittlerweile ein Interesse der Europäischen Kommission konstatieren, diese vereinzelt Formen unter einer Perspektive weiter auszugestalten. Nach der vorangegangenen und vereinzelt Zurkenntnisnahme von Interessengruppen – zum Beispiel in der Mitteilung der Kommission *Ein offener und strukturierter Dialog zwischen der Kommission und den Interessengruppen* von 1992¹³⁶ – wurde über einen zivilen Dialog vor allem im Umfeld der sozialen NGOs bzw. der Generaldirektion Beschäftigung & soziale

thematische Diskussionsgruppen. Seit 1999 nehmen NGO-Vertreter auch als Delegierte der Kommission bei WTO-Verhandlungen teil (vgl. Garrec 2005, S. 16f.).

¹³⁵ Beger unterstreicht dagegen die erfolgreiche Arbeit der Menschenrechts-NGOs auf europäischer Ebene. Es sei zwar eher unstrukturierte Zusammenarbeit, aber der Dialog sei durch „well target lobbying and media work“ erfolgreich gewesen (vgl. Beger 2004, S. 5).

¹³⁶ Die Mitteilung bezog sich ausschließlich auf „Interessengruppen“, deren Anzahl in Brüssel zu dem Zeitpunkt der Mitteilung auf ca. 3000 Interessengruppen geschätzt wird. Die Mitteilung weist auf zwei unterschiedliche Formen des Kontakts hin: Beratende Ausschüsse und informelle Ad-hoc-Kontakte (Kommission 1992, S. 1). Im Nachgang der Mitteilung entstand ein erstes Verzeichnis der Interessengruppen, das später in die Online-Datenbank *CONECCS* überführt wurde.

Angelegenheiten diskutiert.¹³⁷ Nach 1998 griff der Diskurs auf andere Politikfelder über und wurde von der Kommission ab dem Jahr 2000 als Element einer Verwaltungsreform im Kontext des „Europäischen Regierens“ aufgegriffen. Das Thema der Beteiligung der Zivilgesellschaft wurde nunmehr unter Kommissar Prodi vorangetrieben und zog einen Prozess nach sich, der in der Folge skizziert werden soll.

In der Debatte um einen zivilen Dialog verdeutlicht sich das institutionelle Eigeninteresse der europäischen Institutionen (vgl. Smismans 2005, S. 106). Die Kommission suchte die Nähe zu zivilgesellschaftlichen Akteuren insbesondere vor dem Hintergrund der Legitimationskrise der EU: Die EU entdeckte die zivilgesellschaftlichen Organisationen als Quelle demokratischer Legitimation und als Basis für ihre administrativen Reformen und plante daraufhin, die zivilgesellschaftlichen Organisationen aufzuwerten (vgl. ebd., S. 109f.).¹³⁸

Die Forderungen nach einer Institutionalisierung des Dialogs fanden im Diskussionspapier „*Ausbau der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Kommission und Nichtregierungsorganisationen*“ im Jahr 2000 seinen ersten Niederschlag. Es bezieht sich erstmalig auf die Beziehungen zwischen Kommission und EU in *allen* Bereichen (vgl. ebd., S. 111). Es sollte „als erster Schritt in einem Prozess, der auf einen umfangreichen Gedankenaustausch mit den NRO“ ausgelegt war, verstanden werden (Kommission 2000b, S. 27). Die Definition der NGOs wurde weit angelegt und „die Fähigkeit europäischer NRO-Verbände und -Netze, die Ansichten der verschiedenen einzelstaatlichen NRO zu kanalisieren und zu bündeln“ als nützlich für die Kommission bewertet (ebd., S. 6). Dennoch formuliert die Kommission in dem Diskussionspapier Anforderungen an die NGOs bzgl. ihrer *Repräsentativität* sowie der Kontrollen im Zuge der Fördermittelvergabe (vgl. ebd., S. 9ff.). Darüber hinaus zeichnet sich bereits in diesem Diskussionspapier das Interesse der Kommission ab, allein mit *ausgewählten Partnern* in den Sektoren zusammenarbeiten zu wollen: Die hohe Dynamik im Sektor erschwere es der Kommission mit „den Entwicklun-

¹³⁷ Der von der Social Platform und anderen Netzwerken eingeforderte zivile Dialog sollte Konsultationen und Konzertierung umfassen und durch etablierte Strukturen gestützt werden. Das Konzept blieb zunächst auf den Bereich der Sozialpolitik begrenzt. Gemeinsam mit dem Europäischen Parlament wurde 1996 ein *Sozialforum* als breite Konsultation über die generelle Richtung der europäischen Sozialpolitik einberufen (Smismans 2005, S. 108). Im Vorfeld dieses Forums wurde die Vereinbarung über zweimal jährliche Konsultationen mit der Platform of European Social NGOs geschlossen, so dass die Platform daraufhin als „dauerhafter Rahmen für die Kooperation und Interaktion mit den europäischen Institutionen“ arbeiten konnte (ebd.).

¹³⁸ Die Auseinandersetzung um den Beitrag und die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen zur Verbesserung des Demokratiedefizits der EU sollen hier nicht weiter beleuchtet werden. Vgl. dazu Sudbery 2003; EU Civil Society Contact Group 2006b.

gen Schritt zu halten“ so dass eine Zusammenarbeit der NGOs in europäischen „Netzen“ befürwortet wird (ebd., S. 8ff.).

Die Social Platform begrüßte dieses Diskussionspapier, kritisierte aber zugleich die ausbleibende rechtliche Grundlage für die Zusammenarbeit sowie die ausbleibende mehrjährige Basisfinanzierung für die NGO-Netzwerke. Ferner wendet sie sich gegen das ambivalente Kriterium der „Repräsentativität“ und votiert demgegenüber für einen qualitativen Vertretungsanspruch:

“Whilst the Platform agrees that geographical representativeness is an important feature for European NGOs, it is not the role of NGOs to act as elected representatives, but to advance the interest of their constituencies. The term “representativeness”, when applied to NGOs, thus seems ambiguous because their “representativeness” is primarily qualitative: it is deep-rooted in the nature of the relationships established by NGOs on the ground” (Social Platform 2000).

Im darauf folgenden Jahr wurde dem Dialog mit der Zivilgesellschaft im Weißbuch „*Europäisches Regieren*“ (2001) eine besondere Stellung eingeräumt, wenngleich die Kommission einen unscharfen und breiten Begriff der Zivilgesellschaft beibehielt, der eine große Palette an Organisationen und Akteuren als „Frühwarnsystem“ einschließt:

„Die Zivilgesellschaft umfasst folgende Elemente: Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände („Sozialpartner“), NRO, Berufsverbände, gemeinnützige Einrichtungen, gesellschaftliche Basisgruppen, Organisationen, über die sich die Bürger am lokalen und kommunalen Leben beteiligen, insbesondere Kirchen und Religionsgemeinschaften“ (Kommission 2001, S. 19).¹³⁹

Auf der Grundlage der Grundsätze des „Guten Regierens“ – Offenheit, Partizipation, Verantwortlichkeit, Effektivität und Kohärenz – sollte sich eine Konsultations- und Dialogkultur nach spezifischen Regeln und Standards entwickeln (vgl. ebd., S. 22). Die Social Platform begrüßte in ihrer Stellungnahme im März 2002 „that civil society is identified as a key element in promoting more involvement in shaping and implementing EU policy” (Social Platform 2002a). Allerdings kritisiert sie die weite Definition von „Zivilgesellschaft“, da sie die Heterogenität zivilgesellschaftlicher Akteure verdeckt: Insbesondere der Teil der Zivilgesellschaft, der „represents the interests of those experiencing poverty, exclusion and inequalities in policy making, implementation and evaluation” müsse verstärkt von der Kommission wahrgenommen werden (ebd., S. 4). Ferner spricht die Platform sich zwar für die gemeinsame Entwicklung der Regeln für einen Dialog aus, lehnt aber die For-

¹³⁹ Die Definition lehnt sich an die Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses *Die Rolle und der Beitrag der organisierten Zivilgesellschaft zum europäischen Einigungswerk* von 1999 an (vgl. Wirtschafts- und Sozialausschuss 1999). Zugleich wird darauf hingewiesen, dass die Kommission nicht zwischen Organisationen der Zivilgesellschaft und Interessengruppen unterscheidet, sondern beide als „interessierte Parteien“ konsultiert (vgl. http://ec.europa.eu/civil_society/apgen_de.htm).

derung ab, dafür Mitgliedsstrukturen offen legen zu müssen. Die Kommission habe kein Recht, „to direct the ways in which citizens choose to create and organise their associations“ (ebd., S. 5).

Welche Vorhaben wurden nun im Anschluss an das Weißbuch verwirklicht? Traf die Befürchtung der Social Platform „much talk, less action“ zu (Social Platform 2002a, S. 6)? Als erste Initiative wurde die Online-Datenbank *Consultation, the European Commission and Civil Society* (CONECCS) aufgebaut. CONECCS informiert über Beratungsgremien¹⁴⁰ der europäischen Institutionen und stellt ein Verzeichnis von europäischen „nicht-gewinnorientierten Organisationen“ zur Verfügung. Die Eintragungen in die Datenbank sind freiwillig und implizieren keine Akkreditierung der Organisationen, sondern dienen allein der Informationsverbreitung und der Herstellung von Transparenz.¹⁴¹ Ferner gründete sich die „EU Civil Society Contact Group“ im Februar 2002, um die verschiedenen Netzwerke der Zivilgesellschaft zu vereinen und damit für einen strukturierten Dialog mit dem Präsidium des Konvents vorzubereiten. Die EU Civil Society Contact Group bündelt die sektoralen „europäischen“ NGO-Familien:

1. Die Umwelt-NGOs, vertreten durch das European Environmental Bureau und die Plattform Green Eight,
2. Die sozialen NGOs vertreten durch die Social Platform,
3. Die Entwicklungshilfe-NGOs, vertreten durch Internetwork of Development NGOs und das Liaison Committee of European Development NGOs,
4. Die Menschenrechts-NGOs vertreten durch die Human Rights Contact Group.

Mittlerweile gehören ebenfalls die Plattform CONCORD (aus dem Bereich Entwicklungshilfe), HRDN (Menschenrechte), die European Womens Lobby, EFAH/FEAP (Kultur), EFAH (Gesundheit) und die European Civil Society Platform on Lifelong Learning (EU-CIS- LLL) der Gruppe an. Nach der durchgeführten Kampagne „Act4europe“ setzt sich die

¹⁴⁰ Im Juni 2007 führt die Datenbank im Bereich „Soziales“ 37 beratende Organe auf, die sich vor allem auf den „sozialen Dialog“ beziehen, http://ec.europa.eu/civil_society/coneccs/index_de.htm.

¹⁴¹ Am 21. März 2007 nahm die Kommission eine Mitteilung über Folgemaßnahmen zu dem Grünbuch *Europäische Transparenzinitiative* an (vgl. Kommission 2007a). Sie wird ein neues, freiwilliges Register der Interessenvertreter bis 2008 einrichten, welches CONECCS ersetzen wird. Die Informationen aus CONECCS können weiter abgerufen werden, aber mit dem 21. März 2007 können sich keine weiteren Organisationen neu eintragen oder vorhandene Informationen aktualisieren (vgl. http://ec.europa.eu/civil_society/coneccs/start.cfm?CL=de).

EU Civil Society Contact Group für die Partizipation aller europäischen NGOs auf der Grundlage des zivilen Dialogs ein.¹⁴²

Der Prozess erlebte einen weiteren Entwicklungsschritt im Zuge des Konsultationsdokuments *„Hin zu einer verstärkten Kultur der Konsultation und des Dialogs – Vorschlag für allgemeine Grundsätze und Mindeststandards für die Konsultation betroffener Parteien durch die Kommission“* im Jahr 2002. In diesem Dokument definierte die Kommission die organisierte Zivilgesellschaft als „Kurzformel (...), um die Vielfalt der Organisationen zu bündeln“ (Kommission 2002a, S. 6). Dabei wurden wirtschaftliche Interessengruppen in den Begriff der „organisierten Zivilgesellschaft“ explizit mit einbezogen. Die Kommission schlug für einen Dialog die Grundsätze Partizipation, Offenheit, Verantwortlichkeit, Effektivität und Kohärenz vor und definierte Mindeststandards wie z.B. die eindeutige Rahmung der Konsultationen, öffentliche Kommunikationskanäle, Fristen für den Rücklauf der Konsultationen, den Erhalt von Eingangsbestätigungen und Feedback sowie die Gewährleistung, dass Organisationen aus den jeweiligen Themenbereichen einbezogen werden (vgl. ebd.).

Auf dieses Konsultationsdokument gingen 88 Rückmeldungen von Akteuren ein. Im Zuge dieses Feedbacks beklagt die Social Platform erneut den fehlenden rechtlichen Rahmen für einen zivilen Dialog und kritisierte die Konzentration der Kommission auf Fragen der Kommunikationstechnologie. Diese stelle keinen Garant für Beteiligungsprozesse – insbesondere von benachteiligten Personen – dar. Auch die vorgeschlagene Rückmeldefrist auf Konsultationen von sechs Wochen sei für die komplexen europäischen Netzwerke nicht einzuhalten, da dieser Zeitraum keinen Kommunikationsprozess in den eigenen Strukturen und zu den Mitgliedern ermöglicht (vgl. Social Platform 2002b).

In der darauf folgenden Mitteilung im Dezember 2002 nahm die Kommission einige der Anregungen auf, verlängerte die Rückmeldefrist auf acht Wochen und sprach sich für ein weites Verständnis der Repräsentativität aus, um zu vermeiden, dass nur „Brüssel mit

¹⁴² Vgl. <http://www.act4europe.org/code/en/civi.asp?Page=2&menuPage=2>. Die Entwicklung der Plattformen in den einzelnen Sektoren entlang unterschiedlicher Generaldirektionen weist eine je spezifische Entwicklungsgeschichte auf. Während CLONG im Entwicklungsbereich mit nationalen Plattformen strukturiert war, gründeten die Umwelt-NGOs einen losen Zusammenschluss aus acht Organisationen (Green 8). Die Menschenrechts-NGOs führten einen noch loseren Zusammenschluss in der Human Rights Contact Group, die sozialen NGOs organisierten sich als „newcomer“ erst 1996. Der Zusammenschluss unter den Sektoren war zwar gewünscht, wurde aber auch durch den Wunsch der einzelnen NGO-Familien nach Unabhängigkeit behindert: „This balancing act between acting together and maintaining one’s specificity has been a constant feature of the process of increasing the co-ordination between NGOs“ (Alhadeff/Wilson 2002, S. 2).

Brüssel“ redet (Kommission 2002b, S. 11).¹⁴³ Allerdings unterstreicht die Kommission weiterhin die klare Trennung des Konsultationsprozesses gegenüber einem formellen, verbindlichen Beschlussfassungsprozess entsprechend den Verträgen (vgl. ebd., S. 9).

Im Nachgang dieser Phase findet die Zusammenarbeit der europäischen Institutionen und der Zivilgesellschaft im Zuge des Verfassungskonvents seinen Ausdruck. Die bereits erwähnten Artikel im Verfassungsvertrag wurden von zivilgesellschaftlichen Akteuren durchaus als Erfolg ihrer Arbeit gewertet. Nach der Ablehnung des Verfassungsvertrags in Frankreich und den Niederlanden im Jahr 2005 konzentrierte sich die EU in den letzten Jahren verstärkt auf das Thema Bürgerbeteiligung und Transparenz. Zum einen startete sie 2004 ein *Aktionsprogramm zur Förderung einer aktiven europäischen Bürgerschaft* und legte als Reaktion auf die Ablehnung der Europäischen Verfassung den *Plan D – für Demokratie, Dialog und Diskussion* auf, um die Diskussionen in den Mitgliedsstaaten über die Zukunft Europas zu vertiefen und anzuregen.¹⁴⁴

Im Jahr 2007 wurde ein neuer Vorschlag für ein Aktionsprogramm *Bürger/innen für Europa – zur Förderung einer aktiven europäischen Bürgerschaft* angenommen. Innerhalb dieses Programms erhält die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen auf europäischer Ebene einen hohen Stellenwert: Sie werden als Multiplikatoren geschätzt, die mit ihren transnationalen und transsektoralen Aktionen, Diskussionen und Überlegungen zur europäischen Bürgerschaft den Menschen in Europa ihre Stimme leihen“ (Kommission 2006, S. 5). Infolgedessen sieht das Aktionsprogramm die Stärkung transeuropäischer Netzwerke vor, die für mehrere Jahre bezuschusst werden sollen (vgl. ebd., S. 21).¹⁴⁵

Die Debatte um die zivilgesellschaftlichen Organisationen bzw. Interessengruppen entwickelte sich auch im Rahmen der *Europäischen Transparenzinitiative (ETI)* kontinuierlich weiter.¹⁴⁶ Ziel der Europäischen Transparenzinitiative besteht u. a. darin, „die EU-Organe

¹⁴³ Auf die genauere Betrachtung der Mindeststandards soll in diesem Rahmen verzichtet werden, vgl. das Konsultationsdokument und die Mitteilung von 2002.

¹⁴⁴ Diese Initiative ist im Rahmen der europäischen Kommunikationspolitik zu verorten, vgl. http://ec.europa.eu/commission_barroso/wallstrom/communicating/policy/index_de.htm#oct2005. Im Zuge des Plans D wurde eine Website „Debate Europe“ eingerichtet und die Bürger eingeladen, über die Zukunft Europas zu diskutieren (http://europa.eu/debateeurope/index_de.htm).

¹⁴⁵ Im Kontext dieses Programms erhält die Social Platform direkte Strukturfördermittel, nach Garrec in der Höhe von 660.000 Euro, vgl. Garrec 2005, S. 32.

¹⁴⁶ Die Transparenzinitiative wurde in den strategischen Zielen 2005-2009 entwickelt und schließt an Vorhaben des Weißbuchs „Europäisches Regieren“ von 2001 an, u.a. sollen Interessengruppen aktiver in die Politikgestaltung eingebunden werden (vgl. Kommission 2006b, S. 2); vgl. http://ec.europa.eu/civil_society/index_de.htm und http://ec.europa.eu/commission_barroso/kallas/transparency_de.htm).

und Einrichtungen offener und zugänglicher zu machen, besser über die Verwendung der EU-Haushaltsmittel zu informieren und der Öffentlichkeit mehr Rechenschaft über die Arbeit der EU-Organe und Einrichtungen zu geben.“¹⁴⁷ In der Transparenzinitiative stehen drei Schwerpunkte im Zentrum: Die Notwendigkeit eines strukturierten Rahmens für die Lobbyarbeit, ein Feedback zu den Mindeststandards für die Konsultationen sowie die Offenlegungspflicht über Empfänger von EU-Mitteln (vgl. Kommission 2006b, S. 3f.).¹⁴⁸ Im Grünbuch *Europäische Transparenzinitiative* wird Lobbyarbeit als Tätigkeit definiert, „mit denen auf die Politikgestaltung und den Entscheidungsprozess der europäischen Organe und Einrichtungen Einfluss genommen werden soll“ (ebd., S. 5). Dieses Verständnis führte im Zuge des Konsultationsprozesses zu dem Grünbuch zur Kritik: Der Wirtschafts- und Sozialausschuss kritisiert die „gelinde gesagt verwirrend[e]“ Definition (WSA 2006, 4.2.1), und Social Platform und EU Civil Contact Group fordern eine Differenzierung zwischen zivilgesellschaftlich-orientierten und gewinnorientierten Organisationen (vgl. Social Platform 2006, S. 1).

„NGOs are not engaged in the European object in the same way business lobbyists are. While business lobbying generally represents for-profit interests, often of specific companies or parts of sectors aiming to achieve commercial advantage through shaping policy and regulatory outcomes, NGOs channel public interest issues towards decision-makers” (EU Civil Society Contact Group 2006a, S. 2).

Die NGO-Vertreter sprechen sich ebenfalls für die öffentliche Förderung der NGOs aus, die wiederum von der Kommission kritisch betrachtet wurde.¹⁴⁹ Die damit angesprochene Unabhängigkeit der NGOs sei nicht gefährdet, zumal europäische NGOs oftmals Projektförderungen erhielten, die der Implementierung von EU-Programmziele dienen. Vor dem Hintergrund der kostenintensiven Interessenvertretung auf europäischer Ebene ermöglichen die Finanzierungshilfen den NGOs erst, ihre Rolle angemessen auszufüllen (vgl. EU Civil Contact Group 2006a, S. 2; Social Platform 2006, S. 2).¹⁵⁰ Diese Unterstützung

¹⁴⁷ http://ec.europa.eu/commission_barroso/kallas/transparency_de.htm.

¹⁴⁸ Zum Beispiel ist ein weiteres Thema die Erarbeitung eines Verhaltenskodexes für die Interessenvertreter (vgl. Kommission 2006b; 2007a).

¹⁴⁹ Im Grünbuch wird unter „Problembereichen“ angemerkt, dass manchmal die Frage aufkäme, „inwieweit eine Interessenvertretung durch europäische Nichtregierungsorganisationen ihre Berechtigung hat, denn einige dieser Organisationen werden aus EU-Mitteln finanziert und erhalten zudem von ihren Mitgliedern politische und finanzielle Unterstützung“ (Kommission 2006b, S. 6).

¹⁵⁰ Im Jahr 2005 entflammte eine Diskussion über die Verwendung von Fördermitteln bei NGOs. Silvana Koch-Mehrin, Europaabgeordnete für die Liberalen, kritisierte die Förderung von attac, da diese „den Grundprinzipien der EU“ entgegenstünden. Die NGOs wehrten sich und verwiesen auf die unzureichende Transparenz der wirtschaftlichen Organisationen, die ebenfalls europäisch gefördert werden <http://www.euractiv.com/de/pa/ngos-wehren-gegen-kritik-eu-fordermitteln/article-146271> und <http://www.heise.de/bin/tpl/issue/r4/dl-artikel2.cgi?artikelnr=21524&mode=print>.

erleichtert insbesondere partizipationsschwachen Gruppen die Teilhabe am Politikprozess, in dem die schwache Ausstattung auf dem europäischen Parkett kompensiert werden kann (vgl. Teuber 2001, S. 145).¹⁵¹

Die Überlegungen der Kommission, ein neues, webgestütztes System zur Registrierung aller Interessengruppen einzuführen, zog ebenfalls Kritik nach sich. Nach der Registrierung und Offenlegung bestimmter Organisationsaspekte sollen Organisationen im Gegenzug über aktuelle Konsultation informiert werden. Kritiker betonen, dass ein solches System die Partizipation für kleinere und weniger institutionalisierte Organisationen einschränke¹⁵², wenngleich eine erhöhte Transparenz durch eine obligatorische Registrierung begrüßt wird, da dies den privilegierten Zugang einzelner Akteure erschwere (vgl. EU Civil Society Group 2006a, S. 2; Social Platform 2006, S. 3). In der Mitteilung *Folgemaßnahmen zu dem Grünbuch Europäische Transparenzinitiativen* im März 2007 werden die Vorschläge des Konsultationsprozesses gebündelt und ein neues Verzeichnis auf freiwilliger Basis für das Frühjahr 2008 angekündigt (vgl. Kommission 2007, S. 4).

3.4.2 Ziviler Dialog im Visier

Insgesamt erkennt man anhand der in Auszügen dargestellten Stellungnahmen, dass europäische NGOs und Netzwerke um ihre spezifische Rolle als zivilgesellschaftliche Interessenvertretung kämpfen müssen und nach wie vor Gefahr laufen, wie wirtschaftliche Interessenvertreter betrachtet zu werden. Insofern zeichnet sich ein ambivalenter Prozess ab: Der zivile Dialog von EU und Interessenvertretern sowie Akteuren der Zivilgesellschaft erfährt zwar durch institutionalisierte Formen und Strukturen eine Vertiefung, aber die geforderte rechtliche Grundlegung bleibt aus. Zugleich überlagert die dominante Debatte um Konsultationsprozesse und Dialogformen die Anliegen und Ansprüche zivilgesellschaftlicher Akteure (vgl. Maurer/Kietz/Crespy 2005, S. 219). Die Studie von Lahusen/Jauß verdeutlicht allerdings auch, dass die Interessenvertreter die Konsultations-

¹⁵¹ Einige NGOs wie z.B. Amnesty International lehnen allerdings explizit die Annahme staatlicher Mittel ab. Aus den Statuten von AI: „No part of the income or property of Amnesty International shall directly or indirectly be paid or transferred otherwise than for valuable and sufficient consideration to any of its members by way of dividend, gift, division, bonus or otherwise howsoever by way of profit” (<http://web.amnesty.org/pages/aboutai-statute-eng>).

¹⁵² In diesem Kontext weist auch Boual darauf hin, dass die EU das unbearbeitete Thema eines europäischen Vereinsstatuts wieder aufgreifen könne, um den Organisationen der europäischen Zivilgesellschaft einen Rahmen anzubieten (vgl. Boual 2003, S. 23; Lange 2001).

praxis der Kommission als höchst selektiv und zufällig wahrnehmen, mit je eigenen Regeln und Praxen in den Sektoren, was wiederum einen Wettbewerb in den Sektoren anstößt (vgl. Lahusen/Jauß 2001, S. 178f.). Ferner bilden sich Muster von Ungleichheiten aus, es entstehen Zentren und Peripherien in den Sektoren und Segmenten sowie vielfältige *NGO-communities* in Politikfeldern oder im Umfeld einzelner Generaldirektionen.¹⁵³

Der von Kommission und WSA verwendete Begriff der „organisierten Zivilgesellschaft“ drückt bereits den Wunsch aus, die Zivilgesellschaft zu organisieren. Dies

„beweist eigentlich das Unverständnis für das, was diese darstellt. Es ist doch unmöglich, die Zivilgesellschaft von außen her zu ‚organisieren.‘ Dies würde zu einer Versachlichung führen, die nichts mehr [mit] der Zivilgesellschaft zu tun hat. Sicher würde sich dann eine neue Zivilgesellschaft neben der bereits ‚organisierten‘ entwickeln“ (Boual 2003, S. 26).

Die Kommission forciert eine Rationalisierung des Dialogs für zivilgesellschaftliche *und* wirtschaftliche Interessengruppen, die der Diversität und der Spezifität der Sektoren nicht gerecht werden können. Insofern besteht die Gefahr, dass der „zivile Dialog“ das geschlossene supranationale Handlungsfeld verfestigt und kleinere oder nationale Organisationen benachteiligt (vgl. Garrec 2005, S. 49). Die Warnung vor einer „Einkapselung“ des zivilen Dialogs im Brüsseler Netzwerk-Establishment (vgl. Maurer/Kietz/Crespy 2005, S. 201) scheint berechtigt, da der zivile Dialog vielmehr etablierte europäische Netzwerken mit einer Infrastruktur in Brüssel adressiert (vgl. ebd., S. 218f.). Auf diese Weise könnte sich eine europäische Zivilgesellschaft ohne Öffentlichkeit und mit Defiziten im vertikalen Networking zunehmend verfestigen (vgl. Trenz 2005, S. 63ff.).

Inwieweit diese Schließungsprozesse den Raum für eine deliberative Zivilgesellschaft einschränken und damit einer „geheimen Interessenverhandlung“ Raum geben, wird die Zukunft zeigen. Festzuhalten bleibt, dass sich unter diesen Bedingungen eine Gegenmacht auf europäischem Parkett schwerer entfalten kann (vgl. Garrec 2005, S. 31; 44). Allerdings bleibt der Protest zivilgesellschaftlicher Organisationen als Artikulationsform meist auf nationale Politik bezogen. Insofern verdeutlicht dies, dass europäische NGOs sich nicht primär an der Ressource nationaler Protestbewegungen orientieren sollten. Vielmehr er-

¹⁵³ Lahusen/Jauß zitieren einen Vertreter von UNICE, der in dem Stimmengewirr an europäischen Vereinigungen darauf hinweist, dass nur bestimmte Akteure eine zentrale Rolle spielen: „the others, I don’t want to be mean, are just a club of retired persons (...) to defend the interest of Fishermen from that river“ (vgl. Lahusen/Jauß 2001, S. 190). Solche Unterscheidungen weisen auf unterschiedliche Positionen hin, dies drückt sich exemplarisch in der Einschätzung des Europäischen Parlaments aus: Das EP spricht ausgewählten Netzwerken im sozialen Bereich „a higher profile“ zu (Europäisches Parlament 2003, S. 9).

scheint es erfolgversprechender, ihr Legitimitätspotenzial als Ressource für die europäische Netzwerkarbeit zu nutzen (vgl. Imig/Tarrow 2003, S. 143).

Von Seiten zivilgesellschaftlicher Akteure werden die europäischen Initiativen zu einer Entwicklung des „zivilen Dialogs“ zwar begrüßt, aber insgesamt auf die fehlende „verbindende und tragende Zukunftsvision“ hingewiesen (Jarré 2005, S. 243). Die unklare Definition des „zivilen Dialogs“ führt zu uneinheitlichen Verfahren des Dialogs in den Politikbereichen und variiert sektorspezifisch auf einem Kontinuum von informellem Lobbying bis hin zu strukturierten Beziehungen (vgl. EU Civil Society Contact Group 2006b, S. 38ff.).¹⁵⁴

„Ausgangspunkt muss das Konzept des „strukturierten Dialogs“ sein. Strukturiert sollte in diesem Kontext heißen [sic!]: Der Dialog ist dauerhaft, bekannt und beidseitig akzeptierten Regeln unterworfen, er ist transparent und basiert auf geteilten Informationen, die Dialogpartner haben ein Mandat und tragen Verantwortung und sind in der Konsequenz letztlich denen gegenüber, die sie vertreten, rechenschaftspflichtig“ (Jarré 2005, S. 253).

Die Diffusität des Begriffs der Zivilgesellschaft wirkt für die Beteiligten allerdings funktional: Die Institutionen können sich mit dem „zivilen Dialog“ inszenieren und die NGOs werden in ihrem Anspruch, die Zivilgesellschaft zu verkörpern, bestärkt - auch wenn sie durch den zivilen Dialog „pflegeleicht“ werden (vgl. Rucht 2004, S. 423).¹⁵⁵ Auf diese Weise entfaltet sich zwischen der „organisierten Zivilgesellschaft“ in Brüssel und der Kommission ein politisches Austauschsystem: Die NGOs fungieren als Experten in ihrem Aktivitätsbereich und implementieren legislative Programme der Kommission. „Diese semi-institutionellen Beziehungen zwischen der Europäischen Kommission und einigen europäischen Netzwerken verdeutlicht“ (vgl. Eising 2001, S. 471), dass die Art der Politikabstimmung durch ein *gegenseitiges Abhängigkeitsverhältnis* bestimmt wird. Damit laufen europäische Netzwerke und NGOs zwar Gefahr, zu „kollektive[n] Subunternehmer[n] für die Kommission“ zu werden (vgl. Garrec 2005, S. 31). Dennoch existieren auch Chancen:

¹⁵⁴ Vorschläge der EU Civil Society Group: Die EU Civil Society Contact Group schlägt folgende Merkmale vor: Der zivile Dialog bezieht sich auf eine Interaktion zwischen öffentlichen Institutionen und zivilgesellschaftlichen Organisationen auf der Grundlage gegenseitiger Anerkennung und Verantwortung und geht über Kommunikation und Informierung hinaus. Er umfasst unterschiedliche Formalisierungsstufen, z.B. von informellen bis hin zu rechtlich abgesicherten Strukturen oder adhoc-Beziehungen bis hin zu kontinuierlichem Austausch. Der zivile Dialog impliziert unterschiedliche Formen der Beteiligung der zivilgesellschaftlichen Organisationen (z.B. von Information, Konsultation bis hin zu aktiver Partizipation) und kann in allen Phasen des Policy-Making-Prozesses durchgeführt werden (Agenda Setting, Politikdefinition und Entscheidungsfindung, Implementierung, Evaluation, Feedback). Der zivile Dialog beschränkt sich auf Organisationen, die im Interesse des Gemeinwohls handeln (vgl. EU Civil Society Contact Group 2006, S. 22).

¹⁵⁵ Zu den unterschiedlichen Gruppierungen und den differenzierten Sichtweisen auf „Zivilgesellschaft“ bzw. auf das Verhältnis von Gewalt, Protest und konsensorientierten Strategien vgl. Rucht 2004.

Die Handlungszwänge können dazu beitragen, dass gesellschaftliche Akteure in Europa zu transnationalen sozialen Bewegungen zusammenfinden (Imig/Tarrow 2003, S. 123f.).

Insofern wird die Zukunft zeigen, in welche Richtung sich das Dialog-Konzept entwickeln wird: Ob es um „Kooperation (...) oder Mitbestimmung (...) oder um ein Anfangselement einer ‚zweiten Demokratisierungswelle‘ in Europa geht, ist ungeklärt“ (Jarré 2005, S. 258), ebenso wie die Frage, ob die Unterstützung der Netzwerkbildung durch die Europäische Kommission zu einem Verlust der Protestmobilisierung im Sinne einer schleichenden Neutralisierung führt (vgl. Hamburger/Lauer/Stauf 2002b, S. 111).

3.5 Ein transnationaler Ausblick auf zivilgesellschaftliche Akteure

Die anerkennungstheoretischen sowie konflikttheoretischen Perspektiven auf eine transnationale Zivilgesellschaft können für die vorliegende Untersuchungsfrage nach den Feldstrukturen und Kapitalverteilungen als theoretischer Bezugspunkt herangezogen werden. Beide Zugänge ermöglichen es, widerstreitende Interessen und Konflikte sowie die Konsensorientierung ziviler Akteure zu erfassen. Diese Erkenntnisse werden durch die Feldtheorie Bourdieus als Analyseinstrument für die empirische Untersuchung ergänzt. Zivilgesellschaftliches Handeln bewegt sich in einem Spannungsfeld von Kooperation und Konkurrenz und verweist die Akteure dialektisch aufeinander. In diesem Spannungsfeld werden die Vermittlungsleistungen der Netzwerke zentral: „Es ist gerade diese Vermittlung ‚von unten‘ nach ‚oben‘, die mit dem Konzept der civil society korrespondiert“ (Stauf/Hamburger/Lauer 2007, S. 419).

Die Frage nach der Existenz „einer“ europäischen Zivilgesellschaft wurde durch die Segmentierung und Ausdifferenzierung widerlegt, andererseits wurden Gemeinsamkeiten aufgezeigt. Für die vorliegende Studie wird eine Begrenzung auf bestimmte Akteure und ihre zivilgesellschaftlichen Praktiken in einem ausgewählten Segment der EU-Zivilgesellschaft vorgenommen, die eine Facette des transnationalen zivilgesellschaftlichen Handelns auf europäischer Ebene konstituieren. Der „Feldausschnitt“ ergibt sich durch die Eingrenzungen auf Akteure aus dem sozialen Bereich.

Deutlich wurde in den vorangegangenen Ausführungen, dass zivilgesellschaftlichen Akteuren „in Europa“ eine bedeutsame Rolle zukommt, wenngleich ihre Position (noch) vergleichsweise schwach ist. Offen bleibt, ob sie sich der Vereinnahmungstendenzen erwehren und eine kritische, kosmopolitische Gegenöffentlichkeit konstruieren, und ob sie die

Elemente von konsensorientierter *Zivilisierung* und konfliktorischer *Politisierung* ausbalancieren können.

Die umfassenden Vermittlungsaufgaben und die Verlagerung eines transnationalen Konsenses in die europäischen Netzwerke hinein werfen die Frage auf, ob und in welcher Hinsicht sich die Netzwerke zu Produzenten einer Transnationalität entwickeln und wie sich diese Transnationalität inhaltlich fassen lässt. Erkennbar wird bereits, dass die Gestaltung ihrer Rolle und ihrer Vermittlungsleistungen u.a. von der Ressourcenausstattung abhängt. Insofern fokussiert die Studie die Frage, welches „Kapital“ in dem gewählten Feldauschnitt benötigt wird bzw. welche Akteure dadurch bevorteilt oder benachteiligt werden. Zugleich wurde deutlich, dass die komplexen Vermittlungsaufgaben hohe Anforderungen an die Kommunikation in den europäischen Netzwerken stellen (vgl. Kap. 7).

Resümierend soll auf einige Aspekte des bereits vorgestellten Forschungskonzepts zur Transnationalität von Hamburger (2008) zurückgegriffen werden, um die vorangegangenen Erkenntnisse zu bündeln. Dabei fließen Anregungen von Beck/Grande ein, die Europa als ein „kosmopolitisches Europa“ konzipieren und deren Überlegungen sich als an die Anerkennungstheoretische sowie konflikttheoretische Perspektive auf eine „europäische Zivilgesellschaft“ anschlussfähig erweisen. Die Autoren betonen die Vorreiterrolle der europäischen Netzwerke für einen europäischen und transnationalen Kosmopolitismus: Europa wird von den Autoren als „europäisches Empire“ entworfen, als ein Europa der Differenz mit asymmetrischen Mitgliedschaftsformen zwischen einzelnen Territorien und soziokultureller Diversität (vgl. Beck/Grande 2004, S. 81; 93). Dieses posthegemoniale Empire beruht „auf nationaler Entgrenzung, Freiwilligkeit, Konsens, transnationalen Verflechtungen und dem daraus erwachsenden politischen Mehrwert und repräsentiert einen neuen Modus der politischen Herrschaft in der Zweiten Moderne auf der Basis der konsensgestützten Kooperation“ (ebd., S. 86; 99). Der Begriff des Kosmopolitismus betont eine besondere Form des gesellschaftlichen Umgangs mit kultureller Andersartigkeit, die im Europäischen Empire räumlich entgrenzt wird (vgl. ebd., S. 25). „Die Anerkennung der Andersheit“ wird im kosmopolitischen Empire zur Maxime im Denken, Zusammenleben und Handeln, wobei „Unterschiede weder hierarchisch geordnet noch aufgelöst, sondern als solche akzeptiert, ja positiv bewertet [werden]“ (ebd., S. 27). Auf diese Weise kann der Andere als verschieden *und* gleich wahrgenommen werden (vgl. ebd.). Europa wird somit zu einem Europa der Differenz *und* Integration, verstanden als „Anleitung für den Umgang mit unauflösbaren Ambivalenzen, die die Zweite Moderne auszeichnen (vgl. ebd., S. 48).

Damit das kosmopolitische Europa seine Wirkung entfalten kann, braucht es eine Kosmopolitisierung von unten, d.h. „eine neue Koalition von Staat, supranationalen Akteuren und Zivilgesellschaft“ (ebd., S. 238). Die zivilgesellschaftlichen Akteure können das kosmopolitische Europa mitbegründen und zu „Advokaten eines neu zu definierenden europäischen Gemeinwohls werden“ (ebd., S. 240ff.). Da für viele Menschen in Europa noch immer „der nationale Spatz in der eigenen Hand realer als die europäische Taube auf dem Dach“ sei (ebd., S. 245), müssen Pionierkoalitionen geschlossen werden, um die „aggregierten nationalen Interessengegensätze aufzubrechen und eine transnationale Verbindlichkeit der Normensetzung und -durchsetzung herzustellen“ (ebd., S. 249). Die Konzeptionierung des europäischen Empires weist auf die Bedeutung der Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure hin, um Gemeinsamkeiten und Differenzen auszubalancieren. Die anspruchsvolle Rolle wird von Spannungsfeldern ergänzt und gerahmt. Die europäischen Netzwerke können die Folgen der Europäisierung unter ihren Mitgliedern unmittelbar wahrnehmen, da die Mitglieder diese Erfahrungen in die Netzwerke hinein kommunizieren und ihre Erkenntnisse reflektieren. Auf dieser Grundlage können für die weiteren Institutionalisierungsprozesse notwendige Modifikationen vorgenommen oder berücksichtigt werden. Im Rahmen dieser komplexen Herausforderungen könnten europäische Netzwerke zu Produzenten einer *reflexiven Transnationalität* avancieren.

3.5.1 Zwischen national und transnational: Zivilgesellschaft in Europa

Das dialektische Verhältnis des Nationalen und des Transnationalen wird in der Debatte um „eine“ europäische Zivilgesellschaft an verschiedenen Themen sichtbar. Dabei wird der Begriff des Transnationalismus unterschiedlich verwendet. Im weiteren Sinne umfasst er gesellschaftliche Ordnungen und Regulierungen, die die Grenzen von Nationalstaaten überschreiten sowie grenzüberschreitende Zugehörigkeitsgefühle, kulturelle Gemeinsamkeiten, Kommunikationsverflechtungen und Arbeitszusammenhänge. Transnationalismus wird in einem deskriptiven Verständnis oftmals auf einen „Sozialraum“ bezogen, der Grenzen überschreitet. Im engeren Sinn umfasst nach Pries Transnationalismus „nur sehr dauerhafte, massive und strukturierte bzw. institutionalisierte Beziehungen (...), die pluri-lokal über nationalgesellschaftliche Grenzen hinweg existieren“ (Pries 2002, S. 3). Man kann die EU im weiteren Sinne als transnationale Ordnung begreifen, die aber im engeren Sinne transnationale Beziehungen institutionalisiert. Allerdings bleibt damit offen, ob auf

diese Weise *Transnationalität als ein spezifisches Handlungsmuster* entsteht bzw. was Transnationalität charakterisiert.

Nach Rucht etablieren die zivilgesellschaftlichen Praktiken grundsätzlich eine *transnationale* Interaktionssphäre, da sie ihrem Wesen nach an Zivilität orientiert und damit immer grenzüberschreitend sind (vgl. Rucht 2005). Die Transnationalität wird normativ begründet, da sie an universellen Geltungsansprüchen orientiert ist, wenngleich Lauth/Merkel aufzeigen, dass die Akteure sich nicht immer der „gleichen Zivilität“ verpflichtet sehen und durchaus abweichende Perspektiven und „dunkle Seiten“ innerhalb der Zivilgesellschaft entwickeln können.

Allerdings zeigt der komparatistische Blick, dass die normative Fundierung von Zivilgesellschaften mit einer Analyse der historischen Ausprägung und dem gesellschaftspolitischen Kontext von Zivilgesellschaften zu ergänzen ist. Die Akteure richten sich an Staatsgrenzen aus und sind von nationalstaatlichen Regelungen begrenzt, wodurch sie für die Handelnden zur Realität werden – wenngleich sie sich an transnationalen Normen und Werten orientieren.

Die Transnationalisierungsprozesse deutscher Akteure aus dem sozialen Bereich und ihre grenzüberschreitenden Kooperationen wurden in Kapitel 2 nachgezeichnet. Sie stellen einen Typus zivilgesellschaftlicher Organisationen da, die sich als nationale Akteure an Europa ausrichten und sich dieser transnationalen Ebene öffnen. Inwieweit dies mit der Entwicklung von Transnationalität im engeren Sinne, also mit der Transformation der nationalen Handlungsmuster einhergeht, kann hier nicht beantwortet werden.

Darüber hinaus existieren zivilgesellschaftliche Europa-Bewegungen und Organisationen, die auf eine lange Tradition zurückblicken und bereits vor der EG/EU an „Europa“ ausgerichtet waren. Andere grenzüberschreitende Organisationen und Netzwerke sind noch relativ jung, aber aus dem Interesse des Erfahrungsaustauschs oder der gemeinsamen Interessenvertretung heraus entstanden. Diese grenzüberschreitenden Aktivitäten sind Elemente einer europäischen Zivilgesellschaft, die „von unten“ entwickelt wurde.

Demgegenüber stehen Prozesse, die partiell „von oben“ gesteuert werden. Das transnationale Staatsgebilde entwickelt eigene Bestrebungen, ein zivilgesellschaftliches Handlungsfeld zu etablieren. Die EU erschafft und kreiert sich ihre (organisierte) Zivilgesellschaft und erwartet von den Akteuren, dass sie im Zuge dessen eine Zivilgesellschaft „von unten“ ausbauen und als Vermittler zwischen der supranationalen und der nationalen Ebene fun-

gieren. Dies führt für die Akteure selbst zu vielfältigen Problemen, die weiter unten beschrieben werden.

Die europäische Handlungssphäre eröffnet zwar neue Optionen, beruht aber zugleich auf neuen Grenzziehungen: Die Kommission selektiert, wer zur Zivilgesellschaft gehört. Manche Akteure versuchen in den Dunstkreis der Kommission zu gelangen, erhalten aber keinen Zugang zu diesem spezifischen EU-Feld. Andere wiederum möchten dem Ruf der EU nicht folgen und verbleiben in ihren Bezugsfeldern zivilgesellschaftlichen Handelns. In der Handlungspraxis zivilgesellschaftlicher Akteure in Europa differenzieren sich folglich verschiedene Zonen bzw. Felder aus, ähnlich wie dies für die fragmentierte Struktur des Europäischen Empires typisch ist (vgl. Beck/Grande 2004).

Dadurch verdichten sich spezifische Handlungslogiken an bestimmten Orten und Positionen in den Feldern, die z.B. in Relation zum politischen Akteur ausgebildet und reproduziert werden. Diese Entstehung bestimmter Felder führt, wie exemplarisch aufgezeigt, zu Konflikten mit „nationalen“ Akteuren, die aufgrund des Grenzpfostens „wir kooperieren nur mit europäischen Netzwerken“ von Ausgrenzungen betroffen sind und den „stille Experten-Lobbyismus“ beklagen.

Dennoch birgt der Begriff „europäische Zivilgesellschaft“ ungeachtet der *Gefahren* der Instrumentalisierung, der Exklusion bestimmter Akteure und des Verlusts der Protestfähigkeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen auch *Chancen*: Der Begriff ermögliche es, „den transnationalen Raum so zu erschließen, dass er sich selbst organisiert (...), indem die vorgegebenen europäischen Nationalgesellschaften entgrenzt, aufgelockert, durchmischt und (...) geöffnet werden“ (Beck/Grande 2004, S. 197). Auf diese Weise kann möglicherweise ein „kosmopolitisches Europa von unten“ entstehen.

3.5.2 Netzwerke als Produzenten von Transnationalität

Auf der Grundlage der vorgestellten theoretischen Zugänge wurde deutlich, dass 1. zwischen europäischen Netzwerken und Institutionen, 2. zwischen den Netzwerken selbst sowie 3. innerhalb der europäischen Netzwerke in vielfacher Hinsicht um Transnationalität im Sinne eines Konsenses der beteiligten Akteure auf einer neuen Ebene gerungen werden muss. Die Dialektik des Nationalen und Transnationalen setzt sich in den europäischen Netzwerken fort. Insofern können europäische Netzwerke als transnationale Mikrokosmen betrachtet werden, da sie

- zivilgesellschaftliche Akteure aus verschiedenen europäischen Ländern unter ihrem Dach vereinen, die zumeist von einer europäischen Netzwerkkoordination ergänzt wird,
- zwischen den national aggregierten Interessen und einer europäischen Politik im Sinne eines Interessenausgleichs vermitteln müssen,
- die Konkurrenz und Wettbewerbslogik zwischen den Akteuren abmildern und durch die Kommunikation einen Konsens erzielen,
- über den *inter*-nationalen Abgleich hinaus versuchen, eine *transnationale* Ausrichtung der Netzwerkarbeit zu erzielen, die über die Summe nationaler Interessen qualitativ hinausreicht.

Da aber für viele Akteure „der nationale Spatz in der eigenen Hand realer als die europäischer Taube auf dem Dach“ (ebd., S. 245), kämpfen die Netzwerke zuvorderst um einen Kompromiss, der möglichst viele Interessenlagen berücksichtigt. Darüber hinaus kann in den europäischen Netzwerken ein Konsens unter den heterogenen Akteuren entstehen, der neue Handlungsorientierung impliziert und damit Transnationalität als eine *qualitativ neue Stufe des Netzwerkhandelns* produziert.

Netzwerke basieren auf Kooperationen, in denen universalistische Geltungsansprüche *und* partikularistische Perspektiven dialektisch aufeinander bezogen werden. Durch dieses Spannungsverhältnis erwächst erst die ***Möglichkeit und Notwendigkeit von Verständigung*** in der Kooperation, die stets unabgeschlossen bleibt: „Gerade deshalb ist grenzüberschreitende Kooperation so nötig“ (Hamburger 2004, S. 194). Die europäischen Netzwerke bedürfen einer „reflektiert geplante Kooperation“, die sich selbst Grenzen setzt und durch eine gelingende Verständigung Konflikten den notwendigen Raum zugesteht (vgl. ebd., S. 188ff.). Die Kooperation stellt jedoch kein Allheilmittel dar; sie ist durch Paradoxien, gegensätzliche Handlungsaufforderungen und widersprüchliche Anforderungen gekennzeichnet, die ausbalanciert werden müssen. Je schärfer die Konkurrenz unter den Akteuren wird, desto ernsthafter wird die Kooperation angestrebt: „more competition requires more cooperation“ (vgl. ebd., S. 188).

In diesem Spannungsfeld von Konflikten und Kooperationen, von Kampf und Konsens materialisiert sich die Transnationalität (vgl. Hamburger 2008, S. 267). Sie entsteht als Resultat der Reflexion und diskursiven Auseinandersetzung über Grenzen, Grenzziehungen, Grenzverschiebungen und Entgrenzungen und läuft stets Gefahr, einseitig aufgelöst zu

werden.¹⁵⁶ Sie weist über einen „europäischen Kompromiss“ hinaus: In der Auseinandersetzung von konkurrenten und kooperativen Handlungsorientierungen der Akteure liegt die Chance, das kosmopolitische Europa zu entdecken: Die Anderen (seien es die anderen Mitglieder, andere Netzwerke oder politische Akteure) können durch die Reflexion als verschieden *und* gleich erkannt werden (vgl. Beck/Grande 2004, S. 27). *Reflexive Transnationalität* entsteht durch die Dialektik und das Aufeinanderbezogensein universeller und partikularer Orientierungen, von nationalen, lokalen und globalen Horizonten. Durch die Bezogenheit und dialektische Verschränkung sind die Akteure aufgefordert, diese Bezugsrahmen fortwährend zu reflektieren und damit bestenfalls einen Lernprozess zu durchlaufen. Im schlechtesten Fall stabilisieren sich die Grenzziehungen und die ihnen zugrunde liegenden Kriterien bleiben unreflektiert und unverändert. In der Konfrontation und der bewussten Wahrnehmung mit den Folgen von Transnationalisierung *kann* der Prozess mit Hilfe der reflexiv gewonnenen Einsichten gestaltet werden – wenngleich seine faktischen Chancen wahrscheinlich noch als gering einzuschätzen sind. Die Reflexion sowie die Auseinandersetzung mit Modellen der Nationalität und Transnationalität und mit entstehenden Ungleichheiten *können* in den europäischen Netzwerken deshalb ermöglicht werden, da sie – im Gegensatz zu den politischen Institutionen der EU – in der Lage sind, auf der nationalen und transnationalen Ebene gleichzeitig zu agieren.

3.5.3 Typische Prozesse im transnationalen Raum der EU

Als typischer Prozess der europäischen Zivilgesellschaft kann der zivile Dialog rekonstruiert werden, der eine spezifische Entwicklungsgeschichte der Beziehung zwischen europäischen Institutionen und zivilgesellschaftlichen Akteuren markiert. Der zivile Dialog bzw. das spezifische Verhältnis des politischen Felds zu den zivilgesellschaftlichen Akteuren soll abschließend anhand von vier „Streitpunkten“ aufgezeigt werden.

a. Zwischen Unabhängigkeit und Institutionalisierung

Die Europäische Kommission strukturiert das Feld der zivilgesellschaftlichen Akteure im sozialen Bereich mit. Sie fördert Netzwerke, stößt Plattformbildungen an und kooperiert ausschließlich mit europäischen Organisationen. Dies generiert Ungleichheiten im Feld, da

¹⁵⁶ Wilterdink zeigt am Beispiel internationaler Organisationen auf, dass sich unter den Mitarbeitern Gemeinsamkeiten ausbilden können, die nationalen Identitäten aber weiterhin in der Selbst- sowie der Fremddeinition bedeutsam blieben oder sogar zunehmen (Wilterdink 1993).

die Nähe oder Ferne zur EU zu einem Bestimmungskriterium heranwächst. Da die europäischen Netzwerke durch die Unterstützung der EU profitieren und oftmals erst dadurch ihre Rolle „as a mediator in a wider civil society“ angemessen ausfüllen können (EU Civil Society Contact Group 2006b, S. 37f.), wird sich diese Nähe zum Förderer und Financier nicht vermeiden lassen. Die damit einhergehende Gefahr der Kontrolle und Instrumentalisierung (vgl. Wasner 2005, S. 134) ist letztlich nie aufzuheben. „Diese ständige Spannung zwischen Institutionalisierung und Unabhängigkeit bleibt unausweichlich bestehen und ist auch Bestandteil des Vereinssystems. Sie ist Quelle für Dynamik und Erfindungsreichtum, aber zugleich auch Quelle von Schwierigkeiten“ (Boual 2002, S. 24).

Darüber hinaus wird die Politisierung auf europäischer Ebene erschwert, da keine Einigkeit darüber besteht, wer als „unziviler Gegner“ zu identifizieren ist. Daher zerfällt die Politisierung der zivilgesellschaftlichen Akteure: „Insoweit die Bedrohung der Freiheit nicht mehr auf einen eindeutigen Gegner zurückgeführt werden kann, schwindet die Mobilisierungs- und Stoßkraft der zivilgesellschaftlichen Forderung“ (Gosewinkel/Rucht 2004c, S. 36). Diese ist aber für die Entwicklung eines „sozialen Europas“ notwendig, denn ein Blick zurück in die deutsche Geschichte des Sozialstaates zeigt, dass der Sozialstaat „nicht geschenkt, sondern erkämpft und erstritten“ wurde und wird (Hamburger 2002a, S. 29). Dieser Vergleich zeigt, dass die Auseinandersetzung um ein „soziales Europa“ unhintergebar wird. Insofern müssen diese typischen Kämpfe in dem von Autonomie und Heteronomie bzw. von Zivilisierung und Politisierung geprägten Feld reflexiv bearbeitet werden.

b. Transnationale Repräsentativität

Vor dem Hintergrund der engen Relationen zwischen Netzwerken und Kommission entsteht eine Debatte um den Repräsentativitätsanspruch europäischer Netzwerke. Die Kommission formuliert Repräsentativität als Kriterium und „Grenzposten“, um sich der Vermittlungsleistung der Netzwerke sowie der Nähe zu den Bürgern zu vergewissern. Dennoch greift eine territorial definierte Repräsentativität zu kurz, da sie die Charakteristika des zivilgesellschaftlichen Feldes außer Acht lässt (vgl. Wasner 2005). Das Verständnis der Kommission manifestiert sich als Definitionsmacht, die bestimmte Akteure bevorzugt: „Vereine mit gut gehenden Geschäften“ können das Kriterium der geographischen Repräsentativität in allen EU-Mitgliedsstaaten erfüllen, wohingegen „Neuankömmlinge bei ihrer Ankunft (...) nicht repräsentativer sein [können] als die älteren Organisationen, die eine größere Anzahl von Mitgliedern haben“ (Boual 2003, S. 23). Insofern sollte die territorial definierte Repräsentativität mit einem qualitativ begründeten Repräsentativitätsan-

spruch ergänzt werden, um die Expertise und Kompetenz der NGOs und Netzwerke ausreichend berücksichtigen zu können (vgl. EU Civil Society Contact Group 2006b, S. 46).

c. Transnationale Netzwerkkoordination

Die europäischen Netzwerke entwickeln in Europa ähnliche Strategien wie wirtschaftliche Interessenvertretungen: Sie agieren mit einer Zweigleisigkeit von Lobbyarbeit *und* anwaltschaftlichem Engagement und verbinden die nationalen und europäischen Arenen (vgl. Knodt/Finke 2005b, S. 25). Allerdings produzieren die Verflechtungen in den Netzwerken vielfältige Konflikte: Die Mitglieder haben unterschiedliche Erwartungen an „ihr“ europäisches Netzwerk, sie erwarten zum einen eine hohe Informationsleistung („Information Provider“), zum anderen soll sich das Netzwerk im Hinblick auf die europäische Politik als „Policy Makers“ positionieren.

Eine europäische Netzwerkkoordination muss die anspruchsvollen unterschiedlichen Erwartungen der Mitglieder auf der Grundlage relativ geringer Ressourcen erfüllen. Sie muss Informationen vorfiltern und läuft immer Gefahr, die je nationalen Besonderheiten aus dem Blick zu verlieren. Sie muss zugleich als „Frühwarnsystem“ über aktuelle Ereignisse informiert sein, ohne sich durch das potenzielle Desinteresse nationaler Mitglieder irritieren zu lassen.

Die europäische Netzwerkszene entwickelt eine eigene Logik mit eigenen Akteuren und läuft daher Gefahr, sich von dem Netzwerk als Ganzem zu entkoppeln: „some Brussels-based offices develop greater autonomy and operate more like an NGO in its own right than the nodal point within an organisation or the central coordinaton structure of a network“ (EU Civil Society Contact Group 2006b, S. 47). Die gegenseitige Abhängigkeit, Bestärkung und der Rückbezug zu den (nationalen) Mitgliedern muss kontinuierlich berücksichtigt und gesucht werden. Die Ausbalancierung der lokalen, regionalen, nationalen und transnationalen Ebene wird hier zum professionellen Alltagsgeschäft. Dabei deutet sich an, dass die Akteure des Felds auf spezifische Ressourcen angewiesen sind, die ihnen erfolgreiche Kooperationen ermöglichen.

d. Transnationale Ungleichheiten

Die kritische Analyse der Dominanzen und Herrschaftsstrukturen, die im Prozess der Transnationalisierung etabliert werden, stellt ein wesentliches Element zur Erforschung des Transnationalen dar (vgl. Hamburger 2008, S. 265f.). Ungleichheitsverhältnisse entstehen im Feld der zivilgesellschaftlichen Akteure durch unterschiedlich verteilten Kapitalbesitz,

aber auch durch Kriterien wie Mitgliedschaften in bestimmten Plattformen sowie in den von Heterogenität geprägten europäischen Netzwerken selbst.

Die reflexiv-kritische Auseinandersetzung und Bearbeitung dieser Machtverhältnisse in transnationalen Organisationen stellt eine wesentliche Aufgabe für die transnationalen Netzwerkkoordinatoren dar, da „durch Transnationalisierung Ungleichheiten abgesichert oder neu geschaffen“ werden können – dies zeigt sich z.B. anhand der Dominanz deutscher Wohlfahrtsverbände in den Familiennetzwerken und der Integration neuer Mitglieder in die europäischen Netzwerke im Zuge der EU-Erweiterung (vgl. Stauf/Lauer/Hamburger 2007).

Ausblick

Die Probleme und die Chancen, auf die Organisationen Sozialer Arbeit in einer transnationalen Zivilgesellschaft treffen, sind vielfältig. Jedoch ist

„mangels empirisch verlässlicher Indikatoren (...) gegenwärtig noch unklar, welche Rolle die Organisationen Sozialer Arbeit tatsächlich für den Aufbau einer europäischen Zivilgesellschaft spielen und ob und in welchem Ausmaß sie ein aktives Gegengewicht zur primär ökonomisch ausgerichteten Politik bilden können“ (vgl. Hamburger/Lauer/Stauf 2002b, S. 112).

Weiterhin zeigt sich, dass europäische Netzwerke sowohl über zivilisierendes als auch politisierendes Potenzial verfügen, das sie vor dem Hintergrund von Konkurrenz und Kooperation situationspezifisch zum Einsatz bringen können.

Der betrachtete Ausschnitt verdeutlicht ferner die engen Beziehungen zur Europäischen Kommission sowie die daraus erwachsenden Anforderungen. Spannungsverhältnisse wie Autonomie und Heteronomie, Offenheit und Geschlossenheit des Felds, die Verlagerung des Interessenausgleichs in die Netzwerke vor dem Hintergrund einer schwachen Ressourcenausstattung sowie die Notwendigkeit eines professionalisierten, reflexiven Netzwerkmanagements verdeutlichen, dass transnationale Netzwerke im sozialen Bereich eine spezifische „Kapital“-Zusammensetzung benötigen.

Um den segmentierten und ausdifferenzierten Feldern zivilgesellschaftlicher Akteure nachzugehen, und ihre spezifischen Debatten, Aktivitäten und das je spezifische Verhältnis zur politischen Macht zu analysieren, empfiehlt Fetzer Ansätze wie z.B. Bourdieus Feld- und Kapitaltheorie, um milieuspezifische Differenzierung zu berücksichtigen (vgl. Fetzer 2002, S. 386). Im anschließenden Kapitel soll die Feld-Theorie bzw. das damit verbundene Konzept der Kapitalsorten von Bourdieu als *Instrument* zur Analyse transnationaler Räume bzw. transnationalisierter Organisationen als Felder von Akteuren mit unterschiedlicher Kapitalausstattung vorgestellt werden. Die Felder werden nach Bourdieu nicht durch nationalstaatliche Grenzen beschränkt, sondern durch die Praktiken der Akteure in den Feldern konstruiert. Die Kapitalverteilung und Positionierung markiert zentrale Elemente des Felds und akzentuiert konkurrente Strukturen, mit denen sich auch zivilgesellschaftlichen Organisationen konfrontiert sehen. Darüber hinaus erlaubt dieser Zugang, die Frage nach nötigen Kompetenzen und Ressourcen im transnationalen Feld aufzugreifen. Ferner unterstreicht der Ansatz Bourdieus den handlungsorientierten Zugang zu dem gewählten, zivilgesellschaftlichen Feld-Ausschnitt und eröffnet eine erkenntnisreiche Perspektive auf Entstehungsprozesse, Feldstrukturen und Positionierungen im Feld.

4 Methodische Verortung

Die qualitative Forschung konnte sich in den Sozialwissenschaften zunehmend ausdifferenzieren und dient als Sammelbegriff unterschiedlicher Verfahren, die auf gemeinsamen Kriterien basieren. Qualitative Forschungsmethoden sind erstens gegenstandsnah, d.h. die Methodenauswahl orientiert sich an dem Untersuchungsgegenstand – und nicht umgekehrt. Um die Komplexität erfassen zu können, verortet sich die qualitative Forschung nicht in künstlichen Laborsituationen, sondern in der Lebenswelt selbst, im Alltag der Subjekte. Die qualitativen Methoden folgen zweitens dem Prinzip der Offenheit. Dies impliziert ein induktives Vorgehen, das subsumptionslogische Zuordnungen vermeidet und Neues zu entdecken sucht. Drittens verdeutlicht die qualitative Forschung die unterschiedlichen Perspektiven der Beteiligten auf den Gegenstand und berücksichtigt die unterschiedlichen subjektiven Wirklichkeitskonstruktionen. Ferner wird viertens die Rolle des Forschers im Forschungsprozess explizit reflektiert und als Bestandteil der Erkenntnis miteinbezogen (vgl. Flick 2000, S. 13ff.). Die qualitative Forschung ist ferner an *Verstehen* als Erkenntnisprinzip orientiert. Subjektive Perspektiven, soziale Situationen oder soziale und kulturelle Regeln werden mit Hilfe subjekt-, milieu- und lebensweltlich orientierter Verfahren rekonstruiert (vgl. Schweppe 2003, S. 8). Flick analysiert zwei zentrale Forschungsperspektiven im qualitativen Paradigma: Einerseits wird die Rekonstruktion des *subjektiven Sinns* bzw. subjektiver Sichtweisen vor dem Hintergrund des Symbolischen Interaktionismus erforscht und andererseits fokussieren strukturalistische Methoden wie z.B. die Objektive Hermeneutik auf „objektive“ *Tiefenstrukturen* des sozialen Handelns. Diesen theoretischen Positionen im qualitativen Paradigma bleibt dessen ungeachtet „Verstehen“ als Erkenntnisprinzip gemeinsam. Sie teilen darüber hinaus einen *konstruktivistischen Zugang*: Die Wirklichkeit wird als konstruierte verstanden. Qualitative Forschung produziert insofern „Konstruktionen zweiten Grades“ (vgl. Flick 2000, S. 40; 46), die „auf die Entdeckung gegenstandsspezifischer Theorien gerichtet“ sind (Glaser/Strauss 1979, S. 92).¹⁵⁷

Qualitative Forschung etablierte sich zunehmend in der Sozialpädagogik (vgl. Friebertshäuser/Prengel 1997; Rauschenbach/Thole 1998; Schweppe 2003), wenngleich sich Be-

¹⁵⁷ Die qualitative Forschung orientiert sich nicht allein an den wissenschaftlichen Gütekriterien, sondern ebenfalls daran „ob Erkenntnisse im empirischen Material begründet sind und ob die verwendeten Methoden dem untersuchten Gegenstand angemessen ausgewählt und angewendet wurden“ (Flick 2000, S. 14). Zu den Geltungsbegründungen in der qualitativen Forschung vgl. weiterführend Flick 2000, S. 239ff.

stimmung und Charakteristika einer *sozialpädagogischen* Forschung noch in Entwicklung befinden (vgl. Schweppe/Thole 2005; Winkler 2005). Lüders verortet beispielsweise die sozialpädagogische Forschung bzw. den Bereich der Kinder- und Jugendhilfeforschung in dem Dreieck von Adressaten, Professionellen und Institutionen – mit dem Ziel einer „transparente[n] Praxis“ (Hamburger 2005, S. 37). Die vorliegende Studie untersucht die transnationalen Kooperationsbeziehungen von Organisationen Sozialer Arbeit. Vor diesem Hintergrund rückt das institutionelle Feld der Sozialen Arbeit im nationalen und europäischen Kontext in den Blick. Die sozialpädagogische Forschung untersucht die sozialpädagogischen Organisationen zumeist im Hinblick auf deren organisatorische Gestalt, die innere Logik oder ihre Vernetzungsbeziehungen und stellt damit eine angemessene Rahmung für die Studie dar:

„Meist in Kombination mit quantitativen Zugängen werden auf der Basis von ExpertInneninterviews, gelegentlich auch mit Hilfe ethnographischer Zugänge und Entscheidungsprozesse und -wege, organisatorische Binnenstrukturen, institutionelle Zugänge, Vernetzung und institutionelle Außenbeziehungen und die Rahmenbedingungen des praktischen Handelns zum Thema der Analyse“ (Lüders 1997, S. 797f.).

Dennoch steht eine Institutionen- und Netzwerkforschung in der Sozialen Arbeit noch am Anfang (vgl. Schweppe 2003; Bernhard 1999).¹⁵⁸ Insofern erstaunt es nicht, dass *transnationale* Kooperationsbeziehungen von Organisationen Sozialer Arbeit noch unzureichend erforscht sind. In dem Projekt „Europäische Netzwerke der Sozialen Arbeit“ an der Universität Mainz wurde eine quantitative Befragung der Organisationen Sozialer Arbeit zu den transnationalen Netzwerkbeziehungen durchgeführt, die explorativ den Feldzugang zu den Organisationen Sozialer Arbeit eröffnete. Daran anschließend wurden Experten im nationalen und transnationalen Kontext befragt. Vor diesem Hintergrund stellen *leitfadengestützte Interviews mit Experten* aus den jeweiligen Organisationen und Netzwerken einen angemessenen Feldzugang dar, der eine Mehrperspektivität offeriert.¹⁵⁹

Insofern kann die vorliegende Studie im Kontext des qualitativen Forschungsparadigmas verortet werden, wenngleich quantitativen Daten in der Studie miteinfließen. Die Triangulation der quantitativen und qualitativen Methoden dient in diesem Kontext der systematischen Erweiterung der Perspektiven sowie der Vertiefung des Untersuchungsgegenstands:

¹⁵⁸ Auf die grundlagenorientierte Diskussion um qualitative und quantitative Forschung soll an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden. Im Zentrum steht hier die Verortung der Methode des Experteninterviews im qualitativen Paradigma bzw. die Rekonstruktion des Forschungsdesigns. Zu den theoretischen Positionen und weiterführend exemplarisch Flick 2000.

¹⁵⁹ Experteninterviews werden häufig als ein anwendungsorientiertes Verfahren diskutiert (vgl. Meuser/Nagel 1991; Brinkmann/Deeke/Völkel 1995; Flick 2000, S. 109); sie werden insbesondere in der Politikfeldanalyse als angemessenen Zugang eingeordnet (vgl. Meuser/Nagel 1997, S. 482).

„In dem hier vertretenen Verständnis von Triangulation liegt gerade in der Differenz der Methoden der entscheidende Erkenntnisgewinn, indem sie auf unterschiedliche Facetten des Gegenstands fokussieren und damit umfassender erklären können“ (Graßhoff 2007, S. 58).¹⁶⁰

Nach einer Verortung des „Experteninterviews“ in der qualitativen Forschungslandschaft wird auf die Anlage der Studie eingegangen. Dabei wird die Auswahl der befragten Experten vor dem Hintergrund der anvisierten Mehrperspektivität rekonstruiert sowie die Durchführung und Auswertung nach dem Vorgehen von Meuser/Nagel bzw. die Rolle als Forscher reflektiert.

4.1 Das leitfadengestützte Experteninterview

Das Experteninterview wird in der sozialwissenschaftlichen Forschung noch immer kontrovers diskutiert und nimmt in der methodologischen und methodischen Diskussion eine randständige Position ein, da es ein „schmutziges Verfahren“ und keine methodische „Reinform“ darstellt (Trinczek 1995, S. 59). Dessen ungeachtet stellt das Experteninterview ein häufig genutztes Verfahren dar, das sich auch als qualitative Methode in der Praxis etablieren konnte. Ungeachtet der Tatsache, dass sich die Forschungspraxis der Methode häufig bedient – wie Meuser/Nagel es in dem Titel ihres Artikels „ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht“ zum Ausdruck bringen – führt das Experteninterview noch immer ein „Mauerblümchendasein.“

In der Diskussion werden verschiedene Typen des Experteninterviews unterschieden. Bogner/Menz unterscheiden drei Typen des Experteninterviews: Das *explorative* Experteninterview wird in der Sozialforschung zu einer ersten Orientierung im Feld bzw. zur Schärfung und Entwicklung folgender Erhebungsvorhaben eingesetzt, häufig im Vorfeld quantitativer Untersuchungen. Das *systematisierende* Experteninterview wendet sich Akteuren in der Rolle als Ratgeber und Informant mit einem relativ differenzierten Leitfaden zu und eruiert das „aus der Praxis gewonnene[n], reflexiv verfügbare und spontan kommunizierbare Handlungs- und Erfahrungswissen“ (Bogner/Menz 2002b, S. 37). Demgegenüber zielt das *theoriegenerierende* Experteninterview auf „die kommunikative Erschließung und analytische Rekonstruktion der ‚subjektiven Dimension‘ des Expertenwissens“ (ebd., S. 38).

¹⁶⁰ Eine „eigenständige Diskussion über die Verbindung qualitativer Methoden und Daten [ist] aufgrund der Unterschiedlichkeit der Methoden (...) kaum erörtert“ (Graßhoff 2007, S. 58); zu der Frage der Triangulation quantitativer und qualitativer Daten bzw. Methoden vgl. auch Schröder-Lenzen 1997; Flick 2000, S. 250.

Diese Form wurde insbesondere durch das Konzept von Meuser/Nagel (1991; 1994; 1997) ausgearbeitet. Neben einem spezifischen Expertenbegriff wird durch ein komparatives Vorgehen, den „thematischen Vergleich“, eine theoretische Konzeptualisierung der Wissensbestände angestrebt. Das theoriegenerierende Experteninterview schließt damit an die Logik interpretativer Verfahren an (vgl. Liebold/Trinczek 2002).

Allerdings fokussiert der Begriff des Experteninterviews nicht auf eine spezifische Erhebungsmethode, sondern auf die spezifische Qualität des Interviewpartners (vgl. Liebold/Trinczek 2002). Dessen ungeachtet ist man sich in der Diskussion einig, dass es sich bei „Experteninterviews“ um leitfadengestützte Interviews handelt – wenngleich Experten durchaus mit anderen Methoden befragt werden können.

4.1.1 Der Begriff des Experten

Der Begriff des Experten wird aus unterschiedlichen Perspektiven – wissenssoziologisch handlungstheoretisch, konstruktivistisch oder modernisierungstheoretisch – begründet und analysiert (Meuser/Nagel 1994; 1997; Hitzler et al 1994; Schulz 1998; Bogner/Littig/Menz 2002; Bogner/Menz 2002b).¹⁶¹ Meuser/Nagel definieren Experten als Funktionsträger, die Teil eines Handlungsfelds sind, auf das sich das Forschungsinteresse richtet. Die Experten werden in einem institutionellen Handlungsfeld verortet, ihre Erfahrungen und Wissensbestände beziehen sich auf den begrenzten Wirklichkeitsausschnitt. Insofern werden die Experten im Unterschied zu offenen Interviews nicht als *Gesamtperson* zum Gegenstand des Forschungsinteresses, sondern die Personen werden im Kontext eines „organisatorische[n] oder institutionelle[n] Zusammenhang[s], der mit dem Lebenszusammenhang der darin agierenden Personen gerade nicht identisch ist“, befragt (Meuser/Nagel 1991, S. 442). Die Experten rücken als Repräsentanten einer Organisation mit ihren spezifischen „Insider“-Wissensbeständen bzw. ihrem „Betriebswissen“ in Bezug auf das Forschungsinteresse in den Blick (ebd., S. 444). Darüber hinaus wird der Expertenstatus relational konzeptioniert, d.h. er wird für eine spezifische Fragestellung von dem Forscher „verliehen“ (vgl. ebd., S. 443). Das Konstrukt des Experten impliziert weiterhin, dass die ausgewählte Person Verantwortung für bestimmte Problemlösungen trägt und über einen privilegierten Zugang zu Informationen verfügt (ebd.). Dieses Verständnis verweist darauf, dass Experten nicht allein auf der höchsten Hierarchieebene in Organisationen, sondern durchaus auf „unteren

¹⁶¹ Auf die differenzierte Analyse des „Expertenbegriffs“ kann hier nicht weiter eingegangen werden, da in diesem Kontext die methodischen Implikationen des Experteninterviews im Vordergrund stehen.

Funktionsebenen“ anzutreffen sind. Ferner wird das Expertenwissen von Meuser/Nagel als nicht grundsätzlich reflexiv zugänglich beschrieben, es kann als „implizites Wissen“ vorhanden sein. Auf diese Weise können subjektive Sichtweisen aufgedeckt und rekonstruiert werden.

Allerdings verweist das „implizite Wissen“ auf eine Schwierigkeit: Inwieweit kann die Trennung von „Person“ und „Experte“ in den Interviews durchgehalten werden, wenn die Rekonstruktion von subjektiv-implizitem Wissen rekonstruiert werden soll? Dieser Widerspruch bleibt in der Forschungsdiskussion nach wie vor umstritten (vgl. Abels/Behrens 2002). Bogner/Menz wenden sich gegen eine Trennung, da die soziale Relevanz des Expertenwissens nur unter Berücksichtigung „privater Äußerungen“ eingeordnet werden kann. Die methodische Spezifität des Experteninterviews resultiert aus dem Interesse an spezifischen Wissenskonfigurationen, „die auf kognitiver Ebene als Konglomerat subjektiver und inkonsistenter Sinnentwürfe und Erklärungsmuster („Deutungswissen“) und auf sozialer Ebene als Handlungsdeterminante für andere („Praxiswirksamkeit““ (Bogner/Menz 2002b, S. 44) charakterisiert sind. Mit diesem Verständnis wenden sich Bogner /Menz gegen einen Zugang, der den „Experten“ allein in seiner Funktion begreift. Der Begriff „*Deutungswissen*“ weist darauf hin, dass Expertenwissen zum einen sehr heterogen gebildet wird und zum anderen „immer auch eine Abstraktions- und Systematisierungsleistung des Forschers, eine ‚analytische Konstruktion‘“ darstellt (ebd., S. 44). Auf dieser Grundlage rückt der Befragte zugleich als Privatperson in den Blick, da sich erst in der Auswertungsphase zeigen kann, welche Anteile des Deutungswissens im professionellen oder persönlichen Bereich verankert sind.

4.1.2 Experteninterviews als qualitative Interviews

Unter dem Label der Experteninterviews versammeln sich quantitativ orientierte Befragungen sowie qualitativ-orientierte Ansätze (z.B. Meuser/Nagel), insofern stellt sich die Frage, ob „das Experteninterview“ überhaupt existiert (vgl. Bogner/Menz 2002a, S. 20) bzw. wie andere Interviewverfahren abgegrenzt werden können. Die methodologische und methodische Diskussion vor dem Hintergrund der qualitativen Methoden wird als unzureichend eingeschätzt (ebd., S. 21), wenngleich in den meisten Publikationen zu qualitativen Forschungsmethoden verschiedene Interviewarten wie das fokussierte, problemzentrierte oder das Experten-Interview kurz vorgestellt werden (vgl. Friebertshäuser 1997; Flick 2000).

Bogner/Menz begründen die eher randständige Position der Experteninterviews innerhalb der qualitativen Forschung mit der Tatsache, dass Experteninterviews den Anforderungen nach Offenheit und Nicht-Beeinflussung nur bedingt entsprechen. Die qualitative Forschung orientiert sich bei der Entwicklung der Interviewverfahren an der kommunikativen Strukturierung der Lebenswelt bzw. an den Regeln alltagsweltlicher Kommunikation. Offenheit und Kommunikation werden für die Rekonstruktion der „narrativen Grundstruktur alltagsweltlicher Kommunikation“ notwendige Voraussetzung (vgl. Trinczek 1995, S. 60). Insofern ermöglicht erst eine offene Interviewführung, Einblicke in implizite Handlungsmaxime und Erfahrungen zu erlangen. Um sich der Offenheit anzunähern, wird aus qualitativer Richtung ein flexibler und offener Umgang mit dem Leitfaden empfohlen, um auf diese Weise innerhalb der thematischen Strukturierung narrative Passagen anzuregen (vgl. Meuser/Nagel 1994, S. 183f.).

Ferner wird in qualitativen Interviewverfahren ein „anregend-passiver“ Interviewerstil empfohlen, insbesondere bei Verfahren wie z.B. dem narrativen Interview. Bei der Befragung von „Experten“ in einem organisatorischen Kontext empfiehlt sich die empfohlene Haltung nur bedingt. Wenngleich das Ziel des Interviews, narrative Passagen anzuregen, durchaus gegeben ist, können sich in Unternehmen und Organisationen die Regeln alltagsweltlicher Kommunikation nicht in umfassender Weise entfalten (vgl. Matthies 1999). Trinczek zeigt darüber hinaus am Beispiel von Experteninterviews mit Managern auf, dass die Erwartungshaltung von Repräsentanten einer Organisation berücksichtigt werden müsse, wenn die Interviews erfolgreich verlaufen sollen. In institutionellen und organisatorischen Kontexten besteht zumeist eine Vorstellung von „Interviews“: Die Gesprächspartner erwarten vor dem Hintergrund ihres beruflichen Alltags, mit Fragen konfrontiert zu werden, um „knapp und präzise, immer auf den Punkt kommend und wenig abschweifend“ (Trinczek 1995, S. 62) zu antworten. Diese Rahmung stelle insbesondere für leitende Personen eine typische Gesprächssituation dar. Die Aufforderung zu einer ausführlichen Narration berge in diesem spezifischen Kontext daher die Gefahr des Scheiterns der Interviewsituation. Aufgrund dessen stellen leitfadengestützte Experteninterviews eine angemessene Untersuchungsmethode dar. Der Leitfaden und die thematischen Schwerpunkte können flexibel zum Einsatz gebracht werden, wobei die vorbereitende Erarbeitung des Leitfadens eine offene Interviewführung ermöglicht (vgl. Meuser/Nagel 1991, S. 449). Aufgrund der bestehenden impliziten Erwartungen der Akteure als Repräsentanten einer Organisation empfiehlt Trinczek als situativ angemessene Haltung darüber hinaus einen argumentativ-diskursiven Interviewstil, der eine aktiv-fragende Rolle für den Interviewer vorsieht (vgl.

Abels/Behrens 2002, S. 176). Er votiert daher, die Regeln alltäglicher Kommunikation im qualitativen Paradigma nicht zu verabsolutieren. Bedeutsamer sei es demgegenüber, die Kommunikationsbeziehungen mit dem Forschungssubjekt zu gestalten, Offenheit zu erhalten, aber gegebenenfalls strukturierend und argumentierend zu intervenieren, wenn die soziale Situation dies erfordert (vgl. Trinczek 1995, S. 66).¹⁶² Auf dem Hintergrund dieser anwendungsorientierten Argumentation verdeutlicht sich zugleich, dass im Interviewverlauf durchaus „entspannte Phasen“ entstehen, da die Akteure die handlungsentlastete Situation für offene Reflexionen und ein „Fachgespräch“ nutzen können.¹⁶³ „Die Attraktivität dieser folgenentlasteten Gesprächssituation zeigt sich auch darin, dass die Befragten die Dauer der Interviews mitunter beträchtlich überziehen“ (ebd., S. 63). In diesem Kontext zeigt sich, dass nicht allein eine neutrale Interviewführung den Zugang eröffnet, sondern insbesondere das Bedürfnis nach Reflexion und fachlichem Austausch entsteht, was wiederum spezifische Anforderungen an den Interviewer impliziert.

Die spezifische Interaktionssituation von Experteninterviews produziert unterschiedliche Interaktionsmodelle bzw. Erwartungsmuster. Bogner/Menz beschreiben typische Rollenerwartungen in Experteninterviews, die im Verlauf des Interviews überprüft bzw. bestätigt werden müssen: An den Interviewer werden beispielsweise Rollenerwartungen des Co-Experten, Laien, Kritikers, der Autorität oder des Komplizen des Befragten herangetragen. Diese Rollenerwartungen implizieren unterschiedliche Kompetenzzuschreibungen und normative Orientierungen und werden im Interview fortwährend reproduziert oder verändert¹⁶⁴ (vgl. Bogner/Menz 2002b, S. 60). Ein flexibler und produktiver Umgang nutzt die jeweiligen Zuschreibungen für unterschiedliche Interviewstrategien und entgeht auf diese Weise einer negativen Bewertung der Erwartungshaltungen als „Störungen.“ Die situati-

¹⁶² Diese Erwartungshaltungen können je nach Untersuchungsfeld erheblich variieren. Für den Dritten Sektor bzw. das ausgewählte Untersuchungsfeld kann vermutet werden, dass in Wohlfahrtsorganisationen und europäischen Netzwerken dieser „Manager-Stil“ vorliegt bzw. der organisatorische Kontext und ein professionelles Selbstverständnis diesen Erwartungen entspricht. Allerdings können auch weitere Typen möglich sein, da das Personal von NGOs und Netzwerken aufgrund eines hohen persönlichen Engagements und einer spezifischen Wertorientierung in der entsprechenden Organisation beschäftigt ist und weitaus „narrativer“ gestimmt sein kann. Dies wird anhand von Karrieretypen in NGOs angedeutet: NGO-Technokraten, -Generalisten, -Theologen und -Quereinsteiger. (vgl. Frantz 2005, S. 252ff. bzw. Kap. 3.3).

¹⁶³ Darüber hinaus unterliegen die Experten gleichfalls „Erzählzwängen“ nach Schütze, die in unterschiedlichen Phasen des Interviews zum Tragen kommen können (Gestaltschließungszwang, Kondensierungszwang, Detaillierungszwang), vgl. Froschauer/Lueger 2003, S. 63ff.

¹⁶⁴ Alle Rollenerwartungen gehen mit spezifischen Chancen und Risiken einher, die in diesem Kontext nicht referiert, sondern in Kapitel 4.2.5 anhand des Forschungsdesigns reflektiert werden.

ons- und personenspezifischen Erwartungen können als Zuschreibungen interpretiert und bewusst in den Auswertungsprozess einbezogen werden (Bogner/Menz 2002, S. 67).

Neben situativen Rollenerwartungen, die sich aus dem organisatorischen Kontext und dem zugeschriebenen Status des Experten ergeben, strukturieren soziale Kategorien wie Alter, Geschlecht, aber auch beruflicher Status, Erfahrungshintergrund und Organisationszugehörigkeit die Interviewsituation – ohne dass diese Einflüsse als „Verzerrungen“ interpretiert werden müssen (Abels/Behrens 2002, S. 46). Pfadenhauer unterstreicht, dass insbesondere die Annahme, dass divergierende Relevanzsysteme vorliegen, zu paternalistischen, selbstlegitimatorischen, verharmlosenden oder dramatisierenden Haltungen führe (vgl. Pfadenhauer 2002, S. 119). Inwieweit diese aufgrund des Kompetenzgefälles oder der Alters- und Statusunterschiede ausgelöst wird, soll an dieser Stelle nicht weiter diskutiert werden.

4.2 Forschungsdesign

Im Anschluss wird nun auf die Anlage der Studie eingegangen und dabei das Vorgehen bei der Auswahl, die erreichte Multiperspektivität, die Rolle der Interviewer und Interaktionsdynamiken reflektiert sowie das angewandte Auswertungsverfahren nach Meuser/Nagel erläutert.

4.2.1 Quantitative Befragung

Im Kontext des Projekts „Netzwerke der Sozialen Arbeit in Europa“ wurde im Jahr 2002 eine quantitative Erhebung durchgeführt, um eine Bestandsaufnahme der transnationalen Kooperationsbeziehungen von deutschen Organisationen Sozialer Arbeit zu erheben und zugleich einen ersten Feldzugang zu erhalten. Die Ergebnisse der quantitativen Untersuchung wurden partiell in die vorliegende Studie aufgenommen.

Für den Bereich der institutionalisierten Sozialen Arbeit in Deutschland wurde eine möglichst vollständige Erfassung angestrebt. Aufgrund der thematischen Vielfalt in der Sozialen Arbeit und den daraus resultierenden Abgrenzungsproblemen zu Bereichen der Therapie, der medizinischen Versorgung und Pflege wurden „Kernbereiche“ der Sozialen Arbeit identifiziert und die ausgewählten Organisationen entsprechend gefiltert. Als Kernbereiche wurden die Kinder- und Jugendhilfe, Armut, Frauen/Mädchenarbeit, Altenhilfe, Familienhilfe, Hilfe für wohnungslose Menschen ausgewählt. Mit der Einbeziehung der sechs Spit-

zenverbände der Freien Wohlfahrtspflege (Bundes- und Landesverbände) und im Falle des DPWV der ca. 140 überregionalen Mitgliedsorganisationen wurden Organisationen aus vielfältigen Themen- und Arbeitsfeldern befragt. Für den Bereich der Jugendarbeit bzw. Jugendsozialarbeit wurde ebenfalls auf das Kriterium der institutionellen Verfasstheit zurückgegriffen: In der Befragung wurden die 22 bundesweit tätigen Jugendverbände und die Landesjugendringe des Bundesjugendringes berücksichtigt. Darüber hinaus wurden zur Ergänzung die Bundesarbeitsgemeinschaften der Sozialen Arbeit als eine besondere Organisationsform der Sozialen Arbeit einbezogen. Es wurden insgesamt 272 Wohlfahrtsorganisationen und 46 Bundesarbeitsgemeinschaften (BAG) mit der quantitativen Befragung adressiert. Die standardisierte Befragung richtete sich an die Geschäftsführung und Leitung der Organisationen oder – wenn dies bekannt war – an die Europareferate der Organisationen.

Der Fragebogen bestand aus zwei Teilen: Ein allgemeiner Teil befasste sich mit der Bedeutung von Europa für die Organisation, den eingeplanten Ressourcen für die Europaarbeit sowie den europäischen Informationen, Kontakten, Kooperationen und Projekten der Organisationen. Der zweite Teil des Fragebogens wandte sich nur an Organisationen *mit* einer europäischen Netzwerkmitgliedschaft. Es wurden Daten zu Beitrittsgründen, zu den Beziehungen zu anderen Mitgliedern, zu Ergebnissen der Netzwerkarbeit, zum Selbstverständnis des Netzwerks sowie zu der Kommunikation und Zusammenarbeit erhoben und abschließend um eine Bewertung des Nutzens der europäischen Netzwerkarbeit gebeten.

Für die Stichprobe ergab sich ein Rücklauf von knapp über 50%. Von den ca. 150 antwortenden Wohlfahrtsorganisationen unterhalten 60 Akteure europäische Netzwerkmitgliedschaften. Von den 24 BAGs meldeten 14 europäische Netzwerkmitgliedschaften zurück. Dabei konnten nicht alle Netzwerkmitgliedschaften berücksichtigt werden. Dies lag einmal an der Tatsache, dass die angegebenen Netzwerke nicht „Netzwerke“, sondern z.B. europäische Förderprogramme oder verbandsinterne Abteilungen darstellten und zum zweiten die thematische Ausrichtung der Netzwerke einen zu weiten Horizont eröffnete. Weitere Verzerrungen ergaben sich zum Teil aus der unklaren Abgrenzung zwischen Bundes- und Landesverbänden: Die europäischen Netzwerkmitgliedschaften des Bundesverbands wurden im Sinne der Verbandszugehörigkeit teilweise als eigene Netzwerkmitgliedschaft beschrieben.¹⁶⁵

¹⁶⁵ Weitere Probleme ergaben sich z.B. in der Adressierung: Es wurden die Geschäftsführungen der Organisationen angeschrieben, wenn keine zuständige Abteilung/Person bekannt war. In der Phase des Rücklaufs wurde jedoch deutlich, dass der Fragebogen verschiedenen Abteilungen zugeteilt wurde und im Organisati-

Im Anschluss an die Befragung wurden Profile über die von den Befragten angegebenen europäischen Netzwerke erstellt, die als erste Vorbereitung zum transnationalen Feld dienen.¹⁶⁶ Die Auswertung der quantitativen Befragung erfolgte in der statistischen Analysesoftware SPSS, dabei wurden die Organisationen mit bzw. ohne Netzwerkmitgliedschaften durch die Fragebogenkonstruktion getrennt analysiert. Nach eingehender Filterung reduzierte sich die Grundmenge auf insgesamt 74 Organisationen mit europäischen Netzwerkmitgliedschaften. Im Anschluss an die Dateneingabe wurde eine Auszählung der Häufigkeiten vorgenommen sowie ausgewählte Zusammenhänge untersucht (vgl. Hamburger/Lauer/Stauf 2004a).

4.2.2 Experteninterviews: Zugang zum Untersuchungsfeld

In der *ersten Explorationsphase* (Dezember 2002) wurden sieben Interviews in Brüssel mit Netzwerkvertretern durchgeführt, die als Pre-Test sowie der Exploration des Untersuchungsfelds dienten und als Grundlage für die weitere Leitfaden-Konstruktion herangezogen wurden. Die Gesprächspartner wurden auf der Grundlage des Rücklaufs der quantitativen Befragung ausgewählt.¹⁶⁷

In der *zweiten Erhebungsphase* (Februar-Juli 2003) wurden Interviews mit Vertretern von 22 deutschen Organisationen Sozialer Arbeit durchgeführt. Aus dem Rücklauf der quantitativen Untersuchung wurden 21 Organisationen ausgewählt, die über eine oder mehrere Netzwerkmitgliedschaften¹⁶⁸ verfügten sowie eine Organisation ohne direkte Netzwerkmitgliedschaft im Sinne eines kontrastierenden Interviews.¹⁶⁹ Kriterium für die getroffene Auswahl war eine gleichmäßige Verteilung der sechs Spitzenverbände, der Einbezug von Bundes- und Landesebene sowie von Fachverbänden und überregionalen Mitgliedern des DPWV und der Bundesarbeitsgemeinschaften. In dieser Auswahl wurden die Europarefe-

onsgewirr „verschwand.“ Insofern wurden in der Rücklaufphase telefonisch die zuständigen Referenten identifiziert und der Fragebogen erneut dem verantwortlichen Experten zugeleitet. Weitere Probleme entstanden aus der Antwortlogik der Befragten: Organisationen bejahten Netzwerkmitgliedschaften, ohne aber weitere Fragen zu der Netzwerkmitgliedschaft zu beantworten. Eine weitere Unschärfe entstand durch den Netzwerkbegriff, so dass einige Angaben europäischer Kooperationen unberücksichtigt bleiben mussten, da sie den Definitionen europäischer Netzwerke nicht entsprachen.

¹⁶⁶ Weiterführende Angaben zu der Konzeption und Durchführung der quantitativen Untersuchung in Hamburger/Lauer/Stauf 2002a/b.

¹⁶⁷ Diese Interviews wurden nicht transkribiert, sondern protokolliert.

¹⁶⁸ Zu den direkten Mitgliedschaften kommen darüber hinaus indirekte Mitgliedschaften über die Bundesverbände u.ä. hinzu.

¹⁶⁹ Für die „Kontrollgruppe“ von Organisationen ohne europäische Netzwerkmitgliedschaften wurden ursprünglich zwei Organisationen ausgewählt. Einer der vereinbarten Interviewtermine wurde sehr kurzfristig abgesagt, so dass nur ein Interview mit einer Organisation ohne direkte Netzwerkmitgliedschaft vorliegt.

rate und -büros des Deutschen Caritasverbands (DCV), des Diakonischen Werks (DW), der Arbeiterwohlfahrt (AWO) und des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands (DPWV) einbezogen. Zugleich wurden für die Auswahl die aus der quantitativen Befragung gewonnenen Erkenntnisse über die Netzwerkaktivitäten berücksichtigt: Neben dem Kriterium der thematischen Breite der Netzwerke wurde der Zugehörigkeitsdauer der Mitglieder in den Netzwerken herangezogen, um ein umfassendes Erfahrungswissen der Experten zu berücksichtigen. Für die Befragung der 22 nationalen Organisationen wurden Personen mit leitenden Aufgaben oder „Europa-Referenten“ ausgewählt.¹⁷⁰

Daran anschließend wurden in einer *dritten Erhebungsphase* (Juni 2003) sieben Experten aus europäischen Netzwerken in Brüssel und Europareferenten von Verbänden sowie ein Vertreter der Europäischen Kommission befragt.¹⁷¹ Dabei wurde die operative Netzwerkebene (Geschäftsführung) oder ausgewählte Referenten in den europäischen Netzwerken (Policy Officer, EU-Referenten) adressiert.¹⁷²

Insgesamt wurden 36 Gespräche mit 40 Personen im nationalen und europäischen Kontext durchgeführt, um eine Verschränkung der nationalen und transnationalen Perspektive zu erreichen.¹⁷³

Die Auswahl der Befragten in Deutschland verlief folglich im Sinne eines statistischen Samplings, da die Befragten nach *Kriterien* ausgewählt wurden. Die Auswahl der europäischen Befragten in der letzten Erhebungsphase verlief zwar einerseits auch kriterienorientiert nach der Erstellung von Einzelprofilen (thematisches Handlungsfeld, Organisationsmerkmale), andererseits wurde aber im Sinne des „theoretical samplings“ die Auswahl der dritten Erhebungsphase in mehreren Schritten durchgeführt, „um das Wissen über den Un-

¹⁷⁰ Meuser/Nagel weisen darauf hin, dass die Auswahl in Kenntnis der Organisationsstrukturen, Kompetenzverteilung und der Entscheidungswege sowie der Dimensionierung des Themengebietes getroffen werden soll (vgl. Meuser/Nagel 1997, S. 486).

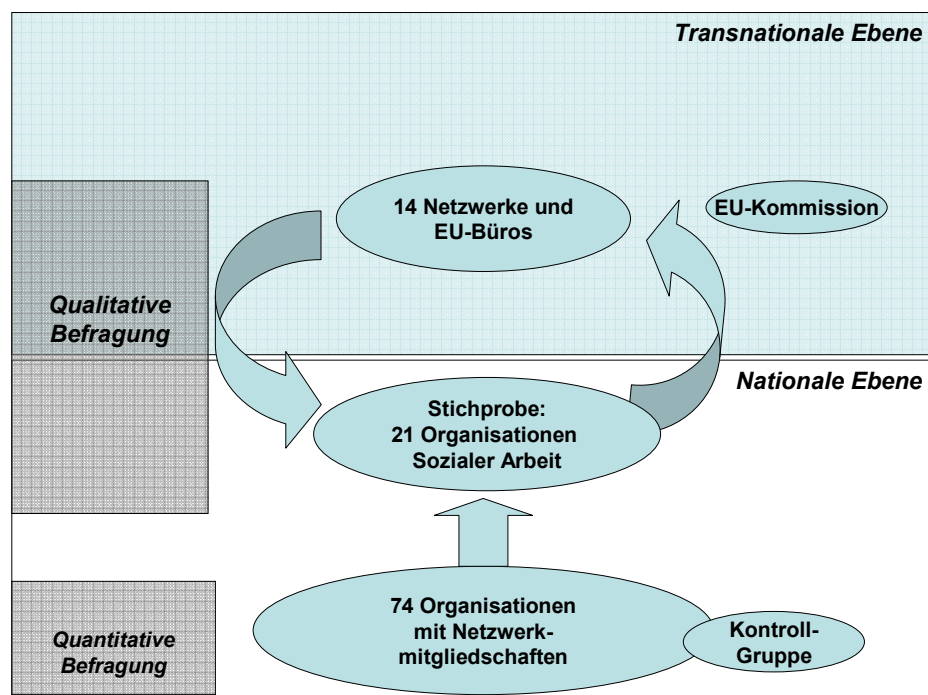
¹⁷¹ Der Vertreter der Europäischen Kommission repräsentierte die damalige Abteilung D4 „Anti-Discrimination, Fundamental Social Rights and Civil Society“ der Generaldirektion Beschäftigung und Soziale Angelegenheiten.

¹⁷² Darüber hinaus wurden in dieser Studie zwei weitere Interviews berücksichtigt, die im Kontext des Forschungsprojekts „Integration oder Abwehr – soziale Nichtregierungsorganisationen Mittel- und Osteuropa im Beitrittsprozess“ mit einem Vertreter der Europäischen Kommission sowie einem europäischen Netzwerkvertreter in Brüssel im Jahr 2005 geführt und protokolliert wurden.

¹⁷³ Geplant waren 39 Gespräche, drei Interviews wurden kurzfristig abgesagt und konnten in dem Erhebungszeitraum nicht wiederholt werden. Zum anderen fanden Interviews kurzfristig mit mehreren Personen statt. Über diese ad-hoc Kombination von Gesprächspartnern fand im Vorfeld keine Information statt, so dass die 36 Interviews mit 40 Personen durchgeführt wurden. Darüber hinaus gingen die beiden Bundesverbände des DRK und der ZWST nur in die quantitative Befragung ein. Die Begrenzung erfolgte im Hinblick auf die vorliegende Untersuchungsfrage sowie auf die forschungsleitenden Fragen der Studie von Lauer 2005.

tersuchungsgegenstand sukzessive zu erweitern“ (vgl. Flick 2000, S. 82). Die Hinweise der befragten deutschen Akteure wurden insofern im Sinne eines „Schneeballsystems“ und in ihrer Funktion als Katalysatoren berücksichtigt, so dass nicht allein nach vorab festgelegten Kriterien die Auswahl getroffen wurde (vgl. Bogner/Menz 2002, S. 8).¹⁷⁴ Auf diese Weise sollten die Ergebnisse ergänzt, erweitert und kontrastiert werden. Zu der Gruppe der transnationalen Netzwerke gehört ebenfalls das Dachnetzwerk der European Platform of Social NGOs, in dem nur europäische Netzwerke vertreten und damit nationale Akteure nur indirekt eingebunden sind. Darüber hinaus wurde ein Interview mit einem Vertreter der Europäischen Kommission durchgeführt, um die Perspektive der politischen Institution auf die europäischen Netzwerke im sozialen Bereich aufzugreifen, ohne sie systematisch zu vertiefen. Ferner beschränkte sich die Auswahl aus dem pragmatischen Grund der Erreichbarkeit auf Akteure mit einem Sitz in Brüssel.¹⁷⁵

Abbildung 2: Stichprobenkonstruktion



¹⁷⁴ Insofern handelt es sich nur eingeschränkt um ein „theoretical sampling“, da die Daten zwischen den Erhebungsschritten gesichtet, aber nicht eingehender interpretiert wurden. Allerdings erwies sich in der Reflexion der Methode das Experteninterview als angemessener Zugang zum Untersuchungsgegenstand. Die Anwendung der Methode „Experteninterview“ veränderte sich insofern, als die Interviewer im Erhebungsprozess gleichfalls einem Lernprozess unterlagen und daher offenere und argumentierende Interviewformen sukzessive zunahmten. Darüber hinaus konnten in einem iterativen Verständnis die Erkenntnisse aus vorangegangenen Interviews in die aktuellen Gespräche einfließen (vgl. dazu Flick 2000, S. 59).

¹⁷⁵ Die Kontaktaufnahme erfolgte zunächst schriftlich, die Vereinbarung zum Interview wurde telefonisch vorgenommen.

Durch die getroffene Auswahl, die auf eine thematische Breite und die Verschränkung der nationalen und transnationalen Perspektive setzte, ergeben sich auch Nachteile: Aus den partikularen Einschätzungen der Befragten kann kein repräsentatives Bild einer gesamten Organisation oder eines Netzwerks rekonstruiert werden. Sie stellen nur eine spezifische Perspektive auf die Organisationen und deren europäische Beziehungen dar. Für keine(s) der befragten Organisationen und Netzwerke kann insofern eine fallorientierte Verdichtung vorgenommen werden.¹⁷⁶

Mehrperspektivität

Die Verschränkung der Perspektiven auf das Feld der Europaarbeit und auf das transnationale Feld sozialer Netzwerke nimmt im Sinne eines „cross checking“ eine kontrastierende und ergänzende Funktion ein, da auf diese Weise die Äußerungen und Einschätzungen von Mitgliedern auf der nationalen Ebene sowie von Netzwerkakteuren auf europäischer Ebene verglichen werden können (vgl. Meuser/Nagel 1991, S. 467).

Die Auswahl ermöglicht einen Einblick in die Struktur und Dynamik von 21 europäischen Netzwerken Sozialer Arbeit aus unterschiedlichen Bereichen. Von 14 der europäischen Netzwerke konnte sowohl die Perspektive der Mitglieder als auch der europäischen Netzwerkkoordinatoren eingefangen werden. Für sieben der europäischen Netzwerke bzw. für das übergreifende Umbrella-Netzwerk *Social Platform* konnte der Blick mehrerer Mitgliedsperspektiven einbezogen werden.

Im Kontext des multiperspektivischen Zugangs können die befragten Netzwerke darüber hinaus in Bezug zu einer Netzwerk-Typologie gesetzt werden, die im Kontext des Projekts „Netzwerke der Sozialen Arbeit“ auf der Grundlage der quantitativen Ergebnisse rekonstruiert wurde (vgl. Kap. 3.3.4; Hamburger/Lauer/Stauf 2004a): In der qualitativen Befragung dominiert der Typ des „*thematischen Netzwerks*“ (14 thematische Netzwerke). Dem Typus des „*Familien-Netzwerks*“ können sechs Netzwerke zugerechnet werden. Ferner wurden zwei „*kirchliche Netzwerke*“ berücksichtigt.

¹⁷⁶ Zu der Darstellung der befragten Organisationen vgl. auch Lauer 2005, S. 74ff.

Abbildung 3: Perspektiven auf europäische Netzwerke

Multiperspektivität von Mitgliedern und Netzwerken

<i>Befragte Organisationen und ihr Blick auf europäische Netzwerke</i>	<i>Europäische Netzwerke</i>
AWO Bundesverband e.V. AWO International e.V. AWO-Bezirksverband Westliches Westfalen e.V. AWO Landesverband Berlin e.V. Arbeiter-Samariter-Bund Bundesverband e.V. (ASB)	SOLIDAR
Deutscher Caritasverband e.V./Caritas International Diakonisches Werk, Bundesverband Diakonisches Werk, Dienststelle Berlin Diakonisches Werk, EU-Büro Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband e.V. (DPWV), Bundesverband EU-Büro des DPWV e.V. AWO Bundesverband e.V.	ETWelfare
Deutscher Caritasverband e.V., Referat Migration Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Referat Migration BAG Asyl in Kirche e.V.	European Network Against Racism (ENAR)
Deutscher Caritasverband e.V., Abt. Migration Diakonisches Werk Bundesverband DPWV Bundesverband	European Anti Poverty Network (EAPN)*
Diakonisches Werk, Bundesverband Diakonisches Werk, Dienststelle Berlin Bundesverband Evangelische Behindertenhilfe (BEB) BAG Evangelische Jugendsozialarbeit (BAGEJSA)	Eurodiaconia
BAG Werkstätten für behinderte Menschen e.V. BAG-Seniorenbüros e.V.	Action Européenne des Handicapés (AEH)*
Befragte Mitglieder der Social Platform	<i>Europäische Netzwerke</i>
Solidar ETWelfare Inclusion Europe European Network Against Racism (ENAR) European Youth Forum (EYF) Eurodiaconia	European Platform of Social NGOs

Die mit diesem Symbol () gekennzeichneten Netzwerke wurden nicht befragt.

Einzelperspektiven von Mitgliedern auf europäische Netzwerke

<i>Befragte Organisation</i>	<i>Europäische Netzwerke</i>
BAG Evangelische Jugendsozialarbeit e.V. (BAGEJSA)	European Network on Streetchildren Worldwide (ENSCW)
Lebenshilfe e.V., Bundesverband Evangelische Behindertenhilfe e.V. (BEB)	Inclusion Europe
Caritas International (Caritas Bundesverband)	Caritas Europe*
BAG-Seniorenbüros e.V.	Bund der älteren Generation, EURAG*
Bundesjugendring e.V.	European Youth Forum (EYF)
BAG Asyl in der Kirche e.V.	Platform for International Cooperation on Undocumented Migrants (PICUM)
BAG Werkstätten für behinderte Menschen e.V.	Workability International*
Deutsches Jugendrotkreuz e.V.	West-European Red Cross Youth Network*
BAG Straffälligenhilfe e.V.	European Offender Employment Forum (EFOF) *

Nationale Organisationen, die zugleich europäische Netzwerke koordinieren

<i>Organisation</i>	<i>Europäische Netzwerke</i>
Arbeiter-Samariter-Bund Bundesverband e.V. (ASB)	Samariter International (SAINT)
Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen e.V. (IGfH)	Fédération Internationale des Communautés Educatives (FICE)
AWO-Bezirksverband Westliches Westfalen e.V.	Europäische Akademie für Elementarerziehung (EAFE)
BAG Evangelische Jugendsozialarbeit e.V. (BAGEJSA)	Youth and European Social Work - Y.E.S.-Forum
Internationale Bund e.V.	European Federation of Youth Service Organisations (EFYSO)

Ein „*thematisches Netzwerk*“ kann zugleich als „*virtuelles Netzwerk*“ klassifiziert werden, ein anderes Netzwerk zugleich als „*Protestnetzwerk*“. ¹⁷⁷ Die europäischen Netzwerke agieren in unterschiedlichen thematischen Bereichen, die natürlich auch von Überschneidungen gekennzeichnet sind. Es dominiert in der Auswahl der Netzwerke der Themenbereich „Jugend“, gefolgt von allgemein sozialen Themen wie Armut und Ausgrenzung.

¹⁷⁷ Dieser Typologie gemäß werden in der Untersuchung folglich kein Selbsthilfe-Netzwerk und kein infrastrukturelles-politisches Netzwerk berücksichtigt.

4.2.3 Durchführung der Interviews

Die Interviews nahmen einen Zeitraum von ca. 45-90 Minuten ein und wurden zumeist in den Räumen der Organisation bzw. des Büros des europäischen Netzwerks durchgeführt. Sieben der 36 Interviews wurden in englischer Sprache geführt. Die Interviews wurden mit einem Aufnahmegerät aufgezeichnet.

Für die Befragung der deutschen sowie europäischen Akteure wurden unterschiedliche Leitfäden verwandt, wobei insgesamt ein offener und flexibler Umgang mit dem Leitfaden praktiziert wurde, der es den Befragten ermöglichte, eigene Themen zu akzentuieren.

Die Interviewleitfäden umfassten unterschiedliche sowie gemeinsame Themenschwerpunkte für die nationalen und europäischen Akteure:

- Entstehung von transnationalen Kooperationsbeziehungen der Organisation,
- Europaarbeit in der nationalen Organisation,
- Netzwerkentstehung und Beitritt,
- Netzwerkfunktion und Netzwerkidentität,
- Kooperation und Konkurrenz zwischen den Akteuren,
- Kommunikation im nationalen und transnationalen Zusammenhang,
- Konflikte und Herausforderungen in Bezug auf europäische Netzwerkarbeit.¹⁷⁸

Darüber hinaus lag der Konstruktion der Leitfäden ein iteratives Vorgehen zugrunde (vgl. Voelzkow 1995), so dass erworbene Informationen und Themen in Interviews mit einfließen und als ergänzender oder kontrastierender Impuls genutzt wurden. Die Perspektivenverschränkung stellt die Interviewten in einer produktiven Weise unter „Zugzwang“, da sie zusätzliche Bewertungen, Informationen und Einschätzungen vornehmen oder Themenkomplexe präzisieren. Ferner können Konfliktlinien deutlich werden und die Gespräche im Sinne einer „diskursiven Validierung“ abgeglichen werden. Aus dieser Rückkopplung erwächst darüber hinaus ein „organisiertes Lernen“ der Interviewer, der im Verlauf der Erhebungsphase zunehmend zu einem „Co-Experten“ werden kann (vgl. ebd., S. 54). Die Experteninterviews waren in großer Mehrheit von einem gelingenden Diskursverlauf geprägt: Nach einer Phase des gegenseitigen Vorstellens und informativen Nachfragen konnte ein gegenseitiges Interesse hergestellt werden, das sich für den weiteren Verlauf des Interviews positiv auswirkte (vgl. Meuser/Nagel 1991, S. 450). Insbesondere der iterative

¹⁷⁸ Vgl. Leitfäden im Anhang.

Zugang und damit auch die Möglichkeit, das jeweils erworbene Wissen in den Interviews kommentieren und hinterfragen zu lassen, führten zu einer thematisch differenzierten Gesprächsgestaltung.

4.2.4 Reflexion des Interviewverlaufs und der Interviewerrolle

Die Experteninterviews wurden von zwei Interviewerinnen durchgeführt. Dies bot den Vorteil, durch die abwechselnde Moderation des Interviews Entlastungsmomente und eine Perspektivenkopplung im Gespräch zu ermöglichen. Wenngleich die Anwesenheit von zwei Interviewern die Situation verändert und dies kritisch diskutiert wird, erwies sich das Vorgehen aus forschungspragmatischen Gründen als notwendig, um die Befragten nicht für zwei Interviewtermine anzufragen (vgl. zu der Kritik Gläser/Laudel 2006, S. 151ff.).

In der Diskussion um den Verlauf von Interviews werden Interaktionsmodelle oder „Störungen“ in der Kommunikationssituation diskutiert. Neben Interaktionsverläufen mit „Paternalismus-, Eisberg-, Rückkopplungs- und Profilierungseffekt“ (Abels/Behrens 2002), strukturieren soziale Kategorien wie Geschlecht, Alter und Status den Interviewverlauf mit. Wie bereits dargestellt, existieren ebenfalls unterschiedliche Rollenerwartungen an den Interviewer (als Co-Experte, als Laie, Kritiker, Autorität oder Komplize) (vgl. Bogner/Menz 2002b, S. 60). Weiterhin stellt die Gruppe der befragten Experten eine heterogene Gruppe dar, die sich im Hinblick auf Position, Verweildauer im Beruf, Qualifikation, Alter und Geschlecht unterscheidet. Die Unterschiede wirken gleichfalls in die Interviewsituation ein, ohne dass sie methodisch kontrollierbar sind (vgl. Meuser/Nagel 1991, S. 451).

Die situations- und personenspezifischen Erwartungen sollen vor dem Hintergrund der erstellten Post-Skripte reflektiert werden, wenngleich keine systematische Erhebung der Interviewsituation vorgenommen wurde.

(1) doing expert

Die durchgeführten Interviews fanden in der Mehrheit in einer Erwartungssituation statt, die den Interviewern einen Status als Co-Experten zuschrieb bzw. diesen teilweise „prüfen“ wollten.¹⁷⁹ Die Erfüllung dieser Erwartung konnte im Laufe der Erhebung deutlich verbessert werden, da das theoretische Vorwissen durch das erworbene Feldwissen erweitert wurde. Da versucht wurde, die Gesprächsführung in „Relation zur tatsächlichen bzw. erwünschten Rollenerwartung und Kompetenzzuschreibung“ (Bogner/Menz 2002b, S. 65) produktiv zu nutzen, kann bestätigt werden, dass ein diskussionsorientierter Interviewstil die Rollenzuschreibung „Co-Experte“ eher unterstützt.

Darüber hinaus wurde deutlich, dass das Spannungsgefüge von „Person“ und „Experte“ einer Organisation variierte. Zumeist wurde durch Formulierungen wie „das ist aber jetzt vertraulich“, oder „das ist nicht die Meinung des Verbands“ darauf hingewiesen, dass der Befragte die Anforderung, mit diesen beiden Bezügen umzugehen, produktiv bewältigte, in dem er „mit zwei Stimmen“ sprach. Andererseits deckt diese Art von manifesten Hinweisen auf den Rollenwechsel nicht das gesamte Spektrum an Möglichkeiten ab, innerhalb dessen sich das Spannungsgefüge von „Person“ und „Experte“ rekonstruieren ließe.

In zwei Interviews wurde deutlich, dass der zugewiesene Expertenstatus der Befragten nur bedingt erfüllt wurde, obgleich vorab telefonisch über die Themenschwerpunkte des Interviews informiert wurde und der Befragte in das Gespräch einwilligte. In diesem Kontext wurde versucht, sich möglichst offen auf den Befragten einzustellen bzw. Verbindungslinien zu dem Forschungsinteresse herzustellen.

Eine andere Rollenerwartung bzw. eine eher ablehnende Haltung konnte bei zwei Gesprächspartnern festgestellt werden, die die Interviewer eher als „Experten einer *anderen* Wissenskultur“ wahrnahmen. Die Akteure waren eher in Praxis-Zusammenhängen der Sozialen Arbeit verortet. Hier manifestierte sich das für die Soziale Arbeit charakteristische Spannungsverhältnis von Theorie und Praxis. Die Befragten standen der „wissenschaftlichen Befragung“ zu einem aus ihrer Sicht relativ abstrakten Thema („Europa“) kritischer gegenüber und es wurde versucht, den Interviewern die Rolle des „Laien“ zuzuweisen. Die Interviewer versuchten diese Zuschreibung im Gespräch produktiv zu wenden und Verbindungslinien zu dem Forschungsinteresse herzustellen.

¹⁷⁹ Die Tatsache, dass die Interviews von zwei Doktorandinnen geführt wurden, forderte einige Befragte heraus, entweder ihren eigenen beruflichen und wissenschaftlichen Status zu legitimieren und inszenieren oder aber den Status der Interviewer in Frage zu stellen und anzugreifen; z.B. drückt sich dies durch Rückkopplungs- und Profilierungseffekte aus: Der Befragte kehrt die Frage-Antwort-Rollenverteilung um, befragt die Interviewerinnen explizit zu dem Dissertationsvorhaben und stellt das Konzept der Dissertation in Frage.

(2) *doing gender*

Die Experteninterviews wurden von zwei Doktorandinnen Anfang 30 durchgeführt. In einigen der Interviews differierten insbesondere Alter oder Qualifikation zwischen Befragten und Interviewerinnen. Hier nun soll der Einschätzung Abels/Behrens gefolgt werden, dass insbesondere das Geschlecht auf die Interview-Interaktionen einwirkt (vgl. Abels/Behrens 2002, S. 180).¹⁸⁰ Littig unterstreicht, dass die Zuschreibungen erst in der Interaktion konstruiert werden und Geschlecht in den Interviews auch als Kategorie sozialer Ordnung wirkt. Damit können Hierarchien reproduziert werden, die sich aber im Verlauf des Gesprächs verändern können. Sie verweist z.B. auf „väterliche Gesten“ und eine provokative Demonstration des Status als Ausdruck klassischer Rollenstereotype (Littig 2002, S. 194f.). Als angemessene Reaktion können Interviewerinnen versuchen, die ihnen von den „älteren Herren“ zugeschriebene „Inkompetenz“ produktiv zu nutzen, um weitere Informationen bzw. narrative Passagen zu aktivieren („Na, dann schießen Sie mal los“). In der Erhebungsphase der Studie reagierten insbesondere einige ältere männliche Experten explizit paternalistisch auf die Situation, von „zwei jungen Frauen“ interviewt zu werden. Allerdings sahen sich die Befragten aufgrund ihres Alters und ihrer Berufserfahrungen nicht mehr gezwungen, sich berufsbiographisch profilieren zu müssen. Damit stieg die Chance, dass in der gelassenen Haltung „persönliche“ Einschätzungen unverfälschter ausgedrückt werden konnten. Dabei waren einige Faktoren problematischer, andere konnten durchaus produktiv genutzt werden.

Demgegenüber führten das gleiche Geschlecht und ein ähnliches Alter eher zu Rollenzuschreibungen der „Komplizin.“ Einige weibliche Experten nutzten in bestimmten Phasen das Interview kathartisch und arbeiteten sich an belastenden internen Konflikten ab, für die sie „Mitstreiter“ oder eine Art affirmative Unterstützung suchten und die sie geschlechtsspezifisch darstellten. In diesem Kontext kann eine gewisse Vertraulichkeit entstehen, die Einschätzungen über offizielle Programmatiken und repräsentative Vertretung hinaus offen legt.

Ohne abschließend eine Typologie der Befragten rekonstruieren zu können, lassen sich unterschiedliche Typen der Befragten aus der Interviewer-Sicht darstellen:

¹⁸⁰ In die Auswahl der Studie floss das Kriterium Geschlechtszugehörigkeit nicht ein, jedoch ergab sich eine nahezu gleichmäßige Verteilung von 21 Männern und 19 Frauen. Dies impliziert natürlich keinerlei Aussagen über die geschlechtsspezifische Verteilung in Nichtregierungsorganisationen auf nationaler oder transnationaler Ebene.

Die größte Gruppe bilden „*die Professionalisierten*“. Diese Gruppe waren zumeist Befragte, die leitende Aufgaben innehatten und ein sehr professionelles Verständnis ihrer Arbeit sowie der Interviewsituation zum Ausdruck brachten. Sie ließen sich unmittelbar auf die Themen des Interviews ein, wobei kritische und selbstkritische Reflexionen sowie das Bedürfnis nach fachlichem Austausch bedeutsame Elemente der Gespräche darstellten. Wie bereits Trinczek erläutert, wurde in einigen Fällen der vorab zeitlich definierte Rahmen überschritten bzw. abschließend bedauert, das interessante „Fachgespräch“ nicht weiterführen zu können. Diese Gruppe setzte sich aus Männern wie Frauen zusammen.

Eine zweite Gruppe, die im Grunde zu „den Professionalisierten“ gehört, deren Vertreter aber auf eine längere Berufserfahrung zurückblicken können, sind die „*Erfahrenen*.“ Sie offerieren durch ihre längere Berufserfahrung einen bedeutsamen Zugang zu dem Wissen über längerfristige Entwicklungen im Untersuchungsfeld. Neben einer „Gelassenheit“ gegenüber den Entwicklungen im Feld konnte von den fast ausschließlich männlichen Akteuren dieser Gruppe häufiger ein paternalistischer Umgang mit den Interviewerinnen festgestellt werden.

Die dritte Gruppe kann als „*young, female, professional*“ bezeichnet werden. Diese Gruppe trat insbesondere im transnationalen Feld der NGOs in Erscheinung. In den NGOs nehmen Frauen Ende 20/Anfang 30 durchaus verantwortungsvolle Positionen innerhalb der Netzwerkkoordination ein und stehen für eine junge Generation von europäischer Interessenvertretung (wie sich dies z.B. in der Rekonstruktion des Generationenkonflikts in Kapitel 7.5 zeigt).

Eine weitere, heterogene Gruppe kann unter der Bezeichnung „*Kritiker und Non-Experten*“ zusammengefasst werden. Dabei überwiegen die Praktiker, die den eher „abstrakten“ Europa-Themen ablehnend gegenüberstanden. Darüber hinaus gab es zwei weitere Befragte, die – obwohl sie über das Expertenwissen verfügen – der Interviewsituation ablehnend gegenüberstanden. Ein Interview wurde mit einem Berufsanfänger durchgeführt, der stellvertretend für die Netzwerkkoordination das Gespräch führte und über unzureichende Erfahrungen verfügte.

4.2.5 Auswertung der Experteninterviews

Die Auswertung der Experteninterviews folgte dem mehrstufigen Verfahren des „thematischen Vergleichs“ von Meuser/Nagel, das mit seiner sozialkonstruktivistischen Haltung im interpretativen Paradigma verortet wird.

Meuser/Nagel setzen sich mit den Auswertungsschritten des thematischen Vergleichs das Ziel, das „Allgemeine“ bzw. Repräsentative im Expertenwissen herauszuarbeiten und sich der Suche nach „gemeinsam geteilten Wissensbeständen, Relevanzstrukturen, Wirklichkeitskonstruktionen, Interpretationen und Deutungsmustern“, den Unterschieden und Gemeinsamkeiten zu widmen (Meuser/Nagel 1991, S. 452). Meuser/Nagel verweisen zwar auf die Ansprüche an qualitative Forschungsmethoden, verzichten aber auf eine detaillierte Beschreibung des interpretativen Vorgangs. Meuser/Nagel orientieren sich an einer zunehmenden Verdichtung der thematischen Einheiten in den Interviews, die auch über den Text verteilt sein können. Dabei stellt der Leitfaden bereits eine thematische Gliederungsfolie dar, der theorierelevante Vorannahmen mit aufnimmt.

Im Anschluss werden die Auswertungsschritte vorgestellt und dabei wird auf die Modifikationen, die in der Studie vorgenommen wurden, Bezug genommen.

Der erste Schritt stellt die *Transkription* dar, wobei im Kontext der Experteninterviews auf eine Feintranskription verzichtet werden kann (vgl. Meuser/Nagel 1991, S. 455). In der vorliegenden Studie wurden die Interviews vollständig transkribiert.¹⁸¹

Der Transkription schließt sich die *Paraphrasierung* der einzelnen Interviews an: Dabei folgt die Paraphrase dem Interviewablauf und stellt eine Vergewisserung dar, die eine vor-schnelle Ordnung vermeidet. Die Komplexität der Inhalte soll nicht übergangen werden, wenngleich sie reduziert wird.¹⁸²

¹⁸¹ Die Transkription folgte den grammatikalischen Regeln, ohne Fehler zu korrigieren nach den Regeln mittlerer Genauigkeit. Weitere Elemente der Transkription: (unverständlich); (...) Auslassung, Anonymisierung von Organisationen und Personen durch Großbuchstaben „NETZWERK“, Anmerkungen zu Unterbrechungen in [...]. Nichtsprachliche Äußerungen [lacht] wurden in Einzelfällen bei besonders auffälligen Passagen ergänzt.

¹⁸² Da die Erhebung ebenfalls die Datengrundlage für die Studie von Lauer (2005) darstellt, soll darauf hingewiesen werden, dass Sequenzen – die durchaus von der Logik des Fragebogens – zu einem anderen thematischen Bereich gehörten, miteinbezogen wurden, um nicht „Feld-Informationen“ auszuschließen.

Daran anschließend folgt die Sequenzierung des Textes in *thematische Sinneinheiten* „müheles in der Manier des Alltagsverständes“ (ebd., S. 456). In der späteren Publikation verwenden die Autoren den Begriff des *Kodierens*.¹⁸³ Die Sinneinheiten können mehrere Themen ansprechen und damit verschiedenen thematischen Einheiten zugeordnet werden. Den ausgewählten Paraphrasen werden nunmehr textnah formulierte Überschriften zugeteilt, die jeweils ein oder mehrere Themen beinhalten. Die thematischen Einheiten werden von der Person gelöst, da nicht der Lebenszusammenhang der befragten Person im Vordergrund steht. Ackermann weist darauf hin, dass Meuser/Nagel allein den Verweis auf Bohnsacks Methode der „formulierenden Interpretation“ vornehmen, der aber für die Interpretation nicht ausreicht (vgl. Ackermann 2003).

In der vorliegenden Studie wurde dieser Schritt durch zusammenfassende Kurzbeschreibungen der einzelnen Interviews ergänzt, die zentrale Themen und typische Äußerungen enthalten. Die Kurzbeschreibungen dienen einem ersten Überblick und als Hintergrundwissen.

Daran anschließend folgte die Auswertung dem Verfahren Meuser/Nagels: Es werden Passagen mit ähnlichen Themen aus dem einzelnen Interview zusammengestellt und durch eine Hauptüberschrift gebündelt. Bei der Summierung unter einer Überschrift muss beachtet werden, dass keine zentralen Themen dadurch aus der Analyse herausfallen.

In dem nächsten Schritt werden im „*thematischen Vergleich*“ vergleichbare Textstellen in *allen* Interviews gesucht und im Sinne einer Kodierung zusammengestellt: Es wird nach „typischen Erfahrungen, Beobachtungen, Interpretationen und Konstruktionen“ in allen Interviews gefahndet (Meuser/Nagel 1991, S. 460), wobei die dabei verwandte Kategorienbildung textnah verbleibt.¹⁸⁴ Nach dem Verdichtungsschritt, wird der Primärtext als Vergewisserung erneut herangezogen. In dem kontinuierlichen Abgleich können Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Widersprüche im Material aufgedeckt werden, die kontrastierend oder ergänzend das Expertenwissen systematisieren.

Bei diesem Interpretationsschritt wurden in der Studie die ausgewählten Sinneinheiten in ein Ordnungsraster eingegeben und auf dieser Grundlage weiterbearbeitet. Für die Interpretation wird auf verwendete Metaphern sowie auf *Gemeinsamkeiten*, *Unterschiede*,

¹⁸³ Der Begriff des Kodierens wird im Kontext der Grounded Theory als zentrales Auswertungsverfahren angewendet, allerdings vertiefen Meuser/Nagel nicht, inwieweit sie sich an das Verständnis anlehnen. Zu den Formen des offenen, axialen und selektiven Kodierens vgl. Strauss/Corbin 1996.

¹⁸⁴ Dabei erweisen sich insbesondere metaphorische Verdichtungen als hilfreich, die die Interviewten verwenden (vgl. Meuser/Nagel 1991, S. 461).

Abweichungen und Widersprüche Bezug genommen mit dem Ziel der Rekonstruktion der subjektiven Deutungsmuster unter vergleichender Perspektive (vgl. ebd., S. 461).

Daran anschließend wurden – ergänzend zu dem Verfahren von Meuser/Nagel – aufgrund der Materialfülle nach der Zusammenstellung unter „Überschriften“ Sequenzen ausgewählt, die sich als besonders dicht und anschaulich für das jeweilige Thema charakterisieren lassen. Die Sequenzen wurden im Projektteam eingehender interpretiert.¹⁸⁵ Für den gesamten Interpretationsprozess wurde die Position der Befragten im Feld (national/transnational) als Orientierungsrahmen berücksichtigt.

In dem folgenden Schritt der **soziologischen Konzeptualisierung** wird das Expertenwissen von den Texten losgelöst und in Rekurs auf soziologisches Wissen verdichtet und „übersetzt“ mit dem Ziel der „Systematisierung von Relevanzen, Typisierungen, Verallgemeinerungen, Deutungsmustern“ (ebd., S. 462). „Die Gemeinsamkeiten und Differenzen werden – in Rekurs auf theoretische Wissensbestände – begrifflich gestaltet“ (Meuser/Nagel 1997, S. 489).

Erst im nachfolgenden Schritt der **theoretischen Generalisierung** erfolgt die vollständige Lösung vom Datenmaterial und in einem „rekonstruktiven“ Vorgehen werden Sinnzusammenhänge zu Typologien oder Theorien verknüpft und „theoretisch aufgeordnet“ (ebd., S. 489). Meuser/Nagel unterstreichen, dass die soziologischen Kategorien nur idealtypisch zu diesem späten Schritt herangezogen werden, das frühzeitige Erwägen gehört durchaus zu dem Auswertungsverfahren – allerdings sollte dies immer reflektiert und am Material überprüft werden, indem man auf die vorangegangenen Stufen zurückgeht.

In der Studie wurde im Verlauf der Erhebung deutlich, dass Konkurrenzen und Kooperationen für die Akteure ein zentrales Bezugsthema darstellten. Insofern wurde die Feldtheorie Bourdieus herangezogen, um mit Hilfe der Konzepte Bourdieus auf der Ebene der soziologischen Theoretisierung ein Analyseraster zu erarbeiten bzw. das Material zu verdichten und zu kontrastieren, ohne es den Begrifflichkeiten Bourdieus subsumptionslogisch unterzuordnen. Der Bourdieu'sche Ansatz wurde nicht in der Konstruktion der Leitfäden be-

¹⁸⁵ Die vertiefte Interpretation dieser ausgewählten „Eckfälle“ wurde in Anlehnung an ein sequenzanalytisches Verfahren vorgenommen, ohne jedoch die Feinanalyse der Objektiven Hermeneutik anzuwenden. Durch die Interpretation in einer Gruppe (z.B. in dem Forschungskolloquium am Pädagogischen Institut der Johannes-Gutenberg Universität Mainz) oder im Projektteam wurden verschiedene Lesarten diskutiert und analysiert.

rücksichtigt, erst in den letzten Interviews wurde explizit nach „Konkurrenzen im Feld“ und „Kapital im Feld“ gefragt. Der Impuls für diese theoretische Generalisierung entstand jedoch induktiv aus dem Material heraus. Ergänzende Theoretisierungsbezüge erfolgten gleichfalls vor dem hier dargestellten Forschungsstand (vgl. Kap. 2 und 3), in Einzelfällen wurden Organisations- und Netzwerkpublikationen wie Leitbilder, Berichte oder Webseiten miteinbezogen. Es bleibt vor diesem Hintergrund darauf hinzuweisen, dass sich weitere sozialwissenschaftliche Theorien und Perspektiven ebenfalls für eine Analyse eignen können. Mit dem Analyseinstrument „Feldtheorie“ und „Kapital“ wird folglich nur *eine* spezifische Konstruktion der Wirklichkeit rekonstruiert (vgl. Kap. 5). Für die vorliegende Studie kann nicht der gesamte Auswertungsprozess verschriftlicht dargestellt werden. Insofern stellen die Kapitel 6 und 7 die höchste Verdichtungsstufe des Textmaterials dar, die auch auf die theoretischen Konzeptionen Bourdieus Bezug nehmen.

5 Feld und Kapital: Analyserahmen für europäische Netzwerke

„In Feldbegriffen denken heißt relational denken“
(Bourdieu/Wacquant 1996, S. 126).

Die theoretischen Konzepte des Felds und der Kapitalsorten dienen für die folgende Auswertung als *Analyseinstrumente* für das gewählte Untersuchungsfeld mit seinen spezifischen Organisationen. Dieser Zugang eröffnet durch ein „Set eng verknüpfter operativer Begriffe (...) neue Perspektiven“ und ist damit als ein attraktives Reflexionsangebot für sozialwissenschaftliche Fragestellungen zu bewerten (Rieger-Ladich 2006, S. 173). Die Begriffe „Feld“ und „Kapital“ dienen jedoch nicht als heuristische Grundlage der Untersuchung, da für diese ein qualitativer und damit theoretisch offener Zugang zu dem Untersuchungsfeld gewählt wurde. Im Zuge der Auswertung der Experteninterviews mit dem Verfahren von Meuser/Nagel (vgl. Kap. 4) wurde deutlich, dass sich die Konzepte Bourdieus aufgrund der zentralen Machtthematik und den konflikttheoretischen Grundzug für eine *Systematisierung* der Ergebnisse anbieten. Die durch den thematischen Vergleich herausgearbeiteten Ergebnisse wurden folglich in einem letzten Schritt mit feldtheoretischen Begriffen verdichtet, ohne dass die „Feldtheorie“ vorab den heuristischen Bezugsrahmen bildete. Der Bezug zu den Konzepten Bourdieus bot sich darüber hinaus insofern an, als dass die Konzepte nah an den Begrifflichkeiten liegen, die im Untersuchungsfeld verwendet werden.

Rieger-Ladich formuliert die Attraktivität der Bourdieu'schen Konzepte in Bezug am Beispiel des erziehungswissenschaftlichen Felds, das die Perspektive Bourdieus bzw. verdeutlicht:

„Es bietet ihr nicht nur das theoretische Instrumentarium, um eine machtkritische Analyse der Situierung innerhalb des sozialen Raums vorzunehmen und darüber hinaus die hegemonialen Kämpfe sowie wissenschaftliche Subjektivierungspraktiken auf neue Weise in den Blick zu nehmen. Bourdieus wissenschaftssoziologische Studien schließlich auch zu den gemeinsamen Austausch über Strategien anregen, die es erlauben, innerhalb des erziehungswissenschaftlichen Felds die Macht fremder Kapitalsorten zurückzudrängen und das empfindliche Regelwerk des pädagogischen Diskurses zu verteidigen“ (Rieger-Ladich 2006, S. 173).

Bourdies Blick auf die Gesellschaft zeichnet sich insbesondere durch das theoretische Konzept der Feldtheorie, der Kapitalsorten und der Habitus Theorie aus. Diese drei miteinander verschränkten Konzepte leisten eine Vermittlung zwischen den beiden Theoriepositionen von Subjektivismus und Objektivismus. „Feld“ und „Habitus“ können als Vermitt-

lungsinstanzen von „Gesellschaft“ und „Individuum“ konstruiert werden (vgl. Schwingel 1995, S. 75).¹⁸⁶ Bourdieu beschreibt seinen wissenschaftstheoretischen Ansatz als „relationale und dispositionelle Philosophie“, die auf einem „strukturalistischem Konstruktivismus oder konstruktivistischem Strukturalismus“ beruht:

„Mit dem Wort Strukturalismus oder strukturalistisch will ich sagen, dass es in der sozialen Welt selbst – und nicht bloß in den symbolischen Systemen, Sprache, Mythos usw. – objektive Strukturen gibt, die vom Bewußtsein und Willen der Handelnden unabhängig und in der Lage sind, deren Praktiken oder Vorstellungen zu leiten und zu begrenzen. Mit dem Wort „Konstruktivismus“ ist gemeint, dass es eine soziale Genese gibt einerseits der Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata, die für das konstitutiv sind, was ich Habitus nenne, andererseits der sozialen Strukturen und da nicht zuletzt jener Phänomene, die ich als Felder und Gruppen bezeichne, insbesondere der herkömmlichen sozialen Klassen“ (Bourdieu 1992a, S. 135).

Das theoretische Konzept des Kapitalbegriffs ermöglicht zugleich eine spezifische Perspektive auf das Soziale und die gesellschaftliche Dynamik. Das Konzept des Kapitals setzt bei Bourdieu eine Art „Anfangsphilosophie“ des theoretischen Zugangs und betrachtet *alle* Sphären des Sozialen mit dem Prinzip der Ökonomie. Die historische Verteilungsstruktur der Kapitalsorten entspricht dabei der immanenten Struktur der Welt (Bourdieu 1983, S. 183). Dies bedeutet zum einen, dass das Kapital sich selbst reproduziert und zum zweiten, dass es durch gezieltes politisches Handeln beeinflusst werden kann. Der Kapitalbegriff erlaubt es, Verteilungs- und Aneignungsstrukturen kritisch zu betrachten und Ungleichheiten zu erklären: Das Konzept des Kapitals bzw. der Kapitalakkumulation begründet bei Bourdieu die gesellschaftliche Entstehung und Dynamik. In seiner Perspektive wird Gesellschaft vor allem durch *Macht* und nicht *Konsens* konstituiert.¹⁸⁷ Auf dieser Grundlage entwickeln die Akteure auf ihren Positionen untereinander Relationen in Feldern, die konfligierend organisiert sind (vgl. Bohn 2005, S. 65).

Der Analyse der Forschungsergebnisse soll hier eine kursorische Darstellung von Bourdieus Begriffen des Kapitalsorten und des Felds vorangestellt werden. Da sich Bourdieus Begriffe in seinen empirischen Arbeiten entwickelten, werden neben seinem methodischen

¹⁸⁶ Auf den Begriff des Habitus wird im Rahmen dieser Studie nicht weiter eingegangen. Der Habitus ist nach Bourdieu „sozialisierte Subjektivität“, die durch ein System dauerhafter und übertragbarer Dispositionen und Konditionierungen entstehen (vgl. Bourdieu 1993, S. 98). Weiterführend: Bourdieu 1979; 1987; 1993; Bourdieu/Wacquant 1996, S. 170ff; Schwingel 1995; Treibel 2006.

¹⁸⁷ Bourdieu ist kein Vertreter einer normativ-konsensuellen Gesellschaftstheorie, sondern fokussiert die Kopplung von Macht und Sozialität (kritisch dazu Bohn 2005, S. 67f.). Er wendet sich zugleich gegen „die Absurdität des akademischen Gegensatzes von Konsens und Konflikt, denn man steht hier ja vor einer *grundlegende antagonistischen Komplementarität*“ (Bourdieu 1991a, S. 77, Hervorh. im Orig.).

Grundverständnis exemplarisch das Feld der Macht und das Feld des Staates sowie das politische Feld kurz umrissen.

5.1 Methodisches Grundverständnis Bourdieus

Die Rezeption der theoretischen Modelle Bourdieus in der Sozialwissenschaft zeichnet sich erst in den letzten Jahren ab (vgl. Rieger-Ladich 2006, S. 157f.). Für die Fragestellung dieser Arbeit erweist sich das methodologische Grundverständnis Bourdieus als ein angemessener Zugang, um bestimmte „Felder“ - hier das Feld europäischer Netzwerke Sozialer Arbeit sowie transnationalen Organisationen - in einer *kritischen* Perspektive zu analysieren.

Dabei zeichnet sich Bourdieus Zugang durch ein „Primat der Relationen“ aus (Wacquant 1996, S. 34f.). Felder werden als „Ensembles von objektiv historischen Relationen zwischen Positionen charakterisiert, die auf bestimmten Formen von Macht (Kapital) beruhen. Der Habitus wird ebenfalls als ein Ensemble historischer Relationen beschrieben, die sich in den „Wahrnehmungs-, Bewertungs- und Handlungsschemata im Körper niedergeschlagen haben“ (ebd., S. 36f.).

Bourdieu betont, dass die Begriffe in einem systematisch-*empirischen* Bezug entstanden und zugleich dort ihre Anwendung finden sollen (vgl. Bourdieu/Wacquant 1996, S. 125). Er unterstrich die Notwendigkeit, bei empirischen Arbeiten die Methoden beständig zu reflektieren und deren Angemessenheit für die Analyse von Problemen zu überprüfen – denn die Auswahl der Instrumente konstruiert den Wirklichkeitsausschnitt mit (vgl. Wacquant 1996, S. 54). Bourdieu bezog im Zuge seiner empirischen Arbeiten vielfältige Methoden wie statistische Verfahren und Interviewmaterial ein. Diese „diskursive Montage-technik“¹⁸⁸ ermöglicht, das Allgemeine mit dem Besonderen zu verbinden (vgl. Bourdieu 1998, S. 14). Allerdings betont er, dass seine „Bricolage-Technik“ und „die von mir praktizierte Realpolitik des Begriffs (...)“ einer theoretischen Linie bedarf, „die vor dem baren Eklektizismus schützt“ (Bourdieu 1992a, S. 40).

¹⁸⁸ Anhand der Artikel über das Feld der Eigenheim-Produktion wird sein Verfahren deutlich: Bourdieu wählte anhand einer Bestenliste Unternehmen aus, um dann *Gespräche* mit Führungskräften und Verkäufern zu). Zusätzlich zog er *objektive Informationen* aus Fachpresse und Material der Unternehmen hinzu. Es wurden für jedes Unternehmen *Daten* wie Alter, Rechtsstatus, Organisation des Unternehmens, Lage des Firmensitzes, Einflussbereich/Vertriebsnetz, Personalbestand, Qualität der ökonomischen Tätigkeit, und Art der Kontrolle über Firma erfasst. Weiter wurden Messwerte wie Entwicklung der Anzahl der Bauvorhaben und Umsatz ermittelt. Es gelang laut Bourdieu nicht, Informationen über Beschäftigungsstruktur, Herkunft der Mitglieder der Führungsebene und soziale Struktur der Kundschaft zu erhalten führen (Bourdieu 1998, S. 39).

Gegenüber dem systematisierenden, vereinfachenden und begrenzenden Zugriff der Wissenschaft auf Praxis plädiert Bourdieu für eine *praktische* Logik, da sie „Einfachheit fordert und einen guten Gebrauch der Mehrdeutigkeit zulässt“ (Bourdieu 1979, S. 248). Auf diese Weise können demselben Gegenstand in verschiedenen Praxisbereichen unterschiedliche, sogar entgegengesetzte, Eigenschaften zugeschrieben werden (vgl. Bourdieu 1979, S. 249). Diese praxeologischen Erkenntnisweise ist durch die „*dialektischen* Beziehungen zwischen diesen objektiven Strukturen und den strukturierten *Dispositionen*“ charakterisiert (ebd., S. 147, Hervorh. i. Orig.). Das dialektische Verhältnis des Allgemeinen und Besonderen zeigt Bourdieu an besonderen Fällen des Möglichen auf, die auf allgemeine und invariante Merkmale hin befragt werden können (vgl. ebd.). Das analoge komparatistische Denken unterstreicht „das Besondere“, ohne die Verallgemeinerungsabsicht zu vernachlässigen (vgl. Bourdieu 1996, S. 268). Die gewonnenen Erkenntnisse aus einer Problemstellung und des „dazugehörigen“ Begriffsinstrumentarium können in einem nächsten Schritt auf einen anderen Bereich übertragen werden (vgl. Wacquant 1996, S. 21).

5.2 Die Kapitalarten nach Bourdieu

Der Begriff des Kapitals beschreibt bei Bourdieu ein grundlegendes „Prinzip der inneren Regelmäßigkeit der sozialen Welt“, das den objektiven und subjektiven Strukturen inneohnt (Bourdieu 1983, S. 183). Das Kapital stellt aufgrund seiner Dynamik in der sozialen Welt eine Verteilungsstruktur her und ist „Kraft, die dafür sorgt, dass nicht alles gleich möglich oder unmöglich ist“ (ebd.).

„Die zu einem bestimmten Zeitpunkt gegebene Verteilungsstruktur verschiedener Arten und Unterarten von Kapital entspricht der immanenten Struktur der gesellschaftlichen Welt, d.h. der Gesamtheit der ihr innewohnenden Zwänge, durch die das dauerhafte Funktionieren der gesellschaftlichen Wirklichkeit bestimmt und über die Erfolgchancen der Praxis entschieden wird“ (ebd.).

Bourdieu erweitert den Kapitalbegriff und die Kapitalakkumulation auf alle anderen Formen nichteigennütziger, nicht-ökonomischer Beziehungen, so dass der ökonomische Warenaustausch nur als *ein* spezieller Fall der Formen sozialen Austauschs formiert (vgl. ebd., S. 184). Damit orientieren sich auch andere materielle und symbolische Handlungen am ökonomischen Kalkül (vgl. Bourdieu 1979, S. 345). Kapital stellt akkumulierte Arbeit dar und kann in der Zeit anwachsen sowie sich reproduzieren (vgl. Bourdieu 1983, S. 183). Indem Bourdieu drei Grundarten des Kapitals entwickelte, können diese verschiedenen Kapitalarten als verschiedene „Arten von Macht“ konzipiert werden. Der Kapitalbegriff

unterstreicht gegenüber dem Machtbegriff dabei stärker den Aspekt der Tauschbarkeit. Er weist deutlicher auf einen transformierbaren Wert und damit auf seine Dynamik hin: „In welcher Gestalt es jeweils erscheint, hängt von dem jeweiligen Anwendungsbereich sowie von den mehr oder weniger hohen Transformationskosten ab“ (ebd., S. 184f.). Insofern betrachtet Bourdieu durch den Kapitalbegriff die Regeln, nach denen die verschiedenen Arten des Kapitals transformiert werden können.

Je nach Anwendungsbereich existieren nach Bourdieu drei Hauptarten des Kapitals: Das ökonomische Kapital, das kulturelle Kapital (später: „Informationskapital“, Bourdieu/Wacquant 1996, S. 151) und das soziale Kapital. Bei Bourdieu ist eine Tendenz zu erkennen, die dem ökonomischen Kapital eine eher dominante Stellung einräumt. Treibel unterstreicht, dass ökonomisches Kapital allein keine Machtposition garantiert, auch dieses Grundkapital müsse sich erst mit den beiden verknüpfen, wobei dem kulturellen Kapital mehr Bedeutung als dem sozialen Kapital zukomme (Treibel 2006, S. 229). Das Kapital funktioniert wiederum nur im Zusammenhang mit einem spezifischen Feld, es verleiht jeweils in spezifischen Feldern den Akteuren Macht (vgl. Bourdieu/Wacquant 1996, S. 131). Da Bourdieu die Entwicklung des Kapital- und Feldkonzepts empirisch vorantrieb und seine Kapitalbegriffe aus seinen Forschungszusammenhängen heraus konstruierte, entstanden neben den drei Grundarten weitere Kapitalformen (z.B. politisches oder religiöses Kapital). Es erstaunt insofern nicht, dass in späteren Publikationen die Kapitalbegriffe nahezu „inflationär“ wurden, denn „je feiner das analytische Raster, desto sinnvoller seine Unter-(Arten) von Kapital“ (vgl. Schwingel 1995, S. 94).

Im Folgenden sollen die drei Kapitalsorten kurz skizziert werden. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass Bourdieu sich dem „ökonomischen Kapital“ nicht ausführlich widmete, sondern es relativ unkommentiert im Sinne des Kapitalbegriffs von Marx voraussetzte.

Ökonomisches Kapital

Bourdieu verwendete keine große Zeit auf die Erklärung des ökonomischen Kapitals, sondern setzte diesen Begriff voraus. Allerdings ist auch diese Kapitalsorte relational zu einem Feld zu verstehen, denn „ökonomische Macht ist nicht im Reichtum begründet, sondern im Verhältnis zwischen Reichtum und einem ökonomischen Beziehungsfeld“ (Bourdieu 1979, S. 359). Ohne ein solches Beziehungsfeld wird das Kapital wertlos. Erst in dem Feld mit seinen Akteuren wird Reichtum zu Kapital und dient als Instrument, mit dem der jeweilige Apparat angeeignet wird, der für die Funktionsweise des Felds unerlässlich ist: Reichtum

funktioniert nur mit einem ökonomischen Apparat als Kapital (vgl. Bourdieu 1979, S. 359ff.).

Kulturelles Kapital - Informationskapital

Das kulturelle Kapital differenziert Bourdieu in die Unterformen des inkorporierten, objektivierten und institutionalisierten Kulturkapitals. In späteren Publikationen konzipiert er die Gesamtheit dieser Kapitalsorten als „Informationskapital“ (Bourdieu/Wacquant 1996, S. 151). Für das kulturelle Kapital ist das ökonomische Kapital ein notwendiges Fundament und ist zugleich besonders gut in ökonomisches Kapital transferierbar (vgl. Bourdieu 1979, S. 362).¹⁸⁹

Inkorporiertes Kulturkapital

Dieser Typus des kulturellen Kapitals stellt das verinnerlichte und damit körpergebundene kulturelle Kapital dar. Inkorporiertes Kapital wird zum festen Bestandteil einer Person, es wird zum Habitus (vgl. Bourdieu 1983, S. 187). Die Inkorporation des kulturellen Kapitals bezieht sich auf Aneignungs- und Verinnerlichungsprozesse, die Unterrichts- und Lernzeit bedürfen. Die Inkorporation von Wissen bzw. den Bildungsprozess kann nicht an Dritte delegiert werden, sondern muss selbst durchlaufen werden.¹⁹⁰ Verkörperlichtes Kulturkapital bleibt nach Bourdieu immer geprägt von den Umständen seiner ersten Aneignung. Demnach ist dieses Kapital auf vielfältige Weise mit der biologischen Einzigartigkeit der Person verbunden und wird durch soziale Vererbung weitergegeben (vgl. ebd., S. 187). Da seine Bedingungen des Erwerbs verborgener sind, wird dieses Kapital häufig als symbolisches Kapital wahrgenommen. Dies verschleierte seine wahre Natur als Kapital.

Der Faktor Zeit fungiert wie ein Bindeglied zwischen kulturellem und ökonomischem Kapital: Zum einen kann ein Individuum die Zeit für die Akkumulation von kulturellem Kapital nur so lange ausdehnen, wie ihm seine Familie von ökonomischen Zwängen freie Zeit garantieren kann (vgl. ebd., S. 188). Zum anderen impliziert das je erworbene kulturelle Kapital in Familien unterschiedliche Anfangspunkte der Übertragung, die Differenzen in den Aneignungsprozessen nach sich ziehen.

¹⁸⁹ Das kulturelle Kapital fand u.a. in Bourdieus Studien „Feine Unterschiede“ (1987) seine Anwendung und wird aktuell vor allem in der Bildungsdiskussion verwandt (vgl. exemplarisch Diefenbach/Nauck 1997; Weber 2003; Engler/Krais 2004).

¹⁹⁰ Die Primärerziehung in der Familie ist ein Beispiel, wie kulturelles Kapital durch Inkorporierung erworben wird. Dieses inkorporierte Kapital wird zum Besitztum der Person, da es zum einen an den Körper gebunden ist, zum anderen sich zum Habitus ausbildet. Deshalb ist dieses Kapital so schwer zu nutzen oder auszubeuten (vgl. Bourdieu 1983, S. 187).

Objektiviertes Kulturkapital

Der Begriff des objektivierten Kulturkapitals umfasst kulturelle Güter wie Bilder, Bücher, Instrumente oder Maschinen, „in denen bestimmte Theorien und deren Kritiken, Problematiken usw. Spuren hinterlassen oder sich verwirklicht haben“ (ebd., S. 185). Es erhält einige seiner Eigenschaften jedoch allein durch seine Beziehung zum inkorporierten Kapital: Es ist zwar materiell übertragbar, aber das objektivierte Kulturkapital muss erst von den Handelnden angeeignet werden können, um wirksam zu werden.

Institutionalisiertes Kulturkapital

Über die Institutionalisierung von kulturellem Kapital ist es nach Bourdieu möglich, das an die Person gebundene, verinnerlichte Kulturkapital zu überwinden, indem es zum Beispiel über „Titel“ eine offizielle Institutionalisierung erfährt. Diese institutionalisierten Systeme schaffen einen Unterschied: Sie schaffen ein Kapital, das unabhängig vom Träger gilt (vgl. ebd., S. 190). Da das institutionalisierte Kulturkapital über die Form von Titeln zirkulieren kann, entsteht ein Markt, auf dem diese Titel gegen „Arbeitskraft“ eingetauscht werden können (Bourdieu 1979, S. 363). Die Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse werden folglich nicht mehr zwischen Einzelpersonen, sondern zwischen Institutionen und damit zwischen sozial garantierten Titeln und sozial definierten Stellungen ausgefochten. Auf der Grundlage dieser sozialen Mechanismen wird der gesellschaftliche Wert der Titel und Stellungen erzeugt und abgesichert (vgl. ebd., S. 363f.).

Das soziale Kapital¹⁹¹

Nach Bourdieu zeichnet sich diese dritte Kapitalsorte durch folgende Merkmale aus:

„Das Sozialkapital ist die Gesamtheit der aktuellen und potentiellen Ressourcen, die mit dem Besitz eines dauerhaften Netzes von mehr oder weniger institutionalisierten *Beziehungen* gegenseitigen Kennens und Anerkennens verbunden sind; oder, anders ausgedrückt, es handelt sich dabei um Ressourcen, die auf der *Zugehörigkeit zu einer Gruppe* beruhen“ (Bourdieu 1983, S. 190f.).

Für Bourdieu ist das Entstehen eines Beziehungsnetzwerks Produkt einer laufenden Institutionalisierungsarbeit der Handelnden:

„Das Beziehungsnetz ist das Produkt individueller oder kollektiver Interventionsstrategien, die bewusst oder unbewusst auf die Schaffung und Erhaltung von Sozialbeziehungen gerichtet sind, die früher oder später einen unmittelbaren Nutzen versprechen“ (ebd., S. 192).

Das Sozialkapital weist, im Gegensatz zu den beiden anderen Kapitalformen, einen überindividuellen Charakter auf, da es auf andere Akteure bezogen ist. Neben dem individuellen Charakter betont Bourdieu die *Zugehörigkeiten zu einer Gruppe*: Einzelne partizipieren an Ressourcen von Mitglieder der Gruppe und profitieren damit symbolisch von der Zugehörigkeit, so dass die Anerkennung sich auf sie überträgt („Club-Effekt“; vgl. Albrecht 2002, S. 205).

Der Umfang des Sozialkapitals hängt zum einen von der *Ausdehnung des Netzes* der Beziehungen ab, die der einzelne mobilisieren kann und zum anderen steht er in Zusammenhang mit dem gesamten *Kapitalvolumen* der Personen, mit denen er in Beziehung steht. „Die Profite, die sich aus der Zugehörigkeit zu einer Gruppe ergeben, sind zugleich Grundlage für die Solidarität, die diese Profite ermöglicht“ (Bourdieu 1983, S. 192). Die Beziehungsnetze resultieren aus den „individuellen oder kollektiven Investitionsstrategien, die bewusst oder unbewusst auf die Schaffung und Erhaltung von Sozialbeziehungen gerichtet sind, die früher oder später einen unmittelbaren Nutzen versprechen“ (ebd.).

Die Sozialkapital-Beziehungen erhalten die Praxis aufrecht und wirken auf sie ein, sie beeinflussen die gesellschaftliche Reproduktion, in dem sie bestimmte Handlungen ermöglichen oder verhindern (vgl. Albrecht 2002, S. 209). Sie können erarbeitet, aber zugleich

¹⁹¹ Der Begriff des sozialen Kapitals erlebte in den Sozialwissenschaft vor dem Hintergrund der Netzwerkanalyse eine Renaissance, wobei diese sich meist auf den Begriff des Sozialkapitals von Coleman bezieht oder dieser „als Platzhalter für soziale Beziehungen allgemein genutzt wird“ (Albrecht 2002, S. 200). Jansen erläutert für die Netzwerkanalyse den Begriff für die Ebene des Einzelnen, Gruppen oder auf Netzwerke und differenziert „weak ties und strong ties“ zwischen den Betroffenen. Weiterhin kann sich Sozialkapital über die Gruppensolidarität, durch Vertrauen in universalistische Normen, durch Informationskanäle, die Position als „Makler“ zwischen Gruppen oder durch sozialen Einfluss ergeben (vgl. Jansen 2006, S. 26ff.). Innerhalb der Debatte um Zivilgesellschaft erlangt der Begriff ebenfalls neue Bedeutung, vgl. Klein et al 2004.

durch Zugehörigkeit zu einer Familie oder Partei, also durch Institutionalierungsakte, gesellschaftlich garantiert werden. Auf diese Weise produzieren die sozialen Institutionen eine spezifische Wirklichkeit, in der z.B. dem Ältesten, dem Adligen etc. eine Art „Zauber“ und Weihe verliehen wird. Diese weihevollen Atmosphäre wird durch den ständigen Austausch und die Beziehungsarbeit reproduziert. Der Austausch beruht dabei auf Kennen und Anerkennen und hat dies zugleich zum Ergebnis. Mit Hilfe dieser gegenseitigen Anerkennung reproduziert sich eine Gruppe und bestätigt zugleich die eigenen Grenzen. In der Untersuchung zum wissenschaftlichen Feld weist Bourdieu auf das „universitäre Kapital“ als eine spezifische Ausprägung des Sozialkapitals hin, das eine eigenständige und feldspezifische Ressource darstellt. Das Kapital wird aber erst dann wirksam, wenn sich die soziale Praxis an ihm orientiert. Dazu dienen z.B. Gremien und Besprechungen, in denen Kapitalträger als „Machtträger“ ausgezeichnet werden (vgl. ebd., S. 202). Das soziale Kapital kann auch öffentlich zelebriert und symbolisch wirksam werden.

Das Sozialkapital kann an Vertreter delegiert werden, wenn die Gruppe für das Verfahren und für den Repräsentanten Regeln definiert (vgl. Bourdieu 1992a, S. 174ff.). Durch die Delegation des Sozialkapitals kann die körperliche Gebundenheit des Sozialkapitals mehrerer Personen überwunden werden (vgl. Bourdieu 1983, S. 194).

Das Sozialkapital kann teilweise in ökonomisches Kapital transformiert werden. Es wirkt darüber hinaus häufig wie das symbolische Kapital im Sinne von „Ehre“ und „Prestige“ (vgl. Treibel 2006, S. 230) und verschränkt in sich die materiellen und symbolischen Aspekte der Austauschbeziehungen (vgl. Bourdieu 1983, S. 191).

Symbolisches Kapital

Bourdieu entwickelt im Zuge seiner Untersuchung zu den Kabylen im „Entwurf einer Theorie der Praxis“ (1979)¹⁹² das symbolische Kapital als eine Art „Kredit“ und Vorschuss, den eine Gruppe einer anderen Gruppe gewährt. Die Gruppe gewährt nur denjenigen den Vorschuss, die die umfassenden materiellen und symbolischen Sicherheiten garantieren können. Deshalb wird auch verständlich, warum das Zurschaustellen des symbolischen Kapitals einen zentralen Mechanismus darstellt, der dazu führt, dass „Kapital zu Kapital kommt“ (vgl. Bourdieu 1979, S. 352). Bourdieu legt allen Handlungen eine Maximie-

¹⁹² Im Unterkapitel „Das symbolische Kapital“ bezieht sich Bourdieu auf das Beispiel des Schenkens und Gegenschenkens bei den Kabylen. In einem ersten Schritt beschreibt er, dass die „symbolische Arbeit“ den Zweck habe, aufgenötigte Beziehungen durch Kooperation und Kommunikation in Reziprozitätsbeziehungen umzuwandeln, die auf freier Wahl beruhen. Dabei soll „verschleiert“ werden, dass diesen Beziehungen ein Kalkül zugrunde liegt (vgl. Bourdieu 1979, S. 335).

rungsstreben zugrunde. Allerdings suche das symbolische Kapital zu verschleiern, das es ebenfalls eine auf Akkumulation ausgerichtete Form des ökonomischen und physischen Kapitals darstellt.

„Das symbolische Kapital, gewöhnlich Prestige und Autorität, stellt nur die umgewandelte, d.h. *unkennlich gemachte und damit offiziell anerkennbare Form* der anderen Kapitalarten dar“ (Bourdieu 1979, S. 375) [Hervorh. E.S.].

Entscheidend wird die Wahrnehmung bzw. Anerkennung der sichtbaren Aspekte der Kapitalsorten:

„Das symbolische Kapital ist die Form, die eine der Kapitalsorten annimmt, wenn sie über Wahrnehmungskategorien wahrgenommen wird, die seine spezifische Logik anerkennen bzw. die Willkür verkennen, der sich sein Besitz und Akkumulation verdankt (Bourdieu/Wacquant 1996, S. 151).

Schwingel weist darauf hin, dass Bourdieu den Begriff zeitweise als eigenständige Kapitalart bezeichnet „als wahrgenommene und als legitim anerkannte Form der drei vorgenannten Kapitalien (vgl. Bourdieu 1991a, S. 11; Schwingel 1995, S. 87). In Bezug auf das soziale Kapital entwickelt das symbolische Kapital ein besonderes Verhältnis; soziales Kapital funktioniert immer auch als symbolisches Kapital, da es ebenfalls auf der Logik des Kennens und Anerkennens basiert. Jede Form von gesellschaftlicher Anerkennung funktioniert als „Kredit“ und ist damit symbolisches Kapital (Schwingel 1995, S. 88). In der Praxis tritt das symbolische Kapital meist nur in Verbindung mit anderen Kapitalformen auf und steigert die Wirksamkeit der anderen Kapitalsorten: „Im Unterschied zur Logik der Knappheit für ökonomisches und kulturelles Kapital (...) gehorcht das symbolische Kapital einer Logik der Hervorhebung und Anerkennung“ (ebd., S. 88).

Die Transformationsarbeit zeigt, dass meistens das ökonomische Kapital zugrunde liegt, aber Bourdieu betont, dass die anderen Kapitalsorten dieses gerade verschleiern suchen. Um ökonomisches in soziales Kapital umzuwandeln, braucht es Zeit, Aufmerksamkeit, Sorge und Mühe. Auf diesem Weg tritt die monetäre Bedeutung zurück. Dies trifft ebenfalls auf das kulturelle Kapital zu, das ökonomisch-abgesicherte Zeit zum Erwerb voraussetzt (Bourdieu 1983, S. 196ff.). Da die Kapitalsorten konvertierbar sind, wird versucht, diese Umwandlungen mit möglichst geringen Kosten zu erreichen.

5.3 Der Begriff des Felds: Kraft- und Kampffelder

Bourdieu's Feldtheorie verknüpft sich mit dem Konzept des Kapitals und des Habitus. Diese Perspektive konzipiert differenzierte Gesellschaften mit Hilfe relativ autonomer¹⁹³ Felder bzw. „Spielräume“, die nach je eigenen Regulierungsprinzipien und Logiken funktionieren. Mit dem Begriff „Feld“ konstruiert Bourdieu „eine kleine, relativ autonome soziale Welt innerhalb der großen sozialen Welt“ (Bourdieu 2001, S. 41). Man findet darin Eigenschaften, Beziehungen, Handlungen und Prozesse, die eine je besondere Form annehmen. „Ein Feld ist ein autonomer Mikrokosmos innerhalb des sozialen Mikrokosmos“ (ebd., S. 41) und fungiert als analytische Kategorie (vgl. Dederichs/Florian 2002, S. 74).

Bourdieu wendete den Feldbegriff auf mehrerer Mikrokosmen an und legte Untersuchungen zum Feld der Kunst, dem politischen Feld, zum Feld des Sports, der Mode, der Massenmedien etc. vor und beschrieb dabei feldspezifischen Kapitalsorten (wie z.B. universitäres Kapital, juridisches Kapital, religiöses Kapital etc.).¹⁹⁴

Seine Gesellschaftsanalyse formiert sich in „desaggregierter Form“ der Felder und Mikrokosmen, Bohn sieht hier eine Analogie zu den Funktionssystemen bei Luhmann.¹⁹⁵ Bourdieus feldtheoretischen Studien gründen sich allerdings auf einem empirischen Interesse, sie „oszillieren zwischen einer Theorie der sozialen Felder und der je konkreten Analyse“ (Bohn 2005, S. 62).

Wie bereits in Kapitel 2 aufgezeigt, evozieren Globalisierungs- und Entgrenzungprozesse die sozialwissenschaftliche Suche nach nicht-territorial gebundenen Raumkonzeptionen.¹⁹⁶ Die Feldtheorie Bourdieus bietet einen sozialtheoretisch fundierten Zugang, der auch auf transnationale Felder bezogen werden könnte (vgl. Simsa 2001, S. 23). Obgleich Bourdieu

¹⁹³ Weiterhin zeigt Schwingel auf, dass Bourdieu sich in die von Durkheim gestellte Linie der „Eigenständigkeit sozialer Tatsachen“ einordnet und den damit einhergehenden Zwang, der den Handelnden auferlegt wird, als elementaren Sachverhalt ansieht (Schwingel 1995, S. 77).

¹⁹⁴ Bourdieu integriert mit dem Modell des sozialen Raums und sozialer Klassen die historische Pluralität der Felder, um einen historischen Zustands des Felds der sozialen Klassen aufzuzeigen (vgl. Schwingel 1995, S. 99). Das Modell verortet Bourdieu im Kontext der theoretischen und empirischen Analyse sozialer Ungleichheitsverhältnissen.

¹⁹⁵ Bohn weist auf die Parallelen der sozialen Felder und Luhmanns Funktions- und Subsysteme hin. Bei Luhmann entstehen die Grenzen der System durch Kommunikationen, bei Bourdieu durch Spielzüge in den Feldern (vgl. Bohn 2005, S. 62f.).

¹⁹⁶ Die sozialwissenschaftliche Forschung thematisiert Raum eher als „den Handlungen und den sozialen Strukturen ‚vorgelagert‘ (...) die Raumvorstellung ist Teil der sozialen Strukturierungsleistung“ (Hamburger 2003, S. 132) und nicht „Behälter“. Die Sozialpädagogik muss sich mit den Deutungen des Raums auseinandersetzen, da die Relationen und Differenzen als räumliche sozial entstehen, (ebd., S. 132f.).

die soziale Welt als mehrdimensionalen¹⁹⁷ Raum mit spezifischen Verteilungsmechanismen versteht (vgl. Bourdieu 1991a, S. 9), die sich durch handlungstheoretische wie strukturalistische Aspekte von einem nationalstaatlichen „Container-Raum“ lösen, gingen seine Analysen häufig von einem „nationalen Sozialraum“ mit eigener Struktur aus, der zum Bezugspunkt verschiedener Gruppen werden könne (ebd., S. 13). Bourdieu setzte den nationalen Bezugspunkt dennoch nicht absolut, aus seiner Sicht überwiegt als Bezugspunkt für die Herstellung von Gruppen die räumliche Nähe oder Distanz, die sich aus den unterschiedlichen Kapitalverteilungen ergibt (ebd.).

Die *Grenzen* der Felder entstehen durch die Praktiken und Spielzüge der Akteure, die mit Inklusions- und Exklusionsprozessen verbunden und nicht an nationalstaatliche Territorien gebunden sind. Dennoch analysierte Bourdieu verschiedene Felder innerhalb eines bestimmten Nationalstaates als eines spezifischen Bezugsrahmens. Er zeigte, z.B. anhand des soziologischen Wissenschaftsfelds die spezifischen Regeln nationaler wissenschaftlicher Felder auf, die aber aufgrund ihrer Strukturhomologie immer auch international sind: „The sociological field has always been international“ (Bourdieu 1991b, S. 381), durch Netzwerke und Ideenaustausch. Bourdieu beschreibt den internationalen Austausch an Ideen unter der Perspektive des Imports: „Importing ideas (...) is one of the main weapons used in intellectual conflicts within national fields“ (ebd., S. 382) und hält damit im Sinne einer Aussage über die Wirklichkeit an der Relevanz nationaler Grenzen fest.

Diese etatistische Orientierung Bourdieus erschwert eine Perspektive auf Felder, die sich durch die Verschränkung nationaler und transnationaler Handlungspraktiken charakterisieren. Dennoch eignen sich die Instrumente, um die Herausforderungen der Globalisierungsprozesse zu analysieren, „auch wenn Bourdieu selbst diese Arbeit nicht mehr gelang (vgl. Burchardt 2006, S. 179). Bohn merkt kritisch an, dass Bourdieus Soziologie für die

„Bedeutung von Kommunikationsmedien und Informationsflüssen für den Aufbau globaler Strukturen theoretisch unsensibel ist. Seine Sozialtheorie kann weltweite Geltung und Anerkennung von Symbolen, Positionen und Spielzügen untersuchen, nicht aber die weltweite Interrelation von Kommunikation, die aber gerade für die Genese weltweiter Vergesellschaftung bedeutsam ist“ (Bohn 2005, S. 71).¹⁹⁸

Bourdieu's etatistische Orientierung findet sich auch in seiner kritischen Haltung gegenüber dem „Nicht-Staat“ Europas wieder (Bourdieu 1997b, S. 1). Aber er erkannte, dass dieses

¹⁹⁷ Hierbei nennt er die Raumdimension, die sich am Gesamtumfang des Kapitals und die Dimension, die sich aus der Zusammensetzung des Kapitals ergibt (vgl. Bourdieu 1991a, S. 11).

¹⁹⁸ Gegenüber Luhmann betont Bourdieu aber, dass in Anbetracht der globalen Machtstrukturen zur Gegenmacht aufgerufen werden muss (vgl. Bohn 2005, S. 72).

Gebilde die nationalen Bewegungen (im Sinne einer Gegenmacht) auffordert, sich transnational zu organisieren: „Man muss sich fragen, wie man die Eingeschlossenheit in die nationale Struktur überwinden und eine politische Mobilisierung durchführen kann“ (ebd.). Bourdieu war eine zentrale Figur einer Bewegung der „*Charta 2000 – Für Generalstände der sozialen Bewegung Europas*“, die eine europäische Bewegung anstoßen wollte.¹⁹⁹ Insofern erscheint es durchaus angemessen, sich mit Instrumenten der Feldtheorie der Frage zuzuwenden, wie sich zivilgesellschaftliche Akteure und Bewegungen transnational in Europa organisieren und inwieweit sich ein eigenes spezifisches Feld mit spezifischen Regeln und Kapitalkämpfen unter nationalen und transnationalen Akteure zwischen Kooperation und Konkurrenz ausbildet.²⁰⁰

Bourdieu eröffnet zwei Perspektiven auf die Felder: Sie sind **Kraftfelder** und **Kampffelder** zugleich.

Der Konzeption der *Kraftfelder* unterstreicht erneut seinen relationalen Zugang: Felder werden als ein Magnetfeld von Kräften verstanden, in denen sich ein Ensemble objektiver Kräfteverhältnisse formiert, die auf die Akteure als *Zwang* wirken (vgl. Bourdieu 1991a, S. 10). An den wirkenden Zwängen wird das „Magnetfeld von Kräften“ deutlich, die in den Feldern wirken (vgl. ebd., S. 74). Die sozialen Zwänge beschreibt Bourdieu mit der Metapher des Spiels, indem er die Felder als *Spiel-Räume* konstruiert (vgl. ebd., S. 27). Die Spieler sind in dem Spiel gefangen, sobald sie das Spiel nicht hinterfragen und es damit anerkennen. Dieses „heimliche Einverständnis“ ist der Ursprung ihrer Konkurrenz und der Konflikte (Bourdieu/Wacquant 1996, S. 128). Die Einsätze im Spiel basieren auf den Konkurrenz zwischen den Spielern, die mit Trümpfen versuchen, Stiche zu erzielen. Der Wert und die Hierarchie der jeweiligen Kapitalsorten bzw. der Trümpfe variiert je nach Spiel, wobei die Kapitalgrundsorten als „Karten“ in allen Feldern stechen. Die einzelnen Spielzüge ergeben sich aus dem strategischen Ermessen der Spieler: „Die Spieler verfügen über verschieden-farbige Jetons und „von dieser Gesamtmenge und der Struktur der Jetons hän-

¹⁹⁹ Die *Charta 2000* setzte sich zum Ziel, die Bewegungen zu vernetzen, um die Kräfte zu bündeln und ein gemeinsames Vorgehen zu erarbeiten. Auf diesem Weg soll eine kritische Gegenmacht entstehen, die durch so genannte Generalstände einzuberufen, die Grundlagen für eine gemeinsame, internationale Struktur erarbeiten sollen. Vgl. Text der Charta: <http://www.erzwiss.uni-hamburg.de/Personal/Lohmann/Materialien/Charta2000.htm>; sowie die *Raison d'agir*, eine von Bourdieu gegründete Bewegung: <http://www.raisonsdagir.org/>; Bourdieu im Interview zu dem Manifest, vgl. <http://www.trend.infopartisan.net/trd7800/t187800.htm>, Bourdieu 1997c.

²⁰⁰ Weiterhin wäre zu überprüfen, ob die relationale Soziologie von Elias mit dem mehrdimensionalen „Verflechtungsspielen“ als Analyseinstrument transnationaler Prozesse hilfreiche Erkenntnisse vermitteln könnte (vgl. Elias 2006).

gen seine relative Stärke im Spiel ab, aber auch seine Spielstrategien (riskant, vorsichtig, konservativ, subversiv)“ (ebd., S. 129). Die Spieler spielen im Spiel mit, um ihre Jetons zu vermehren oder um die immanenten Regeln des Spiels zu ihren Gunsten zu ändern. Dies geschieht z.B. durch die Strategie, Unter-Kapitalsorten zu entwerten, auf der die Macht der Gegner beruht, oder die Kapitalsorten aufzuwerten, über die man selbst verfügen kann (vgl. ebd.). In jedem Feld herrscht ein bestimmter Typ von Macht und ein bestimmtes Spiel vor, da jede Art von Kapital an ein Feld gebunden ist und damit Gültigkeits- und Wirksamkeitsgrenzen unterliegt (Bourdieu 2001, S. 52).

Zum zweiten ist das *Kampffeld* ein Raum von Konflikten, Kämpfen und Konkurrenzen, ein Schlachtfeld um das Monopol auf bestimmte Kapitalsorten:

„Analytisch gesprochen wäre ein Feld als ein Netz oder eine Konfiguration von objektiven Relationen zwischen Positionen zu definieren. Diese Positionen sind in ihrer Existenz und auch in den Determinierungen, denen die auf ihnen befindlichen Akteure der Institutionen unterliegen, objektiv definiert und zwar durch ihre aktuelle und ihre potenzielle Situation (situs) in der Struktur der Distribution der verschiedenen Arten von Macht (oder Kapital), deren Besitz über den Zugang zu den in diesem Feld auf dem Spiel stehenden spezifischen Profiten entscheidet und damit auch durch ihre objektiven Relationen zu anderen Positionen“ (Bourdieu/Wacquant 1996, S. 127).

Die Eigenschaften, die den sozialen Raum bzw. die Felder konstruieren, bilden die verschiedenen Kapitalsorten, sie stellen eine Art *Verfügungsmacht* bzw. die „Verfügungsgewalt über spezifischen Ressourcen“ dar (Schwingel 1995, S. 80). Wie Trümpfe in einem Kartenspiel determinieren die verschiedenen Kapitalsorten die Profitchancen in den jeweiligen Feldern. Die Position der Akteure wird folglich durch die Verteilungsstruktur des Kapitals bestimmt und lässt „innerhalb der Kraftfelder (...) um die kapitalstärksten Akteure und Gruppen Kraft- und Machtzentren“ entstehen (ebd., S. 90). Bourdieu spricht dem ökonomischen Kapital eine zentrale Rolle für die Positionierung zu, daran schließt sich das kulturelle und soziale Kapital an. „Damit ist ein Feld ein Kräftefeld und ein Kampffeld zur Veränderung dieser Kräfteverhältnisse. In diesen Kämpfen setzt jeder die Stärke ein, über die er in den Kräfteverhältnissen verfügt“ (Bourdieu 2001, S. 35).

Kämpfe um veränderte Kräfteverhältnisse

Felder sind in Bourdieus Denken Arenen, in denen Kämpfe und Konfrontationen stattfinden (vgl. ebd., S. 34). Jedes Feld zeichnet sich durch eine besondere Form und Zusammensetzung der Kräfteverhältnisse aus, das Kapital variiert in jedem Feld ist damit an ein Feld gebunden und erwirkt spezifische Gültigkeits- und Wirksamkeitsgrenzen. Es gibt also in

jedem Feld besondere Kräfteverhältnisse und eine ungleichmäßige Verteilung“ (ebd., S. 35).

„Die Struktur des Felds gibt den Stand der Machtverhältnisse zwischen den am Kampf beteiligten Akteuren oder Institutionen wieder bzw., wenn man so will, den Stand der Verteilung des spezifischen Kapitals, das im Verlauf früherer Kämpfe akkumuliert wurde und den Verlauf späterer Kämpfe bestimmt. Diese Struktur, die der Ursprung der auf ihrer Veränderung abzielende Strategien ist, steht selbst ständig auf dem Spiel: Das Objekt der Kämpfe, die im Feld stattfinden, ist das Monopol auf die für das betreffende Feld charakteristische legitime Gewalt (oder spezifische Autorität), das heißt letzten Endes der Erhalt bzw. die Umwälzung der Verteilungsstruktur des spezifischen Kapitals“ (Bourdieu 1980, S. 108)

Die Positionen in dem mehrdimensionalen Raum kategorisiert Bourdieu mit Hilfe eines Koordinatensystems: Die Positionen sind auf der ersten Ebene durch die *Gesamtheit* des Kapitals determiniert und zweitens durch die *Zusammensetzung* des Kapitals (vgl. Bourdieu 1991a, S. 11). Die Verteilung der verschiedenen Kapitalformen zeigt den Stand der Kräfteverhältnisse zwischen den Akteuren an und weist auf die damit verbundenen Gewinnchancen hin (vgl. ebd., S. 12).

Bourdieu beschreibt das Feldgeschehen oft als *Spielfeld*, wie bereits erläutert. Die Struktur des Felds generiert sich durch den Stand der Machtverhältnisse zwischen den Spielern. Daher werden die Trümpfe fortwährend riskiert werden, so dass die Felder ein Schauplatz von Kämpfen um die Definition der legitimen Gliederungsprinzipien werden (Bourdieu 1991a, S. 27). Die *Grenzen* des Felds entstehen durch die Spielzüge und die Dynamik des Felds, die „selbstselektive Grenzziehung sozialer Felder“ wird als Resultat von sachlichen und sozialen Inklusionen und Exklusionen“ beschrieben (vgl. Bohn 2005, S. 63). „Jeder versucht, die *Grenzen* des Feldes so abzustecken, dass ihr Verlauf den eigenen Interessen entgegenkommt, oder (...) seine Definition der wahren Zugehörigkeit zum Feld (...) durchzusetzen“ (Bourdieu 1999, S. 353) In den Feldern liegt daher eine lange Geschichte von „Ausschlüssen und Exkommunikationen“ begründet, indem die Eintrittsgebühr erhöht und eine spezifische Definition der Zugehörigkeit durchgesetzt wird (vgl. Bourdieu/Wacquant 1996, S. 131).

Das Konzept des *Habitus* als „ein Ensemble historischer Relationen, die sich in den Wahrnehmungs-, Bewertungs- und Handlungsschemata im Körper niedergeschlagen haben“ (ebd., S. 36f.), setzt – wie die Begriffe des Kapitals und des Felds – die Vermittlung von Individuum und Gesellschaft voraus, da die Aneignung und die Akkumulation von Kapital durch Individuen in gesellschaftlichen Strukturen möglich wird. Auf der Grundlage des

Habitus erkennen die Akteure den „Sinn für das Spiel“, so dass Bourdieu dies als Zusammentreffen von Habitus und Feld (und damit von einverleibter und objektivierter Geschichte) identifizierte. Dieses Zusammentreffen ermöglicht den Akteuren die Vorwegnahme der Zukunft in den Spielsituationen (vgl. Bourdieu 1993, S. 122). Der Habitus als Produkt der Inkorporierung der „immanenten Notwendigkeit eines Felds oder eines Ensembles von mehreren Feldern“ (Bourdieu/Wacquant 1996, S. 161) fungiert als „sozialisierte Subjektivität“ (vgl. ebd., S. 159) und als Erzeugungs- und Ordnungsgrundlage für Praktiken und Vorstellungen (vgl. Bourdieu 1993, S. 98). Der Habitus wird als System dauerhafter und versetzbarer Dispositionen konzipiert, der alle vergangenen Erfahrungen integriert und als *Handlungs-, Wahrnehmungs-, und Denkmatrix* funktioniert (vgl. Bourdieu 1979, S. 169).

Manifest wird der Habitus erst im Verhältnis zu einer bestimmten Situation, er sei wie eine gespannte Feder. Insofern generiert der Habitus je nach Stimulus und Feldstruktur unterschiedliche oder gar gegensätzliche Praktiken (vgl. Bourdieu/Wacquant 1996, S. 168). Bourdieu wendet sich gegen den Vorwurf, das Modell sei mechanistisch, da die erworbenen Schemata geregelte Improvisation gestatten (vgl. Bourdieu 1979, S. 179). Der Habitus schützt sich zugleich vor Krisen, indem er systematisch Orte auswählt und sich ein Milieu schafft, „an das er soweit wie möglich vorangepasst ist, also eine relativ konstante Welt von Situationen“, die seine Dispositionen verstärken (Bourdieu 1993, S. 114). Der Habitus fungiert in Bourdieus Konzept als *Erzeugungsprinzip von Strategien*. Die Entwicklung von Strategien ermöglicht es, neuen und unerwarteten Situationen zu begegnen. Allerdings werden die Praxisformen des Habitus durch die „vergangenen Bedingungen der Produktion ihres Erzeugungsprinzip (...) determiniert“ und tendieren dazu, „die objektiven Bedingungen, deren Produkt sie sind, zu reproduzieren“ (Bourdieu 1979, S. 165).

Bourdieu beschreibt das Zusammentreffen von Habitus und Feld als den praktischen Sinn der Akteure als „Sinn für das Spiel“ (vgl. Bourdieu 1993, S. 122). Die Zugehörigkeit zu einem Feld enthält zugleich den Sinn für das Spiel und das Feldgeschehen erscheint unhinterfragt „sinnvoll.“ Verweigern die Akteure die Zustimmung zu dem Spiel, evoziert dies Sinnfragen über die Welt. Dies verdeutlicht, dass Felder willkürliche und soziale Konstruktion darstellen. „Es ist ein Artefakt, der in spezifischen Regeln, strikter Begrenztheit und in Außergewöhnlichkeit von Zeit und Raum zum Ausdruck kommt“ (ebd., S. 123).

Um in ein Spiel einzutreten und daran zu partizipieren, benötigen die Akteure ein *Interesse*²⁰¹ an dem Spiel sowie den Glauben, dazuzugehören. Der praktische Glaube fungiert als Eintrittsgeld, das alle Felder fordern. Dies zeigt sich an der Auswahl von neuen Spielern bzw. deren Ausbildung (Initiationsriten oder Prüfungen), die eine Anerkennung der Grundvoraussetzungen des Feldes zum Ziel haben oder an der Tatsache, dass Spielverderber bestraft und ausgeschlossen werden (vgl. ebd., S. 124). Das gemeinsame Interesse der Akteure begründet aus Bourdieus Sicht einen *Konsens* in dem Feld über die Spielregeln und Einsätze. Dabei entsteht diese „konsensuelle Unterwerfung“ in und durch die vorgelagerten Konflikte (vgl. Bourdieu 1992a, S. 58). Dessen ungeachtet können „unterhalb“ dieses Konsenses Konflikte aufgrund der partikularen Interessen zwischen den Gegenspielern bestehen bleiben, denn letztlich steht der Zugewinn an Macht und Prestige und damit die Akkumulation spezifischer Kapitalien im Vordergrund (vgl. Schwingel 1995, S. 94).

In den meisten Feldern existieren *Generationskämpfe* zwischen Neulingen und etablierten Akteuren (Bourdieu 2001, S. 35) bzw. Kämpfe „zwischen den Herrschenden und den Anwärtern auf die Herrschaft“, die versuchen, den Riegel des Zugangsrecht zu sprengen (...) bzw. die Konkurrenz auszuschalten bemüht ist (Bourdieu 1980, S. 107).

Aus diesen Kämpfen resultieren zwei wesentliche Strategien in den Feldern: *Strategien der Erhaltung* und der *Infragestellung*. „Diese grundlegenden Auseinandersetzungen sind die Basis der historischen Veränderungen innerhalb der verschiedenen sozialen Felder“ (Schwingel 1995, S. 93).

Die Strategien der Spieler sind abhängig von Umfang und Struktur des Kapitals sowie der Entwicklung des Kapitals. Sie stehen damit in Zusammenhang mit der eigenen Position im Feld bzw. von der Wahrnehmung des Felds von ihrem Standpunkt aus (vgl. Bourdieu/Wacquant 1996, S. 129ff.). Bourdieus Strategie-Begriff zielt

„auf eine Vermittlung zwischen dem objektivistischen (mechanistischen) Strukturdeterminismus, der das Prinzip sozialer Praxis in einer Mechanik struktureller Zwänge ausfindig macht, und dem subjektivistischen Handlungsvoluntarismus, der soziale Handlungen in den freien Entscheidungen eines selbstgewählten und rational-strategisch realisierten Entwurfs begründet sieht“ (Schwingel 1995, S. 92).

²⁰¹ Die Interessen sind entsprechend vielfältig: Es existieren, so viele Interessen (...) wie Felder, diese verstanden als historisch konstituierte Spielräume mit ihren spezifischen Institutionen und je eigenen Funktionsgesetzen. Das Vorhandensein eines spezialisierten und relativ autonomen Felds korreliert mit dem Vorhandensein spezifischer Einsätze und Interessen“ (Bourdieu 1992a, S. 111). Bourdieu präferiert in späteren Schriften er den Begriff *illusio* als „Wirklichkeitsunterstellung (vgl. Bohn 2005, S. 64). Aus seiner Sicht definiert sich „Interesse“ als ein Zugeständnis, dass ein bestimmtes soziales Spiel und der Feldeinsatz Sinn hat und erstrebenswert ist (vgl. Bourdieu 1992a, S. 148). Auch hier wird sein konstruktivistischer Grundzug deutlich: Das Feld sowie das Interesse ist historisch willkürlich und damit eine historische Konstruktion.

Auf der Grundlage der Positionen konzipiert Bourdieu das strukturierte System der Praktiken und Äußerungen der Akteure als „Stellungnahmen“ (vgl. Bourdieu/Wacquant 1996, S. 136). Der Raum der Positionen und Raum der Stellungnahmen können ausschließlich zusammen analysiert werden im Sinne von zwei Übersetzungen desselben Satzes, wobei die Struktur der Kräfteverhältnisse bzw. die verschiedenen Positionen, das Verhalten und die Stellungnahmen der Akteure maßgeblich beeinflusst (vgl. Bourdieu 2001, S. 49).

Bourdieu wendet den Feldbegriff auf verschiedene *Aggregationsebenen* an und wird damit auch für organisationssoziologische Fragestellungen relevant (vgl. Bourdieu 1998a; Dederichs/Florian 2002, S. 76).²⁰² Dederichs/Florian zeigen die Anwendbarkeit der Feldtheorie auf Organisationen und interorganisatorische Netzwerke anhand eines bestimmten Ausschnitts des Markts auf. In diesem entstehen (Unternehmens-) Netzwerke als Strategie sozialer Kapitalbildung. Die einzelnen Organisationen agieren in einem ökonomischen Feld und stellen zugleich selbst ein Feld dar. Auf diese Weise können die Praktiken einer Organisation mit der Binnenstruktur (endogenen Kräftefeld) und der damit einhergehenden ungleichen Verteilungsstruktur der Kapitalien zwischen den Akteuren oder einzelnen „Gruppen“ und mikropolitische Koalitionen rekonstruiert werden (vgl. Dederichs/Florian 2002, S. 73).

5.4 Fokus: Feldeigenschaften und das Feld der Macht

Bourdieu analysiert verschiedene Felder wie das ökonomische, bürokratische, politische, religiöse und wissenschaftliche Feld in Einzelstudien (vgl. Bourdieu 1998a; 1998b; 1998d; 1999; 2000; 2001). Auch in anderen Bereichen der Sozialwissenschaften finden sich mittlerweile Rezeptionen der Feldtheorie (Rieger-Ladrich 2000; Dederichs/Florian 2002; Lange-Vester/Teiwes-Kügler 2004).

Bourdieu's empirischer Zugang beginnt mit der Rekonstruktion der Individuen und Institutionen des Felds (durch z.B. statistischen Daten), wengleich „das Feld“ im Mittelpunkt der Forschungsoperation steht (vgl. Bourdieu/Wacquant 1996b, S. 138f.). Mit der relationalen und analogen Denkweise, „lässt sich das Besondere im Allgemeinen und das Allge-

²⁰² Dederichs/Florian weisen auf die mangelnde Resonanz in der Organisationsforschung hin, allein im „New Institutionalism“ wurden handlungstheoretische Elemente von Bourdieus Konzepten aufgegriffen. Die Autoren fokussieren im dem Kontext des DFG-Projekts „Sozionik“ auf Kooperationsbeziehungen in der Transportwirtschaft unter Berücksichtigung der Feldtheorie (vgl. Dederichs/Florian 2002, S. 70f.; Langer 2001).

meine im Besonderen erfassen“ (ebd., S. 106). Insofern wird die Übertragbarkeit auf andere Felder möglich, Bourdieu vermutet sogar in einigen Feldern gleiche „Grund-Gegensätze“. Zur Annäherung an die Felder verwendet Bourdieu drei zentrale Analyse- bzw. Untersuchungsschritte:

1. Die Position des Felds muss im Verhältnis zum Feld der Macht geprüft werden,
2. Die objektive Struktur der Relationen zwischen Positionen von konkurrierenden Akteuren in diesem Feld muss ermittelt werden,
3. Der Habitus der Akteure muss analysiert werden (ebd., S. 136).²⁰³

Bourdieu analysiert anhand dieser Untersuchungsschritte ausführlich verschiedene Felder, so dass hier in Folge nur auf einige zentralen Aspekte zurückgegriffen am Beispiel des Felds der Macht werden soll, da die Relation zu diesem Feld für alle Felder bedeutsam wird.

Bourdieu gewichtet die *Entstehungsgeschichte* der Felder als sehr zentral und beschreibt die Entwicklungen meist in verschiedenen Phasen, die als *Autonomisierungsprozess* rekonstruiert werden (vgl. exemplarisch Bourdieu 1999, S. 189).²⁰⁴ Der Zugewinn an Feldautonomie wird meist durch einen Prozess der Differenzierung eingeleitet (ebd., S. 223), wobei sich das Ausmaß an *Autonomie* durch das symbolische Kapital bestimmt, das im Laufe der Zeit akkumuliert wurde (ebd., S. 350). Dabei kann der Autonomisierungsprozess mit erhöhter *Reflexivität* einhergehen, die zur Voraussetzung des Spiels wird.

„In dem Maße, in dem das Feld sich auf sich selbst zurückzieht, wird die praktische Beherrschung der von der ganzen Geschichte der Gattungen zusammengetragenen spezifischen Errungenschaften (...) zum Bestandteil der Zulassungsvoraussetzungen zum Feld der eingeschränkten Produktion“ (Bourdieu 1999, S. 384).

Die bereits erwähnte Geschichte von „Ausschlüssen und Exkommunikationen“ in den Feldern etablieren Grenzen, Hierarchien und Ordnungen. Die Grenzen des Felds manifestieren sich an den Institutionen oder Personen, die auf ein Feld *einwirken* und Effekte im Feld

²⁰³ Für die Untersuchung wurde dieses Raster nicht umfassend angewandt, da die Begriffe Feld und Kapital als Instrumente und nicht im Sinne einer feldtheoretischen Betrachtung verwandt wurde. Zugleich wurde die Perspektive auf den Habitus zurückgestellt.

²⁰⁴ „Wann immer sich ein derartiges autonomes Universum etabliert – ein künstlerisches, wissenschaftliches oder irgendein anderes spezifisches Feld –, spielt der hierin geronnen historische Prozess die gleiche Rolle: *er zieht die Quintessenz*. So dass die Analyse der Geschichte des Feldes an sich die einzige legitime Form der Wesensanalyse sein dürfte“ (Bourdieu 1999, S. 224).

erzielen können (Bourdieu 2001, S. 33). Sobald die Feldeffekte nicht mehr spürbar sind, ist die Grenze des Felds überschritten (vgl. Bourdieu/Wacquant 1996, S. 131).

Das Feld der Macht

Bourdieu konzipiert ein eigenes Feld der Macht, das die anderen, ausdifferenzierten Felder umfasst. Das Feld der Macht ist bei Bourdieu eine Arena, in dem unterschiedliche Akteure um Machtverhältnisse kämpfen, es „ist der Raum der Kräftebeziehungen zwischen Akteuren und Institutionen, deren gemeinsame Eigenschaft darin besteht, über das Kapital zu verfügen“ (Bourdieu 1999, S. 342). Bourdieu beschreibt das Feld als einen Ort der Auseinandersetzungen „zwischen Inhabern unterschiedlicher Machttitel (oder Kapitalsorten)“ (...), bei denen es (...) um die Veränderung oder Bewahrung des relativen Werts der unterschiedlichen Kapitalsorten geht“ (ebd.).

Das Feld der Macht liege folglich nicht auf der gleichen „Ebene“ wie andere Felder, sondern umfasst teilweise andere Felder oder schließt sie vollständig ein. Das Feld der Macht wird als eine Art „*Metafeld*“ konzipiert:

„Das Feld der Macht ist kein Feld wie die anderen: Es ist der Raum, der Machtverhältnisse zwischen verschiedenen Kapitalsorten, oder, genauer gesagt, zwischen Akteuren, die in ausreichendem Maße mit einer der verschiedenen Kapitalsorten versehen sind. Um gegebenenfalls das entsprechend Feld beherrschen zu können und deren Kämpfe immer dann an Intensität zunehmen, wenn der relative Wert der verschiedenen Kapitalsorten (...) ins Wanken gerät; vor allem also dann, wenn das im Feld bestehende Gleichgewicht zwischen jenen Instanzen bedroht ist, deren spezifische Aufgaben die Reproduktion des Felds der Macht ist“ (Bourdieu 1998b, S. 51).

Das Feld der Macht ist dabei nicht identisch mit dem Feld des Staates, aber die beiden Felder sind eng miteinander verwoben, denn durch die Konzentration verschiedener Kapitalsorten kann der Staat Macht über andere Felder bzw. Kapitalsorten ausüben oder deren „Wechselkurse“ beeinflussen.

Im Feld der Macht stehen die diversen Kapitalarten zueinander in Konkurrenz und die Kapitalbesitzer versuchen entweder, das Primat einer Kapitalart zu behaupten oder bestimmte Kapitalarten zu entwerten und zu diskreditieren (vgl. Bourdieu 1991a, S. 71f.).²⁰⁵ Zum zweiten kämpfen sie um die Legitimität und damit „um die Durchsetzung des gültigen Herrschaftsprinzips“ (Bourdieu 2004, S. 322). Im Feld der Macht wird der Wert und die

²⁰⁵ Deshalb müsse im Feld der Macht dafür gesorgt sein, dass z.B. der Intellektuelle akzeptiert, Intellektueller zu sein und nicht etwa Unternehmer. Das Feld der Macht reproduziert ein System von Unterschieden, „das einer historisch gegebenen Teilung der Herrschaftsarbeit entspricht“ (Bourdieu 1991a, S. 71f.). Da sie in Konkurrenz stehen, können z.B. die Künstler die Anerkennung des ökonomischen Kapitals verweigern und es zugunsten des kulturellen Kapitals diskreditieren (vgl. ebd., S. 77).

relative Stärke festgelegt, die den einzelnen Kapitalsorten zugesprochen wird und die sich wiederum in den Feldern auswirken können (vgl. Bourdieu 2004, S. 322). Es werden die Umrechnungskurse und differentiellen Anerkennungsverhältnisse der gesellschaftlich verfügbaren Symbole und Machtformen etabliert (vgl. Bohn 2005, S. 67). Die verschiedenen Herrschenden konzipiert Bourdieu als antagonistisch und komplementär zugleich, da der Konflikt eine funktionale Solidarität der Akteure im Feld zulässt: „Die Existenz einer Mehrzahl partiell unabhängiger Hierarchisierungsprinzipien setzt dem Kampf aller gegen aller unter den Herrschenden eine Grenze“ (Bourdieu 1991, S. 77). Bourdieus Interesse bestand darin, die objektiven Relationen *zwischen* diesen Unterräumen sowie die Mechanismen, die diese Relationen reproduzieren, zu analysieren (Bourdieu 1991a, S. 70f.). Als empirischen Indikator für das Verhältnis andere Felder zum Feld der Macht recurriert Bourdieu auf die Zugehörigkeit zu offiziellen Verwaltungsgremien, Verbänden und Kommissionen (Bourdieu/Wacquant 1996, S. 107).

Das *Feld des Staates* zeichnet sich nach Bourdieu als ein Ensemble von bürokratischen und administrativen (Macht-)Feldern in der Gestalt von Kommissionen, Ausschüssen und Ämtern aus. In diesen kämpfen *staatliche und nicht-staatliche Akteure* persönlich oder stellvertretend um eine besondere Autorität. Diese Macht bezieht sich auf die besonderen Praktiken der „Politik“ bzw. auf das Monopol der legitimen symbolischen Gewalt (vgl. Bourdieu/Wacquant 1996, S. 143). Bourdieu konstruiert die Beziehungen dabei nahezu als „Policy-Netzwerke“: Die Machtpositionen verbinden sich im Feld des Staates zu mehr oder weniger stabilen Netzwerken zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren und können in unterschiedlicher Weise manifest werden (vgl. ebd., S. 144).

Das *politische Feld* wiederum ist mit dem Feld der Macht verwoben bzw. fungiert ebenfalls als Adressat für die Kämpfe im Feld der Macht, da in diesem Feld zumeist die demokratische Entscheidungsmacht einer Gesellschaft angesiedelt ist. Bezeichnend ist für das politische Feld ist nach Bourdieu die Trennung von „Eingeweihten“ und „Nichteingeweihten“ (vgl. Bourdieu 2001, S. 42). Der Zugang zum politischen Feld wird u.a. durch den kulturelle Kapitalbesitz determiniert (z.B. Bildungszertifikate), ferner wird „politisches Kapital (...) in erster Linie von Personen akkumuliert, die mit einem ökonomischen Überschuss ausgestattet sind, der es ihnen erlaubt, ihre produktiven Tätigkeiten ruhen zu lassen

und als Wortführer aufzutreten“ (Bourdieu 2001, S. 44).²⁰⁶ Das politische Feld generiert im Zuge seines spezifischen Interesse, die sich unabhängig von den Interessen der Wähler herausbilden. Es bildet sich eine *Eigenlogik* heraus, so dass Politiker z.B. der Logik von „Affären“ gehorchen und nicht den Interessen der Wähler, die ihnen die demokratische Legitimität verschaffen (ebd., S. 30). Die politischen Handlungen orientieren sich folglich auch an den Position im politischen Mikrokosmos einnimmt: „Je mehr sich der politische Raum verselbstständigt, desto mehr entwickelt er seine eigenen Logik, desto mehr tendiert er dazu, nach den im Feld inhärenten Interessen zu funktionieren, und desto größer wird der Bruch mit den Laien“ (Bourdieu 2001, S. 47).

Allerdings werfen Akteure wie die *sozialen Bewegungen* in Bezug auf die Grenzen des politischen Felds Fragen auf. Durch sie verdeutlicht sich, wie intensiv der Kampf um den Grad der Schließung oder Erweiterung des politischen Felds ausgetragen wird (ebd., S. 60). Nach Bourdieus Einschätzung sind sie Teil des politischen Feld, da sie Auswirkungen auf das Feld haben. „Damit bleibt die Definition des Felds etwas vage, aber dies entspricht der Realität“ (ebd., S. 60). Aber die sozialen Bewegungen brauchen die Unterstützung aus dem politischen Feld, um im Feld Gehör zu finden. Sie benötigen Verbündete mit politischem Kapital, um ihre Anliegen in das Bewusstsein rücken zu können (ebd., S. 58). Zugleich zeigt Bourdieu anhand des politischen Felds auf, dass mit zunehmender Feld-Autonomie eine spezifische Kompetenz ausgebildet wird, „ein Gespür für das Spiel im jeweiligen Feld“ (ebd., S. 47): „Politik ist Politik“ (ebd., S. 45). Anhand dieses Gespürs können die notwendigen und impliziten Regeln des Spiels ablesbar werden: Man muss die Kräfteverhältnisse im Feld kennen, man benötigt Wissen und Fertigkeit (z.B. in der Parteipolitik), man muss Phrasen und Tricks beherrschen. Diese impliziten Regeln können in den Feldern häufig allein „von der Pike auf gelernt“ werden (vgl. ebd., S. 48).

Organisationen als Felder und Kooperationen

Bourdieu analysierte nur in seiner Studie zum ökonomischen Subfeld des „Eigenheim-Baus“ (1998a) einzelne *Organisationen als Felder*. In diesem Kontext konstatiert er für das wirtschaftliche Feld seit Mitte der 60er Jahre einen Wandel, der u.a. durch die „Politik

²⁰⁶Die Kämpfe im politischen Feld sind vor allem *symbolische Kämpfe*, da die politische Macht ist nach Bourdieu an einen Bekanntheitsgrad gebunden ist. Es ist ein Prestigekapital, daher muss man bekannt zu sein. Dieses symbolische Kapital der politischen Macht bleibt an die Person gebunden bzw. daran, wie sie wahrgenommen wird. Das politische Kapital ist abhängig vom Kapital der jeweiligen Partei und von dem eigenen Gewicht in der Partei. Die Partei wird zu einer Art Bank und der Generalsekretär zum Bankier, der den Zugang zum politischen Kapital kontrolliert (vgl. Bourdieu 2001, S. 52f.).

der europäischen Integration“ ausgelöst wurde. Dies steigerte die Intensität des Wettbewerbs und der Markgesetze im Feld (Bourdieu et al 1981, S. 26). Dieser Prozess löste einen Wandel aus, der mit dem Rückgang privater Einzelbetriebe sowie dem Auftreten von Rechtspersonen neuen Typs wie „Interessengemeinschaften oder – zunehmend zahlreicher – Gesellschaften im Grenzbereich zwischen privaten und öffentlichen Sektor“ einherging (ebd., S. 25). Im Zuge dessen kommt es zu verstärkten Fusionen, Beteiligungen und Kooperationsvereinbarungen: Der Wandel wirkt sich auf die Unternehmensstruktur aus und bindet die Organisationen untereinander. Die Solidarität zwischen den Unternehmen beruht nach Bourdieu dabei auf den komplementären Interessen und einer Machtaufteilung durch komplexe Herrschaftsnetze (vgl. Bourdieu 1981 et al, S. 25). Unternehmen funktionieren aus seiner Sicht

„mehr und mehr selbst als ein Feld, das heißt, als System differenzierter Positionen, die durch objektive Komplementaritäts-, Konkurrenz- und/oder Konfliktbeziehungen miteinander verbunden sind und die mit Akteuren besetzt werden, die relativ austauschbar, aber in ihren möglichen Strategien gegenüber den Inhabern andere Positionen stets an die objektiven Beziehungen zwischen Positionen gebunden sind (ebd., S. 40).

Die Prozesse evozieren neue Kompetenzanforderungen für Leitungs- und Führungsakteure in Organisationen, es wirken unter den veränderten Bedingungen nun weniger die „Insignien der Würde“ (wie z.B. Orden, Bauch und graues Haar), sondern Qualitäten wie Diskussions- und Verhandlungsgeschick, Fremdsprachenkenntnisse und Umgangsformen (vgl. ebd., S. 41). Weiterhin nimmt die Bedeutung der *Knotenpunkte* an den Beziehungsnetzen nach Außen eine zentrale Bedeutung in Organisationen bzw. interorganisatorischen Kooperationen und Netzwerken ein (vgl. ebd., S. 40).

Bourdieu's Blick richtet sich in die Feldstrukturen der Organisationen selbst: Er konstatiert in *Organisationen* ein *Gefüge von Akteuren mit spezifische Interessen*, die aus vielen Gründen miteinander in Konflikt geraten können (Bourdieu 1998a, S. 71). Die Strategien der Akteure in Organisationen können als *Produkt der Beziehung zwischen Interessen und Dispositionen der Positionsinhaber* betrachtet werden. Die Interessen und Dispositionen hängen gleichermaßen mit den *Positionen im Kräfteverhältnis* sowie mit dem Durchsetzungsvermögen der Akteure zusammen. Das Durchsetzungsvermögen wiederum hängt vom Gewicht der Agenten in der Struktur ab. Eine Organisationsanalyse kann durch diese Perspektive die ungleiche Verteilung von Machtressourcen „als konstituierendes Element der sozialen Genese organisatorischer Strukturen und Strategien begriffen werden“ (Dederichs/Florian 2002, S. 77).

Dederichs/Florian greifen diese Ansätze für eine Studie im Transportwirtschaftsbereich auf (2002) und konzipieren die Vernetzung und *Kooperation* unter den Akteuren als *Strategie sozialer Kapitalbildung* mit dem Ziel der Konkurrenzfähigkeit positional annähernd Gleichgestellter (Dederichs/Florian 2002, S. 87). Neben den Organisationen können mit Bourdieus Ansatz auch Kooperationen als Felder gefasst werden:

„Eine Unternehmenskooperation ist ein soziales Netzwerk aus rechtlich und wirtschaftlich selbstständigen Firmen, die ein sozial abgegrenztes, relativ autonomes soziales Feld bilden, die zumindest als kollektiver Akteur wirksam werden und die versuchen, auf dem Markt wie ein einheitlicher korporativer Akteur aufzutreten“ (ebd., S. 91).

Die Akteure konstruieren und reproduzieren formale Strukturen und kollektive Zielsetzungen der Organisationen unter der Bedingung sozialer Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Dederichs/Florian unterscheiden für ihre Untersuchung Kapitalformen und implizite Regeln, die in objektiver und inkorporierter Form wirksam werden. Die Unternehmensstrategien sind nicht beliebig möglich, sondern an spezifische Handlungsräume des Unternehmens gebunden. Unternehmensstrategien sind soziale Praxen eines Akteurs im Sinne eines objektiven Handlungsverlaufs (Dederichs/Florian 2002, S. 88). Zum einen zielen die *Wettbewerbsstrategien* auf den Erhalt oder die Verbesserung der Positionierung im Kräftefeld und steuern die Geschäftspraxis. Zum zweiten koordinieren die *Governance-Strategien* den Ressourceneinsatz und die Regelungen der Geschäftspraxis, um nach außen als ein korporativer Akteur auftreten zu können. Die Strategien sind auf den Abstimmungs- und Verwaltungsbedarf, auf Personen- und Machtrelationen, auf interne Steuerung, kollektive Handlungssteuerung der Vernetzung, Ressourcenverteilung und des Grenzmanagements bezogen (vgl. ebd., S. 86).

Fazit: Warum Bourdieu?

Diese kurze Vorstellung der Bourdieu'schen Begrifflichkeiten zeigt, dass sie sich als Analyseinstrument anbieten, um nach Ressourcen nationaler und transnationaler zivilgesellschaftlicher Akteure zu fragen. Darüber hinaus erlaubt die Anwendbarkeit des Feldbegriffs auf verschiedene Aggregationsebenen ebenso wie die de-territorialisierte Raumvorstellung unterschiedliche Akteure als Felder in den Blick zu nehmen. Auf diese Weise kann insbesondere die ungleiche Ressourcenverteilung zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie die Kapitalausstattung in Bezug zu einer Position in dem transnationalen Feld betrachtet werden.

Über die analytische Dimension hinaus ermöglichen Bourdieus feldtheoretische Untersuchungen, die Relationen zwischen dem (europäischen) Feld der Macht und einem Feld oder Subfeld zivilgesellschaftlicher Akteure aufzuzeigen, das von nationalen und transnationalen Organisationen konstruiert wird. Durch die Fokussierung auf die ungleiche Verteilungsstruktur und damit auf die konfligierenden Interessen wird ein Ordnungsraster für das „Feld-Geschehen“ zur Verfügung gestellt, der die Orientierungen am „Konsens“ der Zivilgesellschaft dialektisch begrenzt.

In der Studie können auf diese Weise die Entstehung und Entwicklung des Felds im Spannungsfeld von Autonomie und Heteronomie betrachtet, Grenzziehungen und Definitionskämpfe analysiert sowie der Frage nach Konkurrenzen um Kapital nachgegangen werden, die eine „Eigenlogik“ dieses Felds ausbilden.

6 Startkapital: Das nationale Feld

Den deutschen Wohlfahrtsverbänden kommt ein vergleichsweise besonderer Status zu, wie bereits die Perspektiven der vergleichenden Dritt-Sektor- und Verbändeforschung aufzeigten.²⁰⁷ In den nachfolgenden Ausführungen soll nun die Charakterisierung der Wohlfahrtsverbände als eine besondere Gruppe von Organisationen Sozialer Arbeit in Deutschland vertieft werden. Dabei werden die theoretischen Ausführungen mit Ergebnissen aus der quantitativen und qualitativen Untersuchung ergänzt, um die Wahrnehmung der Akteure auf die Europaarbeit und transnationale Kooperationsbeziehungen zu verdeutlichen. Zugleich kann auf diese Weise

- (1) die Stichprobe der Studie charakterisiert werden,
- (2) eine Verschränkung mit den theoretischen Konzepten Bourdieus und damit eine kritische Sicht auf das „Feld der freien Wohlfahrtspflege“ eröffnet werden. Das hier als Analyseinstrument verwendete Feld- und Kapitalkonzept ermöglicht einen ersten Erkenntnisgewinn über die Kapitalien der nationalen Akteure, das sie im Zuge der Europäisierung und Transnationalisierung auf der europäischen Ebene „ins Spiel“ bringen müssen.
- (3) auf das Spannungsverhältnis von „Kooperation und Konkurrenz“ zwischen den nationalen Akteuren als eine bestimmende Handlungsorientierung verwiesen werden, die aus den spezifischen Feldstrukturen resultiert.
- (4) die Frage diskutiert werden, inwieweit Modernisierungsanforderungen durch die Beteiligung an europäischen Arbeitszusammenhängen bearbeitet werden können.
- (5) das Startkapital der nationalen Akteure differenziert betrachtet werden: Welches Kapital wird akkumuliert und mit welchem Spieleinsatz orientieren sich die Organisationen auf der europäischen Ebene?

²⁰⁷ Für den Dritten Sektor in Deutschland sind die Grundprinzipien der Selbstverwaltung, der Subsidiarität und der Gemeinwirtschaft entscheidend für seine Entwicklung gewesen (Priller/Zimmer 2001b, S. 14). Die Analyse der zweiten Untersuchungsphase des Johns Hopkins Projekt bzw. der deutschen Teilstudie zeigen, dass der Dritte Sektor in Deutschland eine bedeutende Wirtschaftskraft darstellt, durch seine hohe Anzahl an Beschäftigten eine arbeitsmarktpolitische Bedeutung erhält, wohlfahrtsrelevante Güter zur Verfügung stellt und eine wichtige Integrationsfunktion inne hat (vgl. Priller/Zimmer 2001b, S. 14ff.). Im Vergleich ist der Dritte Sektor in Deutschland durchschnittlich; etwas kleiner als in anderen europäischen Ländern (z.B. wird der Dritte Sektor in den Niederlanden, Irland und Belgien als größer bewertet). Zentral für den deutschen Dritten Sektor ist die Wohlfahrtspflege: „Gemessen an den wirtschaftlichen Indikatoren, Ausgaben und Beschäftigung ist der Dritte Sektor in Deutschland vorrangig durch die Kernbereiche wohlfahrtsstaatlicher Dienstleistungserstellung geprägt“ (ebd., S. 20ff.).

6.1 Das Feld der Freien Wohlfahrtspflege und seine Beziehungen

Die besondere Position der deutschen Wohlfahrtspflege und der damit einhergehenden Strukturen, Beziehungen und Gestalt verdeutlicht sich insbesondere im europäischen Vergleich. Diese Besonderheit und Einzigartigkeit der so genannten sechs „Spitzenverbände“ Freier Wohlfahrtspflege und die Komplexität der Organisationen als föderal strukturierte Verbände resultiert aus der Entwicklungsgeschichte des Feldes. In dieser Entstehungsgeschichte wurde eine enge Verflechtung mit dem Staat im Sinne eines Meso-Korporatismus oder eines „Verflechtungssystems“ angelegt, der bis heute fortwirkt. Darüber hinaus zogen die Relation zum Staat eine hohe Kapitalausstattung der Organisationen nach sich, die im Folgenden unter der Perspektive der Transformationsfähigkeit des national akkumulierten Kapitals für die Beteiligung an europäischen Arbeitszusammenhängen diskutiert werden soll.²⁰⁸ Im Feld der freien Wohlfahrtspflege verdeutlichen sich darüber hinaus Spannungsverhältnisse, die auf der Grundlage theoretischer Erkenntnisse sowie empirischer Daten aufgegriffen werden, um erste Erkenntnisse über die Bearbeitungsmechanismen im Feld – zwischen Kooperation und Konkurrenz – zu identifizieren.

Bourdieu schreibt insbesondere der Entstehungsgeschichte eines „Feldes“ sowie der Beziehungen zum Feld der Macht zentrale Bedeutung für die Gestalt eines Feldes zu. Wenngleich in dem Kontext der vorliegenden Studie diese Entstehungsbedingungen nicht im Sinne einer „Feld-Analyse“ rekonstruiert werden können, verdeutlicht diese Perspektive, wie bedeutsam die Beziehungen zum politischen Feld bzw. zum staatlichen Feld für die Entstehung des Feldes der Freien Wohlfahrtspflege waren – und sind. Die Gestalt und die Kapitalverteilung im Feld werden durch die Beziehungen der Spitzenverbände zum politischen Feld durch den Weimarer Kompromiss bis heute wesentlich geprägt (vgl. Boeßenecker 2005, S. 17ff.).

Die Wohlfahrtspflege in Deutschland ist durch vier *Strukturmerkmale* charakterisiert: Durch die *Dualität* freier und öffentlicher Träger, das *Subsidiaritätsprinzip*, das einen Handlungsvorrang der freien Träger absichert, eine ausgeprägte *Verbändedominanz* der sechs „Spitzenverbände“, die wiederum durch öffentliche Mittel *subventioniert* werden (vgl. ebd., S. 11). Diese Strukturmerkmale bildeten sich bereits in der Weimarer Republik

²⁰⁸ In die Stichprobe der Untersuchungen gingen nicht nur die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege ein. Da sie aber zentrale Organisationen in Deutschland darstellen, wird sich im Folgenden zunächst auf die Spitzenverbände konzentriert.

heraus und eröffnen den Blick auf die bis heute fortwirkende (meso-) korporatistische Beziehung zum Staat („öffentlicher Träger“).²⁰⁹ Sie sind für das Gefüge der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland zentral und rahmen die Handlungsoptionen für die Akteure. Neben dieser funktionalen Aufgabendelegation zwischen den öffentlichen und freien Trägern wird die Entstehung der freien Wohlfahrtspflege unter der Perspektive von Machtverhältnissen analysiert: Die Entstehung der Wohlfahrtspflege für die „Armen“ war zunächst „Fremdhilfe“, die zur Durchsetzung bürgerlich-demokratischer Beteiligungsansprüche im Staat beitrug, indem revolutionäre Ansätze der Arbeiterbewegung unterdrückt und gesellschaftliche Gruppen für die Interessen des Bürgertums instrumentalisiert wurden (vgl. Bauer 1984, S. 12f.). Darüber hinaus konstruierte der Staat die Grenzen des Felds, in dem sich die Wohlfahrtspflege bewegen durfte: Bereits im 19. Jahrhundert konnten die Vereine ihre Tätigkeit nur in einem vom Staat definierten, lizenzierten und kontrollierten „sozialpädagogischen Raum“ erbringen,

„von ihrer Rechtsnatur her waren sie bis zum Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) von 1900 mittelbare Staatsanstalten. Des weiteren wird deutlich, wie sich die herrschaftssichernde und -verschleiende Funktion des Träger-Dualismus als konsequenter Ausdruck der nicht ohne steten staatlichen Zwang immer neu ausbalancierten Interessenkoalition zwischen dem Staat und den bürgerlichen Schichten gegenüber den pauperisierten und proletarisierten sozialen Unterschichten herausbildete“ (Reyer 1984, S. 30).

Boebenecker unterstreicht, dass sich das Verhältnis der freien und öffentlichen Träger nicht im Zuge einer „Demokratisierung“ entwickelte, sondern als (...) „staatstragend und herrschaftssichernd“ charakterisiert werden kann (Boebenecker 2005, S. 17).²¹⁰ Insofern verdeutlicht die Entstehungsgeschichte die enge Relation zum Feld des Staates, die zu einer Einbindung in das „Feld der Macht“ führte. Obwohl beide „Seiten“ von diesem Arrangement profitieren, wird die „Grenze“ bzw. die Art und Weise des Verhältnisses regelmäßig Ausgangspunkt für Konflikte. Dies zeigt sich insbesondere in der Auseinandersetzung um die „Grenzlinie“, die die Aufgabenteilung konstruierte: Das Subsidiaritätsprinzip. Im Streit um die Frage der Subsidiarität 1918 und den weiteren Auseinandersetzungen nach

²⁰⁹ Schmid verweist auf die Besonderheit des institutionellen Arrangements der Wohlfahrtspflege auf das theoretische Modell von Stein Rokkan: Die Entwicklungspfade werden historisch auf „soziale Spannungslinien“ zwischen staatlicher Sozialpolitik und der Tradition der Armenfürsorge des Mittelalters rückbezogen, die zu einer Spaltung zwischen Arbeiter- und Armenpolitik in Deutschland führte. Hieraus resultiert die Arbeitsteilung der öffentlichen und freien Träger, die durch das Subsidiaritätsprinzip umgesetzt wurde und zu einer Expansion der kirchlichen Organisationen führte (Caritas, Innere Mission). An Rokkan angelehnt formuliert Schmid die These, dass die Wohlfahrtsverbände als intermediäre Organisationen zwischen Staat und Kirche fungieren, da sie soziale Dienste erbringen und zugleich durch ihre interne Differenzierung die Kirche separieren (vgl. Schmid 1996c, S. 435ff.). Zur Vertiefung der Entstehungszusammenhänge vgl. exemplarisch Sachße 1996.

²¹⁰ Vgl. hierzu auch Bauer 1978, S. 85ff.

1949, die 1961 im sog. „Subsidiaritätsstreit“ kulminierten, kämpften die Akteure der freien Wohlfahrtspflege um ihre Position im Feld sowie um einen Autonomiezugewinn.²¹¹ Im Jahr 1926 erkämpften sie sich den vorrangigen Status „Spitzenverband“, der 1961 in das BSHG und das JWG aufgenommen wurde. Die Spitzenverbände interpretieren bis heute den damaligen Beschluss des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1967 als „verfassungsrechtlich begründeter Bestandsschutz der freigemeinnützigen Wohlfahrtspflege“ (ebd., S. 20), obwohl im Grunde nur ein „Interpretationsrahmen für auszugestaltende Beziehungen zwischen öffentlichen und freien Trägern“ markiert wurde (ebd., S. 29).²¹² Erst 1990 wurde dieses Verhältnis als „partnerschaftliche Zusammenarbeit“ im SGB VIII (KJHG) modifiziert; die Wohlfahrtsverbände wurden nunmehr intensiver der Planungs- und Entscheidungsverantwortung der öffentlichen Träger verpflichtet. Zugleich „verloren“ die Akteure ihren Sonderstatus durch die eingeführte Trägerpluralität; die Pflegeversicherung von 1990 setzt nur noch „Leistungserbringer“ voraus, mit denen der öffentliche Träger „Leistungsvereinbarungen“ abschließt. Diese Wende führte zu Pluralisierungsprozessen in der Dienstleistungs- und Trägerlandschaft.²¹³

„Rivalitätsbeziehungen und Machtansprüche können sich damit immer weniger auf die gesellschaftlichen Bedingungen der frühen Bundesrepublik oder gar auf die in der Weimarer Republik begründeten Traditionen beziehen. An ihnen festzuhalten, entspricht ideologisch begründeten Besitzstandsinteressen etablierter Wohlfahrtsverbände, nicht aber der überfälligen Suche nach neuen sozialpolitischen Lösungen“ (ebd., S. 32).

Die veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen modifizieren nicht nur die Relationen zum Staat, sondern führen im Feld der Freien Wohlfahrtspflege zu einem Anwachsen der Konkurrenz zwischen den alteingesessenen Trägern und neuen Anbietern. Diese Entwicklungen verschärften die bereits bestehenden Konkurrenzen zwischen den Verbänden, die zwar einerseits in einem engmaschigen kooperativen Geflecht miteinander verbunden sind (auf der Bundesebene drückt sich dies exemplarisch in der Interessenvertretung der Wohlfahrtsverbände, der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege aus), andererseits um „Kapitalsorten“ wie z.B. die Nähe zum politischen Feld, um soziales Kapital, um

²¹¹ In diesen Kontroversen wurde das korporatistische Beziehungsgefüge austariert: Schon 1918 wähten die freien Träger sich in Gefahr, vom Staat aus Handlungsfeldern abgedrängt zu werden. Als Reaktion entwickelten insbesondere die konfessionellen Verbände die „Zentralisierung“ ihrer Verbandsstrukturen sowie einen verstärkten Lobbyismus (vgl. Boßenecker 2005, S. 19).

²¹² Reformorientierte Ansätze, die den Ausbau der öffentlichen Wohlfahrtspflege forderten, wurden nicht gestärkt (vgl. Boßenecker 2005, S. 28f.).

²¹³ Auf die dadurch entstehenden Herausforderungen im nationalen Kontext kann hier nicht vertiefend eingegangen werden. Zu weiteren rechtlichen Bedingungen, die die Verbändelastigkeit und Sonderstellung zurücknehmen vgl. Boßenecker 2005, S. 30.

Kunden/Klienten, finanzielle Mittel und um Profil und Prestige konkurrieren. Dessen ungeachtet bleibt die Handlungslogik der „Kooperation“ zwischen Staat und Wohlfahrtsverbänden bestehen, denn durch die rechtliche Absicherung des Kooperationsverhältnisses („Subsidiaritätsprinzip“) im Verfassungs- und Sozialrecht wird das kooperative Verhaltensmuster mit den zentralisierten Spitzenverbänden normativ stark verankert (vgl. Schmid 1996a, S. 39ff.). Dieses komplexe Kooperationsverhältnis zieht „Konsultationsrechte“ sowie eine „umfangreiche[r] staatliche[r] Finanzierung“ nach sich (Schmid 1996c, S. 438) und produziert darüber hinaus „gegenseitige Abhängigkeiten und Verflechtungen“ (vgl. Olk 1995, S. 105).

Insofern erstaunt es nicht, dass die Wohlfahrtsverbände ihre privilegierte Stellung im Feld zu verteidigen suchen. Bereits 1926 erhielten die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege den Status von „Spitzenverbänden“,²¹⁴ der durch einen rechtlichen Kooperationsrahmen mit finanzieller Unterstützung abgesichert wurde.²¹⁵ Der exklusive Charakter des Konstrukts bleibt nicht verborgen, denn die angelegten Kriterien für einen „Spitzenverband“ werden von den sechs Wohlfahrtsverbänden selbst zu Teilen nicht erfüllt.²¹⁶ Damit liegt die Interpretation nahe, das Konstrukt der „Spitzenverbände“ diene als Instrument zur Sicherung der eigenen Position bzw. zur Besitzstandswahrung (vgl. Boeßenecker 2005).

²¹⁴ Nach der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAG FW) handelt es sich um einen Spitzenverband, wenn
„- er seine Tätigkeit über das ganze Bundesgebiet erstreckt; seine unmittelbare tätige Hilfe grundsätzlich das gesamte Gebiet der Freien Wohlfahrtspflege umfasst, nicht nur einzelne Arbeitszweige derselben; er den umfassenden Zusammenschluss für die Organisationen und Einrichtungen darstellt, die von derselben Idee getragen werden;
- zwischen dem Spitzenverband und den ihm zugeordneten Organisationen und Einrichtungen eine organische Verbindung besteht;
- der Spitzenverband insgesamt und durch die Bedeutung der in ihm zusammengeschlossenen Organisationen und Einrichtungen die Gewähr für eine stetige, umfassende und fachlich qualifizierte Arbeit sowie für eine gesicherte Verwaltung bietet.
- Hierbei ist Wohlfahrtspflege die planmäßige, zum Wohl der Allgemeinheit und nicht des Erwerbs wegen ausgeübte Hilfe. Die Hilfe erstreckt sich auf das gesundheitliche, sittliche, erzieherische oder wirtschaftliche Wohl und bezweckt Vorbeugung oder Abhilfe.
- Freie Wohlfahrtspflege ist die Wohlfahrtspflege solcher Träger, die nicht Gebietskörperschaften sind und auch nicht deren Weisungen in Zweck- und Zielsetzung unterworfen sind“ (Satzung der BAG FW 2002).

²¹⁵ Die Verbände entstanden bereits zwischen 1848 und 1925 vor der Einführung des Konstruktes des „Spitzenverbands“: Der Central-Ausschuß für die Innere Mission der Deutschen Evangelischen Kirche (1848) als Vorläufer des Diakonischen Werks der EKD (1957), der Deutsche Caritasverband (1897), die Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden (1917), die Arbeiterwohlfahrt (1919) und die „Vaterländischen Frauenvereine vom Roten Kreuz“ (1866) als Vorläufer des Deutschen Roten Kreuzes (1921) sowie der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband (1924, damals der „Fünfte“ Wohlfahrtsverband).

²¹⁶ Boeßenecker fächert diese Analyse für die einzelnen Verbände auf, die z.T. nicht im gesamten Bundesgebiet oder auf allen Gebieten erstreckt und deren organisatorische Einheiten sich mehr und mehr differenzieren.

Dem Begriff des „Spitzenverbands“ schreibt Boeßenecker eine exkludierende Funktion zu, da durch dieses Konstrukt andere Trägerformen von der Freien Wohlfahrtspflege ausgeschlossen werden. Der Begriff mit den zugrunde gelegten Kriterien wirkt als Grenzlinie im Feld, die insbesondere die Relation zum Feld der Macht schützt.

Die Strategie der (konfessionellen) Wohlfahrtsverbände, diese Sonderstellung zu verteidigen und beizubehalten, wird auch im Hinblick auf den europäischen Kontext kritisch beleuchtet:

„Nicht nur dominieren diese als wichtigste Akteure das frei-gemeinnützige Feld Sozialer Arbeit. Auch verfügen sie als Teil kirchlicher Organisationsstrukturen und damit einhergehender Zwecke über verfassungsrechtliche Schutzgarantien und Ressourcenzugänge, die anderen Organisationen nicht oder nur sehr eingeschränkt möglich sind. Die in der Bundesrepublik unvollständig vollzogene Trennung zwischen Staat und Kirche führt so zu einem rechtlich eigenständigen Handlungsraum kirchlicher Wohlfahrtsorganisationen, die eine öffentliche Kontrolle erschweren (...). Es verwundert daher keinesfalls, dass auch **auf europäischer Ebene die Bemühungen der deutschen Wohlfahrtsverbände, ihre Rolle zu verankern, Spuren hinterlassen**. Bemerkenswert hierbei ist der Versuch, diesen Interessenlagen eine verbandsübergreifende schon immer gewollte sozialstaatliche Intention zu unterstellen, um sie, gewissermaßen mit Verweis auf eine höhere verfassungspolitische Legitimität, gegen grundsätzliche Änderungsbestrebungen schützen zu können. Wesentlich wirklichkeitsnäher wird es jedoch sein, **diese argumentativen Verweise im Kontext neuer Konkurrenzbeziehungen** zu interpretieren. Es ist nämlich der Versuch, Schutzzonen aufrecht zu erhalten, die den Übergang in neue Rahmenbedingungen erleichtern sollen. Denn wenig vorstellbar ist es, dass sich das ‚deutsche Modell‘ – trotz einiger strategisch erzielter Teilerfolge – europaweit verbreitet“ (ebd., S. 24) [Hervorh. E.S.].

Hier verdeutlicht sich, dass sich die Relationen zum „Staat“ nunmehr nicht mehr allein auf den nationalen Rahmen beschränken können. Zwar unterliegen die Verbände auch national neuen Herausforderungen durch veränderte Rahmenbedingungen, sie sehen sich aber zugleich betroffen durch die Vision eines europäischen „Sozialmodells“ sowie von europäischen Regelungen im Hinblick auf die Dienstleistungserbringungen und sozialpolitischen Programme, die insgesamt die konkurrentheitliche Marktlogik verstärken – und damit zugleich eine intensivere nationale Kooperation zur Durchsetzung gemeinsamer Interessen evozieren.

Dieser Rückblick zeigt, dass die Feld-Entstehung und das besondere Verhältnis zum Staat sowie Konflikte und Kooperationen mit den Begriffen der Feldtheorie analysiert werden können. Das Feld durchlief und durchläuft verschiedene Entwicklungsstadien, die zu einer *relativen* Autonomie des Felds und zu einem intermediären Status der Organisationen der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland führte. Diese eingeschränkte Autonomie entsteht durch das meso-korporatistische Arrangement, das das Feld an seinen Grenzstellen mit dem Feld der Macht verschränkt. Dessen ungeachtet entwickelt sich im Feld der Freien Wohlfahrtspflege eine Eigenlogik mit bestimmten Spielregeln und Strukturen.

Zugleich belegt die komplexe Ausdifferenzierung des Felds mit den verschiedenen Funktionen und Aufgaben der Wohlfahrtsverbände eine Entwicklung, die es insbesondere den Spitzenverbänden durch ihr weites Organisationsnetz, ihre weltanschauliche Ausrichtung und das „verliehene“ Kapital durch den Staat ermöglichte, eine komplexe Kapitalstruktur zu akkumulieren. Dies produziert zugleich ein ausgeprägtes „Prestige“ der Akteure, d.h. ein hohes symbolisches Kapital (insbesondere der konfessionellen Verbände), dessen Akkumulation Bourdieu als Indiz für „Autonomieprozesse“ im Feld bewertet (vgl. Bourdieu 1999, S. 350). Die Existenz eines Felds wird zugleich in seiner Gestalt als „eigenständiger Wirtschaftssektor und Arbeitsmarkt“ erkennbar (vgl. ebd., S. 55).²¹⁷ Die Gesamtstatistik der BAG FW 2004 formuliert für das Feld der freien Wohlfahrtspflege zusammenfassend:

„Mit dem Stichtag 1. Januar 2004 sind in der Freien Wohlfahrtspflege bundesweit 98.837 Einrichtungen und Dienste mit 3.619.799 Betten/Plätzen angeschlossen. Hierin sind nicht enthalten zusätzliche soziale Maßnahmen, Aktivitäten der Auslands- und Katastrophenhilfe, Betreuungskapazitäten der Beratungsstellen und der mobilen Dienste sowie die etwas mehr als 34.900 Selbsthilfe- und Helfergruppen. Mit insgesamt 1.414.937 hauptamtlichen Mitarbeitenden, davon 47 Prozent (663.687) als Teilzeitarbeitskräfte, beschäftigen die Wohlfahrtsverbände knapp 4 Prozent aller Erwerbstätigen in der Bundesrepublik Deutschland“ (BAG FW 2004a, S. 11).²¹⁸

Darüber hinaus zeigt sich, dass interne Definitionskämpfe im Feld kontinuierlich die Auseinandersetzung im Feld bestimmen: „Jeder versucht, die *Grenzen* des Feldes so abzustecken, dass ihr Verlauf den eigenen Interessen entgegenkommt, oder (...) seine Definition der wahren Zugehörigkeit zum Feld (...) durchzusetzen“ (Bourdieu 1999, S. 353). Ferner finden sich in der Entstehungsgeschichte der Wohlfahrtspflege die von Bourdieu analysierten „Ausschlüsse und Exkommunikationen“ (ebd., S. 354), wobei dem Staat sowie partiell den Spitzenverbänden das Monopol obliegt, die Weihe der Zugehörigkeit zum Feld zu vergeben. Allerdings zeigt sich, dass das Feld durch rechtliche Modifikationen eine Grenzverschiebung erlebt, die eine Erweiterung des Felds und einen Autonomieverlust der Spitzenverbände nach sich zieht: Diese sehen sich neuen Akteuren (z.B. gewerblichen Trägern) gegenüber, zu denen sie in Konkurrenz geraten, und müssen ihr symbolisches Kapital für diesen „Generationskampf“ neu „aufpolieren.“ Die Akteure kämpfen um die Defini-

²¹⁷ Zur statistischen Analyse vgl. Boeßenecker 2005, S. 51ff.; Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege 2004; Veröffentlichungen bzw. Einzelstatistiken der Diakonie unter <http://www.diakonie.de/de/html/fachforum/72.html>; Arbeiterwohlfahrt in Zahlen 2005; abrufbar unter http://www.awo.org/pub/verbd_einr/orga/statistik.html/view; Struktur- und Leistungsdaten 2005 des Deutschen Roten Kreuzes, abrufbar unter <http://www.drk.de/generalsekretariat/index.html>.

²¹⁸ Zur Entwicklung in den einzelnen Bereichen der Gesundheitsfürsorge und Jugendhilfe bzw. der einzelnen Dienste vgl. BAG FW 2004, S. 12ff.

tionsmacht über die Wohlfahrtspflege, ihre Gestalt, ihre Dienste und ihre Ausrichtung und damit zugleich um die Grenzen des Felds.

Insofern soll anschließend die Frage vertieft werden, ob die Interessenvertretung und -vermittlung, in der sich das Relationengefüge des Felds mit anderen Feldern ausdrückt, vor dem Hintergrund nationaler und europäischer Modernisierungsanforderungen neue Handlungsspielräume eröffnet: Kann das erworbene Kapital durch verstärkte Interessenvertretung und erweiterte Kooperationsbeziehungen reaktiviert oder erweitert werden? Liegen darin Chancen, neu entstehende Konkurrenzbeziehungen abzumildern? Oder kann die mächtige Position nur bewahrt werden, wenn sich die Wohlfahrtsverbände aus dem korporatistischen Gefüge lösen und sich als Marktakteure positionieren?

6.1.1 Merkmale der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege

Die sozialwissenschaftliche Verbändeforschung analysiert u.a. die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege auf ihre gemeinsam-geteilten Charakteristika hin. Diese können im Rahmen dieser Studie als „Kapitalgrundlage“ der Wohlfahrtsverbände konzipiert werden, die zugleich als „Startkapital“ für die europäische Vernetzungsarbeit fungiert.

Dabei wird in der Folge insbesondere auf die Funktion der *Interessenvermittlung* sowie auf die entfalteten Außenbeziehungen als *Voraussetzung für Kooperationsbeziehungen* vor dem Hintergrund von Modernisierungsanforderungen fokussiert.²¹⁹

Olk beschreibt die Wohlfahrtsverbände in ihrer Komplexität und Multifunktionalität als

„Sozialleistungsverbände, die soziale Dienste und Einrichtungen organisieren, *Weltanschauungsverbände*, die bestimmten normativen Vorstellungen und Traditionen verpflichtet sind, *Mitgliedervereine*, die Gelegenheiten der Geselligkeit, der Kommunikation und selbstbestimmten Handlungsmöglichkeiten bereitstellen sowie *Organisationen der sozialanwaltschaftlichen Interessenvertretung* für benachteiligte Bevölkerungsgruppen“ (Olk 1996, S. 98) [Hervorh. E.S.]

Diese multifunktionale und heterogene Struktur wird von Schmid aufgegriffen, der in den Wohlfahrtsverbänden unterschiedliche „Formen“ und widersprüchliche Elemente unter einem „Dach“ erkennt: Wohlfahrtsverbände sind zugleich

- „a) politische Interessengruppen, die klassische Einflusspolitiken und stellvertretende, advokatorische Interessenwahrnehmung betreiben,
- b) parastaatliche Institutionen, die in hohem Maße in die Politikformulierung und in den bürokratischen

²¹⁹ Im Zentrum steht die Vermittlung von Interessen in das politische System hinein, es werden daraufhin Strategien und Methoden der Einflussnahme untersucht (vgl. Bauer 1978, S. 20). Da in dieser Studie nicht die Vermittlung von Interessen in politische Systeme im Vordergrund steht, wird nur cursorisch auf die Ansätze der Verbändeforschung verwiesen.

- Vollzug inkorporiert sind,
- c) betriebswirtschaftliche und professionell orientierte Dienstleistungsunternehmen,
 - d) fachlich und regional ausdifferenzierte formal organisierte Untergliederungen mit zentralen Koordinationsmechanismen,
 - e) lokale Vereinigungen, die auf Freiwilligkeit, Partizipation und Selbstbestimmung basieren,
 - f) verbandspezifische Wertvorstellungen und Traditionen mit beachtlichen normativen Rigiditäten“
- (Schmid 1996a, S. 41f.).

Aufgrund dieser Vielfalt an Funktionen und Akteuren sind Wohlfahrtsverbände als „lose gekoppelte Einheiten“ zu charakterisieren, die sich durch heterogene[n] formelle[n] und informelle[n] Strukturen und divergente[n] Handlungslogiken, (...) durch ‚Vielfalt und Interdependenz‘ (...), durch systematische Kontinuität und organisationsstrukturellen Wandel bzw. Kontingenz auszeichnen“ (ebd., S. 58). Auch Boßenecker (2005) verweist auf die heterogene Binnenstruktur der Verbände, die zum Teil unterschiedliche Organisationsformen unter einem Dach entwickeln (vgl. Kap 6.1).

Die Multifunktionalität der Wohlfahrtsverbände gerät nun unter veränderten Umweltbedingungen zunehmend unter Handlungsdruck: Ökonomisierungsprozesse und rechtliche Veränderungen ermöglichen neuen Anbietern, auf den nationalen Wohlfahrtsmarkt zu drängen und Konkurrenzen auszulösen.

Darüber hinaus fordert „Europa“ als neue Handlungsebene und „target structure“ die Wohlfahrtsverbände in all ihren Funktion heraus: Nicht nur als nationale Sozialleistungsverbände, sondern auch als Weltanschauungsverbände und Mitgliedervereine, die ihre sozialanwaltschaftliche Interessenvertretung im europäischen Kontext organisieren müssen. Olk diskutiert die Strategien, mit denen die Verbände ihre Multifunktionalität ausbalancieren, und die meso-korporatistischen Beziehungen beibehalten werden können. Die Verbände sehen sich der Gefahr der Ökonomisierung und Pluralisierung von Anbieterstrukturen gegenüber, die zukünftig zu einer Deprivilegierung der Wohlfahrtsverbände im politischen Bereich führen könnte (vgl. Olk 1996, S. 108ff.). Olk erkennt ungeachtet dieses „Modernisierungsschubs“ ausreichende Flexibilitäts- und verbandsstrategische Handlungspotenziale, da die Wohlfahrtsverbände

„über genügend strategisches Handlungspotenzial verfügen, um sich neuen Umweltbedingungen vergleichsweise rasch und flexibel anpassen zu können. Gerade diese Multifunktionalität und Flexibilität macht sie aber für den bundesdeutschen Sozialstaat derart funktional, dass Bund, Länder und Gemeinden keineswegs an einer vollständigen Auflösung bestehender Sonderbeziehungen zu diesen Spitzenverbänden interessiert sind“ (ebd., S. 113).

Hieran verdeutlicht sich, dass der Staat das Feld der Freien Wohlfahrtspflege mitkonstruiert und in seinem Interesse – bzw. in gegenseitigem Einvernehmen – erhält oder modifiziert. Wendet man sich nun den strategischen Antworten der Wohlfahrtsverbände zu,

unterstreicht Olk die Herausforderung, zukünftig das Spannungsverhältnis von Mitgliedschaftslogik und Einflusslogik in den Verbänden auszubalancieren: In ihrer Funktion als Dienstleister unter Ökonomisierungsdruck wird eine Zunahme der betriebswirtschaftlichen Professionalisierung und eine Anlehnung an die Marktlogik prognostiziert,²²⁰ die zugleich eine Effizienzsteigerung der Einflusslogik erfordert. Diese gerät in Konflikt mit der Logik der Mitglieder, die eine weltanschauliche Vertretung und zivilgesellschaftliches Engagement erwarten. Im Zuge dieser Prozesse differenzieren sich die Wohlfahrtsverbände in ihrer Binnenstruktur zunehmend in die verschiedenen „Säulen“ aus: Neben der Säule der betriebswirtschaftlich gesteuerten Konzernstruktur für den Dienstleistungsmarkt differenziert sich die zweite Säule der lokalen Vereinigungen aus, die das Bedürfnis nach Kommunikation und sozialer Integration befriedigt. Durch die dritte Säule präsentieren sich „die Wohlfahrtsverbände als überlokal operierende korporative Akteure (...), die die Anliegen und Interessen bestimmter (benachteiligter) Bevölkerungsgruppen in das politische System der Bundesrepublik hineinvermitteln“ (ebd., S. 119f.).

6.1.2 Strategische Intensivierung der Interessenvermittlung

Um den Modernisierungsanforderungen zu begegnen und die wertgebundene Orientierung aufrecht zu erhalten sowie die Vermittlungsfunktionen „nach unten“ („Mitgliedschaftslogik“) und „nach oben“ zur institutionellen Umwelt („Einflusslogik“) zu stärken, empfiehlt Olk einen *aktiveren Gebrauch der sozialanwaltschaftlichen Interessenvertretungsfunktion* (vgl. ebd., S. 115). Da die Wohlfahrtsverbände aufgrund ihrer spezifischen Gestalt und ihrer Verflechtung mit dem Feld der Macht die Interessen benachteiligter Personen eher passiv und konsensorientiert artikulieren, könne eine aktivere und konfliktorische Interessenvertretung *als strategische Reaktion* fungieren. Darüber hinaus können die Wohlfahrtsverbände die strategische Stärkung einer aktiveren anwaltschaftlichen Vertretung aufgrund ihrer weltanschaulichen Wertorientierung, ihrem kulturellen und religiösen Kapital sowie ihrer weit verzweigten Mitgliederbasis als *Wettbewerbsvorteil* nutzen: Sie steht „den konkurrierenden Anbietern auf den sozialen Dienstleistungsmärkten nicht in gleicher Weise zur Verfügung“ (Olk 1996, S. 116). Exemplarisch wird dies an den Armutskampagnen

²²⁰ Olk verweist darauf, dass der Staat kein Interesse an einer „Atomisierung der Marktbeziehungen“ habe, obwohl durch rechtliche Änderungen eine Pluralisierung der Anbieterstrukturen sowie eine Zunahme politischer Verflechtungsbeziehungen anzunehmen ist. Der Staat als öffentlicher Träger bleibe in der Verantwortung und konzentriere sich auf eine partielle „Öffnung der Zusammenarbeit für neue Trägergruppen, ohne nun mit einer unüberschaubaren Vielzahl von Anbietern verhandeln zu müssen“ (ebd., S. 118).

der Caritas und des DPWV verdeutlicht, die ihre Skandalisierungspotenziale mit Hilfe europäischer Netzwerke aktivieren und eine Profilierung fernab von parteipolitischen Traditionen ermöglichen konnte (vgl. ebd., S. 115). Darüber hinaus wird zu diskutieren sein, inwieweit die Intensivierung der Interessenvertretung als Reaktion auf Modernisierungsprozesse zugleich als Strategie für die europäischen Entwicklungen darstellt.

Der aktive Gebrauch wird aber durch die enge Verflechtung mit dem Staat eingeschränkt: Die kritische Verbandsforschung analysiert bereits in den 70er Jahren die „Wohlfahrtsverbände als Bestandteil des ‚ideologischen Staatsapparats‘, die Konflikte in eine für das politische System verarbeitbare Form zurichten“ (Bauer 1978, S. 27) und nicht etwa gegen den Staat protestieren. Bauer begreift die Wohlfahrtsverbände als „intermedierende Institutionen und Mechanismen zur Selektion und Umformung von zunächst konfliktträchtigen Interessen“ (ebd.), die auf diesem Wege Massenloyalität produzieren und dadurch den Basisdruck auf das politische Entscheidungssystem abfedern. Das Verhältnis zum Staat wird daher in spezifischer Weise ausgestaltet: Die Wohlfahrtsverbände adressieren die Politik nicht als „pressure-group“, sondern sie beanspruchen einen eigenständigen Bereich, den der Staat unterstützen soll (vgl. ebd., S. 30). Darüber hinaus kann der „Interesse-Begriff“ bei den Wohlfahrtsverbänden nur unscharf verwendet werden, da die Verbände nicht per se das „konstitutive Interesse der Betroffenen“ artikulieren, sondern sich das Interesse auf „ideelle Motive“ sowie auf Selbsterhaltung erweitert (vgl. ebd.).²²¹ Somit kann die „Aufgabe der Verbände, die sozialen Interessen und Konflikte für die Eingriffsmedien des politischen Systems zu mediatisieren und zuzurichten, auch als „Pufferfunktion“ bezeichnet werde (ebd., S. 32). Durch diese Mediatisierungsleistung werden die vorhandenen sozialstrukturellen Interessenwidersprüche zwischen Staat und Betroffenen entschärft und der „Zwischenhoheit“ der Wohlfahrtsverbände unterworfen. Dies ist nach Bauer durch den besonderen Modus der *stellvertretenden* Interessenvertretung möglich: Sie erlaubt es, das Selbsterhaltungsinteresse der Verbände mit den selektierten Mitglieder- und Betroffenen-Interessen zu kombinieren. Aufgrund dieser Konstellation wird der Advokatenrolle der

²²¹ Bauer wendet sich dabei gegen die etatozentrische Verbändeforschung sowie gegen die Pluralismustheorie: Die etatozentrische Perspektive betrachtet die Sphäre des „Staates“ als von der „gesellschaftlichen Sphäre“ getrennt und dadurch werde übersehen, dass der Staat in der vor-politischen Sphäre bereits Interessen übernimmt und normative Vorentscheidungen berücksichtigt – der Staat kann folglich nicht als interessenneutral konzipiert werden. Der Pluralismus demgegenüber setzt nach Bauer eine strukturelle Gleichheit zwischen dem politischen und gesellschaftlichen Raum voraus und „spart die Fragen des Besitzes über Produktionsmittel, der Faktoren der Produktion und der Produktionsverhältnisse ganz oder fast vollständig aus“ (Bauer 1978, S. 24). Somit ignoriert der Pluralismus, dass nur bestimmte Interessen gehandelt werden, ganz nach kapitalistischer Maßgabe (vgl. ebd.).

Wohlfahrtsverbände gegenüber dem Interesse der Herrschaftsstabilisierung nur geringe Durchsetzungskraft zugesprochen (vgl. ebd.).

Diese kritische Analyse wird in der institutionell-angelegten Perspektive des „*Bereichs-Korporatismus*“ unterstrichen, in dem die unterschiedlichen Partner „abhängig sind und die faktisch nur in Grenzbereichen inkremental veränderbar sind“ (Thränhardt et al 1987, S. 24). Dabei unterscheidet sich die Art und Weise der Interessenvertretung z.B. von dem als neo-korporatistisch klassifizierten Zusammenwirken von Staat und Sozialpartnern: Thränhardt beschreibt, dass in diesem Gefüge beide Seiten ihre Autonomie behalten und nach erfolgreichen Verhandlungen erneut in konfrontative Auseinandersetzungen übergehen können. Die „korporatistische Struktur der Interessenvertretung“ weist den Wohlfahrtsverbänden allerdings eine „verhältnismäßig starke Position“ bzw. ein Repräsentationsmonopol“ zu (Steidle 2005, S. 30).

Die Wohlfahrtsverbände dagegen sind nicht allein in die Politikformulierung eingebunden, sondern gleichermaßen für die Implementierung mitverantwortlich sowie durch öffentliche Mittel finanziert – dies erschwert eine konfrontative Strategie (vgl. ebd.). In diesem neo-korporativen Verflechtungssystem bilden sich Strukturen aus, die für Interorganisationsnetzwerke typisch sind:

„Ein weiteres Charakteristikum des Wohlfahrtsbereichs besteht darin, dass *antagonistische Interessendivergenzen zwischen den beteiligten Akteuren fehlen*. Weder besteht – trotz der vorhandenen Domänenkonkurrenz – ein solch grundlegender Interessenkonflikt zwischen den einzelnen verbandlichen Träger, noch in der Beziehung zwischen öffentlichen und privaten Trägern. Stattdessen lassen sich *Konkurrenz- und Kooperationsbeziehungen* nachweisen, wie sie üblicherweise in *Interorganisationsnetzwerken eines Politikbereichs* zu finden sind. Die einzelnen verbandlichen Träger *konkurrieren untereinander um den Zugang zu knappen organisationellen, personellen, technischen und klientenbezogenen Ressourcen*. Zugleich sind sie aber bei der Verfolgung ihrer jeweiligen Partikularinteressen auf Austauschbeziehungen zu den jeweils anderen verbandlichen Trägern und zu öffentlichen Trägern angewiesen und daher an *Kooperation* interessiert“ (Thränhardt et al 1987, S. 26) [Hervorh. E.S.].

Ferner unterscheidet die Wohlfahrtsverbände von anderen Interessenverbänden, dass sie für ihre Mitglieder soziale Dienstleistungen anbieten und zugleich deren Interessen aggregieren, selektieren und vertreten sollen (vgl. ebd., S. 25). Die aufgezeigte Verflechtung mit dem Feld der Macht sowie die Dienstleistungsfunktion erschweren demzufolge eine direkte Mobilisierung der Mitglieder. Die Interessen der Klienten erfahren allein über die Ressourcenforderungen der Verbände ihre Berücksichtigung – und nicht durch eine partizipativ angelegte Willensbildung. Für die Wohlfahrtsverbände können folglich die Interessen der Mitglieder von organisationsbezogenen Bestandinteressen und Interessen Dritter (anwaltschaftliche Interessen) unterschieden werden, wobei die organisationsbezogenen Bestand-

interessen gegenüber den sozialanwaltschaftlichen Priorität genießen (vgl. Steidle 2005, S. 32f.).

Das Verhältnis der Verbände zu ihrer Basis wird ferner strukturell durch einen Bürokratisierungseffekt bestimmt, der aus der Subventionierung resultiert: Die monetäre Abhängigkeit steht den ideellen Interessen der Mitglieder konträr gegenüber „und führt daher zwangsläufig zu Verkehrsformen der Beteiligten, die autoritär-paternalistisch-feudalistische Züge tragen“ (Bauer 1978, S. 100). Pabst wendet den Blick auf die Binnenstrukturen der Wohlfahrtsverbände und analysiert die sozialanwaltschaftliche Vertretung unter der Berücksichtigung der unterschiedlichen Akteursgruppen *in* den Wohlfahrtsverbänden. Die Akteure in den Verbänden intensivieren die Rolle als „Sozialanwälte“ (bei Pabst wird dies exemplarisch anhand der Mitgliedschaft in der Nationalen Armutskonferenz aufgegriffen) aus unterschiedlichen Motiven, die mit der jeweiligen Position der Akteure in den Organisationen bzw. der Multifunktionalität in Verbindung stehen: Die Akteursgruppe der Leitungsebene konzentriert sich auf die Interessen der Betroffenen, wenn es den Verbandsinteressen und der Besitzstandssicherung dient. Die zweite Akteursgruppe der Fachkräfte verfolgt eine sozialanwaltschaftliche Vertretung aus fachlich-begründetem Professionalitätsverständnis und der Berufsethik heraus, während die dritte Akteursgruppe, die Mitglieder – die zunächst aufgrund gemeinsam geteilter Weltanschauungen in den Verbänden Mitglied sind und nicht um eigene Interessen durchzusetzen –, erwarten, dass die anwaltschaftliche Vertretung authentisch wahrgenommen und ausgefüllt wird. Pabst zeigt durch Interviews mit Verbandsvertretern der Caritas und der Parität auf, dass die innerverbandliche Auseinandersetzung um die Ausgestaltung und Profilierung sehr kontrovers verläuft, wobei Fachkräften und Fachverbände die betriebswirtschaftlichen Befürworter unter Druck setzten, um mit dem armutspolitischen Engagement „das Image des alten, verstaubten (...) Kastens abzulegen“ (Pabst 1997, S. 55).

Insofern erweist sich die etymologische Bedeutung des „Anwalt“ bzw. der anwaltschaftliche Vertretung als zutreffend, da ein Anwalt *Gewalt über* Personen oder Dinge *besitzt*. Insofern bleibt die Frage offen, wie sich die Wohlfahrtsverbände auf dem Hintergrund dieser ihre Funktion als „pressure group“ entwickeln und intensivieren werden, da strukturell die Option durch die Funktionen der Wohlfahrtsverbände eingeschränkt wird.

6.1.3 Das Kapital der Wohlfahrtsverbände als Chance und Risiko

Die Analyse des Feldes und der Akteure zeigt, dass sich eine relative Autonomie der Akteure herausbildete, die zum einen zu einer hohen Kapitalausstattung, zu spezifischen Mechanismen der Konkurrenz und Kooperation sowie zu einem spezifischen Typus der Interessenselektion und -vertretung führte.

Aufgrund der komplexen Feldstrukturen, der differenzierten Binnenstruktur, der divergenten Multifunktionalität der Wohlfahrtsverbände und der daraus resultierenden widersprüchlichen Handlungslogiken akkumulieren sie hinsichtlich der Kapitalausstattung umfassendes ökonomisches, soziales und kulturelles Kapital (vgl. Kap. 6.1.3).

Das spezifische Bedingungsgefüge für die Interessenvermittlung und -vertretung der deutschen Wohlfahrtsverbände führt dazu, dass die Rolle des „Anwalts“ nur unter Berücksichtigung anderer Interessen auszufüllen ist, die wiederum nicht mit den Interessen der Mitglieder und Betroffenen übereinstimmen. Ergänzend dazu differenziert sich die Säule der Interessenvertretung aus, da verschiedene Akteure als „gate keeper“ der Interessenvermittlung fungieren können. Daher entfaltet sich das Beziehungsgeflecht nationaler und europäischer Kooperationen und Interessenvertretung über die „Säulen“ und „Funktionsbereiche“ hinweg: Fachabteilungen, einzelne autonome Mitgliedsverbände, Einrichtungen und horizontale Arbeitsgemeinschaften partizipieren autonom an einer „europäischen Interessenvertretung“ und entwickeln grenzüberschreitende Kooperationen, in der fachliche Orientierung, Austausch und Interessenvertretung der Betroffenen im Vordergrund stehen (z.B. trifft dies auf horizontale Organisationen wie Bundesarbeitsgemeinschaften oder Fachorganisationen der Wohlfahrtsverbände zu, die Mitglied in thematischen Netzwerken wie dem EAPN, ENAR oder EDF sind). Die in sich heterogene „Säule“ der Interessenvertretung transnationalisiert sich zunehmend in dem Sinne, als sich die Interessenvertretung nicht mehr allein auf das nationale Feld hin orientieren kann, sondern ebenfalls auf das europäische Mehrebenensystem ausgerichtet wird. Hierbei entwickeln die verschiedenen Akteure unterschiedliche Strategien – auch wenn sie Teil desselben Dachverbands sind – und erwerben transnationales soziales Kapital, das sie bei der anwaltschaftlichen Vertretung unterstützt.

Die widersprüchlichen und divergenten Handlungslogiken sowie der dichte Grad der Relationen im Feld der freien Wohlfahrtspflege führt zu einer Ansammlung von Wissensbe-

ständen, wie Spannungsverhältnisse und Widersprüchlichkeiten situativ und langfristig zu bearbeiten und zu balancieren sind. Diese Wissensbestände sollen in der Folge in Analogie der Kapitalsorten-Konzeption als eine Unterform des kulturellen Kapitals, als „*reflexives Kapital*“ gefasst werden, das spezifische Handlungspraktiken produziert. Dabei kann die Entwicklung von Kooperationsbeziehungen (als soziales Kapital) als Handlungsstrategie und notwendige Voraussetzung zur Durchsetzung partikularistischer Interessen sowie zur Mäßigung der Konkurrenz im nationalen und europäischen Feld in Betracht gezogen werden. Dieses Erfahrungs- und Handlungswissen weist ebenfalls auf eine Reflexivität des Felds hin, die Bourdieu am Beispiel des kulturellen Felds erörtert:

„In dem Maße, in dem das Feld sich auf sich selbst zurückzieht, wird die praktische Beherrschung der von der ganzen Geschichte der Gattungen zusammengetragenen spezifischen Errungenschaften (...) zum Bestandteil der Zulassungsvoraussetzungen zum Feld der eingeschränkten Produktion. Die Geschichte des Feldes ist tatsächlich unumkehrbar; und die aus dieser relativ autonomen Geschichte hervorgegangenen Produkte tragen kumulative Züge“ (Bourdieu 1999, S. 384).

Deshalb ist die spezifische Geschichte des Felds bedeutsamer für die Weiter-Entwicklung des Felds als die „gesellschaftliche Welt. Wer in dem Feld „auf der Höhe seiner objektiven Anforderungen sein will“, muß diese Geschichte und den Raum des Möglichen (...) praktisch oder theoretisch *beherrschen*“ (ebd., S. 385, Hervorh. i. Orig.).

Das „reflexive Kapital“ könnte auf europäischer Ebene zum Vorteil gereichen, da insbesondere das Feld der europäischen Netzwerke durch Spannungsverhältnisse gekennzeichnet ist. In gleicher Weise könnten sich das durch das meso-korporatistische Verflechtungssystem erworbene soziale Kapital, die eingeübte konsensuale Interessenvertretung und die hierarchische Struktur als „Trumpf“ bei der Zusammenarbeit mit den EU-Institutionen auszahlen. Die EU-Institutionen, die aufgrund der Komplexität an der Kooperation mit europäischen Organisationen interessiert sind (vgl. Kap. 3), werden jedoch die Struktur und die vermeintliche Adressierung von Nutzern und Betroffenen durch die Verbände als optimalen Zugangsweg auffassen, um ihre Anliegen zum „Bürger“ hin kommunizieren können.

Insofern kann die umfangreiche Kapitalausstattung der Wohlfahrtsverbände bis zu diesem Analyseschritt als *Chance* konzipiert werden, die Herausforderungen flexibel zu bewältigen. Andererseits könnten sich *Risiken* ergeben, da die mächtigen, aber behäbigen Organisationen gegenüber flexibleren Lobbyorganisationen mit einer aktiveren advocacy-Funktion aus anderen Ländern keine dominante Position im europäischen Feld entwickeln können (vgl. Schulte 1990, S. 51; vgl. Kap. 3). Daher wäre es umso bedeutsamer, an den

europäischen Netzwerken zu partizipieren, um diesen „Nachteil“ durch den Rückenwind der europäischen Netzwerke ausbalancieren und sich als „Euro-Anwalt“ inszenieren zu können.

Für die Netzwerkarbeit auf der europäischen Ebene wird ferner die Frage relevant, wie sich diese „deutsche“ Sonderposition in der grenzüberschreitenden Kooperation entfaltet: Werden die deutschen Wohlfahrtsverbände als besonders „herrschaftstragend“ erlebt? Dominieren deutsche Akteure aufgrund ihrer soliden Kapitalausstattung europäische Netzwerkprozesse, oder verlieren sich die Besonderheiten und das nationale Kapital auf europäischer Ebene, und geraten die Akteure sogar unter Handlungsdruck? Behalten Sie die Form der Interessenvertretung bei oder transformieren die „Spielzwänge“ des europäischen Felds die eingeübte Interessenvertretung? Erfahren die Strategie-Sets eine Pluralisierung und Transnationalisierung und wird eine aktivere Rolle entwickelt? Welche Konkurrenz und Kooperationslinien bilden sich auf europäischer Ebene durch die unterschiedlichen Zugänge aus? Diesen Fragen wird in den Ergebnissen zu dem europäischen Feld der Netzwerke Sozialer Arbeit nachgegangen (vgl. Kap. 7).

Es bleibt zunächst festzuhalten, dass das erworbene Kapital auf europäischer Ebene Chancen sowie Risiken birgt, die in Konflikten und Kooperationen auf europäischer Ebene münden können. Im Anschluss soll die vorgestellte, *gemeinsam*-geteilte Kapitalstruktur der Wohlfahrtsverbände (Verflechtung mit Feld der Macht, politisches Kapital, privilegierte Stellung, reflexives Kapital) mit Einzelprofilen von vier Spitzenverbänden erweitert werden, um auf *Unterschiede* in der Kapitalakkumulation einzugehen. Diese Unterschiede verdeutlichen die „Startpositionen“ der ausgewählten Akteure im Feld der europäischen Netzwerke der Sozialen Arbeit.

6.2 Transnationalisierte Interessenvertretung

Die übergreifende Darstellung des Felds kann mit Besonderheiten der Europaarbeit der Wohlfahrtsverbände und deren Kapitalzusammensetzung ergänzt werden. Anhand von Kurzprofilen zeigt sich, wie vier der Spitzenverbände ihre anwaltschaftliche Rolle konzipieren und auf welche Weise die nationalen Verbände „Europa“ in den Blick nehmen.²²² Wie in Kapitel 4.2 aufgezeigt, liegt der Untersuchung eine heterogene Stichprobe zugrun-

²²² Zu einer eingehenden Analyse der Einzelverbände vgl. Bauer 1978; Merchel 2003; Boebenecker 2005.

de, die nicht allein die Bundesverbände in die Befragungsschritte mit einbezog. Als Grundlage für eine Skizzierung der Interessenvertretung sollen exemplarisch vier der Wohlfahrtsverbände – Caritas, Diakonie, AWO und DPWV²²³ – dargestellt werden, um zu einer ersten Einschätzung der „Kapitalzusammensetzung“ für die europäische Netzwerkarbeit zu gelangen.

6.2.1 Der Deutsche Caritasverband

Der Deutsche Caritasverband (DCV) wurde 1897 durch Lorenz Werthmann gegründet und ist als Wohlfahrtsverband der katholischen Kirche in Deutschland „Instrument der dienenden Kirche“ (Johannes Paul II 1980, zit. nach Boeßenecker 2005, S. 84). Der Verband ist ein Mitgliederverband, der 27 Diözesan-Caritasverbände mit 535 Orts-, Kreis- und Bezirks-Caritasverbänden, 262 caritative Ordensgemeinschaften und 18 Fachverbände umfasst. Nach der Gesamtstatistik der BAG FW sind dem Deutschen Caritasverband 30.476 Einrichtungen mit 1.169.162 Plätzen angeschlossen, in welchen ca. 490.000 voll- und teilzeitbeschäftigte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig sind (vgl. BAG FW 2004a, S. 66). Hieran wird die organisatorische Vielfalt des DCV deutlich (vgl. Boeßenecker 2005, S. 94), im Leitbild des Caritasverbands drückt sich dies in der Formel „Der Deutsche Caritasverband ist Vielfalt in Einheit“ aus (vgl. DCV 1997, Teil III).²²⁴

Boeßenecker resümiert, dass der DCV im Vergleich den größten Wohlfahrtsverband und Arbeitgeber der Sozialen Arbeit darstellt, der durch seine differenzierten und komplexen Binnenstrukturen und Dependancen an einen „Sozialkonzern“ gemahnt (Boeßenecker 2005, S. 117). Bereits anhand dieser Daten wird das ökonomische sowie das organisatorische Kapital der Caritas erkennbar, das durch ein hohes weltanschauliches bzw. religiöses Kapital ergänzt wird. Im Leitbild findet das religiöse Kapital seinen Niederschlag in dem Selbstverständnis der Sozialen Arbeit und des Wohlfahrtsverbands.

²²³ Auf die Darstellung des DRK und der ZWST wird verzichtet, da diese beiden Bundesverbände allein in der quantitativen Befragung beteiligt waren.

²²⁴ Die Fachverbände des Caritasverbands sind zum einen selbst Träger von Einrichtungen (z.B. Sozialdienst katholischer Frauen, Malteser-Hilfsdienst) als auch thematische Fachverbände, die „das Ziel des Erfahrungsaustausches, der Interessenvertretung und der gemeinsamen konzeptionellen Weiterentwicklung ihres Arbeitsfelds verfolgen“ (Merchel 2001, S. 99).

„Richtschnur ihrer Arbeit sind Weisung und Beispiel Jesu Christi. (...) Maßgebend für seine Tätigkeit sind der Anspruch des Evangeliums und der Glaube der Kirche. (...) Als Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege steht der Deutsche Caritasverband in der Mitverantwortung für die sozialen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland. Er läßt sich vom Bild einer solidarischen und gerechten Gesellschaft leiten, in der auch Arme und Schwache einen Platz mit Lebensperspektiven finden können“ (DCV 1997, Präambel).

Boeßenecker beschreibt Aufgabe und Selbstverständnis des DCV als „Transmissionsriemen“ der katholischen Kirche, da sich in der Sozialen Arbeit der Caritas der christliche Verkündigungs- und Missionierungsauftrag realisieren soll (vgl. Boeßenecker 2005, S. 89). Dadurch entsteht ein spannungsreiches Feld zwischen der Kirche und den sozialpolitisch agierenden Caritasorganisationen, da den Caritas-Untergliederungen nur „Gestaltungsspielräume (...) im Rahmen einer amtskirchlich definierten Politik und Interessenausrichtung“ möglich sind (ebd., S. 117). Denn obwohl der Caritasverband als formal unabhängige Organisation gegründet wurde, blieb der DCV insbesondere in Bezug auf den Organisationsaufbau und die finanzielle Absicherung mit der katholischen Kirche verbunden. Dies produziert für den Verband ein Spannungsverhältnis von Unterstützung und Überwachung vonseiten der Kirche (vgl. Merchel 2003, S. 94f.).

Die Funktion, als „Anwalt und Partner Benachteiligter“ zu fungieren, wird im DCV ebenfalls theologisch begründet: „Gott selbst ist Anwalt der Armen, Schwachen und Entrechteten“ (DCV 1997, Teil II, 19). „[Der DCV, E.S.] setzt sich für Menschen ein, die am Rande der Gesellschaft leben, die öffentlich keine Stimme haben und die sich nicht selbst helfen können“ (ebd., Teil I, 21). Diese „Anwaltschaft“ wird durch die Funktion als Interessenvertretung des Gesamtverbands ergänzt: „Als Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege vertritt der Deutsche Caritasverband auf Bundesebene die Interessen der Mitgliedsorganisationen“ (ebd., Teil III, 9) und „bejaht Verbandsarbeit als Instrument gesellschaftlicher Einflussnahme und politischer Mitwirkung“ (ebd., 15).

In den 90er Jahren sah sich der Caritasverband vor der Herausforderung, sich zu modernisieren und zu profilieren. Der vor allem in der Gesundheits- und Jugendhilfe tätige Verband weist eine starke organisatorische Heterogenität auf, die es zu bearbeiten gilt. Darüber hinaus stellt sich die Herausforderung, das theologische Primat der Amtskirche mit dem Anspruch der Fachlichkeit sowie Wettbewerbsansprüchen ausbalancieren zu müssen. Der DCV reagierte, „in dem er verstärkt anwaltschaftliche Funktionen“ stärkt, was sich zum einen in professionellen Jahreskampagnen niederschlägt. Ob solche Elemente die be-

triebswirtschaftliche Logik auffangen können, bleibt fraglich. Boeßenecker erwartet zukünftig tendenziell die Durchsetzung einer „unternehmerischen Caritas“, die aber die Integrations- und Steuerungsfähigkeit des Verbands zunehmend gefährden wird. Daher wird ein erfolgsorientierter Pragmatismus als Lösungsstrategie entworfen, der moderne Managementinstrumente mit der katholischen Ausrichtung verbindet (vgl. Boeßenecker 2005, S. 118f.).

Caritas und Europa²²⁵

Das internationale und europäische Engagement des Deutschen Caritasverbands ist historisch gewachsen, da durch die Anbindung des Verbands an die katholische Kirche transnationale Beziehungen (z.B. durch die Missionsarbeit) eine lange Tradition aufweisen. Auf der Website des DCV wird die Europaarbeit²²⁶ unter dem Leitsatz „Gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ vorgestellt. Im Leitbild des DCV findet man den Passus, dass sich der DCV „europa- und weltweit für gerechte Lebensbedingungen, für die Einhaltung der Menschenrechte und die Schaffung sozialer Mindeststandards“ einsetzt (DCV 1997, Teil I, 12). Der Fokus liegt dabei auf der „europäischen Sozialpolitik und der Verminderung der Ausgrenzung im wettbewerbsorientierten europäischen Binnenmarkt“ (<http://www.caritas.de/9142.html>). Die strategischen Ziele des DCVs sollen den Caritasverbänden helfen „sich zu europäisieren, für sie relevante EU-Politiken zu verstehen und sich an EU-Projekten beteiligen“ (ebd.). Die Ziele beziehen sich u.a. auf die Umsetzung der Nationalen Aktionspläne zur Sozialen Eingliederung (NAPs), auf partnerschaftliche Zusammenarbeit und den Know-How-Austausch mit den MOE-Ländern, auf gezielte Lobbyarbeit für den Erhalt der Spezifika der Wohlfahrtsverbände sowie auf die Stärkung der „europäischen Zivilgesellschaft“ (vgl. ebd.).²²⁷ Interessant ist – betrachtet man den Aufbau der Website – dass zunächst die *nationale* EU-Vertretung in Brüssel als Element der Europaarbeit vorgestellt wird, die seit 1989 die europapolitischen Interessen der Caritas vertritt.

„Die DCV-Vertretung hält Kontakt zu den Institutionen der Europäischen Union vertritt die Interessen und Anliegen der deutschen Caritas, informiert die Caritas in Deutschland über aktuelle europäische Entwicklungen, gibt europa- und förderpolitische Informationen weiter und kommentiert die europäische Sozialpolitik“ (<http://www.caritas.de/9142.html>).

²²⁵ Die Ausführungen beziehen sich auf eine Internetrecherche, weitere Darstellung u.a. in Puschmann 2000.

²²⁶ Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die Selbstdarstellung auf der Website <http://www.caritas.de/9142.html> und Folgeseiten. Download am 19.04.2007.

²²⁷ Stellungnahmen und Verlautbarungen können auf dem Online-Angebot der Bank für Sozialwirtschaft bzw. dem EU-Fachinformationssystem EUFIS abgerufen werden (<http://www.eufis.de/293.html>).

Die Vertretung ist als Hauptbüro dem Büro in Berlin zugeordnet und informiert den Verband intern mittels der Konferenz der EU-Referenten.²²⁸ An diese Schnittstelle entwickelt sich die europapolitische Positionierung des Verbands. Ferner werden auf der Website weitere Dienstleistungen formuliert:

- „Informationsrecherche und Einschätzungen zu aktuellen europa- und förderpolitischen Themen,
- Mitwirkung an verbandlichen Positionen mit europapolitischer Dimension,
- Lobbyarbeit zu abgestimmten Positionen und förderpolitischen Vorhaben,
- Effiziente Informationspolitik mittels des DCV/EUFIS-Newsletters und der Nutzung des CariNet,
- Vernetzung mit anderen auf europäischer Ebene tätigen NRO,
- Unterstützung bei der Europäisierung der verbandlichen Arbeit“ (ebd.).

In einem zweiten Schritt wird auf die „Zusammenarbeit mit anderen Nichtregierungsorganisationen“ eingegangen, wobei das Familiennetzwerk Caritas Europa als „Hauptpartner“ des DCVs benannt wird. Caritas Europa ist eine der sieben regionalen Netzwerke des internationalen Verbands „Caritas Internationalis“ (<http://www.caritas.org/>). Das bereits 1971 gegründete Familiennetzwerk bündelt 48 Caritasorganisationen aus 44 verschiedenen Ländern in Europa und widmet sich den Themen Armut, Migration und Entwicklungszusammenarbeit (vgl. <http://www.caritas-europa.org/>).

Drittens wird die europäische Interessenvertretung der BAG FW vorgestellt, die mit einem Europa-Büro die Wohlfahrtsverbände in der EU vertritt. Hierbei ist die Mitgliedschaft der BAG FW im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss der EU (WSA) für die deutschen Wohlfahrtsverbände von großer Bedeutung (vgl. Profil der BAG FW).

Darüber hinaus ist der DCV indirekt über die BAG FW Mitglied im „European Round Table of Charitable Social Welfare Associations (ETWelfare), einem Netzwerk, das die Interessen gemeinnütziger Anbieter sozialer Dienstleistungen bündelt (vgl. ebd.). Der Bundesverband unterhält weitere Mitgliedschaften zu thematischen Netzwerken, die zum Teil von Fachreferaten koordiniert werden (z.B. EAPN, ENAR). Insofern kann keine vollständige Auflistung der europäischen Kooperationsbeziehungen geleistet werden, da die

²²⁸ In den Diözesancaritasverbänden arbeiten 33 Referenten, vgl. Liste unter <http://www.eufis.de/311.html>, Stand 21.04.2007.

Netzwerkbeziehungen der einzelnen autonomen Diözesanverbände oder der Fachverbände und -abteilungen nicht systematisch dargestellt werden.

Betrachtet man die Europaarbeit der Caritas auf der Grundlage der Website-Darstellung, zeigt sich ein differenzierter Kooperationsmix europäischer Vertretungsmöglichkeiten und Netzwerkbeziehungen, der auf den ersten Blick einen hohen Kapitaleinsatz für die Europaarbeit nahe legt. Eine besondere Kooperationsoption ergibt sich für den konfessionellen Verband durch das religiöse Kapital, das sich in vielfacher Hinsicht auszahlt und zusätzlich zu thematischen oder strategischen Vertretungsmöglichkeiten eigene Vernetzungsmöglichkeiten eröffnet. Dennoch kann dies mit Einschätzung von Caritas-Vertretern kontrastiert werden, die darauf hinweisen, dass der deutsche Caritasverband Europa noch unzureichend in seiner Bedeutung erkannt habe (vgl. A 4, S. 6, 27-28 und Kap. 6.3.2).

6.2.2 Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland

Das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland (DW) entstand aus dem organisatorischen Zusammenschluss des „Centrallausschusses für die Innere Mission“, der ab 1848 verschiedene Kirchen und Gemeindeaktivitäten koordinierte. Ziel dabei war es, mit Hilfe der christlichen Fürsorgearbeit und der volksmissionarischen Tätigkeit soziale Verarmungsprozesse zu lindern, wengleich die Ausgestaltung von den jeweiligen Landes- und Ortskirchen autonom vollzogen wurde (vgl. Boëbenecker 2005, S. 122). Ergänzend zu dem Centrallausschuss wurde 1945 das „Hilfswerk der Evangelischen Kirche in Deutschland“ gegründet, da die lose Organisationsstruktur der Inneren Mission den existenziellen Notlagen in der Folge des 2. Weltkriegs nicht mehr gewachsen war. Beide Organisationen fusionierten erst 1975 im „Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V.“ Die Diakonie war „von Beginn an durch ein gesellschaftlich intervenierendes Missionsverständnis geprägt, das sich innerhalb weitgehend autonomer und dezentraler Organisationsstrukturen ausbildete“ (ebd., S. 123). Im Gegensatz zur der Weltkirche unterstellten Caritas jedoch sind die Diakonie-Gliederungen unabhängiger organisiert.

Das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland umfasst die Diakonischen Werke der 24 evangelisch unierten, reformierten und lutherischen Landeskirchen der EKD, neun Freikirchen mit diakonischen Einrichtungen sowie rund 90 Fachverbände. Das DW vereint dadurch über 27.000 selbstständige Einrichtungen unterschiedlicher Größe und Rechtsform und über 450.000 hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (vgl. BAG

FW e.V. 2004, S. 68). Das DW stellt somit den zweitgrößten Arbeitgeber im Sozial- und Gesundheitswesen dar (vgl. Boeßenecker 2005, S. 145). Die Heterogenität innerhalb der Diakonie impliziert zugleich spezifische Anforderungen, die Interessen zu aggregieren und in den gesellschaftspolitischen Diskurs einzubringen (vgl. ebd., S. 123). Aufgrund der autonomen und heterogenen Organisationsstruktur beschreibt Boeßenecker die Diakonie als „Holdinggesellschaft mit regional weitgehend eigenständig agierenden Zweigstellen, Einzelunternehmen und Betriebsteilen“ (ebd., S. 153). Diese Heterogenität wird im Leitbild als Innovationspotenzial gewendet: „In langer Tradition haben wir vielfältige Hilfeformen diakonischer Arbeit entwickelt. Wir haben damit Sozialgeschichte gestaltet. Diese Erfahrung nutzen wir, um in einer sich verändernden Welt wirksam zu helfen“ (Diakonisches Werk 1997, S. 4). Als verbindendes Element dient das religiös-kulturelle Kapital, das vor dem Hintergrund betriebswirtschaftlicher Effizienzkriterien in den Hintergrund geraten könnte. Insofern markieren die Fragen nach einer gemeinsamen Wertgrundlage und der innerverbandlichen Koordinierung und Interessenvertretung vor dem Hintergrund weitgreifender Ausdifferenzierungsprozesse die zukünftigen Herausforderungen des Diakonischen Werks (vgl. Boeßenecker 2005, S. 153ff.).

Die Diakonie als kirchliches Werk beruft sich, ähnlich wie die Caritas, auf einen kirchlichen Verkündungs- und Evangelisierungsauftrag. Indes unterscheidet sich das DW durch den föderalen Aufbau autonomer Gliedkirchen mit subsidiären Prinzipien und der egalitären Glaubensgemeinschaft und Gemeindedemokratie ohne Papsttum oder Zentralinstanz von dem katholischen Wohlfahrtsverband (vgl. Boeßenecker 2005, S. 124f.). Ungeachtet der zugrunde liegenden protestantischen Theologie, ergeben sich daher für die Praxis der Sozialen Arbeit ein „größerer Gestaltungsspielraum und vielfältigere Entwicklungen“ (ebd., S. 139).

Die Funktion der anwaltschaftlichen Interessenvertretung wird als „theologisch begründeter Einmischungsauftrag formuliert, der sich mit sozialpolitischen Gestaltungsfunktionen verbindet und sich in sehr unterschiedlichen, zum Teil auch gegensätzlichen Handlungsansätzen realisiert“ (ebd., S. 130). Im Leitbild drückt sich dies in Formulierungen wie „Diakonie macht sich für andere stark“ (Diakonisches Werk 1997, S. 7) oder „zugleich erheben wir unsere Stimme für diejenigen, die nicht gehört werden“ (ebd., S. 3) aus. Im Selbstverständnis des DW manifestiert sich die spezifische Interessenvertretung deutscher Wohlfahrtsverbände wie folgt: „Als Anwalt für Menschen in Not und sozialpolitischer Impulsgeber trägt es zur fachlichen Entwicklung der Arbeit bei“

(http://www.diakonie.de/de/html/diakonie/44_107.html). Ferner wird die kritisch-kooperative Beziehung des Wohlfahrtsverbands zum Staat in dem Passus „in kritischer Partnerschaft gestalten wir den Sozialstaat mit“ (ebd., S. 6) und „Gemeinsam mit anderen treten wir für eine menschenwürdige Gesetzgebung, chancengerechte Gesellschaft und eine konsequente Orientierung am Gemeinwohl ein“ (ebd., S. 3) ausgedrückt. Die verschiedenen Interessen werden in der Formulierung fusioniert, es sei Aufgabe, die gemeinsamen Interessen der Diakonie sowie die Interessen der Menschen, für die die Diakonie tätig ist, zu vertreten (vgl. http://www.diakonie.de/de/html/diakonie/44_107.html).

Auch die Diakonie reagiert auf die Modernisierungsherausforderungen zum Beispiel mit einem Beschluss im Jahr 1997, die Diakonie im Sinne einer „unternehmerischen Diakonie“ auszurichten und mit einer Leitbilddiskussion, Qualitätsmanagement und wettbewerblicher Neuorientierung zu reagieren. Ähnlich wie die Caritas setzt die Diakonie auf eine Profilbildung durch Imagekampagnen zur Verbesserung des sozialen Marketings sowie die Betonung der anwaltschaftlichen Rolle. Die Diakonie entwickelt in diesem Kontext jährliche „Werte-Linien“ (vgl. Boeßenecker 2005, S. 128).

Das Diakonische Werk und Europa

Die Diakonie blickt ebenfalls auf eine Tradition der Auslandshilfe sowie auf Kooperationen mit den evangelischen Kirchen in anderen Ländern zurück, so dass eine „Internationalisierung“ historisch bereits angelegt wurde. Zugleich wird im Kontext der qualitativen Befragung deutlich, dass die Ausgestaltung der Europaarbeit an engagierte Personen in entscheidenden Positionen geknüpft ist: Im Diakonischen Werk wurde das Thema Europa in den letzten Jahren prominent verhandelt, da es „ein Steckenpferd vom [damaligen] Präsidenten“ war (B 6, S. 11, 8-9).

Mittlerweile findet sich im Leitbild des DW der Passus „Wir setzen uns ein für das Leben in der Einen Welt“, worunter die Auslandshilfe durch „Brot für die Welt“, „Kirchen helfen Kirchen“ oder „Hoffnung für Osteuropa“ gefasst wird. Die europäische Einigung wird als Chance und Herausforderung begriffen,

„Versöhnung zu leben und einen Ausgleich zu schaffen (...). Im grenzüberschreitenden Dialog versuchen wir Schranken abzubauen und Vertrauen zu schaffen. Gemeinsam mit Partnern aus anderen Kirchen und Ländern übernehmen wir Verantwortung für soziale Gerechtigkeit, für die Bewahrung der Schöpfung und für die Erhaltung des Friedens“ (DW 1997, S. 8).

Das Diakonische Werk unterhält seit 1992 in einer gemeinsamen Vertretung mit der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) eine Repräsentanz in Brüssel. Ferner koordinieren zum Befragungszeitpunkt auf der Ebene des Bundesverbands zwei Europareferenten in Berlin und Stuttgart die Europaarbeit.

Die Diakonie ist in das europäische Familien-Netzwerk Eurodiaconia eingebunden, das seit 1996 unter dem Namen „Europäischer Verband für Diakonie – Eurodiaconia“ 32 Mitglieder wie protestantische Kirchen, freie Wohlfahrtseinrichtungen und ökumenische Non-Profit-Organisationen bündelt. Das Netzwerk entstand aus einem Vorläufer, der bereits 1922 gegründet wurde. Eurodiaconia setzt sich zur Aufgabe, das „diakonische Bewusstsein in Europa zu stärken, die Zusammenarbeit seiner ökumenischen Mitgliedsorganisationen zu fördern, Wissen untereinander auszutauschen, Projekte und Partner zusammenzubringen und sich an der sozialpolitischen Diskussion auf europäischer Ebene zu beteiligen“ (http://www.diakonie.de/de/print/aktuelles/4916_4926.php). Neben der Beteiligung am Familien-Netzwerk ist das Diakonische Werk, ähnlich wie die Caritas, in die Netzwerke ET Welfare, EAPN und ENAR eingebunden. Analog zu der komplexen Struktur der Caritas können in diesem Kontext die gesamten transnationalen Kooperationsbeziehungen nicht erfasst werden.

Die Website der Diakonie (www.diakonie.de) beinhaltet keine explizite Darstellung der verbandsinternen Europaarbeit (Stand: Mai 2007), allerdings wird anlässlich der deutschen EU-Ratspräsidentschaft von Januar-Juni 2007 sowie anlässlich des 50. Jubiläums der Römischen Verträge ein „Europa-Brennpunkt“ vorgestellt. Über die Zusammenstellung von Informationen hinaus wird in diesem Kontext in einer Stellungnahme formuliert, dass sich die Diakonie für ein soziales Europa einsetzt. Weitere Akzentsetzungen werden vor dem Hintergrund der europäischen Integration und der Daseinsvorsorge vorgenommen: Zum einen werden die verstärkten Kooperationsmöglichkeiten und die politische Zusammenarbeit mit dem Wirtschafts- und Sozialausschuss, der Social Platform und dem Europäischen Parlament betont, zum anderen wird die Möglichkeit begrüßt, auf anderen (europäischen) Märkten diakonische Dienstleistungen anbieten zu können (http://www.diakonie.de/de/html/aktuelles/4916_4927.html). In einem weiteren Positionspapier der Diakonie zu der EU-Ratspräsidentschaft tritt die Diakonie für die Stärkung der sozialen Dimension in der europäischen Politik ein: „Das heißt auch, dass Europapolitik mit Wirkung für den sozialen Sektor nicht vorrangig die Effizienz des Marktes in den Vordergrund rückt, sondern der Auftrag maßgebend ist, für gesellschaftlichen Zusammenhalt einzustehen“ (Diakonisches Werk 2007, S. 11). Die Fokussierung der Bundesregierung auf

die Bereiche Beschäftigung und Wachstum im Rahmen der Lissabon-Strategie wird kritisiert, da infolgedessen die soziale Dimension als nachrangiges Ziel zurücktritt und Armut und Ausgrenzung unbearbeitet bleiben (vgl. ebd., S. 12).²²⁹

Insgesamt wird die Europaarbeit des Netzwerks Eurodiaconia und der deutschen Diakonie mit ihren verschiedenen Säulen von einem Verbandsvertreter noch „nicht in umfangreichem Maße organisiert“ (B 7, S. 2, 8-19). Darüber hinaus erstaunt nicht, dass sich die innerverbandliche Heterogenität sowie der hohe Stellenwert des Themas Europas im Bundesverband auch in einer pluralisierten transnationalen Interessenvertretung niederschlägt: „Es ist allgemein eine Tendenz, dass in der Diakonie also das gesamte diakonische Netzwerk sich so auch in Brüssel abbildet, es gibt auch noch zwei Landesverbände der Diakonie, (...) die auch noch mal ein eigenes Büro haben“ (B 22, S. 1, 31-34). Die Diakonie teilt mit der Caritas das religiöse Kapital, das dem Verband neben „strategischen“ und thematischen Mitgliedschaften spezifische Kooperationsstrukturen in Europa eröffnet.

6.2.3 Arbeiterwohlfahrt

Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) wurde durch Marie Juchacz 1919 nach einem Beschluss der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) gegründet und verortet sich „als Teil der Arbeiterbewegung (...) mit den Werten des freiheitlich-demokratischen Sozialismus: Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit“ (AWO 1998a, S. 7). Die AWO umfasst eine föderative Struktur mit Landes- und Bezirksverbänden, Kreisverbänden und Ortsvereinen. Ferner sind dem AWO-Bundesverband elf korporative Mitglieder angeschlossen.²³⁰ In der AWO sind 450.000 Mitglieder und ca. 100.000 Ehrenamtliche tätig (vgl. BAG FW 2004a, S. 66), die meisten sind in den Bereichen der Altenhilfe sowie der Jugend- und Familienhilfe beschäftigt (vgl. Boeßenecker 2005, S. 179). Insgesamt ist die AWO als Mitgliederverband zu charakterisieren, dessen organisatorischer Aufbau den Organisationsstrukturen der SPD entspricht (vgl. Bauer 1978, S. 85). Die AWO ist im Vergleich zu den konfessionellen Verbänden eher als „kleiner Verband“ einzustufen (vgl.

²²⁹ Vgl. weiterführend Krolzik 2002.

²³⁰ Zu den korporativen Mitgliedern des Bundesverbands gehört u.a. das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS), Zusammenarbeit mit Osteuropa e.V. und die Initiative Selbsthilfe Multiple-Sklerose-Kranker (vgl. AWO 2005, S. 56).

Boeßenecker 2005, S. 183) und differenziert sich zunehmend in eine „Mitgliederorganisation und eine selbstständige Betriebsorganisation“ aus (vgl. ebd., S. 184).

Zunächst stellt die AWO keine eigenständige Organisation dar, sondern war als „Hauptausschuss“ Teil der Sozialdemokratischen Partei (SPD). Die SPD versuchte auf diese Weise, eine sozialdemokratische Arbeiterwohlfahrt zu etablieren und die bislang unverwirklichten Forderungen der Arbeiterbewegung im Sinne einer präventiven Sozialpolitik auf eine organisatorische Basis zu stellen (vgl. ebd., S. 158). Im Sinne der Sozialdemokratie wird die Wohlfahrtspflege als Aufgabe des Staates begriffen, die nicht allein karitativen Vereinen überantwortet werden könne. Daher wird das Ziel der AWO in der Durchsetzung einer „öffentlichen, demokratisch kontrollierten Wohlfahrtspflege“ und nicht im „Aufbau einer weiteren, von staatlichem Einfluss unabhängigen Wohlfahrtsorganisation“ gesehen (ebd., S. 159). Die Gründung der AWO kann insofern auch als Strategie interpretiert werden, ein Gegengewicht zu den bürgerlich-konfessionellen Verbänden und den entstehenden korporativen Verflechtungen mit dem Staat zu bilden (vgl. Merchel 2003, S. 86). Insofern erstaunt es nicht, dass sich die AWO der 1921 gegründeten „Reichsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege“ zunächst nicht anschloss. Nach dem Verbot der AWO 1933 konnte die Arbeit erst 1946 fortgesetzt werden: Nunmehr jedoch nicht mehr als „Ausschuss“, sondern als eigenständiger Verband, der sich der sozialdemokratischen Bewegung verpflichtet sah und darüber hinaus in die wiederbelebte Liga bzw. der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege eintrat und bis heute mitwirkt (vgl. Boeßenecker 2005, S. 161f.). Die AWO versteht sich bis heute in größerem Maße als die karitativen Verbände als „sozial- und gesellschaftlicher Wohlfahrtsverband“²³¹ auf dem Hintergrund einer politischen Idee (Merkel 2003, S. 89). Im Kontrast zu den konfessionellen Wohlfahrtsverbänden unterstreicht die AWO die Bedeutung kommunaler und staatlicher Verantwortung und spricht sich für einen Vorrang öffentlicher Träger aus, wenngleich sie seit 1945 als freier Träger soziale Dienstleistungen anbietet und damit das System der Freien Wohlfahrtspflege unterstützt bzw. mit begründet.

Inwieweit das Interesse der AWO, als Wohlfahrtsverband Einfluss auf die Sozialpolitik auszuüben, den vergleichsweise schwächer ausgeprägten normativen Grundkonsens innerhalb der AWO auffangen kann, bleibt offen (ebd., S. 88). Ebenso wie andere Verbände läutete die AWO Mitte der 90er Jahre eine Leitbild- und Qualitätsdiskussion ein, um durch

²³¹ Im Grundsatzprogramm wird aber zugleich die Formel „Selbsthilfeorganisation der Arbeiterschaft“ gewählt (vgl. AWO 1998a, S. 12).

das neue Grundsatzprogramm (vgl. AWO 1998) den „Spagat zwischen präventiver Sozialpolitik und unternehmerischer Tätigkeit“ zu ermöglichen (Boeßenecker 2005, S. 164). Inwiefern der Bezug auf den demokratische Sozialismus nur noch historisierend das kulturelle Kapital untermauern kann oder aber den programmatischen Ausgangspunkt eines sozialpolitisch-reformorientierten Verbands darstellt, wird erst in der Zukunft entschieden werden können.

Die AWO versteht sich wie die anderen Verbände auch als Interessenvertretung – aber mit einem sozialpolitischen Akzent. Die AWO formuliert in ihrem Grundsatzprogramm: „Wir sind ein Mitgliederverband, der für eine sozial gerechte Gesellschaft kämpft und politisch Einfluß nimmt“ (AWO 1998a, S. 9). Die Interessenvertretung der „Betroffenen“ wird auf der Grundlage, Selbsthilfe zu fördern, stark akzentuiert. Abschließend ergänzt die AWO die Beschreibung der Interessenvertretung durch die allgemeingültige Formel: „Sie versteht sich (...) als sozialpolitische Interessenvertretung aller Menschen, insbesondere jener, die sich allein kein Gehör verschaffen können“ (ebd.).

Die Arbeiterwohlfahrt und Europa

Die europäische bzw. internationale Orientierung der Arbeiterwohlfahrt ist durch die normative Rückbindung an die „Internationale Arbeiterbewegung“ historisch bereits angelegt. Auf der Website der Arbeiterwohlfahrt wird auf diese Bezüge und die internationale Zusammenarbeit explizit hingewiesen: Im Jahr 1930 gründeten ausländische Organisationen gemeinsam mit der AWO die Internationale Arbeiterwohlfahrt, die 1951 als Internationales Arbeiter-Hilfswerk (IAH) seine Arbeit aufnahm. Im Mai 1995 wurde das IAH in Solidar umbenannt und der Sitz nach Brüssel verlegt. Mittlerweile umfasst Solidar 25 Vollmitglieder aus 12 europäischen Ländern „mit historischen Verbindungen zur freien und demokratischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Solidar steht demokratischen- fortschrittlichen Organisationen offen, die sich für Bürgerrechte, Solidarität und die Einbindung der Zivilgesellschaft einsetzen“ (<http://www.solidar.org/doclist.asp?SectionID=3>). Solidar ist bis heute für die AWO eine Art „Familiennetzwerk“, auch wenn die europäischen Partner im Netzwerk keine „ähnlichen Strukturmerkmale“ aufweisen, wie das z.B. in den Familiennetzwerken der konfessionellen Verbände gegeben ist. Daraus resultieren für die europäische Vernetzung bzw. Interessenvertretung Schwierigkeiten für die AWO. Die Heterogenität der Partner in Solidar erfordert einen Interessenabgleich und die Ausarbeitung von Kompromissen. Da die AWO keine Repräsentanz in Brüssel unterhält, die die partikularen Verbandsinteressen koordinieren kann, kann sich in dem Netzwerk der

Wunsch nach transnationaler Kooperation mit dem Wunsch einer verbandsbezogenen Interessenvertretung gegenüber der EU vermischen. Das eigene Büro der AWO in Brüssel wurde nur bis Mitte der 90er Jahre unterhalten,²³² im Anschluss entschied sich der Bundesverband für die gemeinsame Vertretung im Rahmen von Solidar.²³³ Ungeachtet dieser Schwierigkeiten weist die AWO durch die gemeinsam-geteilten ideellen Grundlagen eine ausgeprägte internationale Orientierung auf (vgl. Lauer 2005, S. 182). Die europäische und internationale Dimension findet sich im Selbstverständnis des AWO-Bundesverbands an erster Stelle wieder: „Der Bundesverband vertritt die fachpolitischen Interessen des Gesamtverbandes auf der bundespolitischen und der europäischen Ebene“ (www.awo.org). Das Engagement der AWO in dem europäischen Netzwerk Solidar wird im Grundsatzprogramm vor dem Hintergrund des friedlichen Zusammenlebens der Völker sowie einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung eingeordnet (vgl. AWO 1998a, S. 10). Ferner werden Forderungen nach einer abgestimmten europäischen Sozialpolitik erhoben, die sich der Bekämpfung der Armut, sozialen Ausgrenzung und Arbeitslosigkeit sowie der Beteiligung der NGOs als gleichberechtigte Sozialpartner widmet (ebd., S. 13). Neben der europäischen Netzwerkarbeit in Solidar ist die AWO in weiteren europäischen Netzwerken wie CEDAG, EAFE und ECRE vertreten.²³⁴

Der Bundesverband der AWO ist durch einen Europareferenten bzw. die Arbeitsgruppe „Soziales Europa“ im Europaausschuss der BAG FW vertreten. Darüber hinaus arbeiten in den Landes- und Bezirksverbänden ca. 24 Europareferenten (<http://www.eufis.de/301.html>). Als weitere erwähnenswerte Arbeitsstruktur bildete sich – ähnlich wie bei den bekenntnisgebundenen Verbänden – für die internationale humanitäre Arbeit die Organisation „AWO International“ aus (vgl. www.awointernational.de), wobei die Arbeitsteilung zwischen den europäischen und humanitären Aufgaben noch im Fluss ist. Die AWO unterhielt einen „Europa-Info“-Newsletter, wobei diese Informationen mittlerweile in dem Wissensportal

²³² Die AWO unterhielt Mitte der 90er Jahre ein eigenes Büro in Brüssel, das aus Kostengründen abgeschafft wurde (vgl. B 4, S. 1, 18-29).

²³³ Dazu ein Vertreter des AWO-Bundesverbands: „aber man muss ja auch nicht das Rad ständig neu erfinden es gibt ja auch sehr gute, zum Beispiel EUFIS als Informationsdienst, wir machen jetzt auch einen Informationsdienst, aber der nicht primär der Förderberatung dienen wird, sondern mehr sozialpolitische Informationen, (...) einfach was hier an die Gliederungen gar nicht so ran kommt, (...), den gibt es natürlich schon etwas länger, es gibt den Bericht der Arbeitsgruppe 11 Soziales Europa, und so was dann einfach darauf hinzuweisen und was wir machen werden ist, wir werden darauf hinweisen auf uns nahe stehende geeignete Personen/Institutionen, die für die Beratung geeignet sind, womit man Kontakt aufnehmen kann und das muss man dann natürlich auch bezahlen, das ist klar“ (B 3, S. 6, 23-34).

²³⁴ Weiterführend vgl. Ragati 2001.

für ihre Fach- und Führungskräfte publiziert bzw. über das interne Informationssystem kommuniziert werden (www.awo-wissen.de).

6.2.4 Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband

Die Vorläuferorganisation des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands (DPWV) bzw. der „Parität“ geht auf den „Verband Frankfurter Krankenanstalten“ zurück, der sich 1920 als „Vereinigung der freien privaten gemeinnützigen Kranken- und Pflegeanstalten Deutschlands“ bundesweit formierte. Hierbei war die Funktion eines Zwecksverbands zur Vertretung unterschiedlichster Einrichtungen vordergründig (vgl. Bauer 1978, S. 82). Im Jahr 1924 etablierte sich die „Vereinigung der freien gemeinnützigen Wohlfahrtseinrichtungen Deutschlands“ als Wohlfahrtsverband und erhielt im gleichen Jahr den pragmatisch gewählten Namen „Fünfter Wohlfahrtsverband“ als Verband neben der AWO, dem Deutschen Roten Kreuz und den beiden konfessionellen Wohlfahrtsverbänden. Ab 1932 wurde er in „Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband“ umbenannt, und zugleich wurde versucht, sich von dem Bild eines reinen Zweckverbands zu lösen. Dies stellte eine Herausforderung dar, denn die ursprünglichen Interessen bei der Verbandsgründung bezogen sich auf die Notwendigkeit, die nicht-konfessionellen Organisationen zu organisieren sowie der drohenden Kommunalisierung der Wohlfahrtspflege entgegen zu treten. Zugleich war eine übergreifende Organisationsstruktur notwendig, um die Beziehungen zum Staat vertiefen zu können (vgl. Boeßenecker 2005, S. 189f.).

Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV) bündelt als Dachorganisation mittlerweile ca. 10.000 eigenständige Verbände, Initiativen und Einrichtungen im Sozial- und Gesundheitsbereich. Dem Bundesverband sind als *überregionale* Mitglieder 145 Organisationen angeschlossen (vgl. www.dpwv.de, Stand Mai 2007), die sich in einem breiten Spektrum engagieren. Die meisten Einrichtungen finden sich in der Jugend- und Behindertenhilfe (vgl. Boeßenecker 2005, S. 209). Eine bedeutende Rolle spielen zudem die Selbsthilfe-Organisationen, die in der Parität Mitglied sind. Im Paritätischen Wohlfahrtsverband sind mehr als eine Million Menschen freiwillig aktiv (vgl. BAG 2004, S. 67), dennoch kommt dem Verband als Arbeitgeber der Sozialen Arbeit keine umfassende Rolle zu, da die Parität nur in geringem Umfang als Träger eigener Einrichtungen fungiert (vgl. Boeßenecker 2005, S. 214). Damit wird deutlich, dass die Funktion der Parität als einem Mitgliedsverband vor allem in Serviceleistungen für die heterogene Mitgliedschaft (bundesweit sowie regional und lokal) sowie in der sozialanwaltschaftliche Lobbyorganisation,

die Interessen der Mitglieder und Kunden vertritt, begründet liegt. Bis heute stellt es eine zentrale Herausforderung für die Parität dar, das Spannungsverhältnis zwischen Dienstleistungsfunktion und einer gemeinsamen Interessenvertretung nach Außen zu koordinieren. Der Versuch, durch den Begriff der „Parität“ eine Verbandsidentität zu konstruieren, wird gemeinhin kritisch bewertet; Boeßenecker konstatiert ein Vakuum in der Verbandsphilosophie, da das verbindende Interesse der Mitglieder vor allem in der anvisierten Akkumulation finanzieller Mittel liegt: Der Dachverband mobilisiert Fördermittel und verteilt diese unter den Mitgliedern, zugleich wird diese Funktion mit „humanitären Floskeln verschlei-ert (...) [und] eine Verbandseinheit vorgegeben, wo keine besteht bzw. bestehen kann“ (Bauer 1978, S. 82). In gleicher Weise argumentiert Merchel, der als einzig verbindendes Element der Parität „die gemeinsame Sorge um die politische und wirtschaftliche Zukunft ihrer jeweiligen Einrichtungen“ erkennt (Merschel 2003, S. 116). Diese Einschätzungen hinterfragen die Grundprinzipien von „Pluralität, Offenheit, Toleranz“ kritisch und beschreiben sie als prekäre ideelle Grundlage, auf der sich der DPWV als Mittler zwischen seinen Mitgliedern inszeniert, um dem Vorwurf, der „Lumpensammler der Sozialarbeit“ zu sein, zu entgehen (vgl. Boeßenecker 2005, S. 203). Darüber hinaus erfüllt der Paritätische durch seine Struktur einige der Kriterien als Spitzenverband nicht, da der Verband z.B. kein bundesweiter Träger von Einrichtungen unter einer gemeinsamen Idee darstellt. Damit sieht sich der Verband vergleichsweise häufiger der Gefahr ausgesetzt, in eine „randständige“ Position im Feld der Freien Wohlfahrtspflege zu geraten (vgl. ebd., S. 204). Demzufolge empfehle sich für die Parität eine Stärkung der anwaltschaftlichen Interessenvertretung als Chance, um diese Defizite überbrücken (vgl. ebd., S. 195). Die Interessenvertretung wird von der Parität in ihrer Bedeutung unterstrichen, da sie zugleich wesentliche Funktion für die heterogenen Mitgliedsorganisationen erfüllt.

„Der PARITÄTISCHE fördert das soziale Engagement für den anderen und den Einsatz für die eigenen sozialen Belange. Er hilft den Betroffenen, ihre Interessen zu formulieren, vorzutragen und durchzusetzen. Der PARITÄTISCHE vertritt mit seinen Mitgliedsorganisationen insbesondere die Belange der sozial Benachteiligten und der von Ungleichheit und Ausgrenzung Betroffenen oder Bedrohten. Der PARITÄTISCHE wirkt auf eine Sozial- und Gesellschaftspolitik hin, die die Ursachen von Benachteiligung beseitigen, ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen und sachgerechte Rahmenbedingungen für eine zeitgemäße soziale Arbeit schaffen“ (DPWV 1989).

Die Parität und Europa

Die Parität kann aufgrund ihrer spezifischen Entstehungsgeschichte und der heterogenen normativen Grundlage auf keine eigenständige europäische oder internationale Tradition zurückgreifen. Im Zuge der Darstellung auf der Website www.eu.paritaet.org wird die Europaarbeit der Parität unter Berücksichtigung der europäischen Sozialpolitik und vor dem Hintergrund der Debatte um die Dienstleistungen von allgemeinem Interesse aufgezeigt. Hier verdeutlicht sich die europäisch akzentuierte Interessenvertretung der Parität bzw. der wohlfahrtstaatlichen Strukturen in Deutschland:

„Es gilt, unsere guten Argumente für die Bewahrung unserer erprobten und historisch zu Recht begründeten wohlfahrtlichen Strukturen auf EU-Ebene sowohl gegenüber den Entscheidungsträgern als auch möglichen Kooperationspartnern zu vermitteln“ (www.eu.paritaet.org, 02.05.2007).

Insofern erstaunt es nicht, dass der DPWV seine normative Grundlage konzeptionell an die Idee einer europäischen Zivilgesellschaft anlehnt: Sie wird als Chance interpretiert, eine „neue Legitimationsmöglichkeit für den Paritätischen“ darzustellen, da die europäische Zivilgesellschaft auf den Prinzipien des Pluralismus, der Freiwilligkeit und Autonomie sowie der Chancengleichheit und Partizipation beruhe (vgl. Haas 2000, www.eufis.de/317.html). Diese Option ermögliche es, sich fernab des korporatistischen Gefüges in einer „neuen gesellschaftliche[n] Position sinnvoll“ zu verorten (ebd.). Zugleich wird von einem Verbandsvertreter ein pragmatischer Zugang in der Europaarbeit unterstrichen, um europäische Prozesse frühzeitig zu erkennen (vgl. C 6, S. 6ff.).

Die Parität unterhielt von 2001 bis Ende 2006 eine Repräsentanz in Brüssel, die aufgrund finanzieller Überlegungen eingestellt wurde; die Europaarbeit wird nun vom Bundesverband in Berlin koordiniert z.B. durch die Arbeit des Koordinierungsausschusses Europa (vgl. DWPV 2006, S. 26). In den Landesverbänden der Parität arbeiten ca. 21 Europareferenten, die in einem Europa-Ausschuss der Landesverbände ihre Arbeit koordinieren. Die ehemalige Repräsentanz der Parität sollte die europäischen Entwicklungen beobachten sowie nach Organisationen Ausschau halten, „die mit uns vergleichbar sind, mit denen wir Andockstellen haben, mit denen wir Schnittstellen haben (...), mit denen wir Gemeinsamkeiten finden können“ (C 6, S. 7, 41-45). Dabei spielte zu Beginn durchaus die Idee eine Rolle, eine „Euro-Parität“ aufzubauen (vgl. C 6, S. 9, 35ff.). Inwieweit die Schließung der Vertretung in Brüssel einen Abschluss der Partnersuche bedeutet, ist hier nicht zu beantworten.

Die Parität kann sich nicht innerhalb eines grenzübergreifenden europäischen Familienhintergrunds verorten, da der Verband eine spezifisch deutsche Organisation darstellt und schwerlich organisatorische Entsprechung im Ausland vorfindet.

„Beim Paritätischen gibt es auch hier wiederum einen Unterschied zu den konfessionellen Kollegialverbänden. Der Unterschied ist schon von der Struktur, von der inneren Natur der Verbände her auch gegeben. Das heißt, während Caritas und Diakonie natürliche Partner, natürliche Organisationen im Ausland haben und auch ein sinnstiftendes Moment der Integration haben über bestimmte Grenzen hinweg, verbunden über die Religion, oder über Konfession, das ist im Paritätischen erst einmal nicht selbstverständlich, weil wir ein Zusammenschluss von selbständigen Organisationen sind, die natürlich national und in ihrer Wirtschaftsweise und Arbeitsweise lokal verortet sind“ (C 6, S. 6, 1-9).

Der DPWV ist folglich nicht in ein Familiennetzwerk eingebunden und weist in dieser Hinsicht ein eingeschränkteres transnationales Kooperationspotenzial auf.²³⁵ Die Heterogenität des Verbands und die allgemeine Basis von „Pluralität und Toleranz“ könnten sich auf europäischer Ebene im Vergleich mit anderen Spitzenverbänden als strategischer Nachteil auswirken: Dem DPWV ermangelt es an strategischen Zugänge zum transnationalen Feld, wengleich der Bundesverband durch die Einbindung in thematische Netzwerke transnationale Kooperationen nutzt. So ist der Bundesverband über verschiedene Fachabteilungen Mitglied in EURAG, dem EAPN, ECRE und AGE. Allerdings bewertet ein Verbandsvertreter dies nicht als strategischen Nachteil, sondern als nur „teilweise andere Voraussetzungen (...) als die Kollegialverbände (...), die aber nicht unbedingt ein großer Nachteil sein müssen“ (C 6, S. 18, 13-18). Dies wird begründet mit der schwierigen Struktur in den Familiennetzwerken, in denen die Mitgliedschaft quasi unfreiwillig zustande kommt und „starke Partner in naturgegeben Netzwerken eine sehr dominierende Rolle übernehmen“ (ebd., 25-26).

Allerdings zeigt sich, dass die weltanschaulich breite Grundlage des DPWVs bei der Partnersuche in den mittel- und osteuropäischen Ländern als Vorteil zu Buche schlägt: In diesem Kontext verfügen Organisationen wie die Parität über einen Wettbewerbsvorteil, da die weltanschauliche Offenheit für die Organisationen in den Transformationsländern attraktiv ist. Daraus ergeben sich Legitimationsvorschüsse, die bilaterale oder transnationale Kooperationsbeziehungen ermöglichen (vgl. Lauer 2005, S. 185).

Darüber hinaus weisen die zahlreichen Mitglieder der Parität eigene europäische Vernetzungsbeziehungen auf, in die der Paritätische Bundesverband selbst nicht eingebunden ist.

²³⁵ vgl.: „Wir haben ja (...) noch kein eigenes Netzwerk, sozusagen paritätisch wie vergleichbare Organisationen in Europa, wir sind aber indirekt in verschiedenen Netzwerken drin (...) über die BAG FW, das Europabüro in Brüssel, zu ET Welfare, dann die Plattform (...) und zum dritten sind unsere Fachabteilungen in Fachnetzwerken“ (B 9, S. 1, 7-11).

Am Beispiel des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB) als eine überregionale Mitgliedorganisation schildert ein Vertreter der Parität, dass diese großen überregionalen Organisationen die Parität für die nationale Arbeit benötigen, aber „für ihre internationale Arbeit (...) sie den Spitzenverband nicht [brauchen]“ (C 6, S. 2, 27-29).²³⁶

6.2.5 Interessenvertretung der deutschen Wohlfahrtsverbände

Ergänzend zu der Darstellung der Einzelverbände soll auf die gemeinsame interessenpolitische Dachorganisation, die Bundesarbeitsgemeinschaft Freier Wohlfahrtspflege, vor dem Hintergrund des europapolitischen Engagements eingegangen werden.

„Bei aller Unterschiedlichkeit ihrer weltanschaulichen Grundhaltungen verbindet die in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege kooperierenden Verbände ein Wohlfahrtsverständnis, das nicht nur die Sozialpflicht des Staates sieht. Vielmehr heben die Wohlfahrtsverbände sozialverantwortliches Handeln für sich selbst und für den Mitmenschen als ein Wesenselement des Sozialstaats hervor. Den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege ist insofern gemeinsam, dass sie nicht nur Träger sozialer Dienste und Einrichtungen repräsentieren. Sie motivieren darüber hinaus Menschen zum Einsatz für das Gemeinwohl und verstehen sich als Anwalt für Hilfebedürftige dem Gedanken sozialer Gerechtigkeit folgend“ (BAG FW 1997, S. 1).

Dieses Selbstverständnis verdeutlicht die Multifunktionalität der deutschen Wohlfahrtsverbände, wobei ihre zivilgesellschaftlich-politische Funktion als Anwalt für Hilfebedürftige und Gerechtigkeit unterstrichen wird. Neben der Beratung, Abstimmung und Zusammenarbeit auf nationaler Ebene sieht BAG FW ihre Aufgabe „in der Vertretung der Belange der Freien Wohlfahrtspflege gegenüber der Europäischen Union und ihren Organen“ (vgl. BAG FW 2002, § 3). Die BAG FW fungiert als gemeinsame Lobbyorganisation, die die Heterogenität der sechs Verbände zurücktreten lässt. Um die gemeinsamen Interessen zu vertreten, wird auf eine „verbandsübergreifende Sprache [zurückgegriffen, E.S.] und abgestimmte Strategien entwickelt: Dies heißt, Schnittmengen auszuloten, zu managen und lobbyistisch in konkurrierender Auseinandersetzung gegenüber anderen Interessen durchzusetzen“ (Boeßenecker 2005, S. 38).²³⁷ Boeßenecker kennzeichnet dieses System der In-

²³⁶ Interessanterweise ist der ASB als Organisation „parteipolitisch und konfessionell völlig unabhängig“ (B 10, S. 4, 41) und daher Mitglied im DPWV, „weil der ja so Auffangbeckenfunktion hat“ (ebd., 46). Dennoch existieren im ASB historische „Affinitäten“ und „Wurzeln in der Arbeiterschaft“ (ebd., 38), die zu einer europäischen Vernetzung mit Solidar (vgl. Profil der AWO) führte. Darüber hinaus etablierte der ASB das eigenes Netzwerk SAINT, um insbesondere den osteuropäischen Samariterorganisationen „eine Heimat“ und „Rückhalt“ zu geben“ (ebd., S. 7, 5).

²³⁷ Die Verbände waren zunächst nicht alle in der BAG FW vertreten, zum Beispiel trat die AWO erst nach dem 2. Weltkrieg der BAG FW bei.

teressenvertretung als „*closed shop Strategie wohlfahrtsverbandlicher Interessenvertretung*“ (ebd., S. 39) [Hervorh. E.S.].

Neben der exkludierenden Funktion nach Außen mindert die BAG FW als Kooperationsinstanz zugleich die konkurrenten Strukturen zwischen den Wohlfahrtsverbänden nach innen in das Feld ab. Darüber hinaus verdeutlicht sich anhand der BAG FW die enge Verflechtung der Spitzenverbände mit dem politischen System, die exemplarisch an der komplexen Struktur von Mitgliedschaften der BAG FW in diversen Arbeitsgruppen, Gremien und Ausschüssen ablesbar wird. Diese Verflechtungen produzieren einen Koordinationsdruck zwischen den Wohlfahrtsverbänden, der die binnenorganisatorischen Auswirkungen der Konkurrenz und Rivalität abmildert (vgl. Bauer 1978, S. 98). Die Existenz dieser Sonderorganisation ist für beide Seiten funktional und bedeutsam: Sowohl die Akteure der Freien Wohlfahrtspflege als auch die Akteure des politischen Felds profitieren von dieser Schnittstelle: „Es sind die Nahtstellen gegenseitiger Beeinflussung“ (Bauer 1987, S. 99).²³⁸

Die BAG FW und Europa

Das Vertretungssystem der BAG FW wurde bereits 1990 auf die *europäische* Interessenvertretung übertragen, in dem die BAG FW ein Europabüro in Brüssel eröffnete. Die Lobbyfunktion gegenüber den EU-Institutionen sowie die Vermittlungsfunktion zwischen europäischer und nationaler Ebene gehört ebenso zum Aufgabenprofil sowie „die Rolle und die Aufgaben von Wohlfahrtsverbänden in den Mitgliedstaaten und in der EU zu klären und die Freie Wohlfahrtspflege europäisch zu positionieren“ (<http://www.bagfw.de/?id=319>). Weitere Aufgabenschwerpunkte der BAG FW sind:

- Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen aller deutschen Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege durch Einflussnahme auf die nationale Gesetzgebung und die EU-Gesetzgebung (Lobby-Funktion),
- Information und Auswertung der die Freie Wohlfahrtspflege berührenden EU-Gesetzgebung,
- Aufbereitung und Koordinierung der verschiedenen sozialpolitischen Vorhaben mit Blick auf die sich daraus entwickelnden EU-Förderprogramme und Erschließung von Finanzierungsquellen zum Aufbau wohlfahrtsverbandlicher Strukturen in Europa,
- Begleitung der BAG FW-Mitgliedschaft im Wirtschafts- und Sozialausschuss,²³⁹
- Begleitung und Koordination der Zusammenarbeit mit Wohlfahrtsverbänden anderer Mitgliedstaaten im ETWelfare,
- Abstimmung der Europaarbeit der Verbände“ (<http://www.bagfw.de/?id=319>).

²³⁸ Bauer verweist auf die historisch gewachsene Struktur dieser Beziehung und der mediatisierenden Funktion der Verbände, die bereits in der Weimarer Republik angelegt wurden. In der Zusammenarbeit wurden Mittel für die Verbände bereitgestellt, die wiederum „dem Reich Einflussnahme und Kontrolle ihrer [der Verbände, E.S.] Tätigkeit gewährleisten“ (Heckel o.J., zit. nach Bauer 1978, S. 100).

²³⁹ Die Arbeit wird für die Berufungsperiode von 2006-2010 von Soscha Gräfin zu Eulenburg, Vizepräsidentin des DRK weitergeführt (vgl. BAG FW 2007, S. 44).

Die europäische Interessenvertretung wird folglich durch die Kooperationen in dem Netzwerk ETWelfare sowie durch die Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (Gruppe III) bestimmt. Hier „besteht für die Freie Wohlfahrtspflege die Möglichkeit, ihre Positionen und Anliegen, aber auch ihren Sachverstand in die europäische Diskussion einzubringen“ (BAG FW 2007, S. 45). Im nationalen Feld koordiniert die BAG FW durch ihren Europa-Ausschuss die Arbeit der Europareferenten der einzelnen Verbände (vgl. BAG FW 2007a, S. 42)²⁴⁰ und unterstützt damit den engen Austausch dieser „Europa-Elite“, der quer zu Organisationsgrenzen verläuft (vgl. Kap. 6.3).

Das Netzwerk ETWelfare

Der *European Round Table of Charitable Social Welfare Associations – ETWelfare* wurde Anfang der 90er Jahre durch die BAG FW gegründet und bündelt 14 nationale sowie fünf europäische Dachorganisationen, um die Zusammenarbeit nationaler und europäischer Wohlfahrtsverbände zu fördern. Die Arbeit von ETWelfare fokussiert die Rolle der Wohlfahrtsverbände in Europa sowie die Interessen der Nutzer und „die Rechte der am stärksten Benachteiligten“ (<http://www.etwelfare.org/>).

Die Arbeit von ETWelfare begründete sich in der Entstehung vor allem auf die Erklärung Nr. 23 im Maastrichter Vertrag. Diese Erklärung, die eine Zusammenarbeit der EU mit den Wohlfahrtsverbänden festschrieb (vgl. Kap. 2.3), ermöglichte dem Netzwerk ETWelfare finanziell eine gewisse Stabilität aufgrund der aufgelegten europäischen Haushaltlinie für Wohlfahrtsverbände. Diese Haushaltlinie wurde jedoch angefochten, so dass viele NGOs und Netzwerke in der Folge über die Haushaltlinie „Kampf gegen Ausgrenzung und Armut“ finanziert wurden. Dies führte dazu, dass einige Netzwerke „ins Schwanken“ gerieten (vgl. A 4, S. 1) und ihre politische Arbeit begrenzen mussten.

Dennoch wird aus der Entstehungsgeschichte deutlich, dass ETWelfare aus deutscher Sicht ein frühzeitiger „Versuch einer sehr losen Kooperation“ war, „um ganz einfach auch erste Erfahrungen zu machen“ (B 22, S. 14, 17-1). Erst im Laufe der Zeit sei es zu einer „Konstruktion mit verbindlicher Struktur“ herangewachsen (B 22, S. 4, 17-29).

Zum Zeitpunkt der durchgeführten Befragung befand sich ETWelfare in einer schwierigen Situation, da die finanzielle Grundlage und die damit verknüpften Personalressourcen ungeklärt waren (vgl. ebd.). Die zukünftige Struktur von ETWelfare wurde im Hinblick auf

²⁴⁰ Zur Arbeit der Europareferenten in den Verbänden vgl.: „Aber es gab die regelmäßigen Treffen im Europausschuss und sämtliche Kommunikationskanäle, die man hat“ (B 9, S. 14, 17-19).

Mitgliederbeiträge diskutiert. Die Mitgliedsorganisationen standen zu dem Zeitpunkt vor der Frage, wie viel sie „investieren“ (C 6, S. 14, 42).

Aufgrund dieser offenen Fragen variieren die Bewertungen der Befragten hinsichtlich der Arbeit von ETWelfare. So lange ein „ungezwungener Erfahrungsaustausch“ und nicht eine politische Interessenvertretung gefragt sei, stelle ETWelfare ein gelungenes Experimentierfeld dar (vgl. B 22, S. 8, 40-50). Andere befragten Verbandsvertreter sehen in dem Zusammenschluss „eine Hülle, die noch Inhalte sucht“ (B 9, S. 1, 37) und „kein Eigenleben“ (B 9, S. 2, 6) vorweise. Uneinigkeit besteht auch über die Frage, ob ETWelfare als Policy Maker zu verstehen sei, Befürworter verstehen die Arbeit des Netzwerks in diesem Sinne („ETWelfare ist als erste Organisation mit politischen Vorschlägen draußen“; A 4, S. 3, 4-6), andere bewerten die politische Durchsetzungskraft eher gering (vgl. B 22, S. 8, 40-50). Das Problem wird mit einer „Diskompatibilität“ (C 6, S. 15, 5) von Erwartungshaltungen zwischen Wohlfahrtsverbänden und der Kommission erklärt: Der breite sozialanwaltschaftliche Vertretungsanspruch von Wohlfahrtsorganisationen, der insbesondere für die deutschen Organisationen typisch ist, treffe nicht die Erwartungen europäischer Akteure: Die Europäische Kommission favorisiere aus dem Feld der Interessenvertretung fachspezifische und thematische NGOs ohne einen umfassenden Vertretungsanspruch („das will die Kommission nicht“; C 6, S. 15, 2). Dies bestätigt sich auch in der Studie von Steidle: Die deutschen Wohlfahrtsverbände werden von der Europäischen Kommission weniger wahrgenommen, da sie eher an europäische Netzwerke herantritt (vgl. Steidle 2005, S. 56). Dies verdeutlicht sich in dem europäischen Ansatz der Kommission, der in Kapitel 3.4 weiter vorgestellt wird. ETWelfare wurde trotz starker Vorbehalte in der European Platform of Social NGOs Mitglied, da man diesem Umstand „nicht entkommen“ konnte (A 4, S. 5, 8), trat aber offenbar wieder aus (vgl. Mitgliederliste der Social Platform, Stand Dezember 2007).

6.2.6 Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Europaarbeit

Die vier vorgestellten Wohlfahrtsverbände zeichnen sich neben den erläuterten Gemeinsamkeiten ihrer Multifunktionalität und der spezifischen Struktur der Interessenvertretung gleichzeitig durch ein hohes Maß an Differenz aus.

Als *gemeinsames* Element der Interessenvertretung bestätigt sich, dass organisationsbezogene Bestandinteressen in den Verlautbarungen der Verbände kaum erwähnt werden und dagegen die advokatorische Interessenvertretung unterstrichen wird – obgleich diese als

nachrangig gegenüber den Besitzstandinteressen bewertet werden kann (vgl. Steidle 2005, S. 33). Darüber hinaus führt das Kooperationsgeflecht der Wohlfahrtsverbände zu einer gemeinsamen Vertretungsstruktur in der Europäischen Union.

Die Elemente der transnationalen Kooperationsbeziehungen bilden ein Set von Zugangswegen ab:

- Vertretungen in Brüssel durch nationale Einzelverbände (Verbindungsbüros oder durch Reisen) und durch die BAG FW (Mitgliedschaft im WSA),
- Einbindung in transnationale Familiennetzwerke (Caritas Europa, Eurodiaconia, Solidar, Red Cross Europe),
- Einbindung in transnationale thematische Netzwerke wie z.B. European Anti-Poverty Network (EAPN),
- Einbindung in transnationale Netzwerke, die organisationsbezogene-institutionelle Aspekte der Wohlfahrtsverbände vertreten (ETWelfare) oder CEDAG (Comité Européen des Associations d'Intérêt Générale),
- Indirekte Beteiligung über die europäischen Netzwerke an der sektoralen Vertretung in der European Platform of Social NGOs („Social Platform“).²⁴¹

Die *Differenzen* beziehen sich auf die Größe und Ressourcen der Verbände sowie auf die normativen und weltanschaulichen Grundlagen der Wohlfahrtsverbände, auf deren Basis sich unterschiedliche Strategien und Zugangswege entwickeln: Die konfessionellen Wohlfahrtsverbände verfügen traditionell über eine transnationale Struktur von Familiennetzwerken, die einen spezifischen Typus transnationaler Kooperationen darstellen. Darüber hinaus können die „reichen“ Verbände neben den Netzwerken, die auf der Zugehörigkeit zu einer bekenntnisgebundenen Gruppe beruhen, eigene Vertretungsstrukturen in Brüssel unterhalten und ihre Interessen unmittelbar in Brüssel vertreten. Auf diese Weise kann die Transnationalisierung in Bezug auf die partikularistische Interessenvertretung sowie auf eine inhaltlich-bezogene Dimension erfolgreich umgesetzt werden.

Die beiden kleineren Verbände AWO und Parität können auf keine eigene Repräsentanz (mehr) zurückgreifen, die AWO muss dies mit der Mitgliedschaft in dem weltanschaulichen Netzwerk Solidar kompensieren, während die Parität keine familien-ähnlichen Vernetzungsmöglichkeiten auf europäischer Ebene vorfindet. Die Möglichkeiten der europäi-

²⁴¹ Ähnliche Darstellung in Steidle 2005, S. 40.

schen Interessenvertretung und europäischen Arbeit können auf dieser Grundlage nur eingeschränkt umgesetzt werden.

Der Blick auf die Europaarbeit der Organisationen Sozialer Arbeit wird nunmehr durch die Perspektive von Akteuren aus dem Feld der freien Wohlfahrtspflege ergänzt. Dabei werden Daten aus der quantitativen Befragung berücksichtigt, die im Rahmen des Projekts „Netzwerke der Sozialen Arbeit“ erhoben wurde. Ferner werden die Wahrnehmungen und Einschätzungen der befragten Akteure im Rahmen der qualitativen Befragung ergänzt.

6.3 Die Europaarbeit aus deutscher Sicht

Die Perspektiven auf die Europaarbeit können nunmehr vertieft werden. Zunächst zeigen die Ergebnisse der quantitativen Untersuchung des Projekts „Netzwerke der Sozialen Arbeit“, dass europäische Kooperationen und Mitgliedschaften vorliegen, wenngleich sie noch in Entwicklung begriffen sind.

Die quantitative Befragung von Organisationen Sozialer Arbeit²⁴² verdeutlicht, dass in den Organisationen dem Thema Europa insgesamt noch kein ausgeprägter Stellenwert zukommt. In den Wohlfahrtsorganisationen sind durchschnittlich 3% der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit dem Thema europäische Kooperationen strategisch und planerisch befasst, bei den Bundesarbeitsgemeinschaften (BAG) umfasst dieser Anteil ca. 10%. Betrachtet man die Ebene der Leitung, befassen sich im Durchschnitt 5% mit Europa. Dieser niedrige Stellenwert drückt sich zugleich in den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln aus: Die Organisationen reservieren im Durchschnitt 2% des Gesamtbudgets für die Europaarbeit bzw. für europäische Kooperationen. Planen Organisationen einen größeren Anteil des Budgets für europäische Kooperationen ein, führt dies nicht unmittelbar zu einer höheren Anzahl an Netzwerkmitgliedschaften. Über die Hälfte der Befragten richten keine speziellen Arbeitseinheiten für den Europa-Bereich ein. Insofern bildet sich hier möglicherweise ein Trend zu einer Institutionalisierung der Europaarbeit in den eigenen Strukturen ab. Ein hoher Anteil von Wohlfahrtsorganisationen und BAG bezieht systematische Informationen über „Europa“, wenngleich europäische Themen nur „gelegentlich“ im Alltagsgeschäft aufgegriffen werden. Dabei sind die Akteure vor allem an Informationen zu Förderprogrammen interessiert. Dies unterstreicht, dass ein ökonomisches Interesse in der

²⁴² Vgl. Kap. 4.2

Europaarbeit dominiert. Ferner interessieren sich die Befragten für Projekte und das Thema „Netzwerkarbeit und Kooperation“, wobei sich die Bundesarbeitsgemeinschaften etwas stärker für dieses Thema interessieren als die Wohlfahrtsverbände. Diesen konkreten Interessen folgt ein eher allgemeines Interesse an fachlichen und politischen Themen in Europa. Europa wird von den Organisationen demnach eher „ausschnittsbezogen“ auf bestimmte Förderprogramme und Projekte bezogen bearbeitet, da die fachlich-politischen Auseinandersetzungen tendenziell von nationalen Prozessen und Entwicklungen dominiert bleiben.

Etwa 70-80% der befragten Organisationen unterhalten Kontakte zu einer bis fünf anderen europäischen Organisationen, wobei diese Kontakte eher „gelegentlich“ und von „mittlerer Intensität“ sind. Eine hohe Beteiligung erfahren transnationale Projekte, um die 60% der Organisationen sind in europäische Projektzusammenhänge wie z.B. EQUAL eingebunden.

Die Hälfte der befragten Organisationen unterhält europäische Netzwerkmitgliedschaften. Dabei weist der Bundesjugendring innerhalb der Stichprobe die meisten Netzwerkmitgliedschaften auf. Das Spektrum der transnationalen Netzwerkmitgliedschaften ist sowohl im Hinblick auf die thematische als auch die geographische Ausrichtung äußerst heterogen: Die Organisationen sind in bi-nationalen Netzwerken mit hoher Themenspezifität als auch in international operierenden NGOs mit breiter thematischer Orientierung Mitglied. Die meisten aufgeführten Netzwerke können thematisch im Bereich „Kinder und Jugend“ verortet werden. Darüber hinaus dominiert das Thema Gesundheit und behinderte Menschen, gefolgt von Netzwerken, die allgemeinen sozialen Themen zugeordnet werden können.

6.3.1 Europa: Hip, aber abstrakt?

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die Befragung, die in dem Zeitraum von 2003-2004 durchgeführt wurde und bilden die Sicht der Befragten Verbands- und Organisationsvertreter auf „Europa“ bzw. die Europaarbeit zu diesem Zeitpunkt ab.

In den Organisationen verläuft die Entwicklung der Europa-Arbeit unterschiedlich. Einige Organisationen erkannten die Bedeutung der europäischen Ebene recht frühzeitig und legen dem Thema „als wahnsinnig interessante Geschichte“ oder aufgrund der „Notwendigkeit, diese Arbeit in Angriff“ zu nehmen (B 4, S. 10, 26), eine hohe Bedeutung bei, da man

sonst „sang- und klanglos“ unterginge (B 20, S. 9, 20-23; B 19, S. 6, 11). Für andere Organisationen stellt Europa noch „eine neue Situation (...), eine neue Entwicklung [dar], die immer stärker ins tägliche Geschäft reinspielt“ (B 1, S. 3, 34-36). Der Zwang, sich dem ehemals „stiefmütterlichen“ Thema Europa stärker als in der Vergangenheit zu widmen, wird für die nationalen Akteure zunehmend deutlicher (B 5, S. 6, 15-16).

„Durch das zusammenwachsende Europa, dass wir uns gerade im sozialpolitischen Bereich europäisieren, ob wir das jetzt wollen oder nicht, wenn wir es nicht tun, verlieren wir einfach, (...) wenn wir strategisch nach vorne denken, [werden wir] nicht drumrum kommen, Tendenz steigende Bedeutung“ (B 17, S. 11, 9-13).

Nunmehr sei „Europa [ist] ja zunehmend auch ein Thema, was bewusst gesehen wird. Das ist ja noch nicht so selbstverständlich, Europa war ja immer sehr abstrakt“ (B 4, S. 4, 9-10). Es lässt sich eine Tendenz erkennen, dass sich die Organisationen auf „eine völlig andere Sichtweise“ einstellen, „in dem wir sagen, alles was wir tun, denken wir zunächst einmal immer europäisch und gar nicht mehr unbedingt so national, das ist eine andere Situation als vor vier Jahren da war das anders“ (B 22, S. 2, 39-42).

Diese Entwicklung wird verknüpft mit unterschiedlichen Ereignissen wie dem Vertrag von Maastricht sowie dem zu dem Zeitpunkt der Befragung aktuellen Thema der Daseinsvorsorge, die das europapolitische Interesse der Organisationen Sozialer Arbeit anwachsen ließ (vgl. B 7, S. 1, 25-33) und den Willen zur Verbesserung ihre „Europafähigkeit“ stärkte (B 6, S. 2, 17). Die Befragten konstatieren, das Verständnis, den Blick über den nationalen Tellerrand zu wagen und Gemeinsamkeiten in den unterschiedlichen Sozialstaaten zu erkennen, sei gewachsen. Dies zieht einen Wahrnehmungswechsel nach sich, die Europa-Engagierten werden nicht mehr als „Spinner“ wahrgenommen (vgl. B 22, S. 12, 2-33), wenngleich die Anzahl der Europainteressierten als gering eingeschätzt wird: „Hier im Haus, die Europainteressierten die können sie wirklich herausfiltern und von den 300 Leuten sind es vielleicht zehn, die sagen, ich mache das“ (B 22, S. 13, 50-51).

Das unterschiedliche Engagement und die unterschiedlichen Arbeitsstrukturen stehen in Zusammenhang mit der je spezifischen Organisationsgeschichte und Selbstverständnis. So können sich Organisationen auf der Bundesebene durchaus nur auf nationale Politik hin ausrichten: „Wir arbeiten im Grunde nicht zum Thema Europa. Ich weiß noch nicht, ob ich das gut finden soll oder nicht, aber es ist irgendwie nicht so wirklich ein Thema. Das ist vielleicht auch wieder diese Selbstbezogenheit“ (B 12, S. 11, 35-48).

Demgegenüber lässt sich zugleich die Aufgabenteilung der Europaarbeit zwischen nationalen und regional-lokalen Organisationsgliederungen finden: „Die sagen dann, dafür zahlen wir Beiträge, damit das unsere Interessenvertretung für uns auf der nationalen Ebene regelt“ (B 9, S. 8, 49-50), so dass europäische Themen für die unteren Organisationsebenen nicht relevant werden müssen. Insofern sei der „große Gedanke des europäischen Integrationsprozesses“ auf der lokalen Ebene nicht immer gegeben. „Das macht sicherlich auch so eine gewisse Diskrepanz dann aus in der europäischen Betätigung oder in der Schwerpunktsetzung in der Europaarbeit zwischen Bundesverbänden (...) [und] den regionalen Gliederungen (C 6, S. 8, 32-43). Ein weiterer Befragter bestätigt, dass die unteren Verbandsebenen wahrscheinlich nicht wissen, „warum sie europäisch arbeiten sollen“ (A 4, S. 4, 28-30), da sich nur schwer eine erkennbare Relevanz der europäischen Themen zu der eigenen Arbeit auf lokaler oder regionaler Ebene herstellen ließe.

Eine weitere Diskrepanz entsteht durch die unterschiedlichen Interessen regionaler und lokaler Organisationen gegenüber ihren Dachverbänden: Landesverbände betrachteten Europa in der Vergangenheit eher als „schöne Zapfsäule“ und nicht als politische Handlungsebene (vgl. B 3, S. 6, 39). Mittlerweile sei aber die Erkenntnis vorgebracht, dass „Europa auch eine Rolle spielt und dass man das nicht als fernab und hat mit uns nichts zu tun, abtun kann“ (ebd., S. 7, 1-2).

Die Delegation der Europaarbeit an übergeordnete Ebenen zieht zugleich Erwartungen gegenüber der verantwortlichen Bundesebene sowie Legitimationsprobleme nach sich:

„es gibt schon viele Leute mit Zweifeln, die sagen, was soll das alles, wozu ist das eigentlich gut, Tourismus, und dann machen sie sich ein paar schöne Tage in Italien oder so. Also, das erkannt zu haben in einer Organisation, ist, denke ich, eher den Bundesebenen vorbehalten als der Ortsebene, wobei es Ausnahmen da natürlich gibt“ (B 17, S. 4, 28-32).

Im Zusammenspiel mit Mitgliedsorganisationen auf lokaler oder regionaler Ebene sieht sich die Europaarbeit vor Legitimationsproblemen, da die Bedeutung und Notwendigkeit der Arbeit noch nicht flächendeckend erkannt wird. Da die Europaarbeit ein teures „Hobby“ darstellt, das „nur Geld kostet“ (B 4, S. 17, 37-40)²⁴³, entsteht ein interner Legitimations- und Rechtfertigungsdruck (B 10, S. 11, 41-42). Nicht nur das eigene Personal, sondern auch die Mitgliedschaften in europäischen Netzwerken sind eine Investition, die sich kleine Organisationen kaum leisten können (vgl. B 20, S. 4, 7-10). Bei Mitgliedsbeiträgen

²⁴³ Ein Befragter formuliert das zurückhaltende Engagement seiner Organisation: „weil wir ganz banal kein Pulver haben, um in Europa rum fliegen zu können“ (B 21, S. 2, 32-33). Oder: „also nur Mitgliedsbeiträge zu bezahlen und Tagungseinladungen zu bekommen und Geld auszugeben, um in der Gegend herumzufliegen, das macht nur ein Verein der nicht weiß, wohin mit dem Geld“ (B 21, S. 7, 34-38).

von 5.000€ bis 35.000€ für ein europäisches oder internationales Netzwerk (vgl. B 17, S. 1, 29ff.; B 10, S. 11, 22ff.) müssen im Gegenzug substantielle Informationen und Frühwarn-effekte als *Nutzen* der europäischen Netzwerkarbeit für die Mitglieder erkennbar werden. Die Frage „was haben wir denn davon“ wird für Mitglieder schwer „messbar“, wenn sich der Ertrag nicht in rückfließenden europäischen Projektmitteln ausdrücken lässt (vgl. B 17, S. 1, 29-41). Hier gerät die europäische Arbeit schnell in Gefahr, als „Tourismus“ abqualifiziert zu werden, wenn Informationen und Transparenz ausbleiben (vgl. B 19, S. 11, 43-48). Dem kann nur entgegengewirkt werden, indem man „laufend im Jahr immer wieder Informationen von der europäischen Ebene liefert“ (B 10, S. 11, 22-37).

Insofern wird nicht nur mangelndes Interesse der Mitglieder kritisiert, sondern auch die Verantwortung der Referenten angemahnt, ihre Arbeit ausreichend transparent zu gestalten und zentrale Informationen in die Verbandskommunikation einzuspeisen, damit die Informationen „eben nicht irgendwo auf Etagen hängen bleibt, weil es keine Gremien gibt, wo das nach unten transportiert wird“ (B 4, S. 12, 40-41), auch wenn das Thema „so weit weg zu sein scheint“ (B 18, S. 9, 29). Die Referenten verstehen sich darüber hinaus als Service-Partner für weitere Anfragen aus der eigenen Organisation, es obliegt ihnen eine „Bringschuld“, Informationen vorzuhalten und die eigene Organisation ausreichend zu informieren (vgl. B 19, S. 22, 26-33). Insofern reicht es nicht aus, einen repräsentativen „Sozialtourismus“ und „Imagegewinn“ zu betreiben oder einen „Oberbürgermeister einzuladen (...), der möglichst eine große dicke Goldkette umhängen hat“ (B 11, S. 11, 4-34). Die Schwierigkeit, diese Bringschuld angemessen umzusetzen, wird mit den unterschiedlichen Organisationsstrukturen der hierarchisch-organisierten Verbände und den heterarchischen Netzwerken begründet:

„Informationen sind halt verfügbar, aber sie werden eben nicht aktiv eingefordert und es gibt nicht einen Mechanismus der auslöst, ich muss die übergeordnete Stelle informieren. Das kann ein Nachteil sein, gerade für die Kommunikation ist das nicht einfach. Dann muss man sich selbst auch am Riemen reißen, diese Information auch zu geben“ (B 1, S. 8, 32-44).

Ein anderer Europareferent unterstreicht die Notwendigkeit, das „Europa-Thema“ innerhalb der Organisation transparent und kontinuierlich vorzustellen, denn „dieses Thema ist so was von unhintergebar, also man kann es in keiner Weise als Randthema behandeln, sondern das ist ein wesentliches Kernthema“ (B 19, S. 32, 23-25). Die Referenten sind Ansprechpartner für den Verband und Mitglieder, sie repräsentieren den „europäischen

Gedanken“ in den Organisationen, da sie oftmals allein diejenigen sind, „die mit diesem Eurothema überhaupt was mach[en]“ (B 19, S. 6, 4-6).

Diese Notwendigkeit wird jedoch von den unzureichenden Ressourcen für die Europaarbeit eingeschränkt, sei es auf Bundes- oder Landesebene. In manchen Organisationen ist das Eurothema an die Funktion der Geschäftsführung gekoppelt, wobei aufgrund der hohen Arbeitsbelastung die Ressourcen begrenzt sind: „wenn ich 5% meiner Tätigkeit investieren kann, dann ist es relativ viel. Und insofern habe ich auch manchmal ein schlechtes Gewissen, das ich mich nicht genug um Dinge, die NETZWERK betreffen, auch kümmerge oder mich einbringe“ (B 17, S. 6, 32-35). Dies gilt ebenfalls für die Kapazitäten auf anderen Verbandsebenen, da hier die Aufgabe „Europa eine Aufgabe neben anderen“ darstellt (vgl. B 3, S. 11, 46-50). „Das kriegt man dann so mit, und das ist halt schwierig und darunter leidet die Kommunikation natürlich auch“ (B 1, S. 9, 22-26). Folglich wird eine europäische Dimension zwar „schick und hip“, aber sie soll wenn möglich nichts kosten (C 6, S. 13, 38-39).

Dies steht den Erfahrungen der Europa-Engagierten gegenüber, die durch ihre Arbeit gelernt haben, dass sich Europa nur bedingt „nebenher“ bearbeiten lässt, „man muss es sehr stark beackern, dieses Europa-Thema, wenn man es professionell machen will“ (B 9, S. 13, 45-46). Sonst wird es schwierig, Themen und politische Forderungen „auf die europäische Ebene zu transportieren (vgl. B 14, S. 14, 36).

Dennoch unterstreicht dies die Ergebnisse der quantitativen Befragung – die Organisationen Sozialer Arbeit bleiben zunächst in ihrer Ausrichtung auf die nationalen Politikfelder und Interessenvertretung bezogen und die europäische Arbeit stellt u.U. „nur ein kleines Feld“ dar (B 14, S. 14, 19). Ferner bleiben die Referenten – zumindest in den vorangegangenen Jahren – mit einer besonderen Aura behaftet: Entweder drückt sich dies in Vermutungen wie „wenn da jemand nach Brüssel geht, ob das immer die kompetentesten Leute sind, die da so weg gelobt werden“ aus (B 12, S. 21, 12-16), in Aussprüchen wie „hast du einen Opa, dann schick ihn nach Europa“ (vgl. B 22, S. 21, 34), in den neidvoll vermuteten „Riesengehältern“, die Europa-Referenten in Brüssel verdienen (vgl. B 22, S. 17, 40) oder der Vermutung, dass „die alle in Cocktails schwimmen“ (D 2, S. 25, 42). Das meist sehr persönliche Engagement an „der Schnittstelle“ wird erst langsam mit konkreten Anforderungsprofilen von den Organisationen gefüllt (vgl. B 22, S. 23, 30ff.) und damit auf eine strukturierte Basis gestellt, die mit einer höheren Anerkennung innerhalb der Organisation einhergehen dürfte. So lange dies ausbleibt, kann die „Satellitenrolle“ auch die Gefahr ber-

gen, von der eigenen Organisation „in den Orbit geschossen zu werden“ (B 20, S. 23, 33-37).

Dennoch zeigt sich, dass der Querschnittscharakter von „Europa“ deutlicher in die Organisationen vordringt: „Alle Fachabteilungen haben mehr oder weniger intensiven Kontakt auf die europäische Ebene, (...) die fachlichen Bezüge werden immer deutlicher und auch damit die Notwendigkeit, diese Kontakte zu haben“ (B 9, S. 1, 18-21). Ebenso wird eine Entwicklung der Europaarbeit konstatiert, die sich von einem europäischen Ideenaustausch hin zu überlebensnotwendigen, strategischen Allianzen und Handlungsstrategien bewegt (vgl. B 19, S. 5, 31-44). Neben der fachlichen Notwendigkeit wird auch z.B. im Zuge der Dienstleistungsrichtlinie erkennbar, dass es eigene Interessen zu verteidigen gilt: Der Überlebenskampf nationaler Organisationen tritt deutlich hervor (vgl. C 1, S. 13, 1-7).

Durch das komplexe Gefüge von Zuständigkeiten, Aufgabengebieten, Referenten,²⁴⁴ Repräsentanzen und dem damit verbundenen Vertretungssystem entstehen in einigen Organisationen sogar Kämpfe um „die Lufthoheit“ (B 12, S. 13, 24) in der Europaarbeit sowie Konkurrenzen zwischen den einzelnen Akteuren innerhalb der Organisationen: Jeder Abteilung bemühe sich um schnelle Zugänge, „und wer schneller ist und berichtet zuerst und das ist manchmal auch doppelte Arbeit, ein bisschen unabgestimmt“ (B 6, S. 5, 40-42). Dies führt z.B. dazu, dass Europainteressierte den Weg über die eigene Repräsentanz vermeiden und sich eigene Kommunikationskanäle aufbauen (vgl. B 12, S. 12ff.) oder aber engagierte Landesverbände eigene regional-geprägte Kommunikationsnetzwerke etablieren (vgl. B 4, S. 2f.):

„Jede Organisation hat im Prinzip also schon auf nationaler Ebene das Bedürfnis, ihre eigene Vertretung in Brüssel zu haben. Schon von lokalen Einrichtungen angefangen bis zu nationalen Einrichtungen, Länderbüros und so weiter, das hat auch teilweise seine Berechtigung. Wenn man natürlich bestimmte Länderinteressen besser vertreten kann, wenn man eine eigene Vertretung hat. Das ist ganz klar“ (C 2, S. 9, 32-48).

²⁴⁴ Die verwirrenden Strukturen zeigen sich u.a. in dieser Sequenz: „Und dann begegnete mir Herr A auf dem Gang, das ist der im Paritätischen, der eben bei uns [in einer BAG] im Präsidium ist und die Werkstattfragen vertritt. Und ich sagte, `Tag Herr A, ich gehe jetzt gerade mal zum Herr B.` `Wieso gehen Sie jetzt zu Herrn B?` `Ich denke, der macht doch die Europafragen.` `Ja, Moment, aber ich bin doch derjenige, weil ich die Werkstattfragen mache.` `Aber sie machen doch nichts mit Europa oder wenig.` `Ja das stimmt auch wieder.` `Aber der Herr B hat keine Ahnung von Werkstätten.` Das ist dann halt dieses, sozusagen, dass man quer und um die Ecke denken muss, weil, wenn ich mir meine Bündnispartner suchen will, dann finde ich sie weder in Deutschland noch auf europäischer Ebene direkt. Also, dass ich eine 1:1-Spiegelung habe“ (B 19, S. 30, 41-49; S. 31, 1-2).

„Das ist sicherlich ein Problem, (...) dass diese gesamten Organisationen sehr häufig Selbstläufer sind. Was zur Folge hat, dass eben immer wieder neue entstehen, weil jeder denkt, ich habe nichts davon, ich muss jetzt noch mehr davon kriegen. (...) Also, so wie ich sehe, ist das Ganze noch furchtbar unorganisiert, ja, und ungestaltet, der gesamte Bereich der europäischen Verbindungen und ich glaube, da bleibt doch vieles auf der Strecke“ (B 7, S. 11, 6-23).

Das europäische Kommunikationsnetzwerk verdichtet, verdoppelt und verkompliziert sich zunehmend, hier wird eine klare Aufgabenteilung umso notwendiger (vgl. B 1, S. 9, 5ff.). Dieses Bedürfnis nach Kooperation und Kommunikation drückt sich in dem Wunsch aus, stärkere Vernetzung über Verbandsgrenzen hinaus zu etablieren, um dadurch „ein ganz enges Netz zu flechten“ (B 19, S. 25, 23).

Festzuhalten bleibt, dass die Art und Weise, wie die Organisationen Sozialer Arbeit ihre europäische Arbeit organisieren, noch immer als in Entwicklung begriffen werden muss. Es bilden sich institutionalisierte Strukturen heraus, dennoch sind diese weiterhin Veränderungen unterworfen (das Europa-Thema wird von Referat zu Referat verlegt, eigene Referate werden gegründet, Abteilungen neu zugeschnitten, Repräsentanzen werden geschlossen etc.). Zugleich mangelt es noch an struktureller Verankerung – die Europaarbeit bleibt meist an Personen gebunden (vgl. B 22, S. 7, 27-37).

Weiterhin wird die Art und Weise der Kommunikation in den Organisationen unterschiedlich bewertet – je nach Position der befragten Akteure. Einige Organisationen bilden horizontale Europa-Ausschüsse, andere kommunizieren über das verbandsinterne Kommunikationsnetz oder verbandseigene Publikationen, daher differieren die Einschätzungen des „europäischen Informationsflusses von „relativ gut“ (B 4, S. 12, 42) bis hin „noch im Fluss“ (B 1, S. 34, 20).

Ogleich sich deutliche Brüche und Mängel in der Europaarbeit der Organisationen ablesen lassen, reagiert die europäische Fachöffentlichkeit durchaus sensibel auf die Positionierungen deutscher Wohlfahrtsverbände. Mittlerweile würde den deutschen Wohlfahrtsverbänden vorgeworfen, dass „wir als deutsche Wohlfahrtsverbände (...) dieses Europa unterwerfen wollen, dass wir es dominieren wollen (...), weil es ja in der Tat auch so ist“ (B 22, S. 2, 47-51). Hier zeichnet sich ab, dass die spezifisch deutsche Sicht kombiniert mit dem Interesse, das „deutsche Wohlfahrtsmodell zu propagieren, durchaus die Art und Weise der Interessenvertretung mitbestimmt, in Europa aber auf Widerstand stoßen kann (vgl. Kap. 7.5).

6.3.2 Märchenhafte Kooperation und mächtige Konkurrenz

In der qualitativen Untersuchung stand die Beschreibung und Einschätzung von Prozessen im nationalen Feld nicht im Vordergrund. Dennoch führte die Befragung „deutscher Mitglieder“ von europäischen Netzwerken zu Erkenntnissen über Strukturmerkmale des nationalen Felds der Wohlfahrtspflege. Insofern sollen die Einschätzungen einiger Befragten zu dem nationalen Feld deutscher Wohlfahrtsorganisationen einfließen, um die Felddynamik aufzugreifen und daran anschließend die Kapitalgrundlage deutscher Organisationen Sozialer Arbeit vor dem Hintergrund von Kooperation und Konkurrenz im Feld zu konturieren. Es ist dabei zu berücksichtigen, dass diese Thematik nicht explizit im Leitfaden vorgesehen war, so dass die Sequenzen sich nur auf einige Interviews beziehen. Die hier zusammengestellten Ergebnisse beziehen sich folglich auf eine kleinere Fallzahl der Befragten und sollen die Beschreibung des nationalen Felds der Wohlfahrtspflege ergänzen.

Von Konkurrenzen und Kooperationen

Die Konkurrenzsituation zwischen Akteuren im nationalen Feld wird trotz des eingespielten korporatistischen Gefüges, der umfassenden Koordinierung und Kooperation der Wohlfahrtsverbände in Gremien wie der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände (BAG FW) deutlich:

„Und gleichzeitig gibt es natürlich auch innerhalb der nationalen Ebene Konkurrenzsituationen. Auf der einen Seite haben wir die gleichen Ministerien, und sehr vergleichbare Arbeitsthemen und auch eine sehr vergleichbare Herangehensweise. Aber auf der anderen Seite handelt es sich in Deutschland um sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, die alle eine sehr eigene Vorstellung haben, auch das, was sie charakterisiert. Und natürlich auch in ihrer Wahrnehmung auch eine bestimmte Identität wahren wollen, wahren müssen, also eine Konkurrenzsituation ist in der Hinsicht auf jeden Fall gegeben“ (C 6, S. 11, 20-28).

Das Thema der Konkurrenz wird für das nationale Feld aufgefächert: Neben den Ähnlichkeiten und Gemeinsamkeiten der Wohlfahrtsverbände, die sich aus dem spezifischen Wohlfahrtsarrangement ergibt, zeigt sich die Differenz: In Deutschland ist das Feld wesentlich durch sechs Spitzenverbände strukturiert, die alle „eigene Vorstellungen“ pflegen und einen spezifischen Charakter aufweisen. Aus Sicht der Wohlfahrtsverbände wird die Identitätswahrung notwendigerweise gepflegt, da die „Eigenheit“ zugleich die Aufrechterhaltung einer eigenen „Organisations-Identität“ ermöglicht bzw. diese voraussetzt. Diese Differenz evoziert eine Konkurrenzsituation, da die Identität nur in Abgrenzung zu anderen und durch die Pflege der „Eigenheiten“ erhalten werden kann. Es wird deutlich, dass die spezifische Entwicklungsgeschichte der sechs Spitzenverbände und die damit verbundene

Herausbildung bestimmter Traditionen, „Sinnwelten“ (vgl. Lauer 2005), Profile und Schwerpunkte (z.B. konfessionelle und säkulare Verbände) zentrale Feld-Merkmale für die Akteure darstellen. Die Individualität behindert die Organisationen zwar nicht an einer übergreifenden Zusammenarbeit und Interessenvertretung, dennoch produzieren die Eigenheiten durchaus Hindernisse für eine kooperative Handlungsorientierung.

Neben der Differenz zwischen den Spitzenverbänden, die aufgrund der historischen und individuellen Entwicklung gegeben sind, kommen für die Experten weitere Differenzen zwischen den Verbänden zum Tragen. Ein Befragter unterstreicht die Differenz zwischen einem konfessionellen Wohlfahrtsverband und den nicht-kirchlichen Wohlfahrtsverbänden, die „mehr wirtschaftlich denken“ (B 6, S. 6, 45). Aus der Perspektive des Befragten markiert diese Differenz sogar einen „Konflikt, der zwischen den Verbänden besteht“ (ebd., S. 6, 43ff.). Diese Differenz wird nicht nur als „Eigenheit“ klassifiziert, sondern als Grundlage für die Herausbildung unterschiedlicher Interessen der Wohlfahrtsverbände interpretiert (ebd., 44).

Demgegenüber wird das Verhältnis der konfessionellen Wohlfahrtsverbände in der Europaarbeit kooperativ beschrieben: Es existiere „eigentlich keine Konkurrenz, dass jetzt Caritas oder Diakonie nebeneinander herarbeiten würden, das gibt’s nicht, also bei uns jetzt“ (B 6, S. 6, 31-33). Der Befragte fasst Konkurrenz als ein „nebeneinander herarbeiten“, wohingegen die *konfessionellen* Wohlfahrtsverbände in einem bestimmten Bereich („bei uns jetzt“) miteinander arbeiten und kommunikative Verflechtungen und kooperative Handlungsmuster ausbilden. Der Befragte unterstreicht diese Zusammenarbeit im Bereich der Europaarbeit zusätzlich, da die Europaverantwortlichen verbandsübergreifend einen intensiveren Austausch pflegen als verbandesintern (vgl. B 6, S. 6, 33-40). Aus dieser Sicht befördern ähnliche Wertorientierungen der Organisationen eine verbandsübergreifende Vernetzung und Zusammenarbeit.

Dennoch besteht auch in der Kooperation die Notwendigkeit, die Organisationsidentität im Sinne einer „Überlebensstrategie“ zu wahren.

Es gibt schon so Schritte, die eingehalten werden, es ist wahrscheinlich auch so einfach eine Überlebensstrategie, wir sind jetzt ein Verein, da müssen wir uns irgendwie abgrenzen. Und wenn es nur darum geht, auf welcher Schiene die Email läuft (B 6, S. 6, 40-43).

Diese Sequenz offenbart, dass die zwischenverbandliche Kommunikation trotz der ausgeprägten Zusammenarbeit zwischen den Wohlfahrtsverbänden bestimmten Regeln unterliegt. Diese „Schritte“, die „eingehalten“ werden, konzipiert der Befragte als „Überlebens-

strategie“ zur Abgrenzung von anderen Organisationen bzw. „Vereinen.“ Dies verdeutlicht eine der Funktionen, die der Kommunikation in Organisationen zukommt: Die Steuerung der Kommunikation ermöglicht die Herstellung und Wahrung der Grenzen einer Organisation und ist zugleich eine Strategie, Identität und Eigenheit zu wahren (vgl. Kap. 7.6). Allerdings distanziert sich der Befragte von dieser Strategie, da der Passus „wir sind jetzt ein Verein, da müssen wir uns irgendwie abgrenzen“ als indirekte Rede eingeflochten wird. Die Abgrenzungsfunktion weist auf die Konkurrenz im Feld hin, denn die Steuerung der Kommunikation ermöglicht es, Wissens- und Informationsvorteile in einer konkurrenten Situation zu erwerben. Insofern kann dies als ein Indiz für eine Felddynamik beschrieben werden, in der Eigenheiten und Identitätswahrung mit dem Kampf um „Informationskapital“ einhergeht.

Interessant bleibt die Orientierung an der traditionell-gewachsenen Identität als Kern der Wohlfahrtsverbände, die im Gegensatz zu den recht jungen europäischen Netzwerken auf eine lange Entstehungsgeschichte zurückblicken. Insofern verwundert es nicht, dass die Akteure im Feld der europäischen Netzwerke Sozialer Arbeit eher mit dem Begriff der „Visibility“ und „Profilbildung“ die Abgrenzungsstrategien schildern als mit traditionellen Begriffen wie „Identität und „Eigenheiten“ (vgl. Kap. 7.3.6).

Die Kooperation unter den Wohlfahrtsverbänden verstärkt sich allerdings, wenn „Brüssel“ zum Thema wird: Die Wohlfahrtsverbände sind dann „mit allen Fahnen auf einer Linie“ (B 6, S. 6, 27-28) und vermeiden es, sich gegenseitig „das Wasser ab[zu]graben“ (ebd., 25). Es wird ein gemeinsames Vorgehen gewählt, um die eigenen Interessen angemessen in das europäische Spiel einzubringen. Probleme in der Europaarbeit entstehen aus dieser Sicht erst dann, „wenn die Chemie nicht so stimmt, oder wenn es Ranküne gibt oder vielleicht auch alte Geschichten oder was, dass das sich dann auch überträgt auf die Arbeit und dass dann Informationen nicht weitergeben werden“ (ebd., 28-31). Diese Personalisierung von Konflikten deutet auf den konkreten Arbeitszusammenhang des Befragten hin. Die personengebundenen Konflikte wirken sich auf die gemeinsame Arbeit aus, die zu einem größten Anteil aus Kommunikation besteht. Informationen sind in diesem Arbeitskontext das *Kapital*, das zum einen die eigene Arbeit im europäischen Kontext stark bestimmt sowie das „Tauschgut“ der Kooperation darstellt. Die Konfliktsituationen wirken sich relativ unmittelbar auf die Arbeit aus, da Akteure aufgrund eines konkurrenten Handlungsmusters von dem Kommunikationszusammenhang ausgeschlossen werden können.

Im nationalen Feld der Organisationen Sozialer Arbeit in Deutschland ist die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAG FW) ein wesentlicher, das Feld strukturierender Akteur. Der Europa-Ausschuss der BAG FW dient den Europareferenten der Wohlfahrtsverbände zur gemeinsamen Abstimmung, indem das gemeinsame Vorgehen koordiniert und gemeinsame Positionen erarbeitet werden. Ein Befragter schildert Spannungen in diesem Europa-Ausschuss, die entstehen, wenn von dem gemeinsamen, kooperativen Europazugang abgewichen wird und partikularistische Interessen zu Alleingängen führen:

„also es gibt da regelmäßige Sitzungen im Europaausschuss, in dem wir sitzen von der Bundesarbeitsgemeinschaft, deshalb haben wir auch einen engen Austausch. Jeder ist düpiert, wenn irgendeiner einen Alleingang macht. Da gibt es immer Schwierigkeiten, wenn zum Beispiel, war es im Januar ganz aktuell in der Daseinsvorsorge, da wollte die ganze Bundesarbeitsgemeinschaft was zu einem bestimmten EG-Vertragsartikel machen. Und VERBAND A wollte was ganz anderes machen. Und dann waren das Parallelgänge. Das hat keinen Konflikt hervorgerufen, aber man redet dann natürlich darüber, wieso hast du das gemacht“ (B 6, S. 12, 9-17).

Es wird anhand dieser Sequenz deutlich, dass der Europa-Ausschuss für die Beteiligten einen zentralen Ort des Austauschs und der Abstimmung darstellt, zugleich bietet er die Möglichkeit der inter-verbandlichen Konfliktregulation und des Interessenausgleichs. „Alleingänge“ oder „Parallelgänge“ führen zur kritischen Diskussion, da gemeinsame Regeln ignoriert werden und die Akteure sich „getäuscht“ sehen. Für diese Abweichung wird dann eine Begründung eingefordert.

Ambivalenzen europäischer Kooperation

Das Spannungsverhältnis von Kooperation und Konkurrenz bildet sich gleichsam in anderen „Themenfeldern“ der Sozialen Arbeit im Hinblick auf transnationale Vernetzung ab, denn im Feld und den Organisationen existieren

„unterschiedliche Interessen und da ist jede Organisation erstmal interessiert, ihre Struktur zu sichern ob finanziell oder politisch. Es gibt große Verbände, kleine, je kleiner desto abhängiger sind sie vom VERBAND, was Informationen angeht. Großorganisationen können sich schon mal zurücklehnen und sagen, wir haben unsere eigenen parlamentarischen Abende, wir brauchen den VERBAND nicht mit dem parlamentarischen Abend, oder wenn die kleinen Organisationen zu aufmüppig werden, heißt es dann, guckt euch doch mal an, wie viele Mitglieder habt ihr und wie viele haben wir“ (B 14, S. 14, 47; S. 15, 6).

Die Organisationslandschaft in der Sozialen Arbeit weist durch das föderale Prinzip komplexe Strukturen auf, die durch die Tendenz, sich auf der Bundesebene zu vernetzen, gesteigert wird. Dies stellt an lokale, regionale oder bundesweite Dachorganisationen die Herausforderungen, die heterogen zusammengesetzte Mitgliedschaft mit ihren unterschiedlichen Interessen und Bedürfnissen angemessen in die Zusammenarbeit einzubinden. Die

organisations-internen Konfliktfelder und Kämpfe werden in dieser Sequenz auf die unterschiedliche „Größe“ von Mitgliedern und deren Einflussmöglichkeit bezogen.

Ergänzend dazu zeigt sich am Beispiel der Antidiskriminierungsarbeit die Schwierigkeit, zahlreiche Organisationen aus diesem Bereich unter einem Dach zu bündeln.

„Diese ideologischen Unterschiede und die unterschiedlichen Zugänge, die haben es verhindert, dass sich früher schon so was gegründet hat wie so ein Netz gegen Rassismus. Natürlich kam da auch noch hinzu, darf man nicht verschweigen, Konkurrenzen, jetzt nicht nur auf der ideologischen Ebene, sondern auch Konkurrenzen um Geld, Konkurrenzen um Einfluss und Ähnliches“ (B 16, S. 1, 32-37).

Es werden Unterschiede auf der ideologischen Ebene konstatiert, die zu einer Konkurrenz um den angemessenen Zugang und Umgang mit dem Thema, um finanzielle Mittel sowie Einfluss führt, d.h. um ökonomisches, kulturelles und symbolisches Kapital. Anhand dieser exemplarischen Einschätzung eines Befragten wird deutlich, dass die Kooperation von verschiedenen Organisationen in einem thematischen Bereich („Netz gegen Rassismus“) nicht als selbstverständlich oder konfliktfrei vorauszusetzen ist, da jede Organisation „eigene Machtansprüche“ stellt (vgl. B 16, S. 2, 21).

Im Gegenteil, einer übergreifenden Koordinierung gehen offenbar vielschichtige Auseinandersetzungen und Konflikte voraus, die sich in „Positionierungskämpfen“ niederschlagen. Gerade im Bereich Antidiskriminierung werfen sich die Akteure gegenseitig vor, der „Diskriminierer“ zu sein (vgl. ebd., 21ff.), andere Organisationen werden als Gegner und nicht als potenzielle Partner wahrgenommen. Um dennoch ein gemeinsames Netzwerk und damit einflussreichere Strukturen bilden zu können, war in diesem Fall ein „neutraler“ Akteur“ nötig, der von der europäischen Ebene aus gemeinsam mit einem nationalen Koordinator zwischen den „Parteien“ vermittelte und das Vorhaben moderierte.²⁴⁵

Demgegenüber wird in der folgenden Sequenz, die sich auf das Feld der Behindertenverbände bezieht, auf Abwehrstrategien gegenüber Interventionen und Initiativen von Außen hingewiesen:

„und der [Deutsche Behindertenrat, E.S.] hat im Vergleich zu allen anderen nationalen Behindertenverbänden noch nicht so sehr viel Schlagkraft. Es macht sich schon mal daran fest, dass es keine eigene

²⁴⁵ Ergänzend: „(...) und in der deutschen Szene ist es in der Tat so und ich glaube, es ist mittlerweile weniger. Aber die Idee, die von außen kam, ein Netzwerk zu gründen, war die einzige Möglichkeit, innerhalb der deutschen Szene, es möglich zu machen. Das hat Jahre lang die Versuche gegeben, das zu tun, und es ist immer in die Hose gegangen, weil es immer das Gefühl gab, jemand will für uns, für mich, reden und das wollen wir nicht. Und eine externe Initiative zu sagen, wollt ihr im Größeren und Ganzen irgendwie ein Teil in Deutschland sein, war der Funken, der es dann zustande gebracht hat. Es gibt Konkurrenzen, ich denke, die gibt es in anderen Bereichen auch, weil es auch immer ums Überleben und das finanzielle Überleben geht. (...) Gut, Antirassismusbearbeitung ist eine Tendenzarbeit, also das hat immer den Hauch von eher sozialdemokratisch, links, und hat dadurch immer so eine Spannung innen drin (C 4, S. 4, 3-21).

Rechtspersönlichkeit ist, keine e.V. oder so, dass wir, die beteiligten Verbände, das aber auch ausdrücklich so gewollt haben. Wir wollten ihn nicht so stark, [lacht], auch für die nationale Politik, wir wollten als Verbände unser Profil nicht vermässeln, ich meine, es war nicht nur Machtdenken, sondern die vielen unterschiedlichen Behinderungsgruppen, das noch mal zu bündeln, diese Kompetenzen kann jemand gar nicht haben, das müsste ein Märchenprinz, Märchenprinzessin hoch drei sein, dass er so was hinkriegt, Insofern besteht dieser nationale Behindertenrat, der Deutsche Behindertenrat aus drei Säulen, das ist ja auch noch eine komplizierte Geschichte“ (B 17, S. 13, 16-33).

Der Befragte räumt der nationalen Plattform (DBR) des europäischen Netzwerks European Disability Forum (EDF) „noch nicht sehr viel Schlagkraft“ ein, die offenbar in dem Subfeld vonnöten ist. Dieses schwache Standing resultiert aus Sicht des Befragten zum einen aus dem prekären rechtlichen Status, zum anderen aus dem Interesse, einen neuen und starken Akteur verhindern zu wollen. Hier wird deutlich, dass die Organisationen ihr Profil zu bewahren versuchen, indem sie es sich nicht „vermasseln“ lassen. Dieses gemeinsame Interesse, einen neuen Akteur im Feld „in seine Schranken zu weisen“ wird durch die Formulierung, „wir wollten ihn nicht so stark“ deutlich, wobei er dies selbstreflexiv als „Machtdenken“ charakterisiert. Die Einrichtung einer zusätzlichen Struktur, die in diesem Falle „von oben“ etabliert wurde, evozierte eine strategische Intervention der etablierten Akteure: Obgleich eine neue Organisationsstruktur nicht als notwendig erachtet wird, fügen sich die Akteure den Feld-Zwängen und beteiligen sich an der neuen Dachstruktur. Zugleich nutzen sie aber ihre starke Positionierung im Feld, um dem neuen Akteur eine möglichst geringe „Schlagkraft“ zukommen zu lassen und etablierte Positionen sowie historisch entstandene Formen der Zusammenarbeit im Feld zu bewahren.

Weiterhin wird auf die Problematik hingewiesen, den Sektor zu bündeln, denn „diese Kompetenz kann jemand gar nicht haben“ – auch kein europäisches Netzwerk. Der Anspruch des nationalen Ablegers eines europäischen Netzwerks wird von dem Befragten zurückgewiesen, und die notwendigen Kompetenzen für diese umfassende Koordinierung werden in eine andere Welt, die Märchenwelt, verlagert. Durch das Bild des „Märchenprinzen hoch drei“ werden die notwendigen Anforderungen dergestalt gesteigert, dass sie aus realistischen Bezügen hinausreichen: Der schillernden Figur eines Märchenprinzen oder einer Märchenprinzessin werden positive und „magische“ Charaktermerkmale zugeschrieben, die für diese Aufgabe benötigt werden. Die märchenhaften Adelligen stellen sich in Erzählungen unlösbare Aufgaben, die sie durch ihren besonderen Mut, Heldenhaftigkeit oder mit Hilfe „guter Mächte“ bewältigen. Diese Metapher der potenzierten Phantasiegestalt zeigt, dass der Befragte den Versuch des europäischen Netzes, in die Koordinierung auf nationaler Ebene einzugreifen, aufgrund seines Hintergrundwissens zum Scheitern verurteilt ansieht. Kein Akteur kann diese Rolle ausfüllen oder ihr gerecht werden. Das Auf-

treten eines neuen Akteurs in dem nationalen Feld wird folglich kritisch gesehen. Die von europäischen Netzwerken angeregte oder initiierte Vernetzung kann insofern Strukturbildungen befördern, sie kann aber zugleich auf Widerstand im nationalen Feld stoßen, wenn die etablierten Konkurrenz- und Kooperationsbeziehungen bereits ausbalanciert wurden. Deutlich wird bei beiden Beispielen, dass bei einer starken Interessendivergenz und Konkurrenz eine losere Form der Kooperation favorisiert wird.²⁴⁶

Interne Konkurrenz um Europa

Die Wahrnehmung der Beziehungen als konkurrente Beziehungen ist auch *innerhalb* von Organisations- bzw. Verbandsgrenzen gegeben und wird exemplarisch von zwei Befragten angeführt.

Zum einen wird die Konkurrenz zwischen Organisationen innerhalb eines Wohlfahrtsverbands und der Kirche angeführt: Die Konkurrenz „spielt sich schon innerhalb der kirchlichen Organisationen hier teilweise ab“ (C 2, S. 9, 31-32). Diese „internen Konkurrenzmechanismen“ (C 2, S. 10, 20) beziehen sich auf die Verteilung von Ressourcen sowie auf persönliche Konflikte oder „Machtspielchen“ (ebd., 21). Durch die Größe der verbandlichen und organisatorischen Strukturen entstehen intern unterschiedliche Interessen, Abläufe und Prozesse, die zu der Herausbildung unterschiedlicher Organisationsstrukturen in der europäischen Interessenvertretung führen (vgl. ebd.). Ohne nun weiter auf die spezifische Gestalt der evangelischen Kirche und ihrer Organisationen einzugehen, wird deutlich, dass die Herausbildung paralleler Strukturen zwar mit „legitimen Interessen“ verbunden sind, aber Konkurrenz um „Kapital“ nach sich zieht. Die Organisationen selbst sind als Felder zu betrachten, die durch Konflikte und Kämpfe gekennzeichnet sind.

„Da ist jeder NGO sein eigenes Königreich. Man ist klein, man ist fein, man ist mehr oder weniger demokratisch, man hat relativ wenig Bosse über sich oder wenn man dann mal einen Boss hat, dann phh“ (C 2, S. 9, 40-43).²⁴⁷

Der Befragte beschreibt Nichtregierungsorganisationen mit einer Semantik, die Machtverhältnisse gegenüber den gängigen Zuschreibungen (basisdemokratisch, wertorientiert, ko-

²⁴⁶ Dies beschreibt nur einen Ausschnitt von möglichen Ambivalenzen, die in nationalen Feldern durch europäisch-initiierte Vernetzungsaktivitäten entstehen. Am Beispiel der europäischen Interventionen in mittel- und osteuropäischen Ländern verdeutlicht sich, dass die europäischen Netzwerke Kämpfe zwischen den sozialen NGOs evozieren, bestehende Konkurrenzen verschärfen oder neue Konfliktlinien aufbrechen lassen. Insofern kommt der Sensibilität europäischer Akteure in Bezug auf die Kenntnis der nationalen Felder eine wesentliche Bedeutung zu (vgl. Hamburger/Stauf/Lauer 2007).

²⁴⁷ Diese Sequenz folgt auf die Frage nach der Konkurrenz im europäischen Feld. Zunächst wird diese bejaht und dann u.a. auf die nationale Ebene verwiesen, wo ebenfalls Konkurrenzen vorherrschen.

operativ usw.) entgegenstellt. Die Organisationen werden als „Königreiche“, als umgrenzte Herrschaftsgebiete mit einem Machtzentrum und mit Untergebenen beschrieben. Jede Organisation stellt folglich ein eigenes „Herrschaftsgebiet“ da, das sich nicht durch demokratische Prinzipien strukturiert. Weiterhin werden die Organisationen mit der Aussage „man ist klein, man ist fein“ charakterisiert. Dies impliziert einen besonderen Status der NGOs, da die geringe Größe der Organisationen zum Vorteil gewendet wird: Man ist zugleich *exklusiv* und einem *adligen* Anliegen verpflichtet. Das „edle“ Anliegen der NGOs wird übersteigert und auf ein tendenziell elitäres Selbstverständnis der NGOs bezogen, das nur partiell mit demokratischen Grundsätzen in Einklang gebracht werden kann.

Spannungsverhältnisse als Startvorteil?

Das Spannungsverhältnis von Konkurrenz und Kooperation kann im Feld der Organisationen Sozialer Arbeit auf verschiedenen Akteursebenen im Hinblick auf europäische Prozesse nachgezeichnet werden: Die Organisationen konkurrieren und kooperieren in etablierten, an hierarchischen Mustern orientierten Arbeitsstrukturen. Sie lassen sich darüber hinaus auf „neue“ Kooperationsstrukturen ein, um vorhandene Konkurrenzen abzumildern oder um von neueren Entwicklungen nicht ausgeschlossen zu werden. Die großen Wohlfahrtsverbände oder Organisationen mit heterogenen Mitgliedsstrukturen erfahren das Spannungsgefüge ferner innerhalb der eigenen Organisationsgrenzen und entwickeln spezifische Strategien, die zu einem „Set“ von Außenbeziehungen und einem Vertretungspluralismus führen (vgl. Kap. 6.4).

Konkurrenz und Kooperation können als Strukturmomente des Felds der Freien Wohlfahrtspflege konzipiert werden, die die Akteure innerverbandlich und zwischenverbandlich erfahren und bearbeiten. Differenzierte Kooperationsformen bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung von konkurrenten Beziehungen stellt ein Spannungsverhältnis des Feldes dar, welches den Akteuren vielseitige Kompetenzen abverlangt. Wie die Akteure letztlich die kooperativen und konkurrenten Handlungsmuster entwickeln und anwenden, kann nur in Bezug auf die spezifische Position der jeweiligen Akteure im Feld beantwortet werden. Die Akteure kombinieren beide Handlungsmuster, um gemeinsames Kapital zu erlangen und gleichzeitig ihre eigenen Interessen selbstständig zu vertreten. Das setzt allerdings eine Kapitalausstattung voraus, die dies ermöglicht.

Die komplexe Struktur des Felds sowie das Bearbeiten von Konkurrenz und Kooperation, stellt für die deutschen Akteure eine Quelle an Erfahrungswissen dar, das sie für die Arbeit auf der europäischen Ebene als reflexives Kapital nutzen können:

„da haben wir ich glaube, als Deutsche einen großen Vorteil insofern, weil wir ja in dieser einzigartig geschraubten Verbandslandschaft agieren müssen mit unseren Spitzenverbänden (...) das kann man einem Ausländer kaum verständlich machen“ (B 19, S. 30, 22-26).

Darüber hinaus verfügen die deutschen Akteure über spezifische Erfahrungswerte, wie sich die Beziehungen zwischen den Organisationen und dem „Staat“ sowie zwischen den Organisationen herausbilden können.

„was sich in Deutschland seit den 50er Jahren entwickelt, auch innerhalb der Verbändelandschaft, innerhalb der Verbändekommunikation, ist etwas, was auf europäischer Ebene sich erst recht neu herausentwickelt, also strukturierte Verfahren, eine strukturierte Einbeziehung ist etwas, was sich gerade heraus differenziert. Und es ist die Chance für uns, auch genau in diesen Prozess auch einzugreifen und zu sagen und auch deutlich zu machen, welche Richtung diese Entwicklung aus unserer Perspektive nehmen sollte“ (C 6, S. 11, 40-47).

Dieses Wissen wird mit der Option verknüpft, die deutschen Strukturen als „Modell“ auf europäischer Ebene zu vertreten. Demgegenüber werden Stimmen laut, die der Auflösung etablierter Strukturen und der Bildung neuartiger Gefüge zumindest ambivalent gegenüberstehen:

„Da löst sich im positiven, aber auch teilweise im kritischen, in Brüsseler Zusammenhänge oder europäischen Zusammenhänge vieles, von unseren schönen deutschen Strukturen immer wieder auf“ (B 8, S. 4, 45-28).

6.4 Zwischenresümee I: Startkapital für Europa?

Die Europaarbeit deutscher Organisationen Sozialer Arbeit befindet sich zwischen Tradition und Transnationalisierung; die „Tradition“ des nationalen Felds mit seinem spezifisch ausgeprägten Bereichs-Korporatismus, vielfältigen Verflechtungen und einer organisatorischen Differenziertheit produziert und etabliert vergleichsweise kapitalstarke Feldakteure, die auf eine lange Tradition zurückblicken können. Diese sehen sich im nationalen Feld durch Transnationalisierungsschübe beeinflusst, die verschiedene Reaktion und Aktion hervorrufen. Dabei resultieren aus der besonderen Situation deutscher Organisationen Sozialer Arbeit Chancen und Risiken für die Bearbeitung der Europäisierungsprozesse.

Den analysierten vier Spitzenverbände kann in Analogie zu der Bourdieu'schen Begrifflichkeit ein verhältnismäßig hohes Startkapital zugeschrieben werden, da sie über ausreichend ökonomisches, soziales und Informations- und Organisationskapital verfügen.²⁴⁸ Die Kapitalausstattung wird für Transnationalisierungsprozesse in zweifacher Hinsicht relevant:

1. Die Gesamtheit des national erworbenen Kapitals wird als *allgemeine* Ressource bedeutsam, da die Kapitalsorten „universell“ zum Einsatz gebracht werden können,
2. Die bestehenden internationalen und transnationalen Beziehungen sowie eine internationalistische Orientierung können sich als soziales und kulturelles Kapital im Sinne einer *spezifischen* Ressource positiv im transnationalen Feld als anschlussfähig erweisen.

Nachteilig können sich dagegen die nationalen Orientierungen erweisen, die an den nationalen Kapitalerwerb gebunden sind. Diese etablierten Beziehungen und Handlungsmuster können auch eine eher defensive Generalorientierung im Sinne der Bestandshaltung befördern. Darüber hinaus können sich die Bindungen der Wohlfahrtsorganisationen an ihre traditionellen Milieus auf eine Öffnung gegenüber europäischen Prozessen nachteilig auswirken.

Ökonomisches Kapital und Transnationalisierung

Im *nationalen Feld* investieren die ökonomisch starken Akteure unzureichende Ressourcen in die Europaarbeit. Größere Organisationen können sich zwar eigene Vertretungsstrukturen sowie unterschiedliche transnationale Kooperationen leisten, kleinere Organisationen operieren in einem eingeschränkteren Spielraum: Die Europaarbeit ist kostenintensiv. Da die Wertschätzung der Europaarbeit erst langsam anwächst, die Beteiligung an europäischen Netzwerken aber hohe Investitionen verlangt und dabei in ihrem Nutzen nicht unmittelbar einsehbar ist, bleibt der Ressourceneinsatz auch umkämpft. Dennoch zahlt sich die Europaarbeit ökonomisch insofern aus, da durch die grenzüberschreitende Arbeit finanzielle Mittel akquiriert werden können. Um allerdings an der Ausgestaltung einer europäischen Transnationalität im sozialen Bereich zu partizipieren, scheint eine verstärkte Investition notwendig.

²⁴⁸ Natürlich muss in diesem Kontext berücksichtigt werden, dass neben den großen Spitzenverbänden auch kleinere Organisationen existieren, die über eine weitaus geringere bzw. in anderer Weise zusammengesetzte Kapitalausstattung verfügen.

Im *europäischen Feld* der zivilgesellschaftlichen Akteure könnte der geringe Ressourceneinsatz sich nachteilig auswirken, wenngleich die umfangreiche ökonomische Ausstattung der deutschen Organisationen ihnen im Feld Unabhängigkeit ermöglicht (vgl. Kap. 7.5).

Soziales Kapital und Transnationalisierung

Das soziale Kapital der Akteure ist im *nationalen Feld* sehr ausgeprägt. Neben engen und traditionellen Beziehungen zum Feld der Macht verbinden sich die Akteure durch ein Geflecht an Kooperations- und Konkurrenzbeziehungen auf den unterschiedlichen Ebenen. Darüber hinaus können die wertgebundenen Organisationen soziales Kapital auf der Grundlage von Gruppenzugehörigkeiten akkumulieren, die kapitalgewinnend eingesetzt werden können. Die konfessionellen Verbände sind hier im Vorteil, da sie sich auf die religiöse Orientierung beziehen können. Dies vereinfacht wiederum den Zugang zu weiteren Kapitalsorten.

Die Organisationen versuchen, ihr soziales Kapital auf der *europäischen Ebene* zu reproduzieren. Dabei entstanden zunächst Beziehungen auf der Grundlage der partikular ausgerichteten Interessenvertretungen im europäischen Feld. Zunehmend entwickelt sich der Trend, mehrgleisige Kooperationen und Beziehungen zu unterhalten, die eine gemeinsame Interessenvertretung impliziert. Insofern vervielfältigen sich die Mitgliedschaften in transnationalen Familien- und thematischen Netzwerken. Dabei steht nicht allein das Interesse der sozialen Kapitalbildung auf europäischer Ebene im Vordergrund, sondern auch die Akkumulation ökonomischen und kulturellen Kapitals.²⁴⁹

Wie die Ergebnisse in Kapitel 7 zeigen werden, bleibt die Ausbildung des sozialen Kapitals in dem *europäischen Feld* der zivilgesellschaftlichen Netzwerke aber eine Herausforderung für die deutschen Organisationen. Sie sind gefordert, an dem Spiel in dem transnationalen Feld teilzunehmen und können sich nicht allein auf das im nationalen Feld erworbene und etablierte soziale Kapital verlassen bzw. sich an national-orientierten Zugangswegen orientieren. Gelingt aber ein flexibles Management der unterschiedlichen Beziehungen und neuen transnationalen Kooperationen, dürfte sich das vorhandene soziale Kapital der deutschen Akteure als anschlussfähig erweisen.

²⁴⁹ Vgl. dazu: „Insbesondere diejenigen Verbände, die in allen oder in den meisten Ländern der Gemeinschaft ‚Schwesterorganisationen‘ haben und mit ausreichenden Ressourcen ausgestattet sind (besonders die Caritas und das Rote Kreuz), verfügen im Wettlauf nach und in Europa über erhebliche Startvorteile“ (Schmid 1994, S. 474).

Kulturelles Kapital und Transnationalisierung²⁵⁰

Die nationalen Akteure verfügen über ein hohes und differenziertes kulturelles Kapital, das in Unter-Kapitalsorten unterschieden werden kann. Das *kulturell-fachliche Kapital* der Organisationen Sozialer Arbeit bezieht sich im *nationalen Feld* auf fachliches Wissen sowie infrastrukturellen Voraussetzungen der komplexen Fachorganisationen. Sie verfügen damit über spezifische Wissensbestände, traditionelle und ideelle Bezüge und eine fachliche Definitionsmacht. Sie steuern fachliche Diskurse, kämpfen um „Qualitätsstandards“ und weisen innovative fachliche Wege auf. Dieses kulturell-fachliche Kapital wird von den handelnden Personen korporiert und erfährt zugleich auf der Akteursebene der Organisation eine Institutionalisierung. Dieses Wissen erfährt durch die Einbindung in thematische europäische Netzwerke eine systematische Horizonterweiterung, die von den Fachorganisationen als unhintergebar eingeschätzt wird, darüber hinaus können die Organisationen ihr fachliches Wissen in transnationale Zusammenhänge einbringen. Insofern erweist sich im *europäischen Feld* die Expertise der nationalen Akteure als allgemeine Ressource. Um diese produktiv einzusetzen, bietet sich ein diskursiver und verständigungsorientierter Umgang für die kooperative Erarbeitung eines transnationalen Konsenses an. Hinderlich dagegen erscheint ein Beharren auf der „Richtigkeit“ der eigenen Fachlichkeit, da auf diese Weise andere Wissensbestände abgewertet sowie das eigene Kapital zur Durchsetzung aufgewertet werden würde.

Das *Organisationskapital* der deutschen „Multifunktionalisten“ mit hierarchischen und heterarchischen Strukturen kann als äußerst ausdifferenziert bezeichnet werden. Die Organisationen verfügen über ein differenziertes Wissen bezüglich Organisationsabläufe, -strukturen und Spannungsverhältnisse im *nationalen Feld*. Dieses differenzierte Wissen kann die Orientierung auf der *europäischen Ebene* sowie die Rückkopplungsprozesse in die Mitgliedsstrukturen hinein erleichtern. Hinderlich können sich die Schwerfälligkeit und die komplexen Verfahren der großen Verbände auswirken, die den schnellen Reaktionsanforderungen im europäischen Feld nur unzureichend genügen (vgl. Kap. 7.5).

Betrachtet man das *kulturell-politische Kapital* im Hinblick auf die advokatorische Interessenvertretung, muss dieses im nationalen Feld aufgrund der „Mediatisierungs- und Pufferfunktion“ als zurückhaltend eingeordnet werden (vgl. Kap. 6.4). Dies erschwert die Stärkung der Interessenvertretung für die *europäische Ebene*, da sie von den organisationsbe-

²⁵⁰ Der Begriff des kulturellen Kapitals kann nach Bourdieu als Informationskapital gefasst werden, „damit der Begriff seine volle Universalität bekommt“ (Bourdieu/Wacquant 1996, S. 151).

zogenen Interessen überlagert wird. Dies wirkt sich insbesondere für diejenigen Organisationen nachteilig aus, die entweder die Vertretung partikularer Verbandsinteressen delegieren müssen oder versuchen, diese in transnationalen Netzwerken durchzusetzen. Sie geraten damit gegenüber den Organisationen in Nachteil, die aufgrund einer umfangreicheren Ressourcenausstattung eigene Vertretungsstrukturen mit kooperativ ausgelegten Mitgliedschaften flexibel kombinieren können.

Als Chance und Startvorteil kann das „*reflexive Kapital*“ konzipiert werden, das als Erfahrungswissen die Bearbeitung der komplexen Feldstrukturen impliziert und die Ausbalancierung von Spannungsverhältnissen wie Konkurrenz und Kooperation ermöglicht. Dieses in Analogie zu Bourdieus Kapitalsorten konzipierte „reflexive Kapital“ kann als Ressource ein flexibles und situativ angemessenes Agieren im europäischen Feld ermöglichen. Die komplexe Bearbeitung der vielschichtigen Konkurrenz und Kooperationsbeziehungen versetzen deutsche Akteure in eine relativ erfolgversprechende Startposition für das europäische Feld der Netzwerke Sozialer Arbeit.

Europa verändert nicht allein die Kapitalstrukturen und Positionen der Akteure im nationalen Feld, sondern produziert darüber hinaus auch Kooperations- und Konkurrenzlinien, die durch den Europäisierungsprozess beeinflusst und verschoben werden:

- Erstens entstehen in den etablierten Organisationen neue Arbeitsstrukturen (organisationsintern oder organisationsübergreifend), die zu neuen Kooperationen führen und zugleich Konkurrenz zwischen und innerhalb der Organisationen verursachen. Da die Zugänge, Wege und Strategien der Europaarbeit noch in Entwicklung begriffen sind, entsteht ein Kampf unter den Akteuren um die „besten Zugänge.“ Dies fördert wiederum ein erhöhte Aktivität und einen Vertretungspluralismus in der Europaarbeit.
- Zweitens verursacht Europa neue Kooperation und Konkurrenzgefüge im nationalen Feld: Europäische Netzwerke Sozialer Arbeit intervenieren in das Feld, indem sie Plattformbildungen anregen und unterstützen. Sie bewirken neue Kooperationen, wobei diese Intervention als Konkurrenz zu bestehenden Strukturen oder als kooperative Unterstützung aufgrund mangelnder Dachstrukturen interpretiert werden kann. Diese europäische Rationalität wird von den etablierten Akteuren eher zurückhaltend betrachtet.²⁵¹

²⁵¹ Diese Prozesse finden in anderen nationalen Felder ebenso statt, wie die Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt „Integration und Abwehr – Soziale Nichtregierungsorganisationen Mittel- und Osteuropas im Beitrittsprozess“ zeigen. Allerdings unterscheiden sich die Reaktionen und Strategie der Akteure in MOE-Staaten von den gewachsenen „deutschen“ Strukturen. Die Gründungen nationaler Plattformen der europäi-

- Drittens ermöglicht Europa aber auch eine Ausweitung der nationalen Felder: Die Organisationen Sozialer Arbeit beginnen, mit Organisationen in anderen Ländern zu kooperieren und zu konkurrieren und geraten durch die Öffnung der Dienstleistungsmärkte in Konkurrenz zu neuen Anbietern.

Die neu entstehenden Konkurrenzen und Kooperationen verbessern die schwierigen Bedingungen der Europaarbeit nur unzureichend. Die Befragten untermauern zwar die Einschätzung, dass sich die Europaarbeit langsam von einem „Rand- zum Kernthema“ entwickelt. Dennoch bleiben die zur Verfügung gestellten Ressourcen für die Europaarbeit noch immer unzureichend und die Aufgabenverteilung zwischen Verbandsebenen noch zu diffus. Dies führt in den Organisationen zu unterschiedlichen Erwartungen und zieht für die Europa-Verantwortlichen Legitimitätsprobleme nach sich, da der Nutzen der Europaarbeit kontinuierlich erklärt und legitimiert werden muss (vgl. Becher 2001 und Ausführungen in Kap. 2). Auch die quantitative Befragung zeigte, dass die Ressourcen noch immer relativ gering sind. Vor diesem Hintergrund kann im Anschluss an Becher konstatiert werden, dass Gesamtstrategien nur partiell erkennbar sind (vgl. Becher 2002). Allerdings entwickeln sich verschiedene Strategien, die ein „Set“ von Außenbeziehungen und Vertretungspluralismus nach sich ziehen können. Dies bestätigt das notwendige „multi-voice-lobbying“ in dem „lobbyistischen Mehrebenensystem“ Europas (vgl. Sebaldt/Straßner 2004, S. 258ff.). Dabei wird eine Orientierung allein an potenziellen Fördermitteln als „fahrlässig“ klassifiziert (Becher 2002, S. 2), wie dies die Europareferenten ebenfalls betonen. Europa muss insofern in die strategische Organisationssteuerung miteinbezogen und „integraler Bestandteil der strategischen und operativen Arbeit“ werden, um angemessen und professionell bearbeitet zu werden. Die transnationalisierte Kapitalausstattung ist zu meist noch unzureichend institutionalisiert und damit an einzelne Arbeitseinheiten oder Personen gebunden. Dies führt zu einer Transnationalisierung von „Eliten“, die kontinuierlich Gefahr läuft, durch personelle Fluktuation immer wieder „von vorne beginnen“ zu müssen, anstatt eine systematische Europaarbeit in der Geschäftspraktik zu verankern (vgl. Becher 2001). Dessen ungeachtet stellt die Arbeit dieser europäischen Pioniere eine bedeutende Grundlage dar, auf der sich die Europaarbeit weiterentwickeln wird. Insofern ist un-

schen Netzwerke EAPN, EDF oder EWL unterstützen zwar einerseits die Akteure, nationale Kooperationen zu auszubilden. Andererseits produzieren sie aber im Feld erhebliche Konflikte unter den Organisationen um Zugehörigkeit und Teilhabe an diesen neuen Strukturen. Die neuen Plattformen produzieren demzufolge neue „insider“ und „outsider“ und verleihen ausgewählten Akteuren ein höheres Kapital im nationalen Feld (vgl. Stauf/Lauer/Hamburger 2007, S. 439ff.).

geachtet der hohen Kapitalausstattung nur von einer langsam voranschreitenden Professionalisierung und Institutionalisierung innerhalb der Verbände in Bezug auf die Europaarbeit auszugehen.

Inwieweit dies allein oder in Kooperation umsetzbar ist, kann situativ von den jeweiligen Aufgaben und Organisationen entschieden werden: Bewältigen Organisationen diese Bedingungen, muss Europa nicht gefürchtet werden (vgl. ebd.).

Dabei können die Organisationen auf die Erfahrung zurückgreifen, dass *differenzierte Kooperationsformen unter gleichzeitiger Aufrechterhaltung der konkurrenten Beziehungen eine erfolgreiche Strategie* darstellen. Wie die Akteure letztlich die kooperativen und konkurrenten Handlungsmuster einsetzen, steht in Zusammenhang mit der Position der jeweiligen Akteure; sie kombinieren beide Handlungsorientierungen, um gemeinsam Kapital zu erlangen und gleichzeitig ihre eigenen Interessen selbstständig zu vertreten. Die nationalen Akteure werden herausgefordert, die Offenheit des europäischen Felds mit mehrdimensionalen Strategien zu bearbeiten und sich nicht allein auf re-nationalisierende Orientierungsmuster und damit verbundene Abgrenzungs- und Schließungsprozesse zurückzuziehen.

Insgesamt unterstreichen die dargestellten Ausführungen die Einschätzung, dass die deutschen Akteure ihre vergleichsweise umfassende Kapitalausstattung trotz einer guten Startposition im europäischen Feld nur unzureichend umsetzen, wenngleich die hohe Ausstattung mit ökonomischem, sozialem und kulturellem Kapital als allgemeine und spezifische Ressource erfolgreiches Startkapital für die Arbeit in transnationalen Feldern darstellt.

In der Folge wird nun der Frage nachgegangen, inwieweit das transnationale Feld der Netzwerke Sozialer Arbeit in Europa eigene Feldstrukturen und Kapitalsorten ausbildet.

7 Das Feld der europäischen Netzwerke Sozialer Arbeit

Die vorliegende Studie untersucht auf der Grundlage einer Gruppe ausgewählter europäischer Netzwerke (vgl. Kap. 4) die Eigenheiten des europäischen Felds von Netzwerken Sozialer Arbeit als ein spezifischer Ausschnitt von zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Nach einem Überblick über das Feld und zentrale Akteure wird auf die Europäische Kommission als bedeutsamer Bezugspunkt für die Akteure hingewiesen. Daran schließt sich auf der Grundlage der Datenbank CONNECS eine Differenzierung der Netzwerke nach Finanzierungsmodalitäten an.

Nach diesem Überblick werden die Ergebnisse der Experteninterviews in Bezug auf das europäische Feld vorgestellt. Neben der Wahrnehmung von „Europa“ erlangen die Beziehungen zum politischen Feld für die Akteure erhebliche Bedeutung im Kontext des Feldspiels. Darüber hinaus verdeutlicht sich, welche transnationalen Kapitalsorten für das Feld als relevant bewertet werden. Daran anschließend wird anhand eines ausgewählten „Generationenkonflikts“ die dialektische Verschränkung von nationalen und transnationalen Positionen im Feld exemplifiziert. Abschließend wird auf die Binnenstrukturen der Netzwerke und die Bedeutung der Kommunikation in den transnationalen Netzwerken unter Berücksichtigung von Machtunterschieden eingegangen.

Ein umfassender Überblick der Vernetzungsaktivitäten von sozialen NGOs kann allerdings im Rahmen dieser Arbeit nicht geleistet werden. Weiterhin sei darauf hingewiesen, dass die Dynamik und Veränderungen im europäischen Feld Sozialer Netzwerke als recht hoch angesehen werden können. Insofern spiegeln die Ergebnisse die Wahrnehmungen und Einschätzungen der Interviewten zu einem bestimmten Zeitraum im Feldgeschehen wider.

7.1 Überblick: Akteure im Feld

Wie bereits in den Ausführungen in Kapitel 3 aufgezeigt, können transnationale Akteure und Netzwerke in unterschiedlicher Weise typologisiert und analysiert werden. Die quantitative Untersuchung des Projekts „Netzwerke der Sozialen Arbeit in Europa“ zeigte, dass sich die untersuchten Netzwerke im Hinblick auf ihr Alter und ihren Entstehungszusammenhang unterscheiden. In die Untersuchung gingen Netzwerke ein, die auf ein 100-jähriges Bestehen zurückblicken konnten, sowie relativ junge Netzwerke. Wie in Kapitel 3 aufgezeigt, liegt die bisher produktivste Phase der Vernetzung in den Zeitraum der letzten 10-15 Jahre. Nationale Organisationen unterhalten dementsprechend seit 6-10 Jah-

ren die meisten Mitgliedschaften. Der Institutionalisierungsgrad der europäischen Netzwerke variiert dabei sehr stark: Neben institutionalisierten Netzwerken existieren eher lose gekoppelte Netzwerke, die sich durch ihre internen Organisationsstrukturen erheblich voneinander unterscheiden können.

In der Auswertung wurden *fünf Typen von europäischen Netzwerken* erkennbar: thematische Netzwerke, politisch-administrative Netzwerke, Protest-Netzwerke und kirchlich geprägte Netzwerke bzw. Familiennetzwerke.²⁵² Darüber hinaus finden sich sektorale Ableger internationaler Netzwerke in Brüssel wieder, wie z.B. bei FICE oder Inclusion.²⁵³ Ein weiteres Spezifikum des Felds liegt in der Ausbildung thematischer oder übergreifender und sektoraler Plattformbildungen. Thematische Plattformstrukturen (wie z.B. AGE) versuchen, thematische Akteure unter einem Dach zu vereinen. Insbesondere in diesen Fällen zeigte die Europäische Kommission ein starkes Interesse, solche Plattformen zu unterstützen (vgl. Kap. 3.3 und 3.4).

Die *Platform of European Social NGOs* („Social Platform“) entwickelte sich seit ihrer Gründung 1995 mit ihren über 40 europäischen Mitgliedern als bedeutsamer Akteur in dem Feld und bündelt aufgrund ihrer komplexen Strukturen „thousands of organisations, associations and voluntary groups at local, regional, national and European level representing the interests of a wide range of civil society“ (<http://www.socialplatform.org/AboutUs.asp?DocID=8143>).

Über die Mitgliedschaften in übergreifenden Plattformen hinaus, nimmt die Vernetzung unter den Netzwerken zu, entweder innerhalb des eigenen Felds oder über dessen Grenzen hinweg.²⁵⁴ Je größer die Netzwerkverflechtungen werden, desto wahrscheinlicher scheint die Herausbildung neuer interner Kooperationen zu sein. In großen Netzwerkverbänden entstehen wiederum neue *Communities*, die auf der Grundlage spezifischer Gemeinsamkeiten quer zu den formal existierenden Strukturen enger kooperieren. Diese können auf der Grundlage nationaler Zugehörigkeiten oder Sprache ausgebildet werden (vgl. Ausbildung

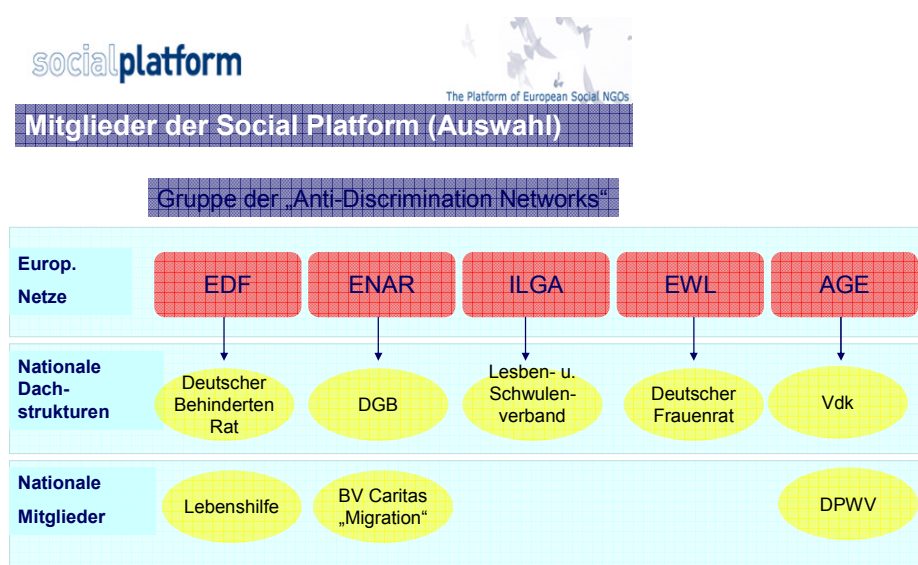
²⁵² Die thematischen Netzwerke spiegeln die Themenbreite der Sozialen Arbeit wieder, von lebensphasenbezogenen Themen (Kindheit, Jugend, Erwachsenenbildung, Familie, Alter) bis hin zu sozialen Problemlagen (Arbeitslosigkeit, Armut, Ausgrenzung, Behinderung, Migration, Geschlecht) und allgemeinen sozialen Themen findet sich ein breites Spektrum. Einen guten Überblick vermittelt die Mitgliederseite der Social Platform, www.socialplatform.org.

²⁵³ Inwiefern diese europäischen Ableger ein eigenständiges Profil entwickeln wie z.B. Inclusion Europe (A 3, S. 1) oder aber allein als „Briefkasten Europa“ (vgl. B 11, S. 1, 7-20) und „künstlich vom Himmel gefallenes Ding“ (vgl. C 4, S. 4, 25-32) fungieren, kann nur fallspezifisch beantwortet werden. Zumeist war die Tatsache, dass nur europäische Organisationen EU-Mittel beantragen konnten, als ein Impuls für die Konstruktion europäischer Ableger in internationalen Netzwerken Sozialer Arbeit beschrieben.

²⁵⁴ Die europäischen Netzwerke sind z.B. wie das EAPN Mitglied in der Social Platform, sie sind aber zugleich Mitglied in anderen thematischen Netzwerken wie z.B. ENAR.

eines regionalen Netzes innerhalb des European Youth Forums) oder z.B. aufgrund des thematischen Zuschnitts. Die „Article 13-NGOs“ in der Social Platform bilden eine Gruppe von Netzwerken, die im Antidiskriminierungsprogramm der EU gefördert wurden.²⁵⁵

Abbildung 4: Vernetzungsstrukturen der Social Platform

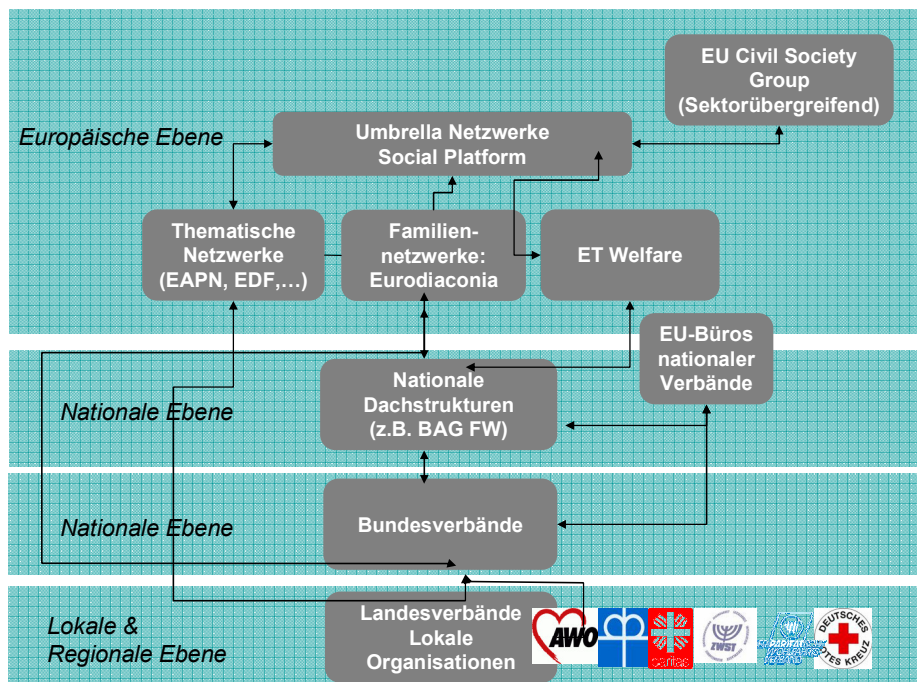


Ein weiteres typisches Strukturmerkmal von europäischen Netzwerken sind Netzwerke, deren Mitglieder sich aus *nationalen Plattformen* zusammensetzen (z.B. EAPN, EDF). Die Plattformen werden meist neu gegründet und rufen ambivalente Reaktionen in den nationalen Felder hervor (vgl. Stauf/Lauer/Hamburger 2007). Lauer konstatiert in ihrer Studie, dass die Nähe zu der politischen Entscheidungsebene ein eher politisches Selbstverständnis der Netzwerke nach sich zieht („Policy Maker“). Ferner zeigte sich, dass für deutsche Mitgliedsorganisationen die normativen Grundlagen eine hohe Relevanz in der Netzwerkarbeit besitzen. Die befragten Akteure bevorzugen Begriffe wie „Wertegemeinschaft“ gegenüber wirtschaftlich-geprägten Begriffen wie „Allianz“ oder „Zweckbündnis“ (vgl. Lauer 2005, S. 104ff.). *Brüssel* ist als Sitz der europäischen Netzwerke, die in der Befragung angegeben wurden, dominant, jedoch wird auch aus anderen Regionen die europäische Netzwerkarbeit koordiniert. Netzwerkmitgliedschaften werden, so die aus der Auswertung ableitbare

²⁵⁵ Die Social Platform regte eine Zusammenarbeit unter den Netzwerken an: “they can lobby together towards the Commission, they all have the same interests to maintain article 13 high on the new constitution and they are, I mean, they are dealing with the cynicism with the implementation of the new directive of antidiscrimination” (C 1, S. 17, 21-28).

Vermutung, überwiegend *themenorientiert* eingegangen (vgl. weiterführend Lauer 2005, S. 26ff.). Das Feld der europäischen Netzwerke im sozialen Bereiche ist heterogen strukturiert, neben großen Plattformen und Spitzenverbänden existieren thematisch-spezifische Netzwerke (vgl. Lauer 2005, S. 35).

Abbildung 5: Vernetzungsstrukturen in Europa



Die Heterogenität setzt sich innerhalb der europäischen Netzwerke fort, dies wird allein in Anbetracht der komplexen interorganisatorischen Ebenen deutlich:

1. Die *Ebene der Schaltzentrale* des Netzwerkes mit seiner organisatorischen Struktur (Netzwerkkoordination“), der Gremienarbeit und Öffentlichkeitsarbeit,
2. Die *Ebene der externen Interorganisationsbeziehung* des Netzwerkes mit europäischen Institutionen (dabei sind die Akteure zugleich Adressat, Aufgabenumwelt und sekundäre Regulierungsorganisation),
3. Die *Ebene der (deutschen) Organisationsmitglieder*, die selbst Netzwerkcharakter aufweisen oder komplexe Organisationsstrukturen,
4. Die *Ebene der deutschen Organisationen*, die Mitglieder in einem der „Sub-Netzwerke“ sind bzw. deren Beziehungsnetz,
5. Die *Ebene der „vernetzten Mitgliedsorganisationen“* als ein Bereich interorganisationaler und transnationaler Verflechtung,
6. Die *„Vernetzung“ der deutschen Organisationen Sozialer Arbeit* im nationalen Kontext.

Diese komplexen Strukturebenen weisen auf die Notwendigkeit einer professionellen und reflexiven Netzwerkkoordination hin, die Spannungsverhältnisse und Widersprüche gemeinsam mit den Mitgliedern bearbeiten muss (vgl. Kap. 3.3.5).

Die Netzwerkpraktiken werden bei *hierarchischen* Strukturen durch die Netzwerkkoordination wesentlich geprägt, da sie über das „Kapital“ und die Verteilung wacht und die Positionierung der Akteure mit bestimmt (vgl. Windeler 2001). In *heterarchischen* Netzwerken basiert die Netzwerkkoordination auf einer gemeinsam festgelegten Übertragung auf einen stellvertretenden Akteur. Die Rolle des Koordinators wird an Gremien, Komitees etc. delegiert, ohne eine regulierende Zentralinstanz einzusetzen. Vertrauen, Kontrolle und Wissen spielen auch hier komplex zusammen (ebd., S. 50). Auf der Basis einer heterarchischer Regulation gelingt es, die Eigenständigkeit der Akteure zu bewahren und eine Netzwerkidentität zu entwickeln.

Wegen der komplexen Strukturen nimmt die Bedeutung der Kommunikation in Netzwerken weiter zu. Insofern soll das Thema „Kommunikation“ als ein Focus dienen, anhand dessen die Statur von Netzwerken der Sozialen Arbeit zu verdeutlichen ist (vgl. Kap. 7.6). Die Wahrnehmung der Kommunikation kann Hinweise auf die Art der Strukturierung, der Organisiertheit und Einbindung geben. Wie sich zeigte, wird auch anhand der Kommunikation deutlich, wie unterschiedlich die Erwartungen an Netzwerkarbeit sein können, besonders wenn man die operative Ebene der Netzwerke (Geschäftsführung) der Mitglieder-ebene gegenüberstellt.

Die Generaldirektion Beschäftigung & Soziales

Als Adressat für europäische NGOs und Netzwerke aus dem sozialen Bereich wird insbesondere die Generaldirektion *Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit* (GD EMP) relevant. In dieser Generaldirektion ist die Aufgabe verankert, „zur Entwicklung eines modernen, innovativen und nachhaltigen europäischen Sozialmodells mit mehr und besseren Arbeitsplätzen in einer Gesellschaft mit Chancengleichheit, die keine Ausgrenzung erlaubt, beizutragen“ (http://europa.eu.int/comm/dgs/employment_social/index_de.htm). Neben den sozialpolitischen Aufgaben, die aus der Sozialpolitischen Agenda²⁵⁶ resultieren (z.B. Europäische

²⁵⁶ „Zweck der Agenda ist die Modernisierung des europäischen Sozialmodells, das so gestaltet werden soll, dass es den Wandel in der europäischen Wirtschaft und Gesellschaft auffängt. Die Sozialpolitische Agenda will bewirken, dass Wirtschaftspolitik, Beschäftigungspolitik und Sozialpolitik sich gegenseitig befruchten. Sie leistet damit einen Beitrag zur Realisierung der übergeordneten Ziele der Europäischen Union: die Wett-

Beschäftigungsstrategie, EURES, den ESF und EQUAL, sozialer Dialog, arbeitsrechtliche Fragen, Gesundheitsschutz, Freizügigkeit und die Koordinierung der Sozialsysteme), befasst sich die Generaldirektion mit der gesellschaftlichen Integration und Ausgrenzungsprozessen.²⁵⁷ Sie untersucht die sozialen Lagen in Europa, entwickelt Programme zur sozialen „Eingliederung“, des Sozialschutzes und der Diskriminierungsbekämpfung.

Ferner setzt sie sich für die Wahrung sozialer Grundrechte ein und bearbeitet in einer Abteilung den Dialog mit der Zivilgesellschaft.²⁵⁸ NGOs werden als Bindeglied zwischen den EU-Institutionen und den Bürgern angesehen und auf eine lange Tradition der Zusammenarbeit verwiesen. Insbesondere bei der Umsetzung von Antidiskriminierungsrechten wird der Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle eingeräumt. Das Referat unterstützt die Social Platform u.a. aus dem Aktionsprogramm gegen Diskriminierung mit einer jährlichen Förderung von 660.000 Euro.²⁵⁹ Ferner kooperiert das Referat mit der Social Platform bei der Einbindung anderer NGOs durch regelmäßige thematische oder ad-hoc Sitzungen. Die Kooperation mit der Social Platform wird als „strukturierter Dialog“ verstanden, der in „Bi-annual Meetings“ seinen Ausdruck findet.²⁶⁰ Im Rahmen dieser Konsultation diskutieren Vertreter der Generaldirektion mit Vertretern der Social Platform.

Neben der Social Platform unterstützt die Kommission im Rahmen des Aktionsprogramms zur Bekämpfung von Diskriminierung vier europäische NGO-Dachnetzwerke. Diese Netzwerke aus dem „Diskriminierungs-Bereich“ sind AGE (Europäische Plattform für

bewerbsfähigkeit und das Wirtschaftswachstum stärken, mehr und bessere Arbeitsplätze schaffen und den sozialen Zusammenhalt fördern. Zur Verwirklichung dieser Ziele ist in der Agenda ein ganzes Bündel von Maßnahmen vorgesehen, die sich auf nahezu den gesamten Tätigkeitsbereich der *Generaldirektion Beschäftigung und Soziales erstrecken*“ (http://ec.europa.eu/employment_social/firsttime_de.html).

²⁵⁷ Im Jahr 2000 forderte der Europäische Rat in Lissabon die Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission auf, bis 2010 „einen maßgebenden Beitrag zur Beseitigung der Armut“ zu leisten (http://ec.europa.eu/employment_social/social_inclusion/index_de.htm). Daraufhin begannen die Mitgliedsstaaten mit der Koordination ihrer Politiken im Bereich Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung auf der Basis eines Strategienaustausches und gegenseitigen Lernens. Dieses Koordinationsvorgehen ist mittlerweile als „Offene Methode der Koordinierung“ (OMK) bekannt. Die OMK legt gemeinsame Ziele für bestimmte Zeiträume fest und entwickelt entlang den gemeinsamen Indikatoren Vergleichsmöglichkeiten bewährter Praktiken in den Mitgliedsstaaten durch die Zusammenführung der Nationalen Aktionspläne (vgl. Maucher 2004). Darüber hinaus entstand in diesem Kontext das „Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung 2002-2006“ („Community Action Program to Combat Social Exclusion). Es sollte die gemeinsame Zielverständigung und Nationale Aktionspläne unterstützen, indem es die Mitgliedsländer zur Zusammenarbeit in diesen Bereichen zusammenführte. Im Rahmen dieses Programms wurden u.a. europäische Netzwerke finanziert, darunter fielen Caritas Europa, Eurochild, EAPN, Europäisches Soziales Netzwerk (ESN), FEANTSA, European Transregional Network for Social Inclusion (RETIS). Im Rahmen der offenen Koordinierungsmethode wird die Funktion der Netzwerke darin gesehen, dass sie über ein umfassendes Verständnis von Formen der sozialen Ausgrenzung verfügen. Darüber hinaus können sie die Umsetzungsprozesse der Nationalen Aktionspläne (NAP) verfolgen (vgl. http://ec.europa.eu/employment_social/social_inclusion/networks_de.htm).

²⁵⁸ Vgl. http://ec.europa.eu/employment_social/fundamental_rights/civil/civ_de.htm

²⁵⁹ Diese Angaben beziehen sich laut Website auf die Jahre 2004 und 2005.

²⁶⁰ vgl. http://ec.europa.eu/employment_social/fundamental_rights/civil/civ_de.htm.

Senioren), ILGA Europe (Internationale Lesben- und Schwulenorganisation Europa), ENAR (Europäisches Netzwerk gegen Rassismus) und das EDF (Europäisches Behinderenforum). Diese Netzwerke erhielten für ihre laufenden Kosten bis Ende April 2007 jährlich Mittel von 3 Millionen Euro. Ebenso werden kleinere Netzwerke unterstützt, dazu zählen Europäische Blindenunion (EUB), Europäische Union der Taubstummen (EUD), Inclusion Europe, Autisme Europe und Mental Health Europe. Weitere Ko-Finanzierungen gingen z.B. an das Europäische Armutsnetzwerk (EAPN), European Forum for Child Welfare (EFCW), European Social Public Platform (EPSP), FEANTSA und RETIS (Réseau Européen Transrégional pour l' Inclusion Sociale).²⁶¹

Die existierenden vier Gemeinschaftsprogramme der Generaldirektion in den Bereichen Antidiskriminierung, Gleichstellung der Geschlechter, Bekämpfung sozialer Ausgrenzung und Beschäftigungsanreize sind ab Januar 2007 in dem Programm PROGRESS zusammengeführt (vgl. http://ec.europa.eu/employment_social/progress/index_de.html).

Finanzierung der Netzwerke

Die Finanzierung und damit das ökonomische Kapital der Netzwerke ist eine bedeutsame Ressource für die Positionierung und die erfolgreiche Netzwerkarbeit. Auch Steffens nimmt eine Unterscheidung der Netzwerke nach EU-geförderten und unabhängigen Netzwerken vor. Die EU-geförderten Netzwerke zeichnen sich demnach durch eine Themenbezogenheit, professionelle Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit, eine Niederlassung in Brüssel, durch Mitglieder aus den Mitgliedsstaaten und eine Kernförderung durch die EU aus. Die so genannten unabhängigen Netzwerke arbeiten ebenso themen- oder zielgruppenspezifisch und gründen sich auf gewachsene Beziehungen. Allerdings beeinträchtigt die unsichere Finanzierung die Netzwerkarbeit (vgl. Steffens 2005, S. 67).

Die Datenbank CONECCS der Kommission verwaltet Selbsteinträge von verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die auf freiwilliger Basis Angaben zu ihrer Finanzierungsgrundlage veröffentlichen. Auf der empirisch nicht-genau definierbaren Grundlage soll eine Typisierung der Netzwerke auf der Grundlage der Finanzierung konzipiert werden. Die aufgeführten europäischen Netzwerke stellen eine exemplarische Auswahl der

²⁶¹ vgl. http://ec.europa.eu/employment_social/fundamental_rights/civil/civ_de.htm.

eingetragenen Netzwerke dar, bis auf die letzten beiden (ENSCW und ECAS) Mitglieder der Social Platform.²⁶²

Abbildung 6: Finanzierung europäischer Netzwerke

Netzwerk	Finanzierung
Social Platform	90% GD Beschäftigung & Soziales 5% Mitgliedsbeiträge 5% Spenden u.ä.
Platform AGE	85% GD Beschäftigung & Soziales 15% Mitgliedsbeiträge
ILGA	80% GD Beschäftigung & Soziales 20% Mitgliedsbeiträge/Spenden
Autisme Europe	80% GD Beschäftigung & Soziales 20% Mitgliedsbeiträge
Eurochild	90% GD Beschäftigung & Soziales 10% Mitgliedsbeiträge
EAPN	90% GD Beschäftigung & Soziales 2% Mitgliedsbeiträge 8% Einnahmen
EASPD	70% GD Beschäftigung & Soziales 30% Mitgliedsbeiträge
EBU	63% GD Beschäftigung & Soziales 37% Mitgliedsbeiträge
FEANTSA	90% GD Beschäftigung & Soziales 10% Mitgliedsbeiträge
Inclusion Europe	75% GD Beschäftigung & Soziales, EuropaAID, GD Gesundheit, Informationsgesellschaft und Entwicklung) 25% Mitgliedsbeiträge
ENSCW	85% GD Außenbeziehungen 10% andere Behörden 5% Mitgliedsbeiträge

²⁶² Die Auszählung umfasste 48 Organisationen, 28 Organisationen hinterlegten keine Angaben zu der Finanzierung, Stand 30.01.2004.

Finanziell unabhängige Organisationen

Hierunter fallen Berufsverbände, die sich zu 90-100% aus Mitgliedsbeiträgen finanzieren. Ebenso sind auch vereinzelt Organisationen aus dem „sozialen Bereich“ in dieser Art finanziert, dies trifft u.a. auf kirchlich oder weltanschaulich geprägte Organisationen zu wie das Red Cross EU-Office oder das Netzwerk Eurodiaconia. Ferner gilt dies für das Netzwerk Workability International aus dem Behindertenbereich, wobei dieses Netzwerk auch ein Verbund von Dienstleistern im Behindertenbereich vereint (z.B. ist aus Deutschland die „BAG Werkstätten für behinderte Menschen“ Mitglied).

GemischtfINANZIerte Netzwerke

Diese Art der Finanzierung ist für elf der eingetragenen Organisationen aus dem sozialen Bereich kennzeichnend, die Finanzierungsgrundlage setzt sich aus unterschiedlichen Anteilen wie Förderung durch eine Generaldirektion, durch andere Behörden, durch Mitgliedsbeiträge, Einnahmen aus eigenen Aktivitäten oder Spenden oder von anderen Nichtregierungsorganisationen oder Wirtschaftsunternehmen zusammen. Dabei variierten die Verteilung auf diese unterschiedlichen Quellen deutlich, einige Netzwerke erhalten bis zu 44% Förderung von der Kommission (z.B. Alzheimer Europe), andere nur 5% (Nachbarschaftszentren, Templer-Jugend EGTYP). Die Netzwerke aus dem sozialen Bereich beziehen dabei die Förderung durch die GD Beschäftigung & Soziales oder die GD Kultur und Bildung (dies trifft vor allem auf Netzwerke aus dem Jugendbereich zu).

Kommissionsgeförderte Netzwerke

Dies bezieht sich auf Netzwerke, deren Anteil der Förderung durch eine oder mehrere Generaldirektionen von 50-90% reicht und damit eine wesentliche Grundlage der Finanzierung darstellt. Dabei ist auffällig, dass Netzwerke mit einer überwiegenden Kommissionsfinanzierung **vor allem die Netzwerke des Untersuchungsbereiches** betreffen. Ebenso wird deutlich, dass ein Großteil der Netzwerke durch die GD Beschäftigung & Soziales gefördert wird. Nur ein kleiner Teil der in der Kategorie „Soziales“ zusammengefassten Netzwerke erhält Förderung aus anderen Generaldirektionen. Insbesondere für Netzwerke aus dem Jugendbereich ist die Generaldirektion Bildung & Kultur zu nennen, auffällig ist auch die kombinierte Förderung bei Inclusion Europe, dieses Netzwerk akquiriert Mittel von vier unterschiedlichen Generaldirektionen.

Für den *ersten Typus der auf Mitgliedsbeiträgen basierten Organisationen* kann eine relative Stabilität und Unabhängigkeit vorausgesetzt werden, die durch die Mitglieder in den jeweiligen nationalen Verbänden und Organisationen getragen wird. Die Akquise von Finanzmitteln entfällt und ermöglicht eine inhaltliche Arbeit zur Durchsetzung der eigenen Interessen. Demgegenüber sind Netzwerke ohne eine solche Finanzierungsgrundlage dem ökonomischen Druck ausgesetzt, die Existenzgrundlage durch die Netzwerkarbeit herzustellen. Dabei wäre anzunehmen, dass die gemischtfinanzierten Netzwerke in höherem Maße von fragilen Finanzierungsgrundlagen betroffen sind, die erhebliche Managementkompetenzen voraussetzen, um diese komplexe Finanzierungsstruktur zu akquirieren sowie (auf Dauer) kontinuierlich erneut sicherzustellen. Die eigenen Ressourcen müssen für die „Akkumulation des ökonomischen Kapitals“ ständig reorganisiert und reproduziert werden. Dies wirkt sich voraussichtlich auch auf die Organisations- und Arbeitsstruktur der betroffenen Netzwerke aus, die nur von einer temporären Förderung betroffen sind.

Die „*kommissionsgeförderten*“ Netzwerke, die einen Großteil ihres Budgets aus der Förderung von einer Generaldirektion erhalten, haben möglicherweise zwar ein komplexitätsreduziertes Finanzmanagement, da die Geldquellen sich auf einen Akteur beschränken. Dennoch sehen sich auch diese Netzwerke jährlich der Frage nach der Fortsetzung der Förderung konfrontiert. Darüber hinaus ergibt sich aus der Finanzierung die Problematik der zu großen Nähe oder Instrumentalisierung der Netzwerke durch die politischen Institutionen (vgl. Kap. 3.5). Ergänzend muss zu dieser Thematik darauf hingewiesen werden, dass einige der Netzwerke nicht nur in diesem Umfang finanziert, sondern auch deren Gründung von der Kommission mit initiiert wurden (EAPN, Social Platform).

Wie die vorliegende Studie zeigt, ist ein „core funding“ aus den Programmen für die Netzwerke hilfreich, es stärkt die Position der Netzwerke.²⁶³ Allerdings bleibt eine Unsicherheit über die „year by year“-Förderung bestehen. In den Interviews wird auf mangelndes Verständnis gegenüber der Arbeitsweise von NGOs verwiesen, Netzwerke werden zwar mittlerweile als „dialogue partner“ akzeptiert, aber zugleich finanziell auf einer „Projektebene“ gehalten (A 4, S. 4, 44-50).

Nach diesem Überblick sollen nun die Ergebnisse der qualitativen Befragung vorgestellt werden. Dabei wird die Perspektive auf „Europa“, die Beziehungen zum politischen Feld sowie auf die transnationalen Kapitalsorten Bezug genommen. Anhand eines ausgewählten

²⁶³ Die core-funded Netzwerke seien die „Gewinner“ (vgl. C 1, S. 18, 1-23).

„Generationenkonflikts“ wird darüber hinaus die dialektische Verschränkung von nationalen und transnationalen Positionen im Feld exemplifiziert. Abschließend wird auf die Binnenstrukturen der Netzwerke und die Bedeutung der Kommunikation in den transnationalen Netzwerken unter Berücksichtigung von Machtunterschieden eingegangen.

7.2 Europa so nah und doch so fern?

Zu Beginn der Ergebnisse soll ein einleitender Blick auf den gewählten Untersuchungsausschnitt und damit auf „das Feld“ aus der Sicht der befragten Akteure vorgenommen werden. Es wird als Analyseperspektive von der Existenz eines Felds aus Sicht der Akteure ausgegangen, dass mit den begrifflichen Instrumenten Bourdieus in den Blick genommen wird. Dabei verdeutlichen sich aufgrund der Handlungspraktiken und Deutungsmuster der Akteure im Feld die Eigenlogik, die Trümpfe im Spiel, die Kooperationen und Konkurrenzen, Spannungsverhältnisse zwischen Autonomie und Heteronomie und Konfliktlinien. Dennoch bleibt zu berücksichtigen, dass diese Konstruktion eines Felds auf einer Auswahl befragter Akteure entsteht und damit nicht „das“ zivilgesellschaftliche Feld rekonstruiert, sondern nur einen spezifischen Ausschnitt, der in der Studie als Feld konzipiert wird.

Der Blick der Akteure auf das Feld entwickelt sich in Zusammenhang mit der Position der Befragten im nationalen bzw. europäischen Feld. Inwieweit Europa als „fern“ oder als „nah“ wahrgenommen wird und welche Assoziationen sich damit verknüpfen, steht im Zusammenhang mit der Einbindung der befragten Akteure in das europäische Spielgeschehen. Europäische Netzwerkvertreter, die zum Teil geographisch nah „in Brüssel“ vor Ort sind, erleben die EU unmittelbarer und zugänglicher als nationale Akteure. Diese europäischen Akteure können zugleich einen ersten Eindruck der Feldcharakteristika des Felds vermitteln.

Europa der Intransparenz

Europäische Netzwerkvertreter beschreiben eine Distanz der nationalen Mitglieder zu Europa, die auf Vermittlungsprobleme zwischen der transnationalen und nationalen Ebene hinweist.

„Europa ist so weit weg, das ist das größte Hindernis, dass die Leute nach wie vor den Eindruck haben, mit der europäischen Ebene hätten die nichts zu tun. Und das ist was, was wir hoffentlich über die Zeit hin noch ein Stück weit aufbrechen können, dass das so nicht ist, das ist völlig falsch“ (C 4, S. 15, 4ff.).

Die nationalen Arbeitszusammenhänge werden als unabhängig von europäischen Politikentscheidungen wahrgenommen. Dies wird von dem europäischen Netzwerkvertreter als unzutreffende Einschätzung bewertet. Als Vertreter eines europäischen Netzwerks betont er die vermittelnde Funktion der Netzwerke, um die Interdependenzen mit dem vermeintlich entfernten Europa aufzeigen zu können.²⁶⁴

Die Relevanz der politischen Prozesse und Entscheidungen auf europäischer Ebene und die Unkenntnis über die unmittelbare Bedeutsamkeit dieser Prozesse, werden ergänzend von einem Befragten eines deutschen Verbands formuliert:

„Das wird aber in der Tagesschau nicht gesagt, was ständig in der Kommission besprochen worden ist oder ständig im Europäischen Parlament besprochen wird. Das läuft unter ‚ferner liefen‘, wer nimmt das schon wahr? Wer zum Beispiel weiß schon, dass mehr oder weniger 80% der jüngeren Gesetzgebung letzten Endes nichts anderes wie die Umsetzung von europäischen Richtlinien ist? Das weiß so gut wie kein Mensch auf der Straße, deswegen müssen sie immer viel mehr dabei packen, damit die Leute überhaupt verstehen. Bei jedem zweiten Artikel, den wir über NETZWERK bringen oder bei jedem dritten, da schreib ich noch mal rein was NETZWERK überhaupt ist“ (B 10, S. 12, 39-48).

Neben einer gewissen Ignoranz gegenüber der europäischen Ebene beschreiben nationale Akteure die EU und insbesondere die EU-Bürokratie als eher unzugänglich, sie sei „undurchschaubar und undemokratisch“ (B 22, S. 32, 16). Dies begründet die distanzierte Haltung gegenüber europäischen Arbeitszusammenhängen, wobei sich die Kritik auf eine als ungleich wahrgenommene Verteilung von Mitteln unter den Mitgliedsstaaten bezieht: „dass wir natürlich sehr viele Mittel hineinbringen und auf der anderen Seite natürlich in diesem intransparenten System, (...) auch keine Projekte zurückkriegen. (...) Das ist leider so und das vermiest vielen Leuten auch noch mal so das Interesse an Europa“ (ebd., 26-32). Die europäische Mehrebenen-Struktur wird von nationalen Akteuren als schwer zugänglich und verschlossen wahrgenommen. Darüber hinaus zeigt der Wunsch nach einer Input-Output-Balance die Erwartung, dass analog des deutschen „Einzahlungsverhaltens“ („wir“) bestimmte „Gewinne“ in nationale Strukturen zurückfließen sollen und dass sich damit Europa „rentiert.“ Die Hoffnungen werden aber enttäuscht; dies verdeutlicht die instrumentell-monetäre Perspektive auf Europa.²⁶⁵ Die Einstellung wird in einem der Vorge-

²⁶⁴ Aus nationaler Sicht liegt die wahrgenommene Distanz zu Europa im nationalen „Überlebenskampf“ begründet: „Also, das spielt im Bewusstsein auch unserer Einrichtung eine ganz geringe Rolle, weil man im Überlebenskampf drin ist, das heißt mit den ständigen Kürzungen, die es gibt, hinkommen muss und gucken muss immer, wie man die Organisation am Leben erhält, so geht es vor allem den Kollegen und Kolleginnen in den neuen Bundesländern, dass dieses Thema Europa sehr weit weg ist“ (B 7, S. 11, 39-44).

²⁶⁵ Diese Haltung schildert ein Befragter auch innerhalb eines Netzwerks: „weil es gibt natürlich auch da ein Vergabegremium, wo wieder die nationalen Mitgliedsorganisationen oder die Mitgliedsstaaten vertreten sind und dann achtet natürlich jeder drauf so nach dem Motto, wir Deutschen bezahlen 24,3% in den Topf von EU

sprache unterstrichen: Für viele deutsche Wohlfahrtsorganisationen ist Europa ein „Synonym“ für (Projekt-) Gelder oder für einen „Fördertopf“ (B 2, S. 2, 47), so dass die Europäisierung der Arbeit im nationalen Kontext über die Akquise europäischer Mittel selten hinaus reiche (vgl. A 4, S. 3, 46f.; vgl. Kap. 6.3).²⁶⁶ Diese Haltung schließt an Ergebnisse der quantitativen Untersuchung des Projekts „Netzwerke der Sozialen Arbeit in Europa“ an: In der Untersuchung wurde deutlich, dass sich Wohlfahrtsorganisationen in Bezug auf Europa vor allem an dem Aspekt der Fördermöglichkeiten interessiert zeigen. Das Interesse an allgemeinen, fachlichen und politischen Themen ist diesem Interesse nachgeordnet. Zugleich wird die EU-Politik als eine übermäßige Informationsflut geschildert.²⁶⁷ Die Wahrnehmung des Handlungsfelds „Europa“ kann sich nach wie vor auf den Aspekt der finanziellen Fördermöglichkeiten beziehen, während in Bezug auf politische und fachliche Auseinandersetzungen immer noch die nationale Ebene im Vordergrund steht (vgl. Hamburger/Lauer/Stauf 2004b).

Diese Sicht auf Europa scheint für nationale Akteure tendenziell charakteristisch zu sein:²⁶⁸ „for the large majority of people in Europe Brussels could be on the moon as far as they are concerned“ (Beger 2004, S. 2). Akteure, die dagegen durch Prozesse und Arbeitsstrukturen in europäische Vorgänge eingebunden sind oder sich selbst einbinden, beziehen sich in der Beschreibung auf konkretere Ausschnitte eines europäischen Felds.

oder der Kommission und wir möchten gerne auch 24,3% wieder rauskriegen. (...) Das funktioniert natürlich nicht“ (B 10, S. 2, 20-25).

²⁶⁶ Ergänzend: „Europäisierung heißt, die eigene Arbeit unter europäischen Aspekten zu sehen und zu betreiben“ (vgl. A 4, S. 4, 9-20). Der Befragte (EU-Referent in Brüssel) schildert, dass ihm in Deutschland häufig das Vorurteil begegne, er als Referent transportiere „Millionen nach Deutschland“ (ebd.).

²⁶⁷ Vgl. dazu: „Ich sage jetzt erstmal was Lasterhaftes, was sich (...) generell auf Europa bezieht. Es gibt noch heute einen hohen Ministerialbeamten in Berlin oder Bonn, der, wenn es über europäische Sozialpolitik ging, hat er sich immer wahnsinnig abwertend geäußert, weil er sagte, es sei Papier-Rehabilitation. Und ich kann das auch ein Stück weit nachvollziehen, weil noch in den Zeiten vor Email ist man zugeknallt worden mit Stößen, meistens englischen oder französischen Papiere, da ist man schon aggressiv geworden, wenn das Zeug nur schon ankam, und hat es dann in der Regel, also ganz oft war das der Fall, überhaupt nicht wahrgenommen, man hat es einfach zur Seite gelegt, (...) und irgendwann wandert es in den Papierkorb“ (B 17, S. 7, 36-59).

²⁶⁸ Anhand eines Beispiels schildert ein Netzwerkvertreter die Schwierigkeit, nationalen Mitgliedern die Notwendigkeit der politischen Beteiligung auf europäischer Ebene zu vermitteln:

“And of course, when you work in Brussels level, you know it’s no longer the case, even if they can be, the national competence, that’s true, but because of stability pact, because of some of the economic policy guides, whatever whatever, it is no longer, it has an impact which is directly connected to Europe, but it’s very difficult to explain” (C 1, S. 5, 8-12).

Europa der Vielfalt

Europäische Netzwerkakteure entwerfen auf dem Hintergrund ihres Arbeitsumfelds andere und differenziertere Bilder ihres „Europas“. In Bezug auf zivilgesellschaftliche Netzwerke und NGOs in Brüssel dominieren in den Äußerungen Bilder eines Europas, das sich vor allem durch Vielfalt, aber auch Unübersichtlichkeit, auszeichnet:

„das ist ja unglaublich, was es da alles für Netzwerke gibt“ (B 19, S. 21, 8).

„und dann vielleicht auch eben diese Vielfalt von Netzwerken, also dass ich extrem gucken muss, wo kann ich mich verorten, wer ist für mich relevant, also dass man sich da leicht verzettelt, dass man eben doch Gefahr läuft, in diesem europäischen Wust irgendwie verloren zu gehen“ (B 19, S. 34, 28-32).

„Und eines der Hauptprobleme der Zivilgesellschaft im Allgemeinen ist es, dass man im kreativen Chaos der Zivilgesellschaft halt Koordinationsmechanismen entwickeln muss“ (C 2, S. 9, 44-46).

Die Befragten fangen die kaum zu überschauende Anzahl von Akteuren im europäischen Bereich der Netzwerke ein, die eine Orientierung über das *Who is who* im Feld erschwert und die eigene Positionierung bedrohen kann („verloren zu gehen“). Das „kreative Chaos“ deutet zwar auf einen unübersichtlichen und unregelmäßigen Raum hin, aber die dem Chaos innewohnende Kreativität entfaltet Entwicklungspotenziale. Der „ungeordnete Urzustand der Welt“, das Chaos, verursacht in seiner Unordnung zwar problematische Folgen für die Entwicklung einer europäischen Zivilgesellschaft, dennoch zeichnet sich in Koordinationsmechanismen eine Lösung ab, um das Chaos zu strukturieren und zu ordnen.

Ein deutscher Verbandsvertreter beschreibt das Feld mit Metaphern aus der „Fauna“, um die unüberschaubare Vielzahl von Akteuren zu fassen:

Deswegen ist ja auch die Tendenz, dass sich SOLIDAR, Caritas Europa und was da sonst noch alles kreucht und fleucht, sich ja in ET Welfare und der Social Platform wieder zusammenschließen, weil erstens, man hat natürlich eine stärkere Pressure-Group und man kann auch die Aufgaben auf mehr Schultern verteilen (B 10, S. 3, 40-44).

Der Ausdruck „was da sonst noch alles kreucht und fleucht“ wird zumeist als abwertende Beschreibung von Insekten und kleinen Tieren angewandt, die in größeren Populationen leben und ein undifferenziertes Gesamtbild vermitteln. Dieses Bild wird auf die europäischen Netzwerke im sozialen Bereich übertragen und verweist auf die undurchschaubare Vielzahl von ähnlichen Akteuren, die sich aus der Vogelperspektive des Betrachters vermeintlich ohne Ziel und Richtung auf einem Terrain bewegen. Dennoch impliziert diese Metapher aus der Natur, der tendenziell eine Abwertung durch den Vergleich mit „Insekten“ innewohnt, ein komplexes und koordiniertes System von Aufgabenteilung, Kommu-

nikation und Hierarchie, wie sich z.B. an Insektenstaaten verdeutlichen lässt. Die Metapher eröffnet dadurch den Blick auf feldimmanente und ordnungsstiftende Strukturen, die dem Betrachter in ihrer Logik jedoch nicht zugänglich sind – es ist ein eigenes Spiel mit spezifischen Regeln, das von Außen den Eindruck der Unübersichtlichkeit vermittelt. Einen spezifischen Ordnungsmoment im Feld erkennt der Interviewte in der Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Akteure, um eine Arbeitsteilung vornehmen und verstärkten Druck ausüben zu können.

Ein anderer Befragter verwendet eine Metapher für die Geschehnisse vor Ort in Brüssel aus dem Reich der Flora:

„und zwar denke ich sind auch pragmatische Gründe mit wichtig, dass manche wie Pflanzen hochschießen auf einem bestimmten Standort, manche vertragen den Standort auf Dauer, manche nicht, manches funktioniert, manches funktioniert nicht. Man muss dann sozusagen, auch so etwas wie ein kreativer Prozess, dass man versucht, etwas zu entwickeln und schaut dann, was funktioniert und was funktioniert nicht“ (B 9, S. 8, 21-27).

Dieses Bild zeichnet einen ungeordneten und kreativen „Garten-Standort Brüssel“, in dem die Wachstums- und Entwicklungsprozesse unterschiedliche Verläufe annehmen können. Mit der Analogie eines Wachstumsprozesses aus der Natur werden die Organisationen als Pflanzen beschrieben, die den „Standort“ vertragen, sich schnell entfalten („hochschießen“), auf Dauer existieren oder eingehen. Welche Bewässerung, welche Pflege oder welchen Dünger die Netzwerk-Pflanzen brauchen, ist aus Sicht des Befragten ein kreativer Prozess des Austestens. Der Garten Brüssel mit seinen Pflanzen entsteht aus dieser Perspektive nicht auf der Grundlage von Know-How und Professionalisierung, sondern durch „learning by doing“, an dessen Ende die Erkenntnis steht, „was funktioniert und was [nicht] funktioniert.“ Als angemessene Handlungsoption für die Positionierung in dem Garten dient keine profilierte „Strategie“, sondern ein diffus-kreatives Austesten im Sinne von *trail and error* der vorgefundenen Bedingungen.

Eine weitere Perspektive ordnet das kleinteilige „Chaos“ der Netzwerke in eine Ungleichheits-Semantik ein, die auf das Verhältnis der zivilgesellschaftlichen Akteure und der europäischen Institutionen bzw. des politischen Felds hinweist:

„Wenn man als kleines Netzwerk mit den übermächtigen europäischen Institutionen zu tun hat, deswegen halte ich es auch für so bedauerlich, dass alle so in ihrer Vereinzelung sind, weil da einfach unglaublich viel zusätzliche Energie in das Vernetzen der Netzwerke gesteckt wird, aber das ist notwendig“ (C 2, S. 10, 47-55; S. 11, 1).

Die Differenz zwischen dem „kleinen“ Netzwerk und dem „übermächtigen Koloss“ bezieht sich zunächst auf die Dimension der „Größe“ bzw. der Macht der Akteure. Der Satz wird von dem eines Netzwerkvertreter aus Brüssel zwar nicht vervollständigt, verweist aber strukturell auf eine Situation, in der es schwer erscheint, der „Übergröße“ etwas entgegenzusetzen. Zugleich verweist der Begriff des „Koloss“ auf ein schwerfälliges, starres und unbewegliches Standbild und knüpft an das Bild einer undurchschaubaren, unüberwindbaren und übermächtigen EU-Bürokratie an.²⁶⁹ Ferner legt der Gegensatz „klein gegen groß“ die biblische Geschichte von „David und Goliath“ nahe, in der ein „tapferer Krieger“ gegen ein riesenhaftes Ungetüm ankämpfen muss.²⁷⁰

Um nun diese massive Differenz und die damit einhergehende Macht-Ungleichheit überwinden zu können, setzt der Befragte auf die Strategie von Kooperation und Vernetzung zwischen den Netzwerken. Auf diesem Wege können sich die „kleinen“ Netzwerke aus ihrer „Vereinzelung“ und Isolation lösen sowie dem politischen Akteur ein Gewicht entgegenzusetzen. Diese strukturelle Ungleichheit zwischen dem zivilgesellschaftlichen Feld und den politischen Institutionen wurde bereits in den theoretischen Ausführungen deutlich. Die empfundene Übermacht des politisch-administrativen Apparates in Brüssel wird in dieser Sequenz unterstrichen und eröffnet zugleich die Perspektive auf das ungleiche Verhältnis der zivilgesellschaftlichen Akteure und der politischen Administration – dies kann, wie in der Folge gezeigt werden soll – als ein zentrales Bestimmungsmoment für die europäische Netzwerkarbeit konstruiert werden (vgl. Kap. 7.3). Ferner wird erkennbar, dass der übermächtige Akteur die Kooperation der Netzwerke – neben bewussten Eingriffen in das Feld – indirekt anstößt und notwendig werden lässt: Nur durch den Zusammenschluss gewinnen die einzelnen zu schwachen Akteure an Gewicht und Standing, und können mit dem politischen Akteur kommunizieren und ihre Interessen artikulieren. Das ungleiche Kräfteverhältnis zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und den politischen Institutionen erscheint tief in das Feld der zivilgesellschaftlichen Netzwerke eingeschrieben.

²⁶⁹ Weitere Ausführungen in Kapitel 7.3; vgl. dazu auch: „Europa ist ja so eine fast schon eine Standardmaschine, es wird ja alles in einen Standard gepresst meistens auf dem niedrigsten Level“ (B 10, S. 3, 23-34).

²⁷⁰ Der Vergleich von NGOs und Netzwerken und der EU mit dem Bild „David gegen Goliath“ ist in der NGO-Szene eine recht häufig verwendete Semantik, insbesondere bei Protest-Netzwerken und Globalisierungsgegnern, vgl. auch den Titel des Artikels „David gegen Goliath: Seattle und die Folgen“ von Leggewie 2000.

Ordnung im Chaos: Kooperation

Wie bereits in den vorangestellten Sequenzen deutlich wurde, ist das wahrgenommene Chaos der Netzwerke kein unveränderlicher und starrer Zustand, denn die Akteure schildern Entwicklungen im Feld.

„Europa ist, glaube ich, empfindlich, mit Recht empfindlich, gegenüber Organisation von oben. So ist also ein Prozess, der auf einer Erfahrung und Vertrauen und Kennenlernen basiert und ich glaube, dass aus diesem bunten Bild, oder diesem Puzzle, das es derzeit gibt, irgendwann eine klare Kontur entstehen wird, weil man merkt, man kann sich das Viele nicht mehr leisten und dass das Viele ineffektiv ist, so dass es also zu besser organisierten Zusammenschlüssen kommen wird, aber noch ist sicherlich diese Zeit noch nicht da, das ist mal mein Eindruck“ (B 7, S. 15, 12-19).²⁷¹

„Europa“ wird in dieser Sequenz mit den Netzwerken und NGOs (und nicht mit der EU-Administration) gleichgesetzt. Auf dieser Grundlage wird ein Europa beschrieben, das sich gegen Eingriffe „von oben“ wehrt und das zivilgesellschaftliche Verständnis von Selbstorganisation und Unabhängigkeit unterstreicht. Dies markiert die Entwicklungsdynamik „von unten“, die einer eigenen Logik folgt und sich fremder Ordnungsprozesse erwehrt. Allerdings wird die Entwicklung im Feld als ein voraussetzungsreicher Prozess konstruiert, innerhalb dessen das „bunte Puzzle“ durch „Vertrauen“ eine Kontur erreicht. Dieser Prozess ist dem Feld immanent, die Akteure handeln durch wechselseitige Orientierungen die notwendigen „Konturen“ aus und lassen auf diese Weise aus den Puzzleteilen ein erkennbares Gesamtbild entstehen. Die Metapher des „Puzzles“ impliziert zugleich das Spannungsgefüge der Akteure zwischen Homogenität *und* Einzigartigkeit: Die europäischen Netzwerke sind wie einzelne Puzzleteile von ihrer Form her verschieden, teilen aber in ihrer Erscheinung, dem Muster und den Farben als Teil eines Ganzen zugleich Gemeinsamkeiten.

Ein Puzzle ist ein Geduldsspiel, in dem unterschiedliche Einzelteile zu einem Bild zusammengesetzt werden. Es benötigt Zeit, um den Einzelteilen ihren Bestimmungsort zuzuteilen, damit sie ihren Teil zum Gesamtbild beitragen.²⁷² Die Übertragung dieses Bilds auf die europäische Netzwerklandschaft impliziert, dass die Puzzleteile eine gemeinsam geteilte kollektive „Idee“ in sich tragen, kollektiv handeln und durch ihr Zusammenwirken eine

²⁷¹ Ergänzend: „Ich denke vielleicht da nicht zu optimistisch, aber in dem Sinne, wie ich gesagt habe, dass sich das zwangsläufig alles sortieren wird, sortieren muss, wird es ohnehin zur klaren kontrollierten Organisationsform kommen, und das ist nicht schlecht, sondern auch über die Grundlagen, das ist meine Bewertung. Also, wenn ich gesagt habe, Eurodiaconia ist eine halbe Sekretariatsstelle, daran sehen Sie, dass es keine gigantische Wirkung haben kann“ (B 7, S. 15, 42-47).

²⁷² Zum Begriff „Puzzle“ vgl. Fremdwörterbuch, Der DUDEN 5.

„Kontur“ hervorbringen. Diese kollektive Idee produziert ein klar umgrenztes Gebiet mit Grenzen zu anderen „Ideen“.²⁷³

Die Entwicklung wird im Zuge dieser Semantik unter dem Blickwinkel der Kooperation fokussiert; Strukturmomente wie Konkurrenz bleiben demgegenüber unerwähnt. Im Folgenden eröffnet der Befragte Motive für die notwendige Konturierung bzw. Kooperation: Zum einen kann man sich „das Viele nicht mehr leisten“, zum anderen resultiert aus der Vielfalt die Gefahr der Ineffizienz. Eine Konturierung umfasst demnach zugleich einen notwendigen Prozess der Professionalisierung und Effizienzsteigerung der Akteure in Europa („besser organisierte Zusammenschlüsse“), die in der Zukunft verortet werden. Dabei spielen offenbar „Zwänge“ wie ökonomische Rahmenbedingungen²⁷⁴ ebenso eine Rolle wie die Effektivität der Arbeit. In den „übergreifenden Vernetzungsstrukturen“, die in dem europäischen Feld von „unten her“ entstehen, wird Kooperation als gewinnbringende Strategie für die Akteure im Feld betont (vgl. Kap. 7.4.3).²⁷⁵

Wendet man sich den einzelnen „Puzzleteilen“ bzw. den einzelnen Netzwerken in diesem Geschehen zu, werden ebenfalls Entwicklungsphasen für die europäische Netzwerkarbeit in Brüssel erkennbar. Ein Verbandsvertreter formuliert exemplarisch, welche praktischen Fragen die „Netzwerk-Pflänzchen“ in Brüssel bearbeiten müssen:

„man kann also sagen, dass also allein das erste Jahr praktisch, es lief auch natürlich die Arbeit weiter oder es ging praktisch dafür drauf, ja, sich da bürokratisch auch zu settlen und in der Bürokratie zu settlen und all diese Geschichten da zu machen, man kann eigentlich sagen, dass sie seit '97 wirklich intensiv mit der Arbeit angefangen haben, nicht dass man vorher nichts gemacht hätte es hat auch Projekte gegeben, aber es waren sehr viele Sache dann der Herr NAME hat die erste Zeit auch, er war Geschäftsführer einer Mitgliedsorganisation von NETZWERK, diese NAME hat die erste Zeit halbtags gearbeitet oder war eben nur wenige Tage in Brüssel und all solche Geschichten, also ich glaube aber, dass das ein typischer Prozess ist. Jedes Netzwerk, das sich da neu bildet, hat da wahrscheinlich zu kämpfen, dass es auch Einfluss gewinnt, dass es Profil gewinnt und so weiter“ (B 3, S. 9, 26-37).

Um sich in dem Feld oder „in Brüssel“ niederzulassen und einzurichten, muss das Netzwerk sich einerseits *bürokratisch* niederlassen und seine Organisationsstrukturen entwi-

²⁷³ Für Insekten wie Ameisen oder Termiten, die „Staaten bilden“, wird der Begriff der „kollektiven Intelligenz“ oder auch „Schwarmintelligenz“ verwandt.

²⁷⁴ Die Formulierung „nicht mehr leisten können“ lässt zunächst Assoziationen an ökonomisch-monetäre Bedingungen aufkommen, es könnten aber ebenso andere Rahmenbedingungen gemeint sein wie der Wunsch nach erhöhter Einflussnahme, der es notwendig macht, die Vielfalt zu reduzieren und mit „einer Stimme“ zu sprechen.

²⁷⁵ Für Akteure in Brüssel ist dieser Prozess jedoch bereits nahezu für einige Netzwerke vollzogen: „I think the organization has become much much more professional in that time. But I think it's typical you know, of all the organizations on Brussels level become more professionalized, I mean, they are becoming much more professionalized in terms of lobbying, in terms of the staff, that they can attract“ (C 5, S. 13, 26-30).

ckeln. Andererseits muss es sich zugleich „in der Bürokratie settle“ und damit die *Beziehungen* zu der administrativen EU aufnehmen.²⁷⁶ Neben der Einordnung dieses Prozesses als „typisch“ für Netzwerke wird eine Semantik des Kampfes eingeführt: Jedes der Netzwerke muss „kämpfen“, um an dem Standort Einfluss und Profil zu gewinnen. Es werden zwei Kampfarenen konstruiert: Zum einen kämpfen und konkurrieren die Netzwerke untereinander, um ein Standing und eine Position im Feld zu erreichen und zum anderen kämpfen sie um die Aufmerksamkeit der Europäischen Kommission.

Dies verweist auf eine Beobachtung im Feld, die im Folgenden weiter vertieft wird: Das „Europa der Netzwerke“ charakterisiert sich nicht nur durch Kooperation, sondern auch durch Kampf und Konkurrenz.

Die europäischen Netzwerke versuchen sich aus dem Chaos und der Vielzahl von Akteuren „herauszuheben“ und sich in dieser Unübersichtlichkeit für andere Netzwerke und die politischen Akteure eine sichtbare und gewichtige Position und Kontur zu verschaffen. Dies wird durch das Interesse der Europäischen Kommission nach einigen wenigen europäischen Ansprechpartnern verstärkt (vgl. Kap. 3). Wie die Rekonstruktion des „zivilen Dialogs“ zeigte, ist das Verhältnis zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und EU noch unzureichend ausgestaltet.

„Man kennt sich in Brüssel“

Die Zuspitzung auf den geographischen Ort „Brüssel“ ist insofern bedeutsam, als dass in Brüssel viele der Netzwerke ein Büro mit hauptamtlichem Personal (und ehrenamtlichem Vorstand) unterhalten und damit zunehmend die Frage nach einem eigenen Feld aufwerfen. Als weiteres Charakteristikum des Felds dient die Kooperation von über 30 europäischen Netzwerken in der European Platform of Social NGOs (Social Platform), die für die Akteure einen wichtigen Arbeitszusammenhang darstellen.

„Und dass tatsächlich der Grund darin liegt, dass wir das alle professionell machen, Vollzeit arbeiten, in einer ähnlichen Förderungsstruktur stecken, also relativ viele Indikatoren die gleichen sind für uns und das eigentlich sehr sehr easy, so, es ist auch ein bisschen Brüssel, so, das ist klein, es ist überschaubar, man kennt sich untereinander, man weiß, wo man seine Hilfe kriegt und so, und kann dann auch ohne große Probleme zusammenarbeiten“ (C 4, S. 11, 1-8).

²⁷⁶ Hier deuten sich zwei wesentliche Funktionen der Netzwerke auf europäischer Ebene an: Zum einen sind sie nach innen ihren Mitgliedern gegenüber verpflichtet, einen gewissen Service bereitzustellen, der nur auf der Grundlage funktionierender Strukturen verlaufen kann. Zum zweiten ist eine zentrale Funktion der Netzwerke die nach Außen gerichtete Interessensvertretung und politische Einflussnahme gegenüber den europäischen Institutionen, vgl. Kap 3.3.3.

Die Netzwerke vor Ort werden unter einer vergemeinschaftenden Perspektive („wir alle“) eingeführt, deren Ähnlichkeit auf verschiedenen Aspekten beruht: Die Netzwerke arbeiten mit hauptamtlichen Angestellten, die ihre Arbeit professionell ausführen und sich in ähnlichen Organisationsstrukturen bewegen, die aufgrund einer identischen Fördersituation ähnliche Arbeitsbedingungen „für alle“ schafft. Für diese Gruppe („uns“) wird es folglich „leicht“, in Brüssel zu arbeiten.²⁷⁷ Denn über die Analogien untereinander hinaus, wird Brüssel zu einem überschaubaren Ort vertrauter und hilfsbereiter Akteure. Die verwandten Formulierungen kontrastieren die Perspektiven auf die unübersichtliche und unpersönliche EU-Administration. Brüssel wird zum Synonym für einen überschaubaren und vertrauten Raum von Netzwerken und Personen. Ein Feld von Akteuren, die sich vertrauen und ihre Handlungsorientierungen auf Gegenseitigkeit ausrichten: man kennt und hilft sich und man arbeitet zusammen. Diese Sequenz wirft ein neues Licht auf den Ausschnitt von „Europa“: Die spezifischen Arbeitsstrukturen an dem Ort konstituieren für die Handelnden ein vertrautes Feld. Nimmt man an dem „Spiel“ teil und gehört zu diesem Ausschnitt, wird das Feld übersichtlich und zeichnet sich durch nahezu familiäre und überschaubare Strukturen in einem regional begrenzten Umfeld aus.²⁷⁸

„but our members are the European Social NGOs and it’s very easy for them it’s really they really feel member of the Platform, it’s all offices which are here in Brussels and we all meet regularly. (...) so for them the Platform is part of their everyday work” (C 1, S. 12, 21-25).

Die unkomplizierten Beziehungen vor Ort werden aus Sicht eines Vertreters der Social Platform durch die Kooperation in der Platform unterstrichen: die Leichtigkeit bestimmt auch hier das Umfeld der Netzwerke, die Büros der Mitglieder sind alle in Brüssel angesiedelt und man kommt zu regelmäßigen Arbeitssitzungen zusammen: Die Kooperation in der Platform vereinfacht für ihre Mitglieder (und damit nur für eine begrenzte Anzahl von Akteuren) die alltägliche Arbeit, vergemeinschaftet ihre Mitglieder und stellt damit *eine* „Normalität“ für die europäischen Netzwerke der Sozialen Arbeit dar.²⁷⁹

²⁷⁷ Dabei soll nicht aus dem Blick verloren werden, dass sich in Brüssel oder in Europa durchaus europäische Netzwerke und NGOs befinden können, die nicht zu dieser Gruppe gehören und daher diese Sicht auf Brüssel voraussichtlich nicht teilen würden.

²⁷⁸ Diese Einschätzung ist durchaus positionsbezogen zu interpretieren, da der Befragte als Geschäftsführer eines Netzwerks zu der „Social Platform“ gehört. Hier deuten sich Grenzlinien innerhalb der europäischen Netzwerke an.

²⁷⁹ Der Arbeitszusammenhang in der Social Platform wird als für den sozialen Bereich kennzeichnend aufgefasst, insbesondere im Vergleich zu anderen „Sektoren“ oder NGO-Familien: „Der Befragte beschreibt, dass sich die europäischen NGOs der verschiedenen Sektoren in „families“ organisierten (Human Rights-NGOs, Entwicklungspolitik-NGOs in der Plattform CLONG, Environmental NGOs, AGE und die Social Platform). Die Social Platform weise dabei einen vergleichsweise hohen Grad an Formalisierung auf, die anderen

Die Normalität in dem vertrauten Raum beruht jedoch nicht ausschließlich auf einem solidarisch-familiären Umgang. Ein Netzwerkvertreter aus Brüssel problematisiert die Beziehungen unter den europäischen Netzwerken in Brüssel:

“I think perhaps for other social NGOs it is more of a problem while some of them works overlapped a little bit. (...) I guess, what you see when it comes to DG Employment, you know, when you may have money for NGOs for specific projects, I mean, I suppose effectively, they are competing against each other” (C 5, S. 8, 1-9).²⁸⁰

Die hier als soziale NGOs klassifizierten Netzwerke überschneiden und überlagern sich in ihrer Arbeit, die gemeinsam geteilten Themen, die in der Kooperation grundlegende Voraussetzung sind, werden zur Ursache für eine konkurrente Situation. Diese Konkurrenz speist sich aus der Beziehung zur Europäischen Kommission bzw. kreist um ökonomisches Kapital: Die Gruppe der europäischen Netzwerke im sozialen Bereich akquiriert Fördermittel bzw. Projekte insbesondere durch die Generaldirektionen Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit (GD Employment). Insofern wetteifern die „ähnlichen“ Netzwerke um begrenzte Mittel der Generaldirektion zur Finanzierung ihrer Arbeit, wenngleich die Netzwerkarbeit kooperativ angelegt ist. Der Befragte unterstreicht die von Wettbewerb geprägte Situation für diese Gruppe von europäischen Netzwerken in Brüssel.

Faites vos jeux!

Europa und das zivilgesellschaftliche Feld in Europa werden von den Akteuren je nach Distanz oder Nähe zu dem betrachteten Ausschnitt unterschiedlich wahrgenommen. Es wurde deutlich, dass Befragte aus dem nationalen Kontext unter „Europa“ die EU-Bürokratie fassen, die sie tendenziell als undurchschaubaren bürokratischen Monolith wahrnehmen, der für eine ungerechte Verteilung von Mitteln verantwortlich ist. Die Bedeutung der transnationalen Ebene für die nationalen Arbeitszusammenhänge wird nicht unmittelbar anerkannt, so dass ein monetär-instrumenteller Zugang zu „Europa“ in den Vordergrund tritt. Die Vermittlungsleistung von europäischen Netzwerken zwischen nationaler und europäischer Ebene werden in diesem Kontext bereits deutlich erkennbar sowie

„NGO-Families“ seien eher sehr lose organisiert und entwickeln keine gemeinsamen Positionen (vgl. A 7, S. 1, 12-17).

²⁸⁰ Die Sequenz ist Teil einer Passage, die auf die Frage nach der Kooperation und/oder Konkurrenz zwischen den Netzwerken in Brüssel folgt.

die Distanz der nationalen Akteure zu der „stillen Expertenöffentlichkeit“ in Brüssel (vgl. Kaelbe 2003, S. 273).²⁸¹

Je intensiver die Befragten in transnationale Arbeitsprozesse eingebunden sind, desto deutlicher tritt ein anderes „Europa“ in den Vordergrund: Europa wird als Synonym für einen bestimmten Ausschnitt, ein Feld verwandt, das sich durch Heterogenität und Unübersichtlichkeit auszeichnet (vgl. Kap. 3). In den Sequenzen zeichnen sich erste Hinweise auf ein Feld zivilgesellschaftlicher Akteure in Europa ab, die sich durch Handlungslogiken charakterisieren lassen: Die Heterogenität wird als kreatives Chaos, als Garten oder Puzzle beschrieben, in dem Prozesse der Selbstorganisation, Kooperation und solidarische Formen des gemeinsamen Handelns Ordnungsmomente im Feld darstellen. Weiterhin zeichnet sich ab, dass Konflikte und Konkurrenzen das Feld ebenso strukturieren (vgl. zu diesen Charakteristika Kap. 3.2.; Gosewinkel et al 2004b, S. 11f.). Vielfalt, Machtungleichheiten sowie ein normativer ziviler Konsens charakterisieren das Feld und verdeutlichen die zivilgesellschaftliche Interaktionssphäre (vgl. Gosewinkel/Rucht 2004c, S. 45).

Brüssel wird als Synonym für ein Feld von Akteuren betrachtet, die unter ähnlichen Bedingungen ihre transnationale Arbeit koordinieren und einen Spielraum schaffen, der für alle überschaubar und vertraut wird – das Spielgeschehen und die Spielregeln sind den Akteuren bekannt und werden geteilt. Im Sinne Bourdieus wird ein „Kraftfeld“ mit seinen Zwängen und Regeln anhand der Metaphern aus Flora und Fauna oder des Spiels (Puzzle) deutlich, die einen Raum zwischen Ordnung und Chaos, zwischen Strategien und Eigenlogiken beschreiben, die sich als Zwang den Akteuren auferlegt. Für Newcomer dagegen wirkt das Feld eher unzugänglich (vgl. D 2, S. 1ff.).

Die Kooperationen dienen dabei einerseits der Positionierung im Feld auf der Grundlage einer kollektiven Idee, die von den Akteuren des „Puzzles Zivilgesellschaft“ geteilt wird, andererseits sind sie wesentliche Ordnungsmomente in dem heterogenen Feld. Vertrauen und Solidarität bindet die zivilen Akteure aneinander, wenngleich sie in ihrer „Vereinzelung“ dazu aufgerufen sind, sich Profil aufzubauen und in Wettstreit zu treten. Die Kooperation entfaltet sich als vorteilhafte Handlungspraxis, obwohl konkurrierende Interessen und Konkurrenzen gegeben sind (vgl. Kap. 3.1). Insofern bestätigt sich, dass „Zivilität als

²⁸¹ Vgl.: „Ich habe so ein bisschen den Eindruck, je näher man dann an Brüssel kommt, umso stärker ist dann die EU-phorie. Und je mehr man weggeht, desto stärker wird die Euro-Panik“ (C 2, S. 12, 40-41).

Ausdruck eines bestimmten Umgangs mit Konflikten“ gedeutet werden kann (vgl. Reichardt 2003, S. 67).

In den Sequenzen wurden in einem ersten Schritt zwei Kampfarenen erkennbar, die in den folgenden Ausführungen vertieft werden: Zum einen die ungleiche Machtverteilung zwischen dem zivilgesellschaftlichen Feld und dem europäischen staatlichen Feld. Die Relationen zwischen diesen beiden Feldern sind zentral, da die Relationen zum politischen Akteur mit dem Zugang zu Kapitalsorten verbunden sind. Zum anderen entsteht zwischen den Akteuren ein Kampffeld um „Kapital“ in der Form von Positionierung und Sichtbarkeit (vgl. Kap. 7.5). Beide Kampf- und Konkurrenzsituationen ziehen Kooperationen nach sich. Diese Dialektik von Kooperieren und Konkurrieren ist nicht nur Strategie in Bezug auf die politische Administration, sie ist zugleich strukturgenerierendes Ordnungsprinzip des Geschehens selbst und produziert die Konturierung des Felds sowie die Professionalisierung der europäischen Netzwerke in diesem Kontext mit.

Insofern soll in Folge der vorläufigen Charakterisierung der gewählte Untersuchungsausschnitt mit den begrifflichen Instrumenten der Feldtheorie analysiert werden. Es wird davon ausgegangen, dass sich ein Feld von spezifischen europäischen und nationalen Akteuren im sozialen Bereich ausgebildet hat, die nicht mit „der“ europäischen Zivilgesellschaft zu verwechseln sind. Das gewählte Feld zeichnet sich durch erwähnte Feldstrukturen und eine Eigenlogik aus, die in den nachfolgenden Ausführungen weiter erläutert werden. Nach Bourdieu sind für die Analyse von Feldern insbesondere deren Beziehungen zum Feld der Macht relevant. Sicherlich stellen die europäischen Institutionen allein nicht das europäische Feld der Macht da, sondern ein europäische Staatsfeld. Gemeinsam mit anderen Akteuren wie z.B. mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren könnte sich ein europäisches Feld der Macht abbilden lassen. Um sich den Relationen zwischen zivilgesellschaftlichem Feld und dem politisch-administrativen Feld der EU zu nähern, wird die Perspektive der Akteure auf das politische Feld analysiert.

7.3 Die Beziehungen zum politischen Feld: Freunde und Feinde

Das europäische Politikfeld ist für eine Vielzahl der europäischen Netzwerkakteure sowie nationale Organisationen der Sozialen Arbeit zentraler Bezugspunkt. Die europäischen Netzwerke verstehen sich als „Nichtregierungsorganisation“, als Element einer europäischen Bürger- und Zivilgesellschaft und adressieren aus dieser Rolle heraus die „Politik“, um ihre Anliegen und Vorstellungen in den politischen Entscheidungsprozess einfließen zu lassen. Dieses Bild zweier sich gegenüberstehender Sphären lehnt sich an die deskriptiven Bereichs-Konzeptionen von Zivilgesellschaft an (vgl. Kap. 3.2), die von zwei unterschiedlichen Bereichen des Staates und der Zivilgesellschaft ausgehen. Das handlungstheoretische Verständnis von Zivilgesellschaft ermöglichte demgegenüber eine Perspektive auf zivilgesellschaftliche Handlungspraktiken, die als Interaktionssphäre konzipiert werden. Die Überlagerung mit Handlungsformen des politischen Felds bzw. die Betrachtung von „Policy-Netzwerken“ sind unter diesem Blickwinkel eher möglich. Dieser bereichsübergreifende und handlungslogische Blick wird ebenfalls durch die feldtheoretische Betrachtung von Bourdieu unterstrichen, der die Nichtregierungsorganisationen sogar als Teil oder Subfeld des politischen Felds versteht, da sie auf das politische Feld einwirken. Darüber hinaus ist das politische Feld in das Feld der Macht eingebunden, so dass auch die zivilgesellschaftlichen Akteure im Feld der Macht partizipieren. Da diese Beziehung aus Bourdieus Sicht für alle Felder relevant wird, soll auf dieses Beziehungsgefüge eingegangen werden.

Am Beispiel der europäischen Netzwerke der Sozialen Arbeit und der Europäischen Kommission wird eine enge Verflechtung erkennbar, die für beide Seiten funktionale und gewinnbringende Aspekte impliziert. Diesen Beziehungen zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und der Europäischen Kommission soll in der Folge nachgegangen werden, da die Ergebnisse das dargestellte Spannungsverhältnis von Autonomie und Heteronomie zivilgesellschaftlicher Akteure in Europa verdeutlichen (vgl. Kap. 3.2.2). Das Spannungsverhältnis wird im Feld von den Akteuren kontrovers diskutiert und je nach Position im Feld unterschiedlich bewertet. Dies bildet sich in den Einschätzungen über die Kommission sowie in der Debatte über die kommissionsgeförderten Netzwerke ab.

7.3.1 Freunde und Feinde: Die Sicht der Netzwerke auf das politische Feld

Das politische Feld der EU mit seinen verschiedenen Institutionen wird von den europäischen Netzwerken in seiner Zugänglichkeit für zivilgesellschaftliche Netzwerke unterschiedlich erlebt. Die Netzwerkakteure charakterisieren und bewerten die verschiedenen Institutionen nach deren Verhältnis zu den „NGOs“ und Netzwerken:

„Ich würde es nicht so sehen, aus der Sicht,²⁸² wenn ich mir das anmaßen darf, der Entscheidungsträger, zumindest der nationalen, also wenn es zum Rat kommt, die scheren sich einen Dreck drum, was sie [die NGOs] wollen. Wenn es zum Parlament oder zur Kommission kommt, dann ist das völlig anders, das Parlament ist gerne zwischen, bei und mit den NGOs, weil sie da vielleicht wirklich in der Tat so ein Stück Legitimation sehen, (...) ich glaube schon, dass das mittlerweile ein relativ akzeptierter Zustand ist, dass NGOs hier sind und sich um ihre Belange kümmern“ (C 4, S. 17, 14-28).

Diese „Brüssler“ Sicht nimmt die Institutionen des Europäischen Rats, Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission unter der Perspektive der Beziehungen zu „den NGOs“ in den Blick und kategorisiert sie nach dem jeweiligen Grad der „guten Beziehungen“. Dem Europäischen Rat, zusammengesetzt aus den Regierungen der Mitgliedstaaten, wird die weiteste Entfernung zu den zivilgesellschaftlichen Akteuren mit einhergehender Ignoranz zugesprochen („die scheren sich einen Dreck drum“). Die gleichgültige Haltung gegenüber den Anliegen zivilgesellschaftlicher Organisationen wird durch die Entscheidungsmacht des Rates im europäischen Mehrebenensystem ermöglicht. Das Europäische Parlament sowie die Europäische Kommission werden dagegen zugänglicher wahrgenommen, das Parlament „ist gerne zwischen, bei und mit den NGOs“. Diese Formulierung betont zunächst die Bereitschaft des Parlaments, sich mit den NGOs zu beschäftigen. Darüber hinaus werden drei Beziehungsaspekte thematisiert: Erstens ist das Europäische Parlament gerne „zwischen“ den NGOs, es mischt sich gerne unter das NGO-„Volk“, um durch diesen Positionswechsel relevante Informationen erhalten. Zweitens ist es zugleich „bei“ den NGOs, hier drückt sich durch die Präposition eine räumliche Nähe aus. Diese Nähe verstärkt sich drittens durch die Präposition „mit“, denn hier deuten sich gemeinsame Positionen und Handlungsstrategien an, die auf koalitionäre Beziehungen hinweisen. Ungeachtet der guten Arbeitsbeziehungen wird ein instrumentelles Interesse von Seiten des Parlaments in Bezug auf das Beziehungsgefüge nicht verneint: Die Nähe zu den wertebundenen und bürgernahen Nichtregierungsorganisationen wird bewusst gesucht, da sich das Europäische Parlament einen „Legitimations-Transfer“ erhofft. Diese Einschätzung aus dem Segment

²⁸² Der Interviewte antwortet auf die Frage nach der Legitimierungsfunktion der NGOs, die sie „für“ die europäische Politik übernehmen könnten.

der europäischen Netzwerke des sozialen Sektors wird durch die Analyse der europäischen Interessenvertretung und der Darstellung eines „europäischen Lobbyparcours“ gestützt (vgl. Kap. 3.3.3; Sebaldt/Straßner 2004).

Die Beziehungen zur Europäischen Kommission werden im Vergleich zu anderen Entscheidungsgremien als positiv bewertet:

„Also die Kommission ist nicht unser Feind, definitiv nicht. Wir haben immer ganz Unterstützung von der Kommission gekriegt, nicht nur des Geldes wegen, sondern auch politisch-inhaltlich. Aber da, wo die Macht liegt, im Rat, da sträuben sich mittlerweile ganz vielen die Haare“ (C 4, S. 18, 17-21).

Diese Äußerung impliziert eine Selbstbeschreibung und oppositionelle Positionierung im Hinblick auf die politischen Institutionen. Aus dieser oppositionellen Position heraus wird die Europäische Kommission durch den Gegensatz von Freund und Feind eingeführt. Die Kommission wird in der Freund-Feind-Differenz auf der Seite der Freunde verortet: Sie ist nicht der „Feind“ der europäischen Netzwerke, sondern ein „Freund“, dessen Unterstützung finanzielle Förderung und einen inhaltlichen Beitrag umfasst. Demgegenüber wird der Europäische Rat als „feindlicher Ort“ konstruiert, dessen Verhalten die Akteure der Zivilgesellschaft erschreckt. Die Relation zum Europäischen Rat zeichnet sich nicht durch Vertrauen und Zuneigung aus, sondern wird von Abwehr und Ablehnung geprägt. Dennoch resultieren aus diesem Verhältnis nicht konkrete Auseinandersetzungen, sondern es bleibt bei den NGOs bei einer durch Erschrecken ausgelösten Reaktion („Haare sträuben“). Die kritische Einschätzung bezieht sich nicht auf eine konkrete Auseinandersetzung oder einen Kampf, sondern auf die kaum zu überwindende Distanz, die eine Erreichbarkeit der Machtbefugnisse des Europäischen Rates erschwert. Die Beziehungen zur Europäischen Kommission dagegen, mit der viele der europäischen Netzwerke partnerschaftlich kooperieren, werden affirmativ als unterstützend wahrgenommen. Die Ambivalenz dieser Beziehung zur Kommission, z.B. durch die Kommissionsförderung entstehende Abhängigkeit der Netzwerke, bleibt in dieser Sequenz unberücksichtigt.

Die positive Einschätzung der Beziehungen zur Europäischen Kommission wird jedoch nicht als allgemeingültig von allen Akteuren im Feld geteilt, die Relationen und die daraus erwachsenden Probleme werden im Feld durchaus kritisch diskutiert. So unterstreicht ein Befragter, dass die Kommission mittlerweile über inhaltliche Kompetenz verfügt, sie aber in Bezug auf NGOs immer noch „a kind of aversion“ hege (vgl. A 7, S. 4, 9-12). Insbesondere die für die europäischen Netzwerke im sozialen Bereich bedeutsame Generaldirektion Employment & Social Affairs wird kritisiert, da sie in Bezug auf NGOs „no policy, no

nothing“ vorweisen könne – auch wenn die Kommission mittlerweile den Nutzen des Kontakts erkennt und durch Konsultationsprozesse versucht, zu fundierten Entscheidungen zu gelangen (vgl. A 7, S. 5, 36-44).²⁸³

Die unterschiedlichen Sichtweisen auf die europäischen Institutionen werden in der Folge am Beispiel der kommissionsgeförderten Netzwerke unter der Berücksichtigung der Ambivalenzen und Spannungsverhältnisse weiter ausdifferenziert und entfaltet.

7.3.2 Die Kinder der Kommission

Die Europäische Kommission unterhält auf verschiedene Art und Weise Beziehungen zu den zivilgesellschaftlichen Netzwerken und Nichtregierungsorganisationen: Als „Hüterin der Verträge“ und des administrativen Apparats der EU zeichnet sie verantwortlich für innovative Politikinitiativen sowie für die Implementierung der politischen Programme und Projekte. Im Kontext ihres Initiativrechts veranlasst sie den „zivilen Dialog“ (vgl. Kap. 3.4.) und bezieht frühzeitig Expertisen der europäischen Netzwerke ein. Zugleich ist die Europäische Kommission zentraler Mittelverwalter für die jeweiligen europäischen Projekte im sozialen Bereich bzw. für die Verwaltung des Europäischen Sozialfonds. Manche der europäischen Netzwerke im sozialen Bereich werden mittlerweile durch eine projektunabhängige, einjährige Finanzierung („core funding“) von der GD Employment & Social Affairs gefördert. Die damit verbundene Stabilität ermöglicht den von der Förderung betroffenen europäischen Netzwerken eine freiere Gestaltung ihrer Arbeit im Vergleich zu der zeitlich begrenzten und aufwendigen Projektfinanzierung (vgl. Kap. 7.1).

Diese unterschiedliche Verteilung von ökonomischen Ressourcen sowie die unterschiedlich-verfügbaren Zugangswege in den einzelnen *communities* der NGOs und Netzwerke im sozialen Bereich führt im Feld zu Positionierungen, zu Kämpfen, Konkurrenzen sowie zu Kooperationen.²⁸⁴ Wie in Kapitel 3.3.3 dargestellt, evoziert der „europäische Ansatz“ der

²⁸³ Zu dem „zivilen Dialog“ der Europäischen Kommission und den zivilgesellschaftlichen Akteuren vgl. Kap.3.4. Zu berücksichtigen ist, dass diese Einschätzung zu einem bestimmten Zeitpunkt getroffen wird.

²⁸⁴ Vgl. dazu: „Und dann, um auf Ihre Frage zurückzukommen, von daher ist es schwierig zu sagen, welches Netzwerk ist am einflussreichsten oder am stärksten, weil die Kommission zu unterschiedlichen Fachthemen unterschiedliche Organisationen akkreditiert hat, mit denen sie in einen Dialog tritt und von daher müssen wir dann fragen, im Bereich Behinderte oder im Bereich Disability Persons oder im Bereich Ausgrenzung, im Bereich Armut, im Bereich Genderthemen und da kann man natürlich immer verschiedene Organisationen dann nehmen, das stimmt. Aber als ein komplettes Netzwerk ist es schwierig zu sagen. Es gibt halt eins, es gibt die Social Platform, die natürlich in all ihrer Heterogenität die größte Plattform darstellt“ (C 6, S. 11, 48-50; S. 1, 1-7).

Kommission, nur mit europäischen Netzwerken und NGOs intensiver zu kooperieren, Auseinandersetzungen im Feld. Die Auf- bzw.- Abwertung ausgewählter oder neuer Akteure durch die „Weihe“, in den engeren Kreis ausgewählter Ansprechpartner der Kommission zu gehören, evoziert Kämpfe um Positionserhalt und Positionsverluste der etablierten Akteure im Feld. Andere, bereits existierende Akteure beginnen daraufhin, gegen die Neubildungen anzukämpfen, um ihre Position beizubehalten - es manifestieren sich Konfliktlinien im Feld, die u.a. als Generationskämpfe ausgetragen werden können (vgl. Kap. 7.5). Dabei fungiert der *Topos der Autonomie* der europäischen Netzwerke als Bezugspunkt der Auseinandersetzung: Befürworter einer europäischen Förderung betonen die Chance, die zivilgesellschaftlichen Akteure auf diese Weise in die Lage zu versetzen, ihre Rolle auszufüllen (vgl. Jarré 2005, S. 258). Gegner einer Kommissionsförderung wähen demgegenüber die politische Unabhängigkeit und Protestfähigkeit der transnationalen Netzwerke sowie die Eigenlogik des Felds in Gefahr (vgl. Kap. 3.3.3). Die heteronomen Entstehungsbedingungen der vermeintlich unabhängigen „zivilgesellschaftlichen“ Akteure wird von den meisten Befragten kritisch reflektiert und als Einmischung und negative Verzerrung charakterisiert (vgl. A 4, S. 5, 28-31). Europäische Netzwerke wie das EAPN und die Social Platform gelten als „typisch Kommissions-angeregte Netzwerke“, da sie von „jemand Fremdem gegründet“ wurden (vgl. ebd., 46) und keine eigene Entstehungsgeschichte im Feld vorweisen können. Rückblickend schildert der Interviewte, dass im Nachgang einer kommissionsinitiierten Tagung die Parole „dann schließt euch doch zusammen“ von der Kommission ausgegeben wurde (vgl. A 4, S. 4, 44). Einige Akteure protestierten sogar gegen das Vorgehen der Kommission und das Entstehen der „Kommissions-Kinder“, da diese Gründungsinitiativen von „oben“ und die damit einhergehende Abhängigkeit aus dieser Sicht nicht den Spielregeln des Felds entsprachen (vgl. A 4, S. 4ff.) bzw. die eigene Positionierung im Feld bedroht wurde.²⁸⁵ Die Intervention von oben und der Wunsch der Kommission, in bestimmten Themenfeldern für sich Ansprechpartner zu konstruieren und zu identifizieren, stoßen insbesondere bei etablierten Netzwerken im Feld (wie z.B. Familiennetzwerke der deutschen Wohlfahrtsverbände) auf Ablehnung. Loges greift die Kritik auf, die deutschen Wohlfahrtsverbände seien bei der Gründung des Europäischen Armuts-

²⁸⁵ Vgl.: „Europa ist, glaube ich, empfindlich, mit Recht empfindlich, gegenüber Organisationen von oben. So ist es ein Prozess, der auf einer Erfahrung und Vertrauen und Kennen lernen basiert. Und ich glaube, dass aus diesem bunten Bild, oder Puzzle, das es derzeit gibt, eine klare Kontur entstehen wird. Weil man merkt, man kann sich das Viele nicht mehr leisten. Und dass das Viele ineffektiv ist, so dass es also zu besser organisierten Zusammenschlüssen kommen wird, aber noch ist sicherlich diese Zeit noch nicht da, das ist mal mein Eindruck“ (B 7, S. 15, 12-19).

netzwerks (EAPN) nicht rechtzeitig eingebunden gewesen. Daran anschließend zeige dies, dass die Netzwerke keinen ausreichend „Rückhalt in den Mitgliedstaaten“ genießen (Loges 1993, S. 198). Weiterhin wird kritisiert, dass die Unabhängigkeit nicht gewährleistet sei. Kuper schildert aus Sicht des Caritasverbands den Prozess:

„Die Wirklichkeit sieht so aus, dass die Kommission mit einem Betrag von gut 60.000 DM eine kleine Gruppe von Sachverständigen aus dem ihr vertrauten Umkreis beauftragt hat, einen europäischen Verband zu gründen. (...). In der Gründungsgruppe waren lediglich sechs Mitgliedsstaaten vertreten. Die Bundesrepublik Deutschland, aus der kostenlos vierzig Delegierte zum Gründungskongress anreisen durften, wurde darüber so spät unterrichtet, dass den Verbänden kaum etwas anderes übrig blieb, als die Gründung zunächst einmal zu boykottieren“ (Kuper 1992, S. 56).

Den Kommissions-Kindern haftet der Makel der Heteronomie im Feld größtenteils lange an, wenngleich sie sich im Zuge ihrer Netzwerkarbeit von dem Gründungszusammenhang entfernen und emanzipieren. Die Gegner versuchen durch den Ruf nach Autonomie diese neuen kapitalreichen Netzwerke in ihrer Position zu entwerten und werten dagegen die eigenen Kapitalien (Tradition, Unabhängigkeit) auf (vgl. Kap. 7.5.3). Demgegenüber argumentieren Akteure aus dem europäischen Feld, es sei „ja ein bisschen ungeschickt“, sich von den „EU-Kindern“ fernzuhalten, da sie einen „wichtigen und bedeutenden Platz errungen“ haben (B 3, S. 17, 13-14).

Dessen ungeachtet wird die Intervention von NGO-„communities“ begrüßt, wenn die jeweilige „Szene“ selbst keine Koordinationsstrukturen auf europäischer Ebene entwickeln konnte. Zwar haftet den Netzwerken ein „Makel“ an, aber es mangelte an der Tradition des Subfeldes selbst, ein Netzwerk aus eigener Kraft aufzubauen²⁸⁶ (vgl. C 4, S. 3, 5-34). Dies

²⁸⁶ Bei dem Netzwerk ENAR im Anti-Rassismusbereich drückt sich dies in Formulierungen wie „wir haben politische Probleme mit unserer Entstehungsgeschichte“ aus: „Es ist nämlich nicht aus der NGO-Szene selbst gekommen, sondern auf eine Anregung von der Kommission hin. (...) Und dass die, ich nenne es mal, die Szene selbst nicht fähig war, so was aufzubauen, ist ein Signal, das ist ein Zeichen. Es gibt bessere und schönere Geschichten aus den jeweiligen Ländern, wo die Kooperation nicht immer funktioniert hat, wo das zum Teil auch nicht gewollt war, wo das zum Teil sehr gut war, auch schon Jahre zuvor, aber diese Netzwerkarbeit in der Anti-Rassismusszene war nicht, hatte keine Tradition. Und die Kommission hat die Erfahrung gemacht, dass in anderen Bereichen mit Behinderten, mit Schwulen und Lesben, also zu dem Zeitpunkt gab es das noch nicht, aber im Ökologiebereich, mit Frauen und so weiter, dass sie eine Institution suchen, oder haben wollen, mit der sie direkt kommunizieren können, um aus der Graswurzelbewegung einfach die Information zu kriegen und da auch zu kooperieren. Das ist ein sehr ausgeprägter Ansatz von der Kommission, den ich auch persönlich sehr schätze, der auch sehr hilfreich ist für alle Beteiligten (...). 1997, hat die Kommission eben angeregt, sie würde die Entstehung eines solchen Netzwerkes unterstützen, finanziell unterstützen. Und es gab da eine Person, die dafür eine Machbarkeitsstudie gemacht hat und die Szene auch gut kannte (...), der dann in Europa rumgetourt ist und gefragt hat, was haltet ihr davon, und da war durch die Bank auch eine sehr positive Resonanz. Nur ist so ein bisschen, ich sage das ganz frei raus, ein kleiner Makel, wir haben das nicht selber gemacht, sondern die Kommission hat das so beschlossen und ich glaube, es hätte eine andere Atmosphäre entstehen, es wäre früher eine andere Atmosphäre entstanden, wenn das aus der Szene selber gekommen wäre“ (C 4, S. 3, 5-34).

ist umso prekärer für zivilgesellschaftliche Akteure, die in ihrem Selbstverständnis als Aktivisten den Kampf gegen die Herrschenden suchen und nunmehr sich erst die eigenen Strukturen für den Protest von den Herrschenden finanzieren lassen müssen. Die Strategie der Kommission, der Vielfalt der europäischen Netzwerke „eine Stimme zu geben“ wird zwar als „horrible“ und „completely stupid“ bewertet, zugleich wird Verständnis für das Interesse geäußert, das Feld auf diese Art und Weise strukturieren zu wollen (vgl. A 6, S. 2, 34-37). Allerdings bevorzugt die Europäische Kommission tendenziell größere Organisationsstrukturen, für kleinere Netzwerke bedeutet dies einen erschwerten Zugang zu Unterstützung und Förderung, da die Kommission „don't recognize the value of smaller organisations and the specialities of each organisation“ (A 1, S. 4, 15). Die Intervention etabliert eine weitere Ungleichheitsstruktur.

Die Strukturierungsstrategien der Europäischen Kommission wirken sich aber nicht nur auf die europäischen Netzwerke aus, sondern berühren auch Einflussmöglichkeiten *nationaler* Akteure, die sich ihr Standing im (transnationalen) Feld bereits erarbeiteten. Die „neureichen“ europäischen Akteure mit dem verliehenen Kapital üben auf nationale Akteure Zwänge aus, sich diesen neuen übergreifenden Akteuren anzuschließen. Diese Felddynamik ist für deutsche Organisationen Sozialer Arbeit nicht zu ignorieren: Da sie an dem Spiel im Feld weiterhin partizipieren und nicht in die Peripherie abgedrängt werden möchten, sehen sie sich zunehmend gezwungen, über ihre eigene Vertretung hinaus einem europäischen Netzwerk beizutreten, um weiterhin im Sinne eines „multi-voice-lobbyings“ den Zugang zu dem Feld der europäischen Politik aufrecht zu erhalten:

„und es kommt ja auch der Kommission sehr entgegen und das ist meine Erfahrung in Brüssel und nicht nur meine Erfahrung, sondern von vielen Leuten, wenn sie da als nationale Organisation ankommen, das können sie gleich vergessen. (...) sie werden ja nicht ernst genommen, wenn sie nicht irgendwie ein Netzwerk hinter sich haben, also das ist, glaub ich, eine Meinung aller, die da etwas zu tun haben“ (B 3, S. 5, 8-15).

„und da muss natürlich auch frühzeitig informiert sein und um da ein Ohr am Geschehen zu haben, braucht man eben auch wieder Netzwerk, weil man das als einzelne Organisation gar nicht leisten kann, denn das werden Sie auch gemerkt haben, wenn Sie Lobbying oder Interessenvertretung in der EU machen, dann haben Sie nicht einen oder fünf Ansprechpartner, sondern Sie haben mindestens 500 und die können Sie nicht als Oneman- oder Onewomanshow irgendwo in Brüssel bedienen, sondern da brauchen Sie schon einen etwas größeren Apparat, der auch nur einen Ausschnitt davon überhaupt nur mitkriegt“ (B 10, S. 3, 33-40).

Die Notwendigkeit der Vernetzung mit transnationalen Netzwerken wird mit zwei Begründungsmustern verknüpft: Aufgrund des europäischen Ansatzes der Kommission (vgl. Kap. 3.3.3) werden die europäischen Netzwerke zu Brückenköpfen, um die Politik adressieren

und bedienen zu können. Auf diese Weise können nationale Akteure im Fahrwasser der europäischen Netzwerke Gewicht und Standing erlangen, das ihnen allein im Feld nicht zukäme.

Die europäischen Netzwerke erbringen darüber hinaus zentrale Vermittlungsleistung für die nationale Ebene, sie stellen das Sinnesorgan dar, durch das Europa wahrgenommen werden kann. Sie ermöglichen als differenziertes Wahrnehmungsorgan die Balance der Verbindungen und Vermittlung. Die Notwendigkeit einer transnationalen Kooperation verdeutlicht sich in dem Ausdruck, als nationale „One(wo)manshow“²⁸⁷ könne die Fülle der potenziellen Ansprechpartner nicht „bedient“ werden. Die europäische Bühne erzwingt ein größeres Ensemble von „Schauspielern“, die das politische Publikum mit dem zivilgesellschaftlichen Schaustück begeistern.

Neben der Inszenierung der Netzwerkarbeit resultieren aus den Beziehungen zu den politisch-administrativen Akteuren Bürokratisierungsprozesse, die einen „Apparat“ ausbilden, der partiell das Geschehen mitverfolgen kann. Die europäischen Netzwerke entwickeln für diese Zwecke spezifische „Werkzeuge“ und gleichen sich durch die Prozesse der politischen Administration in ihrer Struktur an: Die sukzessive Annäherung evoziert ähnliche, passungsgenaue Organisationen, die aufeinanderbezogen agieren können. Dies verdeutlicht, dass sowohl die Europäische Kommission als auch die nationalen Akteure die europäischen Netzwerke als Ansprechpartner und Vermittler benötigen, um sich gegenseitig zu verstehen. Dabei setzt die Kommission auf Kooperation und zivilen Dialog; die nationale Seite auf eine strategische Auswahl an Mitgliedschaften in transnationalen Netzwerken.

Die dominanten Spielregeln der Kommission und daraus resultierende Veränderungen im Feld lassen sich exemplarisch am Feld der humanitären Hilfe nachzeichnen, in dem die Generaldirektion für Humanitäre Hilfe („ECHO“) die Gangart vorgibt, an der sich nationale Organisationen orientieren müssen.

„Auch da gibt es eine zunehmende Tendenz, dass ECHO gar nicht mehr mit nationalen Organisationen gerne zusammenarbeiten möchte, sondern sich da eigentlich auch mehr mit Familien oder Netzwerken in eine Partnerschaft begeben möchte, weil es natürlich für ECHO vom Handling her wesentlich einfacher ist, mit so einem Netzwerk zu kooperieren, als jetzt mit einem Dutzend nationaler Organisationen und es hat natürlich für ECHO auch den entscheidenden Vorteil, dass sie nicht immer bei den Diskussionen, wer kriegt nun welchen Auftrag oder welche Zuwendungen, immer gleich wieder auf der nationalen Ebene diskutieren müssen, (...) also so wollen sie sich ein bisschen aus der Affäre ziehen. Das heißt natürlich für uns auf der anderen Seite, dass wir uns stärker mit anderen europäischen gleichgesinnten Organisationen zusammentun müssen, um eine solche Familie darstellen zu können“ (B 10, S. 2, 8-21; 25-36).

²⁸⁷ Der Darstellung nach „Außen“ kommt Bedeutung zu, wie sich in Kapitel 7.4.6 zeigt.

Durch die Präferenz von ECHO, mit europäischen Netzwerken oder „Familien“ anstatt mit einer Vielzahl nationaler Organisationen zusammenzuarbeiten, verlagert sich die Verteilung von Mitteln und die Aushandlung von Konflikten in die europäischen Netzwerke hinein. Für die nationalen Akteure bleibt allein die Option, sich den Netzwerken anzuschließen, „um eine solche Familie darstellen zu können“ – und damit als Partner weiterhin mit „im Spiel zu bleiben.“

Diese Prozesse wirken sich auch auf die Gestalt der Netzwerke aus: Die Netzwerke werden auf der Grundlage von Gemeinsamkeiten als Familie inszeniert, um für alle Mitglieder die Partizipation im Feld zu garantieren. Die „Familie“ fungiert im Wettbewerb extern als Kapital und fungiert zugleich nach innen als Knotenpunkt zur Verteilung der Ressourcen. Allerdings tritt eine normativ begründete Kooperation des Familien-Netzwerks auf der Grundlage gemeinsam geteilter Werte hinter einer funktionalen Inklusion zurück, die aus der konkurrenten Situation und dem europäischen Ansatz der Kommission resultiert.²⁸⁸

Die Art der Beziehungen zwischen zivilgesellschaftlichen Netzwerken und der Europäischen Kommission verdeutlicht, dass die Kommission aufgrund mangelnder Rechtskompetenzen und gleichzeitigem Initiativrecht auf die Zusammenarbeit mit den europäischen Netzwerken angewiesen ist. Die Kommission braucht die Netzwerke, so wie die Netzwerke auf die Kommission inhaltlich und finanziell bezogen sind.

Gleichzeitig ist natürlich auch die Kommission zum Teil mit darin verwickelt, indem sie gerade aufgrund des Mangels an (...) sozialen Rechtskompetenzen, die sie hat, ist sie natürlich bemüht, wenn sie in bestimmten Bereichen koordinieren will, braucht sie Informationen. Wenn sie aber diese Informationen haben will und dazu in diesem Bereich keine Kompetenzen hat, bekommt sie sie nicht. Weil dann Kommunen, Ländern und Bund natürlich zuarbeiten müssen zum einen oder keine Informationen liefern müssen, zu Bereichen, wo die Kommission nicht initiativ tätig werden soll, das heißt, die Kommission ist aber trotzdem bemüht, Informationen einzusammeln, Informationen sich zu besorgen und initiiert dadurch natürlich auch, unterstützt speziell auch nochmals Organisationen oder Netzwerke, die ihr eventuell diese Informationen übermitteln kann. Das führt dann natürlich aber auch wiederum zu Konkurrenzsituationen zu eventuell bestehender Organisationen, die sich dann in der Hinsicht benachteiligt fühlen (C 6, S. 11, 6-19).

Die Kommission verfügt nur über bestimmte Rechtskompetenzen, so dass sie in der Vorbereitung und Ausarbeitung politischer Programme auf zusätzliche Informationsquellen und Expertisen zurückgreifen muss. Dieser Umstand trifft insbesondere auf sozialpoliti-

²⁸⁸ Im Jahr 2006 waren die Hauptpartner von ECHO zunächst internationale Organisationen wie die UN bzw. das UNHCR, das Rote Kreuz, IOM und die Deutsche Welthungerhilfe. Ferner unterhält ECHO ein „Framework Partnership Agreements“ mit internationalen Organisationen und NGOs. Im Kontext des Agreements können sich europäische Netzwerke bewerben, um nach bestimmten Kriterien akkreditiert zu werden. Im Jahr 2006 sind 200 NGOs aus verschiedenen Ländern als FPA-Organisationen aufgeführt (vgl. http://europa.eu.int/comm/echo/statistics/echo_en.htm#efd).

sche Initiativen der EU zu, da die Sozialpolitik weiterhin in der Verantwortung der Mitgliedsstaaten verbleibt (vgl. Kap. 2.3). Die Kommission sucht nun durch koordinierende Programme ihre politischen Ziele langfristig durchzusetzen. Folglich verlagert die Kommission u.a. ihre Informationsbeschaffung auf die Ebene der Nichtregierungsorganisationen und Netzwerke. Der Informationsbedarf der Kommission konstruiert „Trennlinien“ im Feld und befördert dadurch Konkurrenzen im Feld: Netzwerke, die diesem Informationsbedarf entsprechen oder als Informationsquelle „ausgewählt“ werden, erlangen eine gleichsam privilegierte Position, wohingegen Netzwerke, die nicht als „information provider“ für die Kommission auftreten können, in Nachteil geraten: Ihnen mangelt es an Beziehung zum politischen Feld, die zugleich eine kapitalträchtige Investition für das eigene Standing darstellen. Die Perspektive eines Kommissionsvertreters verdeutlicht diesen Zugang der Europäischen Kommission, die mit der Bündelung von Interessen einhergeht. Durch die Kooperation mit europäischen Netzwerken verschafft sich die Kommission einen Zugang zu „den Bürgern“, der ihr selbst versagt bleibt (vgl. C 7, S. 1). Die Europäische Kommission und die zivilgesellschaftlichen Akteure im sozialen Bereich sind in vielfacher Weise miteinander verbunden und in gegenseitiger Abhängigkeit aufeinander verwiesen: Die Kommission fördert die Netzwerke und NGOs und erwartet im Gegenzug gefilterte Informationen, die „von den Bürgern“ über die nationale Ebene durch die europäischen Netzwerke in die europäische Politik kommuniziert werden. Die Kommission erlangt auf diese Weise Wissen über die Realisierungsbedingungen zukünftiger europäischer Programme. Gleichzeitig ermöglicht der Zugang die Ausweitung der Kenntnisse und Einschätzungen der Handlungsrationalitäten der Umsetzungsakteure für die europäischen Programme. Demgegenüber fordert diese Übereinkunft ihren Tribut im Feld: Durch die Finanzierung sowie Gründung von Netzwerken verteilt sich das Kapital unter den Akteuren in ungleicher Weise. Es bilden sich Akteurskonfigurationen im Zentrum um die Kommission herum aus und es bilden sich verschiedene Positionen der Peripherie. Dennoch ist darauf hinzuweisen, dass die „Peripherie“ nicht mit einer benachteiligten, randständigen Position gleichbedeutend ist, da in dieser Entfernung zum politischen Zentrum der EU zugleich die Chance größerer Unabhängigkeit liegen kann. Diese entstehenden Trennlinien und Konfliktverläufe im Feld werden in Kapitel 7.5 erneut aufgegriffen.

7.3.3 Autonomie und Heteronomie

Das Spannungsverhältnis von Autonomie und Heteronomie bzw. von Institutionalisierung und Autonomie resultiert zuvorderst aus der Tatsache, dass ein Teil der europäischen Netzwerke in größerem Umfang aus Kommissionsmitteln gefördert wird (vgl. Kap. 7.1) und zugleich der zivilgesellschaftliche Anspruch bestehen bleibt, die europäische Politik kritisch zu adressieren und herauszufordern. Wie erhalten bzw. konzipieren in diesem spannungsreichen Gefüge die europäischen Netzwerke ihre Autonomie und Unabhängigkeit? Und welche Konsequenzen ergeben sich aus dem Umstand, dass sich die Kommission eine „eigene“ Zivilgesellschaft finanziert, deren wesentliches Ziel die kritische Auseinandersetzung mit der europäischen Politik darstellt? (vgl. A 7, S. 5, 36-44). Diese Fragen in Bezug auf das Verhältnis von Abhängigkeit und Unabhängigkeit werden in dem Feld der Netzwerke durchaus kontrovers diskutiert:

„also ich bin durchaus kritisch, was die Kommission tut und fände es unakzeptabel, wenn sie sagen würden, ihr müsst jetzt das und das sagen, und wir treten der Kommission schon auch auf die Füße, wenn wir meinen, dass es nicht passt und wenn sie dann sagen würden, jetzt geben wir euch das Geld nicht mehr, dann würde ich eben doch lauter auf die Füße treten (...). Aber es gibt solche Diskussionen von Kollegen, die sagen, wir, ich sage das auch mal ketzerisch, wir beanspruchen das Geld, und wollen aber von der Kommission dann auch für den Rest des Jahres nichts mehr hören. Das geht so nicht, die Kommission ist Geldgeber. Ich finde nicht, dass sie diktieren sollten, was unsere Positionen sind, aber sie sollten doch zumindest eine Stimme haben, in ihrer Rolle als finanzieller Förderer“ (C 4, S. 17, 30-49).

Der Befragte schildert die interne Auseinandersetzung des kommissionsgeförderten Netzwerks um die Rolle des „Financier“: Darf die Kommission als Förderer, in die Netzwerk-Arbeit einwirken? Der Befragte verweist auf die Grenzen des Netzwerks, die die Reichweite der „Übergriffe“ steuern können. Er verortet sich selbst in der Diskussion als „durchaus kritisch“ und unterstreicht damit einen unabhängigen Blick ungeachtet der abhängigen Situation des Netzwerks von der Kommissionsförderung. Die Rolle eines „Befehlsempfänger“ und verlängerter Arm der Kommission wird zurückgewiesen. Allerdings verweisen die unterschiedlichen „Abteilungen“ und Meinungen innerhalb des Netzwerks auf ein internes Konfliktfeld: Einige Netzwerkmitglieder empfinden das Verhalten der Kommission durchaus als grenzüberschreitend und wehren sich gegen inhaltliche Interventionen. Der Befragte weist aber die Idee, bei gleichzeitiger inhaltlicher Unabhängigkeit die Mittel der Kommission in Anspruch nehmen zu wollen, als nicht adäquat zurück: „Das geht so nicht“ verweist auf (Spiel-)Regeln in dem Feld in Bezug auf die Relationen zwischen Kommission und europäischen Netzwerken.

Die Versuche von europäischen Netzwerkvertretern, die Unabhängigkeit der eigenen Netzwerkarbeit in Anbetracht der Nähe zur Kommission zu verteidigen, erfährt von einem Kommissionsvertreter eine schonungslose Relativierung: Die Kommission nehme durchaus bewusst Einfluss auf die thematische Ausgestaltung der Programmatik und der Kampagnen der geförderten Netzwerke und verbinde mit der Förderung konkrete Interessen. Die Eingriffe und Interventionen in einzelne Netzwerke sowie in das Feld werden von dem Interviewten uneingeschränkt bejaht; Tendenzen von Netzwerken, sich als unabhängig zu präsentieren, werden von dem Kommissionsvertreter nicht mit großer Begeisterung zur Kenntnis genommen (vgl. C 7).

Diese Charakterisierung verdeutlicht, dass in dem Beziehungsgefüge zwischen den Kommissions-Kindern und dem Ziehvater der Kommission sowie zwischen den geförderten und finanziell „unabhängigen“ Netzwerken die Debatte um Unabhängigkeit und Abhängigkeit fortwährend ausgefochten wird.

Ein nationales Mitglied des bereits zitierten Kommissions-Netzwerks betont, wie von dem europäischen Netzwerkvertreter angedeutet, eher die Gefahren der Abhängigkeit durch die enge Anbindung an die Kommission:

„wenn man die Rahmenbedingungen sich anschaut, dann kann nicht viel mehr bei rauskommen, aber die Rahmenbedingungen sind leider so, dass die Kommission sehr starken Einfluss nimmt auf das, was das, was in Brüssel gemacht wird und vor allen Dingen einen großen Einfluss nimmt auf das, über das ganze Finanzgebaren, was dazu führt, dass wir im letzten Jahr in zwei Sitzungen darüber diskutiert haben, ob wir nicht aussteigen (B 16, S. 7, 36-41).²⁸⁹“

Das oben geschilderte Agreement auf der europäischen Ebene zwischen Netzwerken und Kommission irritiert nationale Mitglieder, da der Anspruch der Kommission als zu „großer Einfluss“ und „Gebaren“ empfunden wird. Dennoch gilt hier zu bedenken, dass insbesondere deutsche Organisationen der Sozialen Arbeit häufig in das korporatistische, wohlfahrtsstaatliche Arrangement eingebunden sind, das mit einer ebensolchen Förderung durch den Staat einhergeht und ähnliche Fragen aufwirft.

Die wahrgenommene Schwäche einer autonomen Position wird mit der notwendigen Förderung, europäische Netzwerke zu fördern, kontrastiert, damit diese ihre zivilgesellschaft-

²⁸⁹ Dies wird ergänzt durch ein weiteres nationales Mitglied: „Bisher hat sich ENAR nur über Kommission finanziert, wobei das problematisch wird, jetzt so langsam aber sicher. Es gab jetzt also Versuche von ENAR, sich auch über die nationalen Netzwerke zu finanzieren, was dann die nationalen Netzwerke wieder vor Fragen stellt, also jetzt gerade auch in Deutschland, da wir keine Einrichtung sind, haben wir selber keine Finanzierung und wir wollen jetzt auch nicht unseren Status verändern, nur um ENAR zu finanzieren“ (B 1, S. 18, 9-15).

liche Rolle ausfüllen können. Die Konfliktlinie im Feld ist nach wie vor brisant, auch wenn die Förderung durch die Kommission zukünftig eher zur Normalität gehören und spezielle Typen von Netzwerken hervorrufen wird.

Allerdings zeigt sich im Vergleich zu anderen Segmenten der europäischen Interessenvertretung, dass die sozialen NGOs und Netzwerke als vergleichsweise schwach eingeschätzt werden (vgl. Kap. 3.3.1). Diese sektorale Schwäche wird durch die fehlende Unabhängigkeit von politischen Institutionen verstärkt.

„Das andere ist, wie, welches Schwergewicht ist dann das Jugendforum in Brüssel, da, das muss man realistisch sehen, das ist kein Schwergewicht im Vergleich zu anderen Interessenvertretern. Man muss auch sehen, wer kann wirklich Druck ausüben auf Politiker, das können vielleicht noch Gewerkschaftsorganisationen machen in Brüssel oder die Unternehmerverbände und so weiter, aber die Jugendorganisationen und das Jugendforum ist da relativ schwach. Weil es auch abhängig ist vom Geld und im Weißbuch steht ja auch drin, dass das Jugendforum sich verändern soll und das zeigt schon manchmal ein bisschen die Sichtweise, auch der Kommission oder der Bürokratie, was die Interessenvertretung der Jugend angeht, dass die da einfach sagen, ach, an sich wünschen wir uns was anderes und das geht natürlich so nicht“ (B 14, S. 15, 21-32).

Der Befragte, der als nationales Mitglied in dem europäischen Netzwerk eingebunden ist, betrachtet das Netzwerk unter der Perspektive des politischen „Gewichts“ und spricht ihm vergleichsweise eine geringe Relevanz zu. Das Gewicht des Netzwerks manifestiert sich in dem Druck, der auf die Politik ausgeübt werden kann. Die Schwäche des hier aufgeführten Netzwerks basiert in der Sicht des Interviewten auf der finanziellen Abhängigkeit von der Kommission, aus der darüber hinaus inhaltlichen Ein- und Übergriffe in die Netzwerkarbeit erwachsen. Die Kommission wird als Akteur charakterisiert, der Wünsche und Anregungen zur Ausgestaltung der Arbeit dieses Netzwerks gibt – ein „Eingriff“ in die Autonomie von Interessenvertretungen, den der Befragte hier kritisch ablehnt. Dennoch ist darauf hinzuweisen, dass die Einschätzung der Stärke oder Schwäche auf dem Vergleich mit anderen „Feldern“ beruht, die sich anderen Rahmenbedingungen und anderen Entstehungskontexten gegenübersehen und daher auch ein anderes Gewicht erlangen können. Es wird zu überprüfen sein, inwieweit die hier angedeutete Situation der finanziellen Abhängigkeit europäischer Netzwerke im sozialen Bereich und der damit unterstellten mangelnden politischen Einflussnahme für europäische Netzwerke typisch ist.

7.3.4 Das hohe Gut der Autonomie

Die Befunde verdeutlichen die *typischen* Prozesse im Feld europäischer zivilgesellschaftlicher Akteure: Für die Akteure ist das *Spannungsfeld von Unabhängigkeit und Abhängigkeit* durch eine zunehmende Institutionalisierung und Finanzierung zentral, die sich in den Relationen zum politischen Feld verdeutlichen. Die Akteure bewerten die Gefahr von Instrumentalisierung und Kontrolle kritisch, da Autonomie im zivilgesellschaftlichen Selbstverständnis ein hohes Gut und Identitätsmuster darstellt (vgl. Wasner 2005, S. 134) und durch Heteronomie die Protestfähigkeit zivilgesellschaftlicher Organisationen bedroht wird. Dieses Spannungsverhältnis wurde unter der Perspektive der entwickelten Beziehungen zur Europäischen Kommission hin betrachtet. Die Ausstattung ausgewählter Akteure mit ökonomischem und sozialem Kapital schafft Subfelder im Feld und produziert neue Zentren und Peripherien.

Die Kommission als Freund und Ziehvater europäischer Netzwerke strukturiert das Feld und unterhält ökonomische und inhaltliche Beziehungen zu den Akteuren. Nicht überraschend ist die kontroverse Einschätzung dieser Beziehungen und der Kapitalausstattung, die von der jeweiligen Position der befragten Akteure im Feld abhängt. Die Kommission kreiert sich eigene Ansprechpartner, greift in das Feldgeschehen ein, initiiert übergreifende Vernetzung, verleiht spezifischen Akteuren die Weihe, bevorzugt größere repräsentative Zusammenschlüsse und rationalisiert die Kommunikationsstrukturen mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren und verschafft sich auf diesem Weg die Informationen, die sie benötigt. Sie strukturiert, regiert in das Feld mit hinein, verteilt Kapital, schichtet Vermögensverhältnisse um, hofiert neue Akteure und lässt traditionelle Akteure ins Hintertreffen geraten. Auf diese Weise konstruiert die Kommission entlang ihrer Interessen einzelne Ansprechpartner im „kreativen Chaos“ und setzt ihre Definitionsmacht in diesem Feld der europäischen Netzwerke „ordnungspolitisch“ durch. Zugleich produzieren diese Interventionen im Feld wiederum Konkurrenz und Kooperation in verschiedenen Formen: Traditionelle Akteure versuchen die neuen Kommissions-Kinder an den Rand zu drängen, indem sie die Abhängigkeit der Akteure als „Makel“ abwerten und ihre eigene Unabhängigkeit aufwerten. Gelingt die Entwertungsstrategie nicht, nähern sich die etablierten Akteure strategisch den neuen Plattformen und Netzwerken an und kooperieren mit den kapitalstarken Netzwerken auf einem strategischen Hintergrund. Die typische Dialektik von transnational und national bildet sich ebenso ab: nationale Akteure müssen die Notwendigkeit der Kooperation mit transnationalen Akteuren je nach Einschätzung der Feldsituation anerkennen,

um sich auf diesem Weg Zugänge zu dem politischen Feld der EU zu sichern, während sich für die EU über die Netzwerke Wege zu den Bürgern eröffnen. Für die befragten deutschen Akteure wurde erkennbar, dass aus nationaler Sicht das „Gebaren“ der Kommission deutlich kritischer eingeschätzt wurde als die eigene Einbindung in das korporatistische System der Wohlfahrtspflege in Deutschland.

Es erwächst dadurch ein „doppeltes Berührungsverbot“: Die Kommission kann nur in dem Maße in die europäische Netzwerkarbeit hinein regieren, solange sich die zivilgesellschaftlichen Akteure als autonom wahrnehmen können. Dadurch sichern sich beide Seiten ein kooperatives Verhältnis, verbunden mit Kapitaltransfer, der die Chance eines Aufbegehrens und einer dezidierten Protesthaltung der europäischen Netzwerke gegenüber der Kommission reduziert. Darüber hinaus betonen beide die guten Beziehungen und konstruieren damit ein „Berührungsreliquien-Phänomen“ (D 2, S. 25). Die beiden Akteure werden in dieser Konstellation aufeinander verwiesen, so dass sich gegenseitige Loyalität entwickeln kann – „a good deal for both“ (A 2, S. 2, 48).

Der Versuch, die „Autonomie“ der Kommissionskinder aufrechtzuerhalten, wird von Akteuren, deren Autonomie auf anderen Kapitalsorten beruht, kritisiert. Die Kontroverse um die „wahre Autonomie“ und um Formen zulässiger Abhängigkeiten wird das Feld in Zukunft ebenso wie die entstehenden transnationalen Ungleichheitsverhältnisse im Feld weiter begleiten.

Offen bleibt, wie und in welcher Form die europäischen Akteure den Anspruch der Unabhängigkeit erfüllen (können). Der Preis der Übereinkunft mit der Kommission, der das Überleben vieler Netzwerke sichert, wird im Feld unterschiedlich eingeschätzt – diejenigen, die von dem Deal eher profitieren, werden voraussichtlich ihre Unabhängigkeit weniger in Gefahr sehen, als Netzwerke an der Peripherie, die nicht in die Gunst einer europäischen Förderung kamen. Wer das „Gütesiegel Unabhängigkeit“ vergeben darf, kann auf dieser Grundlage nicht beantwortet werden. Auf dem Hintergrund der Befragung kann die These gewagt werden, dass die europäischen Netzwerke die Nähe zur Kommission und die ökonomische Absicherung mit einer Einschränkung ihrer Protestfähigkeit bezahlen.

Für die Zukunft wird die „Nachhaltigkeit“ der europäischen Zivilgesellschaft zu thematisieren sein: Die ökonomische Basis und damit einhergehende Kapitalausstattungen sind momentan verliehenes Kapital auf Zeit: Es kann den europäischen Netzwerken entzogen werden, wenn sich z.B. die rechtlichen Rahmenbedingungen verändern, die es der Kom-

mission ermöglichen würden, auf zivilgesellschaftliche Netzwerke wieder mehr zu verzichten. Hier würde sich die Beziehungskonstellation umfassend ändern, ebenso wie das Auftreten der Netzwerke gegenüber der Kommission.

Ob nun bereits von einem relativ autonomen Status des Felds ausgegangen werden kann, bleibt offen, da der Autonomisierungsprozess als unabgeschlossen charakterisiert werden kann. Dennoch zeigt sich, dass die Position des europäischen Felds der Netzwerke nicht ohne die Relationen zu dem Feld der europäischen Macht bzw. der Politik bestimmt werden kann, da die Relationen zwischen diesen beiden Feldern die Konstitution, den Autonomiegrad und zukünftige Entwicklungsprozesse umfassend mitbestimmen werden. Das Feld der europäischen Netzwerke zeichnet sich zu diesem Zeitpunkt durch eine ruhelose Dynamik aus, da die Verteilung der Positionen und Ressourcen noch in Entwicklung und Veränderung begriffen sind.

7.4 Struktur der Positionen und Kämpfe im Feld: Was ist Trumpf?

Die feldtheoretische Perspektive Bourdieus sowie die dargestellten konfliktorischen Ansätze zur Zivilgesellschaft (vgl. Lauth/Merkel 1997; Reichardt 2003) verdeutlichen als „Reflexionsangebot“ (Rieger-Ladich 2006, S. 173) Konkurrenzen und Kämpfe unter den europäischen Netzwerken Sozialer Arbeit, die sich in den Ergebnissen abzeichnen.

Betrachtet man die Kämpfe der Akteure im Feld, lassen sich aus dem empirischen Material heraus Kapitalsorten rekonstruieren, die für die Positionierung sowie die konkurrenten und kooperativen Relationen unter den Akteuren bedeutsame Bezugspunkte darstellen. Die Kapitalsorten produzieren eine Verteilungsstruktur, aus der heraus Zwänge und Erfolgchancen in einem spezifischen Feld erwachsen (vgl. Bourdieu 1983, S. 183ff.).

Dabei werden Spieleinsätze, Spielstrategien und Trümpfe im Feld deutlich, die mit Hilfe konkurrenter und kooperativer Handlungsorientierungen zur Kapitalakkumulation führen können. Der Kampf um ökonomisches sowie soziales Kapital, um Kapital, das aus Kooperationen und Vernetzungen erwächst, der Kampf um kulturelles Kapital im Sinne einer eigenen Organisations-Tradition und Netzwerk-Geschichte, um ein feldbezogenes Informations- und Organisationskapital sowie um symbolisches Kapital wird mit unterschiedlichen Strategien ausgetragen und führt zu Akteurskonstellationen, die sich in den Interviews rekonstruieren und durch die begrifflichen Instrumente der Feldtheorie Bourdieus verdichten lassen (vgl. Kap. 5).

7.4.1 Konkurrenz im knallharten Geschäft: ökonomisches Kapital

Bourdieu räumt dem ökonomischen Kapital eine dominante Stellung unter den Kapitalsorten ein, wenngleich es seine Wirkung erst in Verbindung mit anderen Kapitalsorten entfaltet (vgl. Treibel 2006, S. 229). Die Beziehungen zur Europäischen Kommission veranschaulichen, dass nicht allein der Besitz des ökonomischen Kapitals, sondern auch die Herkunft des ökonomischen Kapitals zu Auseinandersetzungen unter dem Topos der Autonomie führen. Die mit dem ökonomischen „Kapitalerwerb“ verbundenen anderen Kapitalsorten (soziales Kapital in Bezug auf das politische Feld, „nah dran sein“ an Informationen also exklusives Wissen und kulturelles Kapital) können zu bedeutsamen Bedingungen für die Positionierung im Feld werden.

Allerdings gerät Konkurrenz zwischen Organisationen der Sozialen Arbeit oder zivilgesellschaftlichen Akteuren aufgrund der verständigungsorientierten und wertegebundenen Ausrichtung der Akteure selten in den Blick. Zivilgesellschaft wird häufig als machtfreier Raum konzipiert, in dem Hierarchien und Konflikte ausgeblendet werden (vgl. Kap. 3).

Die folgenden Einschätzungen des Felds zeigen demgegenüber die konkurrenten Handlungsmuster um ökonomisches Kapital in dem ausgewählten Feld, die das Klischee eines harmonischen Miteinanders zurücktreten lassen.

„ich würde einmal behaupten, die soziale Szene ist ein knallhartes Geschäft, das würde ich unbestritten sagen. Alleine aufgrund der Tatsache, weil natürlich dieser Verteilungskampf um irgendwelche Mittel auf der einen Seite natürlich für alle ganz hart ist und auf der anderen Seite sind wir dann ja allein auch nicht nur soziale Szene, sondern wir als Werkstätten sind ja Erwerbsbetriebe ein Stückweit auch“ (B 19, S. 7, 9-12).

Die Sequenz verdeutlicht, dass auch die „soziale Szene“ als abgegrenztes Feld ein „knallhartes Geschäft“ ist und einen Verteilungskampf um Mittel für die Akteure impliziert. In dem abgegrenzten Gebiet der Szene wirken die Mechanismen des Marktes, Geschäfte werden abgewickelt und die Akteure unterliegen damit konkurrenten Logiken. Die Sequenz verdeutlicht die Existenz eines „Felds“ zivilgesellschaftlicher Akteure, das betrieblichen und ökonomischen Logiken unterliegt. Diese Logiken lösen einen starken Konkurrenzkampf aus und zwingen die „sozialen“ Akteure „un-sozial“ zu agieren, um an dem Kampf um das ökonomische Kapital teilzunehmen. Dies untergräbt das gemeinsame „Wir-Gefühl“ und unterstreicht marktformige Handlungsmuster des Wettbewerbs. Das Spannungsfeld der Wohlfahrtsorganisationen als Dienstleister auf einem Markt *und* als advokatorische Interessenvertretungen, wird durch das Deutungsmuster „knallhart“ einseitig zugunsten des

Verteilungskampfes um ökonomische Mittel aufgelöst und unterstrichen.²⁹⁰ Die Prozesse der Ökonomisierung im Sozialen Bereich finden sich ebenso im Feld der zivilgesellschaftlichen Akteure auf der transnationalen Ebene wieder:

„Wenn Sie sich so das Feld der europäischen Netzwerke ansehen, denken Sie, dieser Bereich ist stark durch Wettbewerb und Konkurrenz gekennzeichnet?“

„Ja. Würde ich einfach mal so sagen, ganz schlichtweg ja (...). Aber dennoch gibt es untereinander ein relativ starkes Konkurrenzdenken“ (C 2, S. 9, 30; 50).

Die Frage nach vorliegenden Konkurrenzen und Wettbewerb im Feld wird bejaht und durch „schlichtweg ja“ noch unterstrichen. In den anschließenden Ausführungen des Interviewten, die an dieser Stelle nicht aufgeführt werden, wird das starke Konkurrenzdenken unter der Perspektive des Kampfes um die besten und privilegiertesten Zugänge erneut aufgegriffen und schließt an die exklusiven Wege zum politischen Feld an, wie im vorangegangenen Kapitel dargestellt wurde.

Die befragten Experten schätzen die Konkurrenzsituation für die Nichtregierungsorganisationen als „scharf“ ein:

„Also ich glaube, dass das ziemlich scharf ist,²⁹¹ also, ich kann das nur so erahnen, aber ich glaube, dass es ziemlich heftig zugeht. Weil, ich meine, gerade in diesem Bereich behinderte Menschen, das ist ja unglaublich, was es da alles für Netzwerke gibt, also behinderungsspezifisch, einmal im Bereich A, im Bereich B gibt es ja ganz viel und dann eben Selbsthilfebewegung, klar, ob das jetzt NETZWERK A ist oder NETZWERK B oder was auch immer. Also ich denke, es ist Personen gebunden gewesen und Personen machen Strukturen“ (B 19, S. 21, 4-13).

Die Konkurrenz – hier bezogen auf die Netzwerke im Behindertenbereich – wird als „ziemlich scharf“ wahrgenommen. Dies weist auf Auseinandersetzungen und Kämpfe hin, die für die Beteiligten als schneidend und streng zugleich erlebt werden können. In der Sequenz wird zwar in der Folge Distanz zu dem Geschehen eingenommen, in dem die nationale Position als Begründung herangezogen wird, weshalb der Interviewte die Ereignisse auf europäischer Ebene nur „erahnen“ kann. Gleichwohl wird unterstrichen, dass „es ziemlich heftig zugeht“ und dass kämpferische, kompromisslose und kaum kooperative

²⁹⁰ Vgl. ebenso: „also im Recyclingbereich, dass da eben versucht wird dann eben Pfründe zu sichern, damit eben Unternehmen oder Beschäftigungsgesellschaften oder Werkstätten, also all die die Einrichtungen im Bereich der Reha, dass die dann was vom Kuchen abbekommen und da ist es halt wichtig, sowohl auf NGO-Level, dass nach außen hin ein schärferes Profil gezeichnet werden sollte und dann eben auch gegenüber potentiellen Wirtschaftspartnern, sagen wir mal so, und nach innen hin, das hat ja richtig gegrungelt es ist ja dann dieser Wechsel passiert vor eineinhalb Jahren etwa“ (B 19, S. 10, 37).

²⁹¹ Im Vorfeld wird eine konkurrente Situation zwischen zwei Netzwerken geschildert, daraufhin folgt die Feststellung des Interviewers, „also Konkurrenz zwischen den Netzwerken dann halt“, daraufhin wiederum schließt sich der ausgewählte Passus an.

Beziehungen zwischen den betreffenden Netzwerken dominieren. Das „Gut“, um das gekämpft wird, muss folglich für die Beteiligten kostbar sein, da ein riskanter und konfliktiver Spieleinsatz vonnöten ist. Diese konkurrente Situation wird von dem Interviewten zwar als „feldimmanent“ konstruiert, aber als personell verursacht begründet (und nicht als durch Dritte verursacht, z.B. durch das Intervenieren der Kommission). Die „scharfe Konkurrenz“ resultiert in dieser Sicht aus Handlungen von Personen und nicht durch strukturimmanente Zwänge. Ferner eröffnet der Befragte in dieser Sequenz keine Perspektive auf „Kooperationen“ als Handlungsstrategie.

Gleichwohl erkennen europäische Netzwerkvertreter durchaus die kooperativen Arrangements zwischen den europäischen Netzwerken: Die einzelnen Akteure arbeiten punktuell zusammen oder kooperieren formal in der Social Platform, wenngleich sie miteinander in Wettbewerb stehen: Sie konkurrieren, schlicht gesagt, um Fördermittel, um „money.“

„If you look now at the field of the European networks in the social sector, if you would characterize this field. What do you think about the field, is there a lot of competition or is it more cooperation between the networks?“

“For example the Platform of Social NGOs?”

“Yes (...).”

“Yes, I think now the majority of networks or platforms are members of the Platform of Social NGOs. First, I mean, we have, we have a monopoly of our own market, put it that way, I mean, there isn't another youth organization, I mean, we are the only youth organization, a big platform in Europe. I think perhaps for other social NGOs it is more of a problem while some of them works overlapped a little bit. And also because, first, it is different because we work primarily with DG Education and Culture in the European Union, and the Platform of Social NGOs works with DG Employment and Social Affairs. So we have a budget, a grant from the European Union that we receive very year, we don't have to apply, currently. So we are quite in a privileged position compared to other NGOs, because, I guess, what you see when it comes to DG Employment, you know, when you may have money for NGOs for specific projects, I mean, I suppose effectively, they are competing against each other.”

“They do.”

“Yes, to get this money, I mean, I presume, generally it is a sort of parceled out relatively fairly but I think, funding is certainly a big issue and a big problem and every organization has different view, but, I mean if you look at for example the European Anti Poverty Network, the European Disability Forum, the European Women's Lobby, you know, they all have a kind of cross-cutting interests on certain things. They also work together, which is very positive for them, that's well, and they work together within the Platform which makes the Platform stronger. But, yes, I mean, I am a bit separate from that because you know, we don't have any problems but I am sure there must be points of which, there are difficulties, you know. Certainly in the platform, there are huge problems in trying to find agreed positions on certain things because you have so many different interests and now, you know, this for example, on gender issues these members who have different perspectives on gender. Yes, and so yes.”

(C 5, S. 7, S. 35-50; S. 8, 1-26).

Als wesentlich für eine Charakterisierung des Felds unter den angesprochenen Gesichtspunkten wird die Social Platform eingeführt. Die Frage nach Konkurrenz und Kooperation wird durch die Rückfrage „personalisiert“ und mit einem konkreten Akteur verknüpft. In der Sequenz folgen weitere Differenzierungen, die sich an der Platform entlang entfalten: Die europäischen Netzwerke im sozialen Bereich werden im ersten Schritt in ihrer Mehr-

heit mit Mitgliedern der Plattform gleichgesetzt. Dies zeigt, dass die „Brüsseler Bühne“ eine Ausschnittsverengung produziert und andere Akteure – die nicht zur Plattform gehören – aus dem Blick des Betrachters geraten. Damit wird eine Auswahl von europäischen Netzwerken konstruiert, die bestimmte Gemeinsamkeiten teilen. Der Befragte ist zwar durch die Netzwerkmitgliedschaft ebenfalls in die Plattform eingebunden, grenzt aber die eigene Position zu den „anderen Netzwerken“ in der Plattform ab. Diese Abgrenzung wird mit einer „Monopolstellung“ des Netzwerks in einem „eigenen Markt“ begründet („we have a monopoly“), in dem kein vergleichbares Netzwerk aus dem Themenbereich agiert. Der Begriff des Monopols knüpft an die ökonomischen Begrifflichkeiten an, die in den Konzepten von Bourdieu wieder zu finden sind: Der Begriff „Monopol“ ist der Inbegriff eines alleinigen Macht-Anspruchs in einem Feld. Wird dem Netzwerk in der Sequenz ein Monopol in einem Sektor zugesprochen, konzipiert man das Netzwerk als marktbeherrschend und konkurrenzlos. Es kann seine Themen als einziger Anbieter im Markt platzieren und damit auch den „Preis“ für seine Produkte bestimmen. Für *andere* Netzwerke werden von dem Interviewten durchaus Problemlagen antizipiert (durch die „überlappende Arbeit“), vor denen das eigene Netzwerk in seiner konkurrenzfreien Zone gefeit ist.

In einem zweiten Schritt wird eine weitere Differenzierung eingeführt, die sich entlang der zuständigen Generaldirektionen der Kommission entwickelt: Die meisten Netzwerke kämpfen vor den Toren einer bestimmten Generaldirektion, die jeweils den Adressaten von politischer Einflussnahme sowie von Förderung darstellt („they are competing against each other“). Das eigene Netzwerk wird dagegen von einer anderen Generaldirektion mit einer jährlich-stabilen Bezuschussung unterstützt, die ohne Antragsverfahren gewährt wird („we don't have to apply“). Dies versetzt das europäische Netzwerk in die privilegierte Position einer Monopolstellung, da das ökonomische Kapital durch die Art und die Konditionen der Finanzierung als vergleichsweise hoch angesehen werden kann und dem Netzwerk dauerhaft zur Verfügung steht. Die anderen europäischen Netzwerke sehen sich demgegenüber mit „überschneidenden Interessen“ konfrontiert, die zu einem Wettkampf um die Fördermittel führen. Der Befragte distanziert sich von dem Geschehen und mildert die bestehende Konkurrenz ab bzw. konstruiert die eigene Organisation als konfliktentlastet. Durch diese Eigenwahrnehmung können die Probleme, Konkurrenzen und Kämpfe „den anderen“ Netzwerken zugeschrieben und die eigene Handlungsrealität entlastet werden.

In einem dritten Schritt wird auf die Konkurrenz der anderen NGOs eingegangen, deren Situation sich zwar beruhigt hätte („parceled out“) und die durchaus Formen der Kooperation in und außerhalb der Plattform entwickelt hätten. Dennoch konstatiert der Befragte sich

überschneidende Interessen, die das eigene Netzwerk so nicht ausfechten oder verteidigen muss („we don't have any problems“). Die Schwierigkeit, gemeinsame Positionen und einen Konsens in dieser konkurrenten Arena zu entwickeln, verlagert sich aus dieser Sicht in die Plattform hinein.

Die Sequenz unterstreicht analytisch-nüchtern unvermittelt die bestehenden Konkurrenzen um die ökonomischen Mittel, wobei die Beziehungen zur Kommission feldstrukturierend und „netzwerk-konfigurierend“²⁹² zugleich sind: Die Art und Weise der finanziellen Grundlagen in einem spezifischen Feld orientiert sich an politischen Entscheidungen und „Programmen“ und determiniert Gestalt, Struktur und Handlungsorientierung von europäischen Netzwerken.²⁹³

Für die „anderen Netzwerke“ wurden konkurrenz-evozierende Kämpfe um z.B. finanzielle Mittel im Feld bereits skizziert, allerdings werden sie auch *innerhalb* von formalen Kooperationen, wie der Social Platform, also beispielsweise zwischen den Mitgliedern und der Platform-Geschäftsstelle, virulent. Ein Befragter der Social Platform schildert mit dem Hinweis auf die Vertraulichkeit wettbewerbsähnliche Situationen zwischen einzelnen Mitgliedern der Social Platform und der Platform selbst. Diese Konkurrenz entsteht durch den Kampf um das ökonomische Kapital, da einzelne Netzwerke und die Platform aus denselben Programmlinien der Europäischen Kommission gefördert werden. Die Mitglieder kritisieren daher die Platform, die Mittel zu binden, die den einzelnen Mitgliedern zukommen sollten. Ferner entfacht sich intern eine Debatte, inwieweit die Platform als „additional structure“ die Arbeit der europäischen Netzwerke dupliziert (vgl. C 1, S. 16, 5-19).

Damit konkurriert die „Kooperations-Plattform“ mit den eigenen Mitgliedern um die vorhandenen Mittel und Inhalte und steht infolge dessen unter starkem Legitimationsdruck,

²⁹² Vgl.: „but the problem is that the only funding for European networks, it's very difficult to find money just to establish a network. So many of these networks, which are very grassroot and very, with ideal, what they do is to get projects and that's can be a mistake because you end up that the networks is not only there to advocate on the issues but they just spend all the time managing projects. And that's very difficult, a different exercise and that is also a problem and, when you get funding to set up a network, it's just one year funding, after one year you should be independent and get your money, and that doesn't work like that. But I think this is a sectorial problem but not so many become so well structured, they are just diverted from the core they work” (C 1, S. 21, 9-19).

²⁹³ Die Fallspezifität zeigt darüber hinaus, dass das Netzwerk ein umfangreiches Personal und relativ komplexe Organisationsstrukturen entwickelt hat, die aufgrund dieser Förderung erst finanzierbar sind. Zugleich ist, wie in einer späteren Kontrastierung deutlich wird, die Einschätzung nationaler Mitglieder des Netzwerks eine durchaus andere, da sie das Netzwerk als äußerst schwach im Vergleich zu anderen Netzwerken einschätzen.

ihre Arbeit für die Mitglieder als nützlich und erfolgreich zu gestalten. Diese „Spannung“ innerhalb der Plattform findet sich in dem Selbstverständnis der Plattform wieder, das zwischen „Service Provider“ und „Policy Maker“ zu verorten ist. Die Plattform muss für ihre Mitglieder dienlich sein, die Mitglieder müssen vom Zusammenschluss und der Kooperation profitieren, auch und gerade *weil* um gleiche Mittel konkurriert wird. Zugleich muss die Plattform das eigene Profil im Feld bewahren und sichern. Entsteht für Mitglieder der Eindruck, dass die Plattform die Arbeit der Netzwerke nur „dupliziert“, adressiert das Feld die Frage nach der Notwendigkeit einer zusätzlichen Struktur an die Plattform („do we need a Platform?“). Der Befragte verdeutlicht, dass dies in der Plattform kontrovers diskutiert wird. Viele der Netzwerkvertreter betrachten den Austausch und die Unterstützung durch die Plattform als unverzichtbar, einzelne stellen aber die Notwendigkeit einer Plattform in Frage („I don't need to speak with NETZWERK 3“) und betonen die eigene Arbeit „on my field.“

Die Konkurrenz um das ökonomische Kapital im Feld ist als existenzielle Voraussetzung zentral für das Bestehen europäischer Netzwerke und veranschaulicht im Anschluss an Bourdieu die Unhintergebarkeit dieser Kapitalsorte: Europäische zivilgesellschaftliche Akteure im sozialen Bereich sind auch der Wirtschaftslogik unterworfen.

Manche der Netzwerke in Europa können auf andere Quellen zurückgreifen (wie z.B. nationale oder internationale Bezugsquellen), sind damit von diesem „Kampf“ auf europäischer Ebene etwas entlastet und erlangen so einen autonomen Status, aber auch eine Ferne zur Kommission. Es zeigt sich, dass die Form des ökonomischen Kapitals Einfluss auf die Gestalt und Struktur der Netzwerke nimmt: Verfügen die Netzwerke über eine dauerhafte Förderung, ermöglicht dies eine ausdifferenzierte Organisations- und Personalstruktur. Befinden sich die europäischen Netzwerke in Abhängigkeit zu der temporären Projektförderung, bleiben ihre Büros eher klein und müssen die Netzwerkarbeit mit ihren verschiedenen Funktionen mit der Projektkoordination verbinden. Die Kommission nimmt dabei – wie andere Finanziere auch – auf die Organisationsgestalt der Akteure indirekt Einfluss.

Am Beispiel des ökonomischen Kapitals verdeutlicht sich die dialektische Beziehung von Konkurrenz und Kooperation: Sie sind nicht nur „Gegensatz“, sondern können auseinander hervorgehen (Konkurrenz führt zu Kooperation in der Plattform; Kooperation in der Plattform schafft neue Konkurrenz) und bleiben aufeinander verwiesen. Ebenso zeigt sich, dass

die überlebenswichtige Frage der Ressourcenakquise zu einer strategischen Öffnung der NGOs und damit zu einem konsensualen Politikstil führt (vgl. Klein 2001, S. 239).

Dennoch wurde bereits offenkundig, dass die europäischen Netzwerke nicht nur allein um Mittel und Ressourcen konkurrieren, sondern zugleich um Zugänge und Beziehungen zum politischen Feld. Diesen Beziehungen liegen zwar teilweise ökonomische Interessen zugrunde, zugleich ist der Erwerb von sozialem Kapital auch Selbstzweck der Netzwerkarbeit, wie im Anschluss gezeigt werden soll.

7.4.2 Privilegierte Zugänge und Familienzugehörigkeit: Soziales Kapital

Bourdieu legt der Definition von sozialem Kapital zum einen die Gesamtheit von institutionalisierten Beziehungen im Sinne eines *Netztes* von Beziehungen sowie die *Zugehörigkeiten* zu Gruppen zugrunde (vgl. Kap. 5.2). Betrachtet man das soziale Kapital von europäischen Netzwerken werden beide Aspekte des sozialen Kapitals im europäischen Feld bedeutsam.

Der enge Draht

Von den zivilgesellschaftlichen Akteuren werden insbesondere die Beziehungen zum politischen Feld betont, die eine besondere Rolle in dem Beziehungsnetz der Akteure einnehmen. Das Verhältnis zum politischen Feld und die damit verknüpfte Entstehung eines europäischen Felds der Macht werden, wie bereits dargestellt, für das Feld zentraler Bezugspunkt. Insofern verschränkt sich das soziale Kapital eines Beziehungsnetzes mit dem sozialen Kapital, zu einer „ausgewählten Gruppe“ von Akteuren zu gehören.

„Aber dennoch gibt es untereinander ein relativ starkes Konkurrenzdenken, wer ist der Beste, wer hat die besten Zugänge, wer hat die privilegiertesten Zugänge, das merkt man im kirchlichen Bereich, da ist jeder relativ, irgendwann einmal kommt es dann zu einer Grenze, wo er dann bestimmte Sachen nicht mehr weitergibt. Weil natürlich das Leben des Lobbyisten auch darin besteht, privilegierte Zugänge aufzubauen. **Das ist natürlich das Kapital.** Ich halte es für eine aberwitzige Situation, wirklich aberwitzig. Es ist meiner Meinung nach Verschleuderung von menschlichen und finanziellen Ressourcen“ (C 2, S. 9, 49-50; S. 10, 1-7) [Hervorh. E.S.].

Die Sequenz betont das „starke Konkurrenzdenken“ unter den europäischen Netzwerken, das mit einer Auseinandersetzung um Hierarchien („wer ist der Beste“) sowie um die besten und damit privilegierten Zugänge einhergeht. Der eingeführte Begriff des „Konkurrenzdenkens“ rekurriert auf die Einstellungen der Akteure: Die Personen konstruieren in einer kognitiven Operation eine konkurrenente Situation und orientieren daran ihr (strategi-

ches) Handeln. Die Logik des Spiels begründet sich nicht in „feldimmanenten Zwängen“, sondern in den kognitiven Leistungen der Akteure. Die Hierarchisierung wird ferner durch die Ergänzung „wer hat die besten Zugänge“ konkretisiert: Die Feldakteure benötigen Wege und Zugänge zu bestimmten Orten, die sich außerhalb der eigenen Gestaltungsmacht befinden, aber für die europäischen Netzwerke von hoher Bedeutung sind. Diese wichtigen Relationen verlaufen zu den politischen Institutionen hin²⁹⁴, die von zivilgesellschaftlichen Netzwerken adressiert werden. Die Verbindungslinien können im Anschluss an die Sequenz hierarchisiert werden: *Privilegierte* Zugänge nehmen im „Ranking“ der Zugänge die vorderen Plätze ein; das Adjektiv „privilegiert“ weist auf Vorrechte und Sonderrechte hin, die dem Zugangssuchenden durch eine andere Instanz verliehen werden.²⁹⁵ Dieser ungleiche Interaktionsraum zwischen Netzwerken und politischen Akteuren konstituiert ein gegenseitiges Abhängigkeitsverhältnis: Die Netzwerke ersuchen um Zugang und die politischen Akteure gewähren und gestatten den Zugang zu dem ersehnten Ort. Erhalten Akteure diese „Weihe“ durch die Institutionen, impliziert dies *exklusive* Kommunikationskanäle und potenziell die Zugehörigkeit zum europäischen Feld der Macht. Beide Seiten betonen die Beziehungen, es entsteht eine Art „Berührungsreliquien-Phänomen“ (vgl. D 2, S. 2ff). Das daraus resultierende Konkurrenzdenken durchbricht in der Wahrnehmung des Interviewten außerdem etablierte Kooperationsstrukturen wie z.B. im „kirchlichen Bereich“. Dort finden sich zwar auf der Grundlage des gemeinsamen Werthintergrunds ausgeprägte Kooperationen, diese bewahren aber nicht davor, „gegeneinander“ zu arbeiten. Die Kooperation wird begrenzt, da die einzelnen Organisationen und Personen sich auch nicht uneingeschränkt austauschen und ihre Kompetenzen bündeln. Die begrenzte Kooperation schützt die partikularen Interessen der Akteure und verhindert, dass „alles“ offen verhandelbar wird. Der Befragte verdichtet dies exemplarisch anhand der Figur und Rolle des Lobbyisten, der Informationen nicht an Dritte bzw. an Partner weiterleitet. In seiner Funktion testet er in dem Feld die Regeln für den Kapitalgewinn aus und versucht, Kapital zu akkumulieren und damit erfolgreich an dem Spiel teilzunehmen. Eine zentrale Kapitalart stellen die privilegierten Zugänge dar, die „exklusiv“ verwaltet werden müssen, da sie sonst ihren Wert verlieren und im Kurs fallen. Sobald mehrere Aktionäre Anteile erwerben

²⁹⁴ Da die „Europäische Kommission erst allmählich den „zivilen Dialog“ mit Nichtregierungsorganisationen strukturiert, bestehen neben formalen Konsultationsverfahren informelle Kommunikationswege, die von persönlichen Beziehungen und damit auch von Intransparenz geprägt sind, vgl. Kap. 3.4.

²⁹⁵ Vgl.: lat. *privilegium*: Besondere Verordnung, Ausnahmeregel, Vorrecht, lat. *privatus*, für sich stehend, einzeln. Und vgl. *privare*, *privatus*: gesondert, nicht-öffentlich; persönlich, vertraut, familiär (vgl. Der DUDEN 7).

können, wirft dieses Kapital nicht mehr ausreichend Gewinne ab, die man für ein erfolgreiches Spiel benötigt. Die konkurrente Situation wird negativ konnotiert („aberwitzig“) und als Unverstand und Ressourcenverschwendung bewertet. Der Befragte präferiert eine koordinierte oder kooperierende Zusammenarbeit gegenüber der alleinigen Pflege partikulärer Interessen. Die Bezeichnung „Lobbyist“ impliziert darüber hinaus eine Abwertung: Der Begriff wird weniger als Berufsbezeichnung, sondern für ein bestimmtes Verhalten verwendet, das auf Interessendurchsetzung mit Hilfe eines Kontaktnetzes ausgerichtet wird. In dem Kontext europäischer Netzwerke trifft die Beschreibung des Lobbyisten im Sinne der Interessenvertretung auf die Netzwerkvertreter selbst zu (vgl. Kap. 3.3.1). Da der Befragte als Interessenvertreter vor Ort agiert, impliziert die eingeführte Distanzierung eine kritische Selbstbetrachtung und eine kritische Fremdbeschreibung anderer Akteure. Der abwertende Ausdruck „das Leben eines Lobbyisten“ überzeichnet die Rolle und eigene Tätigkeit spöttisch und ermöglicht zugleich, diese Tätigkeit strategisch und instrumentell ausführen zu können. Das kostbare Kapital der privilegierten Zugänge kann innerhalb von Organisationen nicht umstandslos transferiert und übertragen werden. Insofern garantiert eine gemeinsame Verbandsidentität in letzter Konsequenz keine kooperativen Handlungsmuster, denn nur wer konkurrent seine partikularen Interessen berücksichtigt, kann im Spiel gewinnen.

Die einträglichen Beziehungen zu den politischen Institutionen verdeutlichen sich exemplarisch am Beispiel einer Plattform-Bildung in dem Feld der Interessenvertretung behinderter Menschen.

„(...) aber ich glaube, es ist mehr die Organisationskultur, auch vielleicht der Punkt, dass es diese Organisation noch nicht so lange gibt, dass die sich natürlich da auch behaupten müssen auf dem Sektor und was strategisch gesehen, sie haben einen sehr engen Draht zur europäischen Kommission, NETZWERK A, das ist nämlich ganz wichtig für eine europäische Plattform. (...) Bei NETZWERK B bin ich mir da nicht so sicher, ich glaube eher nicht. Dass dieser enge Kontakt, weil sonst hätte man doch die NETZWERK B auch einbezogen und hätte nicht PLATTFORM A gefördert (...) und hätte doch nicht PLATTFORM A nicht so hofiert, vermute ich mal, dass da wenig Kontakt zu den Schlüsselakteuren da ist“ (B 20, S. 13, 5-17).

Die Sequenz bezieht sich zunächst auf ein jüngeres Netzwerk (A), das sich im dem Sektor „behaupten“ muss. Diese Behauptung und Positionierung gelang aufgrund eines „sehr engen Drahts zur Europäischen Kommission.“ Dem älteren Netzwerk (B) dagegen wird dieser enge Draht – und damit eine günstige Position in dem Subfeld – eher abgesprochen. Eine Konsequenz des fehlenden „Drahts“ stellt die Nichtbeteiligung bzw. die Exklusion des Netzwerks B im Zuge der neuen Plattformbildung dar. Diese Einschätzung unter-

streicht den „Draht“ als wesentlich für eine Positionierung im Feld europäischer Netzwerke und knüpft an die Vorstellung einer Kommunikationsverbindung sowie des „Drahtziehers“ an.²⁹⁶ Die Verbindungen sollten sich darüber hinaus durch eine *enge* Beziehung auszeichnen. Dies verbindet sich mit der Vorstellung relativ „kurzer“ Kommunikationswege in die politischen Institutionen hinein. Anhand der neu entstandenen Plattform, die aus Kommissionsmitteln gefördert wurde, zeigt sich, dass diese gar „hofiert“ wurde. Die damit einhergehende unterwürfige Dienstbarkeit, mit der man sich mit einem bestimmten Ziel um die Gunst des Akteurs bemüht (vgl. Der DUDEN 5), weist auf die wechselseitige Angewiesenheit der zivilgesellschaftlichen Akteure und der politischen Institutionen hin, wie bereits dargestellt wurde. Die zivilgesellschaftlichen Netzwerke profitieren durch die Akkumulation ökonomischen und sozialen Kapitals sowie durch die Akkumulation von Wissen und Informationen; der enge Draht befördert diese Netzwerke in eine *„pole-position“* gegenüber anderen Akteuren: die enge Beziehung produziert einen Wettbewerbsvorteil. Zugleich profitiert die Kommission von den zivilgesellschaftlichen Organisationen, wie dargestellt, indem sie sich der Expertise und des Wissens der Netzwerke bedient, das Feld strukturiert und mitgestaltet, die Erarbeitung eines europäischen Konsenses in die Plattformen und Netzwerke hinein verlagert und sich darüber hinaus Zugang zu „den Bürgern“ und einen Legitimationszuwachs verschafft (vgl. Kap. 3.3).

Die *Qualität* der Beziehungen zum politischen Akteur wird im Feld zu einem zentralen Trumpf. Ein Vertreter einer deutschen Repräsentanz erörtert, dass z.B. bei Absagen von Personen die Kontakte vor Ort entscheidend sind, um dies ausgleichen zu können.

Und das geht nur, wenn Sie einen Kontakt haben und da sehen Sie, dass also die Größe nichts ausmacht, sondern wie das jeweilige Büro die Kontakte pflegt“ (C 3, S. 12, 35-36).

Die Kontakte werden als eine Grundvoraussetzung für das Agieren im Feld konstruiert, sie sind bedeutsamer als die Größe einer Organisation. Die Art und Weise der Kontaktpflege wird somit eine wesentliche Erfolgsvoraussetzung, um das soziale Kapital im Beziehungs-

²⁹⁶ Vgl. auch Redewendungen wie „einen guten oder heißen Draht haben.“ Diese Redewendungen beziehen sich auf den Telegrafendraht, der damals über weite Entfernung die unmittelbare Weitergabe von Informationen ermöglichte. Diese Metaphern implizieren die Möglichkeit, einen „guten“ und effektiven Kontakt aufzunehmen und eine wechselseitige Kommunikation und gehaltvolle Beziehung aufbauen zu können (auch wenn die Kommunikationstechnologie nicht mehr auf einen „Draht“ angewiesen ist und wire-less immense Datenmengen in kurzer Geschwindigkeit übermitteln kann).

netz mit den politischen Akteuren zu erwerben.²⁹⁷ Die Einschätzung, dass die Größe der Organisation die soziale Kapitalpflege nicht determiniert, teilen jedoch nicht alle Akteure:

„Einmal, wie soll das ein Büro wie NETZWERK überhaupt bewältigen mit den paar Leuten, die sie sind“ (B 17, S. 29-30).

„Also, wenn ich gesagt habe, NETZWERK ist eine halbe Sekretariatsstelle, daran sehen Sie, dass es keine gigantische Wirkung haben kann“ (B 7, S. 15, 46-47).

Diese kontrastierenden Abwägungen unterstreichen demgegenüber eine Grundausrüstung als Voraussetzung für eine erfolgreiche Kontaktpflege, da eine Vielzahl der europäischen Akteure im Feld sich aufgrund knapper Ressourcen nur unzureichend dieser Kontaktpflege widmen können. Insofern verdeutlichen diese Einschätzungen, dass nicht allein die Größe einer Organisation für die Akkumulation sozialen Kapitals bedeutsam wird, sondern eine ökonomische Basis und ein „Grundkapital“ für den kontinuierlichen Aufbau und die Pflege des sozialen Kapitals notwendig ist: Der Erwerb sozialen Kapitals wird im Feld als voraussetzungsreich skizziert und verweist auf das „Startkapital“, das die Akteure in das Feld durch ihre nationalen oder internationalen Mitglieder einbringen vermögen (vgl. Kap. 6.4).

Die folgende Sequenz richtet den Blick auf das Spannungsfeld von Kooperation und Konkurrenz, in dem sich europäische Netzwerke befinden. Die Kooperation zwischen europäischen Netzwerken wird als *Basis* der Arbeit im Feld konzipiert, zugleich befinden sich die europäischen Netzwerke auch in „Konkurrenzsituationen“, die von dem Befragten in verschiedene Dimensionen aufgefächert wird.

„Ja, kurz und knapp. Beide Elemente sind ausschlaggebend, auf der einen Seite Kooperation, weil die Kooperation die Basis überhaupt für ein Netzwerk ist in ihren Zielrichtungen. (...) also inwiefern Konkurrenzen in Situationen vorhanden sind. Selbstverständlich sind Netzwerke in Konkurrenzsituationen. Zielrichtung ihrer Arbeit ist natürlich immer, auch wahrgenommen zu werden und Einflussmöglichkeiten auszuüben und natürlich ein Großteil von Mitgliedern oder Organisationen auch hinter sich oder in sich dann auch zu vereinen. Deswegen sind relativ viele Kooperationen oder Netzwerke auch zu ähnlichen Themenfeldern, von Konkurrenz geprägt. Und es gibt auch immer wieder auch derzeit aktuell laufende relative noch aktuell laufende Konkurrenzsituationen, das heißt, wer hat derzeit ein besseres Entree bei der Kommission, wer hat ein schlechteres Entree bei der Kommission und dann gibt es natürlich auch die Bemühung, das wett zu machen oder nicht wett zu machen“ (C 6, S. 10, 42-50; S. 11, 1-6).

²⁹⁷ Ergänzend dazu folgende Sequenzen: „Also sind für Sie so diese ganz persönlichen Kontakte und dieses soziale Kapital, was Sie dadurch sich erarbeiten, ein wesentliches Kriterium für erfolgreiche Arbeit hier vor Ort?“ „Auf jeden Fall, hier immer noch“ (C 3, S. 13, 3-16).

„Ja, insbesondere die Deutschen, also da sind wir, die Paritätäre haben jetzt ein eigenes Büro, Rotes Kreuz geht aus rechtlichen Gründen nicht, Caritas natürlich, ist ja klar, BAG sowieso und so als Ganzes, dann wir, wir sind schon sehr tätig. Und dann noch die EKG (...), ich meine, dann noch Eurodiaconia und dann noch Caritas Europa. Wenn ich dann die sehe, und was die für Aktivitäten haben, und auch Einfluss haben, wobei mit dem Einfluss, das ist immer so eine Sache, der hängt sehr ab von dem persönlichen Kontakt. Wenn ich die Leute persönlich nicht kenne, dann“ [Unterbrechung] (C 3, S. 12, 4-13).

Die Konkurrenzsituation („selbstverständlich“) der europäischen Netzwerke speist sich einerseits aus dem Wunsch, in ihrer Arbeit wahrgenommen zu werden, Einfluss ausüben zu können und eine Basis hinter sich zu vereinen. Diese Interessen produzieren zwar durchaus kooperative Arrangements, sind aber gleichzeitig von konkurrenten Handlungsorientierungen durchzogen. Die Sichtbarkeit im Feld und die Ausweitung der Einflussnahme beziehen sich auf das politische Feld und es zeigt sich, dass eine strikte Trennung der Sphären „Staat“ und „Zivilgesellschaft“ zugunsten aufeinanderbezogener Handlungspraktiken zurücktreten bzw. die Akteure durch diese Beziehungen ein eigenes Feld konstituieren. Darüber hinaus wird die konkurrente Situation mit dem Kampf um die Zugänge begründet: Entweder verfügen die Akteure über ein gutes oder schlechteres „Entree“ bei der Kommission oder sie bemühen sich um Kompensation (möglicherweise durch Beitritte in Kommissionsnahe Netzwerke) oder um eine „unabhängige Positionierung.

Kapital-bereichernd wirken sich ebenfalls Beziehungen zwischen Netzwerkvertretern und Vertretern aus dem politischen Feld aus, die entlang der *nationalen* Zugehörigkeiten konstruiert werden und für die handelnden Akteure einen Bezugspunkt darstellen. In Brüssel sei die „nationale Schiene“ sehr handlungsbestimmend: „Alle, die hier agieren, sind sehr national geprägt“ (D 2). Wie anhand eines europäischen Netzwerks geschildert wird, verlieh die nationale Zugehörigkeit zwischen einem Kommissar und dem Präsidenten des Netzwerks („Greek Connection“) für einen begrenzten Zeitraum dem betreffenden Netzwerk mehr Macht, da sich die Relationen auf der unterstellten lebensweltlichen Gemeinsamkeit und auf der gemeinsam geteilten Sprache verbesserten. Dabei bleibt hier zunächst unberücksichtigt, ob diese Beziehungen im nationalen Kontext bereits bestanden, ob sie durch Konkurrenz und Kooperation gekennzeichnet waren oder ob sie gerade vor dem Hintergrund der europäischen „Vielfalt“ neu konstruiert werden können. Der Ausdruck „Greek connection“ (vgl. C 5, S. 8, 42) markiert beispielhaft die negativ-konnotierte Verwendung des Netzwerk-Begriffs und unterstreicht die „Schattenseiten“ des sozialen Kapitals. Der englische Ausdruck „connection“ vereint Aspekte von „Beziehung und Verbindung“ mit „Abhängigkeit, Anbindung und Verwandtschaft“²⁹⁸ und wird zumeist auf eng-

²⁹⁸ Dazu ergänzend anekdotisch: Kombiniert man den Begriff „connection“ mit anderen Nationalitäten über die Suchmaschine „google“, wird die Vielfalt der Verwendung deutlich: So ist www.greekconnection.com eine Singlebörse für Griechen, die „German connection“ eine Übersetzungs- und Consulting-Agentur, die „Italian connection“ offeriert Reisen nach Italien, die British connection vertreibt britische Lebensmittel. Demgegenüber verweist das Verständnis bei der Website www.thebrusselsconnection.com zurück zum Kontext: Hier findet man ein Online-Magazin von Mitgliedern der Kommission, des Parlaments, aus Consulting-

maschige Beziehungsgeflechte bezogen, die nicht auf rollenförmigen, sondern diffusen Beziehungsmustern beruhen. In der Sequenz wird die „Diffusität“ durch die Einführung der Nationalität deutlich, die in unbestimmter Weise über die gemeinsame Sprache oder den Herkunftskontext eine Nähe zwischen den Akteuren produziert, die auf der europäischen Ebene verwertet und „ins Spiel“ gebracht wird und damit für die Akteure Wirklichkeit erlangt (vgl. C 5, S. 8, 33-50; S. 9, 1-9).

Das soziale Kapitalkarussell: „very beneficial for us“

Das soziale Kapital der europäischen Netzwerke resultiert nicht allein aus den Beziehungen untereinander sowie zum politischen Feld, sondern akkumuliert sich ferner durch ein „cumul des mandats“ der Positionsinhaber und durch die „revolving door“ zwischen politischen Institutionen und zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Einige Personen können im Feld europäischer Netzwerke gleichzeitig verschiedene Funktionen ausüben und akkumulieren als „Doppelverdiener“ dabei ökonomisches, soziales und symbolisches Kapital. Es können ehrenamtliche Wahlämter mit hauptamtlichen Funktionen im europäischen oder nationalen Feld kombiniert werden. Die Ämterhäufung erhöht die Kapitalerträge in einem Feld und produziert neue kooperative Verflechtungen, die von Akteuren wiederum genutzt werden können.

„Ich denke (...), dass wir eigentlich alle überzeugt sind, dass NETZWERK sich ein gutes Standing, soweit es Bekanntheitsgrad und Lobbyeinfluss betrifft, in Brüssel erworben hat, dazu war sicherlich auch recht hilfreich, dass Herr NAME [Geschäftsführer des NETZWERKS, E.S.] jetzt vier Jahre lang auch Präsident des NETZWERKS war“ (B 3, S. 4, 19-23).

Die Einschätzung des nationalen Mitglieds unterstreicht, dass sich die Position des Netzwerks im Brüsseler Feld aufgrund verschiedener Ämter des Geschäftsführers optimierte. Personen können eine Rolle als „cumulard“, als Doppelverdiener, im Feld einnehmen. Von den dadurch erreichten Gewinnen können Herkunfts-Netzwerke sowie die einzelnen Funktionsträger selbst profitieren. Wie bereits aus nationalen Gefügen vertraut, ermöglichen die durch Wahl verliehenen „Ehrenämter“ (wie z.B. präsidiale Aufgaben), Karrieren im Feld, die den Amtsinhabern persönlich sowie ihrer Organisation nützen können. Darüber hinaus werden durch ein „cumul des mandats“ spezifische Funktionen kombiniert: In dem vorgestellten Beispiel liegt der Schwerpunkt in der Funktion des hauptamtlichen Geschäftsführers eines europäischen Netzwerks, die über administrative und operative Verantwortlich-

Agenturen und Gewerkschaften „who wanted to help each other improve their professional skills while having fun and being together.“ Hier wird durch Austausch versucht, die eigene Professionalität zu stärken.

keit verfügt. Diese leitende Managementfunktion wird durch ein präsidiales Ehrenamt in einer anderen Organisation ergänzt, das durch die Statuten festgelegt wird, zumeist aber über repräsentative sowie entscheidungsrelevante Funktionen verfügt und einer Gate-Keeper Funktion gleichkommen kann.²⁹⁹ Die Bereitschaft, eine präsidiale Funktion bei einer Plattform anzunehmen, die einen zentralen Akteur im Feld darstellt, wirft in mehrfacher Hinsicht „Renditen“ ab: Über eine Person erhöht sich das soziale Kapital des Herkunfts-Netzwerks, da sich durch institutionalisierte Arbeitszusammenhänge und Aufgaben die gegenseitigen Beziehungen vervielfältigen und verstärken. Zugleich erhöhen sich das Informationskapital und das symbolische Kapital, was zu einem besseren Standing des Herkunfts-Netzwerks führt. Das Standing verknüpft sich mit einem Zugewinn an Macht, die an die eigene Organisation rückgebunden werden kann. Darüber hinaus können die partikularen Interessen des Herkunfts-Netzwerks in andere Kontexte einfließen und durchgesetzt werden; Sichtbarkeit, Anerkennung und Prestige erhöhen sich. Gleichmaßen wird das Ziel, mehr Einfluss auf bestimmte Prozesse nehmen zu können, erreichbarer oder wahrscheinlicher. Die Beziehungen im Feld verflechten sich zu einem Strickwerk von sich überlagernden Austauschbeziehungen. Dieser strategische Nutzen für das Herkunftsnetzwerk wird dessen ungeachtet kritisch beleuchtet:

“And what you also see is the organizations using the Platform as a way of promoting their own organization. So if they are elected to a post in the Platform they place their personal profile and not of their organization. So for example, NETZWERK, Mr. NAME, he is the president (...) of the Social Platform was very beneficial for NETZWERK, because NETZWERK is, I mean, I know it has very significant German members, but, its memberships is quite geographically limited” (C 5, S. 8, 33-50; S. 9, 1-9).

Die feldinterne Kritik im Feld bezieht sich auf die Instrumentalisierung des akkumulierten sozialen Kapitals durch die Ämterhäufung. Dem Herkunfts-Netzwerk wird unterstellt, die Plattform gezielt für die Verbreitung seiner Leitidee zu benutzen.³⁰⁰ Das angesprochene Netzwerk gleicht damit mangelndes Start-Kapital aus: Das europäische Netzwerk wird durch das deutsche Mitglied in seiner sozialpolitischen Ausrichtung geprägt und kann nur auf geographisch-begrenztes, transnationales Sozialkapital zurückgreifen. Dies wird im

²⁹⁹ Dies kann je nach NGO und zugrunde liegendem Vereinsrecht bzw. Organisationsstrukturen differieren. Exemplarisch soll auf das Amt des Präsidenten in der Social Platform hingewiesen werden: „President shall have the power to take all appropriate action after consulting the members of the Management Committee” (Social Platform 2002, S. 10). Zugleich kommen dem Präsidenten repräsentative Funktionen gegenüber Dritten zu (vgl. ebd.).

³⁰⁰ Eine Netzwerkvertreterin aus dem Netzwerk sieht sogar aufgrund dieser Ämterdoppelung einen „hohen Machteinfluss“ des Netzwerks in die Social Platform hinein, das Netzwerk spiele dadurch in der Plattform eine „dominante Rolle“ (vgl. A 5, S. 4, 25-28).

europäischen Feld als Nachteil gegenüber kapitalreichen europäischen Netzwerken mit einer breit gestreuten Mitgliedschaft interpretiert. Die Strategie des Netzwerks, das geringe transnationale soziale Kapital durch die Strategie der Mandatskumulierung zu erhöhen, ermöglicht eine Überwindung des geringeren Kapitals.

Als weiteres Charakteristikum, das die handlungslogische Konzeption des Felds zivilgesellschaftlicher Akteure unterstreicht, rückt das Brüsseler Personal-Karusell in den Blick. Dabei entspricht dies nicht dem aus dem amerikanischen Lobbying bekannten „Drehtür-Effekt“, der sich auf die Fluktuation von Politikern hin zu einflussreichen Verbänden bezieht, sondern umfasst die Personalfuktuation von NGO-Personal in die politischen Institutionen hinein.³⁰¹ In der Handlungspraktik zivilgesellschaftlicher Akteure wechseln Berufsanfänger aus den zivilgesellschaftlichen Organisationen in die politischen Institutionen und etablieren damit Beziehungsnetze, die auf der (ehemaligen) Zugehörigkeit zu dem europäischen Netzwerk beruhen und sich als vorteilhaft für den Aufbau privilegierter Beziehungen erweisen können.

Am Beispiel des European Youth Forums wird dies exemplarisch deutlich, da dieses europäische Netzwerk fortwährend junge Menschen beschäftigt, deren Berufswege in dem Netzwerk beginnen:

“you will find that many former members of the Youth Forum are now members of the Union Parliament or the European Commission or whatever, I mean, that’s you know, a lot of them are young politicians when they are involved in the Youth Forum and they may become either national politicians or whatever. So we find that with MEPs or even when it comes to a Council Meeting you know, you might for example, for two years ago the Portuguese minister responsible for Youth had been a former activist in the Youth Forum, that type of things. So that’s very beneficial to us“ (C 5, S. 9, 26-34).

Viele der jungen Netzwerkvertreter wechseln nach Einschätzung des Befragten in das nationale oder europäische politische System, da sie bereits als „junge Politiker“ ihre Arbeit im Netzwerk als „politische Arbeit“ konzipieren. Der „Karrieresprung“ in politische Institutionen stellt indessen keinen Verlust für die Netzwerke dar: Wenngleich die NGOs als Sprungbrett für Berufsanfänger sowie als „Pool von Bewerbern“ für das politische System im europäischen Kontext fungieren und einer hohen Personalfuktuation ausgesetzt sind, profitieren die Netzwerke von den Karrierewegen ihrer ehemaligen Angestellten. Die Verbundenheit der ehemaligen Mitarbeiter und die gemeinsam geteilten Überzeugungen der

³⁰¹ Vgl. dazu den Bericht der Revolving Door Working Group 2005: A Matter of Trust – How the Revolving Door Undermines Public Confidence in Government – and what to do about it; vgl. http://www.revolvingdoor.info/docs/matter-of-trust_final-full.pdf.

NGO-Arbeit bleiben bestenfalls bestehen und verlängern sich in die politischen Institutionen hinein. Auf diese Weise produziert nicht allein das Netz von Beziehungen in das politische Feld soziales Kapital, sondern auch die *Zugehörigkeit* und Identifikation mit den Idealen oder der Sinnwelt des europäischen Netzwerks (vgl. Lauer 2005): „that’s very beneficial to us“. Beide Seiten profitieren auf ihre Weise von dieser Phase des Berufseinstiegs in den europäischen Netzwerken als Sprungbrett für die Weiterwanderung in das politische Feld.

Jedoch sind die politischen Institutionen ebenfalls von einer hohen Personalfuktuation betroffen. Dies zwingt die zivilgesellschaftlichen „Kapitalisten“, ihr erarbeitetes soziales Kapital bzw. ihre privilegierten Beziehungen in das politische Feld fortwährend neu aufzubauen, da das soziale Kapital nicht allein an Rollenzuschreibungen, sondern auch an Personen gebunden ist. Diese zirkulären Prozesse der Pflege führen zu Ermüdungserscheinungen bei den „Investoren“ des sozialen Kapitals:

„Also, es bricht weg, wenn die Leute versetzt werden. Es war in den letzten zwei Jahren fürchterlich, kaum hat man einen gekannt, ist der versetzt worden, und dann fing das wieder von vorne an, wieder eine Einladung um 12 Uhr. Da können Sie den schönen Loup de mer schon nicht mehr sehen und sehnen sich endlich mal nach Erbsensuppe. Das ist auch ein feines Essen, das ist auch so eine Sache, dann noch abends die Häppchen, nein. Sie lachen, aber das ist so, wenn ich dann gefragt werde, hast du nicht einen Tipp, sicher gebe ich das weiter, ist ja auch mein Job, das an andere weiterzugeben“ (C 3, S. 13, 3-10).

Die hohe Fluktuation in den politischen Institutionen zwingt die Akteure, die sozialen Beziehungen ständig zu erneuern. Das soziale Kapital ist nicht „übertragbar“ oder kann unmittelbar „übergeben“ werden, sondern es muss mit den „neuen“ Rollenträgern wiederholt aufgebaut werden. Diese zyklischen Prozesse der sozialen Kapitalarbeit lokalisiert sich an spezifischen Orten, die Gelegenheiten für den Aufbau dieser Beziehungen bereithalten („Einladung“). Diese Orte verbinden sich mit einem gehobenen Ambiente; der „schöne Loup de mer“ symbolisiert die soziale Praxis, in der die Beziehungsarbeit der Investoren eingebettet und eine Wertschätzung inszeniert wird. Der Erwerb des sozialen Kapitals in Europa bedarf spezifischer Räume und Orte, an denen sich die Akteure zu ausgewählten Anlässen in Form einer ritualisierten Praxis begegnen, um neue Beziehungen einzugehen oder bestehende Kontakte zu vertiefen. In dieser entspannten Atmosphäre können Verbindlichkeits- und Verpflichtungsgefühle gefördert werden, so dass neben formalisierten Kontakten auf der „Vorderbühne“ persönliche Beziehungen auf den kleinen „Hinterbühnen“ entstehen. Dieser Markt des sozialen Kapitals benötigt eine Theaterbühne, auf der die Tauschgeschäfte verhandelt werden können. Bei dem (befragten) „Kapitalisten“ löst die

Wiederholung des fortwährend zu leistenden Kapitalaufbaus Ermattung aus, die sich mit der Sehnsucht nach entlasteten, alltäglichen Praktiken verbindet, die in ihrer „Einfachheit“ dem stil- und anspruchsvollen Kapitalerwerb entgegenstehen. Dennoch passt man sich dem Ambiente der Sisyphosarbeit an, da die gehobene Inszenierung beide Seiten „adelt“ und durch die gegenseitige Anerkennung die Grenzen der Gruppe markiert werden.

Mit dem Analyseinstrument des Begriffs „soziales Kapital“ werden Beziehungsnetze sowie Zugehörigkeiten zu Organisationen und Gruppen im europäischen Feld zivilgesellschaftlicher Netzwerke deutlich, die für die Positionierung relevant werden (vgl. Kap. 5.2). Das soziale Kapital generiert sich nicht allein durch Beziehungen zu „Organisations-Rollen“, sondern wird von den Rollenträgern als kulturelles Kapital gleichsam inkorporiert. Insofern müssen die Beziehungen, das Kennen und Anerkennen, immer wieder erneuert werden, wenn die Personalfuktuation die Beziehungen als Grundlage des sozialen Kapitals unterbricht.

Das soziale Kapital setzt ein Startkapital voraus, um sich der Akkumulation des sozialen Kapitals widmen zu können. Sind diese Voraussetzungen gegeben, eröffnet es den Akteuren bedeutsame Zugangswege, die wiederum ökonomisches und Informationskapital versprechen. Insofern verstärken sich die Kapitalarten gegenseitig.

Allerdings deuten sich in der Befragung auch die „dunklen Seiten“ des sozialen Kapitals an: Verstrickungen und Verfilzungen zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und politischen Institutionen werden durch nationale Zugehörigkeit, Mandatskumulation oder das Personal-Karussell befördert. Bedeutsam erscheint, dass beide Seiten in diesem relationalen „Allianzsystem“ (vgl. Klein 2001) aufeinander an- und verwiesen sind und auf der Grundlage ihrer gemeinsamen Handlungspraktiken ein Spiel mit Eigenlogik generieren (und sich nicht ausschließlich in unterschiedlichen Sphären bewegen). In den wechselseitigen Anerkennungsprozessen wird zwischen den Akteuren Vertrauen generiert. Das Vertrauen wirkt als konsensuales Einverständnis, an dem Spiel unter bestimmten Regeln teilzunehmen und reduziert damit Komplexität.

7.4.3 Kooperationen als Strategie sozialer Kapitalbildung

Kooperationen und Vernetzungen unter den Akteuren im Feld europäischer Netzwerke Sozialer Arbeit kommen, wie bereits dargestellt, wesentliche Funktionen zu: Die Heterogenität und Unübersichtlichkeit des Felds reduziert sich und Strukturen bilden sich heraus. Die Akteure wählen durch Kooperation als Strategie sozialer Kapitalbildung Partner aus, um gemeinsam mehr Gewicht entfalten zu können bzw. von dem Kapital der Partner zu profitieren. Auf diese Weise erlangen die zivilgesellschaftlichen Organisationen gegenüber den politischen Institutionen verbesserte Sichtbarkeit und erhöhen damit ihren Einfluss. Es zeigt sich, dass die Bildung von Meta-Strukturen neben ordnenden und damit konkurrenz-mindernden Effekten zugleich „Kapital“ im Feld entfaltet. Dieses Kapital können insbesondere Akteure gewinnen, die an der *Entwicklung* und *Bildung* von Plattformen beteiligt sind.

Also NETZWERK 1 macht Tagungen ja dann eher in Brüssel und dann kommt dann halt mal so jemand wie Frau Diamantopoulou und stellt sich dahin und sagt ‚Hallo‘, das würde bei NETZWERK 2 nie passieren, die kriegen da dritte Reihe oder oder vierte und ich finde das schon signifikant, ich will jetzt damit nicht sagen, dass immer gleich die Kommissarin höchstpersönlich kommen muss, (...) und es ist ja auch nicht NETZWERK 2 Verdienst gewesen, sondern die haben da eine kleine Plattform einberufen gehabt, alle NGOs im Bereich behinderte Menschen in Europa wurden ja mal einberufen, das hat NETZWERK 1 gemacht und das ist natürlich auch jetzt so was einer längerfristig existierende Organisation wie NETZWERK 2 natürlich ein extremer Dorn im Auge, dass sie es halt nicht hingekriegt haben“ (B 19, S. 29, 11-26).

Die Sequenz beschreibt die Konkurrenz zwischen zwei Netzwerken in einem europäischen Subfeld. Ein älteres und jüngeres Netzwerk ringen um Positionen im Feld und aus Sicht des Befragten „gewinnt“, wer sich an der Bildung einer neuen Plattform beteiligt. Die Metastrukturen im Feld werden von den politischen Akteuren gefördert, da sie wenige Ansprechpartner favorisieren.³⁰² Insofern produzieren Plattformen in diesem Feld intensivere Beziehungen zu politischen Akteuren. Anhand des Beispiels, welche Akteure für Veranstaltungen der Netzwerke gewonnen werden, analysiert der Befragte das „ungleich“ Standing der beiden Netzwerke. Es verdeutlicht sich anhand dieser Sequenz zweierlei: Zum einen entsteht über plattformähnliche Strukturen eine intensivere Anbindung an das politische Feld, zum anderen rufen diese Aktivitäten im Feld der europäischen Netzwerke Gegenreaktionen und Abwehr hervor. Die Gründung einer neuen Plattform ist dem älteren Netzwerk ein „Dorn im Auge“ – eine biblische Metapher, die sich auf Kämpfe um ein bestimmtes Terrain zwischen einer ortsansässige Gruppe und „Eroberern“ bezieht. Die Meta-

³⁰² Vgl. dazu die Ausführungen zu dem „europäischen Ansatz“ der Kommission und der Einrichtung von übergreifenden Strukturen in Kapitel 3.3.

pher drückt nicht nur die als Störung empfundene Aktivität anderer Netzwerke in dem „eigenem Terrain“ aus, sondern weist auf eine traditionelle Hierarchie im Feld hin, die von den Eroberern in Frage gestellt und bedroht wird: Das etablierte Netzwerk sah sich in einer gesicherten Position und sprach den Aktivitäten anderer Akteure zunächst die Bedeutung ab. Nun erkennt das ältere Netzwerk, dass sich das jüngere Netzwerk u.a. durch die Initiierung einer Plattform eine Nähe zum politischen Feld verschafft hat, die dessen Standing erhöht sowie die Position des älteren Netzwerks in Frage stellt.³⁰³ Dies evoziert „Vertreibungswünsche“, denn die neue Plattform, an deren Bildung die „Alteingesessenen“ nicht beteiligt waren, verstellt den Zugang zu der Europäischen Kommission. Da man die jungen Akteure nicht aus dem Feld vertreiben kann, werden sie zu „Dornen“ im Auge des alten Netzwerks. Insofern stellt sich die Frage für dieses Netzwerk, ob und wie sie die neuen Konstellationen im Subfeld strategisch bearbeiten.

In ähnlicher Weise zeichnen sich diese Prozesse in einem anderen Themenfeld ab, in dem etablierte und junge Netzwerke sich gegenüber einer neuen Plattform unterschiedlich verhalten, was von dem nationalen Mitglied des älteren Netzwerk kritisch kommentiert wird.

„Es gab auch in der Vergangenheit in den letzten Jahren da auch unterschiedliche Strömungen auf europäischer Ebene, weil sich ja diese Plattform (...) gebildet hat. Und es gibt ja seit langer Zeit verschiedene Interessenvertretungen der Senioren und NETZWERK 1 und andere. Und NETZWERK 2 ist wohl die älteste, soweit ich weiß. Und die war bei dieser Entwicklung weitgehend außen vor, bei dieser Plattform (...) und hat das auch massiv versucht zu bekämpfen, hat aber dann erst im Nachhinein, also haben sie sich wohl wieder geöffnet, weil sie gemerkt haben, dass diese Plattform (...) von der Europäischen Kommission sehr stark unterstützt wird, und dass man halt, um überhaupt mitreden zu können und nicht abgehängt zu sein, daher doch irgendwie kooperieren muss, auch wenn man der Meinung ist, dass man diese Plattform nicht bräuchte, weil eben NETZWERK 2 wohl gesagt hat, es gibt ja uns seit langer Zeit, also warum noch mal eine neue Plattform, ja. Aber es ist jetzt eher so nach außen, so ein Konfliktfeld, als innerhalb, aber ich vermute mal, dass es innerhalb NETZWERK 2 auch unterschiedliche Strömungen gibt. Weil wir als ORGANISATION haben zum Beispiel gesagt, es macht keinen Sinn, PLATTFORM zu blockieren, wir ziehen den Kürzeren. Also man muss irgendwie kooperieren. Also wir sagen auch immer, es ist immer wichtiger, von innen mitzuarbeiten, also dann eher sich noch wählen zu lassen in Gremien und da seine Ideen einzubringen, als sich absolut abzukoppeln“ (B 20, S. 3, 4-23).

Das etablierte Netzwerk wird von Entwicklungen im Feld überrascht, da die Entscheidung, bei den Entwicklungen nicht zu partizipieren, sondern die Initiierung einer Plattformbildung „massiv zu bekämpfen“ mittelfristig zu Nachteilen führt. Es entstehen Abwehrhal-

³⁰³ Vgl. dazu: „das Problem ist oft dieses bei Verbänden, die schon sehr lange bestehen, (...), dass die mal so ihre Gründungsphase hatten, so ihr Leitbild, auch wenn es nie so formuliert wurde, aber sich nicht so diesem Zeitrend anpassen oder auch nicht das hinterfragen, dass sie sich nicht mehr so öffnen, (...) die hinken da ein bisschen hinterher, ist vielleicht auch ganz normal. Vor allen Dingen, wenn eine Organisation sehr lange besteht und am Anfang keine Konkurrenz hatte, dann sagen die natürlich, ‚ja, wir bestehen seit 20 Jahren und allein, dass es uns gibt, ist schon wichtig genug‘“ (B 20, S. 6, 6-15).

tungen gegenüber den „neuen Vernetzungen“, da sich das Netzwerk als die einzige Plattform verstand und zusätzliche Strukturen als nicht notwendig erachtete. Das deutsche Mitglied des Netzwerks kritisiert diese Blockadehaltung gegenüber der neuen Plattform, da man durch diese Haltung in Nachteil gerate (man zieht „den Kürzen“), da man von wesentlichen Prozessen ausgeschlossen wird und nicht mehr „mitreden“ kann – das Netzwerk gerät in die Peripherie des Felds. Daher wird aus strategischen Gründen die Kooperation mit neuen Akteuren als wichtig und notwendig erachtet, um gleichfalls eigene Interessen auf dem Weg der Kooperation durchsetzen zu können.

Es zeigt sich, dass Plattformen als zentrale Kristallisationspunkte eine spezifische Dynamik im Feld auslösen, in deren Fahrwasser es lohnt mitzuschwimmen, da das Informationskapital dieser Plattformen für das Feldwissen als unerlässlich angesehen wird – insbesondere, wenn es sich um kommissionsgeförderte Plattformen oder Netzwerke handelt.³⁰⁴ Eine „Plattform“ wird zugleich als Multiplikator wahrgenommen, der Zugänge zum politischen Feld öffnet und ermöglicht. Dies ist nicht allein aufgrund potenzieller Fördermittel, sondern auch im Hinblick auf die politische Einflussnahme und den „zivilen Dialog“ bedeutsam.

Zugleich lösen die neuen Strukturen Annäherungs- oder Abwehrprozesse aus: Etablierte Netzwerke erkennen in den „Leuchttürmen“ eine Gefahr für ihr eigenes Standing. Es droht die Gefahr des Verlusts bestehender Beziehungen und die Exklusion aus Feld-Segmenten. Die Plattformen verändern die Zuweisung der Zentren und Peripherien und können – mit Hilfe der Kommission – ihre Definitionsmacht durchsetzen und behaupten.³⁰⁵

Ein anderer Befragter schildert Auswirkungen auf das eigene Netzwerk, die sich durch eine starke Position eines neuen Netzwerks ergeben: Der neue Akteur verursacht Konkurrenz und wirbt dem etablierten Netzwerk Mitglieder ab, es verliert „Kunden“ und zahlende Mitglieder. Wandern die Investoren des Netzwerks ab, wird die Position des neuen Netz-

³⁰⁴ In Kapitel 7.5 wird dies insbesondere an der Social Platform nachgezeichnet, da sich hier eine „klassische“ Konfliktlinie im Feld abzeichnet. Ein Befragter (Europa-Referent eines Verbands) schildert die Entstehung der Social Platform als „typischen Entstehungsprozess in Europa, der auf „Wunsch“ der Kommission begann. Diese kommissionsgeförderten, von oben entstandenen Vernetzungen werden äußerst kritisch eingeschätzt (vgl. auch A 4, S. 4).

³⁰⁵ Zu dieser Sequenz eine fall-erläuternde Besonderheit: Das „alte Netzwerk“ besteht seit 1962 und kann auf eine lange Tradition zurückblicken. Die Plattform dagegen wurde 2001 ins Leben gerufen. Das Netzwerk ist, soweit die Angaben im Internet zutreffend sind, bislang nicht Mitglied der Plattform geworden, allerdings ist die nationale Organisation, die hier befragt wurde, in dieser Plattform Mitglied. Das „alte Netzwerk“ hat sich in der Zwischenzeit aber durchaus den „Gegebenheiten“ angepasst: Das Netzwerk unterhält aus seiner Entstehungsgeschichte heraus seine Hauptgeschäftsstelle in einem der Mitgliedsstaaten. Diese Struktur wurde insofern ergänzt, als dass das Netzwerk ein Mitglied damit beauftragte, ein Büro in Brüssel zu unterhalten. Die neuentstandene Plattform wird zu 85% aus Kommissionsmitteln finanziert (Datenbank CONNECS, Stand April 2006), über das Netzwerk liegen dazu keine Daten vor.

werks als zentraler Akteur in finanzieller sowie in symbolischer Hinsicht gestärkt und das traditionelle Netzwerk bleibt kapital-geschwächt zurück (vgl. A 3, S. 4).

Die „neuen Netzwerke“ werfen darüber hinaus weiteres Kapital in die Waagschale: Neben der finanziellen Unterstützung und Nähe zur Kommission, erweisen sich auch die Art und Weise der „Kommunikationsstrukturen“ zu den nationalen Mitgliedern als „Trumpf.“ Einige jüngere Netzwerke entwickeln nationale Ableger in den Mitgliedsstaaten, um die Arbeit der Mitglieder und die Kommunikation zu strukturieren und zu systematisieren.³⁰⁶ Die nationalen Plattformen lösen vor Ort unterschiedliche Reaktionen aus, da sie in das nationale Gefüge eingreifen und neue Konkurrenzlinien im nationalen Feld einziehen (vgl. Kap. 6.3).³⁰⁷ Die europäischen Netzwerke setzen diese Struktur als „Kapital“ auf der europäischen Ebene um, indem sie – aus der Sicht eines Befragten – den Eindruck erwecken, in den Mitgliedstaaten *die* zentralen thematischen Strukturen zu entwickeln und sich somit als „die Stimme“ des jeweiligen Themenbereichs in Europa präsentieren und legitimieren zu können (vgl. A 3, S. 4, 9ff.).

Diese Einschätzungen zeigen, dass Kooperationen im Feld eine Strategie der Kapitalbildung darstellen, die sich nicht allein auf soziales Kapital bezieht. Kooperationen ermöglichen unter bestimmten Bedingungen einen Zuwachs an ökonomischem und kulturellem Kapital. Darüber hinaus verändern sie die Positionierungen im Feld, es entstehen neue Zentren, neue Peripherien und damit verbundene entsprechende Strategien der Annäherung und Abwertung. Generationskonflikte brechen auf und führen zu Machtkämpfen um das bessere Standing im Feld.

Die Kooperationen mildern die Konkurrenz zwischen den Akteuren ab, produzieren zugleich aber neue konkurrente Beziehungen, da sich die Grenzdefinitionen von „innen/außen“ im Sinne von „Mitglied/Nicht-Mitglied“ verschieben. Die Akteure bilden in den Kooperationen Vertrauen aus und dieser Mechanismus erlaubt den Akteuren, Konkurrenz und Kooperation miteinander zu vereinbaren.

³⁰⁶ Exemplarisch seien hier das Armutnetzwerk EAPN angeführt, das z.B. in Deutschland seinen „Ableger“ unter dem Namen „Armutskonferenz“ eingeführt hat oder das European Disability Forum (EDF), dessen nationale Struktur in Deutschland der „Behindertenrat“ darstellt.

³⁰⁷ Diese Prozesse lösen in den zivilgesellschaftlichen Feldern der neuen Mitgliedsstaaten in Mittel- und Osteuropa heftige Diskussionen aus. Einerseits unterstützen die „importierten“ Strukturen den Aufbau von zivilgesellschaftlichen Organisationen, andererseits entstehen die Strukturen nicht aus dem Feld heraus und stellen damit Eingriffe dar, die bestimmte Akteure bevorzugen bzw. benachteiligen. Die europäischen Netzwerke definieren Ansprechpartner bzw. Partnerorganisationen, um nationale Plattformen aufzubauen, was erheblichen Unmut unter den nationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen auslöst (vgl. Stauf/Lauer/Hamburger 2007).

7.4.4 Institutionalisiertes kulturelles Kapital: Tradition und Zugehörigkeit

Die transnationalen Netzwerke unterscheiden sich in vielfacher Hinsicht – auch in ihrer Entstehungsgeschichte und ihrem ideengeschichtlichen Kontext, in dem sie sich verorten (vgl. Lauer 2005). Die bereits dargestellten „Familien-Netzwerke“, z.B. der konfessionellen Spitzenverbände, basieren auf einem gemeinsamen ideengeschichtlichen Hintergrund. Sie stellen damit eine spezifische Form transnationaler Netzwerke dar, denn sie vereinen ein spezifisches „Wissen“, gemeinsam geteilte Werte und institutionalisierte Güter (Glauben, Kirchengeschichte, Kirchen und Wohlfahrtsverbände als Institutionen etc.). Diese Netzwerke erzeugen über den gemeinsam-geteilten Sinnhorizont ihrer Mitglieder eine dichtere Kohäsion im Netzwerk und akkumulieren damit auch spezifisches soziales Kapital, das auf der *Zugehörigkeit* zu dieser Gruppe beruht. Darüber hinaus verknüpft sich damit meist eine längere Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der ursprünglichen Bewegungen, der Organisationen und Verbände, die den Akteuren in der Gegenwart eine „ausdifferenzierte“ Identität ermöglichen. Da die Herkunftsorganisationen in nationalen oder internationalen Kontexten etabliert sind und auf eine Kapital-Basis zurückgreifen können, kann die Identität auf die europäische Ebene transformiert werden, auf der die Familiennetzwerke meist unabhängiger agieren können als neue Akteure, die sich z.B. allein an der Kommission orientieren.

Diese Vielfältigkeit des bereits erworbenen Kapitals und die damit verbundene Flexibilität beim Einsatz des Kapitals (als „Verband“ *oder* als „Wertegemeinschaft“ etc.) wird anlassbezogen und strategisch von den Familiennetzwerken eingesetzt: Das „kulturelle Kapital“ wird im europäischen Feld als Trumpf ausgespielt:

„Ich nehme an, real wird es so sein, dass auch andere NGOs, die nicht kirchlich sind, verschiedene Zugangsweisen wählen über verschiedene Wertegemeinschaften, über verschiedene andere Netzwerke, das wird rein strukturell vermutlich überall so sein. Aber es macht, es gibt, glaube ich, schon einen gewissen **Startvorteil** zu sagen, ja, wir sind sozusagen kirchlicher Wohlfahrtsverband und NGO und so weiter, wir spielen auf verschiedenen Ebenen“ (C 2, S. 10, 32-38) [Hervorh. E.S].

In der Äußerung wird zwischen kirchlichen und nicht-kirchlichen Organisationen differenziert, wenngleich beiden die Handlungsstrategie zugeschrieben wird, „verschiedene Zugangsweisen“ auf der europäischen Ebene einzusetzen. Das „multi-voice-lobbying“ findet hierin seinen Niederschlag (vgl. Kap. 3.3.3). Diese Strategie wurde bereits anhand der deutschen Wohlfahrtsverbände dargestellt, deren europäische Vernetzungsaktivitäten auf unterschiedliche Strategien zurückgehen, die kombiniert zum Einsatz gebracht werden: Das Sortiment umschließt eigene Verbands-Repräsentanzen in Brüssel, das Engagement in

Verbands- bzw. Familiennetzwerken sowie thematische Mitgliedschaften in europäischen Netzwerken sowie interessengeleitete Zusammenschlüsse. Die Kombination der Zugänge wird in der Sequenz als strukturelles Merkmal der Akteure im zivilgesellschaftlichen Feld eingeführt, auch wenn dies in Form einer Vermutung zurückgenommen formuliert wird. Zugleich beinhaltet die Zuschreibung zunächst eine Selbstbeschreibung (aus Sicht eines Verbandsvertreters), in der die eigene Realität auf andere Akteure übertragen wird. Inwieweit dies wirklich ein strukturelles Handlungsmuster für Akteure darstellt, bleibt hier offen, da die Kombination von Vernetzungsstrategien Startkapital voraussetzt, das nicht allen Netzwerken und nationalen Akteuren zur Verfügung steht. Das Startkapital konfessioneller Organisationen wird durch den Ausdruck „gewisser Startvorteil“ verdeutlicht: Die Zugehörigkeit zu der konfessionellen Gruppe, das institutionalisierte Kapital der konfessionellen Organisationen produziert aus Sicht des Befragten einen Startvorteil im Feld im Kampf um die Positionen.

Doch worin besteht nun dieser Startvorteil bzw. dieses Kapital? Zum Ersten liegt dem religiösen Kapital eine ideelle und auf Glauben beruhende Bindung zugrunde, das die Mitglieder konfessioneller Glaubensgemeinschaften verbindet und Vertrauen untereinander schafft. Zum Zweiten etablierte sich im Kontext der weitreichenden (Missionierungs-)geschichte ein geographisch-umfassendes „Vernetzungsgebiet“, in dem sich die jeweils ideell-religiösen oder kirchlichen Organisationsstrukturen ausbilden konnten. Religiös-gebundene Organisationen orientieren sich gerade *nicht* an Staatsgrenzen, sondern vernetzen sich traditionell länderübergreifend. Die traditionell verankerten, transnationalen Kooperationen werden im Kontext der europäischen Familiennetze nunmehr mit einem EU-Profil ergänzt, um mit diesem geographisch-politischen Zuschnitt auf die „EU“ den Felderwartungen zu entsprechen und entgegenzukommen (diese Handlungsstrategie trifft in gleicher Weise auf internationale Netzwerke und Organisationen zu).³⁰⁸ Zum Dritten argumentieren NGOs als wertorientierte Organisationen vor ihrem jeweiligen ideellen Hintergrund, der ihren Anliegen Gewicht verleiht – insbesondere auch in den Beziehungen zum politischen Feld. Für den Aufbau dieser ideellen Grundlage, des kulturellen Kapitals, bedarf es Zeit. Insofern erstaunt es nicht, dass den jüngeren zivilgesellschaftlichen Akteu-

³⁰⁸ Vgl. dazu: „Und als dann die EU kam und man auch die EU-Gelder haben wollte, dann konnten die Gelder nur beantragt werden von Vereinigungen, denen nur die EU-Länder angehörten“ (B 17, S. 1, 45-47). „Die Gründung der NETZWERK war 1997 im Grunde auch eine Strategie eher, an Geldmittel aus Brüssel zu kommen, um einfach die aktuellen Themen, die auf europäischer Ebene überhaupt da sind, auch sichtbar zu machen, indem man praktisch den Briefkasten NETZWERK schafft und sagt, gut, wir sind europäisch aktiv und machen da Projekte und brauchen da auch ab und zu geldliche Unterstützung“ (B 11, S. 1, 7-20).

ren zunächst die Aufgabe zufällt, ihre ideelle, kulturelle Basis zu konstruieren und sich zu profilieren. Konzentrieren sich neue, kommissionsgeförderte Netzwerke allein auf die EU-Philosophie des Förderers, kann dieses Kapital nur unzureichend aufgebaut werden. Der „Startvorteil“ der Familien ermöglicht ein Spiel auf mehreren Ebenen in verschiedener Hinsicht: Diese Netzwerke beginnen das Spiel im Feld mit einem höheren ökonomischen Kapital, das ihnen ein hochwertiges Set an Mitgliedschaften in Europa ermöglicht. Zugleich können sie auf ihr „Verbands-Kapital“ zurückgreifen, um Vernetzungen wahrzunehmen, die anderen qua Zugehörigkeit nicht offen stehen. Die Vielzahl an Vernetzungen zahlt sich wiederum als soziales Kapital und Informationskapital aus, das auf diesem Wege akkumuliert wird. Die Bedeutung der ideengeschichtlichen Verbindung zeigt sich auch in folgender Sequenz:

„FAMILIENNETZWERK ist wenn man dieses entsetzliche deutsche Wort gebrauchen will, weltanschaulich homogener. So, das ist eigentlich der entscheidende Punkt, da gibt es also denk ich mal mehr Anknüpfungspunkte“ (...). Und das ist auch der Unterschied, bei NATIONALES NETZ, wenn man mal einen deutschen Zusammenschluss nehmen, das heißt natürlich, dass sie zum Beispiel bei Stellungnahmen unter Umständen bei so einer Vereinigung wie FAMILIENNETZWERK einen bisschen größeren gemeinsamen Nenner finden können“ (B 3, S. 18, 8-11; 19-23).

Die Sequenz zieht einen Vergleich zwischen einem thematischen Netzwerk und einem Familien-Netzwerk, das maßgeblich von einem deutschen Verband mit konstituiert wurde. Der Verbandsvertreter charakterisiert das Familiennetzwerk als weltanschaulich homogener und verweist auf die vorliegenden „Anknüpfungspunkte“ zwischen den Mitgliedern. Dadurch steigt aus der Sicht des Befragten die Chance, innerhalb des Netzwerks einen „gemeinsamen Nenner“ zu generieren und die Netzwerkarbeit konstruktiv zu nutzen. Im Weiteren klassifiziert und differenziert der Befragte verschiedene Zusammenschlüsse unter dieser Perspektive, es wird zwischen zweckorientierten Arbeitstrukturen wie der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, themenzentrierten Netzwerken wie dem EAPN und dem „Verbands- bzw. Familien-Netzwerk“ unterschieden. Die Stellungnahmen der thematischen Netzwerke ermöglichen aus dieser Sicht nur eine Einigung auf oberflächliche Schlagwörter, die durch den Passus „aber weiter geht es dann auch so nicht“ abgewertet werden. Damit geht die Aufwertung der eigenen Verbands- und Netzwerkzugehörigkeit einher, die „weitergeht“ und über eine zweckorientierte oder themenbezogene Zusammenarbeit hinausreicht und auf gemeinsamen Wertvorstellungen beruht.

Darüber hinaus müssen diese „Familien-Netzwerke“ die Frage der Zugehörigkeit nicht auf Dauer stellen und thematisieren, sondern die Mitglieder sind „part of this big family and they don't regularly question the fact to belong or not to this families“ (C 1, S. 12, 5-6).

Am Beispiel des Netzwerks Solidar, das zwar Organisationen vereint, aber kein klassisches Familiennetzwerk darstellt, verdeutlicht sich diese Problematik. Die Familiennetzwerke („big family“) sind insofern im Vorteil, da sie ihr „Leitbild“ und ihren Zusammenhalt nicht ständig neu erarbeiten müssen, sondern auf bereits bestehende „Sinnwelten“ zurückgreifen können. Netzwerke ohne eigene Verbands- und Familienstruktur, müssen dagegen die Frage nach dem verbindenden Element und der gemeinsamen Ausrichtung des Netzwerks beständig thematisieren und auf Dauer stellen.

Allerdings verweist dies auf Innovationspotenzial, das diese Netzwerke systematisieren müssen. Die Familiennetzwerke können dagegen tendenziell schneller Gefahr laufen, in ihren traditionellen Identitäten zu verharren und Entwicklungen im Feld nicht wahrzunehmen. Daran zeigt sich, dass die erworbene Unabhängigkeit der Familiennetzwerke die Akteure unter spezifischen Bedingungen zeitweise von mächtigen Positionen im Feld abdrängen kann.

7.4.5 Professionalität und Feldwissen: Organisations- und Informationskapital

Im Feld der europäischen Netzwerke bilden sich Professionalisierungsprozesse ab, die für NGOs typisch sind. Die europäischen Netzwerke beschäftigen zunehmend hauptamtliches Personal, unterhalten eigene Büros in Brüssel, verwalten die komplexen Kommunikationsstrukturen der Netzwerke, managen eigene Projekte, vermitteln als „Gate-Keeper“ Informationen in nationale sowie in europäische Kontexte und strukturieren die politische Interessenvertretung und Öffentlichkeitsarbeit der Netzwerke in Brüssel. Diese Prozesse sowie die Beschäftigung hauptamtlicher Mitarbeiter generiert ein professionelles Verständnis der Netzwerkarbeit. Es etablieren sich Standards für die Interessenvertretung, für die Teilnahme an Konsultationen, für die Durchführung von Kampagnen und Projekten: Es entwickelt sich ein professionelles Selbstverständnis auf der Grundlage einer gewissen organisatorischen Infrastruktur, wie dies Frantz anhand der Karrieremuster und der vier verschiedenen Karrieretypen des NGO-Technokraten, Generalisten, Theologen und des NGO-Quereinsteigers verdeutlicht.³⁰⁹

Wenngleich der Begriff des *Habitus* in der Untersuchung keinen zentralen Platz einnimmt (vgl. Kap. 5.3), verweisen die folgenden Ausführungen auf Aspekte der Feldakteure, die nicht allein mit der ungleichen Kapitalverteilung der Netzwerke im Feld interpretiert wer-

³⁰⁹ „Ich würde es trennen, in unserer Struktur ist die materielle Ausstattung des Sekretariats natürlich ganz wichtig. Wenn wir kein Geld haben zum Telefonieren, sehen wir alt aus“ (C 4, S. 15, 15-17).

den können. Das kulturelle Kapital und die Entwicklung von Strategien ist in Bourdieus Perspektive an Personen gebunden. Der *Habitus* integriert als System dauerhafter und versetzbarer Dispositionen alle vergangenen Erfahrungen und funktioniert als *Handlungs-, Wahrnehmungs-, und Denkmatrix* (vgl. Bourdieu 1979, S. 169). Diese Wahrnehmungs-, Bewertungs- und Handlungsschemata, die an die Körperlichkeit der Personen gebunden werden (vgl. Bourdieu/Wacquant 1996, S. 36f.), treffen auf Feldbedingungen und produzieren daraufhin einen Sinn für das Spiel, für Spielregeln und zukünftige Spielsituationen. Der Habitus reproduziert sich in Situationen, an die er versucht, durch je spezifische Strategien möglichst anschlussfähig zu sein (vgl. Kap. 5.3).

Insofern liefern die Äußerungen der befragten Akteure auch Einblicke in Habitusformation im Feld, denen aber nicht vertiefend nachgegangen werden soll. Zugleich zeigen die folgenden Sequenzen, dass die „Regeln“ und die damit verknüpften Strategien im Feld „inkorporiert“ werden müssen: Kulturelles Kapital wird als Wissen von den handelnden Akteuren inkorporiert und in die Handlungs-, Wahrnehmungs-, und Denkmatrix eingebunden.

Im Zuge der Professionalisierung der Netzwerkarbeit werden organisationsbezogene Kompetenzen bedeutsam, die als „Organisationskultur“ zusammenfassend in Interviews erwähnt werden. Eine Sequenz zeigt die Herausforderungen an professionelle Netzwerkarbeit sowie die Kombination der verschiedenen Elemente anhand eines Negativbeispiels auf:

Also eigentlich haben die alle Projekte irgendwie verbaselt, die sie so gemacht haben. Sie sind jetzt auch nicht so, dass sie da gute Kontakte zu Kommission, Parlament, Rat, wie auch immer haben, und im NETZWERK, na ja, da sind sie halt einer unter vielen. Aber sie sind halt einfach nicht so, dass man sagen würde, sie haben jetzt irgendwie eine Vorreiterfunktion, sondern sie eiern da so ein bisschen mit, böse gesagt, und haben halt ein sehr unscharfes Bild von THEMA, was aber auch einfach daran liegt, kann man ihnen gar nicht zum Vorwurf machen, dass es auch einfach unscharf ist. Es ist einfach so“ (B 19, S. 10, 1-8).

Netzwerkarbeit bedarf einer professionellen fachlichen Grundlage und setzt ein funktionierendes Projektmanagement voraus („Projekte verbaseln“). Für eine gelingende Netzwerkarbeit benötigt man gute Kontakte zu den europäischen Institutionen (soziales Kapital) und ein gutes Standing in zentralen weiteren Netzwerken. Netzwerke brauchen innovative, fachliche Positionen, die ihnen im Feld eine „Vorreiterrolle“ einbringt.³¹⁰ Die Kapitalsor-

³¹⁰ Vgl. dazu: „Auch, aber ich glaube, es ist mehr die Organisationskultur, auch vielleicht der Punkt, dass es diese Organisation noch nicht so lange gibt, dass die sich natürlich da auch behaupten müssen auf dem Sektor und was strategisch gesehen, sie haben einen sehr engen Draht zur europäischen Kommission, NETZWERK, das ist nämlich ganz wichtig für eine europäische Plattform“ (B 20, S. 13, 1-9).

ten in ein gelungenen Einklang und Zusammenspiel im Spiel zum Einsatz zu bringen – das sind die Kompetenzen, die europäische Netzwerke im Feld benötigen. Dies schließt an die von Frantz vorgestellten Merkmale einer NGO-Organisationskultur an: Neben einer Inhaltsorientierung und Fachlichkeit stellen Risikobereitschaft, Leistungsorientierung, Gestaltungsoptionen, Transparenz und Teamkultur sowie eine Kommunikations- und Streitkultur gewünschte Aspekte einer Organisationskultur dar (vgl. Frantz 2005, S. 192).

Es zeigt sich, dass nicht alle Akteure die Regeln des Feldes gleichermaßen „inkorporieren und Denk-, Wahrnehmungs- und Handlungsmuster noch in Entwicklung sind. Im Zuge von Professionalisierung und Autonomisierung der Akteure wird die Entwicklung des Habitus durch die Praktiken im Feld strukturiert und beeinflusst. Die habituellen Spielregeln sollen anhand der folgenden Schilderung exemplifiziert werden.

„Eine Einrichtung und dann haben die eingeladen zum Empfang. Und die Einladung war um elf, da kann ich gleich sagen, dass kein Schwein kommt. Um elf kommt keiner, die kommen ab zwölf, dann zum Essen. Wenn ich um zwölf einen Termin mache, dann ist klar, dann esse ich. Aber wenn ich einen Empfang um elf mache, wer kommt denn da hin? Das geht einfach nicht. Das muss ich einfach wissen“ (C 3, S. 12, 22-27).

Anhand des Beispiels eines Empfangs zeigt der Befragte die Existenz stillschweigend akzeptierter und vorgegebener Regeln auf, die das Spiel auf einer alltäglichen Ebene mitbestimmen. Der Sprecher verortet sich selbst als „Kenner“ dieser „Benimm-Regeln“, denn er weiß, wie es „läuft“: Um Akteure zu gewinnen und um sie anzusprechen zu können, muss auf vermeintlich simple Entscheidungen wie z.B. die Terminierung der Veranstaltung geachtet werden. „Stimmt“ der Zeitpunkt nicht mit den Feldregeln überein, dann „kommt kein Schwein“ und die mit dem Empfang verbundenen Ziele können nicht erreicht werden. Die Wahl des Zeitpunkts ist demzufolge nicht beliebig, sondern orientiert sich an Gepflogenheiten des Arbeitsalltags der Feldakteure, die bei der Pflege des sozialen Kapitals berücksichtigt werden müssen. Die Äußerung „das geht einfach nicht“ impliziert die Unhintergebarkeit und Eindringlichkeit dieser Spielregeln. Betonungen wie „das muss man einfach wissen“ zeigen die Notwendigkeit, diese Klaviatur spielend zu beherrschen, da man sonst wertvolle „Tauschplätze für Kapital“ verschenkt und als Organisation nicht wahrgenommen wird.

In gleicher Weise zeigt sich die Bedeutung der Spielregeln, an denen die ungleiche Verteilung des „Kapitals“ der Mitglieder deutlich wird.

„and also the small organizations, you should see who come to our meetings, usually volunteers, retired people, people who are completely, I mean, they take on their free times, of course they are not credible and when they want to speak many of the other side is laughing, they just ‘huhu, completely idiot, they don’t know what they are talking about, they, it’s creating a special atmosphere which is a little bit patronising on the smaller networks” (C 1, S. 19, 3-9).

Diese Sequenz verdeutlicht, dass in den zivilgesellschaftlichen Netzwerken Regeln, Standards und damit eine „Normalität“ konstruiert und durchgesetzt wird, die zugleich die Position bestimmter Akteure befördert und andere ausgrenzt. Die Definitionsmacht beanspruchen die hauptamtlich-organisierten, bereits professionell agierenden Netzwerke, die damit Regeln für die Art und Weise der Zusammenarbeit, der verwendeten Sprache und des Ausdrucks festschreiben; ehrenamtliche Vertreter kleinerer Organisationen „fallen“ vor dieser Hintergrundfolie auf und werden weder akzeptiert noch ernst genommen („credible“). Im Gegenteil, die Abwertung äußert sich in einem Auslachen der „Unkundigen“ durch diejenigen, die über die Einhaltung wachen. Die Sequenz „completely idiot“ zitiert die Regelwächter bei dieser „Sanktionierung“, wobei die Bestrafungen eine spezielle Atmosphäre unter den Netzwerkmitgliedern produziert. Diese Atmosphäre wird von dem Befragten als „patronising“ klassifiziert: Der Begriff kombiniert herablassende, gönnerhafte und bevormundende Einstellungen mit der ungleichen Machtverteilung innerhalb des Netzwerks, die auf der ungleichen Verteilung von Kompetenzen bzw. (kulturellem) Kapital beruht.

Ein Netzwerkvertreter schildert, mit welchen Handlungsschritten das Kompetenz- und Kapitalgefälle unter den Mitglieder ausgeglichen werden soll: Trainings. Die Verfahrensregeln müssen von allen Mitglieder erlernt werden („you have to learn the organisational“), denn erst das Beherrschen dieser Regeln versetzt die Akteure in die Lage, kompetent den umfassenden Nutzen aus der Netzwerkarbeit zu erzielen.

“all what I understand, why procedures are important, you want to put something on the agenda, you learn the organisational, how it works but some people don’t have that, not everyone can understand immediately how can you really make the best use of a network, how you have to speak in a General Assembly, how you make an amendment to a common position and all this are particular types of skills. What I do for example now, is training for the new members but not to explain them the EU Social Policy, but to just tell them, how you make an amendment. Just to make, you know, they miss [unverständlich] because you shouldn’t take it for granted that the people know how to speak in a meeting, why are minutes important (...), but that’s again skills (...), the smaller organisations, they don’t use this instruments while the others just all the times check what they have to check” (C 1, S. 22, 23-45).

Es verdeutlichen sich weitere Regeln der europäischen Netzwerkarbeit: Um die Netzwerkarbeit gezielt zu gestalten, muss „man“ wissen, wie man sich in einer Vollversammlung artikuliert, wie man im Netzwerk Änderungsanträge formuliert, wie man die Protokolle für sich nutzt – dies alles sind „particular kind of skills.“ Um dieses Wissen herzustellen und

die ungleiche Verteilung zu bearbeiten (und nicht ein gleiche Verteilung von vorneherein anzunehmen), entwickelt das Netzwerk interne Trainings für neue Mitglieder zur Vermittlung der Regeln, Routinen und Rituale. Die Prävention und Einsozialisierung in die Gepflogenheiten orientiert sich an den Erfordernissen, die aus dem Feld (hier: das Netzwerk) entstehen und Handlungsschemata implizit produzieren. Die „Trainings“ zielen darauf ab, die vergleichsweise mangelhafte Ausstattung mit Informations-, Organisations- und kulturellem Kapital auszugleichen und von ihrer Struktur her zu verbessern.

Dennoch kann die mangelnde Kapital-Ausstattung positiv gewendet werden, denn in der Irritation der Normalitätsvorstellung und im „Abweichen“ von Regeln liegt insbesondere für kapitalschwächere Mitglieder die Chance, für die eigenen Anliegen eine erhöhte Aufmerksamkeit im Netzwerk herzustellen und zu erlangen

„(...) dass es dann manchmal in Sitzungen den Eindruck erwecken würde, dass die klassischen großen Netzwerke, die mit ihrem Büro gut ausgestattet sind, und die hier einfach ihre Sitzungen alle abhandeln, das so ein bisschen belächeln, wenn dann jemand so aus einem ganz anderen Kontext kommt.“

„Ja, er muss natürlich zur rechten Zeit das Richtige sagen.“

„Das ist nicht immer so einfach.“

„Das stimmt, wenn Sie gerade irgendeine theoretische Diskussion führen, eine strukturelle Diskussion, und dann kommt irgendein Wort, wo jetzt der Betroffene auf einmal wach wird und sagt, das bin ich und dann loslegt, das passt gar nicht in die Diskussion rein, dann sagt man, kann er denn nicht bald aufhören, ja, häufig melden sie sich dann zu einem völlig irrelevanten Zeitpunkt. Und so ist es, wie ich es erlebt habe, genau richtig, so als Gegenpol, das muss man lernen, das ist nicht so leicht. Das ist dann natürlich so, dass man so ein Gespür hat, so, jetzt reinhauen und wenn man das richtig macht, dann kann man auch Eindruck machen, da kann man auch was bewirken“ (C 3, S. 15, 21-43).

Zunächst wird die bereits skizzierte Normalitätserwartung in Netzwerken vom Interviewer aufgegriffen und von diesem Befragten ebenfalls bestätigt („Man muss natürlich zur rechten Zeit das Richtige sagen“). Darin zeigt sich die Selbstverständlichkeit dieses Handlungsimperativs sowie die Anforderungen: Zeit und die Wahl des Inhalts sind entscheidend, um „regelkonform“ in den zivilgesellschaftlichen Netzwerken zu agieren. Wenn z.B. ein Vertreter einer Organisation, der zugleich Betroffener ist, „wach wird“ und ohne Rücksicht auf diese Regeln „loslegt“, löst dieses Verhalten Abwehrreaktionen bei anderen Netzwerkmitgliedern aus. Dennoch wendet der Befragte diese Regelmisachtung positiv, da das als nonkonform interpretierte Verhalten als notwendiger „Gegenpol“ zu den eingespielten Spielen im Netzwerk konzipiert wird. Denn auch die Entwicklung des „Gespürs“ für das Spiel, um an geeigneten Stellen die eigene Position zu artikulieren und „reinzuhauen,“ setzt eine Anerkennung des Spiels voraus. Diese Kompetenz entzieht sich der Abwertung und kann als spezifisches Agieren, als Spielstrategie im Netzwerk durchaus Einfluss erlan-

gen („bewirken“). Die ungleiche Verteilung von Kapital und Kompetenzen wird hier für den „schwächeren Spieler“ positiv gewendet, er „blufft“ mit einem vergleichsweise schlechteren Spiel-Blatt, erreicht aber dennoch sein Ziel. Dessen ungeachtet muss berücksichtigt werden, dass dies sicherlich nicht vielen der Akteure in der Form gelingt, da die Mehrheit der Mitglieder dieses Verhalten von Minderheiten zu unterbinden suchen wird.

Anekdotisch soll hier auf eine Sequenz eingegangen werden, in der die Existenz von „Eintrittsbarrieren“ im Feld verneint wird und als wesentliches Kriterium für eine gelingende Netzwerkarbeit die Kommunikativität betont wird. Das Beherrschen des „Sprachspiels“ wird gegenüber förmlichen Barrieren als notwendig erachtet.

„wir müssen kommunikativ sein. Es gibt hier keine Ordnung in dem Sinne, also ich meine, sagen wir mal so, also hier in der Kommission, wenn Sie in die Kommission gehen oder zum WSA gehen, ich würde denn schon, da mit dem Norwegerpullover und mit Jesuslatschen, würde ich nicht vorschlagen. Aber im Grunde genommen macht's nichts, aber ich will ja etwas erreichen, aber das ist auch nur der erste Eindruck. Hier, meine lieben Kollegen nebenan (...), die pflegen ja ihre Cordhosen und alles, das ist ja wunderschön, ich auch, aber ich muss die nicht immer haben. Wenn ich in die Kommission hier reingehe, ich merke es ja, wenn einer so rein kommt, dann fragt der nach und wenn ich reinkomme, dann laufe ich da einfach durch. Es erleichtert, bis ich anfang zu reden, dann ist es egal, aber es gibt keine förmlichen Barrieren, also, bewusst förmliche“ (C 3, S. 14, 12-23).

Dennoch zeigt diese Äußerung, dass in dieser Sicht die Inhalte als wesentliches Kriterium gesetzt werden, um im Feld zu bestehen, aber offenbar durchaus „Barrieren“ oder Wahrnehmungsmuster existieren, die auf „Regeln“ hinweisen. Exemplarisch geschildert an der „Pforte der Kommission“ erleichtert eine gewisse Form der Kleidung das Eintreten in „das politische Feld“ – auch wenn Inhalte im Vordergrund stehen, „Jesuslatschen“ und „Norwegerpullis“ erweisen sich nicht unbedingt als Türöffner. Inwieweit diese Kleidungsetikette an der Pforte der Kommission auf einen symbolischen Eintritt und Zutritt in das Feld verweisen könnte, bleibt hier offen. Die Anforderung „wir müssen kommunikativ sein“ verdeutlicht, dass kommunikative Kompetenz als in dem Feld unhintergebar betrachtet werden.

Die Perspektive auf die Regeln im Feld verdeutlicht die Existenz eines Feldes, das ein bestimmtes Wissen und damit ein umfangreiches kulturelles Kapital der Akteure voraussetzt. Dabei zeigt sich, dass nicht alle Netzwerke und NGOs die gleichen Professionalisierungsphasen durchlaufen haben bzw. mit dem gleichen Startkapital ausgestattet sind. Diese Ungleichheit mündet in Kämpfen zwischen Akteuren, die ein hohes kulturelles Kapital aufweisen und den „Unwissenden“ des Felds.

Deutlich wird gleichsam, dass soziale Kompetenzen wie Reflexionsbereitschaft, Kontaktfähigkeit, Kommunikationsbereitschaft und Toleranz im europäischen Netzwerkmanagement zu Schlüsselqualifikationen werden (Frantz 2005, S. 191). Allein durch diese Schlüsselkompetenzen können die Konflikte im Kompetenz- und Machtbereich z.B. am neuralgischen Punkt von ehrenamtlichem und hauptamtlichem Personal bearbeitet werden (vgl. Schwarz 2005, S. 136). Darüber hinaus verdeutlicht sich, dass eine Streitkultur und systematische „interne Verhandlungs- und Reflexionssysteme“ notwendig erscheinen, um die Aushandlung der Konflikte und Widersprüche zu institutionalisieren (vgl. Zauner/Simsa 1997, S. 341f.; Kap. 3.3.5).

Ferner deutet sich im Feld an einigen Stellen offenbar die Überlegung an, die Kapitalunterschiede durch kompensierende Schritte aufzufangen. Trainings für Mitglieder mit dem Ziel, eine (kulturelle) Kapitalakkumulation nachträglich zu ermöglichen, stellen eine demokratisierende und ungleichheitsregulierende Umsetzung dar.

7.4.6 „Visibility muss sein“ – symbolisches Kapital

Die bereits dargestellten Wahrnehmungen von Europa und den europäischen Netzwerken deuten auf eine Vielzahl das Feld beeinflussender und strukturierender Prozesse hin; neben der Form des Zusammenschlusses und der Kooperation zwischen Netzwerken unterliegen die Netzwerke dem feldimmanenten Zwang, sich voneinander abzugrenzen, um *sichtbar* zu werden und damit symbolisches Kapital zu erlangen. Diese Sichtbarkeit und Profilierung setzt zum einen Ressourcen (Kapital) innerhalb der Netzwerke voraus, zum anderen wird im Zuge des Herstellungsprozesses von „Präsenz im Feld“ diese selbst zu einer Voraussetzung, um symbolisches Kapital zu erlangen. Nach Bourdieu stellt das symbolische Kapital in Form von Prestige und Autorität nur die unkenntlich gemachte und damit offiziell anerkenbare Form der anderen Kapitalsorten dar (vgl. Bourdieu 1979, S. 353; Kap. 5.2), die auf der Form des Kennens und Anerkennens basiert. Die Bedeutung dieses Kapitals für die europäischen Netzwerke zeigt sich in der notwendigen Hervorhebung bzw. *visibility* im Feld.

„Also es ist das hab ich ja schon gesagt, eine Profilbildung nach außen ist ja denke ich wichtig, dass man da auch sichtbar bleibt, also die bekannte Visibility muss ja nun immer sein“ (B 3, S. 8, 44-46).

„Sie versuchen natürlich, sie müssen ja auch im Kreis der Netzwerke sich auch hervorheben und müssen eine gewisse eigene Identität zeigen“ (B 3, S. 7, 21-26).

Der Interviewte unterstreicht mit beiden Äußerungen die Selbstverständlichkeit der notwendigen Profilbildung von Netzwerken und der damit verknüpften Sichtbarkeit.³¹¹ Die von dem Netzwerk erbrachte Profilbildung nach Außen hin wird als „wichtig“ eingeschätzt und als unvermeidlich wahrgenommen („muss ja nun sein“). Die Akzeptanz der Gegebenheiten offenbart die Existenz von Voraussetzungen und Regeln, die Netzwerke in diesem „Spiel“ zu erfüllen haben, um als Spielpartner oder -gegner anerkannt zu werden. Nähert man sich dem Ausdruck „Profil“³¹² von seiner Wortherkunft her, so wird offenkundig, dass die Anforderungen einer „Profilentwicklung“ von Netzwerken in diesen Äußerungen zunächst auf einer symbolischen Ebene verbleiben: Im Fokus des Interesses an dem Profil stehen zunächst nicht die Inhalte, die eine Identität und Eigenheit ermöglichen, sondern im Vordergrund steht vorerst die „Umrisslinie“ mit ihrer abgrenzenden Funktion nach Außen hin. Das Profil und die Hervorhebung entsteht auf umgekehrte Art und Weise: Eine Linie als Differenzierungsinstrument grenzt eine Fläche von der anderen ab, konstruiert „Flächen“ und lässt sie hervortreten und erkennbar werden. Diese ver-äußerlichte Bedeutung des Profils konterkariert die Wortbedeutung von „profiliert“ im Sinne von markanter und ausgeprägter persönlicher Eigenart, denn woraus die Eigenart begründet und abgeleitet wird, bleibt zunächst offen. Es würde sich daraus schlussfolgern lassen, dass die Visibility – verstanden als Sichtbarkeit von Netzwerken sowie die Sicht auf die Netzwerke bzw. die Möglichkeit, diese zu sehen - als bedeutsame Operation und Wahrnehmungskategorie zur Feldorientierung und Positionierung von (einzelnen) Akteuren angewandt wird. Diese Operation kann sich von verschiedenen Beobachterstandpunkten vollzogen werden: Von Netzwerkakteuren untereinander, von nationalen Organisationen,³¹³ die ihren Blick nach Brüssel richten sowie von politischen Institutionen in Europa. Gelingt diese Operation oder

³¹¹ Die Sequenz ist in eine Textpassage eingebettet, die die Frage nach dem Leitbild eines Netzwerks beantwortet.

³¹² Zum Begriff „Profil“ aus etymologischer Sicht: Seitenansicht, Umriss; zurückgehend auf ital. *profilio/profilare*: mit einem Strich oder einer Linie um Umriss zeichnen. Profiliert meint im übertragenden Sinne: markant, von ausgeprägter persönlicher Eigenart“ (vgl. Der DUDEN, Band 7).

³¹³ Vgl. dazu ein nationales Mitglied: „Man will als ORGANISATION (...) zumindest sichtbar sein auf europäischer oder internationaler Ebene“ (B 14, S. 6, 18-20).

beweist ihre Gültigkeit, reproduziert sie zugleich die Voraussetzungen für erlebbare Zwänge im Feld, die Netzwerke dazu anhalten, weiterhin in die Visibility des eigenen Netzwerks zu investieren. Gleichwohl ist anzunehmen, dass für die Herstellung des symbolischen Kapitals eine umfangreiche Kapitalausstattung Voraussetzung ist.

Als Instrument zur Herstellung des gefragten Guts „Sichtbarkeit“ können u.a. Leitbilder oder „visions“ dienen. Betrachtet man Leitbildentwicklungen in Bezug auf Netzwerke (vgl. Lauer 2005), so wird deutlich, dass die Entwicklung eines Leitbilds nicht allein interne Funktion im Sinne einer „Governance“ aufweist, sondern zugleich das Profil nach außen hin unterstreicht und als Unterscheidung im kreativen Chaos für den Außen-Betrachter ermöglicht und markiert. Dies zeigt die oben angeführte zweite Sequenz, die als Kontext der Differenzierungsstrategien einen „Kreis von Netzwerken“ voraussetzt.

In der angesprochenen Figur eines Kreises von Netzwerken liegt die Assoziation einer geschlossenen Form nahe, innerhalb deren die Handlungen auf einer Art Konsens beruhen, die den „Kreis“ erst entstehen lassen. Daran anknüpfend verbindet sich mit dem Bild eines Kreises eine innere Strukturhomologie gemeinsam geteilter Eigenschaften oder Vorstellungen, die kooperative Handlungsorientierungen der Angehörigen des Kreises nahe legen. Desgleichen etabliert der Kreis in seiner geschlossenen Form eine Grenze zu denjenigen, die dem „Kreis“ nicht angehören³¹⁴ und schafft mit dem Zugehörigkeitskriterium Exklusion sowie Exklusivität.

Dennoch zeigt die Äußerung, dass der homologe Kreis durchaus von Kämpfen bestimmt ist, denn die „Gleichheit“ der Kreis-Zugehörigen wird von Differenzierungsprozessen durchzogen: Man muss sich in diesem Kreis „hervorheben“, sich abheben, sich unterscheiden und sich präsentieren. Die Netzwerkidentität muss nicht nur entwickelt, sondern auch „gezeigt“, dargestellt und inszeniert werden. Diesem expressionistischen Vorgang gehen interne Abgrenzungsstrategien voraus, die dem Aufbau des Profils dienen. Es bleibt zu überprüfen, inwiefern diesen Abgrenzungsstrategien konkurrente Strukturen zugrunde liegen, die sich aus der Konkurrenz um bestimmte „Güter“ bzw. Kapitalien ergeben. Der folgende Passus weist auf mögliche Güter hin:

³¹⁴ Aus der etymologischen Betrachtung zeigt sich, dass das Wort Kreis aus dem mhd. bzw. ahd. stammt und ursprünglich aus dem magisch-religiösen Bereich hervorging (Zauberkreis). Ebenso folgt als Bedeutung daraufhin der Begriff „abgegrenzter Kampfplatz“, sowie Gebiet. Die aus dem niederländisch stammende „krijt“ bezog sich auf eine eingeritzte Linie, die u.a. einen Kampf- oder Spielplatz markierte, der nicht unbedingt „kreisrund“ war (vgl. Der DUDEN, Band 7).

„also im Recyclingbereich, dass da eben versucht wird dann eben Pfründe zu sichern, damit eben Unternehmen oder Beschäftigungsgesellschaften oder Werkstätten, also all die die Einrichtungen im Bereich der Reha, dass die dann was vom Kuchen abbekommen und da ist es halt wichtig, sowohl auf NGO-Level, dass nach außen hin ein schärferes Profil gezeichnet werden sollte“ (B 19, S. 10, 37).

Für ein Subfeld wird eine konkurrenente Situation beschrieben, in der die Akteure versuchen „ihre Pfründe zu sichern“, sich also bestimmte Anteile und Einkünfte zu beschaffen³¹⁵, die das Netzwerk versorgen und bereichern. Die Redewendungen „Pfründe sichern“ sowie „was vom Kuchen abbekommen“ implizieren einen Wettstreit um finanzielle Mittel, deren auszufeuchtende Verteilung eine Konkurrenz um ökonomisches Kapital nach sich zieht. Um sich in diesem Konkurrenzkampf erfolgreich zu positionieren, braucht es aus der Sicht des Befragten ein „schärferes Profil.“

Das symbolische Kapital der europäischen Netzwerke stellt auch in diesem Feld eine bedeutsame Kapitalsorte dar, die auf die konkurrenten Strukturen des Felds verweist. Bourdieu begründet die Transformationsarbeit des symbolischen Kapitals mit der Verschleierung des ökonomischen Kapitals, das dem symbolischen Kapital zugrunde liegt. Dies bestätigt sich durch das Beispiel des Kampfes um „Pfründe“, der mit Hilfe des symbolischen Kapitals ausgefochten wird. Insofern kommt dem symbolischen Kapital ein hoher Stellenwert im Kontext der Wettbewerbsstrategien europäischer Netzwerke zu.

7.4.7 Zwischenresümee II: Von Kapital-Kombinationen und Kompensationen

Im Feld der europäischen Netzwerke sind für das „Spiel“ verschiedene Kapitalsorten bedeutsam. Sie werden miteinander kombiniert und flexibel von den Akteuren zum Einsatz gebracht. Dabei fällt die Verschränkung des Mitglieder- und Realisationssystems der Netzwerke in den Blick, die exemplarisch für die Verschränkung und Dialektik von nationalem und transnationalem Kapital betrachtet werden kann. Der Begriff der Kapitalsorten ermöglicht dabei, die ungleiche Verteilungsstruktur der Netzwerke im Feld sowie in den Netzwerken in der Dialektik von nationaler und transnationaler Ebene mitzudenken. Neben den Transfermöglichkeiten des Kapitals zeigen die Ergebnisse, dass mangelndes Kapital durch andere Kapitalsorten ausgeglichen bzw. kompensiert werden kann. Dabei verdeutli-

³¹⁵ Pfründe: Die Bezeichnung für ein mit Einkünften verbundenes Kirchenamt, entlehnt aus lat. providere „versorgen“ und mlat provenda „Reichtum“. Wird heute im übertragenen Sinne als „gute Einnahmequelle“ verwendet, vgl. Der DUDEN Band 7.

chen die spezifischen Ausprägungen der Kapitalsorten die Existenz eines geschlossenen und relativ autonomen Felds, das von Konkurrenz und Kooperation gekennzeichnet ist.

(1) Für die europäischen Netzwerkakteure bleibt das **ökonomische Kapital** wesentliche Voraussetzung, um in dem kostenintensiven Feld der europäischen Interessenvertretung zu bestehen. Das ökonomische Kapital manifestiert als allgemeine Ressource zu einem erheblichen Umfang die *Machtposition* der Akteure im Feld.

Auf der *Ebene des Realisationssystems* des Netzwerks determiniert die infrastrukturelle Ausstattung sowie die Möglichkeit, hauptamtliches Personal in einem Büro zu beschäftigen, in umfassendem Maße die europäische Netzwerkarbeit, wie die vorangegangenen Ergebnisse zeigen. Dies wird insbesondere an kleineren Netzwerken deutlich, die z.B. aus der Grasroot-Bewegung entstanden, auf ehrenamtlichen Strukturen basieren und damit über keine adäquate Infrastruktur verfügen, um in dem transnationalen Feld die Voraussetzungen zu finanzieren, die für ein erfolgreiches Standing im Feld notwendig werden.

Dabei beeinflusst die *Art* des ökonomischen Kapitals die Position im Feld: Eigenes ökonomisches Kapital z.B. durch ökonomisch starke Mitgliedsorganisationen bedeutet Autonomie von begrenzten Förderzeiträumen und Kooperation mit Financiers und Förderern. Die Unabhängigkeit kann allerdings auch eine exponierte, aber isolierte Position in Bezug auf das politische Feld implizieren. Dies steht im Zusammenhang mit der Herausbildung von Zentren und Peripherien im Feld, die mit der ökonomischen Kapitalakkumulation verknüpft sind. Da sich die europäischen Netzwerke um die Kommission herum gruppieren, entstehen Subfelder von geförderten Netzwerken. Die Finanzierung öffnet den Weg zu weiteren Kapitalakkumulationen, da die Akteure ein feldübergreifendes Sozialkapital und kulturelles Kapital in Form von unmittelbaren Informationen aufbauen können. Insofern versuchen die kommissionsnahen Netzwerke, ihre Nähe zum politischen Feld als eine zentrale und mächtige Position im zivilgesellschaftlichen Feld zu konvertieren.

Allerdings können unterfinanzierte europäische Netzwerke den Kapitalmangel – fernab von der Akquise ökonomischer Ressourcen – kompensieren. Auf der *Ebene der Netzwerkkoordination* kann das Investieren in die Pflege des sozialen Kapitals eine nachhaltig erfolgreiche Strategie im Feld darstellen. Dies impliziert, weitere Kooperationen einzugehen oder sich „gut“ positionierten Netzwerken anzuschließen. Die Vernetzung der Netzwerke ermöglicht es, an Informationen und Beziehungen zu partizipieren. Darüber hinaus kann ein ökonomisches Defizit durch die Expertisekompetenz eines Netzwerks kompensiert

werden: Aufgrund der Expertise-Funktion europäischer Netzwerke kann kulturelles Kapital – als Wissensbestände in spezifischen Themengebieten – zu einer günstigen und exklusiven Positionierung im Feld führen. Darüber hinaus kann eine Kompensation über einzelne *Personen* oder Mitglieder des Netzwerks erreicht werden, die eine besonders charismatische Kapitalausstattung (soziales Kapital) oder spezifisches kulturelles Kapital in Form von Wissen mit in die europäische Netzwerkarbeit einbringen und dem Netzwerk zur Verfügung stellen.

Die ökonomische Kapitalausstattung beeinflusst ferner die Ebene des *Mitgliedersystems* und wirkt auf die Positionen der Mitglieder im Netzwerk zurück. Mitglieder, die über ein hohes Eigenkapital verfügen, können an der Netzwerkarbeit regelmäßig teilnehmen und damit verstärkt in die Arbeit hineinwirken und ihre Position im Netzwerk etablieren. Dies kann sogar dazu führen, dass „reiche“ Mitglieder beginnen, das Netzwerk zu dominieren, wie in Kapitel 7.6.2 verdeutlicht wird. Wenn wohlhabende Organisationen nicht ursächlich auf das Netzwerk verwiesen sind und die Mitgliedschaft als strategische Ergänzung eigener Zugänge angelegt ist, kann eine kritische Distanz und Unabhängigkeit zum europäischen Netzwerk bewahrt werden. Zugleich agieren auch wohlhabende Mitglieder vorsichtig bei der Investition in die europäische Netzwerkarbeit, da sie auf nationaler Ebene noch immer legitimierungsbedürftig ist. Dies beeinflusst wiederum die Netzwerke im Feld: In Brüssel entsteht daraufhin ein gemeinsamer Leidensdruck und Solidarisierung unter den Akteuren, da sie „zu Hause“ nicht verstanden werden, sondern ihnen unterstellt wird, „sie schwimmen hier nur in Cocktails“ (D 2, S. 2). Die quantitative Studie zeigte außerdem, dass nur ein geringer Teil der Gesamtbudgets der Organisationen Sozialer Arbeit für europäische Arbeitszusammenhänge investiert wird.

Mitgliedsorganisationen mit geringem ökonomischem Kapital können ihre Mitgliedschaft häufig nur aus der Ferne wahrnehmen, da sie an Netzwerk-Treffen oder Arbeitsgruppen erst gar nicht partizipieren können. Dies wiederum erschwert den Aufbau weiterer Kapitalsorten im Feld bzw. im Netzwerk selbst. Manche Netzwerke berücksichtigen diese Tatsache bei der Planung von Netzwerk-Treffen, die sie in verschiedene Länder verlagern oder die Mitglieder für die Reisen finanziell unterstützen.

In den transnationalen Netzwerken verbindet sich das ökonomische Kapital der nationalen Mitglieder mit europäisch-akquiriertem Kapital: Die Netzwerke finanzieren sich zum Teil

über europäische Mittel sowie über Mitgliedsbeiträge, die zum Teil recht hoch ausfallen³¹⁶ und eine Einnahmequelle für die Netzwerke darstellen. Mitgliederbindung bzw. Kundenbindung bedeutet damit auch Zugang zum ökonomischen Kapital der Mitglieder. Für die Mitglieder ergibt sich gleichfalls ein Nutzen: Wie die quantitative Befragung zeigte, verbinden (auch ressourcenstarke) deutsche Organisationen mit der Mitgliedschaft ein instrumentelles Interesse an einem verbesserten Zugang zu Fördermitteln. Die nationalen Mitglieder erhoffen sich einen Zuwachs ihres ökonomischen Kapitals. Ferner ermöglichen die Netzwerke, das ökonomisch schwache Kapital der Mitglieder mit sozialem oder kulturellem (Informations-) Kapital zu kompensieren. Der Einsatz von nationalem sozialem Kapital kann ebenso wie das transnationale soziale Kapital des Netzwerks Beziehungen zum politischen Feld eröffnen und die Chance erhöhen, ökonomisches Kapital zu akkumulieren oder auf der Grundlage der anderen Kapitalsorten die Position zu optimieren. Darüber hinaus kann die Zugehörigkeit zu verschiedenen Gruppen (auch aus dem nationalen Kontext) im Feld zum Einsatz gebracht werden, sei es auf der Basis nutzbringender Beziehungen oder in der symbolischen Kapitalform durch Prestige oder Autorität.

(2) Die Ergebnisse zeigten ferner, dass **soziales Kapital** im Feld als eine allgemeine und spezifische Ressource im Sinne transnationaler *Kompetenz* wirksam wird. Die europäischen Netzwerke stellen durch ihr komplexes Kooperationsgefüge mit einer Vielzahl an Akteuren Sozialkapitalisten dar.³¹⁷ Als zivilgesellschaftliche Repräsentanten der Bürger Europas vereinen sie die „Stimmen“ vieler Organisationen aus europäischen Ländern. Sie vertreten Interessen ihrer Mitglieder bzw. die Interessen derjenigen, für die sie ihre Stimme advokatorisch erheben. Dies verleiht den europäischen Netzwerken, wie allen zivilgesellschaftlichen Organisationen, Prestige und damit symbolisches Kapital, das sie gleichsam schützt und ihr Standing in Bezug auf das politische Feld erhöht. Die europäischen Netzwerke kämpfen und kooperieren mit den politischen Akteuren um die Ausrichtung europäischer Politik und können als Akteure im europäischen Feld der Macht betrachtet werden,

³¹⁶ Die Mitgliedsbeiträge wurden in der Befragung nicht systematisch erhoben. In den Interviews wurde deutlich, dass die meisten europäischen Netzwerke eine Staffelung der Beiträge vornehmen, die sich z.B. an der Größe einer Organisation oder deren Mitglieder bemessen kann. Die Jahresbeiträge können sich daher zwischen Beiträgen von 500€ bis zu 35.000€ belaufen (vgl. B 17, S. 1, 29ff.; B 10, S. 11, 22ff.).

³¹⁷ Die Social Platform definiert sich über ihre Repräsentationsfunktion: “The members of the Social Platform represent thousands of organisations, associations and other voluntary groups at local, regional, national and European level representing the interests of a wide range of civil society” (<http://www.socialplatform.org/AboutUs.asp?DocID=8144>).

wenngleich ihnen – aus politologischer Sicht – ein vergleichbar schwaches Standing in der europäischen Interessenvertretung zukommt.

Die Netzwerke erhöhen auf der *Ebene des Realisationssystems* ihr soziales Kapital durch immer neue Kooperationen und Beziehungsnetze, sei es feldintern oder feldübergreifend. Sie etablieren förderliche Beziehungssysteme der Ämterkumulation und der Personalfluktu-ation. Darüber hinaus erlangen einige Netzwerke auf der Grundlage des sozialen Kapitals Prestige und Autorität im Feld, wobei diese exponierte Rolle durch das Vertrauen zwischen den Akteuren eingeschränkt und reguliert wird.

Verfügen europäische Netzwerke über ein geringes soziales Kapital im Feld, kann dies zu einer „isolierten“ Position führen. Wie die dargestellten Sequenzen verdeutlichen, genügt nicht allein eine ökonomisch solide Ausstattung, um z.B. an der Bildung neuer Plattformen beteiligt zu werden. Viel entscheidender scheinen sich dagegen die Beziehungen zur Kommission vorteilhaft auszuwirken. Hieran offenbart sich der Einfluss der politischen Akteure, die das Feld auf diese Weise mitstrukturieren. Sie verleihen ausgewählten Akteu-ren eine „Weihe“ und drängen zugleich andere Netzwerke durch die Nicht-Anerkennung in die Peripherie des Felds. Diese Umverteilung von bestehenden Positionen wird ferner da-durch verstärkt, dass Mitglieder den Positionsverlust des eigenen Netzwerks durch einen „Anbieterwechsel“ kompensieren und ihre Mitgliedschaft in dem geschwächten Netzwerk zugunsten einer Mitgliedschaft in einem „starken“ Netzwerk aufgeben. Diese Fluktuation des sozialen Kapitals schwächt bzw. stärkt Netzwerke. Insofern erscheint es notwendig, das soziale Kapital mit seinen spezifischen Facetten insgesamt kontinuierlich zu pflegen und ständigen „Verjüngungskuren“ zu unterziehen, um von aktuellen Feldprozessen nicht ausgeschlossen zu werden.

Die Ausbildung von feldübergreifenden sowie feldinternen Vernetzungen und Kooperatio-nen stellt eine bedeutsame Kompensationsstrategie im Feld dar. Die Mitgliedschaft in an-deren Kooperationen wird selbst zum Kapital, da sich die Beziehungsnetze und Zugehö-rigkeitskonstruktionen formell wie informell multiplizieren. Zugleich bildet sich trotz be-stehender Konkurrenzen zwischen den Akteuren Vertrauen aus.

Die engen Beziehungsgeflechte ermöglichen allen Mitgliedern zugleich einen Zuwachs an kulturellem Kapital, da die transnationalen Beziehungsnetze neben weitreichender Infor-mationsvermittlung Reflexion und gegenseitiges Lernen auf Dauer stellen. Allerdings pro-duzieren neue Kooperationen und Plattformen nicht allein Inklusions- sondern auch Exklu-sionsprozesse: Die Entstehung neuer Akteure kann bestehende Konkurrenzen verschärfen und neue Konkurrenzen evozieren. Dennoch kann der inkludierenden Funktion des sozia-

len Kapitals eine hohe Bedeutung zugesprochen werden. Die Beziehungen beruhen auf kommunikativer Verständigung und gegenseitigem Vertrauen. Das soziale Kapital *kann* die nach Grande/Beck notwendige Anerkennung des Anderen als verschieden *und* gleich unterstützen und darüber hinaus eine ***transnational-reflektierte Kompetenz*** generieren.

Das national erworbene soziale Kapital bleibt auf der *Ebene des Mitgliedssystems* relevant, da es eine gewisse Unabhängigkeit der Mitglieder garantiert. Die Mitglieder können eigene Kontakte nutzen oder der Netzwerkkoordination ihr soziales Kapital zur Verfügung stellen, um im Gegenzug von dem transnationalen Kapital des Netzwerks zu profitieren. Sie bringen ihr nationales Kapital mit in das europäische Feld ein, ohne sich gänzlich auf das nationale erworbene Sozialkapital verlassen zu können. Wie dargestellt, können sich Beziehungsnetze entlang der nationalen Zugehörigkeit der Mitglieder entfalten, die für das Netzwerk im Gesamten nutzbringend eingesetzt werden können. Zugleich profitieren die Mitglieder von dem transnational-erworbenen sozialen Kapital des Netzwerks, das sie sich nicht selbst erarbeiten müssen, sondern ihnen qua Mitgliedschaft offen steht. Die Mitgliedsorganisationen stellen darüber hinaus kritische Instanzen dar, die das transnationale Beziehungsgeflecht auf die Gefahren von Instrumentalisierung und Kooptation hin kritisch reflektieren. In diesem Kontext kann sich das spezifische Erfahrungswissen z.B. von deutschen Mitgliedern konstruktiv auswirken: Auf der Grundlage des korporatistischen Gefüges blicken deutsche Akteure auf eine lange Tradition von Beziehungen zwischen zivilgesellschaftlichen und politischen Akteuren zurück, die der reflexiven Auseinandersetzung unterzogen wurden (vgl. Kap. 6). Diese Erfahrungen und diese Perspektive können in die Netzwerkarbeit einfließen. Am Beispiel der osteuropäischen Organisationen zeigt sich jedoch, dass Organisationen aus Ländern ohne solch ausgeprägte Traditionen ebenso bedeutungsvolle Erfahrungen und Traditionen mit auf die europäische Ebene bringen können.³¹⁸

Demgegenüber nivellieren sich in den Netzwerken nationale Besonderheiten insofern, als das Feld des Brüsseler „cocktail circuit“ eigene Regeln, ein „specialistic talking“³¹⁹ und eigene Logiken entwickelt. Das „who is who“ des Felds, der Aufbau von nutzbringenden Beziehungen und die Genese von Zugehörigkeiten führt zu der Konstruktion einer Grenze, die auf der Grundlage der Handlungspraktiken generiert werden. Diese Prozesse, die auch

³¹⁸ Die Befragung von Organisationen in mittel- und osteuropäischen Ländern zeigte, dass die Akteure ihre Netzwerkarbeit mit einer Art Europa-Euphorie begannen, die nunmehr einer Ernüchterung wich. Dabei fällt es den MOE-Akteuren auf dem Hintergrund der Regimeerfahrungen insbesondere schwer, die Nähe zu den politischen Institutionen zu akzeptieren (vgl. Stauf/Lauer/Hamburger 2007).

³¹⁹ Vgl. ebd., S. 15. Ein weiterer Befragter beschreibt die Szene in Brüssel als durch eine unzugängliche Sprache gekennzeichnet (vgl. D 1).

in Kapitel 3 geschildert wurden, verweisen auf die Schließungstendenzen der NGO-Elite in Brüssel, die ihre spezifischen und transnational-ausgerichteten Kapitalsorten im Feld generieren und verteidigen.

Ob das soziale Kapital den „royal flash“ im Feld darstellt, kann in diesem Kontext nicht abschließend beantwortet werden, da die Begriffe des Kapitals allein als Analyse-Instrument verwandt und keine „Feld-Analyse“ durchgeführt wurde. Festzuhalten bleibt, dass die umfassende Sozialkapitalarbeit zur Ausbildung von Vertrauen zwischen den heterogenen Akteuren in und zwischen Netzwerken führt. Das Vertrauen in den Interaktionen erhöht die Chance eines reflexiven Netzwerkmanagements, das auf Kommunikativität und einer diskursorientierten Verständigung beruht. Dies impliziert eine anerkennungstheoretische Ausrichtung an Zivilität sowie die kritische Reflexion von Ungleichheiten und Konflikten. Es stellt eine notwendige Voraussetzung dar, um über Kompromisse auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner hinaus einen qualitativ-höherstufigen Konsens auszubilden. Ein solcher Konsens entsteht in der Kommunikation und impliziert die Bearbeitung des Spannungsfelds von Gemeinsamkeiten und Differenzen. Insofern kann die These gewagt werden, dass dem sozialen Kapital bei der Gestaltung eines „kosmopolitischen Europas“ (Grande/Beck 2004) Bedeutung beigemessen werden sollte.

(3) Ferner bildet das **kulturelle Kapital** bzw. das Informationskapital eine Grundlage für die Positionierung im Feld, da das *Wissen* eine bedeutsame Ressource darstellt. Darüber hinaus können Verbände und Organisationen objektivierte sowie institutionalisiertes kulturelles Kapital akkumulieren, das mit der jeweiligen Entstehungsgeschichte verknüpft ist. Wie dargestellt, wird dies auf der *Ebene des Netzwerks* anhand von Professionalisierungsprozessen deutlich, die europäische Netzwerke durchlaufen. Dabei sind diese Professionalisierungsprozesse auf die Anschlussfähigkeit an das politische System sowie auf das Management des transnationalen Mitgliedssystems hin ausgerichtet. In Bezug auf die politischen Institutionen wird auf der Grundlage einer organisatorischen Infrastruktur die Expertise gebündelt und durch die Funktion als Policy Maker in das europäische Geschehen transferiert. Dabei können spezifische Formen des kulturellen Kapitals wirksam werden wie z.B. die Zugehörigkeit des Netzwerks zu einer bekenntnisgebundenen Gruppe (z.B. kirchliche oder konfessionelle Netzwerke), die mit einer besonderen ideengeschichtlichen Tradition bereits institutionalisierten Charakter aufweist. Zugleich stellen die Netzwerke in ihrer Funktion als „boundary spanners“ Knotenpunkte dar, die das kulturelle Kapital ihrer

transnationalen Mitglieder grenzüberschreitend bündeln und zugleich neu konfigurieren. Es bildet sich ein spezifisches Feldwissen aus, auf dessen Grundlage sich europäische Karrieremuster sowie ein europäischer NGO-Habitus generieren können.

Die Möglichkeit, hauptamtliches Personal dauerhaft zu beschäftigen, stellt einen Garanten für die Ausbildung und Weiterentwicklung des kulturellen Kapitals dar.

Netzwerke mit geringem kulturellem Kapital versuchen dies zum einen durch die Pluralisierung ihrer Kooperationen zu kompensieren. Ferner können Netzwerke, die auf kein ideelles oder traditionelles Kapital zurückgreifen können, dies durch eine professionelle Netzwerkarbeit oder durch besonders nutzbringende Beziehungen zu politischen Akteuren ausgleichen.

Auf der *Mitgliederebene* wird das kulturelle Kapital und Wissen der Mitglieder in den Blick. Wie in Kapitel 6 dargestellt, verfügen die deutschen Organisationen Sozialer Arbeit als etablierte Fachorganisationen über ein ausgeprägtes kulturelles Kapital in Bezug auf ihre Fachlichkeit. Die deutschen Akteure verfügen über spezifische Wissensbestände und Definitionsmacht, die sie in die transnationalen Netzwerke einspeisen und partiell durchzusetzen suchen (vgl. Kap. 7.6). Inwieweit deutsche Verbandsvertreter durch ihre jeweiligen Karrieremuster besonders geeignet sind, um Funktionen in den transnationalen Netzwerken zu übernehmen, kann hier nicht beantwortet werden. Zu konstatieren bleibt, dass die gemeinsame Arbeit in den Netzwerken zu einer Horizonterweiterung des nationalen Feldwissens führt, da grenzüberschreitende Lernerfahrungen auf Dauer institutionalisiert werden. In den europäischen Netzwerken werden universalistische Geltungsansprüche *und* partikularistische Perspektiven dialektisch aufeinander bezogen. Dies fördert die Möglichkeit und Notwendigkeit von Verständigung in Kooperationen, die stets unabgeschlossen bleibt: „Gerade deshalb ist grenzüberschreitende Kooperation so nötig“ (Hamburger 2004, S. 194).

Darüber hinaus verfügen die deutschen Organisationen über ein ausgeprägtes Organisationskapital. Wenngleich sie Mitglieder in einem oder mehreren transnationalen Netzwerken sind, beziehen sich einige deutsche Organisationen auf ihre „gute“ Position im nationalen Kontext. Dies verdeutlicht, dass es Organisationen mit eigenem hohem Informationskapital u.U. schwerfallen kann, das eigene Kapital zugunsten des transnationalen Netzwerks zurückzustellen sowie die Eigenlogik des transnationalen Felds zu akzeptieren. Die deutschen Organisationen Sozialer Arbeit verfügen zumeist über ein hohes kulturelles Kapital in Bezug auf ihre Kompetenzen, das politische Feld zu bedienen. Das korporatistisch-

geprägte System der Freien Wohlfahrtspflege generiert dabei spezifische Handlungsorientierungen, die eher konsensual ausgerichtet sind. Politisierung und Skandalisierung dagegen treten eher zurück. Insofern wird die Zukunft zeigen, ob das aktuell eher pluralistisch geprägte System der europäischen Interessenvertretung eine Politisierung und Protestfähigkeit der zivilgesellschaftlichen Netzwerke begünstigt. Die Ausbildung einer transnationalen Öffentlichkeit und transnationaler zivilgesellschaftlicher Bewegungen wäre nicht nur für das transnationale, sondern auch für die nationalen zivilgesellschaftlichen Akteure ein großer Gewinn.

Dessen ungeachtet verdeutlicht die Verschränkung des Mitgliedssystems mit der Ebene der Netzwerkkoordination, dass gut ausgestattete Mitglieder das Netzwerkgeschehen mit ihrem kulturellen Kapital unterstützen können. Dabei müssen die Netzwerke die Gefahren der Dominanz durch starke Mitglieder beständig bearbeiten. Als Vorteil erweist sich das reflexive Kapital deutscher Organisationen, das sie den Netzwerken zur Verfügung stellen können (vgl. Kap 6.4).

Verfügen die Mitglieder über geringes kulturelles Kapital, können sie ihr mangelndes Informationskapital auf der Ebene ihrer Organisation durch das kulturelle Kapital einzelner Personen zu kompensieren suchen. Darüber hinaus versuchen europäische Netzwerke, die ungleiche Verteilung unter den Mitgliedern durch Trainings und Fortbildungen zu bearbeiten, um Feldwissen und habituelle Regeln zu vermitteln. Inwieweit dies ein erfolgreiches Modell zur Bearbeitung der ungleichen Verteilung darstellt, kann hier nicht beantwortet werden. Allerdings weist die Perspektive Bourdieus auf die Gefahr hin, dass sich die Ungleichheitsverhältnisse reproduzieren, da z.B. kleineren Netzwerkmitgliedern nicht die Ressourcen zur Verfügung stehen, um an den Trainings teilnehmen zu können.

(4) Transformieren die europäischen Netzwerke ihre Kapitalausstattung im Sinne einer „visibility“, können diese Prozesse mit dem Konzept des **symbolischen Kapitals** gefasst werden. Die Netzwerke erarbeiten sich auf der Grundlage der Kapitalgrundsorten **Prestige** im Feld, das für sich und unter bestimmten Bedingungen wirksam wird. Das symbolische Kapital kann seine Wirkung auch weiter entfalten, wenn die Kapitalgrundausrüstung des Netzwerks sich verändern sollte.

Auf der *Ebene der Netzwerke* wird das symbolische Kapital feldbezogen durch Begriffe wie „Standing“ und „Profil“ in den Äußerungen markiert. Für die Akteure stellt das symbolische Kapital ein hohes Gut dar, da es vor allem in Bezug auf das politische Feld seine Wirkung entfalten kann.

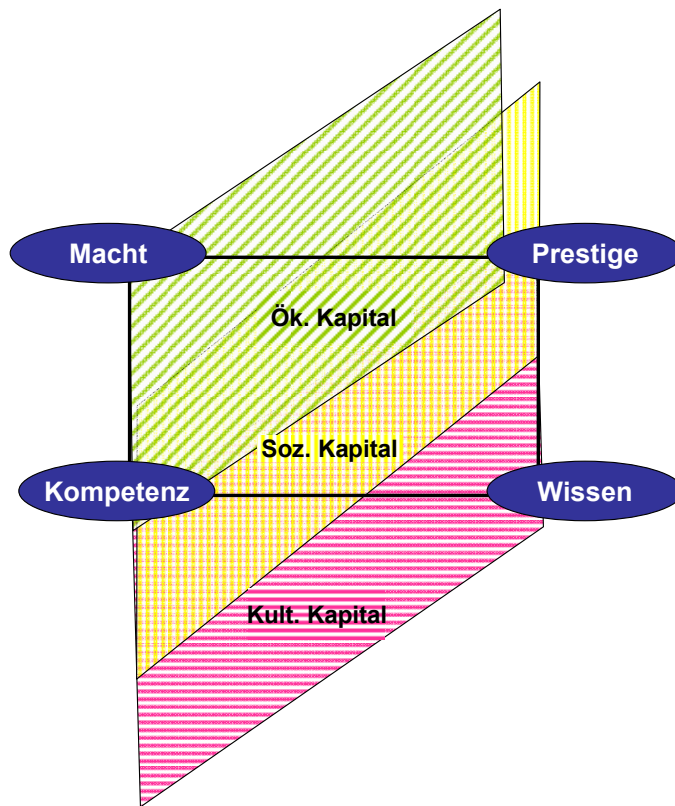
Netzwerke, die eine geringe Grundausrüstung an Kapital akkumuliert haben, ist es erschwert, auf der Grundlage ihrer Infrastruktur symbolisches Kapital im Feld aufzubauen, da die „Grundlage“ für den Umwandlungsprozess unzureichend zur Verfügung steht. Das symbolische Kapital stellt insofern eine Verdichtungsform dar, die eine besondere Akteursgruppe konstruiert. Hierbei deutet sich ein „Kreislauf“ der Vermehrung der Kapitalsorten an: Ökonomisches Kapital ist zum Aufbau einer Infrastruktur sowie zur Sicherstellung der Teilhabe an Netzwerken notwendig. Ebenso muss im Spiel soziales und kulturelles Kapital in verschiedenen Ausprägungen akkumuliert werden, die eine weitere Anziehung von ökonomischem Kapital (Fördermittel) und Einfluss (soziales Kapital) nach sich ziehen. Auf dieser Grundlage können die Kapitalsorten in symbolisches Kapital konvertiert werden. Die Netzwerke versuchen, sich als „Stimme“ der europäischen Bürger und der europäischen Zivilgesellschaft zu konstruieren und zu inszenieren.

Allerdings ist der Kampf um die Definitionsmacht, was als Prestige im Feld anerkannt wird, noch nicht entschieden, wie die Ausführungen in Kapitel 7.5 zeigen.

Auf der Ebene der *Mitgliedsorganisationen* stellt sich die Frage, inwieweit national symbolisches Kapital auf die europäische Ebene transferiert werden kann. Dies kann, muss aber nicht zwangsläufig gelingen. Falls national erworbenes Kapital nicht die erwartete Anerkennung im Feld erfährt, kann dies zur Isolation der Akteure führen, wenn sie sich nicht den Spielregeln des Felds annähern. Zugleich kann diese Feldlogik als gefahrvoller Differenzierungsprozess analysiert werden: Europäische Netzwerkkoordinationen im Feld können sich durch die Feldlogik von den Mitgliedern entfernen und damit neue Grenzen und Exklusionen produzieren.

Die Überlagerungen und Kompensationsmöglichkeiten der Kapitalsorten können modellhaft auf der Grundlage des Beziehungsgefüges von „Macht“ für das ökonomische Kapital, „Kompetenz“ für das soziale Kapital, „Wissen“ für das kulturelle Kapital und „Prestige“ für das symbolische Kapital dargestellt werden, ohne die Komplexität der Transferierbarkeit und Kombinationen angemessen darstellen zu können.

Abbildung 7: Verschränkte Kapitalsorten



Insgesamt zeigt diese Betrachtung, dass die europäischen Netzwerke um Kapitalsorten ringen, die sich von den Kapitalsorten im nationalen Feld unterscheiden. Das Kapital des europäischen Felds zeichnet sich durch eine transnationale Ausprägung insofern aus, als dass einerseits die nationalen Bezüge nicht mehr ausreichen und andererseits eine transnationale Handlungsorientierung faktisch entsteht.

Typisch für das europäische Kapital der Netzwerke ist die Verschränkung der transnationalen und nationalen Ebene und die damit verbundene Bearbeitung von Spannungsverhältnissen: Kooperation und Konkurrenz, Gemeinsamkeiten und Unterschiede, Autonomie und Heteronomie, Zivilisierung und Politisierung müssen durch reflexives und diskursorientiertes Netzwerk- und Feldmanagement balanciert werden. Dies erscheint voraussetzungsreich und unvermeidlich zugleich. Die Chance, in diesen anspruchsvollen Spannungsfeldern zu agieren, liegt in der Partizipation am „zivilgesellschaftliches Projekt“, das einen zentralen Baustein für ein kosmopolitisches Europa darstellen kann.

Netzwerkarbeit: Kapitalakkumulation und diskursive Transnationalität?

Die Ergebnisse zeigen, dass die Organisationen sowie die europäischen Netzwerke spezifische Kapitalzusammensetzungen benötigen, um in dem spannungsreichen Feld von Kooperation und Konkurrenz einen aktiven Beitrag zu der Weiterentwicklung einer europäischen Zivilgesellschaft zu leisten. Dabei wurde deutlich, welche Kapitalausprägungen für nationale sowie für europäische Akteure „wertvoll“ sind.

Die Akteure bewerten die europäischen Netzwerke und Vernetzungen als „das einzig Gangbare“ (B 19, S. 29, 31-32), als „Frühwarnsystem“ (B 10, S. 16, 17) eine „super Arbeitsform“ (B 6, S. 12, 47) und notwendiges wie essentielles Instrument und Modernisierungselement, um den europäischen Institutionen zu begegnen (A 4, S. 5) und „to react even stronger“ (A 6, S. 3). Die Netzwerke fungieren als „Resonanzkörper, um überhaupt in Brüssel wahrgenommen zu werden“ (B 10, S. 1, 46-47) und stellen eine erfolgreiche Arbeitsform dar, die qualitativ hochwertigere Entscheidungen ermögliche (vgl. A 7, S. 6). Die partikulare Vertretung einzelner Verbände sei demgegenüber weder finanziell noch inhaltlich sinnvoll (vgl. B 3, S. 4, 5-19).

Dabei verschränken sich verschiedene Interessen der Mitglieder mit den unterschiedlichen Typen von Netzwerken. Lauer rekonstruierte fünf europäische Netzwerktypen: Während im *Austauschforum* die Interaktionsform der Kommunikation überwiegt, ist die *Interessenvertretung* durch die Interaktionsform der Information gekennzeichnet. Netzwerke, die sich als *Zweckbündnis* verstehen, agieren oftmals in Form von Projektarbeit. Die *strategischen Allianzen* widmen sich der Umsetzung von gemeinsam entworfenen Strategien und die Wertegemeinschaften fokussieren ihre Interaktionen entlang gemeinsamer normativer Grundlagen (vgl. Lauer 2005, S. 104).

Bezieht man diese Typologie auf die Ergebnisse der vorliegenden Studie, so können die konstruierten Typen mit den *Interessen* der Akteure verbunden werden: Die Motivation, bestimmte Kapitalsorten in europäischen Netzwerken zu akkumulieren und einen Nutzen aus der Netzwerkarbeit zu ziehen, kann gleichsam als Begründung für die Wahrnehmung des Netzwerks als „Zweckbündnis“ dienen. Insofern können einzelne Netzwerke unterschiedlichen Zuschreibungen zugleich unterliegen, die sich in den Netzwerken entfalten, da die Deutungen von Mitglied zu Mitglied variiert.

Wie die Ergebnisse der quantitativen Befragung aufzeigten, interessierten sich die Wohlfahrtsorganisationen primär für den monetären Gewinn der europäischen Arbeit und an

europäischen Projektzusammenhängen. Das allgemeine Interesse an „Netzwerkarbeit und Kooperation“, und an fachlichen und politischen Themen wird diesen Interessen nachgeordnet. Europa wird demnach eher „ausschnittsbezogen“ auf bestimmte Förderprogramme/Projekte usw. bearbeitet, die fachlich-politischen Auseinandersetzungen werden vermutlich von den nationalen Diskursen dominiert.

Allerdings klingt in den Netzwerken über den Interessen am Kapitalerwerb durch europäische Vernetzung eine qualitativ-neue Stufe der Netzwerkarbeit an, die sich erst im Laufe der Zeit aus der Netzwerkarbeit entwickelt und eine Kapitalausprägung mit eigenem Wert entstehen lassen könnte.

Wie bereits erwähnt, versuchen kapitalschwache Akteure durch die Investition in europäische Kooperationen Kapital zu sparen: „Let’s do the Platform the work for us“ deutet diese Entlastungsfunktionen an (C 1, S. 18, 23). Auf diese Weise kann die Versorgung mit Informationen sichergestellt und die „Rieseninformatiionsflut“ gesteuert werden (B 6, S. 12, 45), was wiederum Kosten reduziert (vgl. C 1, S. 22, 5-21). Die eigenen Interessen werden mit-vertreten (vgl. B 10, S. 16, 20) und als Bonus können finanzielle Mittel eingeworben werden (vgl. B 22, S. 40, 23; B 17, S. 2, 34-46). Dennoch dürfe die Netzwerkarbeit nicht mit der Erwartung überlastet werden „jetzt kann ich dadurch mit weniger Geld mehr machen“ (B 4, S. 9, 8-9). Demzufolge sehen sich die europäischen Netzwerkkoordinatoren vor der anspruchsvollen Herausforderung, die unterschiedlichen Interessen bzw. Erwartungen zu erfüllen:

“That is something it’s very important to balance. Because your members have different needs, that’s for sure. And they don’t have the same knowledge of what’s going on. So it’s very important to find the right balance between representing your members and their interests and providing the services being a service provider to them, because that paying membership fees to you, while at the same time you know lobbying on the political level, that is very important to balance” (C 5, S. 14, 18-24).

Über den Erwerb des ökonomischen, sozialen und kulturellen Kapitals und die Balancierung der Erwartungen hinaus stellen insbesondere die kommunikativen Praktiken im Netzwerk selbst eine bedeutsame Erfahrungsquelle für die Akteure dar. Ein europäischer Vertreter sieht in dem „Kapital von sozialen Organisationen, die sich europäisch vernetzen (...), entstehende Rahmendingungen, um Einfluss nehmen und gestalterisch tätig sein zu können“ (C 6, S. 15, 18-22).

Doch wodurch erlangen die Akteure diese Option, eine neue gestalterische Wirkung zu erzielen? Die europäischen Netzwerke bilden Orte der Kommunikation aus, an denen ihre Mitglieder in Kontakt mit anderen Modellen, Ansätzen und Strukturen der europäischen

Länder kommen. Die eigenen Deutungsmuster, Modelle und Erfahrungen werden mit „den Anderen“ konfrontiert und irritiert. Dies evoziert einen Reflexionsprozess, innerhalb dessen die eigenen Modelle relativiert werden und gemeinsam nach „besten Konzepten“ geforscht wird, für die sich das Netzwerk einsetzen kann (ebd., 16-49). Die Akteure erhalten in den gemeinsamen Diskussionsprozessen neue „Blickwinkel von Organisationen aus anderen Ländern“ (B 5, S. 4, 8-9), die ein „Überprüfen der eigenen Geschichte“ und die Chance zur Weiterentwicklung in sich tragen (B 7, S. 5, 50). Diese Erfahrung von Differenz wird auf der Grundlage gemeinsamer Orientierungen und Werte ausgehalten und bearbeitet. Dabei kann sich die Gemeinsamkeit unterschiedlich normativ begründen. Sie kann auf dem weit gefassten, gemeinsamen Motiv beruhen, die Zivilgesellschaft ungeachtet politischer Differenzen befördern zu wollen (B 9, S. 17, 14-33) oder auf enger gefassten, spezifischeren Gemeinsamkeiten beruhen (B 16, S. 5, 5-25).

Im Kontext des „Ideenaustauschs auf dieser besonderen Art“ (B 19, S. 8, 31) werden die europäischen Netzwerke lebendig, da sich Konzepte entwickeln können, die nicht allein auf die Berücksichtigung der nationalen Interessen bezogen werden. Dies könnte als Hinweis gewertet werden, dass die europäische Netzwerkarbeit nicht nur die Chance birgt, den „kleinsten gemeinsamen Nenner“ in der heterogenen Interessenlage zu erreichen (vgl. C 6, S. 5, 10-37), sondern darüber hinaus zu einem (transnationalen) Konsens zu gelangen. Auf der Grundlage von „Vertrauensbildung und der gemeinsamen Bewusstseinslage“ der handelnden Personen wird es möglich (B 10, S. 9, 29). Die Akteure erkennen Gemeinsamkeiten: gemeinsames Interesse (B 9, S. 17, 27), gleiche Ansichten (B 11, S. 13, 8) und gleiche Ideale (B 18, S. 4, 43).

„Wenn man nämlich über den Tellerrand guckt, dann stellt man fest, dass die möglicherweise zwar ähnliche Probleme haben, aber völlig andere Lösungen gefunden haben (...), es erweitert einfach den Horizont“ (B 10, S. 13, 36-39).

Die Erkenntnis mildert zugleich „Empfindlichkeiten und Grenzen“ ab (vgl. ebd.). Auf der Basis können Familiengefühle, ein moralischer Club (C 4, S. 6, 40) oder ein „Korpsgeist“ (B 10, S. 9, 49) entstehen, auf dessen Grundlage sich ein „höheres Profil“ des Netzwerks ausbilden kann (C 4, S. 7, 28). Gelingt es, trotz der unterschiedlichen Traditionen „im Kern die gleichen Interessen“ zu entdecken, erfährt die Netzwerkarbeit eine Verdichtung (vgl. B 3, S. 12, 30-31). Diese Verdichtung der Handlungsorientierungen reicht über ein notwendig-strategisches gemeinsames Vorgehen hinaus (vgl. B 7, S. 3, 10-24), wenngleich jede gelingende Netzwerkarbeit professionelles Lobbying und eine strategische Output-Orientierung benötigt (vgl. C 5, S. 13, 26-34; B 19, S. 5, 43).

Die Netzwerkarbeit kann insofern die Stufe des kleinsten gemeinsamen Nenners überschreiten, muss dies aber nicht zwangsläufig. Inwieweit in den transnationalen Netzwerken eine inhaltlich-neue Qualität entwickelt werden kann, hängt z.B. von den Mitgliedern ab. Dominieren einzelne Mitglieder das Netzwerk mit der Durchsetzung ihrer partikular-nationalen Interessen, bleibt die „Philosophie“ auf der Strecke, da das Mitglied sich „just about money“ und „defending their own interests“ orientiere (C 1, S. 12, 2-5).³²⁰ Gelingt es, dass sich die nationalen Interessen durchsetzen, bleibt der europäische Sinnhorizont in den Netzwerken unerreicht:

„als wir das Arbeitsprogramm letztes Jahr diskutiert haben, sind ein paar Sachen raus gefallen, wo ich persönlich dachte, das ist nicht sehr weitblickend, also so ein demokratischer Prozess, ist dann auch nicht immer logisch am Ende, die Entscheidung ist vielleicht total schief, da kommen dann Sachen raus, die überhaupt nicht auf der Tagesordnung stehen, aber unheimlich wichtig sind auf der nationalen Ebene. Wir haben aber ein europäisches Netzwerk, dumm gelaufen, schief gegangen, aber so funktioniert Demokratie und da muss man mit leben, aber da fallen auch Sachen raus“ (C 4, S. 7, 37-45).

Dies weist wiederum auf die Balancierung der nationalen und transnationalen Ebene hin, da die Europäische Agenda mit ihrer spezifischen Themensetzung die Loslösung von den spezifischen (nationalen) Interessenlagen erfordert. Die europäischen Netzwerke „lose a lot of the national debate“ auf der Netzwerkebene (C 1, S. 13, 1-25) und versuchen diese europäische Agenda ihren Mitgliedern zu vermitteln. Ferner kann es ebenso hinderlich auswirken, dass Mitglieder erarbeitete Vorlagen „abnicken“ und sich dadurch ein „zu großer Konsens“ ausbilde, der auf keinem Austausch beruht (vgl. A 3, S. 2).

Diese besondere Form der Netzwerkarbeit bedarf eines langen Atems (B 19, S. 16, 37), Geduld (vgl. A 7, S. 6) sowie Herzblut, um mögliche Durststrecken zu überstehen (vgl. B 21, S. 5, 34). Darüber hinaus verorten die Befragten als notwendige *Voraussetzungen* für einen transnationalen Konsens engagierte Personen im Netzwerk, die für diese Idee eintreten. Demzufolge kommt einzelnen Akteuren als „Motoren“ (B 4, S. 18, 44) dieses „europäischen Gedankens“ und für die Pflege des gemeinsamen Verstehens und Vertrauens untereinander (vgl. B 9, S. 15, 37-38; B 13, S. 2, 23-24) eine hohe Bedeutung zu, da sie das „Mainstreamdenken“ des Netzwerks mitbestimmen (B 10, S. 5, 20-36). „Die Chemie muss stimmen,“ die Akteure müssen zu Anlässen zusammengebracht werden, um Vertrauen aufzubauen und Gemeinsamkeiten zu entdecken (vgl. B 5, S. 4, 19; B 6, S. 5, 14; B 10,

³²⁰ Dies wird an der Äußerung eines deutschen Verbandsvertreters deutlich, der als EU-Repräsentant in Brüssel arbeitet: „Also meine Aufgabe dagegen ist es nicht, dass ich jetzt als deutscher Vertreter unbedingt verstehen muss, was die Franzosen denken. Da ich es lange genug gemacht habe, weiß ich es ja, sondern ich muss die deutschen Interessen wahren“ (C 3, S. 1, 46-49).

S. 9, 37; B 18, S. 12, 37). Jedoch ist die Netzwerkarbeit als langfristiges Projekt einzuordnen, die Akteure vermuten, dass die Netzwerke erst in 10-20 Jahren ihre Erfolge aufzeigen können (vgl. B 22, S. 28, 5-11).

Dies schließt an die Unterscheidung von Kompromiss und Konsens von Zauner/Simsa an bzw. verweist auf die Unterschiede zwischen Ergebnis- und Argumentationskonsens (vgl. Giegel 1992): Der Kompromiss berücksichtigt verschiedene Interessen, der Konsens dagegen entwickelt auf der Grundlage der sich widersprechenden Interessenlagen eine kreative, neue Lösung. Für die konsens-orientierte Problemlösung werden „interne Verhandlungs- und Reflexionssysteme“ nötig, um die Aushandlung von Konsens und Dissens zu institutionalisieren (vgl. Zauner/Simsa 1997, S. 341f.).³²¹ Auf diese Weise werden Lernprozesse bei den Beteiligten evoziert. Darüber hinaus könnten transnationale Netzwerke, die sich den divergierenden Interessen ihres „Dissens“ nähern, in der Auseinandersetzung möglicherweise einen Argumentationskonsens erzielen.³²²

Abbildung 8: Konsensorientierte Handlungsmuster

Orientierungsmuster	Handlungsmuster	„Mehrwert“	Bezugsebene
Instrumentelle Orientierung	Kapitalakkumulierung	Nutzenkalkül, spezifischer Interessen-Kompromiss	Nationalität
<i>Irritation in der Kooperation:</i> Erkennen von Gemeinsamkeiten & Unterschieden	Suche nach „neuen“ Lösungen	Ausbildung von gegenseitigem Vertrauen, Reflexion	Transnationalisierung
Inhaltliche Orientierung	Austausch, Vertrauen	Transnationale Netzwerkarbeit Nutzen für das europäische Netzwerk, Ausbildung, Konsense	Transnationalität

³²¹ Ein Netzwerkvertreter der Social Platform schildert, dass sich der Umgang mit dem Ziel, gemeinsame Antworten zu produzieren, verändert habe. Mittlerweile bildet sich eher das Interesse aus, die Diversität der Mitglieder und deren Potenziale nicht zu glätten, sondern eine Debatte zu führen, die mit einem fundierten Austausch einher ginge. Die Platform könne diesen tieferen Austausch und die Debatte begleiten und koordinieren (vgl. C 1, S. 2ff.).

³²² Auf die grundlagentheoretische Auseinandersetzung, inwieweit in Sprache der Telos der Verständigung angelegt sei, oder ob in autopoietischen Systemen von keinem Konsens ausgegangen werden kann, soll hier nicht vertiefend eingegangen werden, vgl. dazu Giegel 1992.

Die europäischen Netzwerke müssen insofern in ihren Binnenstrukturen die Dialektik der nationalen und transnationalen Ebene berücksichtigen. Dabei setzt ein Reflexionsprozess der Akteure untereinander ein, der eine Reflexion von Gemeinsamkeiten und Unterschieden befördert. Die drei Bezugsebenen verbinden sich mit spezifischen Orientierungs- und Handlungsmustern, die jedoch nicht konsekutiv aufeinander aufbauen, sondern gleichzeitig präsent sein können. Darüber hinaus können die Akteure die Bezugsebenen fortwährend verändern, so dass sie allein in der Analyse idealtypisch zu differenzieren sind.

Begünstigend wirken sich Personen aus, die sich für den Netzwerk-Diskurs in dem Verhandlungssystem einsetzen und damit Synergieeffekte befördern. Insofern kann sich in den europäischen Netzwerken *Transnationalität im engeren Sinne* ausbilden, die auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner die Netzwerkarbeit bestimmt und De- oder Renationalisierungsprozesse auslösen kann. *Eine Transnationalität im weiteren Sinne* bindet die nationalen Interessen und Deutungsmuster ein, emergiert aber darüber hinaus in einem diskursiven Prozess gemeinsame Deutungsmuster und Synergien durch den Reflexionsprozess von Gemeinsamkeiten und Differenzen.

Insofern resultieren aufgrund der unterschiedlichen Positionen verschiedene Strategien sowie unterschiedliche Anforderungen an die Bearbeitung von Konflikten und die Kommunikation in Netzwerken. Der strategischen Ausrichtung in dem transnationalen Feld wird im Anschluss unter der Perspektive eines exemplarisch rekonstruierten „Generationskampfes“ nachgegangen.

7.5 Konfliktlinien und Spannungsverhältnisse im Feld europäischer Netzwerke

Bourdieu charakterisiert die Felder durch die Struktur der Kräfteverhältnisse, die unterschiedliche Positionen erzeugt. Diese Positionen beeinflussen die Strategien und Stellungen der Akteure im Feld maßgeblich mit: „Die Spieler verfügen über verschiedenfarbige Jetons und von dieser Gesamtmenge und der Struktur der Jetons hängt seine relative Stärke im Spiel ab, aber auch seine Spielstrategien (riskant, vorsichtig, konservativ, subversiv)“ (Bourdieu/Wacquant 1996, S. 129). Diese Strategien der Erhaltung und Infragestellung der jeweiligen Verteilungsstruktur dienen folglich dem Ziel, im Spiel die Jetons zu vermehren oder die immanenten Regeln des Spiels zu ihren Gunsten zu ändern. Dies erfolgt durch die Entwertung von Kapitalsorten, auf denen die Macht der Gegner beruht, oder die Aufwertung von Kapitalsorten, über die man selbst verfügen kann (vgl. ebd., S. 129).

In den meisten Feldern existieren *Generationskämpfe* zwischen Neulingen und etablierten Akteuren (Bourdieu 2001, S. 35) bzw. Kämpfe „zwischen den Herrschenden und den Anwärtern auf die Herrschaft“, die versuchen, den Riegel des Zugangsrecht zu sprengen (...) bzw. die Konkurrenz auszuschalten (Bourdieu 1980, S. 107). Diese Überlegungen finden sich ebenfalls in der figurationssoziologischen Studie „Etablierte und Außenseiter“ von Elias/Scotson wieder, die bereits 1965 veröffentlicht wurde. In der englischen Gemeinde Winston Parva rekonstruieren die Autoren die Etablierten und die Außenseiter. Die Rangordnung erfolgt auf der Grundlage, dass einerseits Machtmittel zur Sicherung und andererseits eine tradierbare „Besonderheit des Verhaltens und Glaubens“ vorliegen (Elias/Scotson 1990, S. 236). Die Etablierten sind bereits länger ansässig und konnten aufgrund ihrer Herkunft eine „eigene Sondertradition“ (ebd., S. 237) und Integration ausbilden. Demgegenüber konnte die heterogene Gruppe der Neuankömmlinge den entwickelten Kanon an Werten und Überzeugungen infrage stellen, wenngleich sie als Gruppe ein geringeres Kohäsionspotenzial aufweist. Daher unterliegen die Außenseiter dem Ausschluss und der Stigmatisierung, mit deren Hilfe die Etabliertengruppe ihre Identität behauptet, ihren Vorrang sichert und die anderen an ihren Platz bannt (vgl. ebd., S. 12).³²³

Vor diesem Hintergrund lassen sich im Feld europäischer Netzwerke Spannungsverhältnisse und Konfliktlinien rekonstruieren, die im Feld Unterscheidungen einführen. Diese binä-

³²³ Auf die weiteren Erkenntnisse der Studie von Elias kann in diesem Kontext nicht weiter eingegangen werden.

ren Unterscheidungen überlagern sich teilweise und sind nicht losgelöst voneinander zu betrachten.

Zunächst wird anhand der klassischen Unterscheidung „arm/reich“ die Bedeutung des ökonomischen Kapitals aufgegriffen, die durch die Unterscheidung der Zugehörigkeit zu zentralen Akteuren („in/out“) vertieft wird. Zuletzt wird exemplarisch ein „Generationskonflikt im Feld anhand zweier Positionen verdeutlicht. Dabei muss berücksichtigt werden, dass dies nur eine Momentaufnahme von Felddynamiken darstellt. Insbesondere der Generationenkonflikt weist auf eine Situation des Strukturwandels hin, so dass der Konflikt mittlerweile nicht mehr in dieser Gestalt im Feld wirksam sein könnte.

7.5.1 Gewinner und Verlierer

Die Kämpfe um die Zugänge zu den Kapitalsorten verursachen eine ungleiche Positionierung der Netzwerke im europäischen Feld, wie bereits dargestellt wurde. Ein Befragter definiert den Status des „Gewinners“ bzw. „Verlierers“ im Feld auf der Grundlage der Art der Netzwerk-Finanzierung.

„I see less stronger networks, but now at the moment, I think, it's more in a way, it's more organizing in the sense, now you have got clear funding. You have got Social Inclusion, you have got Antidiscrimination and you have got the winners and you have got the losers. The ones who are financed and the one who are not financed, the ones they will continue on projects, the ones they know they are going to have a normal secure future. So that I see, it's now just settling down, you know, in a way. That you have got (...) the winners and the losers. And you have got in the big network, I think, of course some of them better working than the other but that is again because all there are stronger because of their history that they are there for a longer time or they are stronger because of particular management skills of their director, that's all the differences“ (C 1, S. 15, 44-50; S. 16, 1-5).

Für die Finanzierung der europäischen Netzwerke im sozialen Bereich waren insbesondere die Programmlinien „Social Inclusion“ und „Antidiscrimination“ der Generaldirektion Beschäftigung und soziale Angelegenheiten bedeutsam, da aus diesen Budgets eine größere Anzahl von europäischen Netzwerken finanziert wird – wenn auch zumeist durch projektgebundene Mittel. Der Interviewte betont, dass die Netzwerk-Finanzierung sich zunehmend „organisiert“ und beruhigt, da es nunmehr klare Förderlinien gäbe, die eine gewisse Vorhersehbarkeit und Planungssicherheit für die Netzwerke ermöglichen. Anknüpfend daran wird deutlich, wer nun als Gewinner und Verlierer in dem Spiel um das ökonomische Kapital angesehen wird: Gewonnen haben diejenigen Netzwerke, die aus Kommissionsmitteln eine stabile und projektunabhängige Förderung erhalten. Verloren haben diejenigen, die entweder gar keine Förderung durch europäische Mittel erhalten oder ihre Arbeit

weiterhin auf der Basis von EU-Projekten finanzieren müssen. Die Finanzierung über Projekte impliziert eine große Belastung für die Netzwerkarbeit, da die Projektarbeit innerhalb des Netzwerks erhebliche Ressourcen bündelt, die der eigentlichen Netzwerkarbeit nicht mehr zur Verfügung stehen. Diese Netzwerke können – wenngleich sie auf weiteres ökonomisches Kapital zurückgreifen können – nicht „the core of their jobs“ nachgehen und müssen die Weiterentwicklung ihres Kerngeschäfts vernachlässigen.³²⁴ Daher bewertet der Befragte die Netzwerke mit einem „core funding“ als Gewinner.

Die Grenzlinien zwischen Gewinnern und Verlierern werden hier entlang der Programmlinien bzw. der Förderpolitik der Kommission konstruiert; zumindest für die europäischen Netzwerke, die auf keine eigenen Finanzierungsmöglichkeiten zurückgreifen können.

Neben dem ökonomisch basierten Gewinn deuten sich aber gleichfalls die anderen Kapitalsorten an, wie bereits dargestellt: Einige Netzwerke sind aufgrund ihrer „Management-Kompetenzen“ im Sinne ihres Informationskapitals im Vorteil, andere Netzwerke bestehen durch ihre Geschichte („because of their history“). Neben der Unterscheidung „arm/reich“ oder „finanziert/nicht-finanziert“ wird auch die Zugehörigkeit zu bestimmten Akteuren im Feld als bedeutsame Unterscheidung von den Befragten eingeführt.

7.5.2 Insider und Outsider

Wie bereits dargestellt, entstand die Social Platform als übergreifendes umbrella-Netzwerk, das eine Vielzahl europäischer Netzwerke aus dem sozialen Bereich bündelt. Wenngleich die Entstehung der Platform kritisch betrachtet wurde, werden mittlerweile Zwänge deutlich: Die Zugehörigkeit zur Social Platform stellt eine bedeutsame Differenzierung und Grenzlinie im Feld dar, die wiederum zu Gewinnern und Verlierern führt.

³²⁴ Vgl. auch dazu: “Yes, it is obvious, because you have the core funded NGOs, so it’s all the antidiscrimination NGOs and the social inclusion NGOs, I mean, they are like the Platform, (...) this kind of policy officers, you have three people who have been selected and you have, I mean, very prepared for the jobs, and then you have got the other networks, which are basically not funded by the Commission, funded at the base of projects, so it is NETZWERK 1, NETZWERK 2, as NETZWERK 3, those are still rich but still what you see, is that their policy officer is also in the same time a project officer. In NETZWERK 1 is also a project officer, she takes care of an enormous project, so you feel that these people are struggling, they can’t do the core of their jobs. And then you have got even poor networks, I mean, less, like you know, NETZWERK 4 you have got the, which kind of all the network, NETZWERK 5 which are no, which have a little money from the Commission, no money and there again, it’s there is no miracle. They don’t have the money, you can’t make a kind of continuous policies you can’t do, I mean it’s like that” (C 1, S. 18, 1-20).

„So now, I think it's quite settle down but you have got also the one who are outside the Platform. And that, the one outside the Platform, (...) not all the social NGOs are in the Platform. We still have no application from new members and they want to become a member of the Platform and then for the one outside, it's true that this is problematic because it seems that they are given no choice than to join the Platform, because we for example, when we invite to conference and invitation come to us and we are the one to send it to our members and we are not sending it no non-members. So I think some of them who are outside, they feel like, okay, we become member we are, it's very difficult for us to talk to the Commission they feel that they are lacking so much of the key information and that in a way is also winners and losers" (C 1, S. 16, 19-31).

Die eingeführte Differenzierung unterstreicht, dass aus Sicht des Befragten ein „Feld“ von Netzwerken in der Peripherie existiert, die nicht zur Social Platform gehören. Einige wollen zu der Platform gehören, andere streben dies gar nicht an. Aufgrund der Mitgliedskriterien³²⁵ der Social Platform ist der Zutritt für einige Akteure verwehrt - und dies ist nicht nur eine Frage des ökonomischen Kapitals. Aufgrund des dargestellten europäischen Ansatzes müssen die Mitglieder in dem Sinne *europäisch* sein, dass sie aus einer *Mehrzahl* der EU-Mitgliedsstaaten soziale NGOs bündeln, denen ein repräsentativer Charakter zukommt. Der Befragte schildert, dass einige der „Interessenten“ diese Kriterien nicht erfüllen und somit von zentralen Kommunikationsabläufen mit der Kommission, mit der Platform sowie deren Mitgliedern ausgegrenzt sind. Aufgrund dessen werden sie zu (Informations-) „Verlierern“ im Feld. Die Positionierung als Gewinner oder Verlierer strukturiert sich in dieser Unterscheidung über die Mitgliedschaft in der Platform und dies unterstreicht, welch wertvolles Gut Kommunikation und Information im Feld darstellt.³²⁶

³²⁵ Kriterien für die Volle Mitgliedschaft in der Social Platform:

“a) The network or federation must be composed of organisations (not individuals) in at least the absolute majority of the EU Member States. Transitional provisions relating to this provision may be specified in the internal rules in the case of enlargement of the European Union.

b) The network or federation must be established as a not-for-profit and non-governmental organisation in one of the EU Member States. The majority of the organisation's membership must themselves be legally established, not-for-profit and non-governmental.

c) The network or federation must be active in the social sector, working to promote the general interest and contributing to social cohesion.

d) The network or federation must have separate legal personality.

e) The network or federation must demonstrate its representativity and that it is structured and managed in a democratic way, it is run by an elected body, whose decisions and membership must not be subject to approval by any extraneous body.

f) The network or federation must bring added value to the work of the Social Platform”

(Statutes Social Platform, <http://www.socialplatform.org/module/FileLib/STATUTES-EN-2005-FINAL.pdf>).

³²⁶ Bei den Sequenzen ist zu berücksichtigen, dass die Unterscheidung winner/losers von einem Vertreter der Platform eingeführt wird. Wenngleich die kritische Distanz zur Platform eingehalten wird, muss diese Bindung an die Platform und der damit verbundenen möglichen „Identifikation“ der Platform als zentraler Akteur kritisch mitbetrachtet werden.

Der Antrag auf Mitgliedschaft wurde von einem befragten Netzwerke von der Social Platform abgelehnt, da die Mitgliedskriterien in Bezug auf die Vertretung von Organisationen aus den EU-Mitgliedsstaaten nicht erfüllt werden konnten. Dennoch hoffte der Netzwerkvertreter im Jahr 2003, die Kriterien zukünftig erfüllen zu können (A 6, S. 2, 24-33). Seit März 2006 hat dieses Netzwerk nun den Status eines beobachtenden Mitglieds in der Social Platform inne, da es seine Mitgliedschaft geographisch erweitern konnte und nun an einer der Arbeitsgruppen der Platform mitwirken darf. Es zeigt sich, dass Netzwerke also keinesfalls auf diesen „Verlierer-Status“ festgelegt werden, sondern dass das Feld in kontinuierlicher Entwicklung befindlich ist. Darüber hinaus verdeutlicht dies, dass eine stufenweise Annäherung für Neueinsteiger durch die gestaffelten Mitglieder-Formen möglich wird.

Ein Vertreter der Platform schildert Überlegungen, inwieweit die Platform die „schwächeren“ Netzwerke außerhalb der Platform – fernab von finanzieller Unterstützung – unterstützen könnte, solange sie nicht in die Platform investieren und sie für sich arbeiten lassen (können).³²⁷

“I think it would be difficult to finance them because we are funded by the Commission. For example just practical, of course when some organization faces really serious funding problem, they come and speak to GENERAL SECRETARY; what they can do and sometimes they can have solidarity that they write together a letter to raise the issue but, there is really the question, also of practical level” (C 1, S. 18, 31-37).

Dieses Netzwerk außerhalb der Platform kann auf eine symbolische Unterstützung durch die Platform hoffen („they can have solidarity“). Weiter kann die Unterstützung über die Platform-Grenzen allerdings nicht hinausreichen. Die Platform muss das Kapital, die eigenen Mitglieder exklusiv zu informieren und beraten, exklusiv verwalten und schützen.

Exemplarisch wird dieses exklusive Kapital der Insider anhand eines Netzwerks aufgezeigt, das zum Befragungszeitpunkt unmittelbar Mitglied in der Platform wurde. Insbesondere das Personal der operativen Ebene ist – im Gegensatz zu den oftmals ehrenamtlichen Vorständen – auf die Kommunikation mit der Platform angewiesen, da dort zentrales „Feldwissen“ kommuniziert wird. Befinden sich Netzwerke außerhalb der Platform, sind sie von diesem Feldwissen ausgegrenzt. Insofern erstaunt es nicht, dass die Hauptamtli-

³²⁷ Vgl.: „And that was also in internal governance that we are not in the Platform providing the support for these networks, we could actually. But that’s again, part of their fault, part of our fault. If I was such a small network I would extremely invest the much money in the Platform, let’s do the Platform the work for us” (C 1, S. 18, 1-23).

chen für einen Beitritt kämpfen, um an den wertvollen Informationen, Zugängen und „Kapitalien“ partizipieren zu können und dem Netzwerk damit eine bessere Position im Feld zu verleihen.

“I spoke recently to the new member which (...), the policy officer, she says, she had to fight to say ‘we should become a member of the Platform’ because many of the people say in the NETZWERK, ‘no, not again, this is a bureaucracy, that is a an [unverständlich] but because she is working in Brussels, she is policy officer, she knows that she is always, she had to beg actually for information from people she knew personally, who were member of the Platform. This was the only way for her to still be informed like, ‘please, can you send me this, please make sure to tell me that and that’, and she said it’s so much better now because now she has a feeling, and I told you, there is a small secretariat now she has a feeling which are the senior information but she can check, that she has not forgotten everything. And it’s so much easier, (...) for example, when we meet for the Commission on the Green Paper on General Interests, it’s no point for an issue than going individually. Now we organize a single meeting they are all good and they don’t like to think about inviting, phoning, sending a letter. So for this policy officer, for the politician, for those staff I mean, it’s ideal. But sometimes they have to fight with their board, their directors, with the political, to say that it’s indispensable” (C 1, S. 16, 33-50; S. 17, 1-4).

Der Mitarbeiter eines Netzwerks führte mit dem Vorstand seines Netzwerks Auseinandersetzungen um den Beitritt in die Plattform, da der Vorstand sie als erneute „bureaucracy“ negativ abwertete. Die Bedeutung einer Mitgliedschaft für die alltägliche Netzwerkarbeit vor Ort, wird als Zwang verdeutlicht: Der Policy Officer muss sich die entsprechenden „senior informations“ auf dem informellen Weg beschaffen, um auf dem Laufenden zu bleiben. Dies geht mit der Befürchtung einher, wesentliche Prozesse und Informationen zu übersehen oder als einzelnes Netzwerk keinen Zugang zu erhalten. Diese Problemlage veranschaulicht, warum die Serviceleistungen der Plattform als „Information Provider“ von dem Personal im Feld als „ideal“ angesehen werden. Mit ansteigender Komplexität im Feld wird die Mitgliedschaft in der Social Platform zunehmend als unabdingbar für europäische Netzwerke definiert, die dann zu dem Kreis der ausgewählten und exklusiv versorgten Mitglieder gehören.

Auf der Grundlage der Interviews lässt sich sowohl die Kommission mit ihren Programm- und Förderlinien als auch die Plattform als wesentlicher „Unterscheidungs-Produzent“ und „Grenzschutz“ in dem Feld rekonstruieren. Beide Akteure produzieren Differenzierungen und Konfliktlinien, die von Betroffenen als „Grenze“ konzipiert werden und ihnen selbst zugleich eine zentrale Position in dem Feld zuschreiben. Diese Zuschreibungen werden jedoch durchaus kritisch hinterfragt, da sie relativ „neue“ Konstruktionen sind und somit insbesondere von dem „alten europäischen Netzwerk-Adel“ hinterfragt und durchleuchtet werden. Die kritische Haltung gegenüber den Feldprozessen und -dynamiken soll in Form eines „Generationskampfes“ im Feld exemplarisch nachgezeichnet werden.

7.5.3 Alte und neue Generation

Bourdieu beschreibt Entwicklungen und Wandel im Feld, die aus veränderten Positionen hervorgehen (vgl. Bourdieu 1999, S. 379). Der Wandel wird meist von den „Jüngsten“ im Feld initiiert, da sie noch kein umfassendes Kapital aufbauen konnten und ihre Denkweisen durchsetzen wollen. Sie müssen ihre Identität und ihre Differenz im Feld behaupten. Die damit einhergehenden Konflikte unter den Spielern fasst Bourdieu als Generationskämpfe „zwischen den Herrschenden und den Anwärtern auf diese Herrschaft“ (Bourdieu 1980, S. 107). Ferner verknüpft Bourdieu mit diesen Auseinandersetzungen *Strategien der Erhaltung und der Infragestellung*.

Auf der Grundlage der Befragung zeichnen sich zwei konträre Positionen im Feld ab: Auf der einen Seite können Vertreter deutscher Wohlfahrtsverbände bereits auf eine lange berufliche Erfahrung der Interessenvertretung zurückblicken. Demgegenüber entstehen relativ junge Netzwerke im Feld, die durch den Rückenwind der Kommission ein rasches Wachstum verzeichnen und relativ schnell ein gutes Standing im Feld erwarben. Das hauptamtliche Personal ist relativ jung, gut qualifiziert und gleichfalls durch Überzeugungen gekennzeichnet.³²⁸

Diese beiden Positionen wurden exemplarisch verdichtet, um eine Kontrastierung von Einschätzungen im Feld zu erhalten, die mit gegenseitigem Ab- und Entwerten der jeweils „feindlichen“ Kapitalausstattung einhergeht.

Der alte Adel greift an³²⁹

Befragte aus einem deutschen Wohlfahrtsverband blicken zurück auf die Zeit der Entstehung der Social Platform. Bereits zu diesem Zeitpunkt musste aus Sicht des Befragten die vermeintlich zentrale Position der Social Platform in Frage gestellt werden.

„Ich habe immer nur mitbekommen, dass die Social Platform, dass die sozusagen anfangs noch immer die Frage gestellt hat, ‚sind dort alle Non-Government Organisationen drin?‘ und damit auch die Wohlfahrtsverbände und die sich lange Zeit mit diesen Abgrenzungsfragen beschäftigt haben und dass es dann also auch immer bei der Social Platform um die Frage ging wie, wen nehmen wir rein, wie autonom sind wir, können wir alles vereinigen und all das und das hat am Anfang für mich so einen Charakter von Zu-

³²⁸ Frantz unterscheidet anhand der Ausbildungswege, biographischer Daten, Motivation und der Organisationsanbindung vier Karrieremuster in NGOs: NGO-Technokraten, -Generalisten, -Theologen und – Quereinsteiger. Diese Karrieremuster sind für die hier konstruierte Kontroverse nur bedingt anschlussfähig, da über die Befragten diese Hintergrundinformationen nicht vorliegen (vgl. Frantz 2005, S. 252ff.)

³²⁹ Elias/Scotson rekurrieren auf den Begriff des Adels in ihrer figurationssoziologischen Studie, in der die Machtbalance zwischen Etablierten und Außenseitern betrachtet wird.. Der Begriff der Aristokratie impliziert „die Herrschaft der Besten“. Im Begriff Adel ist der Ausdruck im Sinne eines hohen sozialen Rangs (adlig) sowie hochbewertete menschliche Eigenschaften enthalten („edel“) (vgl. Elias/Scotson 1990, S. 7f.).

fälligkeit und habe mich aber nicht intensiv mit der Social Platform beschäftigt, weil in dem Moment, als die Spitzenverbände selber im Wirtschafts- und Sozialausschuss waren (...), da hatten wir als Wohlfahrtsverbände ein viel besseres Instrument, um politisch Einfluss zu gewinnen. Bei der Social Platform, (...) kriegte man beispielsweise mit, dass die Social Platform für sich in Anspruch nahm, wirklich für den gesamten Sozialbereich zu sprechen und da gab es erhebliche Konflikte und da hatte ich auch Zweifel, ob das so eine geeignete Basis ist, um dort diese Machtspiele auch mitzumachen, sich durchzukämpfen als nationaler Verband. In dem Moment, wo wir dann sozusagen eigene Zugänge hatten, war die Platform, zumindest für mich, nicht mehr ganz so wichtig“ (B 22, S. 28, 19-38).

Der Platform wird zunächst der Anspruch abgesprochen, die „einzige Stimme“ der sozialen NGOs zu sein. Damit wird ihre zentrale Position delegitimiert, da sie den Anspruch der Repräsentativität nicht einzulösen vermöge: Die Gestalt der Social Platform bzw. ihrer Mitglieder werden als „zufällig“ bewertet.³³⁰ Als Indikator werden die Konflikte angeführt, die bereits vor der Gründung zwischen 1994 und 1995 im Zuge des European Social Policy Forums um die (Idee) einer Platform herum ausbrachen.

Die Entwertung der Repräsentativität wird ferner mit der Unsichtbarkeit der Platform auf nationaler Ebene untermauert:

„die NETZWERK ist ein Zusammenschluss von [konfessionellen, E.S.] Organisationen, die in sich alle einen hervorragenden sozialpolitischen und rechtlichen und personellen Rückhalt, Rückgrat haben. Sie können auf effektive soziale Arbeit verweisen, egal, ob das in Frankreich, Italien, oder sonst wo ist, Finnland, Schweden, nun gucken Sie sich mal so Social Platform an - wenn die aus Brüssel rauskommen, kennt das keiner mehr“ (C 3, S. 18, 23-28.).

Der Verbandsvertreter konstruiert das Kapital der deutschen Wohlfahrtsverbände: Sie können auf Rückhalt sowie Rückgrat zurückgreifen. Die Organisationen verfügen über umfassende allgemeine Ressourcen in ideengeschichtlicher, organisatorischer und fachlicher Hinsicht. Auf dieser Grundlage konzipiert der Vertreter zugleich eine bedeutsame Ressource: Die Unabhängigkeit der Organisationen. Rückgrat deutet auf die Kompetenz hin, seine eigenen Interessen selbstbewusst zu vertreten. Ferner können die Organisationen auf eine spezifische Ressource zurückgreifen, die ihrer eigenen internationalen Vernetzung und Verbandsstrukturen. Interessant ist, dass den spezifischen Rahmenbedingungen des deutschen Sozialsystems hier nicht Rechnung getragen wird. Wie bereits dargestellt, nahm die Entwicklung der „Wohlfahrtspflege“ in den europäischen Ländern unterschiedliche Verläufe. Die Entwertung anderer Entwicklungslinien und die Abqualifizierung von Entwicklungsprozessen auf der neuen transnationalen Ebene „Europa“ erfolgt aus einer privilegierten Position im nationalen Feld heraus, das auf eine Tradition zurückblickt. Insofern

³³⁰ Dies kontrastiert die Selbstbeschreibung der Social Platform als „alliance of representative European federations and networks of non-governmental organisations active in the social sector. The Social Platform promotes social justice and participatory democracy by voicing the concerns of its member organisations“ (<http://www.socialplatform.org/code/en/hp.asp>).

stellt sich die Frage, inwieweit der Bekanntheitsgrad der Plattform auf nationaler Ebene als Kriterium herangezogen werden sollte, da sie einerseits nur europäische Netzwerke aufnimmt und andererseits auch kein Anbieter sozialer Dienste ist.

Ferner zeichnet sich eine Entwertung ab, die sich auf die Vielzahl der Wege zur politische Einflussnahme bezieht: Die deutschen Wohlfahrtsverbände können auf einen zusätzlichen Weg in die politischen Institutionen hinein zurückgreifen, die ihnen durch die Vertretung der BAG FW im Wirtschafts- und Sozialausschuss zufällt. Es erstaunt nicht, dass der Befragte diesen Zugang als gewichtet und als ein „besseres Instrument“ zur Einflussnahme einordnet. Diese Option, in Verbindung mit den Konflikten und „Machtkämpfen“ in und um die Plattform herum, führten zu einer Distanzierung („sich durchzukämpfen als nationaler Verband“, „nicht mehr so wichtig“) bei gleichzeitiger Rückbesinnung auf die „eigenen Zugänge“, die weiterhin genutzt werden können. Diese Bedeutung des WSA für die europäische Interessenvertretung wird in der Politikwissenschaft deutlich geringer eingeschätzt, wengleich die direkte Vertretung der deutschen Wohlfahrtsverbände einen Gewinn für die deutschen Akteure darstellte (vgl. Kap. 3.3.3). Die selbstbewusste deutsche Position der Wohlfahrtsverbände setzt sich auch auf der inhaltlichen Ebene fort: Allein die Wohlfahrtsverbände scheinen zu der zukünftigen Gestaltung eines europäischen Sozialmodells einen relevanten Beitrag leisten zu können: „wer wird es denn sonst übernehmen, wenn nicht die Wohlfahrtsverbände“ und „diese soziale Plattform [kann] da wenig [zu]beitragen“ (B 22, S. 22, 27-28).

Oldfashioned Opas?

Wie blickt nun die Plattform auf die etablierten deutschen Verbände und ihre Familien-netzwerke in diesem europäischen Spiel? Aus dieser Position wird ein „big gap“ zwischen den ausdifferenzierten Organisationsstrukturen deutscher Verbände und der vergleichsweise geringen Präsenz in Brüssel konstatiert. Aus Sicht eines Vertreters der Social Platform stellen die deutschen Verbände unzureichende Ressourcen für die europäische Arbeit zur Verfügung, da sie sich zu stark an der nationalen Politik orientieren. Die schwache Präsenz auf der Brüsseler Bühne wird durch einen Habitus ergänzt, der die deutschen Verbände in keine günstige Position bringt: Die deutschen Akteure wirken strukturkonservativ und schwerfällig, „like concerns“ und sie seien darüber hinaus in ihrer Behäbigkeit nahezu „shocked“ von Brüssel (vgl. A 7, S. 5, 10ff.). Der Plattformvertreter spricht den deutschen Verbänden ab, ihr umfangreiches nationales Kapital auf die europäische Ebene transferie-

ren zu können („gap“).³³¹ Die schwerfällige Ruhe der Verbände reicht aus der Perspektive des Befragten nicht mehr aus, um in Brüssel erfolgreich zu agieren.³³²

Den Familien-Netzwerken der deutschen Verbände wird ebenfalls keine mächtige oder starke Position zugesprochen, wenngleich sie starke nationale Mitglieder im Rücken haben.³³³ In dem starken nationalen „Tanker“ wird eher eine Gefahr gesehen: Dominieren einzelne deutsche Verbände die Familien-Netzwerke aufgrund ihrer hohen Finanzierung, könnten die Netzwerke ihren „europäischen Status“ einbüßen: Die Netzwerke können zu Lobbyinstrumenten einzelner Organisationen mutieren und dem Anspruch eines europäischen Netzwerks nicht ausreichend gerecht werden. Ferner verfügen die Familien-Netzwerke zumeist über eine geringe Ausstattung an Personal, so dass sie als „not strong“ abklassifiziert werden.

Ungeachtet der festgestellten „Schwäche“ erkennt der Plattformvertreter die Notwendigkeit für die deutschen Wohlfahrtsverbände, sich an dem Spiel im europäischen Feld zu beteiligen: Die europäischen Familiennetzwerke müssen ihre Kompetenzen und ihr symbolisches Kapital aus Imagegründen unter Beweis stellen:

“The stability of Caritas, for example, or Solidar, is as simply, because their national members are so strong in a way, they could not afford to have Solidar disappearing, and take for example Caritas Europa is not financed by the Commission, but they have projects funded by the Commission but the core secretariat is not financed by the Commission. But of course, because of the national members, which are very strong, they know that they need somehow also a representation in Brussels, they need to have Caritas Europa, it’s something about their capacity to network at the European level and also just a question also of image, to say, we have a, someone representing us in Brussels, and they can between them, between directors say, okay, I give you money, we arrange that” (C 1, S. 8, 34-49; S. 9, 1-16).

³³¹ Vgl. dazu die Einordnung der Familiennetzwerke: „Yes, there are networks that just work by themselves, because they are so well structured as you said, kind of ongoing. And in the same time, I’m agree, if I understand, if I understand the question it really depends because when you take Red Cross, Caritas, Solidar, of course they are very well structured, not also well structured by the AWO has a stronger structure, a stronger organization or force. And these were in a way okay, you can see that they are very slow very difficult to move, that they are a kind of conservative or whatever” (C 1, S. 7, 35-50; S. 8, 1-12).

³³² Diese Aussagen beziehen sich im Wesentlichen auf die Repräsentanzstrukturen der Verbände, die als erste „Lauschposten“ in Brüssel etabliert wurden. Die Entwicklung der Familiennetzwerke zu europäischen Stimme der Verbände nahm erst ab Mitte der 90er Jahre seine Entwicklung.

³³³ Vgl.: “I’m not sure they are strong because it’s not true, because when you take FAMILIENNETZWERK 1, they have three people in Brussels (...). That’s true, you know the ORGANISATION 2 or FAMILIENNETZWERK 2 (...) I mean, it’s all the time problem with money, because again, you don’t forget that these networks, there is lot of money out of Germany for huge German members but again FAMILIENNETZWERK 2 they have members across Europe so they could not, they were in a way, they could not only be financed by the German networks because otherwise you are no longer an European federation, they are a lobby for the German organization, you know that, so it is, at the European level, they are not strong. And ORGANISATION 3 for example, there is only a social policy officer, for FAMILIENNETZWERK 3, their national members are much bigger, but the one in Brussels, they are not strong” (C 1, S. 8, 34-49).

Die Begründungsmuster für die schwache Präsenz in Brüssel werden ausdifferenziert. Es werden verbandsbezogene Motive unterstellt, das eigene Familiennetzwerk zu fördern – aber dies reicht für ein Standing im Feld nicht aus. Die Familiennetzwerke sehen sich wie andere Netzwerke Finanzierungsproblemen ausgesetzt und müssen ebenfalls Projekte oder Fördermittel akquirieren, um existieren zu können. Dessen ungeachtet liegt ein Interesse vor, diese Netzwerke durch Mittel zu unterstützen, denn die nationalen bzw. internationalen Verbände benötigen ihre europäischen Netzwerke aus Repräsentativitätszwecken und Imagegründen („we have someone representing us in Brussels“). Um diesen Bedarf sicherzustellen, wird dafür „bezahlt“ („we arrange that“).

Die Art der Europaarbeit deutscher Verbände, einzelne Vertreter nach Brüssel zu entsenden, wird von dem Befragten in die Vergangenheit verlagert („it was like that before“). In dieser Phase verfolgten die Verbände die europäischen Prozesse aus ihrer spezifischen Verbandsperspektive. Durch die Delegation („you be in Brussels“) waren die Personen vor Ort und bündelten exklusives und quasi un-hinterfragbares Wissen, da im nationalen Gefüge kaum Personen dieses Wissen infragestellen konnten („you know things that no one knows“). Im weiteren Verlauf wird die Arbeit der Personen abgewertet: Auf dieser Grundlage sei es ein Leichtes gewesen, „zu Hause“ ein wenig über Europa zu plaudern, da zu diesem Zeitpunkt niemand etwas Genaues über Europa wusste. Diese Art des Lobbying wird als „old-fashioned“ beschrieben, das Lobbying wird als nicht-zielführend eingeordnet („getting nowhere“). Am Beispiel von Prozessen wie z.B. im Kontext des „Grünbuchs zu den Diensten der Daseinsvorsorge“ sei der Vertreter völlig außen vor gewesen (vgl. „completely out of the process“; C 1, S. 10, 24-44). Demgegenüber bilde sich in den europäischen Netzwerken eine neue Generation von NGO-Personal aus:

„It's not well-paid jobs, so you have young staff. You can't have the same kind of political richness of other people which are in the NGO movement for years, we are young, it's our jobs, so what we need, okay, we have been asked to lobby on the Convention, we have to check our technics, but we are not necessarily driven by the same, you know, it's our jobs, it's not life, you know, and that's very different“ (C 1, S. 19, 12-17).³³⁴

³³⁴ Vgl dazu auch: “They are young, (...) well qualified [and] also due to the kind of professionalisation of the whole lobbying, representation, the kind of structure in the Brussels situation, has become much much more, some kind of professional, basically” (C 5, S. 1, 36-44).

Die Bewertung dieser früheren Phase der Europa-Arbeit wird von nationalen Vertretern ergänzt:

„das ging mir am Anfang wirklich auch so, da merkt man, dass Netzwerke häufig so frei schweben in Europa, das ist bei NETZWERK ja auch so. Er hat in der Anfangszeit überhaupt gar keine Interessenten für seine Arbeit gefunden in den jeweiligen nationalen Wohlfahrtsverbänden, weil in der Anfangszeit Europa so ein Thema war, mit dem beschäftigten sich so Leute, die sonst nichts zu tun hatten oder irgendwelche Spinner, oder die delegiert wurden, weil man sie national nicht gebrauchen konnte. Es gab doch diesen Satz immer, *hast du einen Opa dann schick ihn nach Europa*, und so war das auch. Und wenn dann so einer auf der europäischen Ebene in einem Netzwerk war und gesagt hat, wir machen unheimlich wichtige Dinge, haben die anderen gefragt, was kann das schon sein?“ (B 22, S. 21, 26-36) [Hervorh. E.S.]

Im Rückblick wird die Europa-Arbeit als „freischwebend“ und ohne Verankerung vor Ort in Brüssel charakterisiert, ohne eine Vermittlung zu den eigenen Mitgliedsstrukturen. Der Ausdruck des „Schwebezustands“ als Zustandsbeschreibung dieser frühen Epoche kontrastiert Begriffe des „Standings“ und des „Settlens“ in vorangegangenen Sequenzen, die aktuelle Entwicklungen markieren. Das Schweben und Schwerelosigkeit begründet der befragte Europa-Referent eines Wohlfahrtsverbands mit dem mangelnden Interesse der nationalen Akteure gegenüber der europäischen Arbeit. Mit diesem Desinteresse ging ein Unkenntnis und Abwertung der europäischen Arbeit – und damit mit der Arbeit des Befragten – einher: Die Mitglieder sahen in den europäisch Engagierten „irgendwelche Spinner“, die sich den irrelevanten Themen widmeten. Ferner skizziert der Befragte die damalige Praxis, die europäische Arbeit als „Abstellgleis“ für Mitarbeiter zu verwenden. Diese damalige Haltung gegenüber der europäischen Arbeit mündet in dem Reim „haste einen Opa, dann schick ihn nach Europa.“ In diesem Ausdruck wird in zweifacher Hinsicht eine Entwertung der Europa-Arbeit deutlich: Zum einen werden die Personen abgewertet, die für die Arbeit im nationalen Kontext als unzureichend qualifiziert bewertet und an einen geographisch-entfernten Ort „abgeschoben“ werden. Zum anderen impliziert dies eine Abwertung von Europa als qualitativ bedeutsamer Arbeitsebene, da es als ausreichend wahrgenommen wurde, die europäische Arbeit im Sinne von Versorgungsposten zu verwenden – und nicht als eine Handlungsebene, die eines hohen Anforderungsprofils bedarf und den Akteuren den nationalen Rückenwind und die notwendigen Ressourcen garantiert, den sie auf europäischer Ebene benötigen.³³⁵

³³⁵ Dies impliziert nicht, dass die Europa-Engagierten dieses Anforderungsprofil kompetent ausfüllten, sondern bezieht sich in der Sequenz nur auf die Zuschreibung Dritter. Im europäischen Feld werden solche Prozesse mittlerweile lautstark kommentiert: So empörte sich im September 2007 Martin Schulz (MEP), dass der Vorsitz einer Expertengruppe zum Bürokratieabbau in der Europäischen Kommission des scheidenden Ministerpräsidenten Edmund Stoiber einen „Versorgungsfall“ darstelle, da Herr Stoiber keine Qualifikation in dem Bereich aufweisen könne (vgl. <http://www.tagesschau.de/inland/meldung494052.html>, 18.08.2007).

Machtlose Mickey Maus?

Im der hier konstruierten Kontroverse zwischen deutschen Verbandsvertretern und Vertretern der Social Platform geraten die neuen europäischen Netzwerke und Plattformen in die Kritik, wie bereits im Verlauf der Studie schon dargelegt wurde. Neben der Kritik an den Entstehungszusammenhängen wird die mangelnde Unabhängigkeit und der fehlende Bezug zur „Basis“ ohne Umschweife massiv kritisiert:

„Das ist für mich, entschuldigen Sie den Ausdruck, eine Micky-Maus-Organisation. Da sind drei Leute, die machen auf Europa. Werden von der Kommission bezahlt, aber wo ist ihre konkrete Arbeit? Wo ist ihre Rückbindung zu der Arbeit? Bei NETZWERK 1 genau das Gleiche, die erzählen, was die Kommission will, aber wo ist das, wo es weitergeht? Gehen Sie zu FAMILIENNETZWERK 1 da ist die Rückbindung zur Basis da. Gehen Sie zu FAMILIENNETZWERK 2, da ist die ORGANISATION 2, da ist die Rückbindung zur Basis da. Das ist doch etwas ganz anderes, das kann ich doch ernst nehmen. Und das ist für mich persönlich muss ich sagen, nee“ (C 3, S. 18, 32-40).

Die Social Platform wird mit dem Namen einer Comic- bzw. Zeichentrickfigur, Mickey Maus, charakterisiert. Diese Metapher verdichtet die Kritik der Abhängigkeit von der Kommission: Zum einen entsteht ein Vergleich mit einer von einem Dritten erdachten Figur. Zum zweiten stellt ein Comic eine „mit Texten gekoppelte Bilderfortsetzungsgeschichte abenteuerlichen, grotesken, oder utopischen Inhalts“ dar (vgl. Der DUDEN 5). Dabei artikulieren sich die Comicfiguren in Form von Sprechblasen. Zum dritten haftet Comic-Figuren ein jugendlicher Charakter an, der Erwachsenen zu Teilen suspekt erscheint. Die „Micky Maus“ als traditionelle Comic- und Zeichentrickfigur vereint diese Aspekte beispielhaft: Eine erschaffene, plakative Maus, die ihre ursprünglich anarchistischen Züge zugunsten eines tugendhaften Charakters eines Musterknaben eintauschte und nur selten ihr rebellisches Potenzial entfalten durfte. Durch diesen Vergleich wird die Plattform in ihrer „erschaffenen“, konstruierten und heteronomen Position als junges Kommissions-Kind konstruiert, das „heiße Luft“ in Sprechblasen produziert, deren Inhalt von einer anderen Instanz „vor-geschrieben“ wird. Durch diesen metaphorischen Vergleich verdichtet sich das zentrale Thema der Autonomie der Social Platform.

Die Formulierung im Anschluss „da sind drei Leute“ kritisiert die europäische Arbeit der Platform vor Ort in Brüssel. Die geringe Anzahl des verantwortlichen Personals dient als Kriterium der Bewertung. Interessant ist dabei, dass die „Gegenseite“ das gleiche Argument gegenüber den deutschen Verbänden verwendet. Allerdings weist der Ausdruck „auf Europa machen“ auf den theatralen Charakter der Netzwerkarbeit auf der Brüsseler Bühne, der aus Sicht des Befragten insbesondere von der Platform ausgeht. Die notwendige Inszenierung der Arbeit zeigte sich bereits in den Ausführungen zu dem symbolischen Kapital.

Der Befragte unterstellt den Akteuren jedoch nicht allein eine Inszenierungsleistung, sondern eine unwahrhaftige Handlungsweise, der andere Motive zugrunde liegen („die machen auf“). Der Interviewte unterstellt den Akteuren mit dem positiv aufgeladenen Begriff „Europa“ andere Interessen zu verfolgen. Die Geschichten von und über Europa werden somit von der Social Platform erzählt, ohne dass eine Identifikation mit dem eigentlich „wahren Europa“ (des Befragten) erfolgt. Zugleich erinnert dieser Ausdruck an den Schwebezustand, in denen sich die drei Personen befinden. Sie schweben in Europa ohne eine Rahmung bzw. ohne Berechtigung.³³⁶ Die Kritik fokussiert daran anschließend die finanzielle Abhängigkeit von der Kommission. Interessant dabei ist die Formulierung, dass die Personen nicht finanziert oder gefördert, sondern bezahlt werden, ohne dabei eine „konkrete Arbeit“ vorweisen zu können. Diese wird im Hinblick auf die Unabhängigkeit weiter zugespitzt, da das Netzwerk nur das artikuliere, „was die Kommission“ möchte. In dieser Interpretation werden Social Platform und andere europäische Netzwerke als verlängerter Arm der Europäischen Kommission konzipiert, die als Sprachrohr die Interessen der Kommission in das Feld hinein kommunizieren. Die Nähe der Akteure zum politischen Feld wird vollständig negativ konnotiert.

Die anschließende Aufzählung des Befragten bezieht sich auf Familiennetzwerke deutscher Wohlfahrtsverbände. Sie eröffnen mit ihrer Tradition und den gewachsenen Strukturen den Kontrast zu den „rückhaltlosen“ und gegenwartsbezogenen Netzwerken. Die Rückbindung zu einer Basis unterstreicht die Besonderheit dieser Netzwerke. Darüber hinaus spricht der Interviewte den Familien-Netzwerken aufgrund ihrer Entstehung, ihrer Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft eine „Ernsthaftigkeit“ zu, die einen Gegenpol zu der Figur von Mickey Maus markiert.

336 Vgl. dazu folgendes Zitat, das die Personenabhängigkeit der Netzwerkarbeit aufgrund mangelnder Strukturen und Background sowie eine Werteorientierung betont: „Ja, das mag sein. Aber es gibt auch viele Netzwerke, die sich Netzwerke nennen und nichts dahinter ist. Also, wissen Sie, wir müssen bei Europa sehr schwer aufpassen. Es gibt diverse Netzwerke, und wenn Sie nachgucken, was dahinter ist, dann ist das ein Mann, oder eine Frau. Und solange die Frau da ist, funktioniert das Netzwerk. Wenn die Frau oder der Mann weggeht, ist das tot. Man muss sehen, was für eine Gemeinschaft oder was für ein Netzwerk oder was für eine Organisation kann ich als seriös einstufen. Und nicht als eine singuläre Angelegenheit. So ein Netzwerk hat dann einen Sinn, wenn es von Personen, die gerade da sind, unabhängig ist und gerade in Europa haben wir also, ich wage mal zu sagen, 80% von Netzwerken sind personenabhängig, die sterben irgendwann und man hört nie mehr davon. Und gerade die sind es dann, die dann einfach konkret was machen wollen, sie haben ganz hehre Motive, also, will ich nicht in Abrede stellen, aber sie machen jetzt, was weiß ich, für Gender Mainstreaming oder was auch immer, was gerade in ist. Und das machen sie dann, das machen sie auch sogar gut. Aber irgendwann ist Schluss, weil die Organisation dahinter fehlt, die das weitermacht. Und ich glaube, die Organisation, die einen Background haben, die, wenn ich ORGANISATION 1 nehme, wenn ich ORGANISATION 2 nehme, ORGANISATION 3, ORGANISATION 4, die fragen garantiert danach. Und zwar nicht nur die deutschen Organisationen, also, auch die europäischen, die fragen nach den Werten. Wenn Sie in Frankreich ORGANISATION 5 nehmen zum Beispiel, die fragen auch danach. Also, ich glaube, diejenigen, wir brauchen das, sonst brauche ich doch hier gar nicht zu sein“ (C 3, S. 4, 9-30).

Insofern rückt sich der Befragte in eine gewichtige Position im Feld der europäischen Netzwerke Sozialer Arbeit: Die Nähe zur Kommission wird nicht als „Zentrum“ des Felds anerkannt, sondern aufgrund der Abhängigkeit und Instrumentalisierung abgewertet. Auf diese Weise rücken die (unabhängigen) Familien-Netzwerke mit ihrem spezifischen Verbandskapital aus der vermeintlichen Peripherie heraus. Die eigene Position wird als das eigentliche „Machtzentrum“ im Feld beschrieben, das zukunftsfähig sein wird. Kennzeichnend dabei ist die Betonung der Unabhängigkeit von finanziellen Zuwendungen, ohne jedoch das korporatistische Gefüge der deutschen Wohlfahrtspflege mitzudenken, die der eigenen Organisation diese starke Stellung erst ermöglicht. Die Wettbewerbsstrategie des Akteurs beruht auf dem traditionell erworbenen Kapital etablierter Organisationen, das er gegenüber den Neulingen im Feld zum Einsatz bringt.

Zu einer ähnlichen Einschätzung kommt ein weiterer Befragter, der bei der Gründung eines kommissionsgeförderten Netzwerks „Protestnoten“ verteilte (A 4, S. 4) und die Dominanz der Kommission in den europäischen Netzwerken kritisiert. Dennoch relativiert dieser Befragte die Einschätzung, dass die Plattform nur als Sprachrohr der Kommission agiere, sie haben sich nicht „einkaufen“ lassen (ebd.).³³⁷ Allerdings müsse man berücksichtigen, dass sich die Kommission Ansprechpartner auswählt, die „keine Probleme machen.“ Insofern führt der Befragte auch für andere Politikbereiche Organisationen an, die bewusst zu bestimmten Netzwerken nicht beitreten, um auf diese Weise den „Einmischungen“ und der „negativen Verzerrung“ im Feld“ zu begegnen (vgl. A 4, S. 5, 28-31).³³⁸

Diese Einschätzungen können kursorisch mit der Perspektive eines Vertreters der Europäischen Kommission ergänzt werden: Der Einfluss der Kommission auf die europäischen

³³⁷ Netzwerkvertreter, die nicht Familiennetzwerken angehören, sind gleichermaßen stolz auf ihre Unabhängigkeit von der Kommission, die unter den sozialen NGOs „eher selten“ vorzufinden ist: Ein Netzwerk aus dem Themenbereich behinderter Menschen finanziert sich mittlerweile zu einem größeren Anteil selbst, man ist ohne die EU-Funds „lebensfähig“ (vgl. A 3, S. 1, 25).

³³⁸ Dennoch wird die Sorge um die inhaltliche Rückbindung der vielfältigen Akteure auch von Netzwerkvertretern geteilt, die diese Rückbindung und finanzielle Unabhängigkeit durchaus wertschätzen und das bloße Zusammenbinden von Organisationen ebenfalls kritisieren:

„What I find more interesting in networks is, for example, the question of sectorial networks at the European level we have got a lot sectorial networks NETZWERK 1, NETZWERK 2, NETZWERK 3, whatever. That for me, is more of a worry, because, because they are sectorial. Some they just bring everyone together, but not necessarily thinking so much of what is the mission statement and not necessarily addressing the fact that there are political or philosophical differences in their approach to fight against THEMA. So, but that is again, I never worked for NETZWERK 1, when you take FAMILIENNETZWERK 1, FAMILIENNETZWERK 2 you feel that the philosophical background is much stronger behind that the people come with a sense of, you know, what they think of human being, about society, about family etc., but when you take, for example the NETZWERK 1, they have just the fight against THEMA, but they not necessarily have carried a reflection about THEMA 2 (...)and usually you know that FAMILIENNETZWERK 1, FAMILIENNETZWERK 2, FAMILIENNETZWERK 3, they are not financed by the Commission. They do have a more, a kind of a more comprehensive approach of a human being“ (C 1, S. 7, 35-50; S. 8, 1-12).

Netzwerke wird selbstbewusst betont, ohne diesen zu verschleiern. Die Europäische Kommission verbinde mit der finanziellen Förderung der europäischen Netzwerke das Interesse, auf diesem Weg die „Bürger“ zu erreichen und die thematische Gestaltung der Netzwerkarbeit zu beeinflussen. Die Tendenzen der Netzwerke, sich als unabhängige Akteure zu positionieren, werden hingegen kritisch betrachtet (vgl. C 7, S. 1, 48-49).

Ungeachtet der Aufwertung des Kapitals der großen Wohlfahrtsverbände auf der Grundlage ihrer traditionellen Identität zeigten bereits die vorangehenden Ausführungen, dass im europäischen Feld Zwänge entstehen, denen sich auch die europäischen Familien-Netzwerke nicht mehr entziehen können, da dies „einfach die Gegebenheiten des politischen Lebens“ in Brüssel darstellt (C 2, S. 9, 18-19). Darüber hinaus wird deutlich, dass die Europäische Union sich nicht allein auf die Wohlfahrtsverbände bei der Gestaltung eines „Europäischen Sozialmodells“ verlassen möchte. Insofern gerät die selbstbewusste und wertgebundene Position der großen Wohlfahrtsverbände zunehmend in Bedrängnis und in Erosion.

„Die Entwicklung ist da, das wird auch von der Union sehr gefördert, nebenbei gesagt, weg von diesen Großorganisationen, wie sie in Deutschland sind, denn diese Größe, die wir hier in Deutschland haben, ist ja fast einzig und da müssen wir uns auch noch umstellen. Denn unsere großen Zeiten sind vorbei, man kommt hin zu kleineren Einheiten“ (C 3, S. 4, 57-50; S. 5, 1-8).

7.5.4 Zwischenresümee III: Positionen, Identitäten und Strategien

Die Rekonstruktion des „Generationskonflikts“ zwischen nationalen Vertretern und europäischen Netzwerkvertretern exemplifiziert das Kraft- und Kampffeld um die Kapitalsorten im Feld, die als Verfügungsgewalt über spezifischen Ressourcen das Spiel determinieren (vgl. Schwingel 1995, S. 80). Diese Perspektive verdeutlicht, dass die unterschiedliche Verteilungsstruktur in den Feldern je spezifische Machtzentren entstehen lässt, um deren Definition fortwährend Auf- und Abwertungskämpfe geführt werden.

Insofern rekonstruieren sich in dem Generationenkonflikt der etablierten deutschen Verbände und der „jungen“ europäischen Netzwerke exemplarisch die Auf- und Abwertungsstrategien der Feld-Spieler, die das jeweils errungene Kapital des anderen abwerten bzw. eigenes Kapital aufwerten (vgl. Kap. 5.3). Darüber hinaus kündigt sich ein Wandel im Feld an, da der Status der ehemals Etablierten sich im Zustand der Konversion zu befinden scheint: Die jüngeren Netzwerke weisen als Gruppe zunehmend Ähnlichkeit und Kohäsion

auf, die ihre Überlegenheit gegenüber den tendenziell zersplitterten, partikular-orientierten Interessenvertretern begründen könnte (vgl. Elias/Scotson 1990, S. 12).

„Entsprechend nimmt das Vermögen, andere zu stigmatisieren, ab oder kehrt sich sogar gegen die stigmatisierende Gruppe, wenn sie nicht mehr in der Lage ist, ihr Monopol über die hauptsächlichlichen Machtquellen einer Gesellschaft zu wahren und andere, interdependente Gruppen – die vormaligen Außenseiter – von der Teilhabe an ihnen auszuschließen. Wenn sich das Machtgefälle verringert, die Machtbalance ausgeglichener wird, beginnen die früheren Außenseiter oft, sich zu rächen. Sie greifen zur Gegenstigmatisierung (...)“ (Elias/Scotson 1990, S. 15).

In dem dargestellten Generationenkonflikt ringen die Akteure um ihre Position im Feld und grenzen sich gegeneinander ab. Im praktischen Umgang werden jedoch zugleich Strategien der Annäherung und Kooperation pragmatisch verfolgt. Auch wenn sich die verbandsbezogenen Netzwerke oder Vertretungen zunächst von der Plattform fernhielten – die Mitarbeiter vor Ort benötigen mittlerweile den Kommunikations- und Kooperationszusammenhang der Plattform, um im Feld-Spiel zu bleiben. Für die operative Ebene der europäischen Netzwerke verbindet sich die Zuordnung zur Plattform mit einem Kapitalzugewinn und nicht mit einem Kapitalverlust im Sinne der Identitätsdiffusion oder Abhängigkeitsverhältnissen.

Lauer rekonstruiert in ihrer Studie Handlungsstrategien, die von den Akteuren durchaus parallel oder in Kombination angewandt werden. Die Strategie der *kritischen Ablehnung* rekonstruiert Lauer insbesondere anhand nationaler Verbandsvertreter, die europäische Netzwerke kritisch bis ablehnend bewerten. Die Befragten kritisieren den Legitimationsanspruch der Netzwerke sowie deren Abhängigkeit durch die Kommissionsförderung und favorisieren den Rückbezug auf nationale bzw. verbandsbezogene Einflusswege (vgl. Lauer 2005, S. 145f.). Zweitens erkennen andere Akteure die „Spielregeln auf der europäischen Ebene“ an und bilden Strategien des „*kritisch-strategischen Agierens*“ aus (ebd., S. 151). Mit dieser Anerkennung werden Netzwerkmitgliedschaften außerhalb der eigenen Organisationsstrukturen bei gleichzeitiger Unterstützung der familienbezogenen Strukturen möglich. In diesem pragmatischen Zugang wird bewusst das jeweilige „Kapital“ zum Einsatz gebracht bzw. zurückgehalten. Die dritte Handlungsoption beschreibt Lauer als Strategie der *unkritischen Anpassung*, die insbesondere von Akteuren des europäischen Felds verfolgt wird. Die Position der Befragten, die sich im europäischen Feld, d.h. in Brüssel, und nicht in nationalen Organisationen bewegen, befürworten aus pragmatischen Gründen die Finanzierung der Netzwerke und berichten von Vereinnahmungen, ohne dies für die eigene zivilgesellschaftliche Rolle zu problematisieren (ebd., S. 153).

Die rekonstruierten Strategien können in den Kontext der Kapitalverteilung miteinbezogen werden, da sich die strategische Ausrichtung von Akteuren aus der Perspektive Bourdieus mit der Position der Akteure verbindet. Die Perspektive der Kapitaltheorie eröffnet zugleich die Möglichkeit, die jeweiligen Strategien auf die Zentren und Peripherien des Felds zu beziehen, in welchen zugleich die Dialektik von national-bezogenen und europäischen Akteuren der Netzwerkkoordination offenkundig werden.

Die *Strategie der kritischen Ablehnung* kann demnach auch in ihrer Funktion als Abwertungsstrategie gegenüber dem neuen Kapital der kommissionsgeförderten Netzwerke analysiert werden, die darüber hinaus die Stärke der eigenen „Jetons“ im Spiel unterstreicht. Diese Strategie richtet sich zum einen konservativ auf den Erhalt der eigenen Kapitalsorten, zum anderen stellt sie eine riskante Strategie dar, da sie die Gegenreaktion der Netzwerke nach sich zieht.³³⁹

Die Rekonstruktion der Strategie der *unkritischen Anpassung* kann durch die Perspektive Bourdieus von ihrer bewertenden Bezeichnung entlastet werden: Wenngleich die Akteure eine Nähe zur Kommission favorisieren – die kritisiert werden kann –, so entfaltet sie ihre Wirkung als erfolgreiche Strategie des Kapitalerwerbs bzw. der Aufwertung der eigenen Kapitalsorten. Dies zeigt, dass sich für die europäischen Netzwerkvertreter das Feld aus einer anderen Wahrnehmungsposition heraus konfiguriert, die wiederum spezifische Strategien evoziert.

Insofern verdeutlicht sich, dass der Topos der „Autonomie“ je nach der Feldposition unterschiedlich interpretiert, bearbeitet und beantwortet wird.

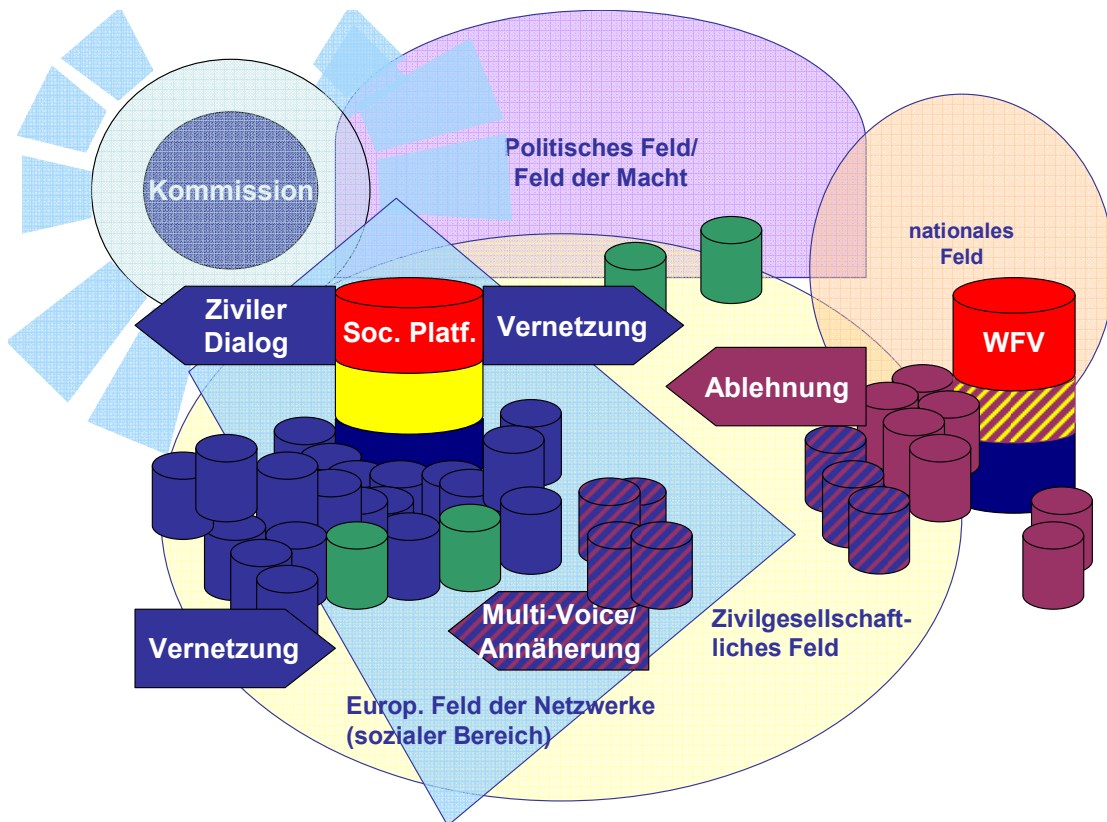
Die beiden Strategien der *kritischen Ablehnung* und der *unkritischen Anpassung* markieren zwei maximale Pole auf einem Kontinuum, die durch vermittelnde Strategien wie die *strategisch-pragmatische Annäherung* an die Feldzwänge oder auch eine professionelle Ausrichtung balanciert werden können.³⁴⁰

³³⁹ Diese Strategie verstellt den Blick darauf, dass die Akteure im nationalen Kontext von der gleichen „Abhängigkeit“ profitieren. Die enge Bindung an das politische Feld ermöglicht den Wohlfahrtsverbänden auf der europäischen Ebene die Unabhängigkeit einzufordern.

³⁴⁰ Das mehrgleisige Agieren auf verschiedenen Ebenen und das flexible Einsetzen des Kapitals wird an zwei Sequenzen deutlich:

„Man versucht halt, Balance zu halten, denn einerseits muss man ernst genommen werden als kompetenter sozialer Dienstleister, da hat zunächst einmal kirchliches Blabla nichts verloren. Andererseits wird man in den Institutionen gerade deswegen anerkannt, weil man eine Wertegrundlage hat, also es ist beides wichtig. Also, gegenüber dem Konvent tritt man ganz klar als christliche Einrichtung auf, da hat man viel leichter Gehör (...). In bestimmten Bereichen treten wir dann gemeinsam mit der Social Platform oder mit EAPN auf, (...) aber was wir natürlich vermeiden, ist ein Predigtton, also mir ist es schon passiert, dass ich mit (...) anderen ein Papier verfasst habe zum Governance-Weißbuch und das wurde vom Vorstand zurück geschmis-

Abbildung 9: Kapital und Strategien im Feld



Darüber hinaus können auf der Grundlage der Ergebnisse in Kapitel 7.4 weitere Strategien rekonstruiert werden, die die nationalen und transnationalen Vertreter vereinen: Die *Entwicklung eines transnationalen Konsens* als ein emergentes Handlungsmuster oder eine „Projektidentität“ (Castells 2002) stellt einen innovativen strategischen Bezugspunkt für die zivilgesellschaftlichen Praktiken dar.

Insofern kann die These entwickelt werden, dass zu dem hier eingefangenen Zeitpunkt die „Etablierte-Außenseiter-Figuration“ bzw. das Verhältnis zwischen Herrschenden und An-

sen und gesagt, das ist ja eine Predigt, das wollen sie nicht (...),dann fallen da bald die Rolläden runter, man muss einen pragmatischen, aber durchaus überzeugenden Zugang finden“ (C 2, S. 7, 11-28).

„Ich glaube, dass wir beispielsweise in Netzwerke reingehen mit Partnern, die völlig anders sind als wir, weil wir sagen, dort können wir unsere politischen Interessen durchsetzen. Also in dem Wirtschafts- und Sozialausschuss der EU, da ist, soweit ich weiß, die Gewerkschaften und die Lufthansa und so, da ist es ganz einfach wichtig, aus politischen Gründen rein zugehen. Bei dem Netzwerk BAG Freie Wohlfahrtspflege in Brüssel, da gibt so ein gemeinsames Grundverständnis, das wir immer formuliert haben. Da sind Kriterien eigentlich eher Kriterien wie, wie können wir sozusagen additiv ein großes Gewicht reinbringen. Es ist es sozusagen ein quantitatives Kriterium und dann gibt es natürlich auch wiederum Netzwerke, da sagen wir da ist so ein Kriterium europäisch zusammen zu arbeiten. Da sind wir wieder bei ET Welfare. Manchmal ist ein Kriterium entscheidend für ein ganz bestimmtes Netzwerk und dieses eine Kriterium ist immer wieder anders und so würde ich das vielleicht eher beantworten. Das hat etwas von Zufälligkeit, hat aber auch was von was Systematischem, weil wir ein Kriterium haben und gucken welches Netzwerk wäre da an dieser Stelle eigentlich geeignet“ (B 22, S. 20, 1-17).

wärtern sich im Zustand der Inversion befindet (vgl. Elias/Scotson 1990). Der „alte europäische Adel“ muss insofern durch die Strategie des pragmatischen Agierens sicherstellen, nicht in die Peripherie des Felds ausgeschlossen und als „old-fashioned“ stigmatisiert zu werden. Aufgrund der hohen Kapitalausstattung deutscher Akteure und aufgrund des Vorteils, sich „Europa“ von zwei Seiten annähern zu können – nämlich durch das kulturelle Kapital ihrer normativen Werte sowie über die Etablierung eines gemeinsamen Feinds – sollte dies eine erfolgreiche Strategie für die deutschen Verbandsvertreter darstellen. Dieser Veränderungsprozess impliziert ferner eine notwendige Transformation der Selbstwahrnehmung: Da die deutschen Akteure (insbesondere die Spitzenverbände) ihre nationale Sonderrolle nur bedingt auf der europäischen Ebene reproduzieren bzw. transferieren können, geraten sie an die Grenzen ihrer Definitionsmacht. Die etablierte verbandsbezogene Interessenvertretung genügt nicht allein, um sich im Feld der europäischen Netzwerke Sozialer Arbeit zu etablieren, sondern sie müssen sich den typischen Feldzwängen von Vernetzung und Kooperation annähern bzw. sich diesen „Modernisierungsprozessen“ im Feld unterwerfen. Andere deutsche Akteure, die nicht über ein solch umfangreiches Kapital wie die Spitzenverbände verfügen, könnten im Vorteil sein, da sie bereits früh in die europäische Netzwerkarbeit eingebunden sind (vgl. Ausführung zu dem Transnationalisierungsprozess Kap. 2; 6). Die deutschen Akteure müssen ihr Kapital erweitern und ihre Gemeinsamkeiten mit den anderen Akteuren suchen, um in der *Kooperation* weiteres Kapital für den *Konkurrenzkampf* zu erwerben. Dabei erwächst und „emergiert“ in den transnationalen Beziehungen eine Kapitalform im Sinne einer reflexiven „Transnationalität“, die von den Akteuren in hervorgebracht wird.

Die Entwicklungen und Konfliktlinien im Feld erweisen sich als anschlussfähig an die von Castells entworfenen Formen der Identität in der Netzwerkgesellschaft. Castells untersucht in dem zweiten Teil seiner soziologischen Analyse des Informationszeitalters die widerstreitenden Tendenzen von Globalisierung und Identitäten. Dabei analysiert er drei Formen des Identitätsaufbaus: Die *legitimierende Identität* entsteht in den herrschenden Institutionen und sucht diese auszuweiten und zu rationalisieren, wodurch sie u.a. die Zivilgesellschaft hervorbringt.³⁴¹ Die *Widerstandsidentität* wird von Akteuren hervorgebracht,

„deren Position oder Lage durch die Logik der Herrschaft entwertet und/oder stigmatisiert werden. Sie erreichen daher Barrikaden des Widerstands und des Überlebens auf der Grundlage von Prinzipien, die

³⁴¹ Castells lehnt den Begriff der Zivilgesellschaft an Gramsci an und schreibt der Zivilgesellschaft den Doppelcharakter zu, vgl. Castells 2002, S. 11f.

sich von denjenigen unterscheiden, die die Institutionen der Gesellschaft durchdrungen haben, oder diesen entgegenstehen“ (Castells 2002, S. 10).

Die defensiven Widerstandsidentitäten bringen Kommunen bzw. communities hervor, innerhalb derer die Ausschließenden durch die Ausgeschlossenen ausgegrenzt werden (vgl. ebd., S. 11). Drittens entsteht als neue Form die *Projektidentität* mit dem Ziel, Gesellschaft zu transformieren. Die Projektidentität bringt Subjekte – im Sinne kollektiver Akteure – hervor, die einen ganzheitlichen Sinnzusammenhang eröffnen. Nach Castells entstehen die Projektidentitäten eher auf der Grundlage der Widerstandsidentitäten in den Kommunen als auf der Grundlage der Zivilgesellschaft, die sich im Prozess der Desintegration befindet (vgl. ebd., S. 14). Wie sich die Identitätstypen konstruieren und der soziale Wandel entsteht, kann allerdings nur unter Berücksichtigung der historischen Bedingungen analysiert werden.

Diese Perspektive eröffnet für die europäischen Netzwerke *zweierlei Entwicklungswege*: Sie können einerseits zu legitimierenden Identitäten einer europäischen Politik heranwachsen oder aber zweitens die (nationalen und transnationalen) Widerstands-Identitäten in ihrer transnationalen Kommunikativität integrieren und auf diesem Wege eine Projektidentität ausbilden. Insofern stellt die Annäherung an die europäischen Netzwerke auch für die Akteure eine Chance dar, ihre defensive Widerstandsidentität zugunsten neuer kultureller Codes zu transformieren. Dabei könnte eine „vernetzte, dezentrierte Form der Organisation und der Intervention“ von sozialen Bewegungen der Vernetzungslogik der Herrschaft entgegenwirken sowie sie ergänzen: „Diese Netzwerke tun mehr als Aktivitäten zu organisieren und Informationen auszutauschen. *Sie sind die wirklichen Produzenten und Verteiler kultureller Codes*“ (Castells 2002, S. 386; Hervorh. i. Orig.).

Um nun den Binnenstrukturen der europäischen Netzwerke Sozialer Arbeit als Felder ungleicher Kapitalverteilung nachzugehen, wird anschließend die Kommunikation in den Netzwerken betrachtet.

7.6 „Kommunikation ist das Ein und Alles“

In den transnationalen Netzwerken Sozialer Arbeit verdeutlicht sich beispielhaft die Aufschichtung unterschiedlicher Interessenlagen, die innerhalb des transnationalen Organisationsrahmens bearbeitet werden muss. Dabei spielen machtvolle staatliche Interessen ebenso wie Ungleichheitsverhältnisse zwischen „Mitgliedern“ als dominierender Faktor eine zentrale Rolle. Die in Kapitel 7.5 aufgezeigten Kämpfe und Konflikte in den Netzwerken zeigen, wie sich die ungleiche Kapitalausstattung von Akteuren *zwischen* Netzwerken auswirken. Die folgenden Ausführungen betrachten die Auswirkungen auf die Kommunikationsprozesse *innerhalb* der transnationalen Netzwerke. Die reflexiv-kritische Bearbeitung dieser Machtverhältnisse in den transnationalen Organisationen stellt eine wesentliche Aufgabe für die Netzwerkkoordinatoren dar, da „durch Transnationalisierung Ungleichheiten abgesichert oder neu geschaffen“ werden können (vgl. Hamburger 2008, S. 266).

Für die folgenden Ergebnisse werden die feldtheoretischen Konzepte Bourdieus als Analyserahmen herangezogen. Bourdieu analysiert in einer Untersuchung zum ökonomischen Feld Organisationen bzw. Unternehmen mit dem Feldbegriff. Unternehmen werden in diesem Kontext nicht als einheitliche, homogene oder organische Einheit verstanden, die von einem rationellen Subjekt wie „dem Unternehmer“ oder „dem Management“ repräsentiert werden könnte. Unternehmen sind nach Bourdieu in Organisationen unterteilt und bilden verschiedene Gefüge von Akteuren, deren spezifische Interessen jeweils an eine dieser „Organisationen“ und Funktionen gebunden sind. Die Akteure bzw. Organisationen können aus vielen Gründen miteinander in Konflikt geraten, insbesondere wenn es um die Entscheidungsbefugnis über die Orientierung des Unternehmens geht“ (vgl. Bourdieu 1998, S. 71). In den organisatorischen Feldern bestimmt die Struktur des Kräfteverhältnisses zwischen den Akteuren ihre Position, aus der sich die Interessen und Dispositionen ergeben, die wiederum die Strategien generieren. Wie Dederichs/Florian in ihrer Studie zum Transportwesen herausarbeiten, lassen sich im Zuge des Bourdieuschen Ansatzes *zwei* zentrale Strategien in Organisationen unterscheiden: Neben Wettbewerbsstrategien werden interne Governance-Strategien entwickelt, die den Ressourceneinsatz und die Regelungen der Geschäftspraxis koordinieren und steuern, um nach außen als korporativer Akteur auftreten zu können. Die Governance-Strategien sind auf den Abstimmungs- und Verwaltungsbedarf, auf Personen- und Machtrelationen, Ressourcenverteilung und Grenzmanagement hin orientiert (vgl. Dederichs/Florian 2002, S. 86). Bezieht man dies auf die transnationalen

Netzwerke Sozialer Arbeit, wird deutlich, dass die Gestaltung von Kommunikationsabläufen, -prozessen sowie der Kommunikationsintensität einen zentralen Stellenwert im Kontext von Governance-Strategien einnimmt: „*Kommunikation ist das Ein und Alles*“, wie es ein Netzwerkkoordinator treffend formuliert (B 10, S. 16, 42).

Die Organisationskommunikations-Forschung wurde traditionell von mechanistischen Sender-Empfänger-Modellen dominiert. Dieses instrumentelle und lineare Kommunikationsverständnis ließ interpretative Prozesse oder machttheoretische Implikationen in Organisationen unberücksichtigt (vgl. Theis-Berglmair 1995).³⁴² Im Kontext der *qualitativen Befragung* wurde demzufolge kein mechanistisches Verständnis zugrunde gelegt; im Vordergrund standen die Deutungsmuster der Beteiligten in Bezug auf den Informationsfluss sowie auf die ungleichen Kräfteverhältnisse in den transnationalen Netzwerken, die in der Folge vorgestellt werden.

Die komplizierten Mitgliederstrukturen, die nationale, regionale oder lokale Akteure integrieren, stellen beachtliche Anforderungen an die Informationsweitergabe und -verteilung sowie an die Filterung der Informationen für die heterogen zusammengesetzten Mitglieder mit ihren je spezifischen Interessen. Neben dem Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnologie dient insbesondere das Medium der elektronischen Mail zum Aufbau des internen Kommunikationsmanagements.³⁴³ Dabei wies bereits Luhmann im Kontext formaler Organisationen darauf hin, dass der Begriff des Kommunikationsnetzes nicht allein die Weiterleitung von Informationen, sondern auch die Überschaubarkeit des Netzes sowie die Verarbeitung von Sinn impliziert (vgl. Luhmann 1976, S. 192).

Darüber hinaus stellt sich die Frage, inwieweit die heterogenen Mitglieder mit ihren je unterschiedlichen Positionen in den Netzwerken an Kommunikationszusammenhängen partizipieren können. Damit rückt die Verhandlungs- und Kompromissorientierung von Organisationen in den Mittelpunkt der zivilgesellschaftlichen NGO-Netzwerke: „*Zivilität war und ist eben auch Ausdruck und Resultat eines bestimmten Umgangs mit Konflikten*“ (Reichardt 2004, S. 67).

³⁴² Zur Analyse der organisationssoziologischen und organisationstheoretischen Bearbeitung von Kommunikation in Organisationen vgl. weiterführend Theis-Berglmair 1995.

³⁴³ Zur Bedeutung der elektronischen Mail in Organisationen vor dem Hintergrund von sozialer Integration, Beteiligung und Gleichheit vgl. Studie von Stegbauer 2005.

In der *quantitativen Befragung* zeigte sich vorab, dass die Motivation nationaler Vertreter, einem europäischen Netzwerk beizutreten, in dem Wunsch nach fachlichem „Informations- und Erfahrungsaustausch“ und „gemeinsamen Problemlösungen“ begründet liegt. Dabei schildern die Mitglieder von europäischen Netzwerken die Beziehungen im Netzwerk als eher mittelfristig. Bedeutsam ist hierbei, dass nur zu einigen anderen Organisationen Kontakte und Beziehungen unterhalten werden. Die Zusammenarbeit in dem jeweiligen Netzwerk manifestiert sich vor allem in Teamsitzungen und Email-Kontakten. Aufgrund des transnationalen Charakters der Netzwerke werden die Kommunikationsmedien für die Netzwerkmitglieder sehr bedeutsam. Andererseits müssen die virtuellen Kommunikationszusammenhänge in bestimmten zeitlichen Abständen bei Entscheidungs- und Abstimmungsprozessen durch gemeinsame Besprechungen und Treffen ergänzt werden. Die Arbeitsschwerpunkte von europäischen Netzwerken Sozialer Arbeit werden vor allem durch offene Abstimmungen festgelegt. Es existieren nach der Auffassung von 60% der Befragten in den europäischen Netzwerken interne Regeln zum gemeinsamen Arbeiten.

Der Informationsfluss von der Netzwerkkoordination hin zu den Mitgliedern wird von den befragten Wohlfahrtsorganisationen als „ausreichend“, von den befragten Bundesarbeitsgemeinschaften als „gut“ bis „ausreichend“ bewertet. Allerdings wird der Informationsfluss unter den Mitgliedern des Netzwerks nur als „ausreichend“ bewertet, eine vollständige Vernetzung der Mitglieder wird offenbar nicht erreicht. Die Mitglieder weisen darauf hin, dass Entscheidungen im Netzwerk vor allem in Form von offenen Abstimmungen erlangt werden. Ergebnisse der europäischen Netzwerkarbeit sind gemeinsame Veranstaltungen und Strategie- und Arbeitspapiere. Insgesamt bewerten die befragten Akteure den Nutzen der europäischen Netzwerkarbeit nur als „mittel“ (vgl. Hamburger/Lauer/Stauf 2004a/b).

Die „mittelmäßige“ Bewertung des Nutzens der Kommunikation in Netzwerken begründet sich zum einen in der komplexen Struktur der Netzwerke, zum anderen deutet sich aber die Abhängigkeit der Wahrnehmung von der jeweiligen Position der Akteure im Netzwerk an: Das Netzwerk bzw. die Organisation entsteht „im Kopf“ (Kieser/Klimmer 1998, S. 2), da aufgrund verschiedener interpretativer Schemata und impliziter Theorien über das Funkzionieren von Organisationen unterschiedliche Vorstellungen entstehen. Die Mitglieder verfügen über sehr unterschiedliche Ressourcen und können diese nicht gleichermaßen in die Netzwerke einbringen. Demzufolge verteilt sich das Netzwerkwissen bzw. der Wissensbestand sehr unterschiedlich bzw. kann in den Mitgliedsorganisationen auf unterschiedliche

interne Kommunikationsmöglichkeiten treffen: Das Wissen kann „versanden“ oder durch spezifische interne europäische Kommunikationsforen weiterbearbeitet werden. Insofern sehen sich nationale Organisationen und europäische Netzwerke auch vor der Aufgabe, den subjektiven Vorstellungen über die Organisation des Netzwerks diskursive Räume zur Verfügung zu stellen.³⁴⁴ Dabei werden zukünftig Instrumente wie Organisationsentwicklung, Systemmonitoring oder das Wissensmanagement eine beachtliche Bedeutung erlangen. Die komplexen Anforderungen können in eine „reflexive Vernetzung“ münden, die Windeler als das Innewerden und Überprüfen der Vernetzung durch das Wissen über die Netzwerke – als reflexive Mehrebenenregulation – konzipiert (vgl. Windeler 2001). Dabei müssen die beiden zentralen Ebenen der Netzwerkkoordination und die Ebene des Mitgliedersystems je spezifische Herausforderungen bewältigen.

7.6.1 Kommunikation von Mitgliedern und transnationalem Netzwerk

Die Kommunikation in den transnationalen Netzwerken wird von den Befragten unterschiedlich wahrgenommen. Die allgemeinen Einschätzungen von Mitgliedern verschiedener Netzwerke reichen von „auf einem niedrigen Niveau“ (B 21, S. 4, 4), „schwach entwickelt“ (B 22, S. 17, 50), „unzuverlässig und relativ unverbindlich“ (B 11, S. 9, 17-18) „anekdotisch (...) mit Highlights ohne kontinuierliche Geschichte“ (B 9, S. 9, 27) bis hin zu „sehr lose und auf sehr freiwilliger Basis“ (B 1, S. 18, 26-27), „gut“ (B 20, S. 6, 34), „unproblematisch, ermutigend und bestätigend“ (B 18, S. 5, 44-45) oder „holprig mit Verflüssigungstendenzen“ (B 19, S. 18, 39). Die Entwicklungspotenziale werden häufig von den Netzwerkvertretern unterstrichen: Die Kommunikation könne sich von einer „Einbahnstraße“ in eine „Straße (...) in der der Verkehr in alle Richtung geht“ verändern (B 4, S. 15, 4) oder eine weitere Vertiefung erfahren: „we have to deepen the communication“ (A5b, S. 5, 30-31).

Ohne einzelfallbezogen die Einschätzungen analysieren zu können, lassen sich verschiedene Kommunikationsformen in den Netzwerken unterscheiden: Loser strukturierte Netzwerke kommunizieren zumeist über einen umfassenden Email-Verteiler und informelle Kontakte. Netzwerke mit einem höheren Institutionalierungsgrad bilden demgegenüber bereits Instrumente wie wöchentliche Rundbriefe, Info-Mails, Newsletter und Mitglieder-

³⁴⁴ Zum Wissensmanagement in Organisationen und Netzwerken vgl. Windeler 2001; Willke 2001.

bereiche auf den Webseiten aus und beschäftigen teilweise hauptamtliches Personal für das Management der Kommunikation.

In den befragten Netzwerken wird neben den Kommunikationstechnologien dem persönlichen Kontakt – z.B. auf gemeinsamen Treffen in Vollversammlungen, Arbeitsgruppen und Gremien – eine hohe Bedeutung zugesprochen. Darüber hinaus stellen Konferenzen oder Tagungen Anlässe dar, zu denen das Netzwerk zusammenkommt. Dieser Mix aus formeller und informeller Kommunikation auf „vielen Kanälen“ ist für die transnationalen Netzwerke zentral: Davon „kann man gar nicht genügend haben“ (B 10, S. 16, 48). Insofern ist den europäischen Netzwerken gemeinsam, dass sie der persönlichen Kommunikationskultur und der „Pflege der zwischenmenschlichen Beziehungen“ (B 18, S. 12, 42-43) eine große Bedeutung für die gelingende Netzwerkarbeit beimessen (A 3, S. 3; B 22, S. 27) wie bereits die Ergebnisse Kapitel 7.4 zeigten. „Was wichtig ist, damit ein Netzwerk auch funktioniert, sind eben feste kontinuierliche Strukturen, die durch Persönlichkeiten als Knotenpunkte präsentiert werden“ (B 9, S. 14, 31-32). Eine starke Personalisierung der Kommunikation birgt hingegen die Gefahr, dass bei Fluktuation des Personals die Kommunikation zum Erliegen kommt (vgl. A 4, S. 5). Überwiegt aber der informelle Charakter z.B. in loser-strukturierten Netzwerken, kann dies Probleme und Konflikte mit sich führen. Ein europäischer Netzwerkkoordinator eines Grasroot-Netzwerks hofft auf zunehmende formalisierte Kommunikationszusammenhänge, da „the informal stresses me out“ (A 6, S. 2). Das „Familiäre“ stelle auch ein Problem dar, wenn „fürchterliche Vereinsmeierei und Verletztheiten“ ausgetragen werden (B 11, S. 9, 12). Losere Zusammenhänge führen auch insofern zu Problemen, da durch eine formlose Mitgliedschaft keine Verbindlichkeiten in der europäischen Netzwerkarbeit entstehen. Diese (notwendige) Verbindlichkeit kann erst über Mitgliedsbeiträge als „psychologische Krücke“ sichergestellt werden (C 4, S. 5, 25).³⁴⁵

Darüber hinaus bilden sich in den in den Binnenstrukturen transnationaler Netzwerke „soziale Netzwerke“ aus (vgl. Kap. 3.3.1): Es entstehen Kreise „aktiver Personen“ und „Euro-painteressierter (...), die ein informelles Netzwerk“ darstellen (B 22, S. 12, 47; S. 13, 12). Die Entstehung von privilegierten Kommunikationskreisen (vgl. C 2, S. 11) wird in Kapitel 7.6.2 vertiefend dargestellt.

³⁴⁵ Luhmann unterstreicht, dass strukturlose Kommunikationsnetze am leistungsschwächsten sind und sich nur für kleine Systeme eignen, da eine planmäßige Verteilung der Informationen erschwert wird (vgl. Luhmann 1976, S. 197).

Ungeachtet der zentralen Bedeutung informeller Strukturen und des Vertrauens unter den Akteuren fungieren die formalen Strukturen als Konfliktlösungsmodelle der Netzwerkarbeit. Innerhalb der formalen Ausgestaltung der Kommunikation wird die „richtige Dosis“ und die Zielgenauigkeit der Informationen betont, damit die Kommunikationsinhalte von den Mitgliedern wahrgenommen werden. Ebenso wichtig sind Besuche bei Mitgliedern vor Ort, die so genannte „Netzwerk-Gesichtspflege“ durch den „Grüß-Gott-August“ (B 10, S. 13, 23).

Wie sich bereits andeutet, liegen unterschiedliche Wahrnehmungen und Einschätzungen der Kommunikation in den Netzwerken vor. Über die Ressourcenfrage hinaus, müssen die transnationalen Akteure – ebenso wie nationale Organisationen oder NGOs – die unterschiedlichen Perspektiven auf die transnationale Netzwerkarbeit ausbalancieren. Das *Verhältnis dieser beiden Ebenen* beeinflusst das Netzwerkgeschehen in beachtlichem Ausmaß. Dies zeigt sich an der Wahrnehmung und Beurteilung des Kommunikationsflusses, wenngleich beiden Seiten in diesem Kontext eine „Hol- und Bringschuld“ zukommt, die ein Kommunizieren ermöglicht (vgl. B 17, S. 14, 4).

In Bezug auf die europäische Arbeit werden – wie bereits in Kapitel 6 dargestellt – die Informationen, die auf die nationale Ebene zurückfließen, oft als „information overkill“ (B 1, S. 9, 16) und als eine Flut von Informationen wahrgenommen: Papierstöße oder E-mails, durch die man „zugeknallt“ wird und sie dann zur Seite legt (B 17, S. 7, 41-46). Dadurch „verpuffen“ Informationen und fließen „dann nicht immer so in die Kanäle, wo sie vielleicht hin müssten“ (B 4, S. 4, 6-7) und dies führt dann zu „Papier-Rehabilitation“ (B 17, S. 7, 40). Die kommunikative Überlastung an bestimmten Stellen des Kommunikationsnetzes wird insbesondere vor dem Hintergrund der geringen Ausstattung der nationalen Europa-Referenten deutlich.

Dabei überwiegen bei den nationalen Mitgliedern die kritischen Stimmen, die insgesamt die Kommunikation mit der europäischen Ebene des Netzwerks negativ bewerten, wobei dies häufig an Personen im Netzwerk gebunden wird (vgl. B 22, S. 12, 40-48). Die Mitglieder möchten regelmäßig und zeitnah über die wichtigsten und für sie relevanten Ereignisse informiert werden (B 14, S. 9, 27-32). Indes ist es aufgrund der Heterogenität der Mitglieder für die Netzwerkkoordination schwer einzuschätzen „what the members want, (...) what’s useful for them“ (C 5, S. 14, 42). Da die Informationen „enormous“ sind und da es in Brüssel besonders wichtig sei, Informationen zum *richtigen* Zeitpunkt zu erhalten, entscheiden sich manche Netzwerkvertreter dazu, umfangreiche Informationen zu versen-

den, „and then it's up to the national members to decide what to do with the informations“ (C 1, S. 11, 13-14). Die europäischen Akteure verstehen sich als „Facilitator“, der die Informationen zeitnah weitervermittelt, aber keine Vorauswahl für die Mitglieder trifft. Diese allerdings beklagen, dass im europäischen Kontext die Themen, „die für uns relevant sind, irgendwo so versteckt sind“ (B 17, S. 8, 42-43), so dass der Wunsch nach einer Spezifikation der „relevanten Informationen“, die „gezielter auf meine Bedürfnisse abgestimmt sind“, nach wie vor besteht (B 5, S. 1, 13-14). Einige Netzwerke versuchen, die Bedürfnisse nach ausgewählten und vorgefilterten Informationen durch ein spezifisches Mailsystem zu erfüllen, innerhalb dessen die Mitglieder zielgruppenspezifisch bestimmte Themen vorab auswählen können:

„um eben genau dieses Interesse zu bedienen und die Leute nicht mit Informationen zu belästigen, die sie nicht haben wollen. Wo wir zwar häufig davon überzeugt sind, dass sie die auch haben sollten, aber sie wollen es einfach nicht (...). Man muss auch sehen, die Leute haben alle ein durchaus bemessenes, beschränktes Aufnahmevermögen. Die haben ja noch ein Leben außerhalb von ORGANISATION und dann muss man sehen, dass man möglichst genau deren Interessenlage mit bestimmten Informationen bedient damit sie sie wahrnehmen, sonst gehen die im allgemeinen Hintergrundrauschen unter, information overload nennt man das so schön“ (B 10, S. 17, 17-25).

Die Flut an Informationen und Informationsmaterial führt in den nationalen Organisationen einerseits zu Unsicherheiten, da man nicht wisse, „wie ich damit umgehen soll“ (B 1, S. 9, 30), andererseits führt die unüberschaubare Menge dazu, dass man „drüber weg“ schaut (B 17, S. 14, 7). Daher stellen sich für eine gelingende Kommunikation für beide Seiten hohe Anforderungen.

„es muss auch an der Qualität der Information ein höherer Maßstab angesetzt werden und es müsste wahrscheinlich auch eine klare Zuständigkeit sein, so dass es jemand vorfiltert und dann komprimiert weiterleitet und das ist eine Aufgabe, die eben schwer zu finanzieren ist, wir reden auch um Stellenanteile und im Augenblick ist es so, dass die Europa-Kommunikation nebenher läuft“ (B 1, S. 9, 20-25).

Darüber hinaus wird beklagt, dass kein „Mechanismus“ existiert, der das gegenseitige Informieren und Weiterkommunizieren zwischen Netzwerk und Mitgliedern systematisch sicherstellt. Denn nicht allein die Verbreitung der Informationen durch die europäischen Netzwerke wird kritisiert, die nationalen Mitglieder sind durchaus selbstkritisch und unterstreichen, dass man sich selbst „am Riemen reißen“ müsse, um die relevanten Informationen an die europäische Netzwerk-Ebene weiterzugeben (B 1, S. 8, 43-44). Ein Befragter wirft kritisch die Frage auf, was geschehen würde, wenn all die Anforderungen der Mitglieder nach relevanten, gefilterten und systematischen Informationen erfüllt würden – könnten die nationalen Organisationen diese dann angemessen verwenden und umsetzen,

„würden wir es dann schaffen?“ Die Kapazitäten der nationalen Organisationen bleiben der eigentliche „Engpassfaktor“ der transnationalen Netzwerkarbeit (B 17, S. 10, 20-23).³⁴⁶

Dies weist auch darauf hin, dass trotz der heterogenen Erwartungen an die Netzwerke die Mitglieder nur in unterschiedlicher Weise an der Kommunikation und Netzwerkarbeit teilnehmen. Insofern versuchen die europäischen Netzwerke die Beteiligung sicherzustellen, wenngleich sich meist nur die Mitglieder beteiligen, die ohnehin aktiv sind (A 5, S. 3, 45-49). „Es gibt diejenigen, die (...) immer wieder kommen und diejenigen, die sagen, wir wollen von vornherein auch nur Nutznießer sein, wenn es irgendwelche Infos gibt, Einladungen brauchen wir gar nicht, wir können eh nicht kommen“ (B1, S. 17, 30-34). Ein Netzwerkvertreter verzeichnet die größere Aktivität unter den Mitgliedern, in deren Reihen „EU-Experten“ arbeiten (A 1, S. 3, 2-4). Die unterschiedliche Beteiligung der Mitglieder führt auch zu Frustrationen bei den Netzwerkkoordinatoren:

„Wenn die anderen sich immer nur aus dem Fenster lehnen, aber im Grunde genommen kommt da kein Feedback und es sind immer nur eine Handvoll Leute (...). Sie haben immer welche, die arbeiten mit diesen Engagierten und (...) andere denken, „na gut dann lassen wir die mal und so lange das jetzt gut läuft, halten wir uns da zurück““ (B 13, S. 10, 47-50).

Von dieser Konsumentenhaltung der „schlafenden Partner“ habe man „dann doch die Nase voll (...). Wenn ihr euch nicht einbringt, könnt ihr genauso gut außen vor bleiben“ (B 13, S. 11, 13-16), denn ein Netzwerk sei nur stark, wenn sich „jede Organisation einbringt“ (B 13, S. 11, 36-37). Allerdings können aktive Mitglieder auch auf Widerstände stoßen. Ein Mitglied schildert die Frustration, dass die eigene Interessenbekundung, sich beteiligen zu wollen, von dem europäischen Netzwerk nicht aufgegriffen wurde: „da ist alles schon geplant (...) man ist auch gar nicht interessiert, Neue mit rein zu nehmen. Das ist sehr müßig und frustriert auch“, vor allem die Mitglieder, die einen aktiven Part einnehmen möchten (B 20, S. 6, 34-45).

Neben dem unterschiedlichen Engagement der Mitglieder und der Informationsflut stellen sich für alle Beteiligten die kurzen Zeitspannen von europäischen Konsultationsprozessen als hinderlich für einen Informationsaustausch dar (vgl. Kap. 3.4). Die kurzen Feedback-Zeiträume erlauben es den europäischen Netzwerken bzw. ihren Mitgliedern kaum, die Informationen in den eigenen Strukturen zu diskutieren und ein Feedback an das Netzwerk zurückzuspiegeln: „It’s just going so fast, that our national members don’t have the time to

³⁴⁶ Ein Befragter sieht darin auch ein größeres Problem als eine Konsensfindung in den europäischen Netzwerken. Das „Flohe hüten“, um einen gemeinsamen Konsens zu erreichen, kann auf der Grundlage des Vertrauens erzielt werden. Aber um diese Ergebnisse in den „Herkunftsorganisationen“ weiterzutransportieren, sei eine große Herausforderung (vgl. B 10, S. 17, 30-45).

respond so rapidly“ (C 1, S. 11, 23-24). Insofern können die Feedback-Prozesse unterschiedlich genutzt werden, da die europäische Netzwerkkoordination nicht beeinflussen kann, in welcher Art und Weise die Mitglieder die Informationen in ihren eigenen Strukturen weiterleiten (vgl. A 1, S. 3, 4-8). Die deutschen Mitglieder werden in diesem Kontext von den europäischen Akteuren als nicht besonders aktiv beschrieben, sie reagieren eher kompliziert und unflexibel, da sie für die Entscheidungsfindung einen sehr langen Zeitraum in den eigenen Strukturen benötigen. Zugleich seien sie aber zuverlässige Partner (A 3, S. 3, 25-30).

Allerdings blocken die Mitglieder die direkte Kommunikation ihrer eigenen Mitglieder mit dem europäischen Netzwerk ab: „Die sagen, wollen wir nicht, aus dem einfachen Grund, weil wir mit unserem Newsletter eben teilweise einen besseren Service liefern als die ihrer nationalen Organisation liefern. Die möchten sich natürlich vor ihrer Basis nicht blamieren“ (B 10, S. 16, 7-10). Auch die Social Platform erkennt bei Platform-Mitgliedern die Tendenz, die eigenen Mitglieder nur bedingt über die Social Platform zu informieren (A 7, S. 4, 37-45). Daher verwundert es zum Beispiel nicht, dass die deutschen Landes- oder Regionalverbände nur bedingt über die europäischen Netzwerke informiert sind, über die sie durch ihren Bundesverband vertreten werden. Dies mündet in Aussagen, dass diese Netzwerke, obgleich eine indirekte Mitgliedschaft besteht, ein Eigenleben führen (vgl. B 4, S. 14, 40-41). Daran anknüpfend empfiehlt ein Netzwerkkoordinator, die Organisationen an der Basis mitzuinformieren, damit die nationale Ebene auch „von unten Druck“ erhält: „So kriegen sie Dynamik rein. Wenn sie versuchen von oben nach unten, können Sie das beerdigen“ (B 10, S. 15, 36-39).

Diese Ergebnisse verdeutlichen, dass der Kommunikation in transnationalen Kooperationsbeziehungen eine zentrale Bedeutung zukommt. Die Netzwerkkoordinatoren sehen sich vor der Herausforderung, mit den möglichen Ressourcen den optimalen Kommunikationsstil zu finden und die unterschiedlichen Erwartungen auszutarieren („balance that up“). Ferner stellt das Wissensmanagement sowie die Filterung der wichtigen von unwichtigen Informationen eine Zukunftsaufgabe dar, die an Komplexität zunehmen wird. Insofern ist die Prognose zu wagen, dass zukünftig Methoden der Organisationsentwicklung, Evaluationsinstrumente und der diskursiven Aushandlungsräume für die europäischen Netzwerke eine bedeutende Rolle einnehmen werden. Die „reflexive Vernetzung“ scheint unumgebar.

Die folgenden Ausführungen betrachten nunmehr die im Spannungsfeld von „Kommunikation und Organisation“ entstehenden Machtbeziehungen und Koordinationsmechanismen in den europäischen Netzwerken (vgl. Theis-Berglmair 1995, S. 189).

7.6.2 Kommunikation und Ungleichheit

Die europäischen Netzwerke entwickeln aufgrund ihrer spezifischen Entstehungsbedingungen und -geschichte sowie der unterschiedlichen Mitgliedsstrukturen eine je spezifische Gestalt. Im Kontext dieser Studie wurde auf fallbezogene Rekonstruktionen verzichtet, allerdings können auf der Grundlage der Stichprobe die Perspektiven von Mitgliedern und Netzwerkkoordinatoren zu bestimmten Aspekten einzelner Netzwerke wie z.B. der Intensität der Kommunikation und Machtunterschiede im Netzwerk verschränkt werden. Dabei ist zu beachten, dass die Erkenntnisse aus dieser Perspektivenverschränkung in keiner Hinsicht die Gesamtheit der Faktoren analysieren kann, die für die Entstehung von Netzwerk- und Kommunikationsstrukturen bedeutsam werden. Die folgenden Beispiele fokussieren insofern nur einen auf dem Datenmaterial generierten Ausschnitt, die eine Momentaufnahme der von den Befragten wahrgenommenen Konfliktlagen in den Netzwerken darstellt.

Betrachtet man die Intensität von Kommunikationsbeziehungen in Netzwerken, werden ungleich verteilte Kräfte- und Kapitalverhältnisse unter den Mitgliedern oder zwischen Mitgliedern und der Netzwerk-Koordination erkennbar. Neben den *formalen* Kommunikationsstrukturen und Koordinationsmechanismen, die durch die Konstitution der europäischen Netzwerke z.B. als Verein nach belgischem Recht entstehen, bilden sich auf der informellen Ebene Machtbeziehungen aus, die aus der Bourdieu'schen Perspektive mit der ungleichen Verteilung von Kapital zwischen den Akteuren begründet wird. Dies ist für alle Organisationen und Netzwerke bezeichnend und lässt sich in einer fallorientierten Rekonstruktion für einzelne Akteure detailliert nachzeichnen. Für die vorliegende Studie sollen nur exemplarisch anhand der Kommunikationsintensität in den Netzwerken einige ungleiche Kräfteverhältnisse aufgezeigt werden. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Phänomene nicht auch in anderen transnationalen Netzwerken wiederzufinden sind: Alle Netzwerke sehen sich auf ihre Art und Weise mit der Heterogenität ihrer Mitglieder, mit armen und reichen, mit großen und kleinen, mit aktiven und inaktiven Organisationen, mit Verweigerern und Motoren, mit politischen Lobbyorganisationen und Dienstleistern oder mit unterschiedlichen politischen Gruppierungen konfrontiert.

Deutsche Dominanz

Für zwei befragte Familien-Netzwerke deutscher Spitzenverbände der Freien Wohlfahrts-
pflege kann die These formuliert werden, dass auf der Grundlage des umfassenden öko-
nomischen Kapitals sowie aufgrund der zentralen Rolle beim Aufbau der Familien-
Netzwerke eine Dominanz der deutschen Bundesverbände wahrgenommen wird, die
Kommunikations- und Entscheidungsprozesse des Netzwerks beeinflusst. Dabei entwi-
ckeln sich unterschiedliche Umgangsformen und Deutungsmuster.

In einem Familiennetzwerk bewertet der Vertreter des Bundesverbands die Situation, der
große „Zahlmeister der Veranstaltung“ zu sein, positiv (B 10, S. 10, 47): „weil unser Ver-
band ist eben relativ einflussreich (...), und wenn ich da Einfluss nehmen will, dann kann
ich das immer“ (B 3, S. 13, 22-24). Die besondere Position des Verbands, Gründungsmit-
glied sowie Financier des Netzwerks zu sein, manifestiert sich in einem ausgeprägten öko-
nomischen und kulturellen Kapital, dass die partikulare Einflussnahme umfassend ermög-
licht – was auch bewusst durchgesetzt wird. Demgegenüber bewertet ein anderes deutsches
Mitglied sowie die operative Netzwerk-Ebene die Situation kritischer.

„da werden natürlich auch die größten Zahler dann natürlich auch irgendwo vertreten sein und die werden
ihr Gewicht reinwerfen, so nach dem Motto, ‚wenn gar nichts mehr läuft, dann müsst ihr euch halt einen
anderen Zahlmeister suchen.‘ Auf dem Niveau wird zwar nicht offiziell diskutiert aber unterschwellig
schwingt das natürlich schon mit, wenn dann irgendeine kleine Organisation die 500 DM oder 500€ Bei-
trag leistet sagt, ‚nee nee sind wir alle dagegen, da machen wir jetzt mal Lobbying dagegen, was die da
alle wollen‘, da wird man schon sagen, ‚also Freunde, wir sind zwar paritätisch, aber ganz so paritätisch
sind wir dann doch nicht.‘ Aber das spricht man nicht aus, das lässt man nur so anklingen“ (B 10, S. 14,
30-39).

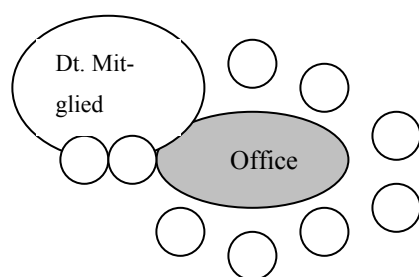
Die Sequenz verdeutlicht, dass Entscheidungen und strategische Ausrichtung durch ein
kapitalreiches Mitglied beeinflusst werden kann. Das ökonomische „Gewicht“ wird in Ent-
scheidungsprozessen als Sanktionsinstrument bzw. als „Drohung“ unterhalb einer offiziel-
len Ebene eingesetzt, um weniger mächtigen Organisationen zu verdeutlichen, dass nicht
sie die Richtung des Familien-Netzwerks bestimmen können. „Unterschwellig“ klingt das
Signal an, dass die Gleichberechtigung im Netzwerk nicht bis in letzter Konsequenz be-
steht: Im Ernstfall werden die ökonomisch-mächtigen Mitglieder versuchen, ihre Interes-
sen durchsetzen.³⁴⁷ Allerdings lassen sich auf der europäischen Ebene der Netzwerkkoo-
rdination Tendenzen feststellen, eine zunehmende Loslösung aus der von dem deutschen

³⁴⁷ Dies stellt selbstverständlich kein alleiniges Charakteristikum der Familiennetzwerke deutscher Wohl-
fahrtsverbände dar. Andere europäische Netzwerktypen sehen sich ebenfalls vor der Herausforderung, die
Heterogenität ihrer Mitglieder ausbalancieren zu müssen.

Verband dominierten Arbeit zu erreichen und die „deutsche Präsenz“ zu relativieren (vgl. A 5, S. 4, 6-12). Da der deutsche Verband keine eigene Repräsentation in Brüssel unterhält und in seiner europäischen Interessenvertretung auf das transnationale Netzwerk angewiesen verbleibt, manifestiert sich in dieser Präsenz der Zwang, eigene Interessen im Netzwerk durchsetzen zu müssen.

Darüber hinaus bildet sich in dem Familiennetzwerk aufgrund des spezifischen kulturellen Kapitals eine deutsche Gruppierung aus, die sich durch ein „ausgesprochenes Sprachhandicap“ (B 10, S. 10, 24) auszeichnet und nur unzureichende Englischkenntnisse aufweist. Daraus sei der Wunsch erwachsen, Deutsch als Verkehrssprache im Netzwerk einzuführen, obgleich dies finanziell nicht möglich sei. Ein Mitglied des Netzwerks beschreibt, wie der deutsche Verband seine mächtige Position zum Einsatz bringt und „ein bisschen Zünglein an der Waage“ spielt (ebd., 45): „und dann sagen die natürlich dann gelegentlich auch, ‚ja, wir zahlen hier den ganzen Verein, aber müssen uns womöglich nicht in Französisch unterhalten, was keiner von uns gut kann‘“ (ebd., S. 11, 1-3). Die Dominanz setzt sich auf der Ebene der Sprache fort, da die eigenen Ressourcen nicht ausreichen, um der Netzwerksprache Englisch zu genügen. Der Wunsch nach der Verkehrssprache Deutsch kann als Beispiel für die Selbstverständlichkeit der eigenen Dominanz bewertet werden. Der Befragte des Verbands verortet diese Problematik im Kontext einer „Generationenfrage“, die sich erledige, wenn die „älteren Herrschaften“ ausscheiden (B 3, S. 14, 14-15).

Dominanz und Kommunikationsintensität



Dominanz in (deutschen) Familiennetzwerken

Kleines Office und dominantes deutsches Mitglied/Mitgliedergruppe

Das zweite Familiennetzwerk befindet sich zum Zeitpunkt der Befragung in einem Übergangsstadium und es muss – ungeachtet der vorhandenen Gemeinsamkeiten der Mitglieder – das Trennende überwinden. Das „Trennende“ lässt sich auf der Grundlage der Interviews in den unterschiedlichen Erwartungen verdeutlichen, die Mitglieder an das Familiennetz-

werk entwickeln: Der deutsche Verband erwartet eine Positionierung als Lobbying-Netzwerk, andere Mitglieder betonten dagegen die Service-Funktion des Netzwerk, so dass die Netzwerkkoordination „den Spagat zwischen beiden Extremvorstellungen zu entwickeln“ versucht (C 2, S. 2, 6-7). In der Wahrnehmung der Netzwerkkoordination existiert ein „strukturelles Ungleichgewicht (...) des übermächtigen deutschen Verbands (vgl. C 2, S. 11, 33-36), wobei die mächtige Position am Beispiel der beschäftigten Mitarbeiter verdeutlicht wird.³⁴⁸

„Das ist einfach eine Dominanz. Und das meine ich jetzt zunächst einmal völlig (...) wertfrei. Es spiegelt sich natürlich auch im persönlichen Verhalten mancher Menschen wider, aber die deutschen Kollegen gehen einfach von anderen Voraussetzungen aus. Und da gibt es da einfach Ungleichgewichtigkeiten [lacht], das ist einfach so. Und wenn es gut geht, sind die deutschen Kollegen zurückhaltend und vorsichtig und höflich, und wenn es weniger gut geht, sind sie's halt weniger. So ist das einfach (C 2, S. 11, 41-74).

Die Dominanz wird als etwas „Gegebenes“ interpretiert, da die Größe des deutschen Verbands von keinem anderen Mitglied erreicht werden kann. Dies sei in naturgegebenen Netzwerken eine Gefahr, dass starke Partner eine sehr dominierende Rolle übernehmen (vgl. C 6, S. 18, 25-26). Dennoch wird dies in der Auffassung des Befragten erst durch das Verhalten von Personen zu einem Problem. Der habituelle *Umgang mit den Ungleichgewichtigkeiten* wird bedeutsam: Wird die starke Position durch vorsichtige Höflichkeit zurückgenommen und damit reguliert, können die anderen Akteure die Dominanz verarbeiten. Ergänzt aber ein unhöfliches und vermessenenes Verhalten die strukturell-dominante Position, wirft dies für die anderen Akteure Probleme auf, da die Dominanz auf diesem Weg kommunikativ und interaktiv durchgesetzt, reproduziert und bestätigt wird. Deutsche Verbandsvertreter reflektieren die starke Position und „Vorherrschaft“ des deutschen Verbandes in diesem zweiten Familien-Netzwerk überaus (selbst-)kritisch als „schwierig“ und „sehr schlimm“ (C 3, S. 2, 20-33). Der deutsche Verband sei (finanziell) sehr stark und aufgrund der umfassenden Ressourcen in der Lage, „immer federführend“ zu agieren. Diese Tatsache rufe bei den Partnern Neid sowie Respekt hervor, wobei der Interviewte diese Situation bedauert und kritisiert. „Die anderen“ wollen gerne, können aber aufgrund der fehlenden Ressourcen nicht im gleichen Umfang zu der europäischen Netzwerkarbeit beitragen. In der Vergangenheit wurden darüber hinaus die Funktionen im Netzwerk häufig aus dem deutschen Kontext besetzt, was sich auf die Entstehungsge-

³⁴⁸ Für ein drittes Familienmitglied liegt nur die Einschätzung vor, dass es von einem großen Teil durch den deutschen Bundesverband finanziert wird, „weil wir einer der stärksten Verbände sind“ (B 1, S. 30-31). (...) Interviewer: „Sie meinen, wer viel zahlt, hat Macht?“ Befragter: „Ja, so ungefähr, den Subtext herausgelesen“ (ebd., 48-50).

schichte des Netzwerks ausgewirkt habe: Das gesamte Denken sei deutsch. Es sei sehr schwer, „dieses deutsche Denken wegzukriegen“ (vgl. C 3, S. 2, 20-33). Der deutsche Vertreter distanziert sich von dem im Netzwerk etablierten Ungleichheitsverhältnis, in dem er es als „schlimm“ bewertet. Ebenso klingt die Resignation an, diese „Vorherrschaft“ zu modifizieren, da die ungleiche Kapitalverteilung unter den Mitgliedern mittelfristig nicht veränderbar erscheint. Ein weiterer Befragter bestätigt, dass die Kommunikation in dem Netzwerk von dem „Dominanz-Thema“ durchzogen wird. Für den Befragten stellt sich die deutsche Dominanz insofern problematisch dar, als es ihn hindert, die eigene Fachlichkeit unumwunden zum Einsatz zu bringen, um dem Dominanzvorwurf keinen Vorschub zu leisten.

„Da kann ich nicht als Deutsche mich so in den Mittelpunkt stellen und mit NAME die (...) durchsprechen. Das ist so ein bisschen ein Problem, dass ich mich mal zurücknehme, obwohl ich vielleicht da aktiver sein könnte in der Zusammenarbeit mit NAME, weil ich da das deutsche Element nicht so rauskehren will. Das ist vielleicht ein Kommunikationsproblem manchmal, dass NAME dann auch anruft und mir von was erzählt, was ich schon längst gemacht habe, wo NAME dann erst dran sitzt“ (B 6, S. 5, 30-36).

Diese selbstreflexive Zurücknahme impliziert, dass sich das Mitglied weniger einbringt, als es möglich wäre, um sich damit von einer Zuschreibung zu der dominanten, nationalen Gruppe zu distanzieren. Das könnte sich auf die Zusammenarbeit insofern problematisch auswirken, als dem Familiennetzwerk auf diese Weise auch Ressourcen und Kapital verloren gehen. Auf diese Weise wird gleichermaßen machtvoll auf die Kommunikation eingewirkt, wenngleich das Bemühen des deutschen Mitglieds zum Ziel hat, das Ungleichgewicht zu balancieren und kritisch zu reflektieren.³⁴⁹

Zugleich wirkt sich die deutsche Dominanz im Familiennetzwerk insbesondere auf den Umgang mit den Partnern aus den mittel- und osteuropäischen Ländern aus. Da in der Entstehung des Familiennetzwerks der deutsche Verband eine zentrale Rolle beim Aufbau der osteuropäischen Partnerverbände einnahm, wurden diese Beziehungen von „vielen finanziellen Zuwendungen an die mittel- und osteuropäischen Staaten“ mitbestimmt (B 6, S. 3, 8-9), denn „natürlich geht’s da auch um handfeste wirtschaftliche Interessen“ (ebd., 3-4). Insofern erschwere diese Geschichte es nun, im Familiennetzwerk eine „Wertegemeinschaft herauszustellen“ (ebd., 10-11), dies sei eine „wahnsinnige Gratwanderung“ (ebd., 4).

³⁴⁹ Dieser Dominanzvorwurf erreicht auch Vertreter der nationalen Verbände: „das hat man mir in irgendeiner Publikation mal unterstellt, dass wir als deutsche Wohlfahrtsverbände sozusagen dieses Europa unterwerfen wollen, dass wir es dominieren wollen“ (B 22, S. 2, 46-48).

Die beiden Beispiele aus den Familiennetzwerken verdeutlichen, inwieweit kapitalstarke Mitglieder die transnationalen Netzwerke dominieren und beeinflussen können. Anhand dieses Beispiels zeigt sich auch, mit welchen Herausforderungen die Transnationalisierung der advokatorischen Interessenvertretung der deutschen Wohlfahrtsverbände konfrontiert wird. Wenngleich eine Intensivierung der advokatorischen Interessenvertretung als europäische Strategie für die deutschen Wohlfahrtsverbände empfohlen wird (vgl. Kap. 6.1.2) wirkt sich eine Durchsetzung von Verbandsinteressen auf die Arbeitsprozesse transnationaler Netzwerke eher hinderlich aus. Die Durchsetzung der partikularen Interessen erschwert die diskursive Aushandlung eines transnationalen Konsenses.

Allerdings evozieren die Ungleichheiten im Netzwerk notwendige Konflikte, die produktiv für die transnationale Kooperation gewendet werden können. Die Auseinandersetzung mit konkurrenten und kooperativen Handlungsorientierungen birgt die Chance, die anderen Mitglieder als verschieden *und* gleich anzuerkennen (vgl. Beck/Grande 2004, S. 27). In der konflikthaften Auseinandersetzung über die dialektische Beziehung von Nationalität und Transnationalität *kann* sich eine *reflexive Transnationalität* ausbilden. Dies erfordert allerdings netzwerkinterne Möglichkeiten, die Ungleichheiten zu bearbeiten, ohne sie letztlich aufheben zu können. Die Studie von Matthies zu betrieblicher Kommunikation auf der Grundlage des Diskurs-Begriffs zeigt, dass die Notwendigkeit der Steuerung durch Kommunikation und Konsens den Medien Macht und Geld in Organisationen gegenübersteht. Am Beispiel von Unternehmen verdeutlicht Matthies, dass sich kaum Belege für die „Praktikabilität eines diskursgestützten Managements“ ableiten lassen (vgl. Matthies 1999, S. 251), denn ungeachtet des hohen Konsensbedarfs bilden sich in den von ihr untersuchten Organisationen kein Diskursbedarf oder Diskursfähigkeit aus. Vielmehr verhindern die faktischen Herrschaftsverhältnisse die „Macht des besseren Arguments“, da mit der überlegenen Position zugleich Möglichkeiten der Sanktion verbunden sind. Diese „Macht erteilt ihren Besitzern je nach Belieben auch im Diskurs das letzte Wort, indem sie ihnen die Möglichkeit einräumt, unabhängig vom Willen der anderen darüber zu bestimmen, ob und wie lange sie sich auf eine verständigungsorientierte Kommunikation einlassen wollen“ (Matthies 1999, S. 254). Insofern muss kritisch geprüft werden, ob in heterarchischen und transnationalen Netzwerken kommunikatives Handeln wie in Unternehmen nur unter Vorbehalt stattfinden kann, da „auf die systemischen Pressionsinstrumente wie Geld, Macht und Recht“ zurückgegriffen werden kann (vgl. ebd.). Damit verbindet sich die Frage, ob sich mächtige Netzwerkmitglieder dem Diskursrisiko öffnen, da eine diskursorientierte Verständigung eine Verschlechterung der eigenen Position implizieren kann (vgl. ebd.,

S. 256). Ferner ist zu analysieren, ob den transnationalen zivilgesellschaftlichen Netzwerken eine höhere Chance zukommt, gleichberechtigte Teilnahme an Diskursen in ihren Binnenstrukturen zu ermöglichen. Dies könnte insofern eher möglich sein, als dass das notwendige Vertrauen für einen solchen anspruchsvollen Verständigungsprozess in der transnationalen Netzwerkarbeit von Grund auf mit ausgebildet wird (vgl. ebd., S. 258ff.).

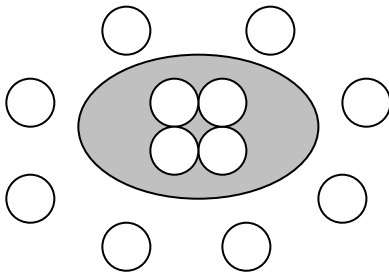
Die Dominanz von kapitalreichen, ökonomisch-starken Mitgliedern ist indes nicht die einzige Form, die zu ungleich verteilten Positionen und Gruppierungen führen kann. Die anschließenden Ausführungen fokussieren die informellen Beziehungsnetze innerhalb der transnationalen Kooperationen, die auf die Kommunikationsintensität Einfluss nehmen.

Soziale Netzwerke in Netzwerken

In der Befragung wurde neben der Dominanz von bestimmten nationalen Akteuren die Existenz relativ geschlossener Akteursgruppen in den Netzwerken deutlich. Die Intensität der Kommunikation verdichtet sich folglich an diesen Stellen im Netzwerk. Dabei kann die Entstehung von Gruppen, von sozialen Netzwerken in den Netzwerkorganisationen als Strategie interpretiert werden, das soziale Kapital auszubauen und exklusive Kommunikationszusammenhänge zu etablieren. Die Wissensbestände und -verteilung hängen insofern von der Positionierung der Akteure ab (vgl. Windeler 2001, S. 170f.)

Dies nimmt unterschiedliche Formen an, da die europäischen Netzwerke eine je spezifische Entwicklungsgeschichte aufweisen. Zumeist dominieren Akteure aus dem Entstehungszusammenhang als „Meinungsführer“ das Netzwerk. Daneben können sich weitere Gruppen ausbilden, z.B. „eine Smiling-Fraktion (...), die nicht so einflussreich waren, aber die schon ernster genommen wurden, die „Rumpler, (...) diejenigen, die halt jetzt aufbegehrt haben und „böartig gesagt (...) die Armenkinder, so die Outlaws, die aus dem Osten, (...), die Looser“ (vgl. B 19, S. 28, 5-31). Anhand dieses Beispiels schildert der Befragte, dass der „intransparente Club, wo Informationen auch sehr elitär weitergereicht wurden“ durch die „Rebellen-Gruppe“ unter Handlungsdruck geriet (vgl. B 19, S. 2, 39-40).

Dominante Kommunikation: Exklusive Clubs



„Club im Club“

- Exklusive Kommunikationsstrukturen von kapitalstarken Akteuren
- schwierige Partizipation für kapitalschwächere Mitglieder

Die Existenz eines „exklusiven Clubs“ kann auf unterschiedlichen Traditionen basieren. Die Formel „exklusiv“ weist auf die umfassende Kapitalstruktur der Akteure hin, die durch Ausgrenzungsprozesse ihre Machtposition unterstreichen. Problematisch wird dabei von Mitgliedern nicht die Entstehung von „Binnenstrukturen“ als solche gesehen, sondern „es war halt wirklich so, dass man sagen konnte, es ist der Kern, der entscheidet und drum herum sitzen halt irgendwie so die großen Schweiger“ (B 19, S. 19, 34-36). In einem Netzwerk wurde dies durch einen „Elitarismus“ ergänzt und z.B. Netzwerk-Treffen in einem Hotel in Nizza veranstaltet. Dieser elitäre Habitus des Clubs wird in Verbindung mit den zentralen Personen der Gruppe gesetzt.

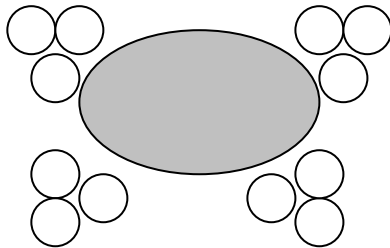
Ein Netzwerkkoordinator unterstreicht, dass in den 90er Jahren ein „directors club“ entstand, der von „Deutschland her dominiert“ wurde (C 2, S. 4, 38-41). Aufgrund dieser exklusiven Schließungsmechanismen würde sich ein „europäisches“ Bewusstsein im Netzwerk erst zunehmend ausbilden. In einem anderen Netzwerk wird ein engerer „Zirkel von Akteuren“ wahrgenommen, der sich aus Gründerpersönlichkeiten und dem Vorstand des Netzwerks zusammensetzt (B 8, S. 5, 47-50).

Neben nationalen Zugehörigkeiten oder den Gründerpersönlichkeiten können aktive Personen informelle Netzwerke etablieren, da sie gemeinsam soziales Kapital generieren: Die „Interessierten und Engagierten“ bilden innerhalb des Netzwerks ein eigenes Netz von Beziehungen aus (B 22, S. 13, 11-13), einen „eingeschworenen Kreis“ (B 22, S. 7, 42), der „wichtiger“ als das formelle Netzwerk werden kann.

In zwei weiteren europäischen Netzwerken bilden sich unter den Mitgliedern regionale Gruppierungen aus.

Ausdifferenzierte regionale Gruppierungen

Kommunikation:



Großes Netzwerk – regionaler Gruppierungen

- Strategien der Erhöhung des sozialen Kapitals, der Einflussnahme und der Nutzenmaximierung

Da die Kommunikation unter den deutschsprachigen Mitgliedern aufgrund der gemeinsamen Sprache vereinfacht verläuft, erleichtert dies den Aufbau des sozialen Kapitals. „Da klappt die Kommunikation auch gut, wir tauschen uns auch sehr aus“ (B 17, S. 12, 10). Darüber hinaus nutzen die Akteure dadurch die Möglichkeit, Interessen durchzusetzen, wenn sie allein nicht genügend Einfluss in dem Netzwerk erlangen zu können. Man habe nur „bedingt eine Möglichkeit als deutsches Mitglied da stark zu agieren“ (B 14, S. 5, 22). Durch den Zusammenschluss mit Organisationen aus deutschsprachigen Ländern sowie einigen anderen Akteuren erhöht sich die Chance für die deutsche Organisation näher an dem Netzwerkgeschehen teilnehmen zu können. Da auf diese Weise sich die Chance erhöht, dass Personen aus der Gruppe Funktionen im Vorstand des Netzwerks übernehmen, verkürzen sich dadurch Kommunikations- und Einflusswege (vgl. B 14, S. 11, 32-40):

„es ist sinnvoll, so kleine regionale Gruppierungen zu bilden, damit, wenn Vorstandswahlen oder Entscheidungen anstehen, damit bei der Besetzung von Gremien, so jede Region vertreten ist und dass dann eine Entscheidung möglichst vorher schon getroffen wird, innerhalb der Region, wer ein guter Kandidat ist“ (B 14, S. 10, 44-48).

Allerdings kann dies mit den Einschätzungen des Netzwerkkoordinators des Netzwerks kontrastiert werden. Der Netzwerkkoordinator nimmt die regionale Gruppierung als informelle Kommunikationsstruktur für Projektarbeit und als „a reflection of the size of the organization“ (C 5, S. 15, 48-50) wahr, da das Netzwerk mittlerweile ein „big club“ mit vielen „regional cooperations“ darstellt (C 5, S. 4, 6-7). Darüber hinaus unterstreicht der Netzwerkkoordinator seine Skepsis gegenüber der Einflussnahme der regionalen Gruppierung, da er erst seit geraumer Zeit über die Existenz der regionalen Gruppe informiert ist.

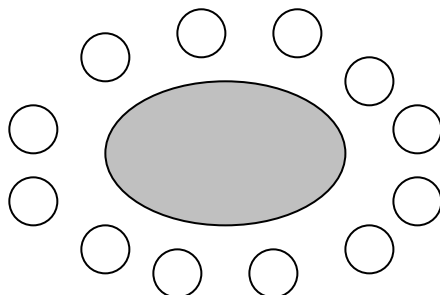
„It’s quite a strange construct; I found it a bit bizarre (...). I don’t think they are particularly powerful. I mean, you know that we have a structure in which we have a bureau, I mean, the bureau is this sort of decision-making body and perhaps, if you look at the bureau you will see two people from that grouping in there, but at the same time you will also have a kind of broad left and right camps (...). So, there are lots of different groupings, formal, informal, sometimes stronger, sometimes weaker, they go through phases but (...) there is not one key group that runs the organization, I mean, that is a democratic organization with democratic structures, the main influences (...) that have tended to be dominant are the socialists” (C 5, S. 5, 42-50; S. 6, 1-7).

Die Einschätzungen über den Gewinn dieses Beziehungsnetzes innerhalb des Netzwerks werden folglich von der Mitglieder- und der Netzwerkebene unterschiedlich bewertet.

Eine weitere deutschsprachige Gruppierung (vgl. B 12) erstellt gemeinsame Publikationen und Materialien für die eigene Arbeit, „das ist billiger, das ist effektiver“ (B 12, S. 7, 14-15) und „da hat man halt sofort dann die Synergieeffekte auf der Hand und sagt, gut das ist unser Projekt, das tun wir, das sind die Outcomes“ (ebd., 31-33). Durch den überschaubaren Arbeitszusammenhang ergeben sich unmittelbare Ergebnisse, die von dem Akteur positiv bewertet werden (vgl. ebd., S. 16, 31-33).

Darüber hinaus können sich die Kommunikationsintensität und das mächtige Sozialkapital auf der Ebene der Netzwerke selbst verdichten. Insbesondere bei transnationalen Netzwerken, die einen Großteil an Mitgliedern von Graswurzel-NGOs bzw. kapitalschwache Akteure vereinen, kann z.B. die Förderung der Netzwerkkoordination durch die Kommission ein nahezu unabhängiges „Office“ begünstigen. In einem europäischen Netzwerk führten die Entstehungsbedingungen sowie die Strukturen der nationalen Mitglieder eher dazu, dass das Verhältnis von „Sekretariat/Netzwerk“ und den Mitgliedern durch „Distanz“ gekennzeichnet ist, da das Netzwerk von den Mitgliedern als „künstliches, plötzlich vom Himmel gefallenes Ding“ empfunden wurde (vgl. C 4, S. 4, 26-31).

Ungleiche Machtverhältnisse



Starke Netzwerkkoordination–lose Mitgliederstruktur

„das Sekretariat könnte im Grunde auch ohne Mitglieder arbeiten“

- Unverbindliche Mitgliedsstruktur, weniger direkter Einfluss der Mitglieder
- Autonom agierende Netzwerkkoordination

Die „ganz große Distanz“ zwischen der europäischen und den nationalen Ebene wird als strukturbestimmend für das Netzwerk beschrieben. Für das Netzwerk impliziert das umfassende Autonomie gegenüber den lose angebondenen Mitgliedern. Dennoch schwächt das distanzierte Verhältnis zugleich, da die Ressourcen der Mitglieder nicht umfassend genutzt werden können: „da sind wir im Moment sehr intensiv dran, das zu tun.“ Das Netzwerk wird insofern versuchen, die Mitglieder intensiver an die Netzwerkarbeit an- und einzubinden.

Kommunikation und Konsens

Die Konflikte, Kämpfe und Konkurrenzen von zivilgesellschaftlichen Akteuren im Feld sowie innerhalb ihrer Binnenorganisationen verdeutlichen die empirischen Schwierigkeiten für zivilgesellschaftliche Akteure, „lautverstärkend“ soziale Probleme der Lebenswelt identifizieren und an die politische Öffentlichkeit weiterleiten zu können, wie Habermas dies von der Zivilgesellschaft erhofft (vgl. Habermas 1997, S. 443f.). Wenngleich die zivilgesellschaftlichen Organisationen über Emanzipationspotenziale verfügen und kommunikative Macht erlangen können, um das administrative System zu „belagern“, zeigt der hier als Analyseinstrument verwendete theoretische Bezugsrahmen Bourdieus, dass auch im lebensweltlichen Handeln zivilgesellschaftlicher Organisationen symbolische Macht und Gewalt präsent ist (vgl. Köhler 2001, S. 139).³⁵⁰ Dennoch sind *beide* Positionen – die Unterstellung permanenter symbolischer Gewalt für eine kritische Forschungspraxis bei Bourdieu sowie die idealisierende Theorie der Handlungspraxis bei Habermas – unverzichtbar (vgl. ebd., S. 14ff.).³⁵¹

Dies verdeutlicht sich an den *Organisationen* der Zivilgesellschaft: Habermas fokussiert in seinem Modell der Zivilgesellschaft vor allem linksprogressive bzw. dem alternativkritischen Milieu zugehörige Organisationsformen (vgl. Habermas 1997, S. 451). In diesen Organisationen stellen Aktivisten als „radical professionals“ die eigentliche Trägerschicht der aktivierten Zivilgesellschaft dar (vgl. Reese-Schäfer 2001, S. 114). Sie agieren als Knotenpunkte der Netzwerkkommunikation und „sorgen für die Infrastruktur und die Kristallisierung von Kernen der ansonsten vielfältigen und diffusen zivilgesellschaftlichen Aktivitäten (vgl. ebd.). Diese Perspektive Habermas’ auf die Organisationen und zivilgesell-

³⁵⁰ Auf die vergleichende Betrachtung von Habermas und Bourdieu kann in diesem Kontext nicht weiter eingegangen werden. Vgl. dazu Köhler 2001.

³⁵¹ Zur weiteren vergleichenden Betrachtung von Bourdieu und Habermas vgl. Köhler 2001; Reese-Schäfer 2001.

schaftlichen Akteure vernachlässigt aber die Konflikte, Kämpfe und Konkurrenzen, die „dunklen Seiten“ der Zivilgesellschaft (vgl. Kap. 3.2) sowie die „inneren Funktionsmechanismen der Szene (...) wie innerer Druck, Ausgrenzung und Diffamierung“ (vgl. Reese-Schäfer 2001, S. 115).

Insofern darf nicht unberücksichtigt bleiben, dass die betrachteten europäischen Netzwerke auch *Organisationen* sind und mit den Widersprüchen und Zwängen, die sich aus der Verfasstheit ergeben, umgehen müssen. Im Sinne der Theorie kommunikativen Handelns werden Organisationen als formal organisiert konzipiert. In diesem Rahmen könne sich kommunikatives Handeln nur unter der Prämisse eines formell geregelten Interaktionsbereichs entwickeln. Darüber hinaus seien die Organisationsmitglieder aufgrund der formalen Regelungen in Organisationen nicht genötigt, mit kommunikativen Mitteln einen Konsens zu erzielen (vgl. Habermas 1991b, S. 460).

In den transnationalen zivilgesellschaftlichen Netzwerken, so kann abschließend die These entwickelt werden, nimmt zwar einerseits die Orientierung an zweckrationalem Handeln durch den organisatorischen Rahmen, Abhängigkeit vom politischen System, Professionalisierungstendenzen und Verrechtlichung zu. Andererseits bleiben die zivilgesellschaftlichen Organisationen durch ihre Verankerung in der Lebenswelt charakterisiert, so dass informelle Organisationsanteile stärker ausgeprägt werden als in zweckrationalen Organisationen. Insofern können die instrumentellen Handlungsorientierungen sowie die ungleichen Kräfteverhältnisse, die sich in den *NGO-Organisationen* ausbilden, ein verständigungsorientiertes „lebensweltliches“ Handeln der zivilgesellschaftlichen Akteure auch in den Binnenstrukturen erschweren.

Aber: wengleich ein transnationaler Konsens als Anerkennung von Differenz und Gemeinsamkeiten *in* den Netzwerken schwer zu erreichen sein mag – er ist als Bezugspunkt und Horizont nötig und möglich. Inwiefern sich der Typus des verständigungsorientierten Handelns in zivilgesellschaftlichen Organisationen empirisch entwickeln oder entfalten kann und sich einer „Kolonialisierung“ erwehren kann, kann nur die weitergehende Betrachtung und Analyse der zivilgesellschaftlichen Akteure auf europäischer Ebene zeigen.

8 Transnationale Netzwerke zwischen Konkurrenz und Kooperation

Die qualitative Studie fokussiert einerseits die nationalen Organisationen Sozialer Arbeit unter der Berücksichtigung ihres „Startkapitals“ für Transnationalisierungsprozesse im Spannungsfeld von Kooperation und Konkurrenz. Zum zweiten wurde das transnationale Feld der europäischen Netzwerke sozialer Arbeit als ein bestimmter Ausschnitt zivilgesellschaftlichen Handelns untersucht und unter der Berücksichtigung der Konzepte Bourdieus auf Kapitalzusammensetzungen, Konfliktlinien und Kooperationszusammenhänge bezogen. Die Erkenntnisse ergänzen die im Projekt „Netzwerke der Sozialen Arbeit in Europa“ erarbeiteten Ergebnisse der Bestandsaufnahme.

Die Annäherung an den Untersuchungsgegenstand wurde durch die Konzepte des Dritten Sektors und der „Zivilgesellschaft“ ermöglicht. Als zentrale Untersuchungsperspektive fungierte dabei das Forschungskonzept zur Transnationalität von Hamburger (2008). Darüber hinaus wurde die Theoretisierung des empirischen Materials unter besonderer Berücksichtigung des Analyserahmens der Feld- und Kapitaltheorie Bourdieus vorgenommen. Auf diese Weise kann eine kritische Perspektive auf konkurrenente und kooperative Beziehungen zwischen nationalen und transnationalen Akteuren sowie Ungleichheiten und Machtverhältnisse im Feld und in den europäischen Netzwerken eingenommen werden.

Vor diesem Hintergrund können die Ergebnisse auf *drei Themenkomplexe des Forschungskonzepts Transnationalität* bezogen werden, die sich der Erforschung der Transnationalität im Kontext der Sozialen Arbeit widmen: Erstens wurde dem dialektischen Verhältnis von nationaler und transnationaler Ebene in den Feldern bzw. den zivilgesellschaftlichen Netzwerken vor dem Hintergrund der Kapitalausstattung nachgegangen. Darüber hinaus wurden zweitens typische Prozesse und Strukturmerkmale – Kooperation und Konkurrenz, der Topos der Autonomie, Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Transnationalität – rekonstruiert, sowie drittens auf Dominanzen und Herrschaftsstrukturen in den europäischen Netzwerken Bezug genommen.

8.1 Verflechtungen des nationalen und transnationalen Kapitals

(1) In einem ersten Schritt wurde das *nationale Feld* der deutschen Wohlfahrtspflege betrachtet, um Positionen im Feld und damit einhergehend relevante Kapitalsorten aufzuzeigen. Aufgrund der spezifischen Gestalt der deutschen Wohlfahrtspflege verfügen die nationalen Organisationen – hier insbesondere die Spitzenverbände – über eine umfangreiche Kapitalausstattung, die unzureichend in das transnationale Feld zivilgesellschaftlicher Akteure transferiert wird. Dies liegt zum einen in dem noch unzureichenden ökonomischen Kapital begründet, das die Organisationen Sozialer Arbeit in die Europaarbeit investieren. Darüber hinaus entwickelten die Akteure erst relativ spät einen aktiven Zugang zu „Europa“. Erst im Laufe der 90er Jahre orientierte sich die Europaarbeit der Spitzenverbände über die Besitzstandswahrung hinaus zunehmend an fachlichen und politischen Zieldimensionen. Mittlerweile entwickeln die deutschen Organisationen ein umfangreiches Set transnationaler Beziehungen und Interessenvertretungsoptionen auf nationaler und europäischer Ebene, ca. 50% der befragten Organisationen unterhalten Mitgliedschaften in europäischen Netzwerken. Die qualitative Befragung verdeutlichte ferner, dass zunehmend ein Perspektivwandel in der Europaarbeit erkennbar wird: Europa wird partiell als anspruchsvolle Querschnittsarbeit anerkannt und systematisch in die Verbandsarbeit integriert.

Insgesamt kann die Kapitalausstattung deutscher Organisationen Sozialer Arbeit als *Chance* für das Agieren im transnationalen Feld zivilgesellschaftlicher Akteure bewerten werden. Das Kapital der betrachteten Spitzenverbände wirkt sich als allgemeine sowie als spezifische Ressource im Feld aus: Ihr Erfahrungswissen befähigt sie, mit Spannungsverhältnissen und komplexen Feldstrukturen umzugehen und feldimmanente Konkurrenz und Kooperation auszubalancieren. Das „reflexive Kapital“ der deutschen Wohlfahrtsorganisationen stellt insofern einen Startvorteil im Transnationalisierungsprozess dar. Es erlaubt ihnen, flexibel auf die neuen Umweltbedingungen zu reagieren und die Komplexität des europäischen Felds zu verarbeiten. Eine günstige Position erlangen die konfessionellen Wohlfahrtsverbände, da sie auf spezifische soziale und kulturelle Kapitalsorten zurückgreifen können, die sich auf der Grundlage der konfessionellen Gruppenzugehörigkeit entwickelte. Weiterhin stellt eine etablierte internationalistische Orientierung von Organisationen einen Startvorteil dar, der zusätzliche Vernetzungs- und Kooperationswege eröffnen kann.

Risikoreich erscheint die traditionelle Orientierung der Organisationen Sozialer Arbeit an etablierten (korporatistischen) Strukturen und Milieus im nationalen Feld. Auf diese Weise

werden notwendige Veränderungen für die europäische Arbeit erschwert. Vergleichende Untersuchungen weisen auf Schwierigkeiten der deutschen Akteure hin, sich für die spezifischen Muster der europäischen Interessenvertretung als anschlussfähig zu erweisen. Insofern wird die geforderte Intensivierung der anwaltschaftlichen Interessenvertretung auf europäischer Ebene nur bedingt erreicht. Transnationale Kooperationen und Vernetzungen werden um so mehr zu einer Notwendigkeit, um dieses „Manko“ auf europäischer Ebene zu kompensieren. Die deutschen Akteure bringen demzufolge ungeachtet der guten Startposition für Transnationalisierungsprozesse ihre vergleichsweise umfangreiche Kapitalausstattung im transnationalen Feld der europäischen Netzwerke Sozialer Arbeit nur unzureichend ein.

(2) In einem zweiten Schritt wurde das *transnationale Feld* der europäischen Netzwerke Sozialer Arbeit im Hinblick auf Felddynamiken und Kapitalverteilung analysiert.

Die Analyse betrachtet dabei einen Ausschnitt zivilgesellschaftlicher Akteure in Europa als transnationales Feld im Sinne Bourdieus. In Bezug auf die theoretische Fundierung zeigte sich, dass aus einer handlungslogischen Perspektive das Feld als de-territorial konzipiert werden kann. Demgegenüber bleibt das Feld empirisch vielfach an den Grenzen der EU orientiert sowie an dem geographischen Ort „Brüssel“ konzentriert.

Die Wahrnehmungen des Felds bzw. der „EU-NGO community“ differieren dabei: Nationale Akteure, die vom Feld weiter entfernt sind, beschreiben es als intransparent und unübersichtlich. Nähern sich die Akteure der „insider town“, wird das Feld zwar als heterogen wahrgenommen, aber dessen ungeachtet zu einem überschaubaren Feld, in dem vertraute Akteure unmittelbar und schnell zusammenwirken und Ordnung durch die Kooperationen entsteht. Die Perspektiven verdeutlichen die „Existenz“ eines Felds mit eigenen Grenzen und spezifischen Handlungslogiken. Wenngleich die Existenz eines abgeschlossenen Felds notwendig erscheint, entsteht durch die Grenzziehung die Gefahr, dass sich die transnationalen Akteure in ihrer Eigenlogik von nationalen Zusammenhängen abkapseln. Der betrachtete Ausschnitt bestätigt die Fragmentierung und Ausdifferenzierung der „europäischen Zivilgesellschaft“ mit einhergehenden Abschließungstendenzen und Grenzziehungen durch die Experten in Brüssel. Ferner ist die im Jahr 1999 als „embryonales Stadium der [europäischen] Organisierung“ der sozialen Arbeit charakterisierte Phase überwunden (vgl. Bernhard 1999, S. 349).

Zugleich unterstreicht die Studie die Bedeutung des Spannungsfelds von Autonomie und Heteronomie für die zivilgesellschaftlichen Akteure im Hinblick auf die Beziehungen zur EU, auf die weiter unten eingegangen.

Für den gewählten Untersuchungsgegenstand wurden in Analogie zu Bourdieu vier Kapitalsorten rekonstruiert. Das transnationale Kapital im Feld der zivilgesellschaftlichen Netzwerke in Europa zeichnet sich dabei insbesondere durch die Verflechtungen mit dem nationalen Kapital der Mitglieder aus: Nationale und transnationale Ebene bzw. die Kapitalien ergänzen und verstärken sich gegenseitig und stellen Kompensations- und Tauschmöglichkeiten dar. Die Kapitalsorten werden verteidigt und bewacht und stehen nur ausgewählten Akteuren zur Verfügung. Zugleich produziert die ungleich verteilte Kapitalstruktur in den europäischen Netzwerken Machtverhältnisse und -asymmetrien.

Das transnationale Kapital der zivilgesellschaftlichen Akteure wird in den dialektischen Verflechtungen und Wechselbeziehungen des Realisationssystems (der transnationalen Netzwerkkoordination) mit dem Mitgliedssystem generiert. Die Verschränkung der transnationalen und nationalen Ebene als *typisches Strukturmerkmal des Kapitals* europäischer Netzwerke verbindet sich darüber hinaus mit der Bearbeitung von Spannungsverhältnissen: Kooperation und Konkurrenz, Gemeinsamkeiten und Unterschiede, Autonomie und Heteronomie sowie Zivilisierung und Politisierung eröffnen den Blick auf typische Spannungsverhältnisse der transnationalen Ebene, die sich entlang der Kapitalverteilung entfalten. Die komplexen Spannungsverhältnisse können idealerweise mit Hilfe eines reflexiven Kapital- und Netzwerkmanagements von den Akteuren balanciert werden.

Das *ökonomische Kapital* stellt in dem transnationalen Feld eine grundlegende Voraussetzung dar. Es bestimmt im Wesentlichen die Position im Feld sowie die Position der Mitglieder im Netzwerk, wobei die Art der Finanzierung positionsbestimmend wird: Eine Finanzierung durch die Kommission verschafft den Akteuren Nähe zum politischen Feld und eröffnet den Zugang zu weiteren Kapitalien. Zugleich geraten aber die Akteure in die Gefahr, durch den politischen Akteur instrumentalisiert zu werden und damit notwendige Autonomie einzubüßen. Demgegenüber verschafft eigenes ökonomisches Kapital zwar Unabhängigkeit vom politischen Akteur, impliziert aber die Gefahr, in die Peripherie des Felds zu geraten. Die Studie verdeutlicht, dass die Definitionskämpfe um die „wahre“ Finanzierungsform noch unabgeschlossen sind. Es deutet sich jedoch an, dass die kommissionsfinanzierten Netzwerke aufgrund ihrer „guten Beziehungen“ eine zentrale Position im Feld

erlangen und untermauern konnten. Die europäischen Netzwerke sehen sich insofern in einem Definitionskampf um die Lokalisierung des Zentrums und der Peripherie des Felds, wobei die Interventionen des politischen Akteurs den Definitionskampf im zivilgesellschaftlichen Feld mit strukturieren und bestimmen.

Das *soziale Kapital* wird im transnationalen Feld als allgemeine und spezifische Ressource wirksam. Die Netzwerkkoordination akkumuliert in dem vertrauten Brüsseler Kreis spezifisches soziales Kapital auf der Grundlage einer eigenen Logik. Die transnationalen Akteure beherrschen das Spiel um das transnational-soziale Kapital, das sie zugleich von der nationalen Ebene abhebt und abgrenzt. Die Beziehungen zu anderen Netzwerken sowie zum politischen Feld sind für die zivilgesellschaftlichen Akteure dabei hoch bedeutsam. Das soziale Kapital bildet sich u.a. in den Kooperationsbeziehungen von übergreifenden, neuen Plattformen, Dachnetzwerken oder Allianzen aus. Ferner produzieren die Beziehungen zur Europäischen Kommission spezifisches Sozialkapital, da den Verbindungen zum politischen Feld eine Schlüsselrolle in dem Kapitalerwerb zukommt. Die Kommission wählt bestimmte Akteure für die Beziehungen aus und verleiht ihnen eine Weihe, die ihnen eine günstige Position im Feld der Netzwerke garantiert. Andere Netzwerke geraten dadurch in die Peripherie des Felds.

Auf die jeweiligen Positionierungen der Netzwerke im transnationalen Feld reagieren auch die Netzwerk-Mitglieder, die notfalls auch ihre Mitgliedschaft verändern und einen Netzwerkwechsel vornehmen. Auf diese Weise können sie sich einflussreichen Akteuren anschließen und qua Mitgliedschaft an dem jeweiligen Kapital des mächtigen Netzwerks partizipieren. Darüber hinaus werden die hohe Vernetzungsdichte sowie übergreifende Beziehungen im transnationalen Feld eine bedeutsame Kapitalgröße, wenngleich die Kooperationen fortwährend neue Konkurrenzlinien entstehen lassen.

Die Mitglieder erwerben das transnationale soziale Kapital des Netzwerks qua Mitgliedschaft. Darüber hinaus verfügen sie aber über eigenes, nationales soziales Kapital, das ihnen eine gewisse Eigenständigkeit und Unabhängigkeit ermöglicht. Die Mitglieder können aber auch das soziale Kapital dem Netzwerk zur Verfügung stellen, insbesondere wenn die nationale Zugehörigkeit als Kriterium für eine Beziehung von Belang sein kann.

Die umfassende Sozialkapitalarbeit führt zur Ausbildung von *Vertrauen* in und zwischen zivilgesellschaftlichen Netzwerken. Das Vertrauen erhöht die Chance auf die Ausbildung eines reflexiven Netzwerkmanagements, das auf Kommunikativität und diskursorientierter Verständigung beruht. In den NGOs als wertgebundene Organisationen sind die Bedin-

gungen für eine Umsetzung des reflexiven Netzwerkmanagements wahrscheinlicher als in betriebswirtschaftlichen Organisationen, da die Akteure zumindest theoretisch an einer gemeinsamen Wertorientierung – Zivilität – ausgerichtet sind.

Die kritische Reflexion von Ungleichheiten und Konflikten in transnationalen Netzwerken stellt ferner eine notwendige *Voraussetzung* dar, um den „kleinsten gemeinsamen Nenner“ zu überschreiten und einen transnationalen Konsens auszubilden. Ein solcher Konsens entsteht in der Bearbeitung des Spannungsfelds von Gemeinsamkeiten und Differenzen der Akteure, die auf der Basis des Vertrauens möglich werden. Insofern *kann* das soziale Kapital die notwendige Anerkennung des Anderen als verschieden *und* gleich befördern und die Entstehung einer transnational-reflektierten Kompetenz wahrscheinlicher werden lassen.

Das *kulturelle Kapital* der Netzwerkkoordination wirkt als Expertise und spezifisches Feldwissen, das mit der Fachlichkeit und Expertise der Mitglieder abgeglichen, ergänzt und erweitert wird. Es transformiert zugleich das kulturelle Kapital der Mitgliedsorganisationen. Beide Ebenen profitieren von diesem grenzüberschreitenden Lernprozess in der Kooperation, da die beiderseitige Horizonterweiterung auf Dauer in den Netzwerken institutionalisiert werden kann. In den europäischen Netzwerken können darüber hinaus universalistische Geltungsansprüche *und* partikularistische Perspektiven in Kommunikationsprozessen dialektisch aufeinander bezogen werden. Dies fördert die Möglichkeit und Notwendigkeit von Verständigung und gegenseitigem Lernen.

Für die deutschen Organisationen ist typisch, dass sie über ein ausgeprägtes kulturelles Organisationskapital mit etablierten Zugängen und Wissensbeständen verfügen. Dies erklärt möglicherweise die Tendenz der deutschen Spitzenverbände, sich nur zögerlich auf verbandsunabhängige Netzwerke einzulassen. Förderlich erweist sich das reflexive Kapital als eine Unterform des kulturellen Kapitals, als spezifisches Erfahrungswissen, das sie dem Netzwerk zur Verfügung stellen können.

Die Kapitalsorten verbinden sich in einem komplexen „Kreislauf“: Ökonomisches Kapital ist zum Aufbau einer Netzwerk-Infrastruktur unabdingbar und stellt die Voraussetzung dar, an den transnationalen Kooperationen partizipieren zu können. Ebenso muss im Spiel soziales und kulturelles Kapital in verschiedenen Ausprägungen akkumuliert werden, die eine weitere Anziehung von ökonomischem Kapital (Fördermittel) und Einfluss (soziales Kapital) nach sich ziehen. In diesem Kreislauf werden Kapitalsorten in *symbolisches Kapital*

konvertiert, das den Netzwerken als „Stimme“ der europäischen Bürger Prestige und Autorität verleiht.

Auf der Grundlage dieser Ergebnisse zeigt sich, dass die Betrachtung des dialektischen Verhältnisses einen angemessenen Zugang zur Dynamik der europäischen Zivilgesellschaft darstellt (vgl. Fetzer 2002, S. 386). Komplexe Verflechtungsstrukturen können anhand des Kapitalbegriffs verdeutlicht werden, ohne jedoch die Gesamtheit der Beziehungen und Wechselwirkungen aufzeigen zu können. Die europäischen Netzwerke werden zu Arenen, in denen die transnationale und nationale Ebene verschränkt und vermittelt wird: „Es ist gerade diese Vermittlung ‚von unten‘ nach ‚oben‘, die mit dem Konzept der civil society korrespondiert“ (Stauf/Hamburger/Lauer 2007, S. 419).

8.2 Typische Prozesse im Feld der Netzwerke Sozialer Arbeit in Europa

Die zivilgesellschaftlichen Felder sind erstens national wie transnational durch das Spannungsverhältnis von *Kooperation und Konkurrenz* charakterisiert. Europa wirkt auf das bestehende Spannungsverhältnis im nationalen Feld ein und verändert die Positionierungen. Zugleich wirken nationale Akteure auf Kooperationen und Konkurrenzen im transnationalen Feld ein und beeinflussen als Mitglieder oder einzelne Akteure die Geschehnisse im Feld. Das zivilgesellschaftliche Handeln bewegt sich wie dargestellt in einem Spannungsfeld von konkurrenten und kooperativen Handlungsorientierungen, die aufeinander bezogen sind. Die Bearbeitung des Spannungsfelds erhöht die Anforderungen an die Vermittlungsleistungen der europäischen Netzwerke und an die Partizipationsmöglichkeiten der Mitglieder.

Zweitens zeichnen sich die zivilgesellschaftlichen Felder durch *Homogenität und Heterogenität* aus. Gemeinsam bleibt den heterogenen und auch miteinander konkurrierenden Akteuren die Orientierung an Zivilität und damit die Möglichkeit, in der gegenseitigen Verständigung Transnationalität zu produzieren. Für die transnationalen Netzwerke stellt die Bearbeitung der Heterogenität eine Herausforderung dar, die auf der Grundlage relativ unzureichender Ressourcen geleistet werden muss. Da sich die Heterogenität mit Ungleichheitsverhältnissen verbinden kann, müssen die Netzwerke die Differenz und entstehende Konflikte über intensive Kommunikation und Strategien der Koalition und Kooperation gemeinsam mit den Mitgliedern bearbeiten.

Die diskursiven Verhandlungsarenen und Reflexionssysteme implizieren darüber hinaus die Chance, unter günstigen Voraussetzungen – wenn die Netzwerke ausreichend ausgestattet sind und die Mitglieder auf die Durchsetzung ihrer partikularen Interessen verzichten – Verständigungs- und Klärungsprozesse anzuregen. Diese führen nicht nur zu einer fundierten europäischen Expertise, sondern können zu der Entstehung eines Konsens führen, der qualitativ eine neue Stufe erreicht. Transnationalität entsteht folglich in der Auseinandersetzung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden, von Konsens und Dissens.

Drittens stellt der Topos der *Autonomie* einen typischen Bezugspunkt für nationale und transnationale Akteure dar. Nationale und transnationale Akteure müssen das Spannungsverhältnis von Autonomie und Heteronomie bearbeiten und beurteilen es von ihrer jeweiligen Position aus. Im transnationalen Feld erweisen sich die partnerschaftlichen Beziehungen zu den politischen Institutionen als ein „Kapital“, von dem beide Seiten profitieren: Zum einen stellen die zivilgesellschaftlichen Netzwerke sowie die politischen Institutionen füreinander eine „Berührungsreliquie“ dar – die Beziehungen untereinander versetzen die Akteure jeweils in eine vorteilhafte Position. Zum anderen schützt die Akteure ein gegenseitiges „Berührungsverbot“: Die Kommission benötigt die Nähe zu den zivilgesellschaftlichen Netzwerken aus legitimatorischen Gründen und zur Erfüllung dieser Legitimation müssen die Netzwerke ihre Autonomie bewahren. Die zivilgesellschaftlichen Akteure demgegenüber benötigen die Nähe zur Kommission, um Einfluss auf die Politik nehmen zu können, zugleich vermeidet das kooperative Arrangement eine zu starke Politisierung. Auf die damit verbundenen Gefahren der Instrumentalisierung und Institutionalisierung wird insbesondere von den nationalen Akteuren hingewiesen, denen in diesem Kontext eine wichtige Funktion als kritische und regulative Instanz zukommt. Inwieweit die Akteure ihre Unabhängigkeit bewahren und ausgestalten können und oder welchen zivilgesellschaftlichen Gewinn aus dem entstehenden Gefüge erwachsen kann, kann zu diesem Zeitpunkt nicht abschließend beantwortet werden.

Viertens entsteht in dem rekonstruierten transnationalen Spannungsfeld von Konflikten und Kooperationen, von Dissens und Konsens: *Transnationalität* als Resultat der Reflexion und diskursiven Auseinandersetzung über Grenzziehungen, Grenzverschiebungen und Entgrenzungen, über Gemeinsames und Trennendes (vgl. Hamburger 2008). Die europäischen Netzwerke müssen insofern *in* ihren Binnenstrukturen die Dialektik der nationalen und transnationalen Ebene berücksichtigen und „die Anderen“ als verschieden *und* gleich

anerkennen (vgl. Beck/Grande 2004, S. 27). Dabei setzt ein Kommunikationsprozess der Akteure untereinander ein, der eine Reflexion der Gemeinsamkeiten und Unterschiede ermöglicht. Begünstigend wirken sich darüber hinaus Personen aus, die sich für diskursive Verständigung und Verhandlungssysteme im Netzwerk einsetzen und auf diese Weise Synergieeffekte befördern. *Reflexive Transnationalität* entsteht durch die Dialektik und das Aufeinanderbezogenheit von universellen und partikularen Orientierungen und von nationalen, lokalen und globalen Horizonten. Durch die Bezogenheit und dialektische Verschränkung sind die Akteure aufgefordert, diesen Bezugsrahmen fortwährend zu reflektieren und einen Lernprozess zu durchlaufen. Die Reflexion über die Modelle der Nationalität und Transnationalität, das kritische Betrachten von entstehenden Ungleichheiten und De- oder Re-Nationalisierungen von Deutungsmustern können in den Netzwerken auf diese Weise balanciert werden.

8.3 Ungleichheiten im transnationalen Feld und in Netzwerken

In den Transnationalisierungsprozessen können Ungleichheiten abgesichert oder neu etabliert werden. Wie die Studie verdeutlicht, können sich Ungleichheiten im transnationalen Feld aufgrund der unterschiedlichen Kapitalzusammensetzung entfalten (vgl. Kap. 7). Darüber hinaus zeigte sich am Beispiel eines „Generationskampfes“ im Feld, dass nationale und transnationale Akteure über diese ungleiche Kapitalverteilung in Konflikt geraten und eigene Kapitalsorten auf- bzw. andere Kapitalien abwerten. Neue transnationale Kooperationen können zugleich bestehende Konkurrenzen abmildern.

In den europäischen Netzwerken verdeutlicht sich die Ungleichheit zwischen den Mitgliedern am Beispiel der *Kommunikation*. Wenngleich die transnationalen Netzwerke „loosely linked collectives of organisations and individuals that hold common values, exchange information about shared interest, and engage in a common discourse about critical issues“ (Batliwala/Brown 2006, S. 7) darstellen: Die Netzwerke sehen sich zugleich vielfältigen Interessen und Erwartungen von Mitgliedern mit unterschiedlichen Kapitalausstattungen gegenüber. Daraus resultieren anspruchsvolle Herausforderungen für Netzwerkkoordination und Kommunikationsmanagement. Zugleich verdeutlicht sich die gegenseitige Abhängigkeit und Aufeinanderbezogenheit von Mitgliedern und Netzwerk: Die Bestärkung und der Rückbezug zu den (nationalen) Mitgliedern muss kontinuierlich berücksichtigt und gesucht werden. Die Ausbalancierung der lokalen, regionalen, nationalen und transnationalen Ebene wird hier zum professionellen „business as usual.“

Problematisch werden Ungleichheitsverhältnisse, wenn einzelne Mitglieder das Netzwerk aufgrund einer ausgeprägten Kapitalausstattung *dominieren* können, wie dies an zwei Familien-Netzwerken exemplifiziert wurde. In diesen Netzwerken beeinträchtigen nationale Interessen die transnationale Ausrichtung des Netzwerks. Entscheidend dabei wird der *Umgang* und die Bearbeitung der faktischen Ungleichheit: Eine bewusste Durchsetzung nationaler Interessen und die Festschreibung des Ungleichheitsverhältnisses erschwert den Aufbau einer transnationalen Orientierung, während demgegenüber eine selbstkritische Zurücknahme der dominanten Netzwerkpartner den Beteiligten eine reflexive Bearbeitung der ungleichen Verteilung ermöglicht. In den konflikthafter Auseinandersetzungen *kann* sich eine *reflexive Transnationalität* ausbilden – dies erfordert allerdings die Möglichkeit, Ungleichheiten zu bearbeiten, ohne sie letztlich aufzuheben zu können.

Ferner kann eine ungleiche Kapitalverteilung zu der Bildung von exklusiven Clubs und Zirkeln, zu sozialen Netzwerken in den europäischen NGO-Netzwerken führen. In diesen „sozialen Netzwerken“ bilden nationale und transnationale Akteure eine Binnenstruktur aus, an denen beispielsweise Akteure der transnationalen Netzwerkkoordinationen oder nationale Gründungsmitglieder beteiligt sind. Diese Binnenstrukturen führen zu Koalitions- und Fraktionsbildungen, die mit Exklusionsprozessen einhergehen und Konflikte in den Netzwerken evozieren. Darüber hinaus können sich in den Binnenstrukturen regionale Gruppierungen, z.B. auf der Grundlage einer gemeinsamen Sprache, bilden, um Interessen innerhalb des Netzwerks besser durchzusetzen oder fachliche Zusammenarbeit zu stärken.

Die europäischen Netzwerke sind transnationale Multifunktionalisten: Sie sind in vielfacher Hinsicht Vermittler und Distributeure von Kapital und Kompetenz, sie verbinden im europäischen Mehrebenensystem die zivilgesellschaftlichen Akteure durch ein komplexes Beziehungsgeflecht, sie sind Tauschbörse, Casino und Kapitalanlage zugleich. Sie stellen darüber hinaus für nationale Akteure bedeutsame Frühwarnsysteme dar, die Informationen filtern und vermitteln. Sie sind Kooperationspartner und Konkurrenten auf europäischer und nationaler Ebene, stiften Vertrauen und generieren *Transnationalität als ein spezifisches Handlungsmuster*. Sie können zu entlastenden Brückenköpfen für nationale Akteure heranwachsen und Motoren für produktive Auseinandersetzungen sein. Für politische Institutionen in der EU sind sie ebenfalls zentrale Akteure, Bündnispartner, Themenpioniere und Entlastungssysteme. Wenngleich sie der Gefahr unterliegen, „Handlager einer europäischen Politik“ zu werden oder interne Ungleichheiten auf Dauer zu stellen – die europäischen Netzwerke stellen ein notwendiges Element dar, um eine zivilgesellschaftliche Ori-

entierung des europäischen Projekts einzufordern. Ungeachtet der Schwierigkeiten und Probleme, ihres vergleichsweise schwachen Standings in der europäischen Interessenvertretung, der Konkurrenzen und Ungleichheiten weisen die europäischen Netzwerke der Sozialen Arbeit auf die Möglichkeit hin, einen transnationalen Kommunikationsraum, ein „kosmopolitisches Europa“ Realität werden zu lassen.

Wenngleich ein transnationaler Konsens als Anerkennung von Differenz und Gemeinsamkeiten *in* den Netzwerken schwer zu erreichen sein mag – er ist als zukünftiger Horizont nötig wie empirisch möglich. Inwieweit sich der Typus des verständigungsorientierten Handelns in zivilgesellschaftlichen Organisationen entwickeln und sich einer „Kolonialisierung“ erwehren kann, kann nur eine kontinuierliche Betrachtung und Analyse der zivilgesellschaftlichen Akteure auf europäischer Ebene zeigen: Die europäischen Netzwerke Sozialer Arbeit in Europa bleiben als Produzenten einer reflexiven Transnationalität zwischen Kooperation und Konkurrenz die berechtigten Hoffnungsträger eines kosmopolitischen Europas.

8.4 Anschlussfragen für Folgestudien

Die vorliegende Studie weist durch die gewählte Fragestellung, den spezifischen Feldzugang und die methodische Ausrichtung ihre Begrenzungen auf, so dass vor diesem Hintergrund auf weiterführende Anschlussfragen hingewiesen werden soll, die sich aus den Ergebnissen der Studie explizieren lassen.

- (a) Eine Begrenzung der Studie entsteht aus der Konstruktion der Stichprobe und des damit gewählten Ausschnitts der befragten Experten in Deutschland und in Brüssel. Die Heterogenität sowie das Kontinuum von europäischen Kooperationsbeziehungen der Organisationen Sozialer Arbeit können durch eine umfassendere Stichprobe oder durch fallorientierte Organisations- und Netzwerkanalyse ergänzend analysiert werden. Darüber hinaus könnte die Beschränkung auf ein bestimmtes Handlungsfeld der Sozialen Arbeit die verschiedenen Kooperations- und Vernetzungsbeziehungen im nationalen wie im europäischen Feld präziser nachzeichnen.
- (b) Für die deutschen Organisationen zeigt sich, dass sie aufgefordert sind, die europäische Informationsflut zu bearbeiten. Europa muss als Querschnittsaufgabe in den Organisationen Sozialer Arbeit im Sinne eines „european mainstreaming“ systematisch integriert werden. Hier stellen sich für nationale Akteure und ihre Binnenstrukturen vielfältige Herausforderungen, die im Kontext der Studie nicht aufgegriffen wurden.

- (c) In der Studie wurden zwar die Perspektiven „deutscher“ sowie „europäischer“ Akteure aufeinander bezogen. Allerdings wurde auf einen vergleichenden Zugang verzichtet, der weitere nationale Akteure als Mitglieder der Netzwerke erfasst. Auf diese Weise könnten die dialektischen Beziehungen zwischen nationaler und transnationaler Ebene umfassender analysiert sowie nationalen Pfadabhängigkeiten und national konstruierten Deutungsmustern nachgegangen werden.
- (d) Daran anschließend können fallbezogene Netzwerk- oder Organisationsanalysen die hier begonnene Mehrebenenanalyse verdichten. In der Analyse einzelner Netzwerke und ihrer Prozesse, Konflikte und Strukturen können tiefergehende Erkenntnisse über günstige und hinderliche Bedingungen für ein reflexives Netzwerkmanagement und die Aushandlung von Transnationalität eingehender untersucht werden.
- (e) Ferner wurde die berufsbiographische Perspektive zurückgestellt und damit der Dimension des „Habitus“ der befragten Akteure weniger Raum zugestanden. Die Arbeit in transnationalen NGOs und Netzwerken stellt komplexe Anforderungen an die handelnden Akteure: Feld- und Organisationswissen müssen die fachliche Expertise ergänzen und erweitern, komplexe Spannungsgefüge müssen ausbalanciert werden. Biographisch-rekonstruktive Studien könnten über die Anforderungen an Professionalität und persönliche Bildungsprozesse Aufschluss geben.
- (f) Die hier als analytisches Instrument verwandten Konzepte Bourdieus konstruieren gleichfalls eine bestimmte Perspektive auf die Ereignisse, Beziehungen und Dynamiken im „Feld.“ Insofern können andere theoretische Perspektiven weitere Einblicke in das transnationale Feld zivilgesellschaftlicher Akteure ermöglichen. Eine gesellschaftstheoretische Einbettung der zivilgesellschaftlichen Prozesse erscheint weiterhin notwendig (vgl. Simsa 2001, S. 67). Darüber hinaus eröffnet eine theoretische wie methodische Triangulation für die Analyse transnationaler Kooperationsbeziehungen weitere Forschungsperspektiven (vgl. Santen/Seckinger 2003).
- (g) Wenngleich die Möglichkeiten der Politisierung und aktiven Interessenvertretung der Sozialen Arbeit in Europa durch vielfältige Bedingungen erschwert werden, liegen die Chancen einer Repolitisierung der Akteure in dem eigenen Beitrag zu einer spezifischen Transnationalität. Wie die Akteure in der Entwicklung dieser Transnationalität unterstützt und gefördert werden können, stellt zukünftig eine bedeutsame Frage für die zivilgesellschaftlichen Akteure in Europa dar.

Literaturverzeichnis

- Abels, Gabriele/ Behrens, Maria (2002): ExpertInnen-Interviews in der Politikwissenschaft. Geschlechtertheoretische und politikfeldanalytische Reflexion einer Methode. In: Bogner, Alexander/ Littig, Beate/ Menz, Wolfgang (Hrsg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. Opladen, S. 173-190.
- Ackermann, Friedhelm: Experte? Laie? Dilettant? Modifikationen der Auswertung von ExpertInneninterviews nach Meuser/Nagel. Download: www.qualitative-sozialforschung.de/experte.htm, 26.06.2003.
- Albrecht, Steffen (2002): Netzwerke als Kapital. Zur unterschätzten Bedeutung des sozialen Kapitals für die gesellschaftliche Reproduktion. In: Ebrecht, Jörg/ Hillebrandt, Frank (Hrsg.): Bourdieus Theorie der Praxis. Wiesbaden, S. 199-224.
- Alemann, Ulrich von (1987): Organisierte Interessen in der Bundesrepublik. Unter Mitarbeit von Fonteyn, Reiner/ Lange, Hans-Jürgen. Opladen.
- Alemann, Ulrich von/ Weßels, Bernhard (1997): Verbände in vergleichender Perspektive – Königs- oder Dornenweg? In: Alemann, Ulrich von/ Weßels, Bernhard (Hrsg.): Verbände in vergleichender Perspektive: Beiträge zu einem vernachlässigten Feld. Hrsg. vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin, S. 7-28.
- Alhadeff, Giampiero/ Wilson, Simon (2002): European Civil Society – Coming of Age. Paper der Social Platform of European NGOs, Download unter: http://www.solidar.org/English/pdf/CivilSociety_comingofage_FINAL_May02.doc, 28.06.2007.
- Altvater, Elmar (1997): Wirtschaften jenseits von Markt und Plan. Gibt es einen dritten Weg in die Weltwirtschaft? In: Altvater, Elmar/ Haug, Frigga/ Negt, Oskar et al (Hrsg.): Turbo-Kapitalismus. Gesellschaft im Übergang ins 21. Jahrhundert. Hamburg, S. 60-68.
- Altvater, Elmar/ Brunnengräber, Achim (1997) (Hrsg.): Vernetzt und verstrickt. Nicht-Regierungsorganisationen als gesellschaftliche Produktivkraft. Münster.
- Altvater, Elmar/ Brunnengräber, Achim (2002): NGOs im Spannungsfeld von Lobbyarbeit und öffentlichem Protest. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6-7/2002, S. 6-14.
- Anheier, Helmut K. (2000): Social services in Europe. An annotated bibliography. Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V., Beobachtungsstelle für die Entwicklung der sozialen Dienste in Europa. Frankfurt a. M.
- Anheier, Helmut K. (2001): Der Dritte Sektor in Europa: Wachstum und Strukturwandel. In: Priller, Eckhard/ Zimmer, Annette (2001a): Der Dritte Sektor international. Mehr Markt – weniger Staat? Berlin, S. 57-74.
- Anheier, Helmut K. et al (2002): Social services in transition – towards a European social services information system. Arbeitspapiere des Observatoriums für die Entwicklung der Sozialen Dienste in Europa, Nr. 8, Frankfurt a.M.
- Anheier, Helmut K./ Priller, Eckhard/ Seibel, Wolfgang/ Zimmer, Annette (1997) (Hrsg.): Der Dritte Sektor in Deutschland – Organisationen zwischen Markt und Staat im gesellschaftlichen Wandel. Berlin.

- Anheier, Helmut K./ Salamon, Lester M. (1993): Die Internationale Systematik der Nonprofit-Organisationen: Zur Definition und Klassifikation des „Dritten Sektors“ intermediärer Organisationen. In: Bauer, Rudolph (Hrsg.): Intermediäre Nonprofit-Organisationen in einem neuen Europa. Studien zur Vergleichenden Sozialpädagogik und Internationalen Sozialarbeit, hrsg. von Franz Hamburger. Band 7, Rheinfelden und Berlin, S. 1-16.
- Anheier, Helmut K./ Seibel, Wolfgang (1990): The Third Sector: Comparative Studies of Nonprofit Organizations. Berlin/New York.
- Appelt, Erna/ Weiss, Alexandra (2000) (Hrsg.): Globalisierung und der Angriff auf die europäischen Wohlfahrtsstaaten. Hamburg.
- Arbeitskreis Nonprofit-Organisationen (1997): Nonprofit-Organisationen im Wandel. Ende der Besonderheiten oder Besonderheiten ohne Ende? Schriften des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge. Frankfurt a.M.
- Bach, Maurizio (2000): Die Europäisierung der nationalen Gesellschaft? Problemstellungen und Perspektiven einer Soziologie der europäischen Integration. In: Ders. (Hrsg.): Die Europäisierung nationaler Gesellschaften. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft, S. 11-31.
- Badelt, Christoph (1997) (Hrsg.): Handbuch der Nonprofit Organisation. Strukturen und Management. Stuttgart.
- Batliwala, Srilatha/ Brown, L. David (2006) (Hrsg.): Transnational Civil Society. An Introduction. Bloomfield.
- Bauer, Rudolph (1978): Wohlfahrtsverbände in der Bundesrepublik. Materialien und Analysen zu Organisation, Programmatik und Praxis. Ein Handbuch. Weinheim/Basel.
- Bauer, Rudolph (1984) (Hrsg.): Die liebe Not. Zur historischen Kontinuität der „Freien Wohlfahrtspflege.“ Weinheim/Basel.
- Bauer, Rudolph (1992a) (Hrsg.): Sozialpolitik in deutscher und europäischer Sicht. Rolle und Zukunft der Freien Wohlfahrtspflege zwischen EG-Binnenmarkt und Beitrittsländern. Weinheim.
- Bauer, Rudolph (1992b): Sozialstaat und Wohlfahrtsverbände zwischen EG-Binnenmarkt und Beitrittsländern. In: Bauer, Rudolph (Hrsg.): Sozialpolitik in deutscher und europäischer Sicht. Rolle und Zukunft der Freien Wohlfahrtspflege zwischen EG-Binnenmarkt und Beitrittsländern. Weinheim, S. 158-177.
- Bauer, Rudolph (1993) (Hrsg.): Intermediäre Nonprofit-Organisationen in einem Neuen Europa. Studien zur Vergleichenden Sozialpädagogik und Internationalen Sozialarbeit, hrsg. von Franz Hamburger. Band 7, Rheinfelden/Berlin.
- Bauer, Rudolph (2000): Chancen Ökonomischer Selbstorganisation? Économie Sociale in der europäischen Diskussion. In: Elsen, Susanne/ Lange, Dietrich/ Wallimann, Isidor (Hrsg.): Soziale Arbeit und Ökonomie. Neuwied/Kriftel, S. 158-178.
- Bauer, Rudolph (2001): Personenbezogene soziale Dienstleistungen. Begriff, Qualität und Zukunft. Wiesbaden.
- Bauer, Rudolph/ Pfaffenberger, Hans (2004): Wie steht es um eine Sozialpolitik der Europäischen Union und was folgt daraus für die Sozialarbeit/Sozialpädagogik? Zur Geschichte, Ana-

- lyse und Perspektive der sozialpolitischen Entwicklung auf europäischer Ebene. In: Homfeldt, Hans Günther/ Brandhorst, Katrin: International vergleichende Soziale Arbeit. Sozialpolitik – Kooperation – Forschung. Band 10 der Reihe Grundlagen der Sozialen Arbeit, hrsg. v. Homfeldt, Hans Günther/ Merten, Roland/ Schulze-Krüdener, Jörgen. Hohengehren, S. 52-77.
- Becher, Berthold (2001): Die Europäisierung der Sozialwirtschaft als Chance. Wie kann sie von den Wohlfahrtsverbänden genutzt werden? Bank für Sozialwirtschaft AG, Köln. Download unter <http://www.eufis.de/fileadmin/Dokumente/OffenerBereich/Fachbeitraege/BeJUHVortrag.doc>, 30.05.2007.
- Becher, Berthold (2002): Strategische Relevanz von „Europa“ für sozialwirtschaftliche Organisationen. Vortrag anlässlich der Klausurtagung des Zentralbeirats der Bank für Sozialwirtschaft AG, Berlin, 09.-11.04.2002. Download: <http://www.eufis.net/fileadmin/Dokumente/OffenerBereich/Fachbeitraege/BeBeirat02.doc>, 15.06.2007.
- Beck, Ulrich (1996): Das Zeitalter der Nebenfolgen und die Politisierung der Moderne. In: Beck, Ulrich/ Giddens, Anthony/ Lash, Scott (Hrsg.): Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse. Frankfurt a.M., S. 19-112.
- Beck, Ulrich/ Grande, Edgar (2004): Das kosmopolitische Europa. Frankfurt a.M.
- Becker, Thomas/ Dammer, Ingo/ Howaldt, Jürgen/ Killich, Stephan/ Loose, Achim (2005) (Hrsg.): Netzwerkmanagement. Mit Kooperation zum Unternehmenserfolg. Berlin.
- Beger, Nicholas (2004): Participatory Democracy: organised civil society and the “new” dialogue. Paper des Koordinators der EU Civil Contact Group im Rahmen der Konferenz „Towards a European Constitution“, London 1.-2. Juli 2004. Download unter: <http://act4europe.horus.be/module/FileLib/ParticipatoryDemocracyandorganisedcivilsociety.pdf>, 19.06.2007.
- Berkel, Barbara (2006): Konflikt als Motor europäischer Öffentlichkeit. Eine Inhaltsanalyse von Tageszeitungen in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Österreich. Wiesbaden.
- Bernhard, Armin (1999): Netzwerke der Sozialpädagogik/Sozialarbeit im Prozeß der Europäisierung. In: neue praxis 4/1999, S. 341-354.
- Bieling, Hans-Jürgen/ Lerch, Marika (2005) (Hrsg.): Theorien der europäischen Integration. 2. Aufl., Wiesbaden.
- Birkhölzer, Karl/ Kistler, Ernst/ Mutz, Gerd (2004): Der Dritte Sektor. Partner für Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Wiesbaden.
- Birkhölzer, Karl/ Klein, Ansgar/ Priller, Eckard/ Zimmer, Annette (2005) (Hrsg.): Dritter Sektor/Drittes System. Theorie, Funktionswandel und zivilgesellschaftliche Perspektiven. Wiesbaden.
- Birle, Peter/ Wagner, Christian (2003): Vergleichende Politikwissenschaft: Analyse und Vergleich politischer Systeme. In: Mols, Manfred/ Lauth, Hans-Joachim/ Wagner, Christian (Hrsg.): Politikwissenschaft: Eine Einführung. 4. aktual. und erw. Auflage, Paderborn, S. 99-134.
- Bogner, Alexander/ Littig, Beate/ Menz, Wolfgang (2002) (Hrsg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. Opladen.

- Bogner, Alexander/ Menz, Wolfgang (2002a): Expertenwissen und Forschungspraxis – die modernisierungstheoretische und die methodische Debatte um die Experten. In: Bogner, Alexander/ Littig, Beate/ Menz, Wolfgang (2002) (Hrsg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. Opladen, S. 7-29.
- Bogner, Alexander/ Menz, Wolfgang (2002b): Das theoriegenerierende Experteninterview. In: Bogner, Alexander/ Littig, Beate/ Menz, Wolfgang (Hrsg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. Opladen, S. 33-70.
- Boeßenecker, Karl-Heinz (2005): Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege. Eine Einführung in Organisationsstrukturen und Handlungsfelder der deutschen Wohlfahrtsverbände. Neuausgabe, Weinheim/München.
- Bös, Mathias (1997): Migration als Problem offener Gesellschaften. Opladen.
- Bohn, Cornelia (2005): Eine Welt-Gesellschaft. Operative Gesellschaftskonzepte in den Sozialtheorien Luhmanns und Bourdieus. In: Colliot-Thélène, Catherine/ François, Etienne/ Gebauer, Gunter (Hrsg.): Pierre Bourdieu: Deutsch-Französische Perspektiven. Frankfurt a.M., S. 43-78.
- Bommes, Michael (1999): Migration und nationaler Wohlfahrtsstaat. Ein differenzierungstheoretischer Entwurf. Opladen/Wiesbaden.
- Boual, Jean-Claude (2003): Eine Zivilgesellschaft ist möglich. In: Boual, Jean Claude/ Grützke, Horst (Hrsg.): Auf zu einer europäischen Zivilgesellschaft! Veröffentlicht auf der Webseite des Ständigen Forums der europäischen Zivilgesellschaft. Tribune der europäischen Zivilgesellschaft, Potsdam. Download unter <http://www.europa-jetzt.org/brochure/Teil%20I-de.pdf>, 15.06.2007.
- Bourdieu, Pierre (1979): Entwurf einer Theorie der Praxis. 1. Aufl., Frankfurt a.M.
- Bourdieu, Pierre (1980): Soziologische Fragen. Frankfurt a.M.
- Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten. Sonderband 2 der Zeitschrift Soziale Welt. Göttingen, S. 183-198.
- Bourdieu, Pierre (1987): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt a.M.
- Bourdieu, Pierre (1991a): Sozialer Raum und "Klassen". Leçon sur la leçon. Zwei Vorlesungen. 2. Aufl., Frankfurt a.M.
- Bourdieu, Pierre (1991b): Epilogue: On the Possibility of a Field of World Sociology. In: Bourdieu, Pierre/ Coleman, James S. (Hrsg.): Social Theory for a Changing Society. Oxford, S. 373-387.
- Bourdieu, Pierre (1992a): Rede und Antwort. Frankfurt a.M.
- Bourdieu, Pierre (1992b): Ökonomisches Kapital – Kulturelles Kapital – Soziales Kapital. In: Ders.: Die verborgenen Mechanismen der Macht, hrsg. von Margareta Steinrück. Hamburg, S. 49-79.

- Bourdieu, Pierre (1993): Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft. Frankfurt a.M.
- Bourdieu, Pierre (1996): Die Praxis der reflexiven Anthropologie. Einleitung zum Seminar an der École des hautes études en sciences sociales in Paris, Oktober 1987. In: Bourdieu, Pierre / Wacquant, Loïc J. D. (Hrsg.): Reflexive Anthropologie. Frankfurt a.M., S. 251-294.
- Bourdieu, Pierre (1997a): Der Tote packt den Lebenden. Schriften zu Politik und Kultur 2, hrsg. von Margareta Steinrück. Hamburg.
- Bourdieu, Pierre (1997b): Gegen die Brüsseler Technokraten. Download unter: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/8/8031/1.html>, 15.08.2007.
- Bourdieu, Pierre (1997c): Die fortschrittlichen Kräfte. In: Bourdieu, Pierre/ Debons, Claude/ Henschel, Detlef/ Lutz, Burkart (Hrsg.). Perspektiven des Protests. Initiativen für einen europäischen Wohlfahrtsstaat. Hamburg, S. 11-25.
- Bourdieu, Pierre (1998a): Eine sichere Geldanlage für die Familie. Das Einfamilienhaus: Produktionsspezifika und Logik des Produktionsfelds. In: Ders.: Der Einzige und sein Eigenheim. Hamburg, S. 26-84.
- Bourdieu, Pierre (1998b): Staatsgeist. Genese und Struktur des bürokratischen Felds. In: Ders.: Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns. Frankfurt a.M., S. 93-125.
- Bourdieu, Pierre (1998c): Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns. Frankfurt a.M.
- Bourdieu, Pierre (1998d): Vom Gebrauch der Wissenschaft. Für eine klinische Soziologie des wissenschaftlichen Felds. Konstanz.
- Bourdieu, Pierre (1999): Die Regeln der Kunst: Genese und Struktur des literarischen Felds. 1. Aufl., Frankfurt a.M.
- Bourdieu, Pierre (2000): Das religiöse Feld. Texte zur Ökonomie des Heilsgeschehens. Konstanz.
- Bourdieu, Pierre (2001): Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft. Konstanz.
- Bourdieu, Pierre (2004): Der Staatsadel. Konstanz.
- Bourdieu, Pierre/ Boltanski, Lutz/ de Saint Martin, Monique/ Maldidier, Pascale (1981): Titel und Stelle. Über die Reproduktion sozialer Macht. Frankfurt a.M.
- Bourdieu, Pierre/ Wacquant, Loïc J. D. (1996): Die Ziele der reflexiven Soziologie. Chicago-Seminar 1987. In: Ders.: Reflexive Anthropologie. Frankfurt a.M., S. 95-250.
- Braun, Andrea (2003): Die Beteiligung schwedischer Wohlfahrtsorganisationen an europäischen Netzwerken. Diplomarbeit, Mainz.
- Bruch, Michael/ Türk, Klaus (2005): Organisation als Regierungsdispositiv. In: Jäger, Wieland/ Schimank, Uwe (Hrsg.): Organisationsgesellschaft. Facetten und Perspektiven. Wiesbaden, S. 89-123.
- Bruckmeier, Karl (1988): Kritik der Organisationsgesellschaft. Wege der systemtheoretischen Auflösung der Gesellschaft von Weber, Parsons, Luhmann und Habermas. Münster.

- Brunnengräber, Achim/ Klein, Ansgar/ Walk, Heike (2001) (Hrsg.): NGOs als Legitimationsresource. Zivilgesellschaftliche Partizipationsformen im Globalisierungsprozess. Opladen.
- Burchardt, Hans-Jürgen (2006): Gegengefeuert. Die politischen Schriften des Pierre Bourdieu. Review Essay, Download unter http://www.fes.de/ipg/IPG1_2006/BURCHHARDT.PDF, 15.08.2007.
- Butterwegge, Christoph (1999): Wohlfahrtsstaat im Wandel. Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik. Opladen.
- Castells, Manuel (2001): Das Informationszeitalter. Teil I: Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft. Opladen.
- Castells, Manuel (2002): Das Informationszeitalter. Teil II: Die Macht der Identität. Opladen.
- Däubler, Wolfgang (2004): Die Europäische Union als Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Europa-Handbuch. 3. aktual. und überarb. Aufl., Gütersloh.
- Daigler, Claudia/ Kaschuba, Gerrit/ Maurer, Susanne/ Stauber, Barbara/ Wonneberger, Eva (1997): Vernetzung in Konkurrenz – Konkurrenz in der Vernetzung. In: Müller, Siegfried/ Reinl, Heidi (Hrsg.): Soziale Arbeit in der Konkurrenzgesellschaft. Beiträge zur Neugestaltung des Sozialen. Verhandlungen des 2. Bundeskongresses Soziale Arbeit. Neuwied/Kriftel, S. 340-345.
- Dammer, Ingo (2005): Gelingende Kooperation. Becker, Thomas/ Dammer, Ingo/ Howaldt, Jürgen/ Killich, Stephan/ Loose, Achim (Hrsg.): Netzwerkmanagement. Mit Kooperation zum Unternehmenserfolg. Berlin, S. 37-47.
- Dederichs, Andrea Maria/ Florian, Michael (2002): Felder, Organisationen und Akteure – eine organisationssoziologische Skizze. In: Ebrecht, Jörg/ Hillebrandt, Frank (Hrsg.): Bourdieu Theorie der Praxis. Wiesbaden, S. 69-96.
- DER DUDEN (1982): Das Fremdwörterbuch. Band 5, 4. neu bearb. und erw. Aufl., Mannheim/Wien/Zürich.
- DER DUDEN (1989): Das Fremdwörterbuch. Band 7, 2. völlig neu bearb. und erw. Aufl., Mannheim/Wien/Zürich.
- Diefenbach, Heike/ Nauck, Bernhard (1997): Bildungsverhalten als „strategische Praxis“: Ein Modell zur Erklärung der Reproduktion von Humankapital in Migrantenfamilien. In: Pries, Ludger (Hrsg.): Transnationale Migration. Soziale Welt, Sonderband 12. Baden-Baden, S. 227-291.
- Egenberger, Vera (2000): Das Europäische Netzwerk gegen Rassismus. Ziele und Aufgaben. Download unter: <http://library.fes.de/fulltext/asfo/00659004.htm>, 25.09.2007.
- Eichener, Volker/ Voelzkow, Helmut (1994) (Hrsg.): Europäische Integration und verbandliche Interessenvermittlung. Marburg.
- Eilers, Kerstin (2002): Soziale Arbeit im europäischen Vergleich. Eine Bestandsaufnahme der Internationalen Konferenz für Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik in Paris 1928. In: Hering, Sabine/ Waaldijk, Berteke (Hrsg.): Die Geschichte der Sozialen Arbeit in Europa (1900-1960). Opladen, S. 115-124.

- Eising, Rainer (2001): Interessenvermittlung in der Europäischen Union. In: Reutter, Werner/ Rütters, Peter (Hrsg.): Verbände und Verbandssysteme in Westeuropa. Opladen, S. 453-476.
- Eising, Rainer/ Kohler-Koch, Beate (1994): Trends der Interessenvermittlung in der Europäischen Gemeinschaft. In: Streeck, Wolfgang: Staat und Verbände, Opladen, S. 175-206.
- Eising, Rainer/ Kohler-Koch, Beate (1995): Inflation und Zerfaserung. Trends der Interessenvermittlung in der Europäischen Gemeinschaft. Arbeitspapiere des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung Nr. 8, Mannheim.
- Eising, Rainer/ Kohler-Koch, Beate (2005a) (Hrsg.): Interessenpolitik in Europa. Baden-Baden.
- Eising, Rainer/ Kohler-Koch, Beate (2005b): Interessenpolitik im europäischen Mehrebenensystem. In: Dies.: Interessenpolitik in Europa. Baden-Baden, S. 11-75.
- Elias, Norbert (2006): Was ist Soziologie? Amsterdam.
- Elias, Norbert/ Scotson, John L. (1990): Etablierte und Außenseiter. Frankfurt a.M.
- Engler, Steffani/ Kraus, Beate (2004) (Hrsg.): Das kulturelle Kapital und die Macht der Klassenstrukturen. Weinheim/München.
- Evers, Adalbert/ Olk, Thomas (1996) (Hrsg.): Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. Opladen.
- Evers, Adalbert/ Olk, Thomas (1996): Wohlfahrtspluralismus. Analytische und normativ-politische Dimensionen eines Leitbegriffs. In: Evers, Adalbert/ Olk, Thomas (1996) (Hrsg.): Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. Opladen, S. 9-60.
- Faist, Thomas (2000) (Hrsg.): Transstaatliche Räume. Politik, Wirtschaft und Kultur in und zwischen Deutschland und der Türkei. Bielefeld.
- Fetzer, Thomas (2002): Zivilgesellschaftliche Organisationen in Europa nach 1945: Katalysatoren für die Herausbildung transnationaler Identitäten? In: Kaelbe, Hartmut/ Kirsch, Martin/ Schmidt-Gernig, Alexander (Hrsg.): Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert. Frankfurt a.M., S. 355-392.
- Fischer, Klemens H. (1997): Lobbying und Kommunikation in der Europäischen Union. Berlin.
- Flick, Uwe (2000): Qualitative Forschung. Theorie, Methoden, Anwendungen in Psychologie und Sozialwissenschaften. 5. Aufl., Hamburg.
- Flora, Peter (2000): Stein Rokkan - Staat, Nation und Demokratie in Europa. Die Theorie Stein Rokkans. Aus seinen gesammelten Werken rekonstruiert, Frankfurt a.M.
- Frantz, Christiane (2005): Karriere in NGOs. Politik als Beruf jenseits der Parteien. Wiesbaden.
- Frantz, Christiane/ Zimmer, Annette (Hrsg.) (2002): Zivilgesellschaft international. Alte und neue NGOs. Opladen.
- Friebertshäuser, Barbara (1997): Interviewtechniken – ein Überblick. In: Friebertshäuser, Barbara/ Prengel, Annedore (Hrsg.): Handbuch Qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft. Weinheim/München, S. 371-395.

- Friebertshäuser, Barbara/ Prengel, Annedore (1997) (Hrsg.): Handbuch Qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft. Weinheim/München.
- Friesenhahn, Günter J. (2002): Zwischen Empowerment und Kundenorientierung. Die internationale/interkulturelle Dimension in der Ausbildung für Soziale Professionen. In: Elsen, Susanne/ Friesenhahn, Günter J./ Lorenz, Walter (Hrsg.): Für ein soziales Europa. Ausbilden – Lernen – Handeln in den sozialen Professionen. Mainz, S. 123-143.
- Froschauer, Ulrike/ Lueger, Manfred (2003): Das qualitative Interview. Wien.
- Furtak, Florian T. (2000): Nichtregierungsorganisationen (NGOs) im politischen System der Europäischen Union: Strukturen – Beteiligungsmöglichkeiten – Einfluß. München.
- Gabriel, Thomas (2004): Perspektiven international vergleichender Jugendhilfeforschung. In: Homfeldt, Hans Günther/ Brandhorst, Katrin: International vergleichende Soziale Arbeit. Sozialpolitik – Kooperation – Forschung. Band 10 der Reihe Grundlagen der Sozialen Arbeit, hrsg. von Homfeldt, Hans Günther/ Merten, Roland/ Schulze-Krüdener, Jörgen. Hohengehren, S. 149-156.
- Garrech, Brendan (2005): Die Einbindung der Zivilgesellschaft im politischen System der Europäischen Union: Der Zivildialog als Versprechen einer „partizipativen Demokratie“? Die Einbindungsstrategie der Kommission und die europäische Strategie der Globalisierungskritiker von Attac im Vergleich. Masterarbeit Europawissenschaften, Humboldt Universität Berlin. Download: http://www.europawissenschaften-berlin.de/texte/MA_Garrec.pdf, 18.06.2007.
- Giegel, Hans-Joachim (1992): Einleitung. Kommunikation und Konsens in modernen Gesellschaften. In: Ders. (Hrsg.): Kommunikation und Konsens in modernen Gesellschaften. Frankfurt a.M., S. 7-17.
- Glaser, Barney G./ Strauss, Anselm L. (1979): Die Entdeckung gegenstandsbezogener Theorie: Eine Grundstrategie qualitativer Sozialforschung. In: Hopf, Christel/ Weingarten, Elmar (Hrsg.): Qualitative Sozialforschung. Stuttgart, S. 91-111.
- Gläser, Jochen/ Laudel, Grit (2006): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse. 2. durchgesehene Aufl., Wiesbaden.
- Gosewinkel, Dieter/ Rucht, Dieter/ van den Daele, Wolfgang/ Kocka, Jürgen (2004a) (Hrsg.): Zivilgesellschaft – national und transnational. Jahrbuch des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung. Berlin.
- Gosewinkel, Dieter/ Rucht, Dieter/ van den Daele, Wolfgang/ Kocka, Jürgen (2004b): Einleitung: Zivilgesellschaft – national und transnational. In: Dies. (Hrsg.): Zivilgesellschaft – national und transnational. Jahrbuch des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung. Berlin, S. 11-26.
- Gosewinkel, Dieter/ Rucht, Dieter (2004c): „History meets sociology“: Zivilgesellschaft als Prozess. In: Gosewinkel, Dieter/ Rucht, Dieter/ van den Daele, Wolfgang/ Kocka, Jürgen (Hrsg.): Zivilgesellschaft – national und transnational. Jahrbuch des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung. Berlin, S. 29-60.
- Grande, Edgar (2000) (Hrsg.): Wie problemlösungsfähig ist die EU? Regieren im europäischen Mehrebenensystem. Baden-Baden.

- Graßhoff, Gunther (2007): Pädagogische Generationsbeziehungen in Familie und Schule. Fallstudien zur biographischen Relevanz familialer und schulischer Generationsbeziehungen für adolozente Waldorfschüler. Dissertation, Wiesbaden (im Erscheinen).
- Greenwood, Justin (2003): Interest Representation in the European Union. Basingstoke u.a.
- Guéhenno, Jean-Marie (1994): Das Ende der Demokratie. München.
- Habermas, Jürgen (1997): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. 5. Aufl., Frankfurt a.M.
- Habermas, Jürgen (1999a): Theorie des kommunikativen Handelns. Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung. Band I, 3. Aufl., Frankfurt a.M.
- Habermas, Jürgen (1999b): Theorie des kommunikativen Handelns. Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft. Band II, 3. Aufl., Frankfurt a.M.
- Hamburger, Franz (1992): Kommt ein Chaos im Sozialen. Die eurokranische Ordnung und die Verwerfungen des Sozialen. In: Sozialmagazin, Heft 7-8, S. 34-42.
- Hamburger, Franz (1994): Einleitung. In: Hamburger, Franz (Hrsg.): Innovation durch Grenzüberschreitung. Rheinfelden/Berlin, S. 1-6.
- Hamburger, Franz (1999): Politik und Pädagogik des Sozialen im Prozeß der europäischen Integration. In: Fatke, Reinhard et al (Hrsg.): Erziehung und sozialer Wandel. Brennpunkte sozialpädagogischer Forschung, Theoriebildung und Praxis. 39. Beiheft der Zeitschrift für Pädagogik, Weinheim/Basel, S. 393-362.
- Hamburger, Franz (2001): Neue Bedingungen für die Soziale Arbeit. Vortrag bei der 4. Fachtagung „Die Sozialarbeit in der Schuldner- und Insolvenzberatung: Rückblick und Ausblick“ am 29.11.2001, Waldthausen/Mainz.
- Hamburger, Franz (2002a): Die Gestaltung des Sozialen – eine Herausforderung für Europa. In: Hamburger, Franz / Eggert, Annelinde/ Heinen, Angelika/ Luckas, Helga / May, Michael/ Müller, Heinz (Hrsg.): Gestaltung des Sozialen – eine Herausforderung für Europa. Opladen, S. 20-34.
- Hamburger, Franz (2003): Einführung in die Sozialpädagogik. Stuttgart.
- Hamburger, Franz (2004c): Kooperation an der Grenze. In: Brandhorst, Karin/ Homfeldt, H.G. (Hrsg.): International vergleichende Soziale Arbeit. Sozialpolitik – Kooperation – Forschung. Hohengehren, S. 187-194.
- Hamburger, Franz (2005): Forschung und Praxis. In: Schweppe, Cornelia/ Thole, Werner (Hrsg.): Sozialpädagogik als forschende Disziplin. Weinheim/München, S. 35-48.
- Hamburger, Franz (2006): Kooperation und Konflikt in transnationalen Netzwerken. Unter Mitarbeit von Felicia Lauer und Eva Stauf. In: Heimgartner, Arno/ Lauer, Karin (Hrsg.): Kultur in der Sozialen Arbeit. Festschrift für Univ.-Prof. Dr. Josef Scheipl. Klagenfurt, S. 296-310.
- Hamburger, Franz (2008): Transnationalität als Forschungskonzept in der Sozialpädagogik. In: Homfeld, Hans-Günter/ Schröder, Wolfgang/ Schweppe, Cornelia (Hrsg.): Soziale Arbeit und Transnationalität. Weinheim/München, S. 259-277 (im Erscheinen).

- Hamburger, Franz/ Lauer, Felicia/ Stauf, Eva (2002a): Auf den Spuren eines sozialen Europas. Einblicke in die Netzwerkaktivitäten deutscher Organisationen Sozialer Arbeit (unveröff. Auswertungsbericht). Pädagogisches Institut, Universität Mainz.
- Hamburger, Franz/ Lauer, Felicia/ Stauf, Eva (2002b): Netzwerke der Sozialen Arbeit in Europa - Programmatik und Funktion transnationaler Kooperationen. In: Schauer, Reinhold et. al. (Hrsg.): Nonprofit-Organisationen und gesellschaftliche Entwicklung: Spannungsfeld zwischen Mission und Ökonomie. 5. Coll. der NPO-Forscher im deutschsprachigen Raum. Linz, S. 93-114.
- Hamburger, Franz/ Lauer, Felicia/ Stauf, Eva (2004a): Europäische Netzwerke der Sozialen Arbeit – eine Annäherung an neue Akteure. In: Zeitschrift für Sozialpädagogik (ZfSp), 2. Jahrgang, Heft 1, S. 78-102.
- Hamburger, Franz/ Lauer, Felicia/ Stauf, Eva (2004b): Ideen, Ideale und Interessen. Was leisten die Netzwerke der Freien Wohlfahrt? In: Sozial Extra – Zeitschrift für Soziale Arbeit und Sozialpolitik. 2-3/2004, S. 24-27.
- Hamburger, Franz/ Stauf, Eva/ Lauer, Felicia (2002): Strickwerk oder Strategie? Netzwerke der Sozialen Arbeit in Europa. Arbeitspapiere des Observatoriums für die Entwicklung der Sozialen Dienste in Europa, Nr. 9, Frankfurt a.M.
- Hamburger, Franz/ Hirschler, Sandra/ Sander, Günther/ Wöbcke, Manfred (2004) (Hrsg.): Ausbildung für Soziale Berufe in Europa. Band 1. Frankfurt a.M.
- Hamburger, Franz/ Hirschler, Sandra/ Sander, Günther/ Wöbcke, Manfred (2005) (Hrsg.): Ausbildung für Soziale Berufe in Europa. Band 2, Frankfurt a.M.
- Han, Petrus (2005): Soziologie der Migration. Erklärungsmodelle, Fakten, politische Konsequenzen, Perspektiven. 2. überarb. und erw. Aufl., Stuttgart.
- Hann, Chris/ Dunn, Elizabeth (Hrsg.) (1996): Civil Society. Challenging Western Models. London.
- Hauser, Richard (1997): Soziale Sicherung in westeuropäischen Staaten. In: Hradil, Stefan/ Immerfall (Hrsg.): Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich. Opladen, S. 521-545.
- Heidenreich, Martin (2006) (Hrsg.): Die Europäisierung sozialer Ungleichheit. Zur transnationalen Klassen- und Sozialstrukturanalyse. Frankfurt a.M.
- Hering, Sabine/ Waaldijk, Berteke (2002): Vorwort. In: Dies. (Hrsg.): Die Geschichte der Sozialen Arbeit in Europa. (1900-1960). Opladen, S. 9-10.
- Herrmann, Peter (2005): Politics and Policies of the Social in the European Union – looking at the hidden agendas. Nova Science-Verlag.
- Herrmann, Peter (2004): Wohlfahrtsverbände in der Europäischen Union – Aufbau eines neuen Sozialstaats. In: Homfeldt, Hans Günther/ Brandhorst, Katrin: International vergleichende Soziale Arbeit. Sozialpolitik – Kooperation – Forschung. Band 10 der Reihe Grundlagen der Sozialen Arbeit, hrsg. v. Homfeldt, Hans Günther/ Merten, Roland/ Schulze-Krüdener, Jörgen. Hohengehren, S. 78-91.
- Herrmann, Peter (1993): Intermediäre Organisationen im Spannungsfeld von Zentralisierung und Dezentralisierung. In: Bauer, Rudolph (Hrsg.): Intermediäre Nonprofit-Organisationen in

einem neuen Europa. Studien zur Vergleichenden Sozialpädagogik und Internationalen Sozialarbeit, hrsg. von Franz Hamburger. Band 7, Rheinfelden/Berlin, S. 1-16.

Herrmann, Peter (1998): Partizipationskulturen in der EU. Studien zur Vergleichenden Sozialpädagogik und Internationalen Sozialarbeit, hrsg. von Franz Hamburger. Band 19, Rheinfelden/Berlin.

Herrmann, Peter/ Kusche, Christoph (1998b) (Hrsg.): Sozialarbeit in der EU. Wege zur Entwicklung eines Professionsbewußtseins. Studien zur Vergleichenden Sozialpädagogik und Internationalen Sozialarbeit, hrsg. von Franz Hamburger. Band 17, Rheinfelden.

Hildermeier, Manfred/ Kocka, Jürgen/ Conrad, Christoph (Hrsg.): Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriff, Geschichte, Chancen. Frankfurt a.M.

Hillebrandt, Frank (1999): Die Habitus-Feld-Theorie als Beitrag zur Mikro-Makro-Problematik in der Soziologie – aus der Sicht des Feldbegriffs. Working Paper 2, Technische Universität Hamburg-Harburg. Hamburg, Download: <http://www.tu-harburg.de/tbg/Deutsch/Projekte/Sozionik2/WP2.pdf>, 07.06.2007.

Hillmann, Karl-Heinz (1994): Wörterbuch der Soziologie. 4. überarb. und ergänzte Aufl. Stuttgart.

Holzinger, Katharina/ Knill, Christoph/ Peters, Dirk/ Rittberger, Berthold/ Schimmelfennig, Frank/ Wagner, Wolfgang (2005) (Hrsg.): Die Europäische Union. Theorien und Analysekonzepte. Paderborn.

Homfeldt, Hans Günther/ Brandhorst, Katrin (2004) (Hrsg.): International vergleichende Soziale Arbeit. Sozialpolitik – Kooperation – Forschung. Band 10 der Reihe Grundlagen der Sozialen Arbeit, hrsg. von Homfeldt, Hans Günther/ Merten, Roland/ Schulze-Krüdener, Jörgen. Hohengehren.

Homfeldt, Hans Günther/ Schweppe, Cornelia/ Schröer, Wolfgang (2006): Transnationalität, soziale Unterstützung, agency. Interkulturelle Bibliothek, Band 28. Nordhausen.

Honneth, Axel (1994): Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Frankfurt a.M.

Howaldt, Jürgen/ Ellerkmann, Frank (2005): Entwicklungsphasen von Netzwerken und Unternehmenskooperationen. In: Becker, Thomas/ Dammer, Ingo/ Howaldt, Jürgen/ Killich, Stephan/ Loose, Achim (Hrsg.): Netzwerkmanagement. Mit Kooperation zum Unternehmenserfolg. Berlin, , S. 23-36.

Hradil, Stefan (2006): Die Sozialstruktur Deutschlands im internationalen Vergleich. 2. Aufl., Wiesbaden.

Hradil, Stefan/ Immerfall, Stefan (Hrsg.) (1997a): Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich. Opladen.

Hradil, Stefan/ Immerfall, Stefan (1997b): Modernisierung und Vielfalt in Europa. In: Dies.: Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich. Opladen, S. 11-25.

Imig, Doug/ Tarrow, Sidney (2003): Politischer Protest im europäischen Mehrebenensystem. In: Jachtenfuchs, Markus/ Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): Europäische Integration. Opladen, S. 121-149.

- Immerfall, Stefan (1997): Soziale Integration in den westeuropäischen Gesellschaften: Werte, Mitgliedschaften und Netzwerke. In: Hradil, Stefan/ Immerfall, Stefan (Hrsg.): Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich. Opladen, S. 139-173.
- Jachtenfuchs, Markus/ Kohler-Koch, Beate (2003) (Hrsg.): Europäische Integration. 2. Aufl., Opladen.
- Jäger, Wieland/ Schimank, Uwe (2005) (Hrsg.): Organisationsgesellschaft. Facetten und Perspektiven. Wiesbaden.
- Jansen, Dorothea (2006): Einführung in die Netzwerkanalyse. Grundlagen, Methoden, Forschungsbeispiele. 3. überarb. Aufl., Wiesbaden.
- Jansen, Dorothea (1995): Interorganisationsforschung und Politiknetzwerke. In: Jansen, Dorothea/ Schubert, Klaus: Netzwerke und Politikproduktion. Konzepte, Methoden, Perspektiven. Marburg, S. 95-110.
- Jansen, Dorothea/ Schubert, Klaus (1995): Netzwerke und Politikproduktion. Konzepte, Methoden, Perspektiven. Marburg.
- Kaelbe, Hartmut (1997): Europäische Vielfalt und der Weg zu einer europäischen Gesellschaft. In: Hradil, Stefan/ Immerfall, Stefan (Hrsg.): Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich. Opladen, S. 27-63.
- Kaelbe, Hartmut (2004): Gibt es eine europäische Zivilgesellschaft? In: Gosewinkel, Dieter/ Rucht, Dieter/ van den Daele, Wolfgang/ Kocka, Jürgen (Hrsg.): Zivilgesellschaft – national und transnational. Jahrbuch des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung. Berlin, S. 267-284.
- Kaelbe, Hartmut/ Kirsch, Martin/ Schmidt-Gernig, Alexander (2002) (Hrsg.): Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert. Frankfurt a.M.
- Kaelbe, Hartmut/ Schmid, Günther (2004) (Hrsg.): Das europäische Sozialmodell. Auf dem Weg zum transnationalen Sozialstaat. Hrsg. vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin.
- Kassner, Karsten/ Wassermann, Petra (2002): Nicht überall, wo Methode draufsteht, ist auch Methode drin. Zur Problematik der Fundierung von Experteninterviews. In: Bogner, Alexander/ Littig, Beate/ Menz, Wolfgang (Hrsg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. Opladen, S. 95-111.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2003): Varianten des Wohlfahrtsstaates. Der deutsche Sozialstaat im internationalen Vergleich. Frankfurt a.M.
- Keck, Margaret E./ Sikkink, Kathryn (1998): Activists Beyond Borders. Advocacy networks in International Politics. New York.
- Kenis, Patrick/ Schneider, Volker (1996) (Hrsg.): Organisation und Netzwerke. Institutionelle Steuerung in Wirtschaft und Politik. Wien.
- Kessl, Fabian (2006): Soziale Arbeit trotz(t) Bologna. Drei Szenarien zur Zukunft der Studiengänge im Feld Sozialer Arbeit. In: Schweppe, Cornelia/ Sting, Stephan (Hrsg.): Sozialpädagogik im Übergang. Neue Herausforderungen für Disziplin, Profession und Ausbildung. Weinheim/München, S. 71-87.

- Kieser, Alfred/ Klimmer, Matthias (1998): Kommunikation im organisatorischen Wandel. Stuttgart.
- Kieser, Alfred/ Kubicek, Herbert (1992): Organisation. 3. Aufl., Berlin.
- Kieser, Alfred/ Walgenbach, Peter (2007): Organisation. 5. überarb. Aufl., Stuttgart.
- Klein, Ansgar (2001): Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Kontexte und demokratietheoretische Bezüge der neueren Begriffsverwendung. Opladen.
- Klein, Ansgar (2002): Überschätzte Akteure? Die NGOs als Hoffnungsträger transnationaler Demokratisierung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6-7/2002, S. 3-5.
- Klein, Ansgar/ Kern, Kristine/ Geißel, Brigitte/ Berger, Maria (2004): Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration. Wiesbaden.
- Klein, Ansgar/ Koopmans, Ruud/ Geiling, Heiko (2001): Globalisierung, Partizipation und Protest. Opladen.
- Kneer, Georg: Zivilgesellschaft. In: Kneer, Georg/ Nassehi, Armin/ Schroer, Markus (Hrsg.): Soziologische Gesellschaftsbegriffe. Konzepte moderner Zeitdiagnosen. 2. Aufl., München, S. 228-251.
- Knodt, Michèle/ Finke, Barbara (2005a) (Hrsg.): Europäische Zivilgesellschaft: Konzepte, Akteure, Strategien. Wiesbaden.
- Knodt, Michèle/ Finke, Barbara (2005b): Einleitung: Zivilgesellschaft und zivilgesellschaftliche Akteure in der Europäischen Union. In: Dies. (Hrsg.): Europäische Zivilgesellschaft: Konzepte, Akteure, Strategien. Wiesbaden, S. 11-28.
- Kocka, Jürgen (2000): Zivilgesellschaft als historisches Problem und Versprechen. In: Hildermeier, Manfred/ Kocka, Jürgen/ Conrad, Christoph (Hrsg.): Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriff, Geschichte, Chancen. Frankfurt a.M., S. 13-39.
- Köhler, Thomas (2001): Reflexivität und Reproduktion. Zur Sozialtheorie der Kultur der Moderne nach Habermas und Bourdieu. Hannover.
- Kohler-Koch, Beate (1992): Interessen und Integration. Die Rolle organisierter Interessen im westeuropäischen Integrationsprozeß. In: Kreile, Michael (Hrsg.): Die Integration Europas. Politische Vierteljahreshefte. Opladen, S. 81-119.
- Kohler-Koch, Beate (2002): European Networks and Ideas: Changing National Policies? In: European Integration Online Papers (EioP) Vol. 6. Download: <http://eiop.or.at/eiop/texte/2002-006.htm>, 26.06.2007.
- Kohler-Koch, Beate/ Quittkat, Christine (1999): Intermediation of Interests in the European Union. Arbeitspapiere des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung, Nr. 9. Mannheim. Download http://www.mzes.uni-mannheim.de/projekte/pro_zeig_e.php?Recno=44#Publidb, 30.05.2007.
- Kohout, Franz/ Mayer-Tasch, Peter C. (2002): Das ökologische Weltbewusstsein. Die Arbeit von NGOs im Rahmen der internationalen Umweltpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6-7/2002, S. 15-22.

- Köbler, Reinhart/ Melber, Henning (1993): Chancen internationaler Zivilgesellschaft. Frankfurt a.M.
- Köbler, Reinhart/ Melber, Henning (2002): Globale Solidarität? Eine Streitschrift. Frankfurt a.M.
- Kowalsky, Wolfgang (1999): Europäische Sozialpolitik: Ausgangsbedingungen, Antriebskräfte und Entwicklungspotentiale. Opladen.
- Krolzik, Udo (2002): Diakonie im zusammenwachsenden Europa. In: Kaufmann, Franz-Xaver/ Krolzik, Udo (Hrsg.): Freie Wohlfahrtspflege und europäische Integration. Gütersloh, S. 119-132.
- Kuper, Bernd-Otto (1992): Wohlfahrtsverbände und Europäische Gemeinschaft: Konfliktlinien und Perspektiven. In: Bauer, Rudolph (Hrsg.): Sozialpolitik in deutscher und europäischer Sicht. Rolle und Zukunft der Freien Wohlfahrtspflege zwischen EG-Binnenmarkt und Beitrittsländern. Weinheim, S. 50-64.
- Kuper, Bernd-Otto (1990) Économie Sociale – eine europäische Herausforderung an die Freie Wohlfahrtspflege? In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins, Heft 9, S. 307-309.
- Lahusen, Christian/ Jauß, Claudia (2001): Lobbying als Beruf. Interessengruppen in der Europäischen Union. Baden-Baden.
- Lange, Chris (2001a): Freie Wohlfahrtspflege und europäische Integration. Zwischen Marktangleichung und sozialer Verantwortung. Frankfurt a.M.
- Lange, Chris (2001b): Soziale Ausgrenzung und neue soziale Risiken in einer sich wandelnden Gesellschaft – Die Zukunft der sozialen Dienste in Europa. Arbeitspapiere des Observatoriums für die Entwicklung der Sozialen Dienste in Europa, Nr. 7, Frankfurt a.M.
- Lange-Vester, Andrea/ Teiwes-Kügler, Christel (2004): Soziale Ungleichheiten und Konfliktlinien im studentischen Feld. Empirische Ergebnisse zu Studierendenmilieus in den Sozialwissenschaften. In: Engler, Steffani/ Kraiss, Beate (Hrsg.): Das kulturelle Kapital und die Macht der Klassenstrukturen. Weinheim/München, S. 159-187.
- Langer, Roman (2001): Soziologische Fundierung der Organisationssoziologie: Pierre Bourdieu. In: Sozionik aktuell, 1/2001, S. 45-66. Download unter: <http://www.informatik.uni-hamburg.de/TGI/forschung/projekte/sozionik/journal/1/index.html>, 16.08.2007.
- Lauer, Felicia/ Stauf, Eva (2003): Networks of Social Work in Europe – Patchwork or Strategy. Online-Paper der Summer Academy “Mapping the way forward”, St. Petersburg 2003, <http://www.social-academy.com/StaufAbstracterweitert.pdf>.
- Lauer, Felicia (2005): Europäische Netzwerkarbeit als Konstruktion einer neuen Wirklichkeit: Sinnwelt und Strategie deutscher Wohlfahrtsakteure. Dissertation, Mainz.
- Lauth, Hans-Joachim/ Merkel, Wolfgang (1997): Zivilgesellschaft und Transformation. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen. Jahrgang 10, Heft 1, S. 12-34.
- Leggewie, Claus (2000): David gegen Goliath: Seattle und die Folgen. Aus Politik und Zeitgeschichte (B 48/2000), Download: www.bpb.de/publikationen/OX5CZ3.html.
- Leibfried, Stephan/ Pierson, Paul (1998) (Hrsg.): Standort Europa. Sozialpolitik zwischen Nationalstaat und Europäischer Integration. Frankfurt a.M.

- Leibfried, Stephan (2000): Nationaler Wohlfahrtsstaat, Europäische Union und Globalisierung. In: Allmendinger, Jutta/ Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang (Hrsg.): Soziologie des Sozialstaates. Weinheim/München, S. 79-108.
- Liebold, Renate/ Trinczek, Rainer (2002): Experteninterview. Download unter: <http://www.qualitative-research.net/organizations/or-exp-d.htm>, 03.11.2007.
- Linzbach, Christoph/ Lüking, Uwe/ Scholz, Stephanie/ Schulte, Bernd (2005) (Hrsg.): Die Zukunft der sozialen Dienste vor der europäischen Herausforderung. Baden-Baden.
- Littig, Beate (2002): Interviews mit Experten und Expertinnen. Überlegungen aus geschlechtstheoretischer Sicht. In: Bogner, Alexander/ Littig, Beate/ Menz, Wolfgang (Hrsg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. Opladen, S. 191-206.
- Loges, Frank (1993): Entwicklungstendenzen freier Wohlfahrtspflege im Hinblick auf die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes. Bochum.
- Lorenz, Walter (1996): Sozialarbeit in Europa. In: Treptow, Rainer (Hrsg.): Internationaler Vergleich und soziale Arbeit. Theorie, Anwendung und Perspektive. Studien zur vergleichenden Sozialpädagogik und internationalen Sozialarbeit, hrsg. von Franz Hamburger, Band 12, Rheinfelden/Berlin, S. 51-63.
- Lorenz, Walter (2006): Wie innovativ ist die Soziale Arbeit in Europa? Möglichkeiten und Grenzen. In: Badawia, Tarek/ Luckas, Helga/ Müller, Heinz (Hrsg.): Das Soziale gestalten. Über Mögliches und Unmögliches der Sozialpädagogik. Wiesbaden, S. 149-165.
- Lüders, Christian (1997): Qualitative Kinder- und Jugendforschung. In: Friebertshäuser, Barbara/ Prengel, Annedore (Hrsg.): Handbuch Qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft. Weinheim/München, S. 795-810.
- Luhmann, Niklas (1976): Funktionen und Folgen formaler Organisationen. 3. Aufl., Berlin.
- Luhmann, Niklas (1984): Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie. Frankfurt a.M.
- Martens, Kerstin (2002): Alte und neue Players – eine Begriffsbestimmung. In: Frantz, Christiane/ Zimmer, Annette (Hrsg.): Zivilgesellschaft international. Alte und neue NGOs. Opladen, S. 25-49.
- Matthies, Hildegard (1999): Diskurs und Betrieb. Möglichkeiten und Grenzen einer konsensorientierten Gestaltung des Arbeitsverhältnisses. Opladen.
- Maucher, Mathias (2004): Beteiligung möglich? Die Offene Methode der Koordinierung und ihre Anwendung im Sozialbereich. Download unter: <http://www.soziale-dienste-in-europa.de/>, 17.08.2007.
- Maurer, Andreas/ Kietz, Daniele/ Crespy, Amandine (2005): Lückenbüßer oder Legitimationsverstärker? Der Europäische Verfassungskonvent und die „Zivilgesellschaft.“ In: Knodt, Michèle/ Finke, Barbara (Hrsg.): Europäische Zivilgesellschaft: Konzepte, Akteure, Strategien. Wiesbaden, S. 197-221.
- Mayntz, Renate (1996): Policy-Netzwerke und die Logik von Verhandlungssystemen. In: Kenis, Patrick/ Schneider, Volker (Hrsg.): Organisation und Netzwerke. Institutionelle Steuerung in Wirtschaft und Politik. Wien, S. 471-496.

- Merchel, Joachim (2003): Trägerstrukturen in der Sozialen Arbeit. Eine Einführung. Weinheim/München.
- Messner, Dirk (1997): Netzwerktheorien. Die Sucht nach Ursachen und Auswegen aus der Krise staatlicher Steuerungsfähigkeit. In: Altvater, Elmar/ Brunnengräber, Achim (Hrsg.): Vernetzt und verstrickt. Nicht-Regierungsorganisationen als gesellschaftliche Produktivkraft. Münster, S. 27-64.
- Meuser, Michael/ Nagel, Ulrike (1991): ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. In: Garz, Detlef/ Kraimer, Klaus (Hrsg.): Qualitativ-empirische Sozialforschung. Konzepte, Methoden, Analysen. Opladen, S. 441-471.
- Meuser, Michael/ Nagel, Ulrike (1994): Expertenwissen und Experteninterview. In: Hitzler, Ronald/ Honer, Anne/ Maeder, Christoph (Hrsg.): Expertenwissen. Die institutionalisierte Kompetenz zur Konstruktion von Wirklichkeit. Opladen, S. 180-192.
- Meuser, Michael/ Nagel, Ulrike (1997): Das ExpertInneninterview – Wissenssoziologische Voraussetzungen und Durchführung. In: Friebertshäuser, Barbara/ Prengel, Annedore (Hrsg.): Handbuch Qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft. Weinheim/München, S. 481-491.
- Müller, Carl W. (1982): Wie Helfen zum Beruf wurde. Eine Methodengeschichte der Sozialen Arbeit. Band 1. Weinheim/Basel.
- Nanz, Patrizia/ Steffek, Jens (2005): Legitimation durch Deliberation? Die Rolle der Zivilgesellschaft in der supranationalen Politik. In: Knodt, Michèle/ Finke, Barbara (Hrsg.): Europäische Zivilgesellschaft: Konzepte, Akteure, Strategien. Wiesbaden, S. 79-102.
- Narr, Wolf-Dieter/ Schubert, Alexander (1994): Weltökonomie. Die Misere der Politik. Frankfurt a.M.
- Nassehi, Armin (1997): Das stahlharte Gehäuse der Zugehörigkeit. In: Ders. (Hrsg.): Nation, Ethnie, Minderheit. Beiträge zur Aktualität ethnischer Konflikte. Köln/Weimar, S. 177-208.
- Nassehi, Armin (2003): Geschlossenheit und Offenheit. Studien zur Theorie moderner Gesellschaften. Frankfurt a.M.
- Nollert, Michael (1997): Verbändelobbying in der Europäischen Union – Europäische Dachverbände im Vergleich. In: Alemann, Ulrich von/ Wessels, Bernhard (Hrsg.): Verbände in vergleichender Perspektive. Berlin, S. 107-136.
- Offe, Claus (1969): Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme. In: Kress, Gisela/ Senghaas, Dieter (Hrsg.): Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme. Frankfurt a.M., S. 155-189.
- Olk, Thomas (1996): Zwischen Korporatismus und Pluralismus. Zur Zukunft der Freien Wohlfahrtspflege im bundesdeutschen Sozialstaat. In: Rauschenbach, Thomas/ Sachße, Christoph/ Olk, Thomas (Hrsg.): Von der Wertgemeinschaft zum Dienstleistungsunternehmen. Jugend- und Wohlfahrtsverbände im Umbruch. Frankfurt a.M., 2. Aufl., S. 98-122.
- Olk, Tobias (2004): European Networks in the field of EU immigration and asylum policy – Potential influence and strategic position at the European level. Masterarbeit University of North London, London/Hogeschool Zuyd, Maastricht.

- Ortmann, Günther/ Sydow, Jörg/ Türk, Klaus (1997a) (Hrsg.): Theorien der Organisation. Die Rückkehr der Gesellschaft. Opladen.
- Ortmann, Günther/ Sydow, Jörg/ Windeler, Arnold (1997b): Organisation als reflexive Strukturati-on. In: Ortmann, Günther/ Sydow, Jörg/ Türk, Klaus (Hrsg.): Theorien der Organisation. Die Rückkehr der Gesellschaft. Opladen, S. 315-354.
- Pabst, Stefan (1997): Sozialanwaltschaftliche Interessenvermittlung. Die Armutsberichterstattung der Wohlfahrtsverbände. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen. Jahrgang 10, Heft 2, S. 51-62.
- Pankoke, Eckardt (1996): Subsidiäre Solidarität und freies Engagement. Zur „anderen“ Modernität der Wohlfahrtsverbände. In: Rauschenbach, Thomas/ Sachße, Christoph/ Olk, Thomas (Hrsg.): Von der Wertgemeinschaft zum Dienstleistungsunternehmen. Jugend- und Wohlfahrtsverbände im Umbruch. Frankfurt a.M., 2. Aufl., S. 54-83.
- Pappi, Franz Urban (1987) (Hrsg.): Methoden der Netzwerkanalyse. Oldenburg.
- Pauwen, Klaus (2001): Die Entwicklung der europäischen Sozialpolitik bis zum Vorfeld der Revision des Maastrichter Vertrages. Münster.
- Pfadenhauer, Michaela (2002): Auf gleicher Augenhöhe reden. Das Experteninterview – ein Gespräch zwischen Experte und Quasi-Experte. In: Bogner, Alexander/ Littig, Beate/ Menz, Wolfgang (Hrsg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. Opladen, S. 113-130.
- Pfaffenberger, Hans (1994): Zeitgeschichtliche Abläufe und Entwicklungen der internationalen Dimension der deutschen Sozialpädagogik/Sozialarbeit. In: Hamburger, Franz (Hrsg.): Innovation durch Grenzüberschreitung. Rheinfelden/Berlin, S. 7-19.
- Pfeffer, Jeffrey/ Salancik, Gerald R. (1978): The External Control of Organizations. Dependence Perspective. New York.
- Pfeifer, Georg (1995): Eurolobbyismus. Organisierte Interessen in der Europäischen Union. Frankfurt a.M.
- Pfetsch, Frank R. (2001): Die Europäische Union. Geschichte, Institutionen und Prozesse. 2. erw. und aktual. Aufl., München.
- Platzer, Hans-Wolfgang (1998): Arbeitsbeziehungen in der transnationalen Ökonomie und Mehrebenenpolitik der EU. In: Schmid, Josef/ Nikette, Reiner (Hrsg.): Wohlfahrtsstaat – Krise und Reform im Vergleich. Marburg, S. 237-271.
- Platzer, Hans-Wolfgang (1997) (Hrsg.): Sozialstaatliche Entwicklungen in Europa und die Sozialpolitik der Europäischen Union. Die soziale Dimension als EU-Reformprozess. Baden-Baden.
- Pries, Ludger (1997) (Hrsg.): Transnationale Migration. Soziale Welt, Sonderband 12. Baden-Baden.
- Pries, Ludger (2001): Internationale Migration. Bielefeld.
- Pries, Ludger (2002): Transnationalisierung der sozialen Welt? In: Berliner Journal für Soziologie, Jahrgang 11/Heft 2, S. 263-272. Download unter <http://www.ruhr-uni->

bochum.de/soaps/download/publ-2002_lp_transdsozwelt.pdf, S. 1-18 (Zitation orientiert sich an der pdf-Version), 29.06.2007.

- Priller, Eckhard/ Zimmer, Annette (2001a): Der Dritte Sektor international. Mehr Markt - weniger Staat? Berlin.
- Priller, Eckhard/ Zimmer, Annette (2001b): Der Dritte Sektor: Wachstum und Wandel. Aktuelle deutsche Trends. The Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project, Phase II. Gütersloh.
- Priller, Eckhard/ Zimmer, Annette (2001c): Wachstum und Wandel des Dritten Sektors in Deutschland. In: Dies.: Der Dritte Sektor international. Mehr Markt – weniger Staat? Berlin, S. 199-228.
- Prognos AG (1991): Freie Wohlfahrtspflege im zukünftigen Europa. Soziale Sicherung und Versorgung im internationalen Vergleich. Studie im Auftrag der Bank für Sozialwirtschaft GmbH, Köln.
- Puhl, Ria/ Maas, Udo (1997) (Hrsg.): Soziale Arbeit in Europa. Organisationsstrukturen, Arbeitsfelder und Methoden im Vergleich. Weinheim/München.
- Puschmann, Hellmut (2002): Daseinsvorsorge und freigemeinnützige soziale Dienste in Europa: ein wertorientierter Denkanstoß. In: Kaufmann, Franz-Xaver/ Krolzik, Udo (Hrsg.): Freie Wohlfahrtspflege und europäische Integration. Gütersloh, S. 81-88.
- Quittkat, Christine (2005): Die Europäisierung nationaler Wirtschaftsverbände: Lehren für die Einbindung der organisierten Zivilgesellschaft in den europäischen Politikprozess. In: Knodt, Michèle/ Finke, Barbara (Hrsg.): Europäische Zivilgesellschaft: Konzepte, Akteure, Strategien. Wiesbaden, S. 365-385.
- Radaelli, Claudio M. (2004): Europeanisation: Solution or Problem? Download unter http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=601163#PaperDownload, Download 05.02.2007.
- Ragati, Manfred (2001): Die europäische Sozialpolitik und die Rolle der Wohlfahrtsverbände. In: Gohde, Jürgen/ Erdmenger, Katharina/ Cless, Gottfried (Hrsg.): Das soziale Europa gestalten. Von der Wirtschaftsunion zur Sozialunion. Stuttgart, S. 65-72.
- Rauschenbach, Thomas/ Thole, Werner (1998): Sozialpädagogische Forschung. Weinheim/München.
- Reese-Schäfer, Walter (2001): Jürgen Habermas. Frankfurt a.M.
- Reichardt, Sven (2004): Gewalt und Zivilität im Wandel. In: Gosewinkel, Dieter/ Rucht, Dieter/ van den Daele, Wolfgang/ Kocka, Jürgen (Hrsg.): Zivilgesellschaft – national und transnational. Jahrbuch des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung. Berlin, S. 61-81.
- Reutter, Werner/ Rütters, Peter (2001) (Hrsg.): Verbände und Verbandssysteme in Westeuropa. Opladen.
- Reyer, Jürgen: Die Rechtsstellung und der Entfaltungsraum der Privatwohltätigkeit im 19. Jahrhundert in Deutschland. In: Bauer, Rudolph (Hrsg.): Die liebe Not. Zur historischen Kontinuität der „Freien Wohlfahrtspflege.“ Weinheim/Basel, S. 28-51.

- Richter, Dirk (2000): Weltgesellschaft. In: Kneer, Georg/ Nassehi, Armin/ Schroer, Markus (Hrsg.): Soziologische Gesellschaftsbegriffe. Konzepte moderner Zeitdiagnosen. 2. Aufl., München, S. 184-204.
- Rieger-Ladich, Markus (2006): Pierre Bourdieus Theorie des wissenschaftlichen Feldes: Ein Reflexionsangebot an die Erziehungswissenschaft. In: Friebertshäuser, Barbara/ Rieger-Ladich, Markus/ Wigger, Lothar (Hrsg.): Reflexive Erziehungswissenschaft. Forschungsperspektiven im Anschluss an Pierre Bourdieu. Wiesbaden, S. 157-176.
- Rucht, Dieter: (2005) Europäische Zivilgesellschaft oder zivile Interaktionsformen in und jenseits von Europa. In: Knodt, Michèle/ Finke, Barbara (Hrsg.): Europäische Zivilgesellschaft: Konzepte, Akteure, Strategien. Wiesbaden, S. 31-54.
- Rucht, Dieter: (2004): Kapitalismuskritik im Namen der globalisierungskritischen Zivilgesellschaft – alter Wein in neuen Schläuchen? In: Gosewinkel, Dieter/ Rucht, Dieter/ van den Daele, Wolfgang/ Kocka, Jürgen (Hrsg.): Zivilgesellschaft – national und transnational. Jahrbuch des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung. Berlin, S. 411-433.
- Sachße, Christoph (1993): Berufsgeschichte und Berufsidentität. Methoden in der Konstitutionsphase Sozialer Arbeit. In: Rauschenbach, Thomas/ Ortman, Friedrich/ Karsten, Maria-Eleonora (Hrsg.): Der sozialpädagogische Blick. Lebensweltorientierte Methoden in der sozialen Arbeit. Weinheim, S. 29-44.
- Sachße, Christoph (1996): Verein, Verband, Wohlfahrtsstaat. Entstehung und Entwicklung der „dualen“ Wohlfahrtspflege. In: Rauschenbach, Thomas/ Sachße, Christoph/ Olk, Thomas (Hrsg.): Von der Wertgemeinschaft zum Dienstleistungsunternehmen. Jugend- und Wohlfahrtsverbände im Umbruch. Frankfurt a.M., S. 123-149.
- Salamon, Lester M./ Anheier, Helmut, K. (1997): Der Dritte Sektor in internationaler Perspektive. In: Anheier, Helmut K./ Priller, Eckhard/ Seibel, Wolfgang/ Zimmer, Annette (Hrsg.): Der Dritte Sektor in Deutschland -Organisationen zwischen Markt und Staat im gesellschaftlichen Wandel. Berlin, S. 153-174.
- Schaarschuch, Andreas (1999): Theoretische Grundelemente Sozialer Arbeit als Dienstleistung. Ein analytischer Zugang zur Neuorientierung Sozialer Arbeit. In: neue praxis Heft 6, S. 543-560.
- Schauer, Reinhold/ Purtschert, Robert/ Witt, Dieter (2002) (Hrsg.): Nonprofit-Organisationen und gesellschaftliche Entwicklung – Spannungsfeld zwischen Mission und Ökonomie. 5. Coll. der NPO-Forscher im deutschsprachigen Raum. Linz.
- Schiffauer, Werner (1997): Fremde in der Stadt. Zehn Essays über Kultur und Differenz. Frankfurt a.M.
- Schimank, Uwe (1992): Spezifische Interessenkonsense trotz generellem Orientierungsdissens. Ein Integrationsmechanismus polyzentrischer Gesellschaften. In: Giegel, Hans-Joachim (Hrsg.): Kommunikation und Konsens in modernen Gesellschaften. Frankfurt a.M., S. 236-275.
- Schmid, Josef (1994): Der Wohlfahrtsstaat Europa und die deutschen Wohlfahrtsverbände. Zur politisch-ökonomischen Dialektik zwischen europäischer Integration und verbandsorganisatorischer Differenzierung. In: Eichener, Volker/ Voelzkow, Helmut (Hrsg.): Europäische Integration und verbandliche Interessenvermittlung. Marburg, S. 453-783.

- Schmid, Josef (1996a) Wohlfahrtsverbände in modernen Wohlfahrtsstaaten. Soziale Dienste in historisch-vergleichender Perspektive. Opladen.
- Schmid, Josef (1996b) Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Soziale Sicherungssysteme in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme. Opladen.
- Schmid, Josef (1996c): Wohlfahrtsverbände in Westeuropa: Zur Bedeutung nationaler Entwicklungspfade in der Sozialpolitik. In: Rauschenbach, Thomas/ Sachße, Christoph/ Olk, Thomas (Hrsg.): Von der Wertgemeinschaft zum Dienstleistungsunternehmen. Jugend- und Wohlfahrtsverbände im Umbruch. Frankfurt a.M., S. 428-455.
- Schmid, Josef (1997): Zwischen politischer Macht und Nächstenliebe – Zur Topographie von Wohlfahrtsverbänden im westeuropäischen Vergleich. In: Alemann, Ulrich von/ Weßels, Bernhard (Hrsg.): Verbände in vergleichender Perspektive: Beiträge zu einem vernachlässigten Feld. Hrsg. vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin, S. 83-105.
- Schmid, Josef (1998a): Verbände. Interessenvermittlung und Interessenorganisation. Lehr- und Arbeitsbuch, eingeleitet und bearb. von Josef Schmid. München/Wien/Oldenburger.
- Schmid, Josef (1998b): Europäische Integration und die Zukunft der kirchlichen Wohlfahrtsverbände in Deutschland. Vortrag auf der Jahrestagung der Görres-Gesellschaft, Sektion Soziologie, am 05.-06.10.1998 in Göttingen. Download unter http://web.efhd.de/sie-sind-immatrikuliert/flauer_ss06_schmid_zukunft.pdf, 29.05.2007.
- Schreyögg, Georg (1996): Organisation. Grundlagen moderner Organisationsgestaltung. Wiesbaden.
- Schründer-Lenzen, Agi (1997): Triangulation und idealtypisches Verstehen in der (Re-)Konstruktion subjektiver Theorien. In: Friebertshäuser, Barbara/ Prengel, Annedore (Hrsg.): Handbuch Qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft. Weinheim/München, S. 107-117.
- Schulte, Bernd (1990): Das Verhältnis zwischen öffentlichen und freien Trägern in internationaler Perspektive. In: Münder, Johannes/ Kraft, Dieter (Hrsg.): Subsidiarität heute. Münster, S. 44-60.
- Schulte, Bernd (2001): Europarechtliche Rahmenbedingungen für die Tätigkeit sozialer Dienste und Einrichtungen in kommunaler und freigemeinnütziger Trägerschaft. Arbeitspapiere des Observatoriums für die Entwicklung der Sozialen Dienste in Europa, Nr. 6, Frankfurt a.M.
- Schulte, Bernd (2002): Freie Wohlfahrtspflege und gemeinsamer Markt. In: Kaufmann, Franz-Xaver/ Krolzik, Udo (Hrsg.): Freie Wohlfahrtspflege und europäische Integration. Gütersloh, S. 30-46.
- Schulz, Wolfgang K. (1998) (Hrsg.): Expertenwissen. Soziologische, psychologische und pädagogische Perspektiven. Opladen.
- Schwarz, Peter (2005): Organisationen in Nonprofit-Organisationen. Grundlagen, Strukturen. Bern.
- Schwarzer, Uwe (1997): Auf dem Weg zu einem europäischen Sozialmodell. In: Blätter der Wohlfahrtspflege, Heft 7&8, S. 154-156.

- Schweppe, Cornelia (2003) (Hrsg.): Qualitative Forschung in der Sozialpädagogik. Opladen.
- Schweppe, Cornelia/ Sting, Stephan (2006): Sozialpädagogik im Übergang – Zur Einführung. In: Schweppe, Cornelia/ Sting, Stephan (Hrsg.): Sozialpädagogik im Übergang. Neue Herausforderungen für Disziplin, Profession und Ausbildung. Weinheim/München, S. 7-13.
- Schweppe, Cornelia/ Thole, Werner (2005) (Hrsg.): Sozialpädagogik als forschende Disziplin. Weinheim/München.
- Schwingel, Marcus (1995): Bourdieu zur Einführung. Hamburg.
- Sebaldt, Martin/ Straßner, Alexander (2004): Verbände in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung. Wiesbaden.
- Simsa, Ruth (2001): Gesellschaftliche Funktionen und Einflussformen von Nonprofit-Organisationen. Frankfurt a.M.
- Simsa, Ruth/ von Eckardstein, Dudo (1997): Entscheidungsmanagement in NPOs. In: Badelt, Christoph (Hrsg.): Handbuch der Nonprofit Organisation. Strukturen und Management. Stuttgart, S. 315-344.
- Smismans, Stijn (2005): Europäische Institutionen und Zivilgesellschaft: Diskurse und Interessen. In: Knodt, Michèle/ Finke, Barbara (Hrsg.): Europäische Zivilgesellschaft: Konzepte, Akteure, Strategien. Wiesbaden, S. 105-128.
- Stauf, Eva/ Lauer, Felicia (2005): Projekt „Integration oder Abwehr. Mittel- und osteuropäische NGOs im Beitrittsprozess.“ Protokolle der Interviews mit Vertreter/innen europäischer Netzwerke sowie mittel- und osteuropäischer NGOs, Februar-Juni 2005 (unveröff. Manuskript Mainz).
- Stauf, Eva/ Lauer, Felicia/ Hamburger, Franz (2007): Verheißungen der Zivilgesellschaft. In: Seibel, Friedrich W./ Otto, Hans-Uwe / Friesenhahn, Günther J. (Hrsg.): Reframing des Sozialen. Soziale Arbeit und Sozialpolitik in Europa. Festschrift für Walter Lorenz. Boskovice, S. 413-451; sowie Download unter: <http://www.socwork.net/2007/festschrift/index.html>.
- Steffens, Birgit (2005): Gegen Armut und Ausgrenzung. Eine qualitative Analyse europäischer Netzwerkarbeit. Dissertation, Berlin. Download unter: <http://www.diss.fu-berlin.de/2006/239/>, 29.06.2007.
- Stegbauer, Christian (1995): Electronic Mail und Organisation: Partizipation, Mikropolitik und soziale Integration von Kommunikationsmedien. Göttingen.
- Steidle, Christina (2005): Die Interessenvertretung der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege auf europäischer Ebene. Strukturen und Strategien (unveröff. Diplomarbeit), Universität Potsdam.
- Steinmetz, Bernd/ Elsen, Susanne/ Seibel, Friedrich W. (2004) (Hrsg.): Der Bologna-Prozess in Europa. Eine Herausforderung für die Ausbildung in der Sozialen Arbeit in Deutschland. Symposium in Trier 20.-21.06.2002, Weimar.
- Stichweh, Rudolf (2000): Die Weltgesellschaft. Soziologische Analysen. Frankfurt a.M.
- Stickler, Armin (2005): Nichtregierungsorganisationen, soziale Bewegungen und Global Governance. Bielefeld.

- Stoecker, Felix W. (2000): NGOs und die UN. Die Einbindung von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in die Strukturen der Vereinten Nationen. Studien zum internationalen, europäischen Recht. Band 6, Frankfurt a.M.
- Strauss, Anselm L./ Corbin, Juliet (1996): Grounded Theory. Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Weinheim.
- Streeck, Wolfgang (1987): Vielfalt und Interdependenz. Überlegungen zur Rolle von intermediären Organisationen in sich ändernden Umwelten. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jahrgang 39, Heft 2, S. 471-495.
- Sudbery, Imogen (2003): Briding the Legitimacy Gap in the EU: Can Civil Society Help to bring the Union Closer to its Citizens? In: Collegium 26, S. 75-95, Download unter: http://www.coleurop.be/template.asp?pagename=pub_collegium, 29.06.2007.
- Sydow, Jörg (1993): Strategische Netzwerke. Evolution und Organisation. Wiesbaden.
- Teuber, Jörg (2001): Interessenverbände und Lobbying in der Europäischen Union. Frankfurt a.M.
- Theis-Berglmair, Anna Maria (1995): Organisations-Kommunikation. Theoretische Grundlagen und empirische Forschung. Münster.
- Thimmel, Andreas (2004): Die europäische Integration und ihr Einfluss auf die Jugendhilfe in der Bundesrepublik Deutschland. In: Homfeldt, Hans Günther/ Brandhorst, Katrin: International vergleichende Soziale Arbeit. Sozialpolitik – Kooperation – Forschung. Band 10 der Reihe Grundlagen der Sozialen Arbeit, hrsg. von Homfeldt, Hans Günther/ Merten, Roland/ Schulze-Krüdener, Jörgen. Hohengehren, S. 92-103.
- Thränhardt, Dietrich/ Gernert, Wolfgang/ Heinze, Rolf G./ Koch, Franz/ Olk, Thomas (1987) (Hrsg.): Wohlfahrtsverbände zwischen Selbsthilfe und Sozialstaat. Freiburg i.Br.
- Trede, Wolfgang (1996): Mehr Ahnung als Wissen. Heimerziehung und Heimerziehungsforschung im internationalen Vergleich. In: Treptow, Rainer (Hrsg.): Internationaler Vergleich und soziale Arbeit. Theorie, Anwendung und Perspektive. Studien zur vergleichenden Sozialpädagogik und internationalen Sozialarbeit, hrsg. von Franz Hamburger, Band 12, Rheinfelden/Berlin, S. 107-137.
- Trede, Wolfgang (2004): Heimerziehung in europäischen Ländern unter besonderer Berücksichtigung des Spannungsfeldes Hilfe – Schutz – Kontrolle. In: Homfeldt, Hans Günther/ Brandhorst, Katrin: International vergleichende Soziale Arbeit. Sozialpolitik – Kooperation – Forschung. Band 10 der Reihe Grundlagen der Sozialen Arbeit, hrsg. von Homfeldt, Hans Günther/ Merten, Roland/ Schulze-Krüdener, Jörgen. Hohengehren, S. 106-121.
- Treibel, Annette (2006): Einführung in soziologische Theorien der Gegenwart, 7. aktual. Aufl., Wiesbaden.
- Trenz, Hans-Jörg (2005): Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit im europäischen Integrationsprozess; normative Desiderate und empirische Interdependenzen in der Konstitution einer europäischen Herrschaftsordnung. In: Knodt, Michèle/ Finke, Barbara (Hrsg.): Europäische Zivilgesellschaft: Konzepte, Akteure, Strategien. Wiesbaden, S. 55-78.

- Trenz, Hans-Jörg (1999): Anti-Rassismus Kampagnen und Protest in Europa. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jahrgang. 12, Heft 4, S. 78-84.
- Treptow, Rainer (1996) (Hrsg.): Internationaler Vergleich und soziale Arbeit. Theorie, Anwendung und Perspektive. Studien zur vergleichenden Sozialpädagogik und internationalen Sozialarbeit hrsg. von Franz Hamburger, Band 12, Rheinfelden/Berlin.
- Trinczek, Rainer (1995): Experteninterviews mit Managern: Methodische und methodologische Hintergründe. In: Brinkmann, Christian/ Deeke, Axel/ Völkel, Brigitte: Experteninterviews in der Arbeitsmarktforschung. Bayreuth, S. 59-68.
- Trinczek, Rainer (2002): Wie befrage ich Manager? Methodische und methodologische Aspekte des Experteninterviews als qualitative Methode empirischer Sozialforschung. In: Bogner, Alexander/Littig, Beate/ Menz, Wolfgang (Hrsg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. Opladen, S. 209-222.
- Türk, Klaus (1978): Soziologie der Organisation. Eine Einführung. 1. Aufl., Stuttgart.
- Türk, Klaus (1997): Organisation als Institution der kapitalistischen Gesellschaftsformation. In: Ortman, Günther/ Sydow, Jörg/ Türk, Klaus (Hrsg.): Theorien der Organisation. Die Rückkehr der Gesellschaft. Opladen, S. 124-176.
- Ullrich, Carsten G. (2005): Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Eine Einführung. Frankfurt a.M.
- Vink, Maarten (2002): What is Europeanization? And Other Questions on a New Research Agenda. Paper for the Second Research Meeting on Europeanisation. Mailand, 22.-23.11.2003, S. 1-22, Download unter: http://www.essex.ac.uk/ecpr/standinggroups/ven/paper_archive/2nd_ven_rm_papers/vink2002.pdf, 25.05.2007.
- Voelzkow, Helmut (1995): „Iterative Experteninterviews“: Forschungspraktische Erfahrungen mit einem Erhebungsinstrument. In: Brinkmann, Christian/ Deeke, Axel/ Völkel, Brigitte (Hrsg.): Experteninterviews in der Arbeitsmarktforschung. Bayreuth, S. 51-58.
- Vogel, Berthold (1995): „Wenn der Eisberg zu schmelzen beginnt...“ – Einige Reflexionen über den Stellenwert und die Probleme des Experteninterviews in der Praxis der empirischen Sozialforschung. In: Brinkmann, Christian/ Deeke, Axel/ Völkel, Brigitte (Hrsg.): Experteninterviews in der Arbeitsmarktforschung. Bayreuth, S. 73-84.
- Wacquant, Loïc J. D (1996): Auf dem Wege zu einer Sozialpraxeologie. In: Bourdieu, Pierre/ Wacquant, Loïc J. D.: Reflexive Anthropologie. Frankfurt a.M., S. 17-94.
- Walk, Heike (1997): „Ein bisschen bi schadet nie“: Die Doppelstrategie von NGO-Netzwerken. In: Altvater, Elmar/ Brunnengräber, Achim (Hrsg.): Vernetzt und verstrickt. Nicht-Regierungsorganisationen als gesellschaftliche Produktivkraft. Münster, S. 195-221.
- Walk, Heike/ Brunnengräber, Achim (1998): NGO-Netzwerke. Strukturen, Aufgaben, Funktionsbedingungen und Handlungsräume. In: Evangelische Akademie Loccum (Hrsg.): Barfuß auf diplomatischem Parkett. Die Nichtregierungsorganisationen in der Weltpolitik. Loccumer Protokolle 9/97, hrsg. von Jörg Callies, S. 118-141.
- Wasner, Barbara (2005): Europäische Institutionenpolitik und die Vernetzung sozialpolitischer Verbände. In: Knodt, Michèle/ Finke, Barbara (Hrsg.): Europäische Zivilgesellschaft: Konzepte, Akteure, Strategien. Wiesbaden, S. 129-152.

- Weber, Martina (2003): Heterogenität im Schulalltag. Konstruktion ethnischer und geschlechtlicher Unterschiede. Opladen.
- Weidenfeld, Werner (2004) (Hrsg.): Europa-Handbuch. Die Staatenwelt Europas. 3. aktual. und überarb. Aufl., Gütersloh.
- Weyer, Johannes (2000) (Hrsg.): Soziale Netzwerke. Konzepte und Methoden der sozialwissenschaftlichen Netzwerkforschung, hrsg. von Johannes Weyer unter Mitw. von Jörg Abel u.a., München/Wien.
- Wieler, Joachim (1994): Der Beitrag Alice Salomons zur internationalen Rezeption sozialarbeiterischer Konzepte – Erinnerungen zu ihrem hundertsten Geburtstag. In: Hamburger, Franz (Hrsg.): Innovation durch Grenzüberschreitung. Rheinfelden/Berlin, S. 65-84.
- Willke, Helmut (2001): Systemisches Wissensmanagement. 2. Aufl., Stuttgart.
- Wilterdink, Nico (1993): Nationalitäten im alltäglichen Gegen- und Miteinander. Nationale Identitäten in einer internationalen Organisation. In: Blomert, Reinhard/ Kuzmics, Helmut/ Treibel, Annette (Hrsg.): Transformationen des Wir-Gefühls. Studien zum nationalen Habitus. Frankfurt a.M., S. 118-157.
- Windeler, Arnold (2001): Unternehmungsnetzwerke. Konstitution und Strukturation. Wiesbaden.
- Winkler, Michael (2005): Sozialpädagogische Forschung und Theorie – Ein Kommentar. In: Schweppe, Cornelia/ Thole, Werner (Hrsg.): Sozialpädagogik als forschende Disziplin. Weinheim/München, S. 15-33.
- Zauner, Alfred/ Simsa Ruth (1997): Konfliktmanagement in NPOs. In: Badelt, Christoph (Hrsg.): Handbuch der Nonprofit Organisation. Strukturen und Management. Stuttgart, S. 331-344.
- Zimmer, Annette/ Priller, Eckhard (2004) (Hrsg.): Future of Civil Society. Making Central Non-profit-Organizations Work. Wiesbaden.
- Zimmer, Annette (2002): NGOs als Akteure einer internationalen Zivilgesellschaft. In: Frantz, Christiane/ Zimmer, Annette (Hrsg.): Zivilgesellschaft international. Alte und neue NGOs. Opladen, S. 9-22.
- Züchner, Ivo (2007): Aufstieg im Schatten des Wohlfahrtsstaates. Expansion und aktuelle Lage der Sozialen Arbeit im internationalen Vergleich. Weinheim/München.

Dokumente und Materialien von Europäischen Institutionen, europäischen Netzwerken und nationalen Organisationen

- AWO (1998a): Grundsatzprogramm der Arbeiterwohlfahrt. Düsseldorf. Download unter http://www.awo.org/pub/awo_bv/bv/grundsatzprogramm.html/gprg-awo.pdf, 26.04.2007.
- AWO (1998b): Leitsätze und Leitbild der Arbeiterwohlfahrt. Stand Dezember 2005. Download unter http://www.awo.org/pub/awo_bv/bv/leits_b/view, 26.04.2007.
- AWO (2005): Geschäftsbericht. Auf Zukunftskurs. Download: http://www.awo.org/pub/awo_bv/gesch_ber/gb2005.pdf/caartic-le_file_download/elem0/2006-GBericht-End-korr-04-20.9.pdf, 15.05.2007.
- BAG FW (1997): Selbstverständnis und Aufgaben der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland. Präambel. Download unter <http://www.bagfw.de/?id=914>, 02.04.2007.
- BAG FW. (2002): Satzung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. Fassung vom 18.05.1999, zuletzt geändert durch Beschluss der OMV vom 27.11.2002, Download unter www.bagfw.de, 02.04.2007.
- BAG FW (2003): Die Freie Wohlfahrtspflege. Von Menschen für Menschen, Berlin.
- BAG FW (2004a): Einrichtung und Dienste der Freien Wohlfahrtspflege. Gesamtstatistik 2004, Stand 1. Januar 2004. Download unter <http://www.bagfw.de/?id=957>, 02.04.2007.
- BAG FW Europavertretung (2004b): Memorandum „Zivilgesellschaftlicher Mehrwert gemeinwohlorientierter sozialer Dienste. Brüssel. Download unter <http://www.bagfw.de/common/popups/download.php?id=1198>, 29.05.2007.
- BAG FW (2007a): Jahresbericht 2006, Berlin.
- BAG FW(2007b): Stellungnahme zum Grünbuch Europäische Transparenzinitiative. Download unter http://ec.europa.eu/transparency/eti/docs/contributions/_93_C4_Ch1_BAGFW.pdf, 19.06.2007.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2007): Aktuelle Meldung am 18.01.2007, „Die soziale Dimension Europas gestalten“, Erklärung von Franz Müntefering. Quelle: <http://www.eu2007.bmas.de/EU2007/Navigation/Deutsch/aktuelles.did=182900.html>, 06.03.2007.
- Bundesregierung (2007): Europa gelingt gemeinsam. Präsidentschaftsprogramm 01.01.-30.06 2007. Download unter http://www.eu2007.de/includes/Downloads/_Praesidentschaftsprogramm/EU-P-AProgr-d-2911.pdf, 24.05.2007.
- Deutscher Caritasverband e.V. (1997): Leitbild des Deutschen Caritasverbands, Download unter <http://www.caritas.de/2501.html> und Folgeseiten, 19.04.2007.
- Deutscher Caritasverband e.V. (2005a): Das Jahr 2005. Einblicke in die Arbeit der Zentrale des Deutschen Caritasverbandes. Freiburg.

- Deutscher Caritasverband e.V. (2005b): Die katholischen sozialen Einrichtungen und Dienste der Caritas in der BRD. Stand 01.01.2005, Download unter <http://www.caritas.de/2246.html>, 02.04.2007.
- Deutscher Caritasverband e.V. (2005c): Satzung des Deutschen Caritasverbands e.V., vom 16.10.2003, in der Fassung vom 18.10.2005. Download unter <http://www.caritas.de/8833.html>, 19.04.2007.
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband (1989): Grundsätze der Verbandspolitik, <http://www.dpww.de/>, 02.05.2007.
- Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (2001): Soziale Ausgrenzung und neue soziale Risiken in einer sich wandelnden Gesellschaft – Die Zukunft der sozialen Dienste in Europa. Dokumentation der Tagung am 31.05.2001 in Berlin.
- Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V. (1997): Leitbild Diakonie. Bremen, Download unter http://www.diakonie.de/downloads/Leitbild_DWEKD.pdf, 23.04.2007.
- Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V. (2005): Aufbrechen – keiner darf verloren gehen. Jahresbericht des Präsidenten Pfarrer Dr. h.c. Jürgen Gohde. Diakonie-Korrespondenz 03/05, Stuttgart.
- Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V. (2007): Erwartungen an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2007. Diakonie Texte, Positionspapier 21.2006 Leinfelden-Echterdingen. Download unter <http://www.diakonie.de/downloads/Texte-2006-21-EU-Ratspraesidentschaft.pdf>, 23.04.2007.
- EKD (2006): Europa-Informationen Nr. 114, Juli 2006. EKD-Büro Brüssel.
- EU Civil Society Contact Group (2006a): Civil Society Contact Group answers to the Green Paper on the Transparency Initiative (Part 1 - Part 3); Download unter: http://ec.europa.eu/transparency/eti/docs/contributions/116_C7_Ch1_CSCG.pdf, 18.06.2007.
- EU Civil Society Contact Group (2006b): Civil Dialogue: Making it work better. Studie der Civil Society Group und der Autoren Elodi Fazi und Jeremy Smith. Download unter <http://act4europe.horus.be/module/FileLib/Civil%20dialogue%2C%20making%20it%20work%20better.pdf>, 19.06.2007.
- Europäisches Parlament (2003): Lobbying in the European Union. Current Rules and Practices. AFCO 104 EN, Luxemburg.
- Europäisches Parlament/Europäischer Rat (2006): Richtlinie 2006/123 vom 12.12.2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt. Amtsblatt der Europäischen Union vom 27.12.2006, Download unter http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/oj/2006/l_376/l_37620061227de00360068.pdf, 29.05.2007.
- Europäischer Rat (2004): Aktionsprogramm zur Förderung einer aktiven europäischen Bürgerschaft (Bürgerbeteiligung). Beschluss des Rates, 26.01.2004 (2004/100/EG).
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1991): Entwurf für eine Verordnung über das Statut des Europäischen Vereins (EUV-Statut). KOM (91) 273 endg., Brüssel 05.03.1992.

- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1992): Ein offener und strukturierter Dialog zwischen der Kommission und den Interessengruppen. Mitteilung, KOM (1992) OJC 63 of 5/3/1993.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1997): Förderungen der Rolle gemeinnütziger Vereine und Stiftungen in Europa. KOM (97) 214, endg., Brüssel, 06.07.1997.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2000a): Leistungen der Daseinsvorsorge in Europa. KOM (2000) 580 endg., Brüssel 20.09.2000.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2000b): Ausbau der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Kommission und Nichtregierungsorganisationen. Diskussionspapier. KOM (2000) 0011 endg., Brüssel, 18.01.2000.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2000c): Community Action Programme to combat discrimination 2001-2006. Call for Proposals VP/2003/007 for the support to umbrella European level NGOs representing and defending the rights of people exposed to discrimination. Budget Line B 5-803. Brüssel.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2001): Europäisches Regieren. Weißbuch, KOM (2001) 428 endg. Brüssel, 25.07.2001.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2002a): Konsultationsdokument: Hin zu einer verstärkten Kultur der Konsultation und des Dialogs - Vorschlag für allgemeine Grundsätze und Mindeststandards für die Konsultation betroffener Parteien durch die Kommission. Konsultationsdokument/Mitteilung, KOM (2002) 277 endg., Brüssel, 05.06.2002.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2002b): „Hin zu einer verstärkten Kultur der Konsultation und des Dialogs – Allgemeine Grundsätze und Mindeststandards für die Konsultation betroffener Parteien durch die Kommission. Mitteilung, KOM (2002) 704 endg., Brüssel, 11.12.2002.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2006a): Umsetzung des Gemeinschaftsprogramms von Lissabon. Die Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse der Europäischen Union. KOM (2006) 177 endg., Brüssel, 26.04.2006.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaft (2006b): Grünbuch Europäische Transparenzinitiative. Vorlage der Kommission. KOM (2006) xxx [sic!] endg.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaft (2007a): Folgemaßnahmen zu dem Grünbuch Europäische Transparenzinitiative. KOM (2007) 127 endg., {SEK(2007) 360}, Brüssel, 21.03.2007.
- Moser, Michaela (o.J.): Gemeinsame Interessen geltend machen. Erfahrungsbericht aus der Arbeit der Armutskonferenz und des Europäischen Anti-Armutsnetzwerks EAPN. Download: http://www.sozialwirtschaft.at/TCgi/Images/sozialwirtschaft/20050125161011_Michaela_Moser_Gemeinsame_Interessen_geltend_machen.pdf, 10.08.2007.
- Social Platform (2000): The Commission and Non-Governmental Organisations: Building a stronger partnership. Response of the Platform of European Social NGOs. Brüssel, 27.04.2000.

- Social Platform (2002): Statutes. Download unter: http://cms.horus.be/files/99907/MediaArchive/About_Us/Governance/STATUTES-EN-2005-FINAL.pdf, 04.09.2007.
- Social Platform (2002a): Response to the White Paper on the Reform of European Governance. Brüssel, 22.03.2002.
- Social Platform (2002b): Offener Brief an den Kommissionspräsidenten Romano Prodi bzw. Antwort auf das Konsultationsdokument „Hin zu einer verstärkten Kultur der Konsultation und des Dialogs - Vorschlag für allgemeine Grundsätze und Mindeststandards für die Konsultation betroffener Parteien durch die Kommission“, Brüssel 30.07.2002.
- Social Platform (2006): European Transparency Initiative: Response of the Social Platform (Part 1); Download unter: http://ec.europa.eu/transparency/eti/docs/contributions/151_C3_Ch1_Social_Platform.pdf, 19.06.2007.
- Social Platform (2007): Work Programme 2007. Download unter: <http://cms.horus.be/files/99907/MediaArchive/Work%20Programme/Social%20Platform%20work%20programme%202007%20EN%20FINAL.pdf>, 24.09.2007.
- Wirtschafts- und Sozialausschuss (1999): Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Die Rolle und der Beitrag der organisierten Zivilgesellschaft zum europäischen Einigungswerk.“ Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften 1999/C 329/10, Brüssel.
- Wirtschafts- und Sozialausschuss (2006): Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses zu dem Grünbuch „Europäische Transparenzinitiative. SC/028, Brüssel 26.10.2006.
- World Bank (2005): World Bank Civil Society Engagement. Review of a Fiscal Years 2002-2004. Download unter: http://siteresources.worldbank.org/CSO/Resources/World_Bank_Civil_Society_Progress_Report_2002-2004.pdf, 28.06.2007.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Zieldimensionen der Europaarbeit	46
Abbildung 2: Stichprobenkonstruktion	131
Abbildung 3: Perspektiven auf europäische Netzwerke.....	133
Abbildung 4: Vernetzungsstrukturen der Social Platform	231
Abbildung 5: Vernetzungsstrukturen in Europa.....	232
Abbildung 6: Finanzierung europäischer Netzwerke	236
Abbildung 7: Verschränkte Kapitalsorten	311
Abbildung 8: Konsensorientierte Handlungsmuster.....	316
Abbildung 9: Kapital und Strategien im Feld.....	336

Anhang

A. Verzeichnis der befragten Organisationen

Deutscher Caritasverband e.V. (DCV)

- Bundesverband des DCV, Freiburg Referat Migration
- Bundesverband des DCV, Freiburg, Caritas International
- Diözesan-Caritasverband Berlin e.V.

Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V. (DW)

- Bundesverband, Büro Berlin
- Bundesverband, Büro Stuttgart/Europareferat
- EU-Vertretung in Brüssel
- Bundesverband Evangelische Behindertenhilfe e.V.
- Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit e.V.

Arbeiterwohlfahrt e.V. (AWO)

- Bundesverband Bonn, Europareferat
- Landesverband Berlin e.V.
- AWO International, Berlin
- Bezirksverband Westliches Westfalen e.V., Dortmund

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband e.V.

- Bundesverband, Frankfurt a.M., Europareferat
- EU-Repräsentanz

Mitgliedsorganisationen des DPWW

- Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e.V., Köln
- Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen e.V., Sektion BRD

Deutsches Rotes Kreuz e.V.³⁵²

- Deutsches Jugendrotkreuz e.V., Bundesverband
- Internationaler Bund, Geschäftsführung

Deutscher Bundesjugendring e.V.

- Bundesjugendring-Geschäftsstelle

Deutscher Gewerkschaftsbund e.V.

- Referat Migration
- DGB-Jugend, Bundesvorstand

³⁵² Interviewtermin mit dem Bundesverband des DRK wurde kurzfristig abgesagt.

Bundesarbeitsgemeinschaften

- Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V.
- Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche e.V.
- Bundesarbeitsgemeinschaften Werkstätten für behinderte Menschen e.V.
- Bundesarbeitsgemeinschaften Seniorenbüros e.V.
- Bundesarbeitsgemeinschaft für Straffälligenhilfe e.V.

Europäische Netzwerke der Sozialen Arbeit

- Eurodiaconia
- European Disability Forum (EDF)
- European Network against Racism (ENAR)
- European Network on Street Children Worldwide (ENSCW)
- European Round Table on Charitable Social Welfare Organisations (ETWelfare)
- European Youth Forum (EYF)
- Inclusion Europa
- Platform für International Cooperation on Undocumented Migrants (PICUM)
- European Platform of Social NGOs (Social Platform)
- Solidar

Europäische Institutionen

- Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung & Soziales, Abteilung D4

Experten-Interviews des Projekts „Integration oder Abwehr – Soziale Nichtregierungsorganisationen Mittel- und Osteuropa im Beitrittsprozess“

- European Women Lobby (EWL)
- European Social Action Network (ESAN)
- Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung & Soziales, Abteilung E2

B. Leitfäden

1. Leitfaden für Experteninterviews mit deutschen Organisationen Sozialer Arbeit

Netzwerkgründung und -beitritt

- In welchem europäischen Netzwerk/in welchen europäischen Netzwerken ist Ihre Organisation Mitglied?
- Könnten Sie kurz die Entwicklung des Netzwerks und die Rolle Ihrer Organisation darin skizzieren?
- Warum ist Ihre Organisation dem Netzwerk beigetreten, was waren die Gründe für die Netzwerkmitgliedschaft?

Selbstverständnis/Leitbild/Ziele

Erhaltungssystem

- Wie würden Sie das Netzwerk beschreiben? Ist es eher eine lose gekoppelte ‚Assoziation‘ von Organisationen oder eine integrierte und gut strukturierte Organisation?
- Wie stabil sind die Organisationsstrukturen?

Bedeutungssystem

- Wie kann der Zugang Ihrer Organisation zum Netzwerk beschrieben werden (z.B. eher pragmatisch, interessengeleitet, ergebnisorientiert, normativ ...)?
- Besteht zwischen dem Zugang zu verbandsübergreifenden und zu Familiennetzwerken ein Unterschied?
- Spielen geteilte Werte als gemeinsame Basis für die Mitgliederorganisationen des Netzwerks eine Rolle? Wenn ja, welche?
- Welche Rolle spielen dabei die ‚traditionellen‘ Werte ihres Verbandes? Welche Relevanz besitzt die ‚Kompatibilität‘ von Werten für die Netzwerkmitgliedschaft?
- Besitzt das Netzwerk Ihrer Meinung nach eine gemeinsame Identität?
- Was stiftet/trägt diese Identität? Worin liegt das Gemeinsame, das Verbindende im Netzwerk (gemeinsame Ziele und Überzeugungen, Interessen, Leitbild, gemeinsames Rollenverständnis, Abgrenzungsbedürfnis, Routinen, gemeinsamer Sinnhorizont, gemeinsame Geschichte, Persönlichkeiten...)? Was hält das Netzwerk ‚zusammen‘?
- Gibt es innerhalb des Netzwerkes ein Gefühl der ‚ownership‘, der Zugehörigkeit (wir-Gefühl)?
- Ist dieses Gefühl Ihrer Meinung nach stärker oder schwächer als in anderen Organisationen ausgeprägt?
- Gibt es diesbezüglich zwischen Familiennetzwerken und verbandsübergreifenden Netzwerken Unterschiede? Gibt es auch grundsätzliche Differenzen und Trennendes im Netzwerk?
- Glauben Sie, dass der Zugang zum Netzwerk für neue Mitglieder schwierig ist?

Leitbild

- Gibt es ein gemeinsames Grundverständnis hinsichtlich der Arbeit, der Ziele und Zwecke des Netzwerkes?
- Hat das Netzwerk ein „Leitbild“, ein „mission statement“ oder eine vergleichbare gemeinsame „Verfassung“ für das Netzwerk entwickelt? Wie wurde das Leitbild des Netzwerkes entwickelt? War Ihre Organisation daran beteiligt?
- Ist dieses Leitbild eher mit Blick auf die Wirkung nach innen oder eher nach außen entwickelt worden?
- Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Aussagen im Leitbild?
- Besitzt das Leitbild im Netzwerk Handlungsrelevanz? Welchen Stellenwert besitzt das Leitbild des Netzwerkes für Ihre Organisation? Welche Funktion erfüllt die leitbildspezifische Programmatik?

Ziele, Strategieentwicklung

- Gibt es für die Netzwerkaktivitäten einen strategischen Rahmen?
- Ist die Kooperation im Netzwerk selbst Gegenstand dieser strategischen Überlegungen? Besteht hinsichtlich der Ziele im Netzwerk Konsens?

Kommunikation

Allgemeine Bewertung

- Wie würden sie die Kommunikation im Netzwerk charakterisieren?
- Deckt sich die ablaufende Kommunikation mit den Erwartungen an ein Netzwerk? Welche Begriffe umschreiben die Kommunikation sonst?
- Sehen Sie eine Diskrepanz zwischen dem von Ihnen entworfenen Bild des Netzwerkes und den formalen Strukturen?
- Wenn Sie die Kommunikation in Ihrer eigenen Organisation charakterisieren, welches Bild oder welcher Begriff fällt Ihnen dazu ein?
- Welche Arbeitsstrukturen und -prozesse aus Ihrer eigenen Organisation würden Sie gerne in die Netzwerkarbeit einbringen bzw. „mitnehmen“?
- Hat Ihre eigene Organisation einen OE-Prozess o.ä. durchlaufen? Wenn ja, welches Wissen hat ihre Organisation dadurch erlangt, welche Erfahrungen wurden gesammelt?
- Hat sich durch die Mitgliedschaft in dem Netzwerk für Sie etwas beim Blick auf die eigene Organisation/Verband verändert? Was?
- Reichen Ihnen die Feedbackschleifen der Netzwerke aus, um Ihre Anregungen und Kritik in die Netzwerkkommunikation einzuspeisen?
- Wie beurteilen Sie die Arbeit der „Komplementärorganisation“ des Netzwerkes (Geschäftsführung, Vorstand, Gremien)
- Worin liegt die Funktion der Binnenkommunikation?
- Wann und wie wird über Organisationsregeln kommuniziert?
- Welche Art von Kommunikation korrespondiert mit welchen Situationen?

Zu den Ergebnissen der quantitativen Befragung

- In der Befragung wurde deutlich, dass „Teamsitzungen“ ein Kommunikationsort in Netzwerken sind. Könnten Sie die Teambesprechungen charakterisieren? Was wird dort kommuniziert? Ist dies wirklich ein „Team“?
- Reicht die Teilnahme an den Konsultationsprozessen des Netzwerks aus, um sich als Netzwerk und als im *Austausch* befindlich zu fühlen? Was wird benötigt, um die Informationen zu verarbeiten bzw. auch agieren zu können?
- Wie beurteilen Sie den Informationsfluss im Netzwerk?
- Was bedeutet der Ablauf einer „offenen Abstimmung“? Wie verläuft eine offene Abstimmung?
- Existieren Arbeitsregeln im Netzwerk? Welche sind das?
- Wie wird der Informationsfluss zu den anderen Mitgliedern des Netzwerks eingeschätzt?

Wissen

- Haben Sie sich ein spezifisches Wissen über europäische Netzwerkarbeit bzw. über ein bestimmtes Netzwerk erworben? Erleben Sie dieses Wissen als produktiv und förderlich?
- In welchen Kontexten kommt Ihnen dieses Wissen zugute?
- Gibt es weitere Diskussionszusammenhänge, in denen sie dieses Wissen reflektieren oder diskutieren können?
- Haben Sie in Ihrer eigenen Organisation Maßnahmen zum Wissensmanagement installiert (Datenbanken, Infosysteme etc)
- Sehen Sie innerhalb des Netzwerks eine Informations- und Wissenssymmetrie? An welchen Punkten? Warum?

Grenzposten

- Wer übernimmt in ihrer Organisation die Rolle des (grenzüberschreitenden) Vermittlers zwischen dem Netzwerk und der eigenen Organisation?
- Sie sind der Vertreter Ihrer Organisation in dem Netzwerk. Wie balancieren sie das Mandat ihrer Organisation innerhalb des Netzwerks aus?
- Hat sich durch ihre Netzwerkarbeit ihre Position in ihrer eigenen Organisation verändert? Was hat sich für Sie verändert?
- Was macht die Position aus? Wie kam es dazu? Was sind Voraussetzungen dafür, um diese Rolle wahrzunehmen? Welche Medien oder Interaktionen favorisieren Sie für die Vermittlung? Entstehen bei der Übermittlung und Vermittlung Widersprüche? Welche?
- Gibt es Elemente in ihrer eigenen Organisations-(rolle), die die Vermittlung erschweren oder befördern?
- Welche Einstellungen und Kompetenzen schätzen Sie als förderlich für eine gelingende Arbeit in europäischen Kooperationen?
- Welche Anforderungen stellen sich an Professionelle, um in Kooperationen und Netzwerken angemessen zu handeln?
- In Experteninterviews wurde deutlich, dass persönliche Beziehungen eine wichtige Rolle für Netzwerkarbeit spielen. Wie schätzen Sie das ein? Entstehen dadurch Schwierigkeiten? Helfen die informellen Beziehungen zur „Verarbeitung“ der Komplexität des Themas?

- Wünschen Sie sich einen „Grenzposten“ für das Thema Europa? Was erhoffen sie sich davon?

Medien

- Welche Medien nutzen sie im Hinblick auf die Netzwerke am häufigsten? Warum? (sozialer Kontakt und Medien) Was sind Vorteile und Nachteile der jeweiligen Medien?
- Wann greifen Sie eher zum Telefon, wann mailen Sie?
- Verfügen Sie in Ihrer eigenen Organisation über ein Intra-Net? Was sind Vorteile davon?
- Reichen die Informationen per Email aus, oder wünschen Sie sich mehr Kontextinformationen?
- Wie beurteilen Sie Aufbau und Inhalt der Verlautbarungen des Netzwerks?
- Wie sichern Sie diese Daten aus den Emails/Newslettern/ der Netzwerkkommunikation, um sie als Wissen für Ihre Organisation abrufbar zu speichern?
- Welche Kommunikationsformen braucht der „soziale Sektor“, um sich auf europäischer Ebene zu positionieren?

Einschätzung der Netzwerkarbeit

- Dominieren im Netzwerk eher kurzfristige Projektzusammenarbeitsformen oder langfristige Arbeitsbeziehungen?
- Gibt es grundsätzliche Konflikte innerhalb des Netzwerks?
- Was sind die Ergebnisse der Netzwerkarbeit (Projekte, Strategiepapiere, Vorlagen, Veranstaltungen...)?
- Sind Sie mit den Ergebnissen der Netzwerkmitgliedschaft zufrieden?
- Halten Sie die Netzwerkarbeit für ein erfolgreiches Modell der Zusammenarbeit?
- Was befördert, was hemmt Netzwerkarbeit?

Social Platform

- Ist Ihnen die Social Platform bekannt?
- Wie bewerten Sie diesen Akteur? Haben Sie Einblicke in die Zusammenarbeit zwischen dem Netzwerk, in dem Sie Mitglied sind, und der Social Platform, in dem Ihr Netzwerk Mitglied ist?

Europa

- Welcher Stellenwert kommt der europabezogenen Arbeit im Verband zu?
- Ist die europäische Kooperation Teil des verbandlichen Selbstverständnisses?
- In welchem Verhältnis stehen Europa als neuer normativer Zusammenhang und die traditionellen Wertebezüge ihres Verbandes?
- Welche Bedeutung hat für Sie „Europa“? Was verbinden Sie mit diesem Begriff?

2. Leitfaden-Module für Vertreter von europäischen Netzwerken in Brüssel*

Questions concerning the network

- Could you describe the circumstances under which the network came into being? Did any persons or groups play a dominant role in the developing process? Who had the original idea? What were the reasons to build up a network?
- How long did it take to build the network?
- What were/are the criteria for a membership in this network?
- Could you outline the development of the network from the beginning till today?
- Could you describe the structure of the network (board, advisory board, general assembly, secretariat/office) and the main functions of the bodies?
- Is the network supported by the European Commission?

Mission Statement

- How would you describe the network? Is it rather a loose association of organisations or a well structured organisation itself?
- How would you describe your „mission“ – are you rather advocate for the interests of (the mentally disabled, the disabled, young people, elderly....), a partnership of convenience, a strategic alliance, a think tank, a meeting place, a value society....? Could you find a term which characterises your network best?
- If values are the basis of your network, could you name them?
- Is there a common vision of what your network is and what it should become in the next years?
- On the occasion of the foundation of the network, did you adopt a common “constitution” or a formal mission statement?
- Has it been developed rather for ‘internal’ use or for ‘external’ purposes (such as marketing, sponsoring, image building....)?
- How did your network develop the mission statement (top-down / bottom-up-process)?
- Were the members of the network involved in this process?
- Is your mission statement really important / relevant for everyday life? Do both persons on the top and employees on the basis share the commitments made in the mission statement?
- In general: Do your network act upon the mission statement?
- Is there a feeling of ownership in the network? Do you think this feeling is stronger than in other organisations?

Goals

- Do you have a strategic framework for the activities of the network? Have you defined objectives/goals within in the network?
- Who in your network sets the goals? Who is responsible for the strategic development of your network?

*Wie in Kapitel 4 dargestellt, wurde der Leitfaden offen und flexibel angewendet. Insbesondere in der dritten Erhebungsphase wurden spezifische Fragen für die Akteure berücksichtigt, die hier im Einzelnen nicht dargestellt werden können.

- Is there a consensus about the goals or are there disagreements on the different levels of your network?

Cooperation within the network

- What are the results of the cooperation within the network? Do they consist in common projects, position papers,?
- What are the reasons for the stability of relationships within the network (common goals, rules, solidarity ...)?
- Is trust really the determining factor of the cooperation in the network?
- Regarding the cooperation between the members: Are limited project-cooperation dominating or do you see also long-term and long-lasting relationships between the members?
- Do the members contribute to the development of the network or is progress predominantly 'organised' by the network-office?
- Do you observe a sort of 'hierarchy' between the members of the network?

Working style

- Do you regularly come together (personal meetings, team meetings) or do you communicate predominantly by writing letters/emails, telephoning?
- Did you set up rules how to work together?
- Do you observe different working styles in the network? Is there a working style which is more successful than others?

Information/Communication

- Could you give a general evaluation of information flow/ transmission of information/ exchange of information within the network?
- What type of information is exchanged?
- Do you exchange rather subject specific information's or strategic specific information's?
- Which ways of communication you use: informal, personal, direct, formal?
- Could you describe the institutional ways of communication e.g. regularly scheduled meetings? Is there an institutionalized exchange of information?

Decision-Making

- Could you describe a typical decision-making process in the network? Is this a rather formal or an informal process?

Problem-Solving

- Are there typical conflicts or problems related to the special form of network-organisation? What are the causes? How do you deal with these conflicts?

German members

- Have you made any specific observations concerning the German members (are they active or rather non-active, do they participate in the board, attitude towards other members...)?
- Is there something prominent in their position within the network?
- Do you think there are national-bounded or -influenced patterns of networking?

Questions for member-organisations in the Social Platform

- Why did your network become a member of the social platform?
- Could you find a term which characterises the Social Platform best?
- Did you manage to build up a shared corporate identity within the Social Platform? Does your network for instance have sustainable linkages to other member-organisations of the Social Platform?
- Could you give a short outline of the communication and the decision-making processes in the Social Platform?
- How do you judge the flow of information and the cooperation between the Social Platform (office) and your organisation?
- What are the results of the membership in the Social Platform?
- Has the membership in the Social Platform met your expectations and hopes?
- Do you have contact to other networks which are not members of the Social Platform? Is there a difference in the cooperation with non-Social Platform-members?
- How do you consider the other networks operating in the field of social work (rather as competitors (regarding the limited funds) or as partners with similar aims)?

Questions for non-members in the Social Platform

- Why do you want to become a member in the Social Platform (PICUM)?
- Which benefit do you expect (PICUM)?
- Concerning the 'field' of European networks: Is it difficult for the smaller networks to 'survive' (PICUM, ENSCW)?
- How do you judge the policy of the European Commission to support the formation of big networks ('key actors') (PICUM, ENSCW)?

Additional questions for the Social Platform

- What were the reasons to build up an umbrella network?
- Is the Commission supporting the Social Platform in the future to the same extent as today?
- To what extent is the Social Platform involved in the political process?
- What strategies have you developed to take influence on politics? Are they effective?
- How would you describe the role of the Social Platform (partner in the 'Civil Dialogue', social counter weight to an economical-oriented integration process, corrective...)?

- Concerning the core funding of the Social Platform: Do you see the danger that control functions of NGOs are neutralised? Can European networks be considered as independent although they depend totally on the EU-funding?

Questions concerning the cooperation with political institutions

- How would you estimate your political influence?
- Reflecting the past: Are you satisfied with the cooperation between the network and the political institutions? Could you bring your interests into the cooperation in an effective manner?
- Considering the future: What are your main objectives regarding this cooperation?
- Is there something special in networks of social work in comparison to networks operating in other political fields, such as ecological or economical networks? Do they face different working conditions?

Evaluation of the network and perspectives

- Is networking a ‘knowledge work’? What makes networking effective?
- Is the network from your point of view successful? Would you generalize your experiences in the sense, that networks are in general successful/non successful organisations
- Do you see specific problems or advantages related to this special type of organisation?
- Do you see important preconditions for the proper functioning of a network? What are typical hindrances / obstacles? What advances networking (professional attitude, infrastructure, language, ‘cultural’ understanding, resources)?
- Do you think networks are able to contribute to the development of a civil society resp. a ‘Social Europe’?

Ergänzende Fragen zum Themenbereich “Feld” und “Kapital”

- Wie würden Sie das Feld der europäischen Netzwerke beschreiben – herrscht Konkurrenz und Wettbewerb? Wer gewinnt dabei, wer verliert?
- Sehen Sie grundsätzliche Widersprüche in diesem Feld? Wie können Netzwerke diese positiv bearbeiten?
- An welchen Netzwerken orientieren sich andere? Was sind Strategien der Netzwerke (Angriff, Vermeidung)?
- Wo würden Sie Ihr Netzwerk in diesem Feld verorten?
- Welche Eintrittsbarrieren sehen Sie selbst, die im Feld der Netzwerke hergestellt werden? Welche Eintrittsbarrieren werden Ihnen oft vorgehalten? (Sprache, Jargon, Politik der Kommission)
- Gibt es Unterschiede zwischen Netzwerken, die sich an der „Politik der Kommission“ orientieren und denen, die nur austauschen? Ist eine Projektorientierung hinderlich?
- Zeichnen sich mächtige Netzwerke durch eine „besser“ organisierte Arbeitsstruktur aus? Und was heißt aus Ihrer Sicht „bessere Arbeitsstruktur“?
- Können Sie in diesem Zusammenhang die Struktur des Netzwerks beschreiben?

- Sehen Sie Professionalisierungstendenzen im Feld? Gibt es dabei bestimmte Stufen, die durchlaufen werden?
- Sehen Sie typische Organisationsstrukturen, die mit der Europäisierung der Arbeit zusammenhängen?
- Welche Kommunikationsstrukturen erweisen sich dabei als angemessen?
- Wodurch werden Netzwerke mächtig? Welche Art von "Kapital" ist das?
- Verfügt Ihr Netzwerk über viel Kapital? Woraus bezieht das Netzwerk sein Kapital?
- Welches Kapital benötigt man, für eine angemessene Netzwerkarbeit?
- Sehen Sie typische Organisationsstrukturen, die mit der Europäisierung der Arbeit zusammenhängt?
- Kapital bedeutet Zugangswege, Profit Chancen - Welches Kapital braucht man, um in Brüssel Politik gestalten zu können?
- Ist das „soziale Kapital“ wichtig für die Position der Netzwerke/Mitglieder?
- Ist das formale soziale Kapital (Gremien, Entscheidungsorte usw.) wichtig, weil es auch das Prestige stärkt?
- Wie würden Sie das Verhältnis zu ihren Mitgliedern beschreiben?
- Inwieweit ist das Netzwerk auf die Mitarbeit seiner Mitglieder angewiesen? Inwieweit versuchen Sie, ihre eigenen Interessen durchzusetzen?
- Wie würden Sie die Kommunikation allgemein kennzeichnen? Wie läuft die Kommunikation mit den nationalen Netzwerken? Soll diese nationale Struktur beibehalten werden?
- Welche Medien verwenden Sie?
- Wie bewerten Sie die Social Platform?

Zusätzliche Fragen für Vertreter der Social Platform

- In der Evaluation der Social Platform wurde kritisiert, dass diese dazu tendiere, „easy answers“ auf schwierige Fragestellungen zu geben. Wie bewerten Sie dieses Problem?
- Die Evaluatoren haben geraten, „core visions“ für die Social Platform zu entwickeln. Wurde dieser Prozess im Nachgang der Evaluation in Angriff genommen?
- Besteht die Zukunft der Social Platform eher in einem pragmatischen Zusammenschluss von Organisationen oder in einer Art „Wertegemeinschaft“, d.h. einem auch normativ-ideell integrierten Netzwerk?
- Wie bewerten Sie die teilweise sehr skeptische Einstellung gerade deutscher Wohlfahrtsverbände gegenüber einer Mitarbeit in der Social Platform und in den weiteren kommissionsgeförderten Netzwerken?

Zusätzliche Fragen für Vertreter/innen der EU-Repräsentanzen

- Nach welchen Kriterien geht Ihr Verband europäische „familienfremde“ Netzwerkmitgliedschaften ein?
- Wird die Kompatibilität der „Sinnwelten“ geprüft, ist diese Entscheidung primär interessengeleitet?
- Wie stellt sich der Entwicklungsprozess ihres Familiennetzwerkes (im Unterschied zu verbandsübergreifenden Netzwerken) dar?

- Welche Funktionen erfüllen verbandsübergreifende Netzwerke, welche Funktionen erfüllen die Familiennetzwerke?
- DPWV: Ist an den Aufbau eines europäischen paritätischen Verbandes gedacht?
- Welcher Stellenwert kommt der europabezogenen Arbeit im Verband zu? Wie wird Europa in der Verbandsarbeit ,umgesetzt’?
- Sehen Sie eine Erweiterung des Verbandsleitbildes um die europäische Dimension (gibt es z.B. eine europäische diakonische Perspektive)?
- Ist Europa aus Ihrer Sicht gegenwärtig eher durch partikulare Interessen als durch gemeinsame sozial(politische) Zielvorstellungen geprägt?

3. Leitfaden für das Experteninterview mit einem Vertreter der Europäischen Kommission

- Could you outline the strategy of the Commission concerning social actors at the European level?
- Could the policy to support the foundation of networks like the Social Platform lead to conflicts concerning the traditional functions of NGOs?
- What are the objectives of the civil dialogue – the dialogue with social NGOs - from your point of view? How do you estimate the development of this dialogue so far?
- How do you estimate the political influence of social NGOs on the political decision-making process? Which role do European networks of social work play in the process of policy formulation and implementation?
- Could you describe the cooperation between the European Commission and the social NGOs in general? In which way is the cooperation institutionalised?
- What relevance do the mission statements of European networks have from your point of view?
- We heard that the European Commission pushes the evaluation and strategy processes within the networks. How do you judge the present strategic orientation of European networks?
- Is there a form of hierarchy among social NGOs? Which organisations are presently among the powerful social actors at the European level? Why?
- Which functions do European networks of Social Work fulfil in your point of view?
- Have you made any specific observations concerning German welfare actors (such as Caritas, Diakonie, Arbeiterwohlfahrt) at the European level?
- Do you see important preconditions for the proper functioning of a network? What are typical obstacles for networking? What advances networking?

Social Platform

- Could you characterise the cooperation with the Social Platform as a key actor in the policy field of social work?

Perspectives

- Which role do these kinds of networks play regarding the development of a civil European society and a social Europe?
- Which measures does the European Commission take to improve the civil dialogue in the next years?

Zusammenfassung

Im Mittelpunkt der Studie stehen europäische Netzwerke der Sozialen Arbeit als spezifische Akteure der europäischen Zivilgesellschaft. Die Akteure im sozialen Bereich bilden ein „transnationales Feld“ mit spezifischen Strukturen und Handlungsmustern in Europa aus, das mit Blick auf die Kooperationsbeziehungen mit Organisationen der Sozialen Arbeit in Deutschland betrachtet wird.

Dabei wird vor dem Hintergrund verschiedener Forschungsperspektiven wie Transnationalisierung, europäische Zivilgesellschaft und Dritte-Sektor-Forschung zunächst das „Startkapital“ deutscher Organisationen Sozialer Arbeit analysiert, das für den Transnationalisierungsprozess sowie für das komplexe Kooperationsgefüge auf europäischer Ebene erforderlich wird.

Zum Zweiten wird das transnationale Feld der zivilgesellschaftlichen Netzwerke im Hinblick auf Kapitalstrukturen im „europäischen Spiel“ analysiert. Die Dynamik im Feld wird unter dem Gesichtspunkt der Kooperation und Konkurrenz betrachtet. Ferner werden europäische Netzwerke als Produzenten einer Transnationalität fokussiert.

Die empirische Untersuchung greift auf quantitatives Datenmaterial zurück; zentral sind jedoch qualitative Experteninterviews mit deutschen und europäischen Akteuren. Die rekonstruierten Ergebnisse werden vor dem Hintergrund der theoretischen Bezugspunkte sowie der Feld- und Kapitaltheorie von Bourdieu rekonstruiert und eingeordnet.

In der Analyse wurde erstens deutlich, dass insbesondere die dialektische Verschränkung nationaler und transnationaler Akteure in den europäischen Netzwerken die Kooperation gestaltet und beeinflusst. Dabei transferieren die deutschen Akteure ihr umfangreiches und differenziertes Startkapital bislang noch unzureichend auf die transnationale Ebene.

Zweitens zeigt sich, dass spezifisch transnationales Kapital in diesen dialektischen Verflechtungen und Wechselbeziehungen zwischen der Netzwerkkoordination und dem Mitgliedssystem generiert wird. Die Verschränkung der komplexen Ebenen als typisches Strukturmerkmal des transnationalen Kapitals europäischer Netzwerke verbindet sich darüber hinaus mit der Bearbeitung von Spannungsverhältnissen.

Insofern werden drittens typische Prozesse im Feld der transnationalen Netzwerke rekonstruiert und verdeutlicht: Spannungsverhältnisse wie Konkurrenz und Kooperation, Homogenität und Heterogenität, Autonomie und Heteronomie, Dissens und Konsens werden von den Akteuren bearbeitet und balanciert. Transnationalität als Handlungsmuster kann als Resultat einer diskursiven Auseinandersetzung mit diesen Spannungsverhältnissen generiert werden. Dabei wird ein reflexiv-kritischer Umgang mit Ungleichheiten und Machtverhältnissen im Feld sowie in den Kommunikationsstrukturen der Netzwerke notwendig.

Abschließend wird die Frage nach einer „reflexiven Transnationalität“ aufgeworfen, die durch die dialektischen Verschränkungen und die kritisch-selbstreflexive Bearbeitung von Spannungsverhältnissen ausgebildet werden kann.